



Karl Tschuppik

# Franz Joseph I.

der Untergang eines Reiches

SEVERUS  
SELEKUS

# FRANZ JOSEPH I.

## DER UNTERGANG EINES REICHES

VON

KARL TSCHUPPIK

VERLAG VON JULIUS KITTL'S NACHFOLGER

LIZENZAUSGABE DER AVALUN-PRESSE

HELLERAU

Eingelesen mit ABYY Fine Reader

## VORREDE

DAS REICH DER HABSBURGER, DAS SEIT RUDOLFS Begründung der Hausmacht mehr als sechshundert Jahre bestanden hat, ist vor zehn Jahren aus der Gegenwart verschwunden. Durch Klugheit, Gewalt und den zähen Herrscher willen einer Familie in den Rang der grossen Mächte gehoben, hat das Reich alle Erschütterungen Europas überstanden bis zur Katastrophe von 1918. Franz Joseph war der letzte Vollstrecker des habsburgischen Gedankens, der Geburtshelfer des von der Revolution und der Konterrevolution geschaffenen Reiches der achtzehn Länder und elf Völker, und auch dessen Totengräber. Seine achtundsechzig Jahre währende Regierung beginnt mit dem Versuch, den habsburgischen Hausmachtgedanken gegen die Revolution von 1848 zu behaupten. Franz Josephs Konterrevolution siegt; sie schlägt Krakau und Prag, Mailand und Wien, zuletzt auch Ungarn nieder. Sie vernichtet die Verträge, auf welchen das Erzhaus seine Herrschaft über die Länder gegründet hatte, und versucht, kraft des erfochtenen Sieges, die Macht des Herrschers zu erhöhen. Sie bringt die Stimme der Nationen zum Schweigen, die 1848 zum ersten Male an Stelle historischer Verträge ein freies Recht zu setzen wünscht. Sie löst Österreichs Nationen von Deutschland, indem sie das Tor zum Frankfurter Volksparlament sperrt. Sie jagt das eigene Volkshaus auseinander und schliesst den Mund der Nationen. Franz Josephs Konterrevolution versucht Österreich ohne die Mitwirkung der Völker neu zu erbauen. Das Streben der Nationen nach freier Entfaltung, von nun an der stärkste Trieb des Jahrhunderts, tritt dem habsburgischen Gedanken in dessen europäischem Machtbereich entgegen. Nicht die Idee entscheidet siegreich über Habsburg, doch deren Verbündete, die reale Macht Napoleons III. und Englands Gewicht, das seit dem Krimkrieg auf der andern Seite liegt. 1859 verliert Habsburg einen Teil seiner italienischen Herrschaft; 1866 den zweiten und sein Mitbestimmungsrecht in Deutschland.

Es ist der entscheidende Wendepunkt in Franz Josephs Regierung. Die Niederlagen auf den Schlachtfeldern zwingen ihn zum Frieden mit Ungarn; der Friede mit Ungarn verhilft Österreich zur konstitutionellen Verfassung. Wird das neu geschaffene Reich dem Erzhaus die verlorene europäische Stellung in Deutschland wiedererobern? Während Erzherzog Albrecht die neue Bataille bei Leipzig mit der Niederlage Deutschlands für Anfang September 1870 ansagt, macht bald danach die Schlacht bei Sedan diesen Ent-

würfen ein Ende. Mit dem ersten Widerstreiter von einst, mit Napoleon III., ist die letzte Hoffnung von morgen gefallen: 1871 verabschiedet Franz Joseph endgültig die Revanche-Idee. Es ist sein schwerster Verzicht: der Abschied Habsburgs von Deutschland. Doch der zweite, der grössere Widerspieler, Bismarck, greift nun erst recht bestimmend in Habsburgs Geschicke ein. Es ist nicht Bismarcks Wunsch, aber die Macht des neuen Deutschen Reiches ermöglicht es, dass Franz Joseph den Vorwurf des eigenen Gewissens tilgen kann, das Reich der Väter vermindert zu haben. Mit der Okkupation Bosniens betritt Habsburg den Boden, auf dem sein Schicksal sich vollenden soll.

Sie ist durch nichts gerechtfertigt die Treppen Weisheit jener Kritik, die in dem deutsch-österreichischen Bündnis den Ursprung notwendigen Verderbens sieht. Zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich lag als Hindernis der Versöhnung der Siegespreis von 1871: Elsass-Lothringen; das zaristische Russland aber, das für ein Bündnis mehr gefordert hätte als Österreich forderte, war zumindest so problematisch wie das Reich Franz Josephs. Auch der genialste Blick in die Zukunft vermochte 1879 Österreich nicht die Bündnisfähigkeit abzusprechen. Es stand gekräftigter da als 1859 und 1866; es war ein liberal regiertes, aufstrebendes mächtiges Reich. Das Problematische seines Daseins bestimmte es nicht notwendig zum Untergang in absehbarer Zeit; von seinem Wesen, der Vielheit und den Gegensätzen der Völker, drohte nicht die Gefahr. Hier gilt Bismarcks Wort mehr als die geschichtliche Konstruktion: «Wenn gut regiert wird, kann der nächste Krieg vermieden werden; wenn schlecht regiert wird, kann es ein siebenjähriger Krieg werden...» Den Schluss des Gedankens sprach er nicht aus, er deutete ihn nur an: Ein Krieg mit dem Untergange Habsburgs, Hohenzollerns, Romanows.

Franz Joseph verkannte nicht die problematische Natur seines Reiches, er war in der späteren Hälfte seiner Regierung reicher an Einsicht in das Notwendige als der Durchschnitt des deutschen Bürgertums und des Adels: er versucht sich von der Utopie des deutsch-zentralistischen Einheitsstaats zu befreien, er fordert und fördert das allgemeine Wahlrecht. Er hat bei dem ersten Versuch, die Brücke zu den Nationen zu schlagen, das deutsche Bürgertum und die herrschenden Klassen Ungarns gegen sich; er hat im Kampf um das Wahlrecht die Deutschen und den Adel zu Gegnern. Er hatte kein Nationalitätenprogramm; aber welche der alten Parteien, wer unter den gebildeten, Österreich bejahenden Klassen war ihm darin überlegen? Als Österreich verjüngt aufersteht, tritt das nationalistisch radikalisierte Klein-

bürgertum die politische Herrschaft der gebildeten Klassen an. Die nationalen Gegensätze sind grösser, doch nicht stark genug geworden, das alte Reich zu zerreißen. Die Gefahr entsteigt auch jetzt nicht dem vernachlässigten, ungelösten Problem der Völker. Über dem Reiche schwebt als drohende Wolke der alte habsburgische Grossmachttraum. Er hat sein Spiel in Italien, er hat es in Deutschland verloren; er will es auf dem Balkan nicht verloren geben. Das Geschlecht der Regierenden hat kein Auge für geschichtliche Analogien; es erkennt nicht in dem Befreiungskampf der Balkan Völker die Wiederholung des Schauspiels von 1848, 1859 und 1866.

Als Franz Joseph, die Gefahr des grossen Krieges vor Augen, am 30. Juli 1914 einwilligt, dass der begonnene Aufmarsch gegen Serbien fortzusetzen sei, spricht er das Wort: «Wenn die Monarchie schon zugrunde gehen soll, dann soll sie wenigstens anständig zugrunde gehen.» Es ist der Abschied des habsburgischen Machtgedankens nun auch von Österreich.

Musste es zugrunde gehen? Es hat im Denken des Grossteils seiner Bevölkerung, im Denken Europas als der Notbau der vielen Nationen gelebt, die von den Habsburgern unter ein staatliches Dach gebracht worden waren. Dem Bau fehlte zu seiner Vollendung: das freie Übereinkommen der Völker. Da die letzte verbindende Macht – Franz Joseph – erlischt, entscheiden die Völker gegen Habsburg. Sie haben Franz Joseph recht gegeben.

Der Sinn dieses bedeutungsvollen Stücks europäischer Geschichte wie die Bedeutung der Persönlichkeit Franz Josephs erschliessen sich nicht durch Deutung, sondern nur durch die Darstellung dessen, was war. Der Verfasser dieses Buches gehört jener Gattung Österreicher an, die im habsburgischen Reich ihre eigentliche Heimat hatten. Sechs Generationen seiner Familie haben dem Reich, teils als Soldaten, teils als Beamte gedient. In direkter Folge: Franz Tschuppik, unter Maria Theresia Feldarzt im Heere des Reichsgrafen Ulysses von Browne, starb nach der Schlacht bei Prag 1757; Kajetan Tschuppik, 1752-1821, war Pionieroffizier in der Armee des Generals Baron de Beaulieu, die im österreichischen Italien gegen den jungen Bonaparte kämpfte; Franz Tschuppik, 1790-1853, Gubernialrat der böhmischen Statthalterei; Friedrich Tschuppik, gestorben 1887, Domänendirektor der böhmischen Güter des Kaisers Ferdinand; Friedrich Tschuppik, Ingenieur der österreichischen Nordwestbahn. Der Sohn dieses Mannes, der Autor des Buchs, hat als Journalist in Prag und in Wien dreissig Jahre öster-

reichische Geschichte miterlebt. Seine Generation unterschied sich von den Altvordern: sie liebte Österreich, aber sie stand ihm trotz aller traditionellen Verbundenheit nicht kritiklos gegenüber wie die Väter. Zwischen ihr und ihnen lag 1866, lagen Sedan, die Errichtung des neuen Deutschen Reichs, das Erwachen der sozialen Bewegung. Wir liebten das alte habsburgische Reich, die ungeheure Fülle geschichtlicher Überlieferungen, die Vielgestaltigkeit seines Völkerlebens; wir waren aber zu sehr berührt von den Tatsachen der neuen Zeit, als dass wir nicht der Liebe Kritik und Opposition zugesellt hätten. Die Zweiheit aus Fühlen und Denken spricht auch aus diesem Buch. Es ist mit Liebe und Kritik geschrieben.

Berlin, im August **1928**.

Karl Tschuppik.

## DER 2. DEZEMBER 1848

IN DEN NACHMITTAGSSTUNDEN DES ZWEITEN Dezembertags 1848 blieben die Wiener vor kleinen Plakaten stehen, womit die Strassen-ecken der innern Stadt tapeziert waren. Sie lasen, das k. k. niederösterreichische Landespräsidium habe den Belagerungszustand «mit allen seinen Folgen» auf die ganze Provinz Niederösterreich ausgedehnt und die Sicherheitsbehörden des Landes dem Militärgouverneur von Wien, General Freiherrn von Weiden, unterstellt. Das zum Schweigen verurteilte Wien kannte die Sprache der behördlichen Affichen. Seit dem Einmarsch der kaiserlichen Truppen an dem Abend des 31. Oktober war es daran gewöhnt, nur militärische Befehle zu empfangen. Dennoch, was sollte die Erweiterung des Belagerungszustands, was die neuerliche Drohung? Lag die Stadt nicht völlig wehrlos dem Sieger zu Füßen? Alle Kasernen und viele andre Gebäude, Stadt-Konvikt, Polytechnikum und Theresianum, waren vom Militär besetzt, alle Orte der Peripherie bis über Baden, Wiener-Neustadt und links der Donau bis zur ungarischen Grenze, hatten Einquartierung, auf den Strassen staute sich Artillerie und Fuhrwerk. Welch andern Sinn mochte dieser Aufmarsch nach der Bändigung der Hauptstadt haben, als den, die Rückkehr des Kaisers vorzubereiten? Auch die Geschäftigkeit im Schönbrunner Schloss deutete darauf hin. Die Batteriegeschütze hinter dem Schlossgitter, deren Läufe gegen die Stadt gerichtet waren, konnten nur dem Schutz des Monarchen gelten.

Scheu und verängstigt besahen die Wiener den Befehl vom 2. Dezember. War der letzte Akt der Revolution noch nicht zu Ende? Was konnte noch kommen nach den Füsilladen, den Verhaftungen und Urteilen der Militärgerichte? Das Wien der Revolutionszeit, da jeder Tag den andern an Ereignissen überboten, bald eine Parade, eine Garderevue, einen Reichstagsbeschluss, ein neues Zeitungsblatt, Volksversammlungen, Fahnenweihen, öffentliche Ansprachen, Demonstrationen und Stürme gebracht hatte – dieses Wien war ein verwehter Traum. Durch die Gassen der Stadt schritten Militär und Polizei, Patrouillen und Angeber, schritten die traurigen Züge der Gefesselten. Stabsstockhaus und Polizeihaus langten längst nicht mehr, die Opfer der Revolution zu fassen; man sperrte sie in die Kasernen, in Klöster. In der Kaserne am Getreidemarkt waren auch die Kellerräume mit Gefangenen überfüllt. Wer von den Suchenden, die nach Vermissten fahndeten, vermochte hinter die lange Mauer des Polizeihauses am Salzgries zu schau-

en, in das unheimlich düstere Haus mit den hölzernen Gitterverschlüssen vor den Fenstern? Dieser Ort und das Stockhaus am finstern Neutor, die langgestreckte Salzgrieskaserne mit den dunkeln Laubgängen ihres ersten Stockwerks, die Kasematten der «Elendsbastei» – das war jetzt die Szenerie, welche die Phantasie des geschlagenen Wien mit geheimen Schrecknissen füllte. Und wenn abends ein neuer Zug von Gefangenen, flankiert von Serezanern und Grenadieren, hinter diesen Mauern verschwand, dann folgten ihm die angsterfüllten Blicke der Mütter mit ihren Kindern an der Hand, bekümmertes Väter oder Freunde eines der Gefesselten, die diese Orte des Grauens umschlichen und vergebens nach den verschalteten Fenstern starrten. Im Stabsstockhaus hat Robert Blum seine letzten Stunden verbracht, nachdem er am 4. November, morgens um sechs Uhr, im Hotel «Zur Stadt London» ausgeforscht und verhaftet worden war. Schuselka, im Hause logierend, war vom Gepolter der Wache aufgeschreckt worden; er meinte, man suche ihn. Der Polizeioberkommissär Felsenthal und Hauptmann Graf Caboga mit acht bajonettbewehrten Grenadieren forschten nach Blum und Fröbel. Blum ahnte, was ihm bevorstand. «Ich glaube, du wirst allein nach Frankfurt zurückkehren» – diese Worte zu Fröbel gesprochen, liessen das geringe Zutrauen zur Unverletzbarkeit des Frankfurter Deputiertenmandats erkennen. Wien hat die Schüsse, die ihn vier Tage nach der Verhaftung, am 9. November, hinstreckten, nicht gehört. Es war fünf Uhr morgens, als man Blum im Stabsstockhaus weckte und das Urteil vorlas, das nach der Theresianischen Gerichtsordnung auf «Tod durch den Strang» lautete, jedoch «in augenblicklicher Ermanglung eines Freimanns», mit «Pulver und Blei» zu vollziehen war. Pater Raimund von den Schotten, der Blum, den Deutschkatholiken, auf den Tod vorzubereiten hatte, war geschmackvoll genug, die vorgeschriebenen Mahnungen zu unterlassen. Er sprach von Sokrates. Eine mitfühlende Seele auf dem Wege zur Richtstätte in der Brigittenau fand Blum aber in dem Leutnant Anton Pokorny der böhmischen Jäger, die das Todesurteil zu vollstrecken hatten. Leutnant Pokorny hat, menschlicher und klüger als die Kommentatoren von Blums letzter Geste, die Wahrheit erkannt, dass die Heldenpose des mutigen Sterbens «in den Rahmen eines schönen Kupferstichs» gehört. Er hat auch das Zittern der Arme seiner Jäger nicht verschwiegen, die nur mit Mühe Herz, Lunge und, durchs linke Auge, Blums Hirn trafen.

War's damit nicht genug? Musste Fröbel Todesqualen, Messenhauser



wie Blum den Tod erleiden? Der siegreichen Gewalt Windischgrätzens genügte nicht die Vernichtung der grossen Revolutionsfiguren. Einen Tag nach Messenhauser fiel im Stadtgraben Anton Brogini, ein Weintrinker, der im Gasthaus «Zum roten Apfel» einen Streit mit Korporalen der Parma-Infanterie gehabt hatte, am 18. November wurden der Doktor der Medizin Eduard Palluci und der Schweizer Ludwig Brzyemski, am 20. November der Student Johann Ritter von Vogtberg, der Schulgehilfe Eduard Eigner und der Kattundrucker Schmalhofer zum Tode verurteilt, später jedoch zu langjähriger Schanzarbeit «in leichtem Eisen» begnadigt, am 22. November Julius Becher und Hermann Jellinek, die beiden tätigsten Mitarbeiter am «Radikalen», erschossen. Der fünfundzwanzigjährige Jellinek, Leipziger Philosophiedoktor, Freund Edgar Bauers, Schreibenthusiast und Hegelianer, wollte Metternich «nicht ohne Kritik» gestürzt sehen. Er, der auf Windischgrätz' Befehl hingerichtete Jüngling, hat 1848 ausgesprochen, was Palacky und die Männer von Kremsier gefordert, was die Frankfurter Linke in ihr Programm aufgenommen hatte und was fortan als unerfüllte Aufgabe des Habsburgerreichs den langen Lebensweg Franz Josephs begleitete, die einfache Erkenntnis, dass «Österreichs Völker sich selber regieren» müssten und «es ihnen freizustellen wäre, sich gegenseitig in ein föderatives Verhältnis zu setzen». Den 23. November, halb acht Uhr morgens, lag, so berichtete ein Augenzeuge, der nach der Hinrichtung den Platz «vor dem Neutor links» betrat, «das Hirn verspritzt auf dem Grase umher».

Danach neun Tage Pause. Einige Verfügungen des Gouverneurs Baron Weiden, dem Wien noch immer die «Banditenhöhle» scheint, erleichtern den Verkehr. Zwar bleibt es bei der «Weiden-Stunde», der frühzeitigen Schliessung der Gast- und Kaffeehäuser, doch wird der Verkehr der innern Stadt mit den Vororten freigegeben. Auch die Hausdurchsuchungen und Verfolgungen werden eingeschränkt. Die Milderung des Belagerungszustands währt nicht lange. Am 2. Dezember erfahren die Wiener von dessen Ausdehnung auf die Provinz, gleichzeitig werden die Kasernen in Bereitschaft gesetzt, die Hauptwache im Gebäude des Hofkriegsrats wird verstärkt, an vielen Punkten der Stadt werden Kanonen aufgeföhren. Auf der Börse fallen die Kurse um zwei Prozent. Dienstag, den 5. Dezember, mittags, lässt der «Lloyd» Extrablätter verteilen, worin die Redaktion mitteilt, sie werde nachmittags den Bericht der Reichstagssitzung vom 2. Dezember veröffentlichen. So erfährt Wien die Nachricht, dass Kaiser Ferdinand abge-

dankt und dessen Neffe, Erzherzog Franz Joseph, den Thron bestiegen habe.

Der Thronwechsel war nicht Wien allein verborgen geblieben. Als am Morgen des 2. Dezember, es war ein Samstag, Herren und Offiziere in Gala, Hofdamen und Ordonnanzen über den Marktplatz in Olmütz der fürsterzbischöflichen Residenz zueilten, wusste man nicht mehr, als dass die Mitglieder des Kaiserhauses und der Hofstaat, dass Feldmarschall Fürst Windischgrätz, Feldzeugmeister Jellacic, die Minister, der Präsident der Landesverwaltung Graf Lazansky, der Kreishauptmann Graf Mercandin, die höheren Staatsbeamten und Offiziere sich um acht Uhr im Palast des Erzbischofs zu versammeln haben. Die Olmützer Garnison hatte nachts den Befehl erhalten, morgens neun Uhr zu einer Parade auszurücken. Eine halbe Stunde vor acht Uhr wurden der grosse Thronsaal der Residenz und die angrenzenden Räume geöffnet. Die hier versammelte Gesellschaft ahnte, dass etwas Aussergewöhnliches sich vorbereite, kannte jedoch nicht den Zweck ihrer Zusammenkunft. Das Wispern, Murmeln und Fragen wurde so laut, dass Legationsrat Hübner um Ruhe bitten musste.

Um acht Uhr öffnet sich die Flügeltür, die den Thronsaal mit den vom Kaiserpaar bewohnten Räumen verbindet, und es erscheinen, unter Vortritt des Generaladjutanten Fürsten Josef Lobkowitz, Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna, hinter ihnen Obersthofmarschall Friedrich Egon Landgraf zu Fürstenberg und die Oberhofmeisterin Landgräfin Fürstenberg. Dann, nach ein paar Schritten Distanz, die Erzherzogin Sophie, Erzherzog Franz Karl und deren Sohn Franz Joseph. Kaiser Ferdinand, wie immer im schwarzen Gehrock, ist unsicher und muss zu dem ihm vorbereiteten Sitz geführt werden. Fürst Lobkowitz reicht ihm ein Papier, das Ferdinand mit leiser Stimme, öfter steckenbleibend, abliest: «Wichtige Gründe haben Uns zu dem unwiderruflichen Entschlusse gebracht, die Kaiserkrone niederzulegen.» Er stockt, blickt vom Papier weg auf die Versammlung, und liest nach einer kurzen Pause weiter: «Und zwar zugunsten Unsres geliebten Neffen, des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Joseph, Höchstweichen Wir für grossjährig erklärt haben...» Pause. Und wieder weiterlesend: «Nachdem Unser geliebter Herr Bruder, der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl, Höchstdessen Vater, erklärt haben, auf das Ihnen nach den bestehenden Haus- und Staatsgesetzen zustehende Recht der Thronfolge zugunsten Höchst – ihres vorgenannten Sohnes unwiderruflich zu verzichten.»

Das Geheimnis war enthüllt. Ministerpräsident Schwarzenberg vollendet

den Akt. Er liest die Urkunde, womit Erzherzog Franz Joseph als grossjährig erklärt wird, die Verzichtleistung Franz Karls und die Entsagung Ferdinands auf die «von Uns bisher zur Wohlfahrt Unserer geliebten Völker getragenen Krone des Kaisertums Österreich und der sämtlichen unter demselben vereinigten Königreiche und sonstigen wie immer benannten Kronländer.» Dann folgt eine kleine Familienszene, sichtbar unter der Regie der Erzherzogin Sophie: Der junge Kaiser tritt an seinen Onkel heran und lässt sich aufs Knie nieder. Ferdinand streicht dem Neffen übers Haar, zieht ihn empor und sagt: «Sei nur brav, es ist gern geschehen.» Die Regie des Übrigen besorgt Windischgrätz: Die Publikation des Thronwechsels, von Trompetengeschmetter begleitet, vor dem Rathaus und auf dem Domplatz, die Parade der Truppen, die Huldigung der in den Gassen zusammengelaufenen Menge. Der junge Erzherzog Franz Joseph ist Kaiser.

Wer kannte ihn, was wusste man von ihm? Er war am 18. August 1830 in Schönbrunn als Kind des Erzherzogs Franz Karl, des zweiten Sohnes Kaiser Franzens und der Erzherzogin Sophie, der Tochter des Königs Max I. von Bayern, zur Welt gekommen, unter den Augen des Grossvaters, umgeben von dessen Familie, in der spiessbürgerlichen Atmosphäre des francisceischen Kaiserhofs. Aus den Fenstern der väterlichen Wohnung sah man auf den weiten, schönen Schlosspark hinab, der Schöpfung Maria Theresias, vom Gang aus umfasste der Blick den Schlosshof und das hohe Barockgitter mit den das Einfahrtstor flankierenden Obeliskten, auf deren Spitze Napoleon die so mutig aufsteigenden Adler hatte setzen lassen. Kaiser Franz hasste die Adler des Schwiegersohns, aber er belies sie auf den Obeliskten, wo sie noch heute thronen. Seiner Seele war der thesianische Prunk fremd, zuwider das Bild einer kühnen, selbtherrlichen Natur, die ihre Freude an sich selber auch andern mitzuteilen vermochte. Er liebte diese geschwellte, formenreiche Architektur nicht, liess die Barockornamente Maria Theresias abschlagen und gab der Fassade des Schlosses sein Gesicht, die strenge Einfachheit vertikaler Linien, die man danach den Stil Franzens genannt hat. Ein einziger freudloser Mensch genügt schon, um einem ganzen Hause dauernden Missmut und trüben Himmel zu machen. Hier war der freudlose Mensch noch dazu der Herr über alle. «Ich mag das nicht» stand als Motto über diesem Hof. Alles, was die absolute Gewalt des Herrschers einschränkte oder zu mindern schien, war verwerflich. Er war ein Gegner des geschriebenen Wortes, ein Feind der Presse, der offenen Gespräche, des öffentlichen Gerichtsverfahrens, der freien Art die Gemein-

den zu verwalten, er wollte nichts wissen von der Ausgestaltung der Schule, nichts von der Kritik am Staatshaushalt und an der Verwaltung, ja selbst die hierarchischen Ansprüche der Geistlichkeit erschienen ihm als Schmälerung seiner Rechte.

## ERZIEHUNG UND JUGEND

FRANZ JOSEPH WAR FÜNF JAHRE ALT, ALS KAISER Franz starb. Er hat den Grossvater, den hageren Herrn mit dem schmalen, bleichen Gesicht und den blassen Augen gesehen, er hat die knochige Hand gespürt, wenn der Kaiser mit dem Enkel Marschierübungen vornahm. Kaum den Armen der Kinderfrau entwachsen, bekam Franz Joseph wie jeder Prinz aus kaiserlichem Hause seinen «Ajo». So nannte man nach dem italienischen und spanischen «Ayo» den Erzieher und Hofmeister, ein Wort, das in der weiblichen Form Aja der scherzhafte Beiname der Mutter Goethes war, in deren Haus es aus dem Volksbuch von den vier Haimonskindern entlehnt worden ist. Zum Ajo Franz Josephs wurde nach langem Familienrat Heinrich Graf Bombelles gewählt, ein Aristokrat jener internationalen Prägung, die der seit der Vernichtung des protestantischen Uradels zu Macht und Ansehen gelangten Hofaristokratie der Habsburger eigen war. Portugiesischer Abstammung, als Franzose zu Versailles im Jahre der grossen Revolution geboren, kam Graf Bombelles durch die Protektion seines älteren Bruders, der in Neapel, dann in der geheimen Staatskanzlei in Wien gedient hatte, zur österreichischen Armee, machte als Adjutant des Erzherzogs Ferdinand den Feldzug von 181; mit, und wurde von der Kavallerie zum diplomatischen Dienst übersetzt. 1836, im sechsten Lebensjahr Franz Josephs, übernahm er die Erziehung der drei Söhne des Erzherzogs Franz Karl. Es ist über diesen Hofmann, den Helfert einen Kavalier «von ebenso vornehmer Gesinnung als von feinen Formen, von vielseitigen Kenntnissen, von gereifter Einsicht und Erfahrung» nennt, viel gestritten worden. Der Hauptmann im Geniekorps Moring, einer jener insgeheim schreibenden Offiziere, die es in der k. k. Armee schon damals gegeben hat, sagt in seinen «Sibyllinischen Büchern» von ihm, Bombelles sei «ein liebenswürdiges Gemisch aus einem Philosophen und einem Hofmann». Die beste Auskunft gibt aber wohl sein Förderer Metternich selber, der nach Bombelles' Tod im Jahre 1850, zu dessen Lobe sagt: «Ich rechne den Grafen Bombelles zu jener klei-

nen Anzahl von Menschen, die infolge ihrer angeborenen Meinung dachten, was ich dachte, sahen, was ich sah, und wollten, was ich wollte.»

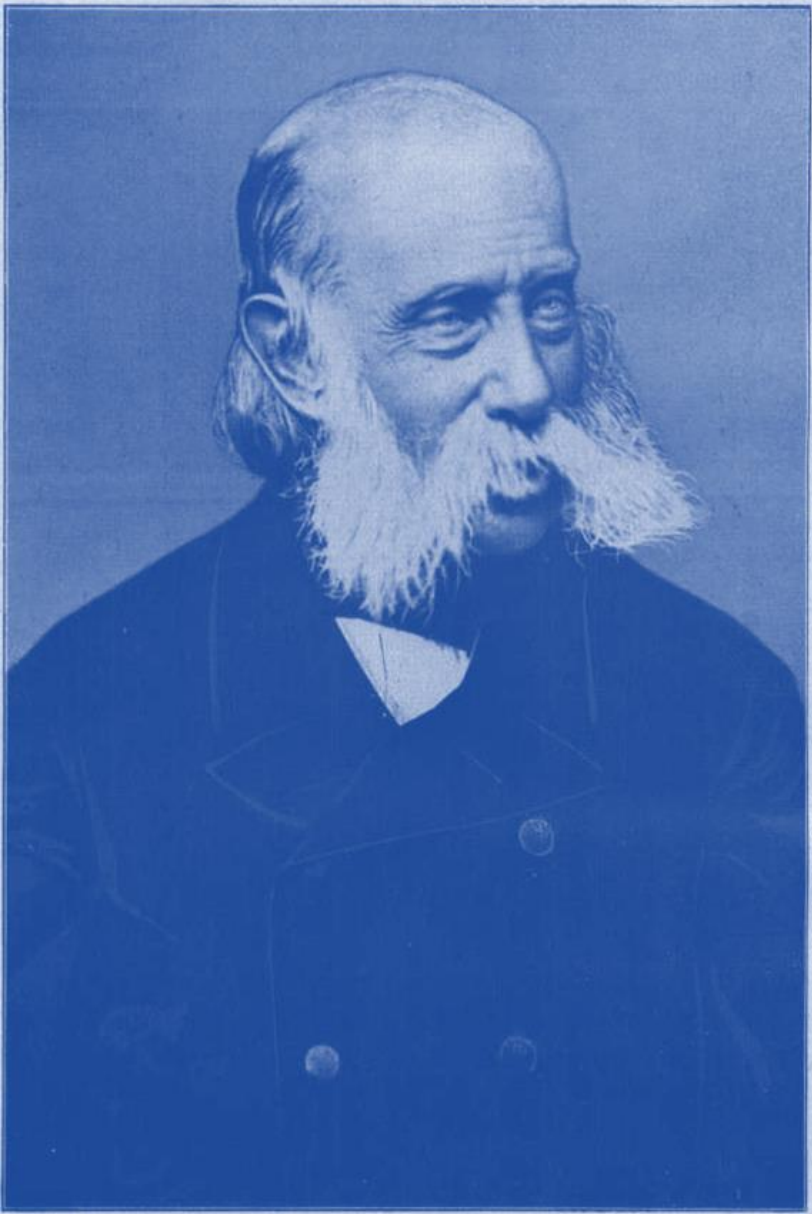
Neben dem Ajo hatte jeder der Prinzen noch seinen besonderen Erzieher. Jener Franz Josephs war Johann Baptista Graf Coronini. Von diesem auf die Form und Würde bedachten, die Willensübung stets hervorkehrenden adligen Offizier, hat Franz Joseph mehr angenommen als von Bombelles. Coronini verstand dem zartgearteten, schüchternen Knaben Stolz und Selbstbeherrschung anzuerziehen, so, wenn er ihm vorhielt, dass der wahrhaft adlige Mensch das plebejische Laster des Ermüdens nicht kennen dürfe, und das Beispiel selbstgezügelter Aristokraten vorhielt, die imstande gewesen waren, im Dienste des Feldes und des Hofes jede Schwäche des Körpers zu überwinden. Solche Maximen entsprachen nicht mehr recht der ins Kleinbürgerliche entglittenen Tradition des Wiener Hofes. Schon Joseph II. hatte, keineswegs aus Mangel natürlichen Adelsstolzes, aber aus Vernunftsgründen, die grossen Formen der Hofhaltung aus den Tagen Karls VI. und Maria Theresias zum Teil beseitigt. Unter seinem Nachfolger verlor das Haus nebst dem alten Gehalt auch die traditionellen Formen. Der Aristokrat in Franz Joseph musste erst wieder geweckt werden. Weder Grossvater noch Vater und Onkel hätten dies vermocht; der Er Wecker war neben der Mutter Graf Coronini. Als Spielgenossen und Mitschüler der drei Prinzen waren die Söhne des Grafen Bombelles, Marcus und Charles, dann auch Franz, Coroninis Sohn, ausersehen. Die Auswahl der Lehrer, noch von Bombelles getroffen, war nicht sehr glücklich. Selbst ein so loyaler konservativer Historiker wie Freiherr von Helfert, der die Jugendjahre des Kaisers in aller Devotion beschreibt, erlaubt sich die Kritik, zu sagen, die Lehrer der Prinzen hätten sich «ohne gründliche Bildung und Vorbereitung in hohle Behauptungen verstiegen», was manchmal so arg wurde, dass die Prinzen es merkten und die Art des Unterrichts verspotteten. Namentlich mit dem Geschichtsunterricht muss es sehr schlimm gewesen sein. Was den Knaben geboten wurde, war «ein geistloses Gemengsel von Kirchen- und Profanhistorie, vorzüglich an Stammbäumen auf und ab kletternd, eine trockene Herzählung von Begebenheiten mit sorgfältigem Vermeiden jeder Anregung zu eigenem Urteil». Besser stand es um Franz Josephs militärische Erziehung. In der Geschichte und in der Erinnerung der Zeitgenossen lebt der Kaiser vornehmlich als Soldat; man hat ihn nie anders als in der Generalsuniform gesehen; die Armee war ihm das Wichtigste; er blieb bis in seine letzten Jahre ein guter Reiter; er hielt bis zu seinem Lebensende an

dem berühmten Mannschaftsbett fest, das zwar nur das eiserne Gestell mit dem Bette des einfachen Soldaten gemein hatte, in der Vorstellung des Kaisers aber das Symbol des kasernenmässigen Spartanertums darstellte. Franz Joseph war jedoch zum Soldaten keineswegs geboren. So wenig wie Kaiser Franz, wie sein Vater, wie Kaiser Ferdinand. Er trug als Knabe die Züge seiner Familie, war in sich gekehrt, schweigsam, verschlossen, scheu. Aus diesem Knaben hatte der Oberst des Bombardierkorps, des damaligen Artilleriestabs, von Hauslab, einen Soldaten zu machen; ein Mann von gründlichem Wissen, der alle europäischen Sprachen, auch die russische und die türkische beherrschte, in der Türkei Instruktor, Lehrer an der höheren Offizierschule gewesen und sonst noch zu vielerlei Diensten verwendet worden war. Oberst von Hauslab arbeitete für die Unterweisung Franz Josephs ein Riesenprogramm aus, das dem Zögling alle Zweige des Militärs etappenweise erschliessen sollte.

Manche Gewohnheiten des Kaisers, sein frühes Aufstehen, Pünktlichkeit, die Akkuratess in der Erfüllung der täglichen Arbeit, sind ihm in diesen Jünglingsjahren anerzogen worden. Im Sommer in Schönbrunn begannen die Unterrichtsstunden um sechs Uhr morgens und währten mit kurzen Unterbrechungen bis zum Abend. Man hat, darin pedantischer als in anderen Fürstenhäusern, den jungen Erzherzog mit allem möglichen Wissensstoff geplagt, der aber ohne ein wirkliches System vorgetragen wurde: Chemie, Technologie, Warenkunde, Philosophie in der Ausgabe des Abtes Rauscher, Kirchenrecht und Brocken der Gesetzeskunde waren die Elemente dieser Bildung. Es ist eine Art Schulaufgabe Franz Josephs über Glasfabrikation erhalten, die ihm der Professor der Chemie Schrötter aufgegeben hat – man fragt sich vergebens, warum gerade das Glas so ausführlich behandelt wurde. Der Unterricht in den juristisch-politischen Fächern, den Staatsrat Pilgram leitete, beschränkte sich auf Vorträge. Eine Zeitlang besuchte der Erzherzog jeden Sonntag die Staatskanzlei am Ballhausplatz, wo ihm Metternich einen Blick in seine Werkstatt gewährte. So unsystematisch auch der Bildungsgang Franz Josephs gewesen sein mag, so war doch die ganze Erziehung von einem Willen geleitet, von dem Willen der Mutter, ihrem Erstgeborenen, «Franzi», wie er im Hause genannt wurde, den von den Stürmen der Zeit umbrauten Thron der Habsburger zu sichern. Nicht dem Familienrat, nicht einem der Köpfe des Staatsrats, nicht staatsmännischer Einsicht oder dem Autoritätsbedürfnis des Feldherrn ist der Plan ent-



Kaiser Franz Joseph im Jahre des Regierungsantritts 1848



Der Vater des Kaisers, Erzherzog Franz Karl



sprossen: es war der Wunsch einer Mutter, der in den Tagen der Ratlosigkeit schliesslich als der einzige Ausweg aus dem Wirrsal erschien.

## DIE MUTTER

DER ZUSAMMENBRUCH DES ÖSTERREICHISCHEN Ancien régime hatte nur einen Kreis überrascht: die unmittelbar Betroffenen, den Hof. Nicht, als ob dieser Kreis eines Sinnes und von gleicher Ahnungslosigkeit gewesen wäre; man kann sich kaum eine disparatere Gesellschaft vorstellen als die regierenden, beratenden, mitbestimmenden und kritisierenden Personen, die, als Lenker eines grossen Reiches, der über sie hereinbrechenden Katastrophe hilflos gegenüberstanden. Es war, als ob die Geschichte sich einen Witz erlaubt hätte, indem sie das auf die Spitze getriebene System des vormärzlichen Absolutismus in die Obhut gutmütiger Ohnmacht gab. Aktiv in dieser Regierung war nur der Widerspruch in ihr selbst. Ferdinand, die lebendige Widerlegung des persönlichen Regiments, Metternich und Kolowrat einander hassend und stets im Streit, Erzherzog Ludwig voll Misstrauen gegen alle, Franz Karl ein verständnisloser Zuschauer; aber auch den bürgerlichen Personen, die neben dem Hof und der Staatskonferenz an hohen Regierungsstellen wirkten, Männern wie Pillersdorf und Doblhoff, den Spitzen der bürokratischen Fronde in den letzten Jahren Franzens, fehlten nicht minder als den eigentlich Regierenden Entschlussfähigkeit und Selbstvertrauen, vor allem aber fehlte ihnen die Kenntnis der Regierungsmethoden in einem freien Staatswesen. In diesem Zirkel von widersprechendem Wollen und Nichtkönnen fiel der Wunsch der Mutter, mit der Sorge um die Erhaltung der Hausmacht zusammen.

Die Tochter des ersten Bayernkönigs war anders geartet als der Wiener Hof, dem sie seit 1824, seit der Vermählung mit Erzherzog Franz Karl, angehörte. Sie hatte manche gute Gabe, aber auch die Heftigkeit ihres Vaters geerbt, dieses Pfalzgrafensohnes von Zweibrücken-Birkenfeld, der französischer Oberst, dann österreichischer General, nachher regierender Pfalzgraf seines Landes, nach Karl Theodors Tod, mit dem die sulzbachische Linie erlosch, Kurfürst von Bayern, und seit dem Pressburger Frieden, 1805, König gewesen war. Er war kein gewöhnlicher Mensch, der Vater Sophies; es ist nicht ganz wahr, was ihm Treitschke nachsagt, dass seine rheinbündische Politik nur dynastischen Erwägungen entsprossen sei. Er war im Denken und Fühlen allen Pfälzern gleich, denen die französischen Grundsätze der politischen Gleichheit und des freien wirtschaftlichen Wett-

bewerbs in Fleisch und Blut gedrunken waren. Nirgendwo auf deutschem Boden haben die Segnungen der französischen Revolution so tief Wurzel gefasst wie in der Pfalz. Max Joseph selbst nannte die Tage, die er als französischer Oberst in Strassburg verlebt hat, die glücklichsten seiner Jugend. Obwohl ihn die Revolution aus dem Elsass vertrieb, blieb ihm die Vorliebe für Frankreich sein ganzes Leben. «So oft ich», sagte er nach seiner Thronbesteigung in Bayern zu Alquier, dem französischen Geschäftsträger, «von den Erfolgen der Heere der Republik höre, fühle ich an meiner Freude, dass ich ein Franzose bin.» Er hat es trotzdem verstanden, als Bayernkönig unter dem ganz anders gearteten Schlag populär zu werden, wobei ihm seine derbe Natürlichkeit und der Spass daran, äusserlich den Bajuwaren zu mimen – er schreckte selbst vor grossen Ohringen nicht zurück – sehr behilflich waren. Der Münchner Hof wurde nicht leer von Bettlern, Schmarotzern und liebenswürdigen Schuldenmachern. Man kannte die Schwächen des Königs, der für sich fast nichts, aber für seine Noblesse so viel brauchte, dass er aus den Schulden bei Seligmann Eichthal nicht herauskam. Man hielt ihn für müssiger als er war, weil er seine freien Stunden meist auf der Strasse verbrachte. Er bummelte gern und liebte die Ordnung nicht. Auch das Heer interessierte ihn nicht sonderlich, was ihm den Vorwurf eintrug, er habe es, «das sich unter Napoleons Führung so trefflich bewährt hatte, im Frieden verfallen lassen». Leicht bestimmbar, abhängig von den Eindrücken des Augenblicks, hielt er doch zwei politische Grundsätze unverbrüchlich fest: er war so tief überzeugt von der Unhaltbarkeit der alten Zustände, dass er auch vor radikalen Reformen nicht zurückschrak, und er hasste die Herrschsucht der Kirche. Die sechs Töchter aus zwei Ehen liebten diesen Vater, der stets gut gelaunt, natürlich und zu jedermann wohlwollend zu sein verstand. Die älteste, Karoline, war die letzte Gattin des Kaisers Franz; Karoline und Sophie, die beiden Stiefschwestern, kamen, die eine als Gattin des Vaters, die andere als Gattin des Sohnes, in ein kompliziertes Verwandtschafts Verhältnis. Unter den sechs Schwestern gab es zwei Zwillingspaare: Elisabeth und Amalia, die Gattinnen König Friedrich Wilhelms IV. von Preussen und König Johann von Sachsen, dann Sophie und Maria, die Mutter Franz Josephs und die Gattin des Königs Friedrich August von Sachsen. Die «bayrischen Unglücksschwestern», wie man sie nannte, traten in die ältesten deutschen Dynastien ein. Der jüngsten, Ludovika, vermählt mit Herzog Max von Bayern, dem General und Dichter, der als «Phantassus»

Dramen und Novellen schrieb, war es bestimmt, von ihren acht Kindern eine Tochter, Elisabeth, dem Kaiser Franz Joseph zur Gattin zu geben.

Erzherzogin Sophie hat, als sie nach Wien kam, das Reich Franz I. mit den Augen ihres Vaters gesehen. Auch sie war von der Unhaltbarkeit der alten Zustände und davon überzeugt, dass der Rat der Greise, dem Franzens letzter Wille die Regierung anvertraut hatte, nicht fähig sei, dem Staat eine neue Form zu geben. Sie stiess mit ihrem Denken bei Erzherzog Ludwig, bei Metternich auf Widerstand, und damals mag es gewesen sein, dass sie Verbindungen knüpfte mit den Kreisen des liberalen Adels, die, gleich wie sie, durch Reformen den sich meldenden Stürmen zuvorkommen wollten. Diese Bemühungen und ihr offener Gegensatz zu Metternich haben die Frau zur Figur einer österreichischen Legende gemacht, zum Mittelpunkt jenes aus der provinziellen Volksphantasie und der Pamphletliteratur dieser Tage geborenen Schauerromans, in dem die Wiener Revolution als das Werk einer geheimen Verschwörung, mit Erzherzogin Sophie als der treibenden Kraft, erscheint. Sie hat, das ist wahr, Fäden gesponnen und Wege gesucht, sie hat Tage und Nächte ihren Muttertraum, den Königsplan, erwogen, aber es ging bei alledem, so viel Verstecktes auch dabei gewesen sein mochte, viel einfacher her, als es die Volksphantasie gemalt hat. Entscheidend war, dass sie Kübeck als Hilfe gefunden hat, entscheidend wie überhaupt das Wirken dieses noch immer nicht genügend erkannten und in seinem folgeschweren Einfluss auf Österreichs Geschichte genügend gewürdigten Schneidersohns aus Iglau. Kübeck war derselben Meinung wie Erzherzogin Sophie. Im Herbst 1848 legt er in einem vertraulichen Schreiben an die Kaiserin Maria Anna, die Gattin Ferdinands, ausführlich dar, dass die Abdankung des Kaisers und die Übertragung der Krone auf ein Haupt notwendig sei, «das den Ereignissen fremd geblieben ist und sich durch keinen Akt an Versprechungen und Zugeständnissen gebunden hat, welche als verpflichtend angerufen werden können». Dies sei bei Erzherzog Franz Joseph der Fall, der daher staatsrechtlich berufen erscheine, «für seine Regierung diejenigen Grundsätze und jenen Rang einzunehmen, welche der Befestigung des Thrones und dem Heile der Völker entsprechen». Kübeck sagt nun weiter, es sei nicht möglich und nicht rätlich, auf die Einrichtungen zurückzugehen, die vor den Märztagen bestanden haben; nach allem was vorgefallen, gäbe es nur einen von drei Wegen, die dem Regenten offenstehen: entweder sich die von der Revolution «ausgeheckte» Ver-

fassung gefallen zu lassen, oder ein Militärregiment einzuführen, oder endlich selber solche Institutionen zu schaffen, welche den Interessen der Völker, den historisch gewordenen Verhältnissen und der Macht des Thrones entsprechen. Die erste Alternative wurde durch den Thronwechsel überflüssig, von den zwei andern Mitteln müssen beide, in angemessener Reihenfolge, angewandt werden: erst die Wiederherstellung der Autorität durch Militärgewalt, dann die neuen Institutionen.

Kübeck hat der Mutter des zum Kaiser ausersehenen Erzherzogs die Argumente für ihren Wunsch geliefert, er hat es ihr ermöglicht, die Bedenken Windischgrätz' zu zerstreuen, durch ihn gewann sie jene Standhaftigkeit in der Wiederholung ihres Verlangens. Im März 1848 hatte Windischgrätz dem Thronwechsel widerraten. «Unmöglich, die Abdankung des Kaisers ist nicht an der Zeit.» Die folgenden Tage des April und des Monats Mai, die Ereignisse in Wien und die Flucht des Hofes haben die unruhevolle Erwartung Sophies wohl gesteigert, auf der andern Seite aber schöpften gerade in diesen Augenblicken der Bedrängnis Ferdinand und sein Bruder Ludwig neue Hoffnung. Innsbruck und Tirol liefern das solange entbehrt Bild loyaler Untertanen, Deputationen der Länder lassen die Erinnerung an Wien verblasen. Sophie bleibt von solchem Irrlicht unberührt. Vom Augenblick beeinflussbar wie ihr Vater, aber ohne seinen in Frankreichs Luft erzogenen Freimut, hat sie, erschüttert von den Wiener Ereignissen und von Kübecks Wandlung, sich selber rasch gewandelt. Erbittert über die Revolution, die sie als «unverzeihlichen Undank des Volkes» deutet, hat sie jetzt nur den Gedanken, die Gegenrevolution vorzubereiten. Sie war liberal, solange sie in der Vorstellung lebte, nur ein neuer junger Kaiser könne Österreich erneuern und verjüngen; sie wird reaktionär, da sie, von Kübeck darin gestützt, zur Überzeugung gekommen, dass nur der junge Kaiser die Autorität der Krone wiederherstellen und die Unbotmässigen zur Räson bringen könne. Und da sie selber mit dieser Überzeugung siegt, wandelt sie sich nicht mehr, was der Staat und der Hof, bis an ihr Ende, bis 1872, oft genug zu spüren bekommen.

Noch aber war es nicht soweit. Wollte der Augenblick der Erfüllung noch nicht kommen, so sollte die Zeit doch dem einen Zwecke dienen. An die Fortsetzung der Studien Franz Josephs war im Sturm der Wiener Ereignisse nicht zu denken. Auch sollte, wie es Windischgrätz geraten, Franz Joseph gleich ferngehalten werden von den Bildern der Empörung, wie vom trostlosen Anblick des ambulanten Hofes. Darum erwägt sie, es ist im

April, den Sohn als Statthalter nach Prag zu senden. Die Stimmung in Prag zerstäubt das Projekt. Doch die nimmermüde Mutter will den Sohn an sichtbarer Stelle, sie will ihn jetzt dort haben, wo Österreichs Macht, das zum Siegen und Strafen bestimmte Schwert, residiert. Sie setzt es durch, dass Franz Joseph den italienischen Kriegsschauplatz besucht. Am 29. April gibt die «Wiener Zeitung» bekannt, der Erzherzog werde sich zu Radetzky «begeben, um ein lebendiges Bild von den Rüstungen zu erhalten, die der Feldmarschall gegen Feinde und Aufwiegler» parat habe. Es ist nicht die Zahl der Bajonette, nicht das Gewicht dieser militärischen Macht, was die Blicke nach der Lombardei lenkt, denn Radetzkys Armee ist gebunden und kommt als Racheschwert gegen die Empörer nicht in Betracht. Aber sein grüner Federbusch, die Fahnen, die dort stehen, sind in diesen trüben Zeiten des zerbröckelnden Reiches das einzige Symbol der alten Grösse. Nur hatte Erzherzogin Sophie die Rechnung ohne den Feldmarschall gemacht, der, bei aller Ergebenheit vor der Dynastie, seine Gradheit und Widerborstigkeit nicht abstreifte. «Kaiserliche Hoheit», so sprach Radetzky den angekommenen jungen Prinzen an, «was wollen Sie hier? Ihre Gegenwart bereitet mir nur Schwierigkeiten. Trifft Sie ein Malheur, so hab' ich's zu tragen; werden Sie gefangen, so bin ich samt meiner Armee verloren.» Der alte Feldmarschall hatte natürlich recht, auch dass er an die Gefangennahme dachte, konnte man ihm nicht verübeln. Er wusste es indes so einzurichten, dass kein Malheur geschah und liess den Erzherzog bei sich. Er gab Franz Joseph an die Seite des Feldmarschall-Leutnants d'Aspre, und in dessen Umgebung erlebte der junge Prinz am 6. Mai das Gefecht von Santa Lucia, welche Episode man die Feuertaufe des Kaisers genannt hat.

Von hier wird Franz Joseph nach Innsbruck gerufen, wo der Hof die Rückkehr nach Wien vorbereitet. Stadion ist für den Abbruch des Exils, Kaiser Ferdinand will Innsbruck nicht verlassen. Graf Medern, der russische Botschafter, den man um Rat fragt, stimmt dem Kaiser zu. Reichstag und Ministerium drängen zur Heimkehr. Da macht Sophie den Vorschlag, ihren Gatten und Franz Joseph als Vertreter des Kaisers nach Wien zu senden. Ferdinand wird unsicher und entschliesst sich zur Reise. Am 12. August trifft der Hof in der Reichshauptstadt ein. Zwei Tage später sendet Erzherzogin Sophie den Kammervorsteher Franz Josephs, Grafen Grünne, zu Windischgrätz nach Prag. Sie stösst zwar auch jetzt noch auf die alten Zweifel des innerlich Widerstrebenden, der nur für den äussersten Fall die

Abdankung Ferdinands befürworten will, aber seine praktischen Vorschläge für die nächste Zukunft geben ihr doch die Gewissheit, dass sie den Fürsten gewonnen hat. Und dennoch muss ihr ungeduldiges Herz noch warten. Erst die zweite Flucht des Hofes, die Übersiedlung nach Olmütz, lässt den Plan vollenden. Es hatte gar keiner grossen Überredungskunst Schwarzenbergs bedurft, seine Kollegen von der Notwendigkeit des Thronwechsels zu überzeugen. Da sein Schwager Windischgrätz einverstanden war, handelte es sich nur darum, die beiden andern Degen, auf die sich die Hoffnungen der Dynastie stützten, Radetzky und Jellacic, ins Vertrauen zu ziehen. Nicht ihre Bedenken waren es, die zu allerletzt noch Retardierungen erzeugten; Ferdinand hatte Augenblicke und Tage, da er, der sonst Gutmütige und Harmlose, die Vorbereitung seines Thron Verzichts wie eine Verschwörung empfand; es waren intimste Zweifel habsburgischer Natur an der Überlegenheit der andern, Äusserungen jener Skepsis, die sich später noch, als Ferdinand, der Sorgen bar, in Prag promenierte, nach der Schlacht bei Solferino, in dem wienerischen Wort kundgab: «So hätt' ich's a troffen.»

## KREMSIER UND FRANKFURT

DER SÄBEL WAR ES, DER IN DER STERBENSSTUNDE des Ancien régime den Arzt machte und dem neuen Herrn Österreichs den Weg bereitete, der Säbel Windischgrätz', der Säbel Radetzkys, der Säbel Jellacics. Zuerst waren Krakau und Prag, dann Mailand, zuletzt Wien auf die Knie gezwungen worden. Während der entscheidenden Zeit harrete der Reichstag, die übriggebliebene Errungenschaft des Jahres 1848, die Hoffnung der Völker Österreichs, in der kleinen mährischen Stadt Kremsier der Dinge, die kommen sollten. Das kaiserliche Patent vom 22. Oktober hatte ihn von Wien, aus den imposanten Räumen der Winterreitschule des Hofes, hieher verlegt, wo ihm der Erzbischof seinen Palast mit dem zwei Stockwerke hohen Saale zur Verfügung stellte. Mitte November waren die ersten Abgeordneten eingetroffen, unter ihnen die Tschechen Rieger, Palacky und Brabec, dann die Deutschen und Polen, zuletzt die Männer der Linken, darunter Wieland, Schuselka, Kudlich, Prato, die nur widerstrebend und misstrauend Wien verlassen hatten. Einigen von ihnen, wie Fuster, Fischhof und Goldmark, war es nicht leicht geworden, sich den Fängen der Wiener Militärdiktatur zu entwinden. Am 21. November hatte das neue Kabinett, das Mi-

nisterium des Fürsten Schwarzenberg, mit Stadion als Minister des Innern, mit Baron Krauss als Finanzminister, und Bach als Verweser der Justiz, mit Generalmajor Cordon, Bruck und Thiemfeld, die Genehmigung erhalten, am 27. November verkündete es «aufrichtig und ohne Rückhalt» jenes Bekenntnis zur Konstitution, das nur allzu bald von dem neuen Wind hinweggeweht werden sollte. «Fest entschlossen,» so sprach Schwarzenberg, «jeden unverfassungsmässigen Eingriff fernzuhalten, aber ebenso wenig Eingriffe in die vollziehende Gewalt zu gestatten, sehen wir als unser Ziel die ungeschmälerte Erhaltung der den Völkern Österreichs zugesicherten Freiheit.» Der Eindruck dieser Premiere war günstig. «Ich weiss seit den Märztagen», schrieb der Korrespondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung, «kein Aktenstück, das sich so der ungeteilten Zustimmung erfreute wie dieses Programm.» Wichtiger aber war, was so Wenige sahen, dass hier, in dieser kleinen mährischen Stadt, der Völkerstaat Österreich, dessen Gestalt das Ancien régime sorgfältig verdeckt gehalten hatte, zum erstenmal seine Augen aufschlug. Völlige Neulinge auf parlamentarischem Boden, ungeübt in der Technik des Verhandeln, ohne Erfahrung und ohne Beispiel, schufen sich die Vertreter der Nationen ihren ersten Bau in der Annahme, dass die Verständigung mittels Debatte, dieses Grundprinzip der Demokratie, ein neues Österreich, ein Österreich gleichberechtigter Völker gebären werde. Wie von selbst ordnete sich das vielgestaltige Leben dieses ersten österreichischen Volksparlaments in vier Klubs. Der Klub der Linken mit Pretis als Vorsitzendem und Schuselka als Führer umfasste die ehemals Radikalen; sein Programm war, die österreichischen Länder, mit Ausnahme Ungarns, in fünf Nationsstaaten zu gliedern, davon jeder seine eigene Gesetzgebung und Vertretung haben sollte. Der «Verein der deutschen Österreicher», der zweite der drei deutschen Klubs, stimmte mit den Slawen in der grossen Gestaltungsfrage des Reiches überein, er unterschied sich nur in der Auffassung des Verhältnisses zu Frankfurt. «Um Deutschlands selbst willen müsse man ein kräftiges und darum ungeschmälertes und einiges Österreich wünschen; einen andern Anschluss als unter dieser Voraussetzung könne man nicht zugeben.» Die böhmisch-mährischen Abgeordneten tschechischer Zunge, mit Strobach, Pinkas, Palacky und Rieger als den hervorragendsten Häuptern, hatten ihren eigenen Klub, dem sich allmählich auch die Südslawen, die Slowenen und Dalmaten sowie die galizischen Ruthenen anschlossen. Der dritte Klub, der Zentralklub, vereinte die Ministeriellen, darunter Männer wie Mayer, Lasser und Doblhoff. «Wir sind zu

oberst freie Österreicher», hiess es in seinem Programm, «und als solche brüderlich vereinte Deutsche, Slawen, Italiener und Rumänen.» Der Klub befürwortete einen festen Verband mit Deutschland, jedoch auch mit dem vom ministeriellen Programm ausgesprochenen Vorbehalt, dass «die Form des Bundes erst dann auszusprechen sei, wenn Österreich und Deutschland sich konstituiert haben würden».

Der Kremsierer Reichstag, in dem die Völker des Reiches als vermeintlich Freie zum erstenmal einander gegenübertraten, hat sich die grösste Mühe gegeben, in eigener Willenseinigung das Problem des Völkerstaats zu erfassen und eine Form des künftigen Zusammenlebens der Nationen zu finden. Deutsche und Tschechen, von der Niederlage der Revolution erschüttert, vom Pamphletismus der Sturmtage befreit, begannen im Verfassungsausschuss des Kremsierer Reichstags in zähen, wertvollen, spannenden Debatten eine Verfassung für den thesianisch-josephinischen Einheitsstaat zu beraten. Das Werk Maria Theresias und Josephs war nach Franzens vierzigjähriger Regierung zusammengebrochen. Unfähig, zwischen der in der Dynastie, Armee und Bureaukratie verkörperten historischen Macht und den spontan sichtbar gewordenen Rechten der Völker ein Kompromiss in Gestalt positiver politischer Schöpfungen zu finden, rief das alte Österreich den Säbel zu Hilfe. Dennoch: die Völker bejahten den historisch gewordenen Staat, der ihnen als gemeinsames Haus galt. Was die Träger der Macht und die privilegierten Besitzer aller politischen Erfahrung weder sahen noch erkannten, das versuchten jetzt die bis dahin ohnmächtigen Völker des habsburgischen Reiches selber. In Kremsier stand die Wiege für das neue Österreich bereit. Ohne Geburtshelfer, allein auf sich angewiesen, suchte dieses erste und beste Parlament Österreichs dem Reiche die neue Form zu geben. Die Regierung hatte nicht den geringsten Anteil daran. Der Verfassungsentwurf, den der Reichstag in ruhiger, gemeinschaftlicher Arbeit geboren hat, blieb bis zum Ende der habsburgischen Dynastie der einzige grosse Reformplan, der im Zeichen des freien Vertrags der Völker zustande gekommen ist; er darf, so sagt der beste Kenner der österreichischen Verfassungsgeschichte, Josef Redlich, trotz seiner Mängel neben die grossen Versuche dieser Art, ja selbst neben die Konstituante Frankreichs von 1791, auch neben die Schöpfung der amerikanischen Konvention von Philadelphia gestellt werden.

In Kremsier hat das Schicksal dem Hause Habsburg den Weg gezeigt: hier war das Problem des Reiches rein und unverkennbar entfaltet. Bei den Deutschen und bei den Slawen flossen gewissermassen noch einmal alle



Erinnerungen an den Druck des Wiener Absolutismus und seines Herrschaftsapparats, alle Erbitterung und Feindschaft gegen die bis dahin unfassbare Macht der regierenden Bürokratie in dem einen Gedanken zusammen: dass das neue Österreich Freiheit und Behütung des Einzelnen, der Gemeinden, der Länder vor der erdrückenden Allmacht der zentralen Regierungsgewalt gewährleisten müsse. Was fortan das Reich bis zum Lebensende Franz Josephs, bis zum Untergang Österreichs beschäftigt hat, war das Versäumnis von Kreamsier. Was die Männer in Kreamsier versuchten, die Aufgabe, ein aus vielen historischen Territorien und verschiedenen Völkern bestehendes, durch den Machtwillen einer Dynastie zusammengefasstes Reich zu einer organischen Verbindung der Teile umzugestalten, das hatte die Geschichte bisher überhaupt noch nicht gesehen. Das Gegenteil, die Förderung freier Länder zu einem neuen Ganzen, hat seit dem siebzehnten Jahrhundert sich als der schöpferische Gedanke zur Bildung grosser Mächte erwiesen. In Kreamsier baute man auf jungfräulichem Grunde. Palacky schwankte zwischen der naturrechtlich-nationalen und der historisch-staatsrechtlichen Auffassung, aber darüber war er sich allerdings völlig klar, dass Österreich, «sofern es nicht dem Verfall preisgegeben werden wolle», nur ein föderatives Reich sein könne. Und ebenso eindeutig war Riegers Bild vom zukünftigen Reich, das er als Bundesstaat nach amerikanischem Muster erschaute. Der Kreamsierer Verfassungsausschuss war sich der Klippen bewusst, die sein Werk zu umschiffen hatte. Grösser als die Gefahr, die der Gegensatz der Nationalitäten in sich barg, war die Entfernung zwischen der föderalistisch-demokratischen Verwaltungsreform und dem dynastisch-bürokratischen Machtgedanken, von dem Österreich bisher sich hatte leiten lassen. Es ist eine Geschichtslüge die Behauptung, dass der Verfassungsplan von Kreamsier den Keim der Unfruchtbarkeit in sich getragen habe; das Werk war fertig, die Vermittlung zwischen Deutschen und Tschechen durch Strohbach und Pinkas hergestellt, die Gewähr dafür, dass der Entwurf die Zustimmung des Reichstags erlangen werde, durch die Stimmeneinheit bei der Verabschiedung im Verfassungsausschuss gegeben. In diesem Moment zerstörte eine rauhe Hand die Frucht reinsten Bemühens. Im Auftrage Schwarzenbergs erschien in der Nacht vom 6. auf den 7. März 1849 Graf Stadion mit dem Unterstaatssekretär Helfert in Kreamsier, die ahnungslosen Abgeordneten darauf vorzubereiten, dass des Reichstags letzte Stunde geschlagen habe. Der Eindruck dieser Botschaft auf die Abgeordneten war so niederschmetternd, dass Stadion noch in derselben Nacht

nach Olmütz zurückkehrte und, von seinem Gewissen geplagt, von dem tödlichen Streich abriet. Es war drei Uhr morgens, als er, eine Kerze in der Hand, Bach aus dem Bette rief. Doch der längst Abtrünnige hatte, zwischen Erwachen und neuem Schlaf, nur das abwehrende Wort: «Sie müssen am besten wissen, dass nichts mehr zu ändern ist!» Im Morgengrauen des kommenden Tags tippten die ungelenkten Finger Olmützer Telegraphisten die Order, womit der Kremsierer Reichstag aufgelöst wurde, gleichzeitig Haftbefehle gegen die Deputierten, die eben erst den Wiener Polizeifäusten entronnen waren. Ein eigens gegebenes Aviso ermächtigte den Polizeikommissar Felsenthal, auch gegen einen Einspruch Bachs, die Verhaftungen vorzunehmen. Der todkranke, von den Aufregungen der Nacht erschütterte Stadion rettete die Bedrohten, indem er die Stunde der Verhaftung auf den Abend rückte. Schwarzenberg, die zwei dunkeln Stunden seines Lebens, die Flucht aus dem Ehebruch mit Lady Ellenborough nach Brasilien und die Vertreibung aus Neapel, vergessend, befahl dem Major Grafen Huyn, Stadions menschliche Tat zu tilgen. Es war zu spät; Fuster, Violand, Kudlich, Goldmark und Fischhof waren in Sicherheit.

Die österreichische Geschichtschreibung hat der ersten Tat Franz Josephs, der Auflösung des Kremsierer Reichstags, den Schein eines notwendigen Akts gegeben, ja, loyale Historiker sehen in der Wiederherstellung der dynastischen Macht und Autorität die Rettung des Staates; das Auflösungsdekret erscheint ihnen als ein viel verheissendes Dokument des neuen Herrscherwillens, als der feste Auftakt zum francisco-josephinischen Zeitalter. In Wahrheit war dieser Akt der schwerste aller Fehler, an denen die lange Regierungszeit Franz Josephs so reich ist. Scheinbar kehrte die Ordnung zurück, scheinbar kam der aus dem Geleise geratene Staat auf den Weg planvollen Fortschreitens. Doch der Schein trog. Die gewaltsame Beseitigung des ersten österreichischen Völkerparlaments war in seiner Wirkung dem Frost im Frühlingsgarten gleich; er hat alle Ansätze natürlichen Gedeihens zerstört, an die Stelle organischen Wachstums die Entwicklung nach Rezepten gesetzt. Die Tatsache, dass Österreich nach Kremsier noch siebenzig Jahre gelebt hat, darunter eine Reihe von Jahren im Zeichen des bürgerlichen Aufschwungs, diese Tatsache verleitete den rückschauenden Blick, Kremsiers als einer Episode zu gedenken, als eines unerfüllten Jugendtraums des neuen Österreichs. Nichts ist falscher als diese Deutung: die österreichische Wirklichkeit war Kremsier, ein Traum die Folge – jener

Herrschertraum, der nicht abliess von dem alten Gedanken Habsburgs, dass dem Willen des Hauses die Vormacht gebühre, der Wille der Völker sich zu beugen habe. Was in Kreamsier gedrosselt wurde, kehrt nun siebenzig Jahre lang als das einzige Leitmotiv und Klagelied wieder, bis es im Kriege zum Schlachtruf wird. Die Sieger lösen das Problem von Kreamsier auf ihre Weise und verurteilen das alte Österreich zum Tode.

Die Auflösung des Kreamsierer Reichstags und die Absage Schwarzenbergs an Frankfurt haben das Band zerschnitten, welches das frei gewählte deutsche Nationalparlament und dessen Bemühung um eine demokratische Lösung der deutschen Frage mit der österreichischen Verfassungspolitik verknüpfte. Der eisige Tau dieser Verfügung nahm der jugendhaften Strömung deutschnationalen demokratischen Empfindens ihre Wärme, er zerstörte den eben rege gewordenen Glauben an die Vereinigung der österreichischen Erbländer mit dem übrigen Deutschland. Mit der Vernichtung des Kreamsierer Werkes wird der andern Lösung der deutschen Frage der Weg bereitet, der blutigen Auseinandersetzung von 1866. Als Gewinn bucht Habsburg seit der Aussichtslosigkeit der nationalen, demokratischen Bewegung das Aufkommen jenes gemässigten Liberalismus in den obern und mittlern Klassen des deutschen Bürgertums, der sich mit den gegebenen Dingen abfindet und in einem konstitutionellen Zentralismus sein Heil sucht. Die andern Nationen, vor allem die Tschechen, haben den Abschied von Frankfurt leichten Herzens hingenommen. Aus der ablehnenden Erklärung Palackys an Frankfurt ging hervor, was diesen bedeutendsten Kopf der Tschechen bewogen hat, einer Eingliederung der böhmischen Kronländer in den Deutschen Bund zu widersprechen. Er glaubte das Eigenleben des Westslawen vor den Gefahren der russischen Universalmonarchie durch die Erhaltung Österreichs als selbständigen Kaiserstaat gesichert zu sehen. Damals fiel das vielzitierte und noch mehr missbrauchte Wort: «Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europas, im Interesse der Humanität sich beeilen, ihn zu schaffen.» Er lässt aber dieser Erkenntnis gleich die Frage folgen, warum nun dieser als notwendig erkannte Staat «seinen Völkern dennoch eine Qual, warum er haltlos und ratlos» sei? Und er antwortet: «Weil er in unseliger Verblendung so lange Zeit die eigentliche rechtliche und sittliche Grundlage seiner Existenz selbst verkannt und verleugnet hat: den Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung aller unter seinem Zepter vereinigten Nationalitäten und Konfessionen. Die Natur», so sagt er, «kennt kei-

ne herrschenden sowie keine dienstbaren Völker.» Und: «Ich bin überzeugt, dass es für Österreich auch jetzt noch nicht zu spät ist, diesen Grundsatz der Gerechtigkeit, die *sacra ancora* beim drohenden Schiffbruch, rückhaltlos zu proklamieren; doch die Augenblicke sind kostbar, möchte man doch nicht eine Stunde länger zögern.» Es ist in diesen Sätzen mehr enthalten als die Weisheit eines Politikers, der das Wesen des Völkerstaates erkannt hat. Sein Irrtum: der edle Glaube an die überzeugende Kraft einer Wahrheit. Als Tschechen blieb ihm das den Todeskeim in sich tragende Geheimnis des Hauses Habsburg verborgen, jenes Geheimnis, das der junge Kaiser von seinen Ratgebern willig übernahm: den Willen des Herrschers als die erste, bewegende Macht zu behaupten. Es bedurfte keiner Reflexion, keiner theoretischen Begründung, die einem Habsburger nur fremd gewesen wäre, dieses Machtgefühls stets gegenwärtig zu sein; es lebte im Blute von den Vorfahren her, die mit Vorsicht und Zähigkeit die Gegenwehr der Länderstände gebrochen, mit Gewalt und blutigem Schwert, wenn es die Hausmacht erheischte, in jahrhundertelangem Ringen ihre Fürstengewalt errichtet und ausgebaut hatten. Es hat unter diesen Vorfahren bis zu Franz I. Talente gegeben, schöpferische Klugheit, wie sie Maria Theresia besass, Gescheitheit wie bei Joseph II., aber niemals wäre es einem Habsburger in den Sinn gekommen, dass der Gedanke an den «Staat» etwas anderes umfassen könnte als die selbstverständliche Macht der Dynastie, des Hauses. Die grossen Veränderungen Europas seit dem Ausbruch der französischen Revolution; das von der Humanitätsphilosophie und von Napoleons Schritten hervorgezauberte Nationalgefühl und dessen erste Kraftproben im Verein mit den Regungen sozialer Erbitterung im Jahre 1848, haben das Haus Habsburg zu Konzessionen gezwungen; die Niederlagen von 1859 und 1866 mit ihren finanziellen Folgen eine Art konstitutioneller Form geboren, die der bürgerliche Inhalt des grossen Wirtschaftsgebietes mit Leben füllte – aber niemals, solange das Habsburgerreich stand, ist an dem Primat des Herrscherwillens getastet worden. Man hat nach Kremsier, nach Frankfurt unzählige Male die Völker zur Verständigung gerufen – es war zu spät; die Stunde der Verständigung aus freiem Willen war endgültig verpasst worden. Darum erscheint heute, im Lichte der kritischen Geschichtsbetrachtung, Palackys Absage an Frankfurt als Fehler. «Glauben Sie wohl, die österreichische Monarchie werde noch ferner Bestand haben, wenn Sie ihr verbieten, innerhalb ihrer Erbländer ein eigenes, von dem Bundeshaupt in

Frankfurt unabhängiges Heer zu besitzen? Glauben Sie, der Kaiser von Österreich werde sich auch dann noch als Souverän behaupten können? ... Um des Heils von Europa willen darf Wien zu einer Provinzialstadt nicht herabsinken. Nicht Österreichs Anschluss an Deutschland, sondern das Umgekehrte hätte einen Sinn.» Palacky hat Habsburg nie erkannt, darum hat ihm die Geschichte Unrecht gegeben. Anders als er's gedacht, gewann sein Volk die Selbständigkeit, doch Habsburg verlor, trotz der behaupteten Souveränität des Kaisers, Reich und Krone.

## VON RUSSLANDS GNADEN

ES GIBT NUR ZWEI MÄCHTE IN DER WELT, GEIST und Degen; auf die Dauer aber wird der Degen doch immer vom Geiste besiegt. Der Mann, der dies sagte, Napoleon, war beides, Geist und Degen, und ist trotzdem unterlegen. Habsburg hatte keines von beiden, und hat sich dennoch Jahrhunderte behauptet. Von den Siegen Prinz Eugens und von Radetzky's erfolgreicher Kriegsführung gegen einen unebenbürtigen Gegner abgesehen, ist Habsburg in allen entscheidenden Schlachten geschlagen worden, von Friedrich II., von Napoleon I., von Napoleon III., von Moltke. Die Antithese von Degen und Geist hat keine geschichtliche Geltung. Habsburg freilich fehlte zuzeiten selbst der bescheidene handwerksmässige Geist zur Führung des Degens. Es hatte gerade noch gereicht, Wien niederzuwerfen, doch nicht zur Bezwingung Ungarns. Alles war nun vorbereitet, dem jungen Kaiser das alte Österreich, wie es Franz hinterlassen, wiederherzustellen: die Hauptstadt war zum Gehorsam gezwungen, Italien gebändigt, Kremsier erledigt, Frankfurt aus Habsburgs Machtbereich sozusagen abgeschoben – nur ein Gebiet lehnte sich trotzig auf und erhob weiter seine Faust gegen die Dynastie: Ungarn. Die neue, von Schwarzenberg und Stadion auf den Trümmern von Kremsier oktroyierte Verfassung hatte sich eben ein «einiges und unteilbares Kaisertum Österreich» mit Hinwegtilgung aller historischen Sonderheiten Ungarns kühn als Ziel gesetzt; Windischgrätz' Degen sollte das Werk vollenden. Er hatte wohl nach den Gefechten bei Kapolna im Februar 1849 einen grossen Teil Westungarns bis an die Theiss in Gewalt, doch östlich davon, wie im Norden des Landes und in Siebenbürgen war die Revolution siegreich. Mitten in Windischgrätz' mühsam behauptetem Kampfbereich lag überdies die Festung Komorn in der Macht des Feindes. Windischgrätz, «ein methodisch langsa-

mer, aber zäher, geradezu starrsinniger Kopf, durchaus in den Traditionen der grossen adligen Familien Böhmens aufgewachsen», wollte nicht nur Feldherr, er wollte auch Staatsmann sein. Ihm schwebte, im Gegensatz zu seinem Schwager Schwarzenberg und zu Stadion, eine Rückkehr zum vor-josephinischen Österreich vor, mit der Betreuung des Adels als ausschliesslichem Träger aller öffentlichen Rechte der Königreiche und Länder, und wie als Staatsmann war er auch als Feldherr ungefähr in den Vorstellungen des achtzehnten Jahrhunderts steckengeblieben. Friedjung drückt sich etwas euphemistisch aus, wenn er sagt, Windischgrätz sei bei der Wahl seiner Generale nicht eben sehr glücklich gewesen. Die Wahrheit ist, dass der eine seiner Korpschefs, der Graf Wrbná, zu jenen österreichischen Strategen gehörte, von denen der junge Napoleon sagte, man könne mit ihrer Dummheit so sicher wie mit der Tatsache rechnen, dass dem Tage die Nacht folge, während sein Generalstabschef, der Graf Nobili, den andern, menschlich vielleicht sympathischem, aber zum Kriege ebenso untauglichen Heerführer darstellte: den Feldherrn, der sich im kritischen Moment ins Bett legt. Man findet diese Eigenschaft später bei Gyulai, bei Krismanic und bei Kuhn. Einer der Offiziere Nobilis, der Hauptmann Haller von Hallwald, erzählt von ihm, er habe Briefe und wichtige Berichte vom Kriegsschauplatz, selbst Befehle aus Wien, acht bis vierzehn Tage uneröffnet gelassen und einen Einwand dagegen mit dem fatalistischen Worte abgetan: «'s is' eh' nichts G'scheites drin.» Er gehört zweifellos in die Galerie jener merkwürdigen österreichischen Skeptiker, die hinter Zynismus und Gleichgültigkeit eine tiefere Selbsterkenntnis verbargen; zum Generalstabschef waren solche Philosophen freilich weniger tauglich. Die Generale der Ungarn, zumeist junge ehemalige Offiziere der österreichischen Armee, die ihre Vorgesetzten von ehedem kannten, waren ihnen ungefähr so überlegen wie die Unterführer des jungen Napoleon den alten schwerfälligen Kommandanten Österreichs. Sie spielten mit ihnen wie die Katze mit der Maus und fasten dabei die Kriegskunst nach der schönen Definition Stendhals auf, der sagt, sie bestehe, «wenn man ehrlich sein und sich von der Macht der grossen Worte freimachen will», einfach darin, zu veranlassen, dass sich die eigenen Soldaten zu zweit auf dem Schlachtfeld gegen einen feindlichen befinden. Dazu gehörte allerdings, was Windischgrätz und den Seinen fehlte: schneller zu denken und schneller zu marschieren als der Gegner. Vollends als Görgei das Kommando der Truppen übernahm, waren die Ungarn den Kaiserlichen weit überlegen. Sein geniales Manöver anfangs April, wobei

er Windischgrätz bei Gödöllö angriff, gegen Budapest drängte, ihn zwar weiterbeschäftigte und festhielt, mit der Hauptmacht sich jedoch gegen das österreichische Korps Götz wandte, dieses bei Waizen schlug und dadurch die Verbindung mit Komorn herstellte – dieses glückliche Manöver Görgeis entschied über Windischgrätz' Schicksal. Franz Joseph entthronte seinen Alba des Kommandos. Am 22. April zog Görgei triumphierend in Komorn ein. Die Räumung Pesths durch die Österreicher war die notwendige Folge. Von den Karpathen bis an die Donau herrschte die ungarische Nationalregierung; am 14. April 1849 verkündete Kossuth durch den Rumpflandtag die Absetzung des Hauses Habsburg.

Trotzdem war jetzt der Friede mit den Ungarn zu haben. Görgei glaubte nicht wie Kossuth an eine neuerliche siegreiche Erhebung Wiens und Italiens. Er wäre zum Ausgleich bereit gewesen. Doch Habsburg winkte eine andere Hoffnung aus der Interessengemeinschaft der Höfe von Wien, Berlin und Petersburg. Berlins angebotene Hilfe hätte den Verzicht Habsburgs auf die Vorherrschaft in Deutschland nach sich gezogen, also entschied man sich für Petersburg. Damit beginnt jenes traurige Drama, dessen Vollendung sich in das Denken und Fühlen der ungarischen Nation unauslöschlich eingegraben hat: Der Sieg Habsburgs über Ungarn von Russlands Gnaden, die Dezimierung der ungarischen Freiheitsbewegung mit Hilfe der russischen Bajonette. Paschkiewitsch, Haynau und Jellacic bereiteten den Triumph vor, die Henker vollendeten ihn. Am 13. August übergab Görgei den Russen sein Heer. Paschkiewitsch telegraphierte Nikolaus I: «Ungarn liegt zu Füßen Eurer Majestät.» Franz Joseph empfing es aus den Händen des Zaren. Es gehört zu den dunkelsten Tatsachen der habsburgischen Geschichte, dass sich der Zar menschlicher benommen hat als Franz Joseph, Schwarzenberg und Haynau. Er hat nicht nur auf der Begnadigung Görgeis bestanden, er hat auch für die ungarischen Heerführer um Gnade gebeten. Franz Joseph liess sie henken und erschiessen. Neun erlitten den Tod am Galgen, vier fielen durch die Kugel. 386 Offiziere wurden zu Kerkerstrafen verurteilt.

Damit war die Zahl der Opfer jedoch keineswegs erschöpft. Jede siegreiche Konterrevolution nimmt an den gefesselten Besiegten Rache, aber die Geschichte des weissen Schreckens kennt kaum ein zweites Beispiel ähnlicher Grausamkeiten wie dieses, womit Habsburg seine von des Zaren Gnade neu aufgerichtete Macht Ungarn fühlen liess. Im Namen Franz Josephs wurden 114 Todesurteile gesprochen und 1765 Kerkerstrafen ver-

hängt; alle Magnaten und Abgeordneten, Beamten und Geistlichen, die der Revolutionsregierung gedient hatten, verloren ihren Besitz und wurden gestraft. An den Gütern der Grafen Batthyany, Andrassy und Teleky bereicherte sich der Hof selbst. Die grösste Grausamkeit aber wurde mit der Hin Schlachtung Ludwig Batthyánys verübt, der dem persönlichen Hasse der Dynastie zum Opfer fiel. Der stolze Aristokrat hatte die Flucht verschmäht, vielleicht auch im Vertrauen auf seine Rechtfertigung und die Noblesse des Siegers, sich gefangennehmen lassen. Die Untersuchung war für ihn günstig; ein Befehl aus Wien forderte den Tod. Und um auch noch den Tod zu vergiften: Hinrichtung am Galgen. Batthyány versuchte sich im Kerker die Pulsadern aufzuschneiden. Allein selbst den Schwerverwundeten gaben die Klauen der Rache nicht frei. Da er zu schwach war, um an den Galgen geschleppt werden zu können, befahl man einer Abteilung Jäger, ihn zu füsillieren. Hier zeigte sich der junge Franz Joseph auf der Höhe Karls IX. in der Bartholomäusnacht, als Karl, von einem Höfling aufmerksam gemacht, dass die Leiche des Admirals Coligny schon rieche, die denkwürdigen Worte sprach: «Ein toter Feind riecht nicht übel, ein toter Feind riecht gut.»

## DER SCHNEIDERSSOHN AUS IGLAU

IN SEINER BIOGRAPHIE FRANZ JOSEPHS FASST Oswald Redlich, der Wiener Historiker, sein Urteil über das folgenschwere Jahr 1851 in die Worte zusammen, die Exzesse der Revolution, die Ereignisse in Ungarn, die Entfesselung nationaler Ansprüche hätten die Überzeugung reifen lassen, dass der Bestand des Reiches und der Dynastie nur durch Wiederaufrichtung einer starken unbeschränkten Autorität gesichert werden könne; die imponierende Persönlichkeit Schwarzenbergs, der Einfluss Kübecks und die mächtige Einwirkung der verehrten Mutter hätten auch Franz Joseph mit der festen Überzeugung erfüllt, dass einzig durch die Konzentration aller Macht in der Person des Herrschers das Heil des Reiches liege. So sei der neue zentralistische und persönliche Absolutismus geboren worden. Das ist so ungefähr richtig und ist es doch nicht. Zumindest soweit nicht, als Schwarzenberg die Miturheberschaft an dieser Wendung zugeschrieben wird. Der in seiner Art begabte Aristokrat unterschied sich von manchem seiner liberalen Mitarbeiter durch etwas, wodurch sich viele begabte Aristokraten von bürgerlichen Intellektuellen unterscheiden; sein Weltbild entspross nicht Meinungen, sondern einem tiefwurzelnden Ge-



schmack. Kaum notwendig zu sagen, dass er Meinungen als intellektuelle Maskeraden nicht allzu hoch einschätzte. Doch war er gescheit genug, den Wert gescheiter Menschen zu erkennen. Wie immer er über die dauernde Verfassung vom 4. März 1849 von Anfang an gedacht haben mag, so ist doch das Ergebnis der Umsturzeit, die Arbeit der Bruck, Bach und Schmerling mit seinem Namen verknüpft. Ohne die Revolution wären zwar Männer wie Bruck und Bach nie an die Stelle ihrer Wirksamkeit gekommen, allein Schwarzenberg schätzte sie, ging auf ihre Pläne ein, liess sie gewähren. Es ist der interessanteste Zug der Konterrevolution Franz Josephs, dass sie auf dem Wege zum neuen Absolutismus, wenn auch nur kurze Zeit, revolutionäre Arbeit verrichtet. Brucks Zollpolitik, die Schaffung der Handelskammern, die Ausgestaltung der Post zu einem Instrument des Verkehrs, der Bau der ersten Gebirgsbahn, der Semmeringbahn, der gegen die Einwendungen aller Fachmänner in Angriff genommen wurde, dies waren in so kurzer Zeit bewundernswerte Taten. Dabei hat Bruck, der Elberfelder Buchbinderssohn, sich mit grösseren Plänen getragen: sein Lieblingsgedanke war die Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu einem Zollgebiet, und die Einbeziehung der ganzen Balkanhalbinsel in den Machtbereich der deutschen Volkswirtschaft. Dieser vorausschauende, unternehmende kühne Deutsche, den der Zufall nach Triest geführt hatte, von wo ihn Stadions Entdeckerauge nach Wien zog – Bruck hat schliesslich ein echt österreichisches Schicksal erlebt. Er verliess vor der Aufhebung der Verfassung das Ministerium und kam erst 1855 als Finanzminister wieder; an dem Debakel nach Solferino hat er nichts zu ändern vermocht. Von seinen Gegnern in den Eynattenprozess verwickelt, vom Kaiser 1860 sehr ungnädig entlassen, fand man ihn einen Tag nach dieser Verabschiedung, am 23. April 1860, mit durchschnittener Kehle in seinem Bette. Nicht weniger initiativ als die reformatorische Tätigkeit Brucks war Bachs Reorganisation der politischen Verwaltung, Schmerlings Justizreform und die Neugestaltung des höheren Unterrichts. Der Unterrichtsminister dieser Zeit, Graf Leo Thun, ein Klerikaler, hat dort, wo es sich um die Abgrenzung der staatlichen und kirchlichen Gewalt handelte, der Kirche den Vorrang gegeben. Dennoch waren die Jahre Thuns die schöpferischsten der österreichischen Unterrichtsverwaltung. Wenn man ferner bedenkt, dass in diese kurze Zeit die Vollendung jener Arbeit fällt, die Maria Theresia und Joseph II. begonnen haben, die Befreiung der Bauern von Fronen und Diensten, und dass

Schwarzenberg auch auf dem Terrain der auswärtigen Politik Erfolg hatte, indem er Preussen in Olmütz zum Verzicht auf den Plan eines Bundes der ausser-österreichischen Staaten Deutschlands zwang – dann erscheint die politische Leistung dieser Regierung wirklich nicht gering. Daneben läuft freilich die Arbeit der Konterrevolution: der Belagerungszustand erstreckt sich auf viele Teile des Reiches; Haynau wütet in Ungarn; diesseits und jenseits der Leitha wird gehenkt; in Wien und in Prag werden Studenten zu langjähriger Schanzarbeit verurteilt; die Generale Weiden und Kempen führen das schärfste Militärregiment; der Wiener Polizeidirektor Weiss von Starkenfels gefällt sich in Quälereien, die so weit gehen, dass selbst langes Haar und breite Hüte als Zeichen verdächtiger Gesinnung gelten; die Presse hat zu schweigen; es wird wieder geprügelt; und der kommandierende General in Prag, Fürst Khevenhüller, darf, als er zum Ordnungmachen nach Galizien gesandt wird, freudig ausrufen: «Prächtige Provinz das, hier ist nicht wie in Böhmen bloss die Hauptstadt, sondern alles, alles in Belagerungszustand!» Wie tat's ihm weh, dass die sieben deutschen Studenten, Mitglieder der Prager «Marcomannia», und vier Angehörige der böhmisch-mährischen Bruderschaft, darunter Knaben kaum siebzehn Jahre alt, denen der Galgen bestimmt war, zu zehn und zwanzig Jahren Kerker begnadigt wurden; wie grenzenlos der Zorn, als Havlicek, der bedeutendste tschechische Journalist seiner Zeit und Popularisator der Palackyschen Ideen, von den Geschworenen in Kuttentberg freigesprochen wurde. In diesem wie in tausend andern Fällen zeigte sich die Unmöglichkeit einer reformatorischen Konterrevolution. Sie war der Widerspruch in sich selbst: den Freisprüche der eben ins Leben gerufenen Geschworenen folgten die administrativen Verschickungen, das Reformwerk Schmerlings wurde ergänzt durch Bachs «österreichisches Sibirien». Havlicek wurde nach Brixen, der deutschkatholische Pfarrer Kutschera, den man in Graz freigesprochen hatte, nach St. Pölten, Kuranda nach Graz verbannt. Das alles aber war den Generalen und Hofleuten, den Fürsprechern des Absolutismus, zu wenig. Wie man bei Hofe dachte, sprach der Flügeladjutant des Kaisers, Major von Babarcsy, in seiner Schrift «Bekenntnisse eines Soldaten» aus. «Man reinige», rief er, «die alte Verwaltungsmaschine, aber man kehre zur alten Ordnung, zum alten Gehorsam zurück.» Gleichberechtigung der Nationen, der Stände? «Will man wirklich von dieser Frucht des Kommunismus kosten? Will man warten, bis diese Ideen ins Heer gedrungen sind? Will», und damit schlug der schneidige Flügeladjutant auf Bach, «der Minister, der Liebling des Pö-

bels, auch das verantworten, wenn an die Rechte der Stände, an das Eigentum gerührt wird?» Babarcsy war das Sprachrohr und der Stilist des mächtigen Generaladjutanten Grafen Grünne, wie er dachten die Frauen am Hofe, das Militär, der Hofadel. Die überzeugende Kraft jedoch, der Mann, der den Kaiser vollends gewann, weil er diesen Stimmungen die Formulierung gab, Empfindungen auszudrücken vermochte, kurz, dem Geschmack und Willen des Hofes den intellektuellen Habitus lieh – dieser Mann war Kübeck, der Schneiderssohn aus Iglau.

Wir haben heute vor so vielen Beispielen konterrevolutionären Talents ein geschärfteres Auge für diesen Typus. Der Liebling des Kaisers Franz und Freund Metternichs war siebzig Jahre alt, als er zur entscheidenden Wendung in der Geschichte Österreichs den Stoss gab. Zweifellos einer der genauesten Kenner des Hofes, seiner Menschen, der Regierungsgeschäfte und der Verwaltung, die Blüte der «haute Bureaucratie» seiner Zeit, dabei kein blosser «Lakai mit Verstand». Er ist, so urteilt Josef Redlich über ihn, der Schöpfer der neuen habsburgischen Selbstherrschaft, des österreichischen Neoabsolutismus im Beamtentum und in den regierenden Gesellschaftsschichten; der Schöpfer jenes Geistes, der sich zäh im staatlichen Leben Österreichs bis zum Zusammenbruch der Dynastie und des Reichs erhalten hat. Mehr denn je muss man gegenwärtig in Kübeck, der im Schicksalsjahre 1851 leichten Fusses über alle seine Gegner hinwegschritt und eigentlich ganz allein die Ideen der höfisch-militärischen und bürokratischen Reaktion zum Siege führte, den providentiellen Mann erkennen, dessen späteres, nur noch kurz bemessenes Wirken – er ist 1855 an der Cholera gestorben – auf Österreichs Schicksal bis zu dessen Ende tiefer eingewirkt hat, als jeder andere der vielen Ratgeber Franz Josephs. Seit 1800 im Staatsdienst, als Regierungsrat in der Hofkanzlei, als Kaiser Franzens Finanzminister und Ratgeber, seit 1840 als Präsident der k. k. Hofkammer, hat er, stets in der nächsten Umgebung des Hofes und Metternichs, wie kein Zweiter das Wesen des Ancien régime gekannt. Er weiss von dessen Schwächen, sieht die Unzulänglichkeiten, er hält mit der Kritik nicht zurück. Seine Tagebücher sind eine Hauptquelle für das Verständnis der franciscischen Regierungen weise. Sein Talent: das, was der Kaiser will, als Staatsnotwendigkeit zu formulieren und mit dem, was er selber will, in Einklang zu bringen. Der kluge Plebejer verstand den Kaiser Franz ausgezeichnet. Er wusste zum Beispiel, dass der Kaiser den Adel, als die einzige ihm nahestehende, daher bevorrechtete Klasse ansah, er wusste aber auch, dass

diese Bevorzugung Grenzen hatte; kein Habsburger wollte den Adel allzu mächtig wissen, Franz am wenigsten. Der Adel soll dienen. «Die adligen Nepoten aus Böhmen», sagt Kübeck in seinen Aufzeichnungen, «umfassen alle grossen Ämter, verstellen den Thron und hintertreiben alles, was ihre Feudalstellung bedrohen könnte. Daher ihr Ausschliessungssystem in den Geschäften und in den Salons; ihre Feindseligkeit gegen den Mittelstand und dessen Vorzüge, ihr Hass gegen alle Staatsbeamten, die mehr als blosser Schreibmaschinen sind.» Er wusste dem Kaiser plausibel zu machen, dass ein nur auf seinen Vorteil, seine Macht und seinen Glanz bedachter Adel der absoluten Majestät und der Wohlfahrt der Dynastie nicht förderlich sei. Der bürokratisch-spiessbürgerliche Zug in Franzens Absolutismus war nicht allein dem Wesen dieses Kaisers erwachsen, ihn haben Kübecks Gedanken mitgeformt. Hinter der objektiven Kritik Kübecks an der Adels Herrschaft steckt die subjektive Ranküne und das Geltungsbedürfnis des Schneidersohnes. Es ist ein Missverständnis, den jüngeren Kübeck, weil er die französische Revolutionsliteratur kennt und Argumente des Liberalismus für seine Zwecke verwertet, als Neuerer anzusprechen. Er ist immer ein Erzreaktionär, aber allerdings auch der Überzeugung gewesen, dass der dynastische Absolutismus zu seiner Erhaltung des Talents bedürfe; Diener, Berater und Helfer sollen nicht die grossen adligen Herren aus Böhmen, sondern gelegentlich auch gescheite Schneider oder Schustersöhne aus Mähren, Böhmen und Tirol sein. Mit dieser Anschauung ist Kübeck das grosse Vorbild jener zahlreichen intellektuellen Diener, Lakaien und Stellenjäger geworden, die nach ihm Talent und Wissen lediglich als Werkzeug im Dienste des Hofes betrachtet haben. Friedjung unterscheidet zwischen Kübeck vor und nach der Revolution, er meint, die Ereignisse des März und des Oktober hätten den von schwerer Krankheit Heimgesuchten tief erschüttert, insbesondere jene Episode am 7. Oktober, da unter den Fenstern seines Hauses in Wien die Gefechte um das Zeughaus wogten und die Barrikadenkämpfer in seine Wohnung eindringen, zu prüfen, ob nicht aus den Fenstern zielsicherer geschossen werden könne. Jedes Erlebnis dient zur Illustration, und nun gar dies mag dem temperamentvollen Greis unerschöpflichen Stoff gegeben haben, seine Darlegungen bildkräftig zu gestalten. Ein so machiavellisch-klares, realistisches Programm jedoch, wie es Kübeck dem jungen Kaiser eindringlich vortrug und gegen alle Bedenken verteidigte, war nicht so beiläufigen Ursprungs, entstammte auch nicht sei-

ner «Religiosität», sondern konnte nur dem stärksten und natürlichsten Antrieb, dem Willen zur Macht, entsprungen sein.

Franz Joseph vernimmt des Alten Weisheit wie köstliche Musik, die Verwandtes berührt; Kübeck weiss, wo er den jungen Kaiser gewinnen wird, wenn er ihm auseinandersetzt, dass das Wesen der neuen Ordnung, die «Herrschaft der Minister» mit der Verantwortlichkeit vor dem Parlament, die einzige Machtquelle, die Majestät, beiseiteschiebe. Wo bliebe die Unteilbarkeit der Macht, wenn es noch etwas anderes geben sollte, dem die Minister sich zu verantworten hätten? Mit andern Worten: In dem Kreis um Franz Joseph, wo begierig darauf gewartet wurde, die der Dynastie von der Revolution abgerungenen Konzessionen wieder auszulöschen, hat es doch keiner vermocht, für den Staatsstreich das gute Gewissen zu finden. Darin hatte der Wiener Hof manches mit der französischen Aristokratie des achtzehnten Jahrhunderts, übrigens auch vieles mit den Stimmungen des preussischen Königshauses im Jahre 1848 gemein: Der innere Glaube an sich selber war lädiert. Die Skepsis lähmte zwar nicht den Willen zur Selbstbehauptung, unterhöhlte aber das gute Gewissen. Nicht als ob die Ereignisse den Hof zu neuen Anschauungen bekehrt hätten; davon kann keine Rede sein. Doch aus Erwägungen der praktischen Vernunft und aus Ängstlichkeit wäre man bereit gewesen, den Weg des Ausgleichs weiterzugehen. Auch Schwarzenberg. Denn gerade dieser welterfahrene, vom Leben zum Zyniker geformte Mann wusste, dass verbrieft Rechte durch die Praxis des Regierens auf Null reduziert werden können. Die Haut der Verfassung konnte dabei erhalten bleiben.

Das gute Gewissen zum Staatsstreich, den innern Entschluss und die Argumente nach aussen hat dem Kaiser und seinem Hof der Proletariersohn Kübeck gegeben. Wenn man diesen Greis an der Arbeit sieht, den Eifer verfolgt, mit dem er die Runde der Unentschlossenen, Zaghafte, Zaudernden durchbricht, das Ohr des jungen Kaisers und schliesslich ihn ganz gewinnt, dann erst versteht man dieses merkwürdige Kapitel der österreichischen Geschichte, worin ein Schneiderssohn die zögernden Absolutisten für den Absolutismus gewinnt. In Preussen war's ein genialer Aristokrat, der in der entscheidenden Stunde das Rad der Geschichte ergriff und zurückdrehte: Bismarck. In Österreich Kübeck.

Der Hebel, den Kübeck zur entscheidenden Tat ansetzte, war der Reichsrat, eine in der Verfassung vom 4. März 1849 vorgesehene Art Staatsrat, der jedoch bis zum Eingreifen Kübecks weder klar umschrieben, noch

ernsthaft geplant worden war. Nachdem Kübeck in Franz Joseph die «österreichische Kaiseridee» wiedergeweckt und ihm klargemacht hatte, dass die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament eine, wie er sagte, «englischfranzösische Erfindung» sei, die zu dem habsburgischen Kaiserstaat nicht passe, schritt er klar und logisch weiter, dem Kaiser die Unhaltbarkeit des Ministeriums auseinanderzusetzen. Franz Joseph begriff seinen Lehrmeister. Er ernannte ihn am 5. Dezember 1850 zum Präsidenten des Reichsrats, worauf Kübeck mit den Arbeiten zur Aktivierung dieser Institution begann. Schon Kübecks erste Denkschrift vom 15. Juni 1851 gibt volle Klarheit darüber, was er will. Da der Kaiser und nur der Kaiser der Inbegriff aller Macht ist, gebührt dem Reichsrat der Vorrang vor dem Ministerium. Es ist, wenn man will, die Reaktivierung der alten Hofkanzlei Franzens. Man verkennt aber Kübeck, wenn man seinem Kampf um den Reichsrat den Verdacht unterschiebt, er habe es auf den Sturz des Ministeriums Schwarzenberg abgesehen gehabt. Dieser Vorläufer des modernen Cäsarismus war darin mit den Diktatoren von heute eines Sinnes, dass er den Gedanken des Parlamentarismus hasste und darum auch das der Verfassung verpflichtete Ministerium ablehnte. Der Unterschied zwischen ihm und den Diktatoren von heute: der eine massgebende Wille sollte nicht sein eigener, sondern der des Kaisers sein. Es ist kein Zufall, dass ein Plebejer und kein Adliger dem Absolutismus des Monarchen in seiner schärfsten Form zur Wiederauferstehung verhalf. Schwarzenberg mochte den innersten Kern der Kübeckschen Gedanken gar nicht verstanden haben; er war auch zu viel selbstherrlicher Kavalier, sich von vornherein dreinzufinden, dass der zwanzigjährige Kaiser alle Regierungsgeschäfte persönlich zu besorgen und er selber als Ministerpräsident nur der «Handlanger des Souveräns» zu sein habe. Auch Bach ahnte nicht, wie sehr Kübeck den jungen Monarchen mit seinen Ideen erfüllt und entschlossen gemacht hatte, die Verfassung zu verabschieden. Sie sahen die Dinge vorerst formalistisch, meinten, es handle sich um einen Wettstreit der Kampfstellung zwischen Reichsrat und Ministerium. Es trifft auch nicht ganz zu, wie es Friedjung auffasst, wo er sagt, sehe man schärfer zu, so sei es Kübeck offenbar darum zu tun gewesen, dass der Kaiser selber die Regierung in die Hand nehme und sich dann nach freiem Ermessen entscheide, ob er in dem einzelnen Falle dem Reichsrat oder dem Ministerium zu folgen für gut finde. Nein, Kübeck hat dem Kaiser vorgeschlagen, den Vorsitz im Reichsrat zu übernehmen, wobei er selber der Stellvertreter gewesen wäre, aber dies tat er nicht im Rangstreit mit dem Ministerium, sondern ganz logisch aus dem

Gedanken heraus, dass der Reichsrat die «Kanzlei des Souveräns» sei, die Vollstreckerin des einen regierenden Willens. Eine Gleichberechtigung von Reichsrat und Ministerium hatte in diesem Gedankensystem keinen Platz. Die Minister waren darin nichts anderes als die obersten Ressortchefs, die den vom Reichsrat formulierten Willen des Monarchen auszuführen hatten. Schwarzenberg war nicht danach, sich auf staatsrechtliche Auseinandersetzungen einzulassen. Als er begriff, dass es aufs Ganze gehe, seine Stellung neben der erhöhten Macht des Kaisers erhalten bleibe, gab er jeden Widerstand auf und stellte sich für den Staatsstreich zur Verfügung.

Anders Alexander Bach. Dieses bürgerliche Talent der österreichischen Revolution hatte einen schweren Stand. Er musste sich nun endgültig entscheiden. Die Revolution hatte den in allen Gaben, Vorzügen und Schwächen echt österreichischen Menschen zur grossen geschichtlichen Person gemacht. Mit achtundzwanzig Jahren einer der angesehensten Advokaten Wiens, geachtet und beliebt, war er vom radikalen Mitglied des Juridisch-politischen Lesevereins zum Volksmann, Abgeordneten und Justizminister im Ministerium Wessenberg und Doblhoff emporgestiegen, hatte, immer geschickt auf das Kommende bedacht, die Stürme ausserhalb Wiens überdauert, in Olmütz wieder den Anschluss und das Justizressort im Ministerium Schwarzenberg wie dessen Wertschätzung und Freundschaft gefunden. Es hat nach Alexander einige Bachs in der österreichischen Geschichte gegeben, genau so anpassungsfähig, geschmeidig wie er, aber keinen unter den «sympathischen Windhunden», der von der Entwicklung der Dinge so schroff auf die Probe gestellt worden wäre, sich zu entscheiden zwischen Gesinnung und Karriere. Er war achtunddreissig Jahre alt, als er's tun musste. Neben dem Machtbereich, das ihm untertan, neben der Arbeit, die ihm oblag, hatte ihn auch die Welt gefangengenommen, in der er nun lebte. Es war nicht ohne Demütigung erkaufte Lustwandeln auf der Höhe; vielen der Mächtigen blieb er verdächtig, und wie Zar Nikolaus I. 1851 in Olmütz, haben ihn auch andere ihre Geringschätzung fühlen lassen. Dabei spielte das Gerede von seiner «jüdischen Abstammung» nicht die wesentliche Rolle; Bach entstammte einer alten katholischen Familie Niederösterreichs. Was Bismarck erzählt wurde, dass nur das Amt und der Respekt vor des Kaisers Namen Bach davor schütze, «aus aristokratischen Gesellschaften hinausgeworfen zu werden», das war allerdings eine verbreitete Meinung, die Bach auch dann nicht zum Schweigen brachte, als er sich den Bart abnehmen liess und nach der damaligen Art der Aristokraten glatt ra-

siert ging. Er war noch vor seiner eigentlichen Entscheidung in der fatalen Lage des Renegaten: Seine alten Freunde und Gesinnungsgenossen hassten ihn, seine neue Umgebung verachtete ihn. Eine Ausnahme machte Schwarzenberg, auch darin Kavalier, der ihn, den «verehrten Amtsgenossen und teuern Freund», wie seinesgleichen behandelte und gern hatte. Bach war der «unentbehrliche Hausfreund» im Palais Schwarzenberg; war Prinzessin Mathilde nicht zugegen, so «sorgte der Fürst an dem einen Ende der Tafel, Bach an dem andern für die Gäste». Die beherrschende Persönlichkeit in dieser Ehe war Schwarzenberg, der in Bach «seinen Denkapparat» schätzte. Bismarck drückt das so aus, Bach sei für Schwarzenberg gewesen, was der Mohr für Fiesko.

Als Kübeck nun, konsequent und unerbittlich, die Vorarbeit zum Staatsstreich begann, schien Bach, darin der geschmeidige bürgerliche Intellektuelle gegenüber dem harten Plebejersohn, an den Ernst der Sache nicht recht zu glauben. Er übersah, dass Kübeck dem Kaiser und dem Hof einen neuen Willen gegeben hatte, und meinte, mit Gründen der Vernunft diese Mauer brechen zu können. Seine Gegenschriften waren in den Wind geschrieben. Das Erwachen aus diesem Irrtum, aus dem Verkennen der spezifisch österreichischen Dialektik, führte nun dazu, dass Bach seinerseits eine auch spezifisch österreichische Dialektik anwandte, das Umschlagen von Weiss in Schwarz. Wenn schon, denn schon – mit diesem Kopfsprung warf sich Bach in den nicht mehr aufzuhaltenden Strom, der den Verfassungsbau der Revolutionsjahre bis auf den Grund hinwegreissen sollte. Er blieb, und wurde Anwalt und ausführendes Organ des neuen Absolutismus.

Der Kaiser drängte. Die Sitzung des Ministerrats vom 17. August leitete er mit einem kategorischen Entweder – Oder ein. Bach war schon gefügig. Intellektuelle und moralische Skrupel hatten nur der Justizminister Karl Krauss und der klerikale Graf Thun. Karl Krauss schied aus. Die letzte Arbeit besorgte der vom Kaiser eingesetzte Rat zur Revision der Verfassung: Kübeck, die drei Minister Bach, Philipp Krauss, Baumgartner und die Mitglieder des Reichsrates Krieg, Purkhart und Salvotti. Das Niederreißen ging rasch. So gut wie alles, was an Reformen geschaffen worden war, fiel. Ein einziger Punkt war in dem neuen, von Kübeck entworfenen Gesetz von alten Bestimmungen übriggeblieben: die 1848 den Juden gewährte Rechtsgleichheit. Und auch diesen Punkt strich Franz Joseph. Den letzten Verzögerungen und Bedenken im Ministerrat macht der Kaiser rasch ein Ende. Am 2. Dezember 1851 hatte Louis Bonaparte seinen «18. Brumaire»; Franz



Joseph wollte nicht nachstehen. Er wartete nicht einmal mehr den Beschluss der Minister ab, sondern liess in einer gemeinsamen Konferenz den Reichsräten und Ministern die Entwürfe vorlesen und erklärte sie, «nachdem keiner der Minister dagegen etwas zu erinnern fand, als seine Willensmeinung». «Wie so oft», sagt Josef Redlich, «und so verhängnisvoll in späteren Jahren, hat Franz Joseph diese wichtigste Entscheidung in grosser Hast und in förmlicher Begierde nach dem bürokratisch-formellen Abschluss der Pläne, zu denen er entschlossen war, zu Ende geführt.» Am 31. Dezember erhielten die Gesetze die Sanktion. Das Silvesterpatent war die Todeserklärung des neuen Österreichs, die Aufrichtung des neuen Absolutismus.

Ihr Urheber, Kübeck, hat die Wirkung seines Werkes wohl kaum geahnt. Sein Gedanke von dem kaiserlichen Willen als der einzigen Macht- und Rechtsquelle ist dem jungen Kaiser in Fleisch und Blut übergegangen, seine Definition der Ministerverantwortlichkeit als einer englisch-französischen, dem habsburgischen Prinzip widersprechenden Einrichtung hat Geltung behalten bis in die letzten Jahre Franz Josephs. Wie immer sich Österreich gewandelt und unter harten Schicksalsschlägen modernen Formen des staatlichen Lebens angepasst hat – Österreichs Minister blieben Minister nach dem Konzepte Kübecks. Der Iglauer Schneiderssohn war der eigentliche Erfinder des francisco-josephinischen Österreichs.

## **DIE ITALIENISCHE REISE**

VOR SOLFERINO VERHIELT ES SICH WIRKLICH SO, wie es Graf Hartig, der ehemalige Staats- und Konferenzminister, in seinem Schriftchen «Zwei brennende Fragen» schrieb: «Der Kaiser hört, prüft und befiehlt; die Untertanen wünschen, reden und gehorchen; das sind für Österreich die einzig anwendbaren Regierungsmaximen.» Wie aber sah Österreich unter diesen Regierungsmaximen aus! Zwei Drittel des Reiches waren im Belagerungszustand, Ungarn und Italien in Gärung, selbst in Böhmen, Tirol und Steiermark regte sich der Geist der Opposition. In Graz wurde mit Hilfe des Staatsanwalts Ritter von Waser, eines Mannes, der sich später unter dem Bürgerministerium und als Sektionschef Herbsts den Anschein eines Liberalen gab, eine Verschwörung gegen Staat und Kirche in Szene gesetzt. Die Ermordung einer alten Frau, die als Denunziantin der Deutschkatholiken bekannt war, gab Anlass zu einer Verfolgung, wie Stei-

ermark sie seit der Gegenreformation Ferdinands II. nicht gekannt. Breite Hüte, ein auffallender Schnitt der Beinkleider waren genügende Gründe zur Verhaftung und zur Transportierung des Verdächtigen in das Grazer Untersuchungsgefängnis. Konrad Deubler in Goisern, der Freund Ludwig Feuerbachs, war dadurch verdächtig geworden, dass er in seinem Zimmer die ganze Nacht hindurch Licht brannte. Was half es den Beschuldigten, wenn sie nach vierzehnmonatiger Haft freigelassen werden mussten; die meisten waren durch die lange Haft ruiniert. In allen Teilen Österreichs stand wieder der Galgen auf. Von fünfzehn Studenten des Wiener Polytechnikums wurden sieben wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, nachher zu langjähriger Schanzarbeit begnadigt. Ebenso fleissig arbeitete das Kriegsgericht auf dem Prager Hradschin. Am 20. März 1852 fallen siebzehn Strafurteile, darunter eines gegen den Katecheten des Altstädter Gymnasiums P. Stulz wegen einer Kritik an Louis Napoleon; am 18. Juni folgen achtzehn, am 19. Juli einundzwanzig neue Verurteilungen, am 6. August abermals fünfzehn Strafurteile, unter diesen eines zu acht Monaten Stockhausarrest in Eisen wegen Majestätsbeleidigung. Schlimmer noch kamen zwei Korrespondenten auswärtiger radikaler Blätter davon, so der Berichterstatter der «Neuen Oderzeitung» in Breslau und jener der «Weserzeitung». Beide wurden zu dreijähriger Kerkerstrafe in Eisen verurteilt. Statt des Korrespondenten der «Weserzeitung» hatte das Kriegsgericht monatelang einen andern in Haft gehalten, dessen Handschrift der jenes Literaten ähnlich war; als der bedauerenswerte Mann bei seiner Entlassung um ein Zeugnis seiner Schuldlosigkeit bat, herrschte ihn der Auditor an: «Seien Sie froh, dass wir Sie überhaupt auf freien Fuss setzen; man hat in Ihrer Wohnung eine rote Mütze gefunden.» Der Polizeiminister Weiss von Starkenfels lehnte es ab, die Namen der «Abgestellten» zu publizieren. «Wo denken Sie hin,» rief er, «es sind ihrer oft neunhundert in einer Woche!» In Ofen-Pest und auf dem ungarischen Lande verhaftete man Leute, die trikolor Bänder getragen hatten, Spielwarenhändler, die Puppen oder Bilder mit ungarischen Farben auf dem Lager führten. Am 6. Mai brachte die «Pester Zeitung» noch neunundvierzig kriegsgerichtliche Verurteilungen, darunter zweiundvierzig zum Galgen. Am 19. Februar wurden in Este im Venetianischen elf Personen zum Tode verurteilt. Mitte Juli schätzte man die Gesamtzahl der nach Mantua transportierten Gefangenen auf hundertdreissig. Der bekannte venetianische Bankier Lazzoti verlor an einem Tage seine fünf Söhne.

Es war Bachs Werk, den Kaiser zur Reise nach Ungarn zu bewegen, von

der ein Zeitgenosse sagt, sie habe «rein künstlich und durch Exponierung des Souveräns eine Hoffnung erzeugt, die als augenscheinlicher Beweis dienen sollte, wie populär das herrschende Regierungssystem sei, während der Jubel, soweit er überhaupt vorhanden und nicht lediglich bezahlt war, doch ausschliesslich der Ausdruck des Wunsches nach einer Umkehrung ist». Bei dieser Reise, wie bei seinem zweiten Besuch im Herbst, hat Franz Joseph viele der verurteilten Ungarn begnadigt; die damals genannte Zahl zweitausend lässt ein Urteil darüber zu, wie die Kriegsgerichte gewütet haben. Man begreift danach den glühenden Zorn der ungarischen Patrioten, dem in Széchenyi's grossem Pamphlet gegen Bach, «Ein Blick auf den Rückblick», ein bleibendes Denkmal gesetzt ist. «Alle Faxen,» so wendet sich Széchenyi an Bach, «die Sie zur Täuschung des jungen Kaisers bei der Bereisung seiner Länder durch Versprechungen, Drohungen und bares Geld in Szene gesetzt, um ihm Neuösterreich vorzuführen, waren Komödien, wie sie nur je die alte Garde des Burgtheaters gegeben. Exzellenz,» so fährt er fort, «waren gewiss schon oft bei Hinrichtungen. Da werden Sie bemerkt haben, dass das Publikum einen echten Räuber, der sich nie für etwas anderes ausgab, zwar nicht estimiert, aber auch nicht verabscheut; wogegen, wenn ein Betbruder und Heiligtuer zu baumeln kommt, sogar ein echtes Lachen ausbricht... Sie hatten vor den Fürsten Schwarzenberg zu treten und ihm zu sagen: Durchlaucht, einer meiner nächsten Anverwandten, ich schäme mich dessen nicht, ist Tischler und stinkt nach Leim; ein anderer ist Schuster und stinkt nach Pech – dennoch ist mir Ihre Gesellschaft viel zu schlecht; denn Sie stinken nach Blut. Und zu Sr. Majestät hatten Sie zu sagen: Als Rechtsgelehrter von Fach habe ich die heilige Pflicht, Majestät darauf aufmerksam zu machen, was höchstdero Beichtvater nicht weiss, dass Majestät in Ungarn keine doppelte Rolle spielen, sich nicht gleichzeitig als legitimen König jure hereditario und als Eroberer jure armorum benehmen dürfen. Man kann nicht die Leute als Hochverräter henken und zugleich die Verfassung und Selbständigkeit Ungarns kassieren, weil es erobertes Land sei.»

Ahnte Franz Joseph etwas von den wahren Stimmungen seiner Länder? Wenn die Kaiserreise als Versöhnungsversuch gedacht war, so hatte sie ihren Zweck verfehlt. In Pest wurden im Herbst Buchhändler und Kaufleute wegen Feilbietung verbotener Schriften zu Kerkerhaft in Eisen verurteilt, in Venedig Advokaten, Ärzte, Gutsbesitzer unter der Anschuldigung, Mazzini-Lose verkauft zu haben, in Ketten nach Mantua abgeführt, fünf

von ihnen am 7. Dezember gehenkt. Am 6. Februar 1853 wird in Mailand die Hauptwache gestürmt. «In Wien», schreibt Varnhagen von Ense dazu, «schimpft alles auf Gyulai, der in der Lombardei kommandiert und zum Vergnügen in Florenz war; im Militär herrscht Sorglosigkeit, der Dienst ist ganz erschlaft.» Nicht aber der Dienst des Henkers: von den ergriffenen Attentätern wurden sechs durch den Strang, drei durch Pulver und Blei hingerichtet. Radetzky proklamiert den Belagerungszustand «schärfsten Grades». Man hat zwischen dem Mailänder Putsch und dem revolutionären Ungarn eine Verbindung hergestellt; ein Satz in Mazzinis Manifest wurde als Beweis für die Existenz eines ungarisch-italienischen Komplotts angesehen. Das Attentat des ungarischen Schmiedegesellen Janos Libényi am 18. Februar bestärkte diesen Verdacht. Libényi, gewesener Honved, Sohn eines Hingerichteten, überfiel den Kaiser mittags auf der Kärntner-Bastei. Der Stich, den er mit grosser Kraft führte, prallte an der Kravattenschnalle Franz Josephs ab. Den zweiten Stoss, zu dem Libényi ausholte, fing der Wiener Fleischermeister Etenreich auf. Er und der den Kaiser begleitende Adjutant, Graf O'Donnell, überwältigten den Attentäter. Libényi wurde am 26. Februar hingerichtet. Franz Joseph, der eine Verwundung erlitten hatte, war am 12. März geheilt. War die Annahme einer Verschwörung berechtigt? Die Prozesse in Wien, Pest, Prag und Mailand wurden jedenfalls als Ganzes behandelt. Am 3. März wurden in Pest der ehemalige Freischarenführer Nosslogy, der Advokat Sarkozy, der Professor Jubal und der frühere Garde-leutnant Andrásffy gehenkt. In Wien verurteilte das Kriegsgericht sechs Ungarn, darunter eine Dame und den Franziskanermönch Gasparich zum Tode, die ehemaligen Honvedoffiziere Roth und Ajer zu Schanzarbeit in Eisen, den jungen Salviotti, den Sohn des Reichsrats, zu zwölfjähriger Kerkerstrafe. Einer der meist besprochenen Prozesse dieser Zeit war das Verfahren gegen den ehemaligen Artillerieoffizier May und den Assistenten an der Technischen Hochschule Cäsar von Bezard, die beschuldigt wurden, eine Verschwörung geplant zu haben. Ein Getreidehändler aus Mähren hatte sie denunziert; die Polizei wollte Pläne österreichischer Festungen und eine Höllenmaschine bei ihnen gefunden haben. Cäsar von Bezard starb unterm Galgen, May machte auf schauerliche Art seinem Leben im Gefängnis ein Ende. Er riss seinen Strohsack auf, holte mit zusammengedrehten Strohhalmen durch ein Luftloch Feuer aus der den Gang erhellenden Laterne, zündete den Strohsack an, wickelte sich darein, verbiss sich mit den Zähnen in sein Taschentuch und erwartete so den Verbrennungstod. Vom Rauche

halb erstickt, mit grässlichen Brandwunden, leise vor sich hinwimmernd, so fanden ihn am nächsten Morgen die Gefängnis Wächter. Das Prager Kriegsgericht war milder, es liess einer ganzen Reihe junger Hörer der Technischen Hochschule dreissig bis sechzig Rutenstreichere verabreichen. Am peinlichsten aber wirkte die Verurteilung von drei Damen der Buda-  
pester Gesellschaft, Gräfin Blanka Teleki, Klara Lövei und Elisabeth Erdélyi zu langjähriger Festungs- und Kerkerhaft.

Man hat es in Wien nicht verstehen wollen, dass die Einkerkung und das Auspeitschen von Frauen sich dem Volksempfinden tiefer eingepägt hat als jeder andere Akt der konterrevolutionären Herrschaft. Ein so genauer Kenner der österreichischen Militärrherrschaft in Lombar do-Venetien wie Reuchlin erzählt in seiner Geschichte Italiens, nichts habe den Hass der Italiener so vertieft wie die Misshandlungen der Frauen durch das österreichische Militär. Selbst liberale Italiener, denen man damals vorhielt, es sei klüger, die nationale Frage zu vertagen und gemeinsam gegen den Absolutismus vorzugehen, blieben am Ende doch immer dabei, mit den Österreichern sei ein Kompromiss unmöglich, sie seien «ausserhalb der Kultur», sie liessen es zu, dass «man Frauen schlage». Rogge berichtet, welchen unauslöschlichen Eindruck es machte, als man in Mailand, nach einem Spektakel an des Kaisers Geburtstag, im Kastell zwei italienische Frauen, die nationale Lieder gesungen hatten, von Profossen durchpeitschen liess. Der Hass der Italiener in den letzten Jahren der österreichischen Herrschaft war kaum noch steigerungsfähig. Er umgab vor allem die Offiziere mit einer undurchdringlichen Quarantäne. Baron Burger, der Statthalter in Mailand, hätte zwar die Gegensätze gemildert, aber er war neben dem Militärkommando machtlos, das den Mailändern auch die kleinen Sekkaturen nicht ersparte. Noch immer hatten die Besucher des Fenice-Theaters oder der Scala das Schauspiel der zwei Soldaten, die rechts und links der Bühne während der Vorstellung und der Pause mit schussbereitem Gewehr zum Publikum standen. Man kommandierte zu diesem Dienste gern Leute eines der «Grenzer»-Regimenter, Kroaten meist, bei denen es nicht selten vorkam, dass sie sich auf der Bühne recht geräuschvoll und mit fünf Fingern schneuzten. Dem Polizeidirektor Martinec, einem Mann aus Böhmen, machte es ein Vergnügen, die adelsstolzen Ducas und Marcheses in den Logen, die Macht des k. k. Beamten fühlen zu lassen; wehe, wenn jemand bei den Klängen des Kaiserliedes sitzen blieb. Die Mailänder hielten Martinec aus Prag, wegen des Klanges seines Namens, für einen Spanier. «Das hat sicher der

grausame Spanier getan», war die oft gehörte Erklärung, wenn eine besonders quälerische Massregel angeordnet wurde. Dazu kamen die ungeheuren Kontributionen, die Radetzky Stadt und Land auferlegte. Einzelnen Familien wurde das ganze Vermögen konfisziert. Dem Grafen und dem Herzog Litta wurden je 800'000 Lire genommen, den Familien Borromes, Visconti, Mellerios je 100'000, den Freunde Napoleons Arese 500'000, der Fürstin Belgiojoso 800'000. Nach der Niederwerfung des Mailänder Aufstands waren es 209 Proskribierte, denen man je nachdem ein Drittel, das halbe oder das ganze Vermögen konfisziert hatte. Ende Januar 1849 wies Minister Gioberti in Turin den fremden Gesandten nach, dass in dem Halbjahr nach dem Waffenstillstand die Lombardei mit einer Bevölkerung von dritthalb auf sechsunddreissig Millionen des ganzen Kaiserstaates, ohne die Erpressungen an Einzelnen, an Steuern siebzig Millionen oder nahezu die Hälfte der Gesamtausgaben Österreichs gezahlt habe. Wie schwer es war, die genauen Ziffern der Geldstrafen und Kriegstaxen zu erfahren, so schwer auch, die dunkle Post der Hinrichtungen zu eruieren. Abbate Coggi verzeichnet nach Radetzky's Wiedereinzug 960 Opfer des Standrechts, nach dem Mailänder Putsche von 1853 war die Zahl auf das Doppelte gestiegen.

In den italienischen Darstellungen dieser Zeit, so in Alessandro Luzios «I martiri di Belfiore», wird Franz Joseph persönlich für die ausserordentlichen Härten des österreichischen Regiments in Lombar do-Venetien verantwortlich gemacht. Man beruft sich dabei auf die Haltung Radetzky's und auf dessen Worte, die er 1851 zu dem um Gnade flehenden Bischof von Mantua sprach: «Ich kann nichts machen, die Gnade steht nicht in meiner Hand, es bestehen höhere unwiderrufliche Entschlüsse.» Damals hatte die österreichische Polizei eine Verschwörung entdeckt, die sich nach ihren Berichten auf Mailand, Mantua, Venedig, Brescia, Cremona und Verona erstreckte. Die Berichte der österreichischen Polizei, die dem Kaiser zu Gesicht kamen, lesen sich heute wie schlecht stilisierte Romane; der Priester Don Enrico Tazzoli figuriert darin als der treibende Mann der Verschwörung, der phantasiebegabte Scarsellini als ihr Teufel. Schwer zu sagen, was daran Wahres war, wenn die Polizei erzählt, dass Scarsellini den Plan gefasst hatte, Franz Joseph beim Besuche Venedigs zu überfallen und gefangen zu nehmen. Die mit Details nicht sparsame Polizei wollte jedenfalls wissen, es sei beabsichtigt gewesen, den Kaiser nach dem Besuche des Theaters Fenice gefangen zu nehmen, sich gleichzeitig des kleinen Forts San Secondo bei Venedig zu bemächtigen, den Kaiser dorthin zu bringen

und ihn vor die Wahl zu stellen, entweder auf die Lombardei und Venetien zu verzichten, oder aber mit den Verschworenen in dem Fort in die Luft gesprengt zu werden. Kaiser Franz Joseph hat später die Erfahrung gemacht, dass seine Polizei gelegentlich dichtet. Im Jahre 1852 war er noch vertrauensselig, zumindest steht so viel fest, dass von Wien aus der Auftrag kam, keine Milde walten zu lassen. Der Vollstrecker dieses Willens, der damalige Hauptmannauditor Kraus, liess sich das nicht zweimal sagen. Der einer kleinbürgerlichen Familie aus Böhmen entstammende spätere General war ein Henker aus Passion. Er gab das grosse Beispiel für die in der Geschichte Franz Josephs wiederkehrende Tatsache, dass der zu Macht berufene kleine Intellektuelle alle militärischen Haudegen und Profossen an Grausamkeit übertreffen kann. Die Geschichte jenes finsternen Forts Belfiore von Mantua, wo die Beschuldigten eingekerkert und gerichtet wurden, erzählt auf jeder Seite von seiner Unerbittlichkeit; er war's, der die Stockprügel und die Folter als Mittel der Voruntersuchung einführte, er hat alle Schrecken spielen lassen, wenn es sich darum handelte, eine schwache Anklage durch erpresste Geständnisse zu erhärten. Was Alessandro Luzio, der zuverlässige Mantuaner Archivdirektor von ihm berichtet, wird ergänzt durch die Angaben Emilio Casas, der die Tätigkeit Kraus' in Parma schildert, wohin der Auditor 1854, nach der Ermordung des Herzogs Karl, als Blutrichter gesandt wurde. Es wäre falsch, zu sagen, Franz Joseph habe nach dem Verlust der italienischen Provinzen ein anderes Bild von der eigenen Herrschaft in Italien empfangen. Er blieb dem kleinen Alba gewogen und ernannte ihn zur Zeit Taaffes zum Statthalter Böhmens, als man auf den Einfall kam, den nationalen Zwist zwischen den Deutschen und den Tschechen mit dem Säbel zu schlichten. Es gab wohl Momente des Besinnens, da Franz Joseph daran dachte, die militärische Verwaltung Lombar do-Venetiens zu ändern, aber sie waren unwesentlich und erfolglos. So wurde im Sommer 1853 Graf Rechberg nach Italien gesandt, die Leitung der Administration zu übernehmen. Radetzky war von dieser Anordnung wenig erfreut, er schreibt am 27. Juli 1853 seiner Tochter Friederike Gräfin Wenckheim: «Viel Köche versalzen die Suppe, war das alte Sprichwort, das neue kenne ich nicht.»

So sahen die Dinge in Italien aus, als das Kaiserpaar seine italienische Reise begann und am 25. November 1856 in Venedig eintraf. Der damals populäre Hackländer, «Liebling pensionierter und nichtpensionierter Offiziersfrauen», war als Reisehistoriograph dabei. Er berichtete in der «Augs-

burger Allgemeinen Zeitung» von den Tagen in Venedig, in Brescia und Bergamo, von den Ausflügen nach Padua, Vicenza, Rovigo, von «endlosem, herzlichem, enthusiastischem Jubel». Nach Mailand, wo das Kaiserpaar am 15. Januar 1857 seinen Einzug hielt, liess Franz Joseph seinen ganzen Hofstaat nachkommen, die Minister Bach, Bruck und Buol sowie Grüne mit der Militärkanzlei. Was Hackländer berichtet, ist mehr Dichtung als Wahrheit, es scheint aber gewiss zu sein, dass die Kaiserin durch ihren Takt, durch Zartheit und Liebenswürdigkeit, unter den feinfühligsten Italienern Sympathien gewann. Was sie Gutes tat, verdarben freilich Martinec und seine Leute, die eine Menge Unschuldiger «aus Gründen der Sicherheit», darunter auch Aristokraten, internierten und neue Erbitterung hervorriefen. Die Stimmung wurde besser, als die grosse Amnestie kam, aber auch dann blieben die Mailänder dabei, «den Wärmegrad des Beifalls im Theater und bei den Empfängen im Verhältnis zu den morgens verkündeten Gnadenakten zu temperieren». Hatte das Amtsblatt am Morgen keine neue Amnestie gebracht, so «rührte sich am Abend in der Scala keine Hand, so sah man Halbtrauer und schwarze Handschuhe in den Logen». Da am Dreikönigstag der Karneval begann, wollte der Kaiser Bälle geben; die Kaiserin riet sehr dazu, eine Gelegenheit zu finden, mit dem Adel in Kontakt zu kommen. Es war der Befehl nach Wien gegangen, das grosse Silber nach Mailand zu senden; aber die geplanten Bälle scheiterten an der dem Kaiser überbrachten Bitte, dass kein Offizier die Damen der italienischen Gesellschaft zum Tanz auffordern dürfe. Von dem grossen Ball in der Scala berichtet der Korrespondent der «Augsburger Allgemeinen Zeitung», man habe «viele von den schönen Damen der Mailänder Nobili vermisst». Die gebildeten charaktvollen Kreise der Stadt waren nicht zu gewinnen. Der populäre «Crespusculo» nahm vom Aufenthalt des Kaiserpaares mit keiner Zeile Notiz; sein Besitzer Tenca liess das ertragreiche grosse Blatt lieber eingehen, als dass er sich dem Wunsche der Polizei, wenigstens das Tatsächliche zu berichten, gefügt hätte. Es ist ein irriger Glaube zu meinen, damals sei Lombar do-Venetien für Habsburg noch zu retten gewesen; aber zweifellos hat die ausgiebige Amnestie Franz Josephs viele Wunden gelindert. Sie kam gegen den Widerstand des Militärs und der Polizei zustande; ein Weinkampf der Kaiserin entschied. Er öffnete die Türen der Kriminalgefängnisse von Mailand, Como, Brescia, Mantua, Pavia und gab tausenden die Freiheit wieder. Der Kaiser enthob Radetzky vom Posten eines Oberkommandanten und ernannte seinen Bruder, den fünfundzwanzigjährigen Erzherzog Ferdinand Maximilian, zum Generalgouverneur Lombar-





Die Mutter des Kaisers



Generaladjutant Graf Grüne

do-Venetiens. Der alte Radetzky zog grollend davon: «Sollen machen, was sie wollen.» Er starb bald danach, am 5. Januar 1858 im Schlosse von Monza, fast zweiundneunzig Jahre alt. Der Kaiser bereitete dem repräsentativen Soldaten des alten Österreichs ein feierliches Begräbnis. Er selber kommandierte den Kondukt bei der Ankunft der Leiche in Wien.

Versöhnlich war Franz Joseph nur, wo er fürchtete. Die Kaiserreisen sollten ein Versöhnungswerk sein. Darum folgte der italienischen Reise die Fahrt nach Ungarn. Der Monarch liess sich dabei von dem Gedanken leiten, ein Volk müsse so behandelt werden wie ein Kind, das sich schlecht aufgeführt hat; er wollte persönlich alles daransetzen, sich als gütiger Landesvater zu zeigen, er bereitete auch für Ungarn eine grosse Amnestie vor; das Prinzip des persönlichen Absolutismus jedoch sollte unverrückbar bleiben. Diese Vorstellung entsprach dem damaligen Denken Franz Josephs. Er war noch ganz im Banne der renovierten Anschauung von der Allmacht der habsburgischen Majestät und überzeugt, dass nur das Abirren von Franzens Maximen die Schreckenstage von 1848 heraufbeschworen habe. Die Regie der ungarischen Reise lief darauf hinaus, menschliche Sympathien zu werben, ohne politische Konzessionen zu machen. Als das Kaiserpaar am 4. Mai 1857 die Fahrt in Begleitung der beiden kleinen Töchter antrat, kam dies Programm schon äusserlich zum Ausdruck: man nahm in Budapest von der Reise en famille Notiz, empfand es aber als eine absichtliche Verletzung, dass Franz Joseph nicht die Uniform des ungarischen Kavalleriegenerals, sondern die des österreichischen Marschalls trug. Noch mehr verstimmt es, dass man den Budapestern verbot, dem Kaiserpaar mit ungarisch-farbigem Fähnchen zuzuwinke. Die strenge Stadthauptmannschaft hatte die Dampfschiffe, die dem Kaiser entgegenfahren sollten, mit schwarzgelben Fähnchen ausgestattet; das zur Begrüssung erschienene Publikum, Herren und Damen, weigerte sich jedoch, diese verhassten Farben zu schwenken. Besser geriet die Illumination der Stadt, vor allem das Feuerwerk, welches der griechische Magnat Baron Sina auf der Kettenbrücke, von Stuver, dem berühmten Pyrotechniker seiner Zeit, abbrennen liess. Stolz und zurückhaltend, verhielt sich der Adel. Er fehlte beim Empfang, und bei der Illumination «wirkten die paar Talglichter an den Fenstern des Adelskasinos viel schlimmer als die dunklen Fassaden der Adelspalais». Sehr trist fiel auch das zu Ehren des Kaiserpaars im Deutschen Theater gegebene Ballfest aus, zu dem ausser den Beamten nur ein Teil der Geschäftsleute erschienen war. Einen besseren Eindruck mochte der Kaiser in der

Provinz, vor allem in den von Deutschen bewohnten Orten, wie Pressburg und Ödenburg, wie auch im Zentrum des slawischen Oberungarns, in Kaschau, empfangen haben. Obwohl sich die Bachschen Beamten die grösste Mühe gaben, Ungarn als ein patriotisches, ergebenes Land erscheinen zu lassen und darin die tollsten Dinge, wahre Potemkiaden aufführten, hielten sich doch die entscheidenden Elemente, Hochadel und Gentry, von allen Empfängen fern. «Damit war das Schicksal der Rundfahrt entschieden, denn wo die Deáks fehlen, gibt es kein Ungarn.»

Es war indes noch ein anderes Ereignis, das sich wie ein schwarzer Schatten auf diese Reise legte: Am 28. Mai erkrankte plötzlich im Ofener Schloss eine der Töchter des Kaiserpaars, die kleine Erzherzogin Sophie. Man hatte nicht den Mut, die Eltern von Debreczin zurückzurufen; am 30. Mai musste man es tun, das Kind war gestorben. Das Kaiserpaar unterbrach die Empfänge und fuhr von Csege aus, links der Theiss, nach Ofen zurück. «Eine Tour,» schreibt der begleitende Berichterstatter, «welche die düstere Stimmung nur noch vermehren konnte; Wassertümpel von der Grösse eines Sees, aber ohne Tiefe und im Sommer vertrocknend; grenzenlose Pussten ohne Ansiedlung, meilenweit keine Dorfschaft; hie und da die Trostlosigkeit zerlumpter Zigeunerlager. «Tags darauf waren Franz Joseph und Elisabeth in Laxenburg bei Wien. Die Mutter des Kaisers drang in den Sohn, eine Wallfahrt nach Mariazell zu unternehmen. Bei dieser Gelegenheit besuchte Franz Joseph im Juli Graz, Laibach und Triest.

Die Amnestien, die während dieser Reise erlassen wurden, gehörten zum Prinzip des neuen Absolutismus; sie waren nicht kleinlich bemessen, erstreckten sich auf alle politischen Verbrechen, gaben zum Teil die sequestrierten Besitztümer zurück, ermöglichten auch den Emigranten die Rückkehr. Das von Laxenburg datierte Handschreiben vom 9. September 1857, welches gewissermassen den Schlusspunkt hinter die Kaiserreisen setzte, liess jedoch keinen Zweifel darüber, dass es politisch nichts zu hoffen gab. «Entschlossen an den Grundprinzipien, welche Mich bisher bei der Regierung Meines Reiches geleitet haben, unverbrüchlich festzuhalten, will Ich, dass dies allseitig erkannt und insbesondere von allen Organen Meiner Regierung zur genauen Richtschnur genommen werde.» So schloss Franz Joseph, und so sollte es noch eine Weile bleiben.

## SOLFERINO

WAS KÜBECK IN EINEM BRIEF AN METTERNICH ALS das Wesentliche seines Strebens bezeichnet, «die kaiserliche Autorität auch in der Äusserlichkeit wiederherzustellen und die freie Bewegung des Monarchen den Völkern zur Anschauung zu bring'gen», das war erreicht. Doch Kübeck übersah, dass der neue Absolutismus mit den Methoden des alten unmöglich auskommen konnte. Das rein physische Unvermögen, das weite Reich von einem Schreibtisch aus zu regieren, hatte dem Kaiser Franz die Maxime aufgezwungen, alles beim alten zu lassen; das «Stabilitätssystem» war die Folge der in einer Hand vereinigten unteilbaren Macht. Immerhin hatte er Metternich zur Seite. Der junge, zur Selbstherrschaft erzogene Franz Joseph konnte den Dingen nicht Halt gebieten, sie forderten Entscheidungen. Er hat im ersten Jahrzehnt seiner Regierung, dem in ihm entfachten Machtwillen folgend, nach persönlichem Gutdünken entschieden, nicht anders als seine Vorfahren im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert oder etwa die Bourbonen im alten Frankreich, beeinflusst allenfalls von seinen ihm widerspruchslos ergebenden Ministern und Generalen.

Es ist eine natürliche Erscheinung, dass die im Innern wiederhergestellte Willensfreiheit danach strebt, das Reich als Familienbesitz nicht nur in seiner historischen Machtstellung unversehrt zu erhalten, sondern darüber hinaus das Prestige des Erzhauses in Deutschland und Italien, auf dem Balkan und vor Russland zu behaupten, selbst um den Preis einer kriegerischen Offensive. Dem Siege des zentralistisch-absolutistischen Gedankens im Innern folgt notwendig eine dynastische Prestigepolitik nach aussen. Dadurch aber wird Franz Josephs neuer Absolutismus abhängig von den Erfolgen der äusseren Politik, letzten Endes von der militärischen Kraft, auf die sich seine Herrschaft stützt. Wer dem Grunde nachspürt, der den Untergang des Hauses Habsburg und seines Reiches herbeigeführt hat, der findet ihn hier: Es ist der Prestigegedanke des Erzhauses, der Wille, das Ansehen des Hauses ohne Beachtung der eigenen wahren Machtverhältnisse zu erhalten. Diese Übertragung adlig-familiären Denkens auf die Politik schliesst ein Prinzip rationalistischer Erkenntnis aus: das Kompromiss. Sie identifiziert das Reich mit dem Herrscher und setzt an Stelle rationaler Entscheidung das Duell. Der Prestigegedanke führt nach Solferino, er führt nach Kőniggrätz, er verleitet zur Annexion Bosniens, er ruft die neue Bewegung auf dem Balkan hervor, er wird in Franz Josephs Altersjahren von dessen Nef-

fen und seinen Männern zu neuem Leben erweckt, und nach Sarajewo zur Schicksalsfrage Österreichs.

Das «Prestige» – von diesem heftigsten Impuls wird Franz Joseph bei seinen ersten Schritten als Selbstherrscher bewegt. Die Erfolge Radetzky's in Italien, der Sieg Schwarzenbergs in Olmütz, die Niederzwingung des eigenen Reiches ermutigten ihn. Der Mut zu neuer Prestigepolitik blieb freilich vor der Tatsache blind, dass das alte Österreich seine Machtstellung nicht dem Schwerte, sondern seinen Allianzen zu danken hatte. Alle Herrscher und ihre Ratgeber seit Maximilian I. hielten an dem Grundsatz fest, dass die habsburgische Monarchie starker Bündnisse bedürfe, um «das oft versagende Kriegsglück zu ersetzen»; die Politik der Allianzen war die Fortsetzung der Heiraten, durch welche Österreich gegründet wurde. Von den Zeiten des Prinzen Eugen bis zu den Tagen Maria Theresias waren England und Holland die grossen Verbündeten Österreichs; Kaunitzens Kunst vereinigte fast das ganze Festland zur Koalition gegen Preussen, Metternich die legitimistischen Mächte zum Siege der europäischen Konterrevolution. Gewiss, alle diese Bündnisse hatten Gleichheit der Interessen zur Voraussetzung, aber Kaunitz, Thugut, Philipp Stadion, Metternich und Schwarzenberg liessen sich bei diesen Sicherungen auch von einem spezifisch österreichischen Talent leiten: Von der Skepsis gegenüber den Fähigkeiten des eigenen Landes. Sie kannten Österreich zu gut, sie kannten die geringen Begabungen ihrer eigenen, die hohen Ämter verwaltenden Standesgenossen, sie kannten Österreichs Heer. Ihr Leitspruch: *Viribus unitis* auf die Allianzen angewandt. Diese tiefe Kenntnis Österreichs fehlt Franz Joseph; er muss sie erst in schmerzvollen Niederlagen erwerben. Sie geht ihm vollends ab nach Schwarzenbergs Tod.

Schwarzenberg hatte seine Erfolge gegen Preussen nicht allein seinem Selbstbewusstsein und der Überschätzung des österreichischen Heeres zu danken. Sein mächtigster Bundesgenosse in dem Konflikt um Schleswig-Holstein und um Kurhessen im Jahre 1850 war Zar Nikolaus, der tatsächlich jede Bewegung eines Volkes im Westen für die Unabhängigkeit als eine schwere Beleidigung der eigenen Majestät empfand. Im Falle Schleswig-Holsteins wandte sich Dänemark an den Deutschen Bund als der zustehenden Polizeigewalt und gab Österreich Gelegenheit, die vergessene Bundesversammlung wieder ins Licht zu setzen, gleichzeitig aber den Wünschen des Zaren zu entsprechen. Am 2. September 1850, einen Tag nach seiner Konstituierung, eröffnete der Bundestag den Prozess gegen Schleswig-Holstein. Auch in der Sache Kurhessen, die den Zaren schon gar nichts anging,

entschied am Ende seine Macht. Das Land besass seit 1831 eine vortreffliche Verfassungsbestimmung, von der man nur wünschen könnte, sie wäre auf deutschem Boden heute noch in Kraft; danach waren, wie in der englischen Verfassung, für jede Verletzung der Gesetze nicht bloss die Minister, sondern auch alle Beamten und Offiziere verantwortlich, die sich zum Werkzeug des Verfassungsbruchs hatten missbrauchen lassen. Als nun der Kurfürst und sein Minister Hassenpflug die Verfassung zu unterminieren begannen, lehnte sich der Landtag dagegen auf und verweigerte die Steuern. Schon im Mai 1850 hatte Hassenpflug die Lossagung Kurhessens von der norddeutschen Union durchgesetzt, in der richtigen Erwägung, bei Österreich den kräftigeren Polizisten gegen die rebellierenden Untertanen zu finden. Die Verhängung des Kriegszustandes folgte. Das Land beantwortete diese Eigenmächtigkeit mit seltener Bravour: nahezu alle Beamten sagten der Regierung mit Rücksicht auf ihren Eid den Gehorsam auf, und neun Zehntel der Offiziere nahmen ihre Entlassung. Der Kurfürst und sein Hassenpflug flohen nach Frankfurt, die Hilfe des Bundestages anrufend. Jetzt konnte Schwarzenberg seine Kunst zeigen. In dem Streit, der sich nun entspann, ist Preussen unterlegen, hauptsächlich weil Österreich den Zaren für sich hatte. Es entspricht aber nicht der historischen Wahrheit, zu sagen, bei diesem Vorgefecht der beiden deutschen Staaten im Kampf um die Vorherrschaft habe es sich um den Wettstreit gehandelt, welche von den zwei Mächten den Büttel in Schleswig-Holstein und in Kurhessen spielen sollte. Gewiss war auch dem König von Preussen die freie Verfassung Kurhessens ein Greuel, aber er hatte doch so viel Respekt vor dem verbrieften Recht, dass er sich nicht ohne Weiteres zum Vollstrecker der russischen Wünsche hergegeben hätte. Wenn Preussen gegen den Kurfürsten und für das hessische Verfassungsrecht die Kanonen aufzog, so sprach freilich nicht allein das Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch sein Vorteil mit. Bis zur Vorbereitung des Weltkrieges, bis 1914, da die Strafexpedition gegen Serbien entworfen wurde, sind unter Franz Josephs Regierung gegen einen feindlichen Staat nicht Worte gerichtet worden wie jene, die Schwarzenberg am 27. Dezember 1850 in seiner Weisung an den österreichischen Gesandten in München gegen Preussen gebraucht hat: «Die arrogante Rücksichtslosigkeit des Berliner Kabinetts scheint die Grenzen keck überschreiten zu wollen, jenseits welcher weiteres Nachgeben des Bundes nur zu Schande und Verderben führt.» Franz Joseph folgte seinem Minister. Bei der Monar-

chenzusammenkunft in Bregenz am 12. Oktober 1850 wurde zwischen Österreich, Bayern und Württemberg das Angriffsbündnis gegen Preussen perfekt. Sollte Preussen die Hilfe für den Kurfürsten von Hessen hindern wollen, so verpflichtete sich Österreich 150'000, Bayern 50'000, Württemberg 20'000 Mann aufzustellen. Bei der Tafel trank Württembergs König dem Kaiser zu: «Wenn der Kaiser ruft, marschieren wir!» Und Franz Joseph: «Ich bin stolz darauf, mit solchen Kameraden vor den Feind zu ziehen!»

Die patriotische Geschichtsschreibung lässt ihre Leier verstummen, wenn sie zu dem nun folgenden Kapitel kommt, das den Zaren als den wirklichen Schiedsrichter in der deutschen Sache zeigt. Die Zusammenkunft von Warschau in den Tagen vom 17. bis Ende Oktober 1850 ist nichts anderes als ein Wettbuhlen der beiden streitenden Teile um die Gunst Nikolaus' I. Der Talentiertere in der Kunst, des Zaren Zorn zu entfachen, war zweifellos Schwarzenberg. Preussens Minister Radowitz hatte dem österreichischen Gesandten Prokesch mehr gesagt, als er zu sagen ermächtigt war: «Glauben Sie mir, ich habe alle Chancen bedacht, die militärischen wie die politischen, und ich sage Ihnen: Unser Entschluss ist gefasst, wir dulden keine fremden Truppen in Kurhessen, und wenn daraus Krieg wird, so machen wir augenblicklich alle neun Armeekorps mobil...» Dieses servierte Schwarzenberg dem Zaren. Leichenblass erschien Nikolaus zum Frühstück: «Jetzt ist alles vorbei, ich werde in Preussen einrücken und das Land bis zur Weichsel besetzen.» Schwarzenberg hatte zu der Abmachung von Bregenz die von Warschau. Es war der erste und letzte Triumph Franz Josephs, eine Schicksalsstunde Österreichs. Jetzt hätte es sich zeigen müssen, ob Schwarzenberg die gestaltende Kraft besass, die deutsche Frage in österreichischem Sinne zu lösen. Aber dieser österreichische Kavalier war kein Bismarck; ihm war's nur um die Demütigung Preussens, nicht um die Ordnung Deutschlands zu tun, er kostete seinen Erfolg bis zur Neige. Es nützte Preussen nichts, dass es die Union auflöste; Schwarzenberg forderte die Räumung Hessens. Es war nicht sein Verdienst, dass die Schüsse von Bronzell nicht den Krieg eröffneten; seine Weisung an Prokesch kam einer Kriegserklärung gleich; es war dem österreichischen Gesandten und Manteuffel, Radowitzens Nachfolger, zu danken, wenn dem vorlauten Geknatter der Flinten noch eine unblutige Aussprache folgte. Für Prokeschs Ungehorsam mochte freilich auch das Bild massgebend gewesen sein, das Preussen in diesem Augenblicke bot: die zweihunderttausend preussischen Soldaten und zu den Fahnen eilenden Landwehrmänner waren ein stärkeres Argument als die



schwankende Haltung des Königs. Am Ende hätte Schwarzenbergs Unnachgiebigkeit Preussen doch nicht zu beugen vermocht, wenn ihm nicht wieder der Zar zu Hilfe gekommen wäre. Nikolaus' Drohung nach Berlin wie der Beitritt Sachsens Hessen-Darmstadts zum Bregenzer Bündnis erzwangen die Forderung, dass der Bundestag die Exekution in Kurhessen zu vollziehen habe. Jetzt konnte Schwarzenberg dem Zögern Preussens das Ultimatum entgegensetzen: «Wenn man es in Berlin so will, so ist das der Krieg.» Am 26. November ging jenes Telegramm des Königs von Preussen nach Wien ab, worin er um eine Zusammenkunft in Olmütz bittet und Manteuffel mit Briefen an Franz Joseph und Erzherzogin Sophie avisiert.

Es ist viel darüber gestritten worden, ob Österreich wirklich zum Kriege bereit war. Der österreichische Generalstabschef von damals, Freiherr von Hess, hatte es durchgesetzt, dass die Armee ergänzt und Ende November auf den Stand von 180'000 Mann gebracht wurde. Mit den Heeren der Verbündeten wäre Österreich der preussischen Macht gewachsen gewesen. Es lag auch ein fertiger Kriegsplan vor, und der alte Radetzky war bestimmt, das Oberkommando zu führen. Er sollte nach Hess' Entwurf mit fünf Korps längs der Elbe vormarschieren, sich mit den Sachsen vereinigen und den Preussen sobald als möglich eine Schlacht liefern. Die Österreicher hätten den Vorteil der inneren Linie gehabt vor den geteilten Kräften Preussens. Österreichs Lage war besser als sechzehn Jahre später. Es wäre jedoch irrig, zu meinen, dass in Österreichs Armee und in Wien eine Kriegsstimmung gegen Preussen geherrscht habe. Weder Radetzky noch seine Generale waren von einem böhmischen Feldzug begeistert. Der alte Feldmarschall hat sich gefreut, nach Italien zurückkehren zu können; Clam-Gallas weigerte sich, ein Kommando gegen Preussen zu übernehmen, und Weiden, Wallmoden, Degenfeld und Schönhals wünschten wie Hess einen friedlichen Ausgleich mit Preussen. Gar nun das bürgerliche Wien hatte nichts übrig für die Politik Schwarzenbergs, geschweige denn für einen Auszug mit den Waffen. Eine wirkliche Kriegsstimmung herrschte nur an den Höfen der deutschen Mittelstaaten, die von einem Erfolge Preussens die Schmälerung ihrer Souveränität befürchteten. Graf Vitzthum, der Sachse, spricht für die andern, wenn er in einem Briefe sagt, die «Auffassung, dass der preussische Staat als solcher verschwinden müsse, bevor an eine definitive Lösung des deutschen Problems gedacht werden könne, wird von allen geteilt, die nicht gedankenlos in den Tag hineinleben». Franz Joseph hat sich während dieser ganzen Krise von Schwarzenberg leiten lassen, ihm hat der

Stolz dieses böhmischen Kavaliere und dessen Art, die politischen Geschäfte zu führen, imponiert; im letzten entscheidenden Moment, da Schwarzenberg fähig gewesen wäre, die Kanonen sprechen zu lassen, war jedoch der Rat der Mutter gewichtiger als der Wille des Ministers. Es sind heute mehr Belege dafür vorhanden, dass in diesen Tagen der Briefwechsel der bayrischen Schwestern, der Kaiserin-Mutter und der Königinnen von Preussen und von Sachsen, viel reger war als sonst. Sie haben das meiste dazu beigetragen, dass die deutsche Auseinandersetzung auf sechzehn Jahre verschoben wurde. Schwarzenberg bekannte einige Wochen nach Olmütz zu Beust: «Sie hätten lieber gerauft, ich auch.»

Im Januar 1853 ist Franz Joseph in Berlin und spricht vor preussischen Offizieren von Leipzig 1813, von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens. So hatte sich seit Schwarzenbergs Tode das Bild geändert. Es waren, wenn man so sagen darf, die einzigen deutschnationalen Akzente Franz Josephs, es war das erstmal, dass ein habsburgischer Regent Preussens Hauptstadt betrat. Zwischen ihm und Friedrich Wilhelm IV., dessen Lieblingsgedanke es war, Österreichs Herrscher mit der römischen Kaiserkrone und sich selber als Reichsfeldherrn zu sehen, gab es keinen Gegensatz politischer Pläne, sofern Berlin Österreichs Geltung in Deutschland nicht schmälerte. So konnte man sogar von einem gemeinsamen Marsche gegen Napoleon träumen. Freilich nicht lange, denn zu gleicher Zeit war schon ein Kopf sichtbar, der andere Pläne barg als der phantasierende König: der Kopf Bismarcks. Franz Joseph aber hatte den Grafen Buol zur Seite, von dem Bismarck 1852 schrieb, seine «Unbekanntschaft mit den Geschäften» sei «wirklich unglaublich». Buol brachte es zuwege, die immerhin respektable Erbschaft Schwarzenbergs in kürzester Zeit so zu vergeuden, dass Österreich zu Beginn des Krimkrieges in völlige Vereinsamung geriet. Es konnte durch Neutralität sich Russland verpflichten, es konnte sich den Westmächten anschliessen; es tat keines von beiden, schloss im April 1854 einen Neutralitätsvertrag mit Preussen, um im Dezember sich mit Frankreich und England zu verbünden. Es entwertet dieses Bündnis für die Westmächte aber dadurch, dass es erst nach dem Falle Sebastopols seine Dienste anbietet. Russlands Freundschaft ist dahin, Kaiser Nikolaus spricht vom Undank Habsburgs. «Wissen Sie,» sagt er zum Gesandten Österreichs, dem Grafen Georg Esterházy, «wer die beiden dümmsten Könige von Polen gewesen sind? Sobieski und ich; beide haben Österreich gerettet und schweren Undank geerntet.» Die Westmächte sind gleichfalls verstimmt: Öster-

reich hat sich als unzuverlässig erwiesen. Bismarck notiert am 21. Dezember 1855: «Buol hat das Verdienst, Österreich um das Vertrauen und sich um die Achtung aller gebracht zu haben. Er ist eine Lokomotive, die nicht weiss, wohin sie rennt, und nur Dampf und Geräusch von sich gibt.» Ein Jahr vorher hatte Bismarck an General von Gerlach geschrieben: «Die guten Österreicher sind wie der Weber Zettel im Sommernachtstraum. Sie haben im Orient ihr Kreuz zu tragen, wollen in Italien die grosse Rolle spielen und in Deutschland auch den Löwen machen und für die europäische Politik über uns disponieren, ohne uns in der deutschen Frage auch nur ein Gott vergelt's zu sagen.»

Österreichs Isolierung, die Zerstörung der diplomatischen Erbschaft nach Metternich, lässt indes in Franz Joseph keinen Zweifel an der Richtigkeit des Systems aufkommen. Es gibt keine öffentliche Meinung, kein Parlament, kein Vereinsleben, die Presse wagt kaum in Andeutungen Kritik zu üben. Er hört nur Lob wie jene Worte des sächsischen Diplomaten Grafen Vitzthum, der seine Eindrücke vom Kaiser in die Worte zusammenfasst: «Die entschiedene Verachtung aller Popularitätshascherei, die Schweigsamkeit, der intuitive Scharfblick, das fabelhafte Gedächtnis, das rege Pflichtgefühl, die ans Peinliche streifende Gewissenhaftigkeit, der ritterliche Sinn und der grossmütige Charakter sind Tugenden, welche zu den höchsten Erwartungen berechtigen... Nichts vermag ihn aus der Fassung zu bringen. Dabei ist der Kaiser, obgleich frei von sentimental Illusionen, davon durchdrungen, dass er eine providentielle Mission zu erfüllen habe.» Damals hat sich eine Wandlung vor allem im deutschen Bürgertum Österreichs vollzogen: die sichtbaren Ereignisse und die fühlbare Unerschütterlichkeit der wiederaufgerichteten absoluten Herrschermacht verabschiedeten endgültig die Hoffnungen von 1848. Es bleibt von da an als gemeinsamer Grundzug allen Völkern zwar ein zweifaches Misstrauen, das Misstrauen gegen den «Staat» als Inbegriff der organisatorischen Macht, und ein Misstrauen gegen die eigene Kraft und Fähigkeit – damit in Verbindung aber die Vorstellung von der überragenden Gewalt der Dynastie. Man beginnt sich mit dieser Vorstellung abzufinden. Nicht zwar, als ob von nun ab die Kritik verstummte; der Staat bleibt das Übel, das er war, die Kritik an ihm wird womöglich noch boshafter und schärfer, aber der Kaiser scheidet wie das Absolute aus dieser Kritik aus. Der Untertan der Kaiser-Franz-Zeit sah im Monarchen den persönlichen Gewalthaber, er sah ihn tatsächlich vor und unter sich als den Herrn, der allen befehlen kann. Der Neoabsolutismus Franz Josephs hat die Majestät ins Unpersönliche gerückt. Noch

ein Jüngling, wird Franz Joseph ein Symbol. Das Wort Kaiser bekommt einen neuen Klang. Er selber mag das auf seinen ersten Reisen durch Österreich, nach dem Attentate des Ungarn Libényi und während der Hochzeitsfeierlichkeiten empfunden und, darin von dem Glauben der noch immer aktiv tätigen Mutter genährt, als den eigenen Erfolg und eine Mithilfe höherer Mächte gedeutet haben. Gerade diese Jahre aber waren Jahre der Enttäuschungen, der Misserfolge und der schwersten Niederlagen.

Ein Genie hätte, auf sich allein und auf die österreichische Armee gestellt, den Gefahren, die dem Hause Habsburg drohten, nicht zu trotzen vermocht. Wie sollte sich der Prestigegedanke eines Fürstenhauses gegen die neue, durch die Revolution entfachte Macht der nationalen Idee behaupten? Es ist eine sehr ungleiche Kraftverteilung, auf der einen Seite der Eigenwille eines Hofes ohne nennenswerten Kopf, auf der andern das nach Freiheit ringende Italien mit Cavour, das unter Geburtswehen stöhnende Deutschland mit dem nun sichtbar hervortretenden Gegenspieler Bismarck. Napoleon III. verbündet sich mit Cavour, England sympathisiert mit Italien, Russland steht frohlockend beiseite. Und Deutschland? In Wien träumte man von den zwei deutschen Heeren, deren eines, das österreichische, Sardinien, das andere, das Bundesheer, Napoleon niederwerfen sollte. Um Wilhelm, den Prinzregenten, für den Krieg zu gewinnen, kam Erzherzog Albrecht nach Berlin. Jetzt sprach Österreich von einem «Nationalkrieg», dasselbe Österreich, das jede nationale Regung unterdrückt und sein Amt in Deutschland nie anders als vom Blick auf sein Hausinteresse betrachtet hatte. Preussen und Süddeutschland sollten ihre Waffen zur Verteidigung des habsburgischen Besitzes in Italien leihen. Nur die vom Gefühl irgeleitete Demokratie konnte diesem Plane zujubeln; Berlin blieb kühl. Die Entscheidung kam über Nacht. Das Ultimatum Österreichs an Sardinien ist selbst ohne Wissen des Grafen Buol, unmittelbar von der Militärkanzlei des Kaisers nach Turin gesandt worden. Am 27. Mai 1859 war Buol seines Amtes enthoben worden. Am Tage der wichtigen Ministerkonferenz, am 26. Mai, war er nicht mehr Minister des Äussern; Graf Rechberg, der Nachfolger, noch nicht im Amte. General von Eynatten, der Vertreter des Armeekommandos, und der Generaladjutant des Kaisers, Graf Grüne, führten das Wort. Zu dieser Zeit gab es kein Kriegsministerium mehr; Kübecks Gedanken hatten so radikal gewirkt, dass der Kaiser das «Kriegsministerium» abgeschafft hatte; er war sein eigener Kriegsminister oder liess seinen Gene-

raladjutanten walten. Bruck, der Finanzminister, mühte sich auseinanderzusetzen, dass die gänzlich zerrütteten Finanzen es unmöglich machen, eine Armee von 750.000 Mann aufzubringen. Der Dialog, der sich zwischen ihm und dem Grafen Grünne entspann, erinnert an spätere Tage; bei den Worten Grünnes meint man Conrads Argumente von 1912 zu hören: «Unzeitige Ersparungen rächen sich... Österreich muss imponierend auftreten.» Zwei Tage später ist wieder Konferenz. Der Kaiser führt den Vorsitz. Er hat die Erzherzoge Albrecht und Rainer sowie den Chef des Generalstabes, den Feldmarschall Hess, zugezogen. Auch Graf Rechberg ist zugegen. Bruck hält sich gegen den Ansturm der Militärs sehr tapfer. «Seine Majestät der Kaiser» jedoch, so sagt das Ministerratsprotokoll, «geruhte darauf hinzuweisen, dass die Frage nicht einseitig vom militärischen oder finanziellen, sondern wesentlich vom politischen Standpunkt gewürdigt werden müsse. Durch die von den Verhältnissen gebotene Politik wird man unwiderstehlich dazu gedrängt, den Krieg aus einem italienischen zu einem europäischen zu machen. Nur wenn er diesen Charakter annimmt, ist ein schneller, bleibend beruhigender und für Österreich günstiger Ausgang des Streites zu erwarten.» Das sind die Worte des Kaisers. Gemeint ist damit, es genüge nicht, den Krieg in Italien zu führen, man müsse ihn nach Deutschland, an den Rhein tragen; dort und mit Deutschlands Waffen ist Napoleon, dem Bedrohet der historischen Machtstellung des Hauses Habsburg, zu begegnen.

Zur selben Zeit begann in Preussen die Reform des Heeres, jene erstaunliche Ergänzung zu Bismarcks reifenden Plänen. In Österreich war das traditionelle Misstrauen zur eigenen Armee geschwunden, ohne dass der Optimismus sich durch Kritik und Reformeifer legitimiert hätte. Es ist einer der nie ernsthaft berührten Punkte in Franz Josephs Leben: sein Verhältnis zur Armee. Er war von Anfang an Soldat, und es gehört mit zum Charakter des von ihm geformten österreichischen Kaiserbildes, dass er sich im Gegensatz zu seinen Vorgängern Franz und Ferdinand, die den Bürgerrock trugen, nur als Soldat zeigte. Allein, eine habsburgische Eigenschaft, der Mangel an historischem Sinn, machte ihn auch vor dem Körper kritiklos, den er im Staate am höchsten schätzte: vor der Armee. Dem österreichischen Heere, der Schöpfung Wallensteins, waren bis zu Maria Theresias Zeiten einige grosse Feldherren und manche glückliche Improvisationen beschieden gewesen; die Kaiserin selber war zu sehr Frau, um für Generale das richtige Auge zu haben. Auf diesem Gebiete wusste sie Untalent von Begabung nicht zu unterscheiden; sie stellt Lacy höher als Laudon, sie ist

gerade hier von einer sonst ungewohnten Milde und antwortet auf Niederlagen mit Tröstungen der Geschlagenen. Nach ihr verfällt die Armee. Nicht so zwar wie das Werk Friedrich des Grossen bis zu Jena und Auerstädt; alles Mechanische an diesem sonderbaren Körper erweist sich als widerstandsfähig, die österreichische Armee hat längst ihre eigene Gestalt, ein Eigenleben, ja sogar ihre eigene Wissenschaft, ein seltsames Gemisch aus alten Erfahrungen, Geographie und Spekulation, aber die Vorherrschaft bestimmter Adelsfamilien in den oberen Stellen, wie die Abwehr gegen jeden volkstümlichen Ausbau, machen das Heer zu einem dumpfen, schwerfälligen Instrument mit den Merkmalen des Adels und der militärischen Bürokratie. Vom Volke hat es nur den ästhetischen Reiz im Kostüm. Vom Adel den Geist der Kavallerie, von der Bürokratie die Schuhe. Was Stendhal von jenem Leutnant Robert erzählt, dem «schönsten Offizier» der italienischen Armee des jungen Bonaparte, dass er und die zwei andern Leutnants der Kompagnie gemeinsam nur ein paar Schuhe besaßen, die sie von einem bei Lodi gefallenen österreichischen Offizier erbeutet hatten, ist wahr: die österreichische Armee marschierte auf festen Sohlen, aber ohne Kopf. Bonapartes Soldaten gingen barfuss. Freilich, welche der Armeen des Legitimus vermochte gegen ein von Napoleon geführtes Revolutionsheer aufzukommen? Österreich hatte während und nach den napoleonischen Kriegen zwei Begabungen: den Erzherzog Carl und Radetzky. Kaiser Franz, darin österreichischer als Franz Joseph, hatte sich mit den Niederlagen abgefunden, er nahm sie als etwas Unabwendbares hin. Als er nach der Schlacht bei Wagram Radetzky zum Generalstabschef der geschlagenen Armee ernannte, sagte er zu ihm: «Dass Sie nicht mit Absicht Dummheiten machen werden, dafür bürgt mir Ihr Charakter, und machen Sie gewöhnliche Dummheiten, so bin ich sie schon gewöhnt.» Zu Beginn der Schlacht, die er vom Bisamberg aus beobachtete, war das Wort gefallen: «Auf dem linken Flügel kommandiert Rosenberg; das genügt mir, da wird's ja schief gehen.» Kaiser Franz kannte seine Leute, änderte aber konsequent, wie er war, nichts an der traditionellen Vorherrschaft der Rosenberge. Er stellte die zwei einzigen Talente, Erzherzog Carl und Radetzky, beiseite; Carl nach 1809, Radetzky nach 1814. Das Symbol der altösterreichischen Armee, der in Vater Straußens Marsch fortlebende Radetzky, wäre als Festungskommandant von Olmütz verschimmelt, wenn ihn nicht sein Kriegsgefährte Frimont aus der Vergessenheit hervorgeholt und zu sich nach Italien gerufen hätte. Die siegreichen Fahnen seiner Italienarmee haben jahr-

zehntelang das Bild der ruhmreichen Armee umrahmt; sie liessen manche Niederlage vergessen, konnten aber die Reversseite dieser Siege nicht verdecken, die gegen ein ungeschultes Heer erkämpft waren.

Die Erfahrungen der Revolution verleiteten die österreichische Heeresverwaltung dazu, einen Geist auszulöschen, der bis dahin die treibende Kraft nationaler Heere notdürftig ersetzt hatte, den landsmannschaftlichen Regimentsgeist. Um die nationale Einheitlichkeit der Kadern aufzuheben, zerstreute man nicht nur Ungarn in deutsche, Italiener in ungarische, Slawen in italienische, deutsche und ungarische Regimenter, man verlegte auch die Regimenter aus ihrer Heimat womöglich recht weit in andersnationale Gegenden. Diese Methode blieb lange aufrecht und hat zweifellos dazu beigetragen, die Armee in allen Farben des bunten Völkergemisches schillern zu lassen, sie hat dem Offizierskorps und der österreichischen Militärmusik ihr eigenes Gepräge gegeben: aus beiden klangen die Sprachen, Dialekte, Volkslieder und Melodien des Reiches. Aber in der militärischen Praxis ist dieses Durcheinander der Teile dem Ganzen sehr nachteilig gewesen, so bei der Mobilmachung 1866, da der schwerfällige bürokratische Apparat die Ersatzmannschaften durch das ganze Reich jagte, bis sie zu ihren Regimentern fanden.

Die Strategie und die Taktik der Armee, die berufen war, das Prestige und die Hausmacht der Habsburger gegen alle Widersacher zu verteidigen, waren veraltet: Die Strategie eine Komposition aus Methoden des Siebenjährigen Krieges, aus Elementen der Kriegslehre Erzherzog Carls und aus Erfahrungen von den italienischen Kriegsschauplätzen; an der Taktik waren die neuen Vorbilder der französischen Revolutionsarmeen und der napoleonischen Kampfweise spurlos vorübergegangen. Die Bestimmung der österreichischen Armee, das Reich im Südosten längs der Militärgrenze zu schützen und Italien niederzuhalten, also eine Art Polizei grossen Stils zu sein, hatte sich ihrem Charakter aufgeprägt. Man hielt an dem Kordonsystem, das General Lacy an der Militärgrenze eingeführt hatte, auch in Italien fest, sperrte die Lombardei in ihrer ganzen Breite durch detachierte Korps, hielt alle Strassen besetzt, so dass über das ganze Land ein Sicherheitsnetz gezogen war; im Ernstfalle jedoch machte sich diese Atomisierung der Armee unangenehm geltend. Das berühmte Festungsviereck spielte in dem System dieser Polizeistrategie die Rolle der grossen Wachtstube, in die man sich zurückziehen konnte, wenn die eigene Macht den

rebellierenden Untertanen nicht gewachsen war oder das feindliche Heer im freien Felde nicht zu schlagen vermochte.

Der neunundzwanzigjährige Franz Joseph hätte eine Natur wie Karl XII. von Schweden, hätte Friedrich dem Grossen gleich sein müssen, um als absoluter Monarch sein eigener Feldherr sein zu können. Er hatte sich, gegen sein innerstes Wesen, zum Soldaten gewandelt, er sah im Heere die eigentliche Stütze seiner Macht und schätzte es danach, aber so gross auch das Bemühen gewesen sein mag, die alte Armee mit neuem Glanze zu umgeben, es blieb im Äusserlichen stecken, ohne an die eigentliche Aufgabe heranzukommen. Franz Josephs militärische Erziehung ist über die Anfangsgründe nicht hinausgekommen; der höhere militärische Unterricht blieb ihm versagt. Sein Entschluss, die Administration des Heeres in die Kabinettskanzlei zu verlegen, erwies sich als ein schlimmer Fehler. Nun war der Generaladjutant Graf Grünne der entscheidende Mann geworden. Sein Rat war auch bei der Besetzung der Befehlshaberposten für den bevorstehenden Krieg gegen Sardinien massgebend. Radetzky war eben, zweiundneunzig Jahre alt, gestorben; der Generalquartiermeister des Feldmarschalls, Feldzeugmeister Freiherr von Hess, war zwar auch schon einundsiebzig Jahre alt, aber nach der Meinung der Armee der einzige Berufene für das Oberkommando. Grünne entschied sich für seinen Freund, den Grafen Gyulai; fünf der sieben Korpskommandos wurden den alten Anwärtern auf die hohen Militärposten gegeben: einem Liechtenstein, einem Schwarzenberg, den Grafen Clam-Gallas, Stadion, Schaafgotsche. Zum Generalstabschef Gyulais wurde der Lehrer der Strategie an der Wiener Kriegsschule, Oberst Kuhn, ausersehen. Der Krieg von 1859, der im Mai mit dem Kampfe Stadions gegen die Franzosen bei Montebello begann, gehört zu den am meisten beschriebenen und kommentierten Feldzügen des vorigen Jahrhunderts. Eine grosse Literatur, in welcher das preussische Generalstabswerk, fast ausschliesslich Moltkes Arbeit, den ersten Platz einnimmt, hat ihn erschöpfend behandelt. Die Österreicher waren im Vorteil, sie konnten, bevor Napoleon III. erschien, mit grosser Übermacht die Piemontesen schlagen und Turin in ihre Gewalt bekommen. Obzwar Kuhn diesen naheliegenden Gedanken empfahl, liess Gyulai kostbare Wochen verstreichen. Auch als die Franzosen nach ihrem Umgehungsmanöver Mailand bedrohten, war es noch möglich, sie in Teilen anzugreifen. Gyulai blieb nach wie vor in der Defensive und zog sich mit 115.000 Mann hinter den Tessin zurück. Jetzt erst, da der Feldzug halb verloren war, setzte in Wien die Kritik ein. Es ge-



schah, was sich sieben Jahre später vor der Entscheidung bei Königgrätz wiederholen sollte: der Feldherr wird vor der Schlacht sozusagen unter Kuratel gestellt, wobei die als notwendig erkannte Massregel aber nur halb zur Durchführung kommt. Der Kaiser ruft den alten Hess zu Hilfe und gibt ihn Gyulai zur Hand, ohne ihn jedoch mit Befehlsgewalt auszustatten. Am Morgen des 4. Juli gehen die Franzosen über den Tessin, Napoleon III. bei Buffolora, MacMahon weiter nördlich bei Turbigo. Napoleons Garde im Zentrum gelingt es, das Korps Clam-Gallas zurückzudrängen, die Brigade Gablenz aber hält den Vorstoss auf. Auf dem linken Flügel der Österreicher bleibt der Kampf gegen Marschall Canrobert unentschieden; inzwischen war aber Mac Mahon über die nördliche Tessinbrücke gegen den rechten Flügel der Österreicher vorgedrungen und hatte Magenta den Truppen Clam-Gallas' entrissen. Dennoch war die Lage der Österreicher am Abend des Schlachttags so, dass sie, auf zwei Dritteln des Schlachtfelds unbesiegt und im Besitze zweier frischer Korps, den Kampf am nächsten Tage fortzusetzen imstande gewesen wären. Clam-Gallas liess jedoch auf eigene Faust in der Nacht sein Korps den Rückzug antreten. Danach blieb dem österreichischen Hauptquartier nichts anderes übrig, als sich in das Festungsviereck zurückzuziehen und Mailand zu räumen, wo Napoleon III., mit Jubel empfangen, am 8. Juni seinen Einzug hielt.

Clam-Gallas' Verhalten überstieg die «gewöhnlichen Dummheiten», die Kaiser Franz gestattet hatte, doch war es nicht der einzige dunkle Punkt auf der Seite der Österreicher. Gyulai hatte durch das zögernde, teilweise Einsetzen seiner Divisionen den Erfolg im Zentrum vereitelt; unentschlossen und ängstlich hielt er sich vormittags vom Kampfplatz fern, erst nachmittags liess er sich auf dem Schlachtfeld sehen. Nach diesen aufreizenden und niederdrückenden Erfahrungen übernahm Franz Joseph selber den Oberbefehl. Es war das erste und das letzte Mal in seinem Leben, dass er als Feldherr auf dem Kriegsschauplatz sich an die Spitze seiner Truppen stellte. Seine beiden Ratgeber, Hess, jetzt in aller Form als Generalstabschef, und General Ramming, waren leider nicht eines Sinnes; Hess war fürs Zuwarten im Festungsviereck, Ramming für eine möglichst rasche Offensive. Inzwischen hatten die Franzosen den Vormarsch angetreten; bei Solferino stiessen am 24. Juni die beiden Heere zusammen. Als Kaiser Franz Joseph mit seinem Stabe nach halb neun Uhr morgens das vom Kampfe bereits erfüllte Schlachtfeld erreichte, war der Befehlshaber der hier engagierten Armee, Graf Schlick, noch nicht zur Stelle. Er musste vom Frühstück her-

beigeht werden. Nach einer wenig erquicklichen Debatte über den Schlachtenplan, in die Graf Grünne eingriff, kam man überein, den Sieg auf dem Wege der Umfassung zu suchen, wobei dem Grafen Wimpffen das entscheidende Manöver gegen den rechten Flügel der Franzosen zugedacht war, während Benedek die Umfassung des linken französischen Flügels auszuführen hatte. Napoleon III. konzentrierte seinen Angriff auf Solferino, auf das österreichische Zentrum, welches nur zu halten war, wenn Wimpffen die ihm zugedachte Aufgabe erfüllte: gegen den rechten französischen Flügel mit aller Macht rechtzeitig vorzustossen. Aber dieser Stoss kam nicht. Der Kaiser sandte einen Adjutanten nach dem andern, Wimpffen anzueifern. Vergebens; statt des erwarteten Angriffs traf um zwei Uhr nachmittags die Nachricht ein, Wimpffen habe nach erfolglosem Ringen den Rückzug angetreten. Die Zertrümmerung des Zentrums war nicht aufzuhalten; die Aufbietung der Reserven konnte nur die zurückflutenden Truppenteile vor der Verfolgung schützen. Ein Versuch Wimpffens, seinen Entschluss rückgängig zu machen und einen neuerlichen Angriff zu unternehmen, kam zu spät. Um drei Uhr war die Schlacht entschieden, obwohl auf Benedeks Seite der Kampf bis abends währte. Die geschlagene Armee musste abermals in das Festungsviereck zurück. Das Haus Habsburg hatte die Lombardei verloren.

Wie später bei Königgrätz zeigte sich schon bei Solferino der grosse Widerspruch zwischen dem Ziele des neuen Absolutismus, Habsburgs Prestige auch mit Waffengewalt zu wahren, und dem Unvermögen dieser Waffen, das ihnen gesteckte Ziel zu erreichen. Napoleon III. soll nach seinem Einzug in Mailand von dem «Zufall» gesprochen haben, der mehr als je in diesem Krieg eine bedeutende Rolle gespielt habe; auf österreichischer Seite hat man erst recht den Zufall für alles Ungemach und Unglück verantwortlich machen wollen. Feldzeugmeister Freiherr von Kuhn hat 1893 in einem Brief einige jener kleinen österreichischen Zufälligkeiten festgehalten, die 1859 so entscheidend mitgewirkt haben. Es handelte sich Kuhn darum, einige Mitteilungen des ehemaligen Rittmeisters Grafen Zichy zu berichtigen, der 1859 dem österreichischen Armeehauptquartier angehört hatte und nun aus seiner Erinnerung von dem «Spiele des Zufalls» erzählte, dass während der Schlacht bei Magenta sowohl der Oberbefehlshaber Graf Gyulai als auch dessen Generalstabschef wichtige Stunden im Bette verbracht hätten. In dem erwähnten Briefe nun bestätigt Kuhn, dass in der Tat am Schlachttage von Magenta er sowohl wie Gyulai im Bette angetroffen

worden sind. Es war zu entscheiden, ob die Schlacht fortzusetzen sei; Kuhn war dafür: Er erzählt: «Als ich in meine Wohnung kam, legte ich mich angezogen auf das Bett und diktierte die Detaildispositionen zur Fortsetzung der Schlacht. Ich litt an sehr schmerzhaften, stets von Fieber begleiteten furunkelartigen Abszessen, die ich mir wahrscheinlich infolge der Kost und des feuchten Klimas in der Lomellina zugezogen hatte. Eine dieser Furunkeln an der Wade wurde mir im Gedränge der Schlacht aufgedrückt, was arge Schmerzen verursachte und mich nötigte, mich aufs Bett zu legen. Ich war am Schlusse der Disposition über die Kavalleriedivision Mensdorff angekommen, als Rittmeister Graf Zichy ins Zimmer trat und mir die Meldung des Korpskommandanten des rechten Flügels überreichte. Entrüstet über ein solches Benehmen gab ich meinem Souschef Oberst Poschacher den Auftrag, sich sogleich zu Graf Gyulai zu begeben. Rittmeister Zichy fand den Grafen Gyulai in tiefem Schlaf versunken. Nachdem er aus demselben aufgerüttelt war und die Mitteilung vernahm», die Mitteilung nämlich, dass Clam-Gallas eigenmächtig zurückgegangen sei, «gab er den Befehl zum Rückzug. Alle Bemühungen Poschachers, den Armeekommandanten zu überreden, blieben erfolglos.» Kuhns Darstellung trägt den Stempel der Wahrheit; das Urteil, das der Generalstabschef über den einen der Korpskommandanten und über den eigenen Oberbefehlshaber fällt, bedarf keiner Ergänzung. Diese Bilder vom Kriegsschauplatz sind auf den Kaiser nicht ohne Wirkung geblieben. Zum erstenmal war sein Stolz empfindlich getroffen worden. Der Krieg von 1859 war sein Krieg gewesen, er hatte das Ultimatum nach Turin verfügt, er war überzeugt, durch die Übernahme des Oberkommandos den schlechten Anfang zu einem guten Ende zu führen. Nun hatte alles versagt: die Führung, die Strategie, die Taktik, zum Teil die Truppen, wie bei Clam-Gallas und bei einer Division des zweiten Korps, die aufgelöst werden musste, ja sogar die sonst bewährte Kavallerie mit Ausnahme der Edelsheimschen Husaren. Was bisher noch nicht vorgekommen war: einer der Kavalleriegenerale, Baron Lauingen, der für den Grafen Zedwitz kurze Zeit die Reservekavallerie der Armee Schlick zu kommandieren hatte, benahm sich, von plötzlicher Angst befallen, in der Schlacht so schmachlich, dass ihn der Kaiser vor das Kriegsgericht zitieren liess. Er wurde zum Tode verurteilt, vom Kaiser jedoch begnadigt.

Es ist viel darüber gestritten worden, was Franz Joseph bewogen haben mag, so rasch und eigenwillig den von Napoleon III. am 8. Juli in Villafran-

ca vorgeschlagenen Verzicht auf die Lombardei anzunehmen und Frieden zu schliessen. Trotz Bismarcks Warnung, der von Petersburg aus die Dinge verfolgte, war Berlins Haltung eher einer bewaffneten Intervention zugunsten Österreichs geneigt. Erzürnt urteilte Bismarck: «Wir werden dann nicht einmal Österreichs Reserve, sondern wir opfern uns geradezu für Österreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuss am Rhein wird der deutsche Krieg die Hauptsache, weil er Paris bedroht, Österreich bekommt Luft, und es wird seine Freiheit benützen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen?» Berlin blieb dennoch schwankend; die sentimentaln Sympathien Süddeutschlands für Österreich riefen eindeutig nach Waffenhilfe für den bedrängten Bruder. Franz Josephs plötzlicher Entschluss zum Verzicht und Frieden machte allen Diskussionen ein Ende. Es war nicht Napoleons falsche Information, kein politisches Bedenken, was ihn zu diesem schmerzhaften Schritte zwang, sondern die trostlose Erfahrung vom Schlachtfeld und der beängstigende Bericht des Grafen Rechberg, der dem Kaiser in das Hauptquartier nachgesandt worden war. Rechberg spricht darin von einer Stimmung des Reiches, die, wenn nicht Abhilfe erfolge, «die Existenz der Monarchie bedrohe». Sein Bericht war der Niederschlag der Ministerkonferenz vom 9. Juni 1859, in welcher über die drohenden Folgen des Krieges gesprochen wurde. «Die Missstimmung», sagt das Protokoll der Konferenz, «macht sich in Wien nicht selten selbst an öffentlichen Orten in unberufenen Kritiken militärischer Operationen Luft und wird auch von der Mehrzahl der Militärs unverhohlen geteilt. Die Berichte aus Ungarn und den Provinzen zeigen, dass dort die gleiche Stimmung herrscht. Die Minister hielten es unter diesen Umständen für ihre heiligste Pflicht, diese Wahrnehmungen mit aller Freimütigkeit ehrfurchtsvoll zur Kenntnis zu bringen.»

## DER STAATSTREICH DES ADELS

DER UMSCHWUNG, DER SICH NUN VOLLZIEHT, bildet eines der paradoxesten Kapitel der Geschichte Franz Josephs. Der Anlass, die schwere Niederlage der Armee, war nicht zuletzt durch die adelige Militärherrschaft verschuldet, die Folge aber ist zunächst die Beseitigung des bürgerlichen Elements aus der absolutistischen Regierung und die politische Festigung des Adels. Noch im Juli wird Alexander Bach verabschiedet und das Mini-

sterium zum Teil umgebildet; der galizische Statthalter, Graf Agenor Goluchowski, wird Minister des Innern, Hübner Polizeiminister. Bruck und Thun bleiben. «Das ist ja kein Europäer, das ist ja der reine Tatar», ruft ein hochgebildeter Beamter, der unter Bach die sehr schöne Bibliothek im Ministerium des Innern sorgfältig katalogisiert hatte und nun sein mühsames Werk vernichtet sieht, da Graf Goluchowski, der neue Herr, die Zimmer der Bibliothek zu Speisesalons nimmt und deshalb die Bücher einfach hinauswerfen lässt. Das im August 1859 in der «Wiener Zeitung» veröffentlichte Regierungsprogramm sagt nicht viel. Es ist, angesichts des völlig gesunkenen Staatskredits, eine kleine Konzession an die Finanz weit, wenn versprochen wird, die Ausgaben der Zivil- und Militärverwaltung einer «wirksamen Kontrolle» zu unterziehen und die «Stellung der Israeliten in zeitgemässer Weise, aber mit Rücksicht auf örtliche und provinzielle Verhältnisse, zu regeln». An eine Änderung des Systems, an eine Rückkehr zur Konstitution denkt der Kaiser nicht, auch in den langwierigen Debatten der Ministerkonferenz wagt sich ein solcher Gedanke nicht hervor. Franz Joseph ist es gänzlich fremd, Niederlagen und Missgeschick als Folgen des «Systems» zu deuten. Er kennt diesen Begriff nicht, der den Glauben an die Wirksamkeit der Ideen und an eine historische Entwicklung voraussetzt. Er ist so selbstverständlich von der eigenen Allmacht überzeugt, dass ein Zweifel gar nicht aufkommen kann. Wenn Fehler geschehen, so liegt es an den Personen. Darum trennt er sich nach Niederlagen und Misserfolgen so rasch und schroff von Männern, denen er eben noch sein Vertrauen geschenkt. Es sind jetzt zwei Sorgen, die ihn beschäftigen: Ungarn und die Finanznot. Darin hat er den Instinkt seines Hauses, zu wissen, dass die Unzufriedenheit in Wien, der offene und versteckte Widerspruch der Gesellschaft, die Verbitterung der Gebildeten, die Schadenfreude der Oppositionellen belanglos sind; eine gefährliche Macht ist nur Ungarn. Diese Erfahrung sitzt den Habsburgern in den Nerven, sie ist bitterer seit der Stunde, da der ungarische Trotz nur mit Russlands Beistand niedergerungen werden konnte. Ohne Verständigung mit Ungarn, das weiss Franz Joseph, kein Wiedererstehen der Monarchie. Es ist der einzige Punkt, in der der Kaiser nachgiebig ist, obzwar er ganz Ungarn misstraut. Wie sehr selbst die ungarische Adelsgruppe der sogenannten Altkonservativen bei ihm in Ungnade ist, geht aus einem von ihm gefertigten Schreiben an den Chef der obersten Polizeibehörde Baron Kempen hervor, worin Franz Joseph den Polizeichef beauftragt, die unter dem Namen der ungarischen Altkonservativen be-

kannte Verbindung zu beobachten. «Ich trage Ihnen auf, das Tun und Treiben dieser Verbindung sowohl in Wien und Umgebung als auch in Ungarn und besonders Pest durch vollkommen verlässliche und hierzu geeignete Organe genau überwachen zu lassen und über die gemachten Wahrnehmungen mir von Zeit zu Zeit umständlich Bericht zu erstatten.» In einem Schreiben an Erzherzog Rainer, als den Präsidenten der den Namen «Reichsrat» führenden Staatskonferenz, gibt der Kaiser dem Erzherzog in sehr strengen Worten den Auftrag, das Mitglied des Reichsrats Ladislaus von Szögyenyi wegen dessen Teilnahme an den Beratungen der ungarischen Altkonservativen zu rügen. «Sie haben sonach in meinem Namen sein Benehmen ausdrücklich zu ahnden und ihn für die Zukunft vor allen Beteiligungen und Zusammenkünften ernstlich zu verwarnen.» Dennoch: Drei Jahre später ist Ladislaus von Szögyenyi als zweiter ungarischer Hofkanzler Mitglied der Wiener Regierung. Ungarn – das ist die ewige Angst des Kaisers. Die Verbindung mit ungarischen Politikern sucht Rechberg zu knüpfen, der Hübner dazu heranzieht. Die Versuche haben vorerst nur den Effekt, dass einer der Wortführer der ungarischen Altkonservativen, Graf Desseswffy, in einer Denkschrift einen Staatsstreich historisch-staatsrechtlichen Charakters empfiehlt. Soweit ist man jedoch noch nicht. Hübner, der sich für die Altkonservativen eingesetzt hatte, muss demissionieren.

Was auf dem direkten Wege noch nicht zu erreichen war, eine Verbindung des Kaisers mit Ungarn, vollzog sich auf andere Art. Die Finanznot liess sich nicht wegkommandieren. Die Kurse sanken von Monat zu Monat. Um den Krieg führen zu können, hatte man nicht nur das ganze Ergebnis des Nationalanlehens, 611 Millionen Gulden, ausgegeben, sondern auch die Südbahn verkaufen müssen. Dem Finanzkapital stellte sich Österreich als ein Staat dar, dessen Völker unzufrieden, dessen Armeen geschlagen, dessen Schuldenlast gross, dessen Kassen leer waren. Und die Macht des Geldes liess sich nicht so mundtot machen wie die Völker Österreichs; das beiläufige Versprechen, die Staatsausgaben kontrollieren zu wollen und die Juden zu tolerieren, genügte ihr nicht. Man darf nicht vergessen, dass damals noch die absonderlichsten Ausnahmebestimmungen für die jüdische Bevölkerung in Kraft waren. Das Verbot, christliche Diensthofen zu halten, wurde erst im November 1859 aufgehoben; die Anordnung, welche die Heirat an die Bewilligung des Kreisamtes band, bestand noch. Am 6. Januar 1860 erst wurden die für Galizien, Südtirol und Venetien gelten den Ordonanzen aus-

ser Kraft gesetzt, wonach es Juden nicht gestattet war, für einen Glaubensgenossen und gegen einen Christen Zeugnis abzulegen. Noch immer aber bestanden Beschränkungen der Freizügigkeit und des Pachtrechts. In den meisten Ländern durften Juden bäuerliche Wirtschaften nur erwerben, wenn sie sich darauf niederliessen und das Land selbst bearbeiteten. War man hier im Vormärz steckengeblieben, so schritt man in der Behandlung der ungarischen Protestanten hinter den Vormärz zurück. «Die kolossalste Dummheit seit 1848» nannte Graf Dessewffy, der altkonservative, schwarz-gelbe Adlige, das Protestantenpatent des Grafen Thun. Das Patent lief darauf hinaus, den Organismus der evangelischen Kirche zu zerrütten, die Unabhängigkeit ihrer Vermögensverwaltung einzuschränken, die Schulen unter strenge Kontrolle des Staates zu stellen, vor allem aber diktatorisch in den Bau der Kirche eingreifen zu können. Das Patent brachte das kaum beruhigte Land neuerlich in Aufruhr. Die Petitionen an den Kaiser blieben erfolglos.

Zögernd nur entschloss sich der Kaiser, vom Rate des konservativen ungarischen Adels wie vom Misstrauen der Finanzwelt gedrängt, im März 1860, das von Kübeck eingerichtete rein bureaukratische Kollegium des Reichsrats, das bisher aus zehn Köpfen bestand, durch zehn «lebenslängliche» und achtunddreissig «zeitliche» ausserordentliche, vom Kaiser ernannte Mitglieder zu verstärken. Durch diese Tür, die der Kaiser nur aus Not, dabei aber noch immer an dem Kübeckschen Gedanken festhaltend, neuen Räten öffnete, schlich sich das totgeglaubte österreichische Problem von Neuem ein. Jetzt freilich in veränderter Gestalt. Es sind nicht, wie in Kremsier, die Völker selbst, die sprechen, es ist der Adel, der ungarische Adel, der die Entwicklung vorwärtstreibt. Die vom Grafen Anton Szécsen geführte altkonservative Partei des ungarischen Adels zeigt im verstärkten Reichsrat eine so grosse Überlegenheit sowohl im politischen Denken wie in der Beherrschung der Debatte, dass ihr die erste Rolle zufällt. Sehr verständlich: der madjarische Adel stand auf dem festen Boden der unzerstörten vielhundertjährigen Tradition seiner ständischen Freiheiten. Bei der Begegnung Franz Josephs mit dem altkonservativen Adel Ungarns blieb ihm eines freilich verborgen: die neuen Inspiratoren, die er als Friedensmittler benützen wollte, waren in ihrem eigenen Lande machtlos. Ihr Verfassungsprogramm wurde von Ungarn mit Zorn, Spott und Hohn abgelehnt und scheiterte an dem einmütigen Widerstand des ungarischen Kleinadels,

der Bauernschaft und des numerisch zwar geringen, aber geistig sehr regsamen Bürgertums der Städte und Märkte.

Anders als in Österreich, war in Ungarn seit der Revolution der Kleinadel mit der Intelligenz und der neugebildeten bürgerlichen Gesellschaftsschicht zu einer Mittelklasse als der politischen Nation des Landes zusammengeschmolzen. Er war der Fahnenträger des nationalen und staatsrechtlichen Radikalismus, der Anwalt eines nationalen Ideals von der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns, das von den ständisch-feudalen Wünschen der Dessewffy, Jösika und Szécsen nichts wissen wollte. Über die Gesinnung des Landes konnte kein Zweifel herrschen; es trotzte den Verfolgungen, es lehnte die Tastversuche ab. Am Jahrestage der ungarischen Revolution, am 15. März, legen die Studenten Lorbeerkränze auf die Gräber der Gefallenen. Die Militärpolizei schießt und verwundet einen der Akademiker. Sein Begräbnis wird zu einer Demonstration, wie sie Pest-Ofen seit zwölf Jahren nicht gesehen hat. Die halbe Bevölkerung der Stadt begleitet den Sarg auf den Friedhof, die wohlhabendsten Bürger beteiligten sich mit ihren Frauen und Töchtern, der ungarische Adel, die Damen in Trauerkleidern, geht Reihe an Reihe mit der Menge. Wenige Tage danach gerät Ungarns Hauptstadt neuerlich in Erregung. Eine Durchsuchung des Hauses Stephan Széchenyis, der 1848 von Schwermut befallen, in einem Wiener Sanatorium halb als Kranker, halb als Gefangener gehalten wurde, lenkt aller Blicke auf den Vergessenen. Da kommt die Nachricht, dass Baron Josika, der letzte siebenbürgische Hofkanzler, der ständige Freund des Grafen, unmittelbar nach einem Besuche bei Széchenyi gestorben sei. Diesmal war Wien unschuldig, aber jeder Ungar schwor, Josika sei vergiftet worden. Als nun gar Széchenyi selber sich kurz danach, am 7. April, im Sanatorium erschoss, war Pest von der Ermordung beider Männer so fest überzeugt, «dass man selbst in der gebildetsten Gesellschaft es nicht wagen durfte, auch nur dem leisesten Zweifel Raum zu geben, wollte man nicht als Polizeispion gebrandmarkt und gemieden werden». Die Wiener Polizei tat freilich ein Übriges, solche Legendenbildung zu fördern. Sie liess das Begräbnis auf den 11. April festsetzen, befahl aber insgeheim, den Toten schon am 10. April zu bestatten. So sollte den ungarischen Studenten verwehrt werden, an der Leichenfeier teilzunehmen. Erreicht hat sie damit nichts. Denn nun zelebrierte der Fürstprimas Kardinal Sztivóski in der Pfarrkirche zu Pest ein Requiem, zu dem achtzigtausend Menschen strömten.

Diese sichtbare Gesinnung des Landes, die aus grossen und täglich sich



erneuernden kleinen Begebenheiten sprach, übte auf Franz Joseph einen starken Eindruck, vermochte aber den Glauben an die Verwerflichkeit konstitutioneller Tendenzen nicht zu erschüttern. Nicht das Prinzip, die Personen müssen gewechselt werden. Erzherzog Albrecht wird als Generalgouverneur und Landeschef Ungarns abberufen und Feldzeugmeister Benedek an seine Stelle gesetzt. Benedek, der Sohn eines ödenburger Arztes, deutscher Abstammung, überdies Protestant, hat sich durch seine Kritik der obersten Führung in der Schlacht bei Solferino unbeliebt gemacht. Er ist aber populär als der einzige siegreiche General dieses unglückseligen Feldzugs. Er versuchte die Sache biedermännisch-soldatisch, lud Pester Bürger an seine Tafel, sprach mit den evangelischen Pfarrern über den Kirchenstreit, liess sich informieren, da der Kaiser, so oft er nach Wien komme, ihn «mit diesen Dingen sekkiere». Manchmal übertrieb er seine Derbheit, immerhin, er behandelte seine Landsleute besser, als sie es bisher gewöhnt waren. Am 15. Mai 1860 wurde das unselige Protestantenpatent zurückgenommen, die Märtyrer wurden amnestiert. Trotzdem klingt der Bericht, den Benedek in der denkwürdigen Ministerratssitzung vom 29. Juni erstattet, sehr bedenklich. Er sagt mit einfachen Worten, wenn man Ungarn nicht den Landtag gebe und die Autonomie sichere, sei mit der Revolution zu rechnen. Der Justizminister, Graf Nádásdy, stimmt Benedek zu, der Polizeiminister, Herr von Thierry, bestätigt alle Wahrnehmungen, der Finanzminister, Ignaz von Plener, meint, mit «halben Massregeln sei nichts gewonnen, und der rechte Moment unwiederbringlich verloren». Und nun der Kaiser: «Seine Majestät, festhaltend an den am 29. Mai motivierten Erklärungen, geruhen Ihre entschiedene Willensmeinung wiederholt auszusprechen, eine Repräsentativverfassung nicht bewilligen zu wollen.» In dem Handschreiben an Benedek hatte der Kaiser versprochen, es sei seine Absicht, «für die Angelegenheiten der politischen Verwaltung Komitatsverwaltungen einzuführen und ihnen Komitatskongregationen beizugeben sowie Anträge zur Aktivierung des Landtags vorzubereiten, damit das in allen Ländern einzuführende Prinzip der Selbstverwaltung durch Landtage und Landtagsausschüsse auch in Ungarn zur Geltung gebracht werde». Mit diesem Handschreiben und dem verstärkten Reichsrat hofft der Kaiser, der zu befürchtenden Empörung in Ungarn und der Finanznot des Reichs begegnen zu können.

Die Kübecksche Erfindung des Reichsrats war ursprünglich ersonnen als Vollendung des Absolutismus zur höchsten Potenz; er sollte den Monar-

chen von den Ministern unabhängig machen, sollte eine Art privaten Ratgebers sein für den nach allen Seiten hin unverantwortlichen Selbstherrscher. Wenn sich der Charakter dieses Reichsrats änderte, wenn ihm jetzt zugestanden wurde, «wichtige Fragen der allgemeinen Gesetzgebung und die Regelung des Staatshaushalts begutachten zu dürfen», so lag das nicht am Willen des Kaisers, sondern an der Not des Reichs. Der dreissigjährige Monarch kämpfte zähe für die Erhaltung der Selbstherrschaft, fast in jeder Ministerratssitzung dieser Tage verkündete er in knappen, aber oft heftigen Worten, fest entschlossen zu sein, nichts von seiner Macht herzugeben. Die geringfügige Kompetenzerweiterung des Reichsrats konnte er vor seinem absolutistischen Gewissen rechtfertigen; waren doch die Männer dieser Körperschaft ihm ergebene Diener seiner Wahl, Erzherzoge, Erzbischöfe, Generale, Bureaukraten und Adlige. Und bei dem Versprechen, den Ländern ein gewisses Mass von Selbstverwaltung zu gewähren, war nicht daran gedacht, sie zu Gesetzgebern zu machen. Wie sehr sich nun aber Franz Joseph auch mühte, das Prinzip des Absolutismus vor jeder Kritik zu behüten und Erörterungen darüber auszuschliessen, er konnte es dennoch nicht verhindern: die österreichische Frage tauchte im erweiterten Reichsrat auf, sie nahm Besitz von ihm, sie gab seiner Debatte den Inhalt. Wie wollte man auch über das Budget, über die finanzielle Bedrängnis des Reichs sprechen, ohne von den Leistungen des absolutistischen Regimes in den letzten zehn Jahren Notiz zu nehmen. Die Geschäftsordnung des Reichsrats glich einem Hofzeremoniell, die Sprache war vorsichtig, höfisch, gewunden, die Gedanken der Redner verbargen sich hinter allgemein politischen Sentenzen und philosophisch-ideologischen Betrachtungen; dennoch, auch in diesem auf einen höfischen Salon reduzierten Parlament trat das Problem des Reichs ans Licht und forderte nach Gestaltung. Freilich, welcher Rückschritt gegen Krenshier! Dort waren die wirksamen Kräfte des Reichs in ihrer vollen Entfaltung und unverkürzten Gestalt zu sehen, der Widerstreit der Klassen und Nationen zeigte sich im richtigen Spiegel; der Saal der Wiener Statthalterei, wo der Reichsrat tagte, bot ein verkrümmtes Bild: die vom Kaiser anscheinend wahllos zusammengerufenen Räte repräsentieren nur mehr einen Teil der wirksamen Kräfte des Reichs, den adeligen Grossgrundbesitz und die hohe Bureaukratie. Das Bürgertum war ausgeschlossen. Nur soweit die deutsche liberale Bourgeoisie mit der konstitutionell-liberalen Minderheit des Reichsrats in den Fragen des Reichsproblems

übereinstimmte, kam auch sie hier zu Wort. Dennoch bekäme man ein falsches Bild von diesem merkwürdigen Konseil in der Wiener Herrengasse, wollte man ihn eine «beschränkte Klassenvertretung» nennen. Die Debatten, die sich an den Mehrheitsantrag des Grafen Szécsen knüpften, geben mit der Fülle historisch-politischer Auseinandersetzungen, mit der scharfsinnigen, zumeist in sehr höflichen Wendungen geführten Polemik, mit dem hohen Standpunkt, von dem aus die Dinge beurteilt wurden, sowie mit dem Reichtum an administrativer Erfahrung und politischem Wissen, das die meisten Reden aufwiesen, ein höchst eindrucksvolles und fesselndes Gemälde von dem Talent und der Bildung dieser obersten Schichten der altösterreichischen Gesellschaft. Eines allerdings, das Entscheidende, fehlt hier: die Stimmen der Nationen, der politische Eigenwille und das Selbstbewusstsein der aufsteigenden Klassen, ohne welche Faktoren jede Neugestaltung Österreichs undenkbar war.

Der Inhalt dieser Debatten war zum grossen Teil auch Inhalt der Ministerratsitzungen; Franz Joseph nahm also an ihnen indirekt teil. Dennoch ist ihm das Wesen des Kampfes, der sich hier abgespielt hat, verborgen geblieben. Er hat nicht geahnt, welche folgenreiche Wendung Graf Szécsen mit seinem Antrag vorbereitete, die Idee vom Einheitsstaat aufzugeben und die österreichische Monarchie nach den «historisch-politischen Individualitäten» der Länder und Nationen neu zu gestalten. Er ahnte nicht, was es für die Zukunft bedeutete, dass der deutsche und böhmische Adel sich den ungarischen Altkonservativen unterwarf und ihren Reformantrag zu dem seinen machte. Franz Joseph merkte nicht, dass die Anerkennung der ungarischen Idee vom historischen Recht durch den österreichischen Adel ein Attentat war gegen das Werk Maria Theresias und Josephs II. In Ungarn waren Kleinadel, Intelligenz und Presse die Träger der neugefassten Idee vom Nationalstaat; die «Modernisten» unter dem alten ungarischen Ständeadel, wie man die Szécsen, Dessesffy und Vay nannte, die nun das Ohr Franz Josephs hatten, versuchten die Idee des Nationalstaats auf konservativem Wege zu verwirklichen, innerhalb des Rahmens der Monarchie, mit Hilfe des österreichischen Adels. Ihr nächstes Ziel: Ungarn die Verfassung von 1847 zurückzubringen. Es entsprach dem Denken dieser Adelsfraktion, wenn sie den Gegensatz zwischen dem historischen Recht der alten Stände Verfassung und den Ideen des französischen Liberalismus und Parlamentarismus hervorhob, es mag aber auch taktische Klugheit gewesen sein, diesen Gegensatz recht zu unterstreichen. Denn dadurch, dass man den demo-

kratischen Verfassungsgedanken als «vulgär», den Konstitutionismus als «unhistorisch» und «platt» ablehnte, weckte man eine Musik in des Kaisers Ohr, die er gern hörte. Schade, dass er nie ein ernstes Buch gelesen, nie sich um das Verstehen des Problems seines Reichs bemüht hat. Er hätte damals aus den zwei Schriften Josephs von Eötvös, aus der Abhandlung «Über die Gleichberechtigung der Nationalitäten in Österreich» und aus dem Buche «Die Garantien der Macht und Einheit Österreichs» Gedanken empfangen, die ihm vielleicht manchen Umweg erspart haben würden. Der nüchternen, nur um die Macht und das vermeintliche Prestige des Hauses besorgten Betrachtungsart Franz Josephs war es nicht gegeben, sich um den geistigen Inhalt der Krise von 1860 zu bemühen. Für ihn reduzierte sich der ganze Komplex von Plänen, wie er sich im Reichsrat darstellte, auf eine Frage. Er wollte die Gewissheit haben, dass Ungarn mit der ihm wiedergegebenen Landesverfassung die kaiserliche Vollgewalt als Reichsgewalt anerkenne. Darum horchte er auf die ungarischen Altkonservativen, die ihm solches versprachen, darum liess er sich die Vorträge über die «historisch-politischen Individualitäten» der Länder gefallen und darum dachte er nicht weiter darüber nach, dass der Versuch, diese Länderautonomie auch auf Österreich auszudehnen, an die Wurzeln des von Maria Theresia gestalteten einheitlichen Machtstaats der Dynastie rühren müsse.

Dieser Versuch, der im Oktoberdiplom seinen vollendeten Ausdruck fand, hatte vor seiner Vollendung noch einen Coup des österreichischen Adels zu überstehen. Die österreichische Monarchie, wie sie Franz Joseph von seinen Vorfahren empfangen hatte, war seit Ferdinand II. bis zu Maria Theresia im Kampfe der Dynastie gegen Feudalität und Ständewesen zum einheitlichen Machtbereich des Hauses Habsburg geworden; zuerst durch Waffengewalt, dann durch die Schöpfung zentraler Behörden. Die Dynastie, das Heer, das deutsche Beamtentum – das waren die drei Pfeiler, auf denen der Familienstaat der Habsburger ruhte. Ihnen dankte das Haus seine Grossmachtstellung in den Kämpfen gegen Friedrich den Grossen, gegen die französische Revolution, gegen Napoleon. Auch der Absolutismus Kaiser Franzens hielt an der habsburgischen Dreieinigkeit fest, Kübeck und Schwarzenberg bilden sie fort; der Batsche Zentralismus ist das alte Prinzip in neuer Form. Der Adel hat zwar seine gesellschaftliche Macht, er geniesst Vorrechte in der Armee, aber seine Benefizien sind nicht verbriefte, er ist nicht Träger alter Rechte. Die Aktion der ungarischen Altadeligen zur

Umgestaltung der Verfassung musste im österreichischen Adel umso grössere Sehnsucht nach der Ideologie und Romantik der Stände wecken, als er sich seit Schwarzenberg und Bach auch praktisch benachteiligt und ausser Kurs gesetzt fühlte. Schwarzenbergs Helfer, die intellektuellen Urheber des Neoabsolutismus Franz Josephs, waren bürgerliche Talente, zum Teil Männer noch, die den Sprung von der Revolution zur Reaktion getan hatten, zum Teil Sprossen der österreichischen Beamtenfamilien. Die Abneigung der «Hochtories», der alten Adelsfamilien gegen Wien, gegen den bureau-kratischen Zentralismus, hatte ihre Gründe. Die «rebellierenden Vasallen» ergriffen die günstige Gelegenheit, einen Vorstoss zu wagen. Sie waren sich dabei dessen bewusst, was sie von ihren ungarischen Standesgenossen unterschied. Auch die Konservativen des ungarischen Adels kämpften für den möglichst selbständigen Nationalstaat, der auf ein tausendjähriges unversehrtes Recht hinweisen konnte. Der österreichische Adel, der die madjarische Staatsrechtsidee als «Recht der historisch-politischen Individualitäten» auf Österreich übertrug, verlangte die Rückbildung Österreichs in seinen «vorstaatlichen» Zustand, die Beseitigung jener jahrhundertelangen Arbeit, an welche die Habsburger ihre ganze Kraft und Energie gewandt hatten. Eine von Josef Redlich aufgefundene, bis dahin als «geheim» bewahrte «Denkschrift der neun Herren vom Hofadel», wie sie im Verzeichnis des kaiserlichen Kabinettarchivs zu Wien aufbewahrt ist, gibt Aufschluss darüber, was die österreichische Adelspartei damals angestrebt hat. Das Schriftstück, das auf der letzten Seite von Franz Josephs Hand den Vermerk «ad acta» trägt, ist von den Männern der grossen Familien des böhmischen Adels gezeichnet, von Adolf Fürst zu Schwarzenberg, Hugo Fürst und Altgraf zu Salm, Vinzenz Karl Fürst zu Auersperg, Josef Fürst zu Colloredo-Mansfeld, Albert Graf Nostitz, Anton Alexander Graf Auersperg, Heinrich Jaroslav Graf Clam-Martinitz. Die adligen Herren legen im Namen ihrer Standesgenossen dem Kaiser als Notwendigkeit nahe, die ständischen Provinzial Verfassungen wieder aufzurichten und begründen deren Gliederung nach Geistlichkeit, Grundbesitz, Bürgerstand, Bauernstand, Kleingrundbesitz und Industrie. «Wir wünschen,» heisst es an einer Stelle, «dass in den bürgerlichen Kreisen nicht das kosmopolitische Element des Geldes noch jenes der besitzlosen Intelligenz, sondern dass die festeren, an das Land gebundenen Stellungen das Übergewicht behalten.» Den ständischen Organen soll das Recht der Selbstverwaltung gegeben werden, das ihnen die «siegreiche bureaukratische Administration» genommen hat.

«Nur zwei Wege bieten sich dar: der eine steuert auf die Herstellung Österreichs zu einem einheitlichen modern-konstitutionellen Staat; der andere, den wir andeuten, geht dahin, das öffentliche Leben nicht auf fiktive Grundlagen zu stellen, sondern auf die Basis der tatsächlichen Zustände und des historischen Rechts.» Der Staatsstreich des Adels gegen die Bureaukratie war der letzte grosse Versuch des österreichischen Adels, auf den Gang der staatlichen Entwicklung als Klasse entscheidend Einfluss zu nehmen. Graf Clam, den man als den Autor der Denkschrift und den Führer seiner Standesgenossen ansehen darf, hatte als Ziel vor Augen die Umwandlung der seit hundertfünfzig Jahren geschaffenen zentralen Reichsverwaltung in eine provinzielle ständische Administration mit einer teilweisen Selbstverwaltung der Städte, ähnlich wie die grossgrundbesitzende Gentry in England, unter Zuziehung der obersten Schicht des Bürgertums, zwischen 1700 und 1850, sich ein adliges Selfgovernment geschaffen hat. Der Versuch ist nicht geglückt; der Kaiser hat die Pläne des österreichischen Adels abgelehnt.

Das unter dem Namen «Oktoberdiplom» zusammengefasste Reformwerk Franz Josephs bestand aus einer allgemeinen Darlegung, worin der Kaiser verkündet, sein Recht, «Gesetze zu geben, abzuändern und zu verordnen», von nun an «unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage» ausüben zu wollen; ferner aus Handschreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Rechberg, an den Staatsminister Goluchowski, den Banus von Kroatien und den ungarischen Hofkanzler Baron Vay. Schliesslich erschien auch ein Manifest «An meine Völker», das nochmals das Wesen des Diploms darlegte. Die ganze Art und Weise, wie der Akt zustande kam, ist für die Regierungsmethode dieser Jahre Franz Josephs sehr charakteristisch. Der Kaiser hatte sich zu seinem Schritt durch den Grafen Szécsen bewegen lassen; die Überredung gelang Szécsen auf einer Eisenbahnfahrt im Salonwagen des Kaisers. Rechberg wurde ins Vertrauen gezogen; durch dessen Hand ging die Korrespondenz Franz Josephs mit Szécsen. Graf Goluchowski war bis Mitte Oktober in den Plan nicht eingeweiht; er musste dann Hals über Kopf die Dekrete formulieren. Der Leiter des Finanzministeriums, Ignaz von Plener, war vollständig im Dunkel gelassen worden. Seine Ahnungslosigkeit von den Absichten des Kaisers gab ihm allerdings die Sicherheit, im Reichsrat wie in den Ministerratssitzungen die Gedanken des liberal-bureaukratischen Zentralismus mit viel Mut und Geschick gegen die Autonomisten zu vertreten. Nach alledem erschien der Kaiser tatsächlich

als der Schöpfer des neuen Staatsgrundgesetzes, auf ihn fiel die ganze moralische Verantwortung für diesen Akt.

Die Wirkung des Oktoberdiploms auf die Bevölkerung war katastrophal. In Ungarn wusste man nicht, ob man beleuchten, oder denen, die illuminierten, die Fenster einwerfen sollte. Wo sich am dritten, vierten Abend in Budapest noch beleuchtete Scheiben zeigten, da flogen sie klirrend ein. Die Polizei sagte Beleuchtungen an, und die Studenten zerschlugen die illuminierten Fenster. Man spürte nur eins: dass der Druck zu schwinden begann; der zehn Jahre zurückgehaltene Hass brach elementar empor. Überall mussten die kaiserlichen Adler weichen; wo sie nicht willig verschwanden, gebrauchte man Gewalt. Kein kaiserliches, kein österreichisches Symbol durfte sich mehr blicken lassen. Der Gemeinderat von Klausenburg liess die Bäume der Promenade um die Stadt niederhauen, aus dem einzigen Grunde, weil sie in dieser fluchbeladenen Periode angepflanzt worden waren. In Ketskemet floss Blut, weil die Bauern gegen die Finanzbeamten rebellierten. Die Grundbücher wurden verbrannt, die Gerichtspapiere zerrissen, Akten und Prozessstücke den Behörden von den Parteien uneröffnet zurückgeschickt. Man nahm das Versprechen von der Wiederherstellung der Komitatsautonomie furchtbar ernst. Szécsen, der Vater der Reform, dachte daran, den Belagerungszustand zu verhängen und unter dessen Schutz die Landtagswahlen schnell vollziehen zu lassen. Der Protest der österreichischen Länder gegen das Oktoberdiplom war womöglich noch heftiger. Hier empfand man das Geschenk dieser Landtage mit Prälaten, Edelleuten, Bauern und gleichviel Städtern als einen Affront gegen das Bürgertum. Trotz dem strengen Regiment, trotz Pressezensur und Polizeiherrschaft war der Aufruhr hörbar; die Gemeinderäte von Graz und von Salzburg demissionierten, die Presse lehnte das Reformwerk einmütig ab. Schon Ende November war es klar, dass an die Durchführung der Oktoberverheissungen nicht zu denken sei. Die Polemik der Wiener Presse richtete sich in erster Linie gegen den Grafen Goluchowski, den man für die Reform verantwortlich machte. Der Kaiser liess ihn fallen. Doch es war keineswegs der Druck von aussen, der ihn dazu bestimmt hatte. Heftiger als im Vorjahr meldete sich Österreichs Finanznot. Der Einzug Garibaldi's in Neapel, die vernichtende Niederlage der päpstlichen Armee bei Castelfidardo, der Zorn Napoleons über den Versuch der Warschauer Konferenz, ihn zu isolieren, ein offizielles französisches Pamphlet gegen den Kaiser, «Franz Joseph I. und Europa», dies und andre Anzeichen mehr signalisierten: Krieg. Wieder

verschwand alles Kleingeld, die Silbersechser wanderten über die Grenze, man musste sich im Kleinverkehr mit Briefmarken, mit Privatgeld, das in Marken von Cafétiers und Zählkellnern bestand, behelfen.

Die Ministerkonferenzen dieser Tage bieten ein sehr tristes Bild. In der Konferenz vom 17. November ist der Kaiser empört über die Sprache der Presse; er meint, die Presse sei es, die Beunruhigung schaffe. Goluchowski ist für schärfste Unterdrückung, der Polizeiminister Mecséry für eine neuere, freundlichere Methode, «sei es durch Geld oder dadurch, persönlich auf den Unternehmer einzuwirken». Plener sekundiert ihm; die Zeit sei «nicht danach angetan, in Österreich die Presse unmöglich zu machen». Graf Goluchowski lässt sich nicht überzeugen. «Die Regierung», meint er, «wird bald eine Unmöglichkeit werden, wenn man dem verderblichen Einfluss der Blätter nicht steuert.» Graf Szécsen erwidert, nicht die Presse, die nur «ein System des öffentlichen Geistes sei», habe die Situation verschärft, sondern der Mangel an Entschiedenheit in der Durchführung der Reformen. Vollkommen deutlich machte dann Herr von Plener, dass Goluchowski isoliert und ein gefallener Mann sei, als er sich gegen die Knebelung der Presse erhob. Der vortreffliche Finanzminister war von seinen Geldsorgen so erfüllt, dass er unwillkürlich ein Bild von der Börse heranzog: der Kulissier könne nicht die Börse drücken und das Agio hinauftreiben, wenn das Misstrauen nicht schon faktisch vorhanden sei, wenn nicht die Briefe des Auslands den Mangel an Kredit offenbar machten; da helfe keine Knebelung der Presse, die Zustände müssten von innen heraus gesunden; Österreichs Finanznot sei eine politische Not. Der Kaiser nahm an dieser Konferenz teil. Wenige Tage später bekam er noch Unerfreulicheres zu hören. Der Kriegsminister forderte Geld für neue Rüstungen in Italien. Plener verweist auf die Unmöglichkeit, Geld zu beschaffen: «Ich wiederhole nochmals, dass die Finanzlage ohne zeitgemässe Konstituierung unsrer innern politischen Zustände unlösbar und ihrer Natur nach eine politische Frage ist.» Ganz deutlich wird Minister von Lasser. Er sagt in Gegenwart des Kaisers, es sei Pflicht, offen auszusprechen, dass die Stimmung in Österreich seit dem 20. Oktober bedeutend ungünstiger geworden sei; man wünsche immer lebhafter politische Gleichstellung mit Ungarn, wobei man aber nicht an eine formelle Gleichstellung der Landtage denke, die nur eine Begünstigung des Separatismus wäre. Graf Szécsen erwidert, Ungarn habe keine Bevorzugung beansprucht, auch die nichtungarischen Landtage sollten entscheidend «mitwirken», sofern «Seiner Majestät ein ausgleichender Ein-



fluss zur Beseitigung des Druckes der Majoritäten gewahrt bleibe». Man kann, sagt Redlich von diesem Ausspruche des Grafen Szécsen, den Scheinkonstitutionalismus Franz Josephs nicht geistreicher definieren. Plener benützte diesen Anlass zu einer Erklärung über die Verantwortlichkeit der Minister, was den Grafen Goluchowski zu der melancholischen Bemerkung veranlasste: «Da sind wir ja mitten in der Einführung einer modernen Konstitution mit verantwortlichen Ministern!» Er hatte recht. In seiner Ahnungslosigkeit und bei der aktenfleissigen Art, mit welcher er sich der Ausarbeitung des Oktoberdiploms widmete, bemerkte er nicht, dass sich einen Monat seit dem Erscheinen des Diploms abermals eine Wendung vorbereitete. Sie ging wieder von Szécsen aus. Der Kaiser liess sich von ihm überzeugen, der Fehler des Oktoberdiploms liege darin, den deutsch-slawischen Ländern zu wenig «Liberalismus» bewilligt zu haben; es sei notwendig, mit der Durchführung der Reform eine andere Person als den in Wien so verhassten Grafen Goluchowski zu betrauen. Szécsen war es klar geworden, dass die Adelspartei der Mithilfe der Bureaukratie nicht entraten könne. Der Staatsstreich der Aristokratie endete bei einem Kompromiss mit der Bureaukratie. Nur in der Anlehnung an die liberale Bureaukratie war die Befriedigung der österreichischen Länder und damit die Rettung des Oktoberwerks zu erreichen. Die liberal-konstitutionelle Bureaukratie wiederum war klug genug, die Gelegenheit zu ergreifen, wusste sie doch, dass die Übertragung eines erheblichen Teils der Verwaltung an freie Körperschaften eine Vorstufe sei zum wirklichen Parlamentarismus. Szécsen und Plener fanden sich am Schnittpunkte beider Tendenzen. Szécsen hat den Sturz Goluchowskis angeregt, Plener ihn herbeigeführt. Seinem Ratschlag ist die Berufung des repräsentativen Mannes der liberalen Bureaukratie zuzuschreiben, die Berufung Anton von Schmerlings.

## SCHMERLING

PRESCOTT ERZÄHLT IN SEINER GESCHICHTE PHILLIPS II. jene Szene im Hafen von Vlissingen, am 20. August 1559, da der König die Niederlande verliess, um nach Spanien zu reisen. Beim Abschied von seinem Gefolge richtete er unvermittelt an den Prinzen von Oranien die Frage, wo die Quelle des Widerstands der Generalstaaten zu suchen sei. Der von der Plötzlichkeit der Frage erstaunte Wilhelm gab zur Antwort, es sei das Land, das sich der Herrschaft nicht fügen wolle. «Nein,» rief der entflamm-

te Monarch, indem er den Prinzen heftig am Handgelenk schüttelte, «nicht das Land, Er ist's, Er, Er, E!» Dreihundert Jahre später sucht Franz Joseph nach der Wurzel des ungarischen Widerstandes. Wo sitzt der Schuldige, wer ist's, der die Ordnung des heiligen Rechts stört? Franz Joseph hat seit dem Tage, da er in Olmütz von seinem Onkel die Krone empfing, niemals weniger daran gezweifelt, dass ihm die höchste Machtvollkommenheit zu eigen sei, jede Entscheidung über Rechte seiner Völker, über die Gesetze, sie zu binden, über Kriege, die sie zu führen hatten, ausschliesslich ihm zustand und nur vor seinem eigenen Gewissen gerechtfertigt zu sein brauchte. Daran vermochte weder das Oktoberdiplom noch die Februarverfassung etwas zu ändern. Der Kaiser hatte beides aus freiem Willen gegeben, ohne seine Machtvollkommenheit zu schmälern. Was man den «sprunghaften Wechsel seiner Entschliessungen» in diesen und den folgenden Jahren nannte, den jähren Wandel der politischen Szene von Bach zu Goluchowski, vom bürokratischen Zentralismus zu den Autonomisten, von hier zu Schmerling, zu den drei Grafen Belcredi, Larisch und Mensdorff, von den Konservativen zum Bürgerministerium Karl Auerspergs, von ihm zu Hohenwarts und Schöffles autonomistischem Experiment und wieder zurück zum verfassungstreuen Adolf Auersperg – diese Wandlungen, anscheinend vom Gefühl der Unsicherheit eingegeben, berühren nicht das sichere, unverrückbare Bewusstsein der absoluten Macht. Sprunghaft und wandelbar erscheint der Kaiser dem Betrachter, der neben ihm den Kampf der Nationen und Klassen, der Stände und gesellschaftlichen Schichten sieht, ihrer wirklichen und eingebildeten Ideologien, der lebenswahren Anschauungen und historischen Rechte; das vom Hause Habsburg durch Heiraten und Kämpfe, durch List und Klugheit zusammengeschweisste Reich gleicht in diesen Jahren, da Franz Joseph, ungetrübt von jeder geschichtlichen Erkenntnis, nur einem, seinem Willen folgt, einem Panorama mit verzerrenden Spiegeln, in welchem die Wirklichkeit zur Karikatur wird. Es hat seine eigene Dialektik, deren Widersprüche unlösbar scheinen.

Franz Joseph sieht keinen Widerstand ausser jenem Ungarns. Die Opposition der Erbländer dringt nicht an sein Ohr, und Wien zeigt ihm nur das neue, freundlichere Antlitz. Ungarn ist der dunkle Punkt in dem Bilde. Ohne Ungarn ist keine Sicherung der absoluten Gewalt, nicht die militärische Macht der Dynastie, nicht die Aufrechterhaltung der Stellung in Deutschland möglich. Die Befürchtung, dass die europäische Geltung der Dynastie und des Reichs eine Einbusse erleide, die Gefahren, die von den Häusern



Kaiser Franz Joseph im Jahre 1870



Graf Julius Andrassy

Savoyen und Hohenzollern drohen, das stete Gespenst einer ungarischen Emigration, das zwischen Paris und Turin huscht und Ungarn beunruhigt, das sind die Fragen, die Franz Joseph bewegen.

Ohne die Widersetzlichkeit Ungarns hätte Franz Joseph nicht den zaghaften Schritt zu den ungarischen Altkonservativen getan, ohne diese Unbotmässigkeit wär's nicht zum Oktoberdiplom gekommen; der Weg von diesem Anfang zur Februar Verfassung und zu Schmerling wäre dem Kaiser erspart geblieben. Es gehört zu den liberalen Legenden Österreichs, Anton von Schmerling als das Sinnbild einer neuen Zeit, als den Apostel des Liberalismus zu sehen. Er war der Repräsentant jenes ansehnlichen Kreises von Familien des neuen Beamtenadels, der Industrie, der Finanzen und des Handels, die in der francisceischen Zeit, zum Unterschiede vom völlig exklusiven Hoch- und Hofadel, die sogenannte «zweite Gesellschaft Wiens gebildet haben. Diesem Kreise bürgerlicher Wohlhabenheit war die beste Blüte Österreichs, die Altwiener Kultur, das Wiener Biedermeier, entsprossen; eine Blume des Herbstes, in den späten Tagen einer Zeit gewachsen, die dem Bürger nur eine Geistesfreiheit zweiten Ranges, die Freiheit in allen unpolitischen Lebensdingen gestattete. Die Unfreiheit im Politischen setzte sich in die Freiheit der Privatleidenschaften um. Solche Zeiten sind den Künsten hold; die Musik, der Spätling jeder Kultur, kommt zur vollsten Reife. Der Zauber am Rande zweier Zeiten, zwischen Vormärz und 1848, war die einzige Erbschaft des francisceischen Absolutismus. Die Briefe und Tagebücher aus dem Lebenskreise Grillparzers und Schuberts, Schreyvogels, Bauernfelds und Lenaus geben ein Bild dieser Gesellschaft, ihrer subordinierten Lebensfreude, ihres heiteren Pessimismus und der vertieften Stimmung des Abschiednehmens.

In diesem Kreise wuchs Schmerling auf. Sein Vater, der Rat am Appellationsgericht, seine Mutter, eine Tochter des Juristen Hofrats von Zeiller, gehörten zu der Gesellschaft des Hofrats Kleyle, der Freiherren Stifft, Sommaruga, Pratobevera, Löwenthal, Koudelka, Kiesewetter; sie hatten Beziehungen zu den Finanzfamilien Arnstein, Perera, Wertheimstein, Gomperz. Von Schmerling führt kein Steg zu den Männern von 1848, in ihm steckt ein gutes Stück Ancien régime, er selber wäre, wie er einbekannte, gleich seinem Bruder, dem General, lieber Offizier geworden. Seiner trockenen, zum Befehlen geborenen Natur war das Pathos jenes liberalen Biedermann-tums gänzlich fremd, dessen höchstes Sinnbild bürgerlicher Courage Mar-

quis Posa blieb. «Sire, geben Sie Gedanken Freiheit!» Nein, Schmerling forderte sie nicht, gab sie nicht; er wusste die Journale zu benützen, er errichtete sich sein eigenes Pressebureau, aber er liebte sie nicht. Er war alles andere eher als der Posa des deutschen Bürgertums. «Seine Majestät», so erklärt er im Reichstag, «ist Träger der Exekutivgewalt, er übt sie unumschränkt aus, er übt sie aus, sich bedienend des Rates seiner verantwortlichen Minister. Ihre Anschauungen sind nur die des Beirats. Sie müssen zu persönlichen Anschauungen Seiner Majestät werden, um praktisch ins Leben treten zu können.» So fasste der «Vater der Verfassung», der gefeierte Führer des Wiener Liberalismus, das Wesen des Konstitutionalismus und der verantwortlichen Regierung auf. Es ist die Auffassung Kübecks, eine exakte Formulierung des Neoabsolutismus Franz Josephs. Dabei war Schmerling vor Franz Joseph nicht würdelos. Er gehörte zu den «schwierigen» Ministern. Obwohl stets elastisch genug, den Direktiven und Wünschen des Kaisers entgegenzukommen und dadurch fast jeden Gegensatz auszuschliessen, machten ihn seine persönliche Art, sein Stolz, dem Herrscher dennoch nicht angenehm. Franz Joseph selber hatte sich angewöhnt, seinen Willen als Befehl, sehr kurz, militärisch, fast schroff kundzutun; ein Widerspruch war von vornherein unmöglich. Schmerlings Art gefiel ihm nicht, aber es ist zweifellos, dass der willensfeste Mann auf Franz Joseph starken Eindruck gemacht hat. Dieser altösterreichische Bürokrat, das reinste Produkt des echten deutschen Österreicher der Oberklasse, wie er sich seit Maria Theresias Zeit in Wien entwickelt hat, übte den entscheidenden Einfluss auf das politische Denken des österreichischen Deutschtums. Er ist geradezu dessen Schicksal geworden.

Zwei seiner hervorstechendsten Merkmale haben es bewirkt: seine Stellung zur deutschen Frage und sein Beharren bei der zentralistisch-bürokratischen Auffassung vom österreichischen Kaisertum. Sein Grossdeutschtum österreichischer Couleur entsprach nicht nationalem Empfinden; er war grossdeutsch in jenem Sinne, der in Franz Grillparzer seinen höchsten Ausdruck gefunden hat. Seit Joseph II. hatte die österreichische Bildung und Literatur wieder Anschluss gefunden an das Geistesleben im grossen deutschen Vaterland; der Anschluss vollzog sich durch die Bibliothek, im Bewusstsein, dass die klassische deutsche Dichtung und Philosophie der ganzen Nation zugehören. Die Bibliothek war die gemeinsame Angelegenheit der Deutschen diesseits und jenseits der österreichischen Grenzen. Sie war aber auch der schöne Schmuck realer Interessen, die ideale Legitimation auf die führende Teilhaberschaft Österreichs in Deutschland. In diesem Punkte stimmten die Dynastie und das gebildete

deutsche Bürgertum überein. Das Haus Habsburg, Jahrhunderte hindurch der Träger des römischen Kaisertums deutscher Nation, sollte die vorherrschende Macht in Deutschland bleiben. Zu diesem Berufe war es notwendig, dass der Staat den Schein des deutschen Charakters aufrecht hielt: die Herrschaft der deutschen Bureaukratie, die bevorzugte Stellung der Deutschen überhaupt. Schmerling stand zu diesem Glauben wie zu einem selbstverständlichen Gebot. Daraus ergab sich eine ablehnende Haltung zu der Politik der Ungarn, seine Blindheit vor dem Streben der nichtdeutschen Völker nach nationaler Entfaltung und Anteilnahme am staatlichen Leben. Von ihm übernahmen die Liberalen die Identifizierung mit der Rason der Dynastie und des Staates. Jahrzehntlang nach ihm ist, trotz der Wendung von 1866, der deutsch-österreichische Liberalismus dem Schmerlingschen Dogma treu geblieben. Er hat sich, sentimental gesagt, diesem Dogma geopfert. Er ging daran nicht nur zugrunde, als die Mittelschichten und Kleinbürger die Wege einer nationalen Volkspolitik einschlugen, sein Dogma hat auch nicht wenig dazu beigetragen, die Lösung der Nationalitätenfrage so lange hinauszuschieben, bis es zu spät war. Schmerlings Wort «Wir können warten!» bekommt einen über den unmittelbaren Anlass hinausreichenden Sinn, wenn man erwägt, dass er der Stammvater jener merkwürdigen, spezifisch österreichischen Regierungskunst gewesen ist, die es ablehnte, sich selbst um die Lösung der staatlichen Probleme zu bemühen. Von ihm ist dieses hochmütige Phlegma, das nach ihm so viele andere österreichische Ministerpräsidenten übernommen haben, von ihm dieses hoheitsvolle Herabschauen auf die streitenden Völker, denen man es überliess, selber miteinander fertig zu werden. Es gab Gelegenheiten, da es möglich schien, das alte Reich der Habsburger in einen modernen Völkerstaat umzuwandeln. Die Zumutung, diese Aufgabe zu schaffen, sich um sie mit eigenen Kräften zu bemühen und bei diesem schweren, doch lohnenden Werke nicht zu ermüden, wurde indes mit würdiger Gelassenheit zurückgewiesen. Schmerlings «Wir können warten!» ist das Leitwort der Totengräber Österreichs gewesen.

Zum drittenmal seit Kremsier stand das österreichische Problem zur Diskussion, als es sich darum handelte, die Ankündigungen des Oktoberdiploms zu verwirklichen, den Rahmen mit Inhalt zu füllen. Freilich, welche Kunst, das Unmögliche möglich zu machen! Im Grunde genommen bestand die Aufgabe darin, dem Zwange Ungarns gehorchend eine Verfassung zu schaffen, die parlamentarische Rechte gewährte, ohne die aus-

schliessliche Regierungsgewalt des Kaisers zu tangieren; den Landtag Ungarns reaktivierte, ohne die Einheit des Kaiserreichs zu verletzen. Dies wurde versucht, indem man mit dem Landtag Ungarns zugleich die Landtage Österreichs ins Leben rief – und über sie einen Reichsrat setzte als die gemeinsame Vertretung des Ganzen. Die Anweisungen dazu waren im Oktoberdiplom gegeben. Mit den Entwürfen zu dieser Verfassung betraute Schmerling den tirolischen Landesgerichtsrat Perthaler, einen von dem preussischen Rechtslehrer Rudolf von Gneist und von Englands Selbstverwaltung beeinflussten Mann, dem das schwierige Werk gelang, einen Parlamentarismus ohne gesetzgebende Gewalt zu erfinden. Österreichs Bürger sollten nicht mitregieren, sondern ihre kleinen Angelegenheiten, in bescheidenem Masse natürlich, selbst verwalten dürfen. Das war der mit ungeheuer viel Gelehrsamkeit vorgetragene Grundgedanke in den Entwürfen Perthalers. Von den Gemeinden und Bezirken als den Zellen dieser Selbstverwaltung ausgehend, waren den Landtagen gewisse Rechte zugedacht. Nicht etwa die der Gesetzgebung; ihnen sollte gestattet sein, sich um Angelegenheiten der Kirche, der Schule, der Gemeinde, um Vorspannlasten, Einquartierung des Heeres und ähnliches mehr zu kümmern. Selbstverständlich nur «innerhalb des Rahmens von Reichsgesetzen» und auch dies nur, soweit es besondere Landesgesetze erlaubten. Die Geburt dieser Scheinkonstitution aus dem Geiste des Absolutismus hat unendlich viel Tinte gekostet. Was schliesslich aus Perthalers Entwurf im Patent vom 26. Februar 1861 geworden ist, stellt sich dar als die Verbindung einander widersprechender politischer und verfassungsrechtlicher Ideen, als das Bemühen, den föderalistischen Plan der hochadeligen Väter des Oktoberdiploms nach aussen aufrechtzuerhalten, zugleich aber das Prinzip des einheitlichen Kaiserstaats wieder aufzurichten. Beides unter der dürftigen Form eines Scheinkonstitutionalismus. Das Grundgesetz über die Reichsvertretung ordnet in zwanzig mageren Paragraphen eigentlich nur die Zusammensetzung dieser Körperschaft an. Die Repräsentanz, «Reichsrat» genannt – der Kaiser hatte im Schmerlingschen Entwurf die ursprüngliche Benennung «Reichstag» gestrichen –, bestand aus einem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus. «Herren» waren die Erzherzoge und Fürstbischöfe, die volljährigen Häupter des grossen Grundbesitzes, die Männer der Wissenschaft, der Kunst; Industrielle, Bankdirektoren oder blosse Repräsentanten des Geldes, die der Kaiser als wert genug erkannte, in das Oberhaus berufen zu werden. Die Zahl der «Herren» war unbeschränkt. Das Abgeordnetenhaus



zählte 343 Deputierte, von denen die siebzehn Landtage 203, die Provinzialvertretungen Venetiens 20, die Landtage Ungarns, Kroatiens, Siebenbürgens 120 entsenden sollten. Die Bastardierung der zwei entgegengesetzten Anschauungen kam in der verschiebbaren Form des Reichsrats zum Vorschein. Aus ihm konnten nämlich die 203 nicht zum Gebiete der Stephanskronen gehörigen Abgeordneten als ein Zentralparlament der Erbländer ausgeschieden werden, sobald es sich um Fragen handelte, die Österreich allein, ohne die ungarischen Länder betrafen. So kompliziert, diese Konstruktion der neuen Verfassung erschien, so lakonisch war doch ihr Text. Er konnte es sein, weil er an Rechten so gut wie nichts enthielt. Ausser dem Reichsrat, dieser durch alle möglichen Sicherungen eingeengten Klassenvertretung, fehlte alles, was zu einer liberalen Verfassung gehörte. Es gab keine Schranken für die vollziehende, keine Garantien für die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt; keine Verantwortlichkeit der Minister; kein Bewilligungsrecht des Parlaments für Steuern und Rekruten; keinen strafrechtlichen Schutz der Verfassung und des Wahlrechts; kein Verwaltungsgericht, keine Sicherung der bürgerlichen Grundrechte. Es gab aber einen Paragraphen 13, die Urform des Nothelfers aller nachfolgenden österreichischen Regierungen, jenes späteren Paragraphen 14, der allein schon das ganze konstitutionelle Prinzip aufhob. Er gestattete jedem regierenden Staatsmann, das eigene Unvermögen als Not des Staates zu deklarieren und die Verfassung ausser Kraft zu setzen. Dieses Gesetz ist während der ganzen Regierungszeit Franz Josephs, von Schmerling bis zum Tode Österreichs, als das bequemste und immer wieder angewendete Instrument der österreichischen Regierungskunst gehandhabt worden.

Sie war karg, diese Verfassung, doch Franz Joseph hat sie als das Äusserste an Zugeständnissen angesehen, die er, ohne seine Souveränität zu verletzen, den Völkern zum Geschenk geben durfte. Zwei Tage nach der Proklamierung berief Franz Joseph die Minister zu sich und hielt an sie eine Ansprache, in der er ihnen, wie es im Protokoll dieser Konferenz heisst, das feierliche Versprechen abnahm, «mit voller Energie und einträchtiger Anwendung aller ihrer Kräfte den Thron gegen die Abnötigung weiterer Zugeständnisse, sei es durch Drängen des Reichsrats oder der Landtage, sei es durch revolutionäre Versuche der Massen, zu verteidigen». Die erlassenen Staatsgrundgesetze, heisst es in der feierlichen Erklärung Franz Josephs weiter, «haben die äusserste Grenze erreicht», eine weitere Beschränkung der souveränen Macht sei undenkbar und unzulässig. «Es wird die Pflicht

der Regierung sein, dass der bezeichnete Wirkungskreis des Reichsrats streng gehandhabt und jede Einmischung in die Führung der auswärtigen Geschäfte sowie in die Geschäfte der Armeeleitung auf das Entschiedenste zurückgewiesen werde.» Es gibt kaum ein anderes Dokument, das die Anschauungen Franz Josephs von dem Verfassungswerk unverhüllt zeigte als diesen Appell an seine Minister. Die Verfassung gilt ihm als ein Geschenk, das er sich selber mühsam abgerungen hatte unter dem Drucke dreier Sorgen: Ungarns, Hohenzollern-Savoyens und der leeren Staatskassen.

Er hatte keinen Sinn dafür, dass sich seine Macht wesentlich unterschied von dem Reiche, wie es von Karl VI. geformt, von Maria Theresia und deren Söhnen weitergebildet worden war. Dieses alte Österreich war zwar nicht ohne Gewaltanwendung zustande gekommen, aber es ruhte doch auf feierlichen Verträgen; vor den Ständen und den Völkern war der Kaiser der «Gebietet von Rechts wegen». Franz Josephs Reich lebte ohne Zustimmung auch nur eines Volkes, ohne Verträge, durch Gewalt allein, ihm fehlte vom ersten Tag an «die Weihe der rechtlichen Anerkennung». Hier liegt der Faden, der Anfang und Ende der Regierung Franz Josephs verbindet. Es genügte nicht, dass sich der deutsche Liberalismus, als der Vertreter der städtischen bürgerlichen Mittelklassen, mit der Idee des auf der Gewalt der Krone, des Heeres, und des Beamtentums ruhenden Einheitsstaates identifizierte und so zum «Teilnehmer an der Sünde der Gewalt» wurde; alle andern Nationen legten gegen die Februar Verfassung Verwahrung ein. Und es ist das Wesentliche an dem Protest der Nationen gegen Franz Josephs Neoabsolutismus, dass ihr Protest sich auf die historischen Rechte der Länder berief, eben auf jene Verträge, die des Kaisers Vorfahren geschlossen und respektiert hatten. Der deutsche Liberalismus begriff es nicht: hinter dem Kampf um die alten verbrieften Rechte waren die lebendigen Kräfte aufsteigender Nationen wirksam; die Form von gestern barg die Frucht von morgen. Die historischen Verträge waren die einzigen Zitadellen, von denen aus die Nationen den Kampf gegen Franz Josephs Absolutismus zu führen vermochten.

Zum gemeinsamen Reichsrat waren Ungarn, Istrien und Venetianer nicht erschienen; Protest in Prag, in Galizien, in Venetien, in Südtirol und Dalmatien. Das ungarische Oberhaus eröffnete seine erste Sitzung mit einer Ovation für den von Haynau justifizierten Grafen Louis Batthyányi, im Unterhaus bestritt die eine Partei Franz Josephs Recht auf die Königskrone, die andere reklamierte die alte Verfassung. In die Debatte um Deáks

Adressentwurf fällt der Schuss, mit dem sich Graf Teleky tötet. Napoleons Polizei hatte der österreichischen Botschaft in Paris Dokumente in die Hände gespielt, wonach Teleky, der eben begnadigt worden und zurückgekehrt war, neuerlich Beziehungen zur ungarischen Emigration angeknüpft haben sollte. Teleky bekam die Briefe ohne Begleitschreiben mit dem Siegel der Kabinettskanzlei zugeschickt. Am 25. Juni gab die Repräsentantenkammer ihr Beileid zum Tode Cavour's kund. Ein paar Tage darauf erklärte der Kaiser in einem von Perthaler verfassten Reskript, er habe «mit ernster Betroffenheit» die Ausbrüche vernommen, die gegen seine ihm «gesetzlich zukommenden unleugbaren Erbrechte» gerichtet waren, und halte es deshalb für seine Pflicht, eine Adresse zurückzuweisen, die ebenso «die königlichen Rechte» wie die «schuldige Ehrfurcht» verletzte. Deák's Adresse wird geändert und in ihrer neuen Fassung am 8. Juli in der Hofburg überreicht. Sie ist ein Meisterwerk in der Kritik des gesamten Waltens Franz Josephs, unübertrefflich in der anklägerischen Wucht und der überzeugenden Logik, wo sie die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung und die Einsetzung der parlamentarischen Regierung fordert. Vergeblich mühte sich der ungarische Hofkanzler Vay im Ministerrate dafür ab, eine versöhnliche Antwort auf die Adresse zu erwirken. Er musste gehen und mit ihm ging Graf Szécsen. Schmerling liess sich den Grafen Moritz Esterházy an dessen Stelle setzen. Auf das zweite Reskript des Kaisers erwiderte Deák noch einmal. Ausführlich, einer Prozessschrift im alten Gerichtsverfahren gleichend, widerlegt seine Antwort Punkt für Punkt die Erklärung des Kaisers. «Wir sehen mit Schmerz,» so schliesst er, «dass Ew. Majestät jede Verständigung unmöglich gemacht und deren Faden definitiv abgerissen. Wir sprechen es daher mit tiefem Bedauern aus, dass auch wir den Faden der Verhandlungen als abgerissen zu betrachten genötigt sind.» Am 23. August wurde dem Wiener Reichsrat in einer eigenen kaiserlichen Botschaft das Dekret vorgelegt, welches die Auflösung des ungarischen Landtags kundtat. «In Huld und Gnade», so sagte Schmerling, habe der Kaiser «nach einer bis zum Verbrechen vorgeschrittenen Empörung dem mit Waffengewalt zu seiner Pflicht zurückgeführten Königreich Ungarn die verzeihende Hand entgegengestreckt.» Und dann kam ein neuer Aufguss der alten «Verwirkungstheorie» Bachs, wonach Ungarns Verfassung nicht nur gebrochen, sondern faktisch beseitigt sei. Die Ansicht, dass Rechte verlorengehen könnten, weil sich der eine Partner nicht brav aufgeführt habe, entspricht ungefähr der Auffassung der Kinderstube; die libe-

rale Verfassungspartei war begeistert und quittierte diese kindliche Begründung eines Gewaltakts mit lebhaftem «Bravo links und im Zentrum». Der Auflösung des Landtags folgte der übliche Reigen von Polizeimassregeln: Ausnahmezustand, Suspendierung der Gesetze, Einsetzung eines Generals als Statthalter. Franz Joseph sandte den Feldmarschall-Leutnant Grafen Moritz Pálffy nach Pest und gab ihm die grössten Vollmachten.

Schmerling meinte einen Sieg errungen zu haben. So gut er Franz Joseph zu kennen glaubte, so schlecht kannte er ihn doch, wenn er annahm, es werde nun auf seinem Wege fortgeschritten und Ungarn mit Gewalt zu seinem Konstitutionalismus bekehrt werden. Der zentralistische Dogmatiker besass zu wenig reale Anschauung, er war auch zu wenig Psychologe, den wunden Punkt in Franz Josephs Herrscherbewusstsein zu erfassen. Während er noch als Anwalt der zentralistisch-bureaukratischen Idee in den Wolken thronte und darüber nachsann, die «Kamaraderie der Journalisten» zu Paaren zu treiben, hatte sich Franz Joseph in tiefstem Geheimnis mit Franz Deák in Verbindung gesetzt.

In einem Punkte war der Kaiser schwach, dort, wo er echten Widerstand fühlte, wo er einen unbeugsamen Willen fand. Dort fürchtete er. Dort sah er die Gefahr für die militärische Macht, für die Stellung des Hauses in Europa. Ein ehemaliger Beamter der ungarischen Statthalterei, Freiherr von Auguss, dessen Verhasstheit im ganzen Lande das beste Zeugnis für seine «schwarzgelbe Gesinnung» und für die Dienste ist, die er als Leiter der politischen Polizei dem Hofe geleistet hat, bemühte sich zuletzt als Politiker. Er gab in Denkschriften dem Monarchen den Rat, eine Regierungspartei in Ungarn zu bilden – einen Rat, den Franz Joseph nachher bei allen unbotmässigen Nationen befolgt hat –, um auf diesem Wege Vertrauen und Anhänger zu werben. Aus den Geheimakten des kaiserlichen Kabinettsarchivs geht hervor, dass Freiherr von Auguss zu Ende des Jahres 1864, wahrscheinlich durch Vermittlung des Erzherzogs Albrecht und zweifellos mit Wissen des Kaisers, die Verbindung zwischen Franz Joseph und Franz Deák hergestellt hat. Unvermittelt treten am 26. Juni 1865 der ungarische Hofkanzler Graf Zichy und Graf Nádásdy von ihren Posten zurück. Schmerling ahnt; mit einer Anspielung auf König Wilhelms Verhältnis zu Bismarck spricht er das Wort, der Kaiser habe nicht zu ihm gehalten. Am 27. Juli wird der Reichsrat geschlossen, drei Tage später erscheint das Entlassungsschreiben. Die Ära der «liberalen» Reichspolitik ist zu Ende. Ein unbekannter, im Geheimnis verborgener Mann wies Franz Joseph einen neuen Weg.

## DIE LEIDEN DER JUNGEN ELISABETH

VIERUNDZWANZIG JAHRE LANG WAR DIE MUTTER des Kaisers die entscheidende Person am Hofe. Hat Kübeck zur Wiederaufrichtung des Absolutismus das gedankliche Rüstzeug geliefert, so lieh Erzherzogin Sophie diesem Werke ihr Temperament und das ganze Gewicht ihrer Persönlichkeit. Man hat diese Frau mit Maria Theresia verglichen; sehr zu Unrecht. Die Mutter Josephs II. war der Mutter Franz Josephs so unähnlich, wie Kaiser Joseph dem Kaiser Franz Joseph. Was Erzherzogin Sophie von der klugen, praktisch denkenden Kaiserin unterschied, war ihr lebensferner Moralismus. Maria Theresia regierte, Erzherzogin Sophie predigte. Sie war überzeugt, dass die Menschen gebessert werden müssten, gebessert nach ihren Ansichten. Wenn sie sich aussprechen, wenn sie bekehren konnte, war ihr jeder Anlass recht. Sie hatte einmal auf einem Spaziergang um Innsbruck die tirolische Dichterin Walpurga Schindl, die Tochter einer Wirtin, kennengelernt. Mit dieser von patriotischen und religiösen Einfällen geplagten Person blieb sie lange in brieflichem Verkehr. Sie konnte gut sein und Menschliches überwinden, wo sie sich als Werkzeug himmlischer Gerechtigkeit fühlte, umso strenger aber verfolgte sie jede Regung einer freien Gesinnung. Nach dem Attentat auf den Kaiser ging sie «für den Mörder ihres Sohnes beten», sie bewog Franz Joseph, für die Mutter des hingerichteten Attentäters zu sorgen, aber gleichzeitig hiess sie den Galgen gut, der für politische Verbrecher aufgerichtet wurde, und kümmerte sich im Einzelfall darum, dass ja kein Bösewicht entrinne. Dabei war sie keineswegs puritanisch. Sie selber sah darauf, dass der Kaiser sich zerstreue und das Leben geniesse. In der kurzen Zeit von 1849 bis Februar 1851 gab sie allein sieben Bälle. Franz Joseph hat in all seinem Tun dieser Zeit etwas vom Mustersohn an sich. Er tanzt, da es die Mutter wünscht. Baronin Scharnhorst schreibt darüber in Briefen an eine Freundin: «Der Kaiser tanzt so gern und ganz vortrefflich, ohne zu schmeicheln ist er der beste Tänzer und auch der unermüdlichste. Was das für eine Evolution gibt, lässt sich nicht sagen. Die Offiziere tanzen aus Pflicht und Geschmack nach Kräften, die Komtessen schwelgen im Glück, des Kaisers Erwählte zu sein. Sie fliegen dahin wie von Oberons Horn beseelt und geniessen das Glück mit vollen Zügen... Ausser Sr. Majestät tanzen noch sechs Erzherzoge, Erzherzog Wilhelm, zwei Brüder des Kaisers und drei Söhne von Rainer, und alle mit Passion. Der Flor der jungen Mädchen ist bei Weitem geringer als vor Jahren, aber

einige schöne junge Frauen schmücken die Bälle und tanzen wütend.» Unter diesen Frauen war es die schöne neunundzwanzig Jahre alte Gräfin Elisabeth Ugarte, die Franz Joseph besonders auszeichnete. Sie selber berichtet einer Freundin: «Ich bin ganz eingenommen von den Hofbällen, da ich jedesmal mit unserem deliziösen Kaiser tanze. Schon zweimal den Kotillon, was, wie Du Dir denken kannst, grosses Aufsehen machte und ma petite vanité doch etwas schmeichelte. Ich bin entzückt von unserem allerliebsten Monarchen, der alles, was man sich Gutes denken kann, in sich vereinigt. Er ist auch lieb in der Konversation und gewinnt mit jedem Mal, dass man mit ihm spricht.» Dem Kaiser hat die Gräfin sehr gefallen, nicht aber der Mutter. Kurz nach der auffallenden Bevorzugung ist sie in Ungnade. Baronin Scharnhorst vermerkt: «Die Ugarte tanzt wie achtzehnjährig. Aber es hat sich etwas geändert. Denke Dir, dass Se. Majestät nicht oder sehr selten mit ihr tanzt. Elle n'a pas le talent de conserver les affections und ist in eine sehr mondäne Gesellschaft geraten.» Ein zweitesmal winkte die Kaiserin-Mutter ab, als Franz Joseph sich der Erzherzogin Elisabeth, der Tochter des Palatins Josephs, näherte. Die reizvolle Frau war Witwe nach Ferdinand Este. Die Mutter nahm nicht nur darin Anstoss, sondern auch an dem geringen Altersunterschied. Sie hatte andere Pläne; Prinzessin Helene, die älteste Tochter ihrer Schwester Ludovika, sollte Franz Josephs Braut werden. Als Ludovika mit den zwei Töchtern im Herbst 1853 nach Ischl kam, verlobte sich Franz Joseph; aber nicht mit Helene. Er nahm die sechzehnjährige Schwester. Es war das erstemal, dass der Sohn einem Wunsche der Mutter zuwiderhandelte.

Die schöne, eigenartige Prinzessin ahnte nicht, welch schweres Schicksal sie mit dem Jawort auf sich nahm. Sie hatte vieles von ihrem Vater geerbt, vom Herzog Maximilian von Bayern, dem «Phantasmus» der Reisebriefe und Novellen. Vor allem den Unabhängigkeitssinn, der ihn als jungen Mann bewogen hatte, seine eigenen Wege zu gehen, an der Münchner Universität Philosophie und Literaturgeschichte zu hören, zu reisen, Griechenland, die Türkei, Ägypten und Nubien bis zum zweiten Katarakt des Nils zu durchstreifen. Herzog Max war ein aristokratischer Bohemien, der das bayerische Gewand, Joppe und Kniehose, lieber trug als die Generalsuniform seines Kavallerieregiments. Am wohlsten fühlte er sich in Gesellschaft seines «Hofmusikers», jenes seltsamen Wiener Gastwirtssohnes Johann Petzmacher, den er 1837 in Bamberg kennengelernt hatte. Petzmacher, ein Virtuose auf der Bergzither, war ein Liebling der aristokratischen

Häuser Wiens; mit seinem Spiel und seiner Urwüchsigkeit würzte man damals gern den Nachtmisch. Elisabeths Vater lernte bei Petzmacher das Zitherspiel und behielt den heitern Wiener bis zu dessen Tode bei sich. Auf den grossen Reisen des Herzogs war der Zitherspieler der Begleiter. Es ist keine Erfindung, was Clara Tschudi erzählt, dass die beiden, auf der Spitze der Cheopspyramide, die Zither erklingen liessen. Der Herzog liebte solche Schrullen.

Die entscheidenden Eigenschaften hatte sie vom Vater, den Stolz von der Mutter. Ihre Heimat war das herzogliche Schloss Possenhofen am Starnberger See, wo sie in schöner Freiheit aufwuchs. Sissy, wie sie im Familienkreise hiess, stand hinter der älteren Schwester Helene zurück, aber was ihr an Beachtung entging, gewann sie an Freiheit. Sie selber sagte einmal zu ihrem Vorleser Christomanos, dass sie als junge Kaiserin wohl «die unwissendste Fürstin Europas» gewesen sei. Reiten, Schwimmen, im Park und längs des Sees umherzutollen, das waren ihre Lieblingsbeschäftigungen. Den leichten Gang, das schwebende Gehen hatte sie vom Vater. Ihr liebster Aufenthalt: der väterliche Reitstall. Der traurigste Tag des Jahres war, wenn es von Possenhofen Abschied nehmen galt. Als die fünfzehnjährige Prinzessin im Herbst 1852 den geliebten Ort verliess, wusste sie nicht, dass es ein Abschied für immer sein werde. Die beiden Schwestern, des Kaisers Mutter und die Mutter Elisabeths, Erzherzogin Sophie und Herzogin Ludovika, hatten zum Sommer des nächsten Jahres eine Zusammenkunft in Ischl verabredet. Es war nicht ohne Absicht, insgeheim mochten beide einig gewesen sein, die dreiundzwanzigjährige Helene mit Franz Joseph zusammenzuführen. Elisabeths Mutter wohnte mit den Kindern im Hotel Elisabeth, des Kaisers Eltern in ihrem Sommerschlösschen. Am 17. August war Franz Joseph bei seiner Tante zu Tisch. Nur Helene durfte an der Tafel sitzen, Elisabeth ass allein mit der Erzieherin. Ein kleiner Spektakel, der dadurch entstanden war, dass man Sissy verboten hatte, das Hotel zu verlassen, machte den Kaiser aufmerksam. Die Eltern riefen Elisabeth in den Saal, und hier lernte Franz Joseph die junge Prinzessin zum erstenmal kennen. Abends gab Erzherzogin Sophie einen Ball, noch in der Meinung, ihren Plan vollenden zu können. Der Kaiser hatte sich jedoch schon für Sissy entschieden. Am 18. August, des Kaisers Geburtstag, war die Verlobung, am 24. August brachte die «Wiener Zeitung» die Mitteilung, «Seine Kaiserliche und Königliche Majestät... Kaiser Franz Joseph der Erste, haben sich... in Ischl... mit Prinzessin Elisabeth Amalie Eugenie, Herzogin in Bayern... verlobt...»

Am 20. April 1854 verabschiedete sich Elisabeth von München, den nächsten Tag trat sie mit dem Dampfer «Stadt Regensburg» von Straubing die Donaufahrt nach Linz an, am 22. April, halb sechs Uhr abends, kam das Brautschiff in Nussdorf vor Wien ans Land. Der Einzug in Wien, kommenden Tags, vollzog sich mit aller Pracht der habsburgischen Zeremonie. Ein genauer Berichterstatter, der die Hochzeit am 24. April schildert, weiss von jedem Schritt zu erzählen, den die junge Kaiserin getan. Der gewaltige Prunk, das schwere weisse Seidenkleid mit Gold- und Silberstickereien, die lange Schleppe, das Diamantendiadem auf dem weichen dunkeln Haar- kranz, vermochten der schlanken Gestalt nichts von ihrer Mädchenhaftigkeit zu nehmen. Elisabeth war ein Kind, als sie durch dieses Spalier von Erzherzogen und Kammerherren, Geheimräten, Ministern, Generalen, Hof- beamten und den Abgesandten der fremden Höfe schritt. Sie erschrak bei der Salve, die das auf dem Josephsplatz postierte Infanteriebataillon nach dem Rituale in die Luft schoss. Aus der Rede des Erzbischofs Rauscher, des ehemaligen Lehrers Franz Josephs, klangen die Sätze: «...Vom Bodensee bis zu den Grenzen Siebenbürgens, vom Po bis an den Weichselstrand blik- ken achtunddreissig Millionen Menschen zu ihm auf und verlangen Schutz und Hilfe von seiner Kunst und Weisheit. Aber die Last, die auf seine Schul- tern gelegt ist, hat ein grosses Opfer von ihm gefordert, er hat seine Jugend als Opfer dargebracht. Sie, Fürstin, sind berufen, ihm Erstattung für das Ju- gendglück zu geben...»

Das Naturkind ahnte nicht, was diese Worte bargen. Man kann sich keine grösseren Gegensätze denken als die schöne Freiheit am Starnberger See und das Hofzeremoniell von Schönbrunn, als das Leben im Hause des Va- ters und das zur Repräsentation verpflichtende Dasein einer österrei- chischen Kaiserin; dort die Zwanglosigkeit aristokratischer Boheme, hier ein strenger Stundenplan der spanischen Hofetikette. Zu Hause wachte allen- falls das Auge der Mutter, in Schönbrunn forderten tausend böse Blicke die Einhaltung der vorgeschriebenen Pflichten. Schon in den ersten Tagen gibt es Stirnrunzeln, Vorhaltungen von oben, Kopfschütteln der Verwunderung von unten. Die Kaiserin mag das offizielle Frühstück nicht, es entspricht nicht ihren Lebensgewohnheiten. Der Hofmeister, an die Form gebunden, wiederholt täglich die Einladung. Die Diener sind erstaunt, dass Elisabeth einen Monat lang dieselben Schuhe trägt, statt jeden Tag, wie es vorge- schrieben, ein anderes Paar zu nehmen. Die Kaiserin verträgt es nicht, bei Empfängen, wie es die Form verlangt, die Handschuhe anzubehalten.



Die Hofdamen sind entsetzt. Sie empfindet es sehr schwer, nie allein zu sein, sie fühlt sich beobachtet und gefangen. Die Säle und Zimmer der Wiener Burg bedrücken sie. Sie verträgt die Luft der alten Burg nicht. Es gibt die ersten Konflikte zwischen der Kaiserin-Mutter, den älteren Damen des Hofes und der jungen Kaiserin. Anscheinend sind es Formfragen, die Zwist hervorrufen, Fragen des Zeremoniells, der Empfänge und Kirchgänge, in Wahrheit aber Gegensätze der Naturen, der Nerven, des Denkens und Fühlens. Elisabeth ist nicht fromm im Sinne der Erzherzogin Sophie. Sie kennt nicht den Zwang, die Beichte und die Kommunion nach dem Kalender zu absolvieren, sie vermag nicht ihre Nerven derart in den Dienst des Zeremoniells zu stellen, dass sie die kleinen Reste ihrer freien Zeit Empfängen opferte. «Madame Mère», wie man Sophie nannte, ist aber darin unnachlässiglich. Sie lässt Elisabeth fühlen, welches unermessliche Glück ihr zuteil geworden. Vor solcher Andeutung bäumt sich Elisabeths Stolz auf. «Ihre Majestät glaubt offenbar, sie befinde sich in den bayrischen Bergen...» Dieser Satz fiel, als Elisabeth einmal am Wiener Ring den Wagen halten liess und, von der Hofdame begleitet, einen Laden der Kärntnerstrasse betrat, um ein Stück zu kaufen, das ihr im Fenster gefallen hatte. Passanten drängten sich vor dem Geschäft, der übereifrige Inhaber liess Polizei holen, es gab Aufsehen, der Polizeipräsident erstattete nach Schönbrunn Bericht. Solche Szenen wurden der Kaiserin verübelt. Die Majestät hatte gewagt, den Rahmen des symbolischen Bildes zu verlassen. Seither mied Elisabeth die Menschen. Sie war achtzehn Jahre alt und wurde menschenscheu. Sie zog sich zurück, lebte neben dem Hofe, las, lernte Sprachen. Die ungarnefeindliche Stimmung bei Hofe mag sie gereizt haben, die ungarische Sprache zu bevorzugen. Dazu hat wohl auch beigetragen, dass ihre Lehrer des Ungarischen, wie der spätere Chefredakteur des «Pester Lloyd» Dr. Max Falk, ihr eine andere Welt eröffneten.

Elisabeths Leben änderte sich nicht, als sie Mutter wurde. Die Art der Erziehung bestimmte Erzherzogin Sophie, sie nahm die Kinder ganz in Obhut, separierte sie von der Mutter. Bis zur Geburt des Kronprinzen Rudolf, der am 21. August 1858 als «schwacher, aber hübscher Knabe» zur Welt kam, hatte sie die vergebliche Erwartung eines Thronerben als stillen Vorwurf zu spüren bekommen. Auch ihn entzog man der Mutter. Die Schwiegermutter gestattete es nicht, dass der Erbe eines der mächtigsten Reiche von der jungen Kaiserin erzogen werde, «die sich selber nicht zu erziehen weiss». Derselben Meinung war die Hofpartei, waren Erzherzogin Elisa-

beth, die Mutter der Königin-Regentin von Spanien, eine von Franz Joseph sehr geschätzte Frau, und Maximilians Gattin, Charlotte, die rasch die Zuneigung der Madame Mère gefunden hatte, 1860, nach sechs Jahren der Ehe, dreiundzwanzig Jahre alt, ist Elisabeth isoliert. Ein wirkliches Drama: Einmal hatte es der Zufall gewollt, dass eine innere Kaiserin, schön und eigenartig, den Thron bestieg, aber weder Sophie noch der Hof erkannten den Adel dieser Frau. Er war nicht nach dem spanischen Hofzeremoniell, er war nicht habsburgischen Ursprungs, er war, wenn man so sagen darf, nach der Prägung des Wiener Dichters Peter Altenberg.

Zu Neujahr 1861 verliess Elisabeth zum erstenmal seit längerer Zeit Wien und den Hof. Sie war ernstlich krank, aber nicht von der Art, wie es der offizielle Bericht wissen wollte. Es war kein Lungenleiden, es war auch nicht, was das inoffizielle Wien den «Schmerz der Kaiserin» nannte: des Kaisers eheliche Untreue. Physisch war Elisabeth sehr widerstandsfähig gewesen, sonst hätte sie das Leben nach ihrer Fassung nicht ertragen. Sie ass wenig, selten warme Speisen, selbst an der Festtafel nahm sie nur Weissbrot, Fleischbrühe, Obst. Sie war siebzig Jahre zu früh auf die Welt gekommen. Ihre stete Sorge, schlank zu bleiben, ist eine Sorge von heute. Sie liess sich täglich wiegen, trainierte, ritt, hatte ihren Masseur, den Amsterdamer Arzt Metzger, den sie jährlich aufsuchte. Als Reiterin kannte sie keine Schonung. Die Erzählung Dr. Logues, des Seminardirektors von Maynooth, ist bekannt, in dessen Heim eines Tages eine völlig durchnässte fremde Frau hereingesprengt kam; die Kaiserin hatte auf der Fuchsjagd einen Teich durchsetzt. Sie liebte solche Abenteuer, kam stets, auch in Wien, vom Reiten erschöpft nach Hause – eine Übung, die bei erschütterter Gesundheit nicht möglich gewesen wäre. Es war ein Frauenleiden, das sich 1860 zum erstenmal meldete; dazu gesellten sich später gichtische Erscheinungen in den Knien. 1861 jagten sie die Nerven aus Wien. Vier Monate Madeira stellten vieles wieder her, ein Monat Wien ruinierte alles von Neuem. Im Juni fährt Elisabeth nach Korfu und von nun an beginnt ihr neues Dasein, das Leben der einsamen, unstedt von Ort zu Ort wandernden Frau. «Das Ziel der Reise ist anziehend», sagt sie einmal zu Christomanos, «hauptsächlich, weil die Reise dazwischen liegt. Wenn ich irgendwo wäre und wüsste, dass ich niemals wieder von dort wegkommen könnte, so erschiene mir der Ort wie eine Hölle, selbst wenn er das Paradies wäre. Der Gedanke, dass ich den Ort, an dem ich mich aufhalte, bald verlassen muss, rührt mich und lässt mich ihn lieben.»

Sie liebte die Unruhe, ihre Nerven zog es nach dem Meere. «Das Meer macht mich jung, es nimmt alles Fremde von mir. Alles, was ich weiss, hab' ich vom Meer gelernt.» Sie kannte keine Furcht auf See. Während ihre Begleiter unter der Seekrankheit litten, sass sie bei heftigsten Stürmen ruhig zurückgelehnt in ihrem Stuhl. Wo sie konnte, badete sie im Meer. Ihre Yacht «Miramare», auf der sie die halbe Welt umsegelte, war eigenartig eingerichtet: auf dem Deck ein grosser runder Glaspavillon mit freier Aussicht nach allen Seiten. Die Gardinen aus blauer Seide wurden herabgelassen, wenn sie sich hier jeden Morgen frisieren liess. Die Kommandobrücke, auf der sie sich tagsüber aufhielt, war mit Segeltuch verdeckt, so dass die Kaiserin der Schiffsmannschaft verborgen blieb.

Fast fünf Jahre, mit einer kleinen Unterbrechung, mied Elisabeth Wien. Ein Versöhnungsversuch des Kaisers war misslungen. Erst das Jahr 1866 bringt die Gatten wieder zusammen. Die Krönungstage von Budapest im Sommer 1867 sind der grosse Triumph Elisabeths. Obzwar allen Festlichkeiten sonst abgeneigt, nimmt sie hier die chevalereske Huldigung des ungarischen Adels entgegen; es sind die letzten Tage königlichen Glanzes. 1868 im April kommt Marie Valerie, die dritte Tochter, in Budapest zur Welt. In diese Zeit fällt die Begegnung mit Julius Andrassy, mit Maurus Jokai. «Der königliche Hof», erzählt der Dichter, «hielt sich damals in Ofen auf; ich überreichte der Königin ein Exemplar meines Buches. Sie sprach mit mir lange und eingehend über Ungarn. Als ich gehen wollte, sagte sie: , War ten Sie einen Augenblick, ich will Ihnen meine Tochter zeigen. Sie öffnete die Seitentür und winkte der Kindsfrau mit der Kleinen herein. Die Königin nahm das Kind in ihre Arme und drückte es an sich.» Zur gleichen Zeit wurde manches über sie verbreitet, was darauf angelegt war, den Ruf der Kaiserin zu schädigen. Viel Schuld lud Graf Grüne auf sich, dem die reine Natur Elisabeths stets ein Rätsel war. Friedjung erzählt nachstehende Episode: Einige Jahre nach Niederlegung seines Amtes geschah es, dass Grüne von einer schweren Krankheit heimgesucht wurde. Als er sich dem Tode nahe glaubte, fühlte er das Bedürfnis, die Kaiserin noch einmal zu sehen und sein Unrecht gutzumachen. Elisabeth, von seinem Wunsch in Kenntnis gesetzt, kam an sein Krankenbett, und Graf Grüne bat für alles Üble, das er getan, um Vergebung. Die Kaiserin verzieh ihm. Die Tochter des Kranken, Gräfin Széchenyi, dankte der Kaiserin so innig, dass sie nur mit Mühe daran gehindert werden konnte, Elisabeth zu Füssen zu fallen.

Des Kaisers allmächtiger Generaladjutant und sein Anhang hatten viel

dazu beigetragen, dass die Kaiserin am ganzen Hofe nicht einen Freund hatte. Nur eine einzige Person war Jahrzehnte hindurch ständig um sie: Fanny Angerer, die Friseurin. Anfangs kam das Wiener Mädchen, die schönen Haare zu flechten, welche die Kaiserin in Zöpfen wie eine Krone um ihr Haupt trug. Nach und nach wurde Fanny Angerer die innigst Vertraute der einsamen Fürstin. Die Kaiserin bedurfte eines Menschen, dem sie die kleinen Sorgen und zugleich die verborgenen Geheimnisse anvertrauen konnte. Sie hatte diese Beziehung zur Friseurin mit vielen Frauen gemein; der Mensch, der die Geheimnisse des Leibes kennt, wird zum Beichtvater. Elisabeth hatte bei der Friseurin die Gewissheit, dass nichts zu den Ohren der Hausspionage gelangt. Schon damals nämlich wurde die Kaiserin von Geheimpolizisten überwacht, und nicht nur zu ihrer Sicherheit. Im Archiv der ehemaligen Kabinettskanzlei liegt ein ganzes Aktenbündel aus den Jahren 1867 bis 1870, aus welchem hervorgeht, dass das Oberhofmeisteramt von jedem Schritt Elisabeths auf geheimem Wege Kenntnis erhielt. Die Agenten der Wiener Polizei L. Erz, L. Huber und Dr. Zeichner lieferten die meisten Berichte zu diesem Dossier. Sie meldeten, dass sich die Kaiserin nur der Fanny Angerer anvertraue, mit wem die Angerer verkehre, wen sie besuche, wie lange sie bei der Kaiserin verweile. «Bei der Vermählung der Angerer mit dem zum Sekretär ernannten Hugo Feifalik erschien ein Hoflakai in der Kirche und beschied das neuvermählte Paar zur Kaiserin, welche es bereits erwartete, die junge Frau umarmte und auf die Wange küsste.» «Es ist nicht verwunderlich», berichtet ein Geheimagent an anderer Stelle, «wenn die Angerer sehr pretentiös wird und sich über alle Hofchargen erhaben fühlt. Sie behält Nachrichten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, nicht bei sich und schreibt aus Rom an ihre Familie Mitteilungen, welche auf grosse Veränderungen der gegenseitigen Beziehungen zwischen Rom und Wien schliessen lassen.»

Einer ebenso genauen Kontrolle war auch der Haushalt der Kaiserin unterworfen. Der Hofsekretär Kokula, dem die Aufgabe oblag, das Budget Elisabeths im Gleichgewicht zu halten, hatte es nicht immer leicht. Denn die Kaiserin gab oft mehr aus, als das Haushaltungsgeld betrug. Seitdem die Kaiserin auf Reisen war, bezog sie monatlich sechsundvierzigtausend Gulden. Für ihre persönlichen kleinen Ausgaben bekam sie ausserdem zweihunderttausend Gulden im Jahre, welche Summe in Monatsraten ausbezahlt wurde. Ausserdem bestand noch eine Zuwendung von tausend Gulden «Spennadelgeld». So einfach die Kaiserin gekleidet ging – sie liebte

das englische Kostüm, den eng anliegenden fussfreien Rock, Bluse und englische Schuhe – so ansehnlich sind doch die Rechnungen der Modewaren-geschäfte. Es war mehr der Reiz des Einkaufens, der sie lockte, als die Ware. Eine ihrer Seltsamkeiten, die im Kassabuch zur Geltung kommt, ist es, die Lieblingskühe mit auf die Reise zu nehmen. Sie trank die Milch roh, mehrmals im Tage, die Favoritinnen des Schönbrunner Kuhstalls mussten sie begleiten. Spesen für die Verfrachtung und Einschiffung kehren im Kassabuch immer wieder. Dabei kostete sie überall, wo sie war, von der Milch des Landes. Die Gräfin Sztaray erzählt von einem Kuhhandel in Aix-les-Bains, wo die Kaiserin an der Milch zweier Kühe besonderen Geschmack gefunden hatte. Im Kassabuch Kokulas findet sich denn auch folgender Posten: «An das Ministerium des Äussern und des Kaiserlichen Hauses für zwei Kühe Fres. 1473,53, 707 Fl. 67 Kr.»

Aus diesen kleinen Eigenheiten, aus Kaprizen der Nerven und des Geschmacks formte die Menge das Bild der «exzentrischen Kaiserin». Sie selber wusste, dass sie nicht dem Porträt entsprach, welches sich der Bürger von der «Landesmutter» zurechtgemacht hatte. «Die Leute wissen nicht, was sie mit mir angeben sollen», sagte sie. «Ich passe nicht zu ihren Begriffen, und es passt ihnen nicht, dass man aus der Art ist. Ich setze mich auch nicht der Verlegenheit aus, mit ihnen zusammenzukommen. Sie glauben jedenfalls besser daran zu sein, bei dem Gewohnten zu bleiben.» Man nahm ihr vieles übel, auch den kleinen Negerknaben Mahmud, den ihr der Khedive von Ägypten überlassen hatte. Der kleine Diener aus dem Kairo-Pavillon der Wiener Weltausstellung wurde von der Kaiserin wie ihr eigenes Kind behandelt, sie pflegte ihn, als er krank war und liess ihn mit ihrer Tochter Valerie spielen. Es gibt eine Photographie, worauf Valerie mit dem Negerknaben zu sehen ist; das Bild war die Antwort Elisabeths auf die Kritik der Hofgesellschaft, die es unschicklich fand, dass die Kaiserstochter einen Negerbuben zum Spielkameraden habe. Franz Joseph war in diesen Dingen zartfühlender als die aristokratische Gesellschaft. Wenn ihm auch die Frau, die ihm an nächsten stand, fremd geblieben war, so gab er doch allen Wünschen Elisabeths nach, die seine Lebensordnung nicht störten. Er konnte es umso leichter tun, als die Kaiserin eine passive Natur war, stets bereit, den Rahmen der Gemeinsamkeit zu verlassen, nervös darauf bedacht, dass ihr Daseinskreis jenen Franz Josephs nicht tangiere. Sehnsucht nach Macht hat sie nie gekannt, der Glanz des Hofes sagte ihr nichts.

Es gab am Wiener Hofe keine dramatischen Szenen, Elisabeth wich jedem Konflikt aus; sie floh.

Brantôme erzählt von Elisabeth von Valois, der dritten Gattin Philipps, sie sei von ihrer Wiege an zu wohl erzogen worden, um nicht ihre Gefühle verbergen zu können. Kaiserin Elisabeths Sensibilität war ein Naturgeschenk. Nicht alles, was sie ihr Vorleser und Begleiter Dr. Christomanos sprechen lässt, hat sie auch wirklich gesprochen. Der griechische Literat mit wienerischem Einschlage hat trotz dem Blick aus der Nähe vieles an der Kaiserin literarisch gesehen, als romantische Sehnsucht, was ein Unbehagen adliger Nerven vor einer unadligen Welt war. Wie viel hat man von Elisabeths Vorliebe für Heinrich Heine gesprochen, ohne zu sagen, dass es der Heine der Mädchen, nicht der Liebbling des liberalen Intellektuellen war, den sie liebte. Sie war sentimental. Wäre ihre Natur aktiv gewesen, sie hätte rebellisch werden müssen. Passivem Ekel bleibt nichts als die Flucht. Als Rentner und genialer Mensch wird man mit diesem Ekel Schopenhauer, als Kaiserin hat man die Freiheit, sich die Einsamkeit zu wählen. Sie las Schopenhauer, sie soll ein paar Kapitel aus «Parerga und Paralipomena» ins Neugriechische übersetzt haben. In der Hermesvilla, dem im Lainzer Tiergarten versteckten Bau, hat man im Schlafzimmer der Kaiserin ein Bild des Philosophen gefunden. Dieses heute noch menschenscheue Haus inmitten des ehemaligen kaiserlichen Tierparks war die Insel, die sich Elisabeth im Wiener Dasein errichtet hatte. Es ist, von stundenweiten Wäldern umgeben, damals unauffindbar gewesen. Verglichen mit den Jagdschlössern der Habsburger, ist's geschmacklos, in Stil und Anlage eher einem Sanatorium gleich als einem kaiserlichen Schlosse. Die Villa hat nicht die Vorzüge, nur die Nachteile eines Schlosses: sie ist unwohnlich, auch im Sommer wird es hier empfindlich kalt, wenn die Sonne hinter den bewaldeten Höhen verschwindet. Von der Waldwiese steigen Nebel auf, Menschen verirren sich selten hierher. Das Wild des Parks kam bis ans Haus heran.

Hier lebte Elisabeth, wenn sie in Österreich zu Gast war. Bis zu dem Tage, da Kronprinz Rudolf starb. Dann entschwand sie für immer den Blicken ihres Reiches.

## DER FRANKFURTER FÜRSTENTAG

IM WIEN DER KAISERZEIT HAT MAN VON DER AHNFRAU der Burg gesprochen, von einer mahnenden Geistererscheinung, die nachts in

den verworrenen Gängen des vielgliedrigen Schlosses auftauchte. Das Märchen hatte einen irdischen Kern: die Erinnerung an die drei grossen Krisen des Erzhauses, die durch die Jahreszahlen 1621, 1740 und 1809 gekennzeichnet sind. In allen drei Fällen ging's um die Existenz des Ganzen; in den ersten Tagen Ferdinands II., beim Regierungsantritt Maria Theresias, wie bei der Bedrohung der habsburgischen Machtstellung durch Napoleon. Das sprichwörtliche Glück des Hauses, in Wahrheit der Widerstreit der übrigen europäischen Grossmächte, haben die Dynastie alle Krisen überwinden lassen. Doch die Furcht vor einem plötzlichen Zerfall des Reiches blieb. Sie lebte ausserhalb der Burg in der Form jenes österreichischen Skeptizismus weiter, der den staatlichen Charakter der habsburgischen Monarchie als problematische Existenz empfand. Wie oft musste es Franz Joseph selber hören, wenn in den Sitzungen des Ministerrats von den «drohenden Gefahren», von dem «Ruin» des Reichs gesprochen wurde. Diese tiefste habsburgische Sorge wich keinen Tag, sie erneuerte sich mit jeder Regung der europäischen Völker, mit jeder Bewegung an den Grenzen des Reichs.

Der Rückblick auf die fünfzehn Jahre seiner Regierung mindert nicht die Besorgnis Franz Josephs. Er hat ein Stück des Erbes verloren; kann er auf Habsburgs Stellung in Deutschland verzichten? Schmerling riet dem Kaiser zu einer aktiven Reichspolitik grossen Stils; er lebt in dem Gedanken, Österreich zum gebietenden Staate im Deutschen Bunde zu machen. Graf Rechberg, nach Thun und Prokesch-Osten vier Jahre lang Bevollmächtigter in Frankfurt, jetzt Franz Josephs Aussenminister, bleibt bei den Mitteln der alten Diplomatie. Mit dem Vorstoss Preussens, jener Note, welche die Bildung eines engern Bundes unter seiner Führung anregt, beginnt der Ernst des Kampfes. Der Kaiser hört auf Schmerling. Die Antwort Österreichs, der vier deutschen Königreiche, Darmstadts und Nassaus ist Schmerlings Werk. Es soll nicht bei der Zurückweisung des preussischen Plans bleiben; Österreich legt dem Frankfurter Bundestag den Entwurf einer Bundesverfassung vor. Der Anschlussgedanke, der seit 1848 nicht leben und nicht sterben kann, erscheint in veränderter Form: Österreich und sieben Staaten schlagen einen gemeinsamen Zivilprozess, ein gemeinsames Obligationenrecht und eine Delegiertenversammlung vor zur Beratung dieser Gegenstände. Preussen kann nicht dreinwilligen, ein Stück staatlicher Arbeit seinen Kammern zu entziehen und seine eigene Selbstherrlichkeit zu mindern. Nach dem Bundesrechte hat Österreichs Antrag nur Aussicht, wenn er ein-

stimmig angenommen wird. Preussen aber lehnt ab. Es ist der Augenblick, da Bismarck auf die Bühne tritt. Vom Pariser Gesandtenposten auf den Platz des Staatsministers berufen, sagt er beim Abschied von Napoleon III. zum Grafen Seherr-Thoss: «Ich will Preussen aufrichten, ihm die Stellung in Deutschland verschaffen, die ihm als rein deutschem Staate gebührt. Ich verkenne nicht den Wert, den die Hilfe Ungarns für uns haben kann, und ich weiss, dass die Ungarn nicht Revolutionäre sind in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes: Wenn wir siegen, wird auch Ungarn frei werden. Verlassen Sie sich darauf!» In seinem Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Grafen Károlyi stellt er Wien vor die Wahl, sich für die kleinen Höfe Deutschlands oder für Preussen zu entscheiden. Als Károlyi von Habsburgs traditionellem Anrecht spricht, fällt das Wort, Österreich möge «seinen Schwerpunkt nach dem Osten verlegen». Zur Krisis kommt es indes noch nicht. Schmerlings Schlag gegen Preussen wird von den kleinen Fürsten pariert, die nichts von ihrer Souveränität hergeben wollen, weder zugunsten Österreichs noch Preussens. Dafür freilich fliegen Österreich seit Bismarcks Hervortreten die alten Sympathien der Gefühlspolitiker, nicht nur des deutschen Südens, nun auch Norddeutschlands zu. Aber auch alle föderalistischen, klerikalen, feudalen Elemente sind auf Österreichs Seite. Wien fördert diese Stimmungen; der Schütztag in Frankfurt 1862, der Juristentag in Wien, der Künstlertag in Salzburg sind Redefeste, deren Enthusiasmus in der Wiener Hofburg freudigen Widerhall findet. Der von Windischgrätz zum Tode verurteilte, jetzt vom Revolutionär zum Schützenfestschwärmer bekehrte Julius Fröbel ist der Anreger eines deutschen Fürstentags. Er weiss in einer Denkschrift Schmerling dafür zu interessieren und findet die Unterstützung des Erbprinzen von Thurn und Taxis, des Schwagers Franz Josefs. Fröbel proponiert eine ständige Versammlung der Herrscher in Frankfurt, die im Verein mit einer aus den Landtagen gewählten Kammer Deutschland zu regieren hätte. 1863 sendet der Erbprinz den Freiherrn von Dörnberg und einen seiner Agenten, Gruben, den «in die Absichten der Jesuiten tief eingeweihten Mann», zu Franz Joseph nach Wien, ihn für den Plan zu gewinnen. Dem Kaiser gefällt das Projekt so sehr, dass er es als seinen Gedanken behütet. Schmerling ist von Fröbel unterrichtet, aber Rechberg erfährt nichts. Nur der Ministerialrat Freiherr von Biegeleben, der Referent für die deutschen Angelegenheiten in der Wiener Staatskanzlei, «der böse Genius des Kaiserstaats», wie ihn Walter Rogge nennt, ist eingeweiht und wird mit den Vorarbeiten betraut.



Erst jetzt eröffnet sich Franz Joseph seinen Ministern. Schmerling, an seine Frankfurter Zeit, an seinen Lieblingsgedanken erinnert, stimmt dem Kaiser zu. Rechberg ist tief verletzt. So sehr dabei das subjektive Empfinden der Zurücksetzung mitsprechen mag, so hat er doch objektiv recht, wenn er sagt, dass der Entwurf auf friedlichem Wege nicht durchzusetzen sei. Franz Joseph lässt sich nicht überzeugen. Er nimmt aber Rechbergs Demission nicht an, als der Minister, gekränkt, um seine Entlassung bittet. «Ich lasse mir nicht von meinen Ministern den Stuhl vor die Tür setzen.» Rechberg bleibt, und er, nicht Schmerling, begleitet den Kaiser nach Frankfurt.

An den Konferenzen, die sich mit dem Entwurf dieser Bundesverfassung beschäftigen, nimmt Franz Joseph lebhaft Anteil. Er vermittelt zwischen Schmerling und Rechberg, entscheidet aber doch meist zugunsten der Souveräne. Am 2. August 1863 übergibt Franz Joseph dem König von Preussen in Gastein die Denkschrift über die unabweisbare Notwendigkeit einer Reform der Bundesverfassung, die in dem Satze gipfelt, «der Status quo» sei «schlechthin chaotisch; die deutschen Regierungen leben nur noch im Vorgefühl einer wahren Katastrophe nebeneinander fort; die Revolution aber, im Stillen geschürt, wartet auf ihre Stunde». Das ist habsburgisch gesehen, habsburgisch gesprochen. Schon am 4. August lehnt der König von Preussen ab; dasselbe widerfährt der Einladung, wenigstens einen Prinzen des Hauses Hohenzollern nach Frankfurt zu senden. Bismarcks Note vom 14. August an Baron Werther fasst die Meinung Preussens in die Worte zusammen: «dass nur in einer, nach dem Verhältnis der Volkszahl aus direkten Wahlen hervorgehenden Volksvertretung mit beschliessender Befugnis die Grundlage von Bundesinstitutionen zu erblicken sei, zu deren Gunsten die preussische Regierung ihrer Selbständigkeit in irgend erheblichem Umfang entsagen könne». Preussen reklamiert das allgemeine Stimmrecht, das es nach 1866 der deutschen Nation auch wirklich gibt. Dennoch steht die Nation sentimentalisch bei Österreich. Männer wie Wydenbrugk begrüßen den Fürstentag als «patriotische Tat», Gustav Freytag spricht von der «kecken Waghalsigkeit» Österreichs, von dessen «übermütiger Eroberungslust und dem jugendlich-geräuschvollen Gebaren, wie es in der österreichischen Politik bisher ganz unerhört war».

Nach solchem Vorspiel eröffnet der Kaiser am 17. August in Frankfurt den Fürstentag, zu dem mit Ausnahme des Königs von Preussen fast alle übrigen deutschen Fürsten erschienen sind. Franz Joseph, in der preussen-

feindlichen Bundesstadt herzlich mit demonstrativem Beifall begrüsst, empfindet den Tag als Triumph. Er gefällt in seiner posenfreien Art, seine Ansprache ist nicht ohne Wirkung. Den ersten, allzu pathetischen Entwurf Biegelebens hat er mit der Begründung abgelehnt, er wolle nicht anders sprechen, als er sonst zu sprechen gewöhnt sei. Die Abneigung gegen Pathos ist ihm bis an sein Lebensende geblieben. Er präsidiert auch geschickt. Ihm assistiert König Johann von Sachsen, der Wortführer der Mehrheit. Österreichs Entwurf wird, wie es vorauszusehen war, mit kleinen Änderungen von der Mehrheit angenommen. Der Sieg ist aber platonisch; alles hängt an der Klausel, dass die Beschlüsse erst bindend sein sollen, wenn Preussen sie akzeptiert habe. König Wilhelm, nochmals in einem Schreiben, das der Sachsenkönig überbringt, nach Frankfurt gebeten, lehnt am 20. August wieder ab, und Bismarck erklärt tags darauf, dass Preussen durch die Annahme der Propositionen Gefahr liefe, «die Kräfte seines Landes Zwecken dienstbar zu machen, die den Interessen des Landes fremd seien». Er enthüllt den habsburgischen Kern der ganzen Reform, jenen achten Artikel, der besagt: «Ergibt sich die Gefahr eines Krieges zwischen einem Bundesstaat, der zugleich ausserhalb des Bundes Besitzungen hat, und einer auswärtigen Macht, so hat das Direktorium – Österreich, Preussen, Bayern und je zwei erwählte Repräsentanten der andern Staaten – den Beschluss des Bundesrats darüber, ob der Bund sich am Kriege beteiligen soll, zu veranlassen; die Entscheidung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.» Es ist dieselbe Situation wie 1854, da Bismarck an General Gerlach schrieb, Österreich wolle «in Italien die grosse Rolle spielen und für seine europäische Politik über Deutschland disponieren». Preussen und Süddeutschland sollen mit ihren Waffen für Habsburgs Machtbesitz in Italien kämpfen. Es ist das zweitemal, dass diesem Leitmotiv der habsburgischen Politik Bismarck entgegentritt; er tut's noch ein drittes Mal mit dem Worte von den Knochen des pommerschen Grenadiers, die zu gut seien, für Habsburgs Prestige auf dem Balkan begraben zu werden. Als Habsburgs Forderung 1914 wiederkehrt, ist kein Bismarck mehr da, der nein sagt.

Unbeugsam, mit dem ganzen Aufwand seiner Energie hält Bismarck 1863 den schwankend gewordenen König an seiner Politik fest. Der aufregenden Unterredung mit Wilhelm folgt jene berühmte Szene, da er, der Nerven nicht mehr Herr, die Klinke der Tür abbricht und nachher noch, der mächtigen Erschütterung seines Innern Luft schaffend, das Waschgefäss in Trümmer schlägt. Der König bleibt bei der Stange. Was lässt Frankfurt übrig?

Die Wirkung in die Ferne. Napoleon III. sieht ein mächtiges Deutschland-Österreich aufsteigen, Königin Viktoria befürchtet von einem Siege Österreichs, dass die Macht ihrer Kinder in Berlin geschmälert werde. Der Frankfurter Abgeordnetentag appelliert an Österreich, der Nation das Wahlrecht zu geben. Einer solchen Tat ist Österreich nicht fähig. Es kann nicht daheim der Büttel seiner Völker und gleichzeitig in Deutschland der Herold der Demokratie sein. Rechberg hält sich an die Fürsten und schlägt auf der Ministerkonferenz in Nürnberg einen festen Bund mit Ausschluss Preussens vor, einen Plan, der aussichtslos war, ehe er zu Papier gebracht. Die Konferenz geht mit dem Resultat auseinander, die Antwort auf Preussens Weigerung Österreich zu überlassen. Mit dieser salomonischen Entscheidung ist die Aktion des Frankfurter Fürstentags beendet. Als der Kaiser nach Wien heimkehrt, wird er mit donnernden Hochs des Herrenhauses begrüßt. Wien illuminiert. Am Ende aber behält Bismarck recht mit dem hübschen Wort, Österreich habe in Frankfurt nur erreicht, dass Kaiser Franz Joseph von «weissgekleideten Fürsten» empfangen wurde.

### FRANZ JOSEPH UND BISMARCK

«MACHEN SIE SICH BEREIT, ZU PFERDE ZU STEIGEN», sprach Graf Moritz Esterházy, ein Wort des Zaren Nikolaus variierend, kurz nach dem Frankfurter Fürstentage zu einer Gruppe höherer Offiziere. Wusste er mehr als die andern? Gab's schon damals eine Kriegspartei? Das hätte, wenn auch nur bei einem Teile der Umgebung Franz Josephs, einen Plan auf Jahre vorausgesetzt. Ein solcher Plan bestand nicht, wohl aber die stete Befürchtung, dass sich die historische Machtstellung Habsburgs nicht ohne kriegerische Zurückweisung Preussens werde aufrechterhalten lassen. Auch Bismarck war, wie er 1890 gestand, damals nur «im Allgemeinen» davon überzeugt, die deutsche Frage nicht ohne Krieg lösen zu können. «Es hiesse jedoch», setzte er hinzu, «das Wesen der Politik verkennen, wollte man annehmen, ein Staatsmann könne einen weit ausschauenden Plan entwerfen und sich als Gesetz vorschreiben...» 1890, in der Erinnerung, kehrt er das Bemühen um die friedliche Lösung hervor, er vergleicht sich mit einem «Wanderer im Walde, der die Richtung seines Marsches kennt», ohne sagen zu können, welchen Pfad er einschlagen werde. «Ich hätte jede Lösung; mit Freuden ergriffen, welche uns ohne Krieg der Einheit Deutsch-

lands zuführte.» Seit dem Fehlschlag des Frankfurter Fürstentages, dem letzten initiativen Versuche Franz Josephs, wurde das Gesetz des Handelns nicht mehr von Wien, sondern von Berlin aus diktiert. Bismarck allein war nun des Kaisers Gegenspieler.

«Sind Sie denn auch ein Deutscher?», so sagte König Wilhelm erstaunt, als ihm Bismarck auseinandersetzte, was er in der Frage der Herzogtümer Schleswig und Holstein zu tun gedenke. Ein andermal erzählt Bismarck selber, wie weit seine Pläne dem Denken des Königs entfernt waren. Als er gleich nach dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark im preussischen Ministerrat seine Meinung sagte, den einfachen Satz nämlich, dass Schleswig und Holstein für Preussen zu erobern seien, erschrak Wilhelm derart, dass er den Schriftführer der Sitzung anwies, Bismarcks Worte nicht in das amtliche Protokoll aufzunehmen. «Seine Majestät schien geglaubt zu haben», schreibt Bismarck in seinen Erinnerungen, «dass ich unter den bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hatte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören.» Die Herzogtümer waren durch einen Vertrag der Mächte auch für den Fall, als das regierende Haus aussterben sollte, an Dänemark gebunden; Dänemarks Unteilbarkeit war darin verbrieft. Als Friedrich VII., der Letzte seines Stammes, starb, wurde es strittig, wer Herr sein sollte über Schleswig-Holstein. Holsteins staatsrechtliche Selbständigkeit war anerkannt; es gehörte zum Deutschen Bunde. Andererseits durfte es von Schleswig nicht getrennt werden; so wollte es der Londoner Vertrag. Herzog Christian von Augustenburg, ein Mann, der die Fürstenabfindungen vorausgeahnt hat, liess sich seine Erbrechte auf Schleswig-Holstein um eine respektable Summe abkaufen. Sein Sohn Friedrich, der erklärte, nur sein Vater, nicht er habe die Rechte verschachert, hielt den Anspruch auf die Herzogtümer aufrecht. Die brave deutsche Volksseele erglühte für Friedrichs Forderung. Es war ein Zug echter nationaler Leidenschaft in dieser Parteinahme. Das Schicksal der deutschen Geschichte wollte es aber auch hier, dass der Strom nationaler und demokratischer Begeisterung das Schiffelein eines Potentaten trieb. Bismarck war frei von der Sentimentalität seines Volkes. Ob er ein Deutscher war? Ein Ausnahmedeutscher. Aber was hinderte Österreich, der Anwalt der volkstümlichen deutschen Sache, der Vollstrecker der öffentlichen Meinung zu werden? Es hatte die Mittelstaaten hinter sich, man erwartete den grossen Entschluss von ihm. Als der Wiener Gemeinderat in edler Aufwallung am 7. Dezember 1863 beim Kaiser erschien, wurde er sehr ungnädig empfangen und mit der kurzen Bemer-

kung abgefertigt, sich lieber um die Strassen der Hauptstadt zu kümmern. Auch Bismarck lehnte, unbekümmert um die Volksseele, den Augustenburger schroff ab. Er wollte nicht von vornherein den Londoner Vertrag missachten, noch weniger aber sich für einen Thronanwärter echauffieren, wenn die Herzogtümer am Ende für Preussen zu haben waren. Er wusste, was er wollte. Franz Josephs Minister, Rechberg, war nicht so kühn, einen Plan zu haben. Schwarzenberg vielleicht hätte selbst auf die Gefahr hin, mit dem Liberalismus oder, wie man bei Hofe sagte, mit der «Revolution» in ein Horn zu stossen, den Wurf gewagt. Rechberg war zu schwachmütig, die volkstümliche Stimmung für sich zu nützen. Ein Mann aus einerseits und andererseits. Einerseits wollte er, als Anwalt der ersten deutschen Macht, auf die Erfüllung des Londoner Vertrags dringen, den Trotz Dänemarks brechen, den Herzogtümern eine selbständige Verfassung sichern; andererseits durfte er nicht einer Strömung folgen, die populär, demokratisch, die «Revolution selber» war. Einerseits klagte er Dänemark an, andererseits missbilligte er die Anklage der deutschen Nation gegen Dänemark. Als Herzog Friedrich eine seiner harmlosen Proklamationen dem österreichischen Abgeordnetenhaus zuschickte, wurde dessen Abgesandter in Wien von Rechberg wie ein kecker Knabe abgekanzelt. «Diese Wühlereien können nicht geduldet werden.» Rechbergs Zögern, sein Schwanken, seine Ängstlichkeit – Palmerston spottete, der Kaiser habe nichts zu tun, als unter seinen streitenden Ministern zu vermitteln – entsprang vielleicht seiner genauen Kenntnis Österreichs. Die spätere Geschichtschreibung revidierte das harte Urteil, das seine Zeit über ihn gefällt hat. Rechberg, der Wahlösterreicher, hatte einen schärferen Blick für die Schwächen des Reichs; er hat den Krieg gefürchtet. Bismarck freilich gereichte die Unsicherheit Rechbergs zum Vorteil. Er, der eben noch das allgemeine Stimmrecht gefordert hatte, wusste jetzt Franz Joseph die Gefahren einer Volksbewegung und des Parlamentarismus in den düstersten Klängen zu schildern, eine Melodie, die der Kaiser gern hörte. Frei von jeder Doktrin, die Arbeit am Plane von Tag zu Tag improvisierend, war er entschlossen, gemeinsam mit Österreich vorzugehen. Was nachher werden sollte, «wenn der erste Flintenschuss gefallen war», blieb eine Sorge von morgen. So kam die Allianz der Rivalen zustande. Österreich nahm damit alle Nachteile auf sich, es gab die Sympathien Deutschlands hin. «Warum ziehen wir mit Preussen?» rief Schindler im österreichischen Abgeordnetenhaus, «kaum hat Preussen den Raub Schlesiens verdaut, so streckt es seine Fänge nach

den Herzogtümern aus, und wir führen sie mit unsern guten Regimentsmusikern hinein. Mit welcher Melodie werden wir sie herausführen?» Das fragte insgeheim auch Franz Joseph. Im Ministerrat vom 10. Januar 1864 stimmte er einem Vertragsentwurf zu, wonach Schleswig-Holstein nach der Eroberung nur dann von Dänemark getrennt werden sollten, wenn beide deutschen Grossmächte damit einverstanden seien. Darauf ging Bismarck natürlich nicht ein. Er machte, seiner Sache sicher, den Vorschlag, gar nichts über die Zukunft der Herzogtümer zu beschliessen. Rechberg zögerte, von der Befürchtung geschreckt, dass «durch diese offene Tür später der Krieg einmarschieren könne». Doch jetzt drohte Bismarck, gegebenenfalls allein die Herzogtümer zu erlösen. Österreich konnte weder vor, weder zur verschmähten Forderung der deutschen öffentlichen Meinung, noch konnte es zurück, ohne Preussen das Feld zu überlassen. Franz Joseph willigte in den vorgeschlagenen Pakt, das Bündnis wurde geschlossen; Preussen und Österreich marschierten vereint nach Schleswig.

So achtbar sich Österreichs Truppen unter Gablenzens Führung in dem kurzen Feldzuge hielten, so sehr die Erfolge Wiens Selbstbewusstsein hoben, so verhängnisvoll war doch dieser kriegerische Marsch für Österreich; er täuschte es im Urteil über Preussens Militärmacht. Die Führung der Preussen war nicht auf der Höhe, Moltke weder beteiligt noch auch nur gehört worden. Das Zündnadelgewehr hatte sich nur in einem kleinen Gefecht bemerkbar gemacht. Die Österreicher aber blieben bei dem Glauben, ihrer alten Stosstaktik, dem Bajonettangriff in dichten Massen, alles verdanken zu müssen. Indes, der Zweck der Expedition war erreicht, Dänemark war besiegt, das jütische Tiefland in Preussens Händen. Bismarck sah zunächst noch keine Möglichkeit, das begonnene Werk nach seinem Plan zu vollenden. Auf der Londoner Konferenz der Grossmächte machte er gemeinsam mit Österreich den Vorschlag, Schleswig-Holstein als selbständigen Staat zu konstituieren und durch die Personalunion mit Dänemark zu verbinden. Dänemark wies dieses Kompromiss zurück. Mittlerweile hatte Herzog Friedrich von Augustenburg durch Vermittlung des preussischen Kronprinzen sich an Preussen gewandt. Er versprach, für den Fall der Unterstützung sich aufs Engste Preussen anzuschliessen. Bismarck mochte aus mehr als einem Grunde den Augustenburger nicht; er sah in ihm ein Hindernis für die Einverleibung der Herzogtümer. Er liess sich aber vom König dennoch bestimmen – diesmal war Wilhelm stärker als Bismarck – das Angebot des Herzogs anzunehmen. Die Bedingungen dieses Pakts sicherten

Preussen die militärische und handelspolitische Herrschaft in Schleswig-Holstein. Jetzt erst trat er überraschend an Österreich mit dem Vorschlag heran, die Herzogtümer dem Augustenburger zu überlassen. Rechberg sah sich verraten. Er versuchte den Herzog Friedrich dadurch zu gewinnen, dass er ihm Österreichs Unterstützung unter einer Bedingung zusagte: der Herzog dürfe keinen Separatfrieden mit Preussen schliessen. Gestärkt durch solche Aussicht, versuchte Herzog Friedrich bei Bismarck sich eines Teils der Verpflichtungen wieder zu entziehen. Bismarck durchschaute dieses Spiel und gab den Mann rettungslos preis. Es war wesentlich des Königs Wille, wenn sich Wien und Berlin schliesslich dahin einigten, die Frage der Herzogtümer in Frieden zu schlichten.

Am 22. August 1864 sind König Wilhelm und Bismarck in Schönbrunn. Bismarck macht Franz Joseph den Sinn des Bündnisses auf seine Art plausibel; anschaulich, kühn, zynisch. Er spricht von der «Jagdgesellschaft, bei der jeder Teilnehmer seine Beute nach Hause trage». Bismarck selber hat die Szene in einer Unterredung, die er Heinrich Friedjung gewährte, geschildert: «Wir sassen damals à quatre in einem Gemache des Schönbrunner Schlosses: des österreichischen Kaisers Majestät, mein königlicher Herr, Graf Rechberg und ich. Es galt, das Schicksal Schleswig-Holsteins zu entscheiden, und da erklärte Graf Rechberg, das Land könne nur dann Preussen überlassen werden, wenn Österreich eine Entschädigung erhalte. Er wies auf die Grafschaft Glatz hin. Davon aber konnte bei der Gesinnung des Königs keine Rede sein... Ich setzte dem Kaiser von Österreich auseinander, dass es dem Gedanken unseres Bündnisses entspräche, wenn die Herzogtümer ohne solches Opfer Preussen zufielen. Unser Bund, so sagte ich, sei keine Erwerbsgenossenschaft, welche den Ertrag nach Prozenten verteile, er gleiche vielmehr einer Jagdgesellschaft... Wenn wir etwa gemeinsam Krieg gegen Frankreich und Italien führen sollten und Mailand fiele dabei mit preussischer Hilfe wieder in Österreichs Hände, so würde Preussen doch nicht etwa Landentschädigung dafür verlangen, sondern sich mit einer Geldsumme für seinen Kriegsanteil abfinden lassen. Diese Darlegung blieb auf den Kaiser nicht ohne Eindruck; ich schloss das aus der Frage, die er an mich richtete, ob Preussen also die Annexion als wünschenswerte Lösung der Herzogtümerfrage betrachte. Es war mir sehr angenehm, dass die Frage so unmittelbar, und zwar in Gegenwart des Königs, an mich gestellt wurde; denn mein königlicher Herr hatte sich, wenn unter uns die Rede von der Zukunft der Herzogtümer war, stets zurückhaltend

benommen; ich konnte keine bestimmte Willensäußerung von ihm erhalten. Ich wandte mich also an ihn und sagte: Diese Frage zu beantworten bin ich nicht berechtigt. Aber der König zauderte auch diesmal und sagte, die Einverleibung Schleswig-Holsteins sei von ihm nicht gerade ins Auge gefasst. Darauf musste ich mich natürlich bescheiden und die Sache für jetzt fallenlassen.»

Rechberg hat später erzählt, wie sehr er bestrebt gewesen sei, den Krieg mit Preussen zu vermeiden; was Bismarck so drastisch Franz Joseph vorzutrug, wäre auch im Grunde nach Rechbergs Plan gewesen, sofern sich dabei Habsburgs Machtstellung sichern liess. «Ich wirkte dafür, dass im Friedensvertrag Schleswig an Preussen, Holstein an Österreich abgetreten werden möge. So sollte es bis zu einer grossen europäischen Verwicklung bleiben, in welcher vermutlich Österreich und Preussen Frankreich gegenüberstehen mussten. Dann ergab sich die Möglichkeit eines Austausches. Ich rechnete darauf, dass wir für Holstein wenigstens die Garantien unserer italienischen Provinzen erhalten würden, so dass Venedig dadurch für uns gerettet worden wäre.» Rechberg war der Meinung, dass sich der Bruch, für den er Bieleben und Esterházy verantwortlich macht, wohl hätte vermeiden lassen. «Ich stand seit meiner Wirksamkeit in Frankfurt mit Bismarck auf gutem Fusse, obzwar mich seine Auffassungen befremdeten. So gehörte der preussischen Gesandtschaft in Wien damals ein liebenswürdiger, begabter junger Mann an, der aber plötzlich abberufen wurde. Ich fragte Bismarck, weshalb er weggeschickt worden sei, und darauf erwiderte er: ‚Ich kann ihn nicht brauchen, der Kerl kann nicht lügen‘.»

Eins ist gewiss: in den Tagen nach Schönbrunn dachte Rechberg habsburgischer als Franz Joseph. Er wollte ein österreichisch-preussisches Bündnis mit der Spitze gegen Frankreich und mit dem Gedanken, dadurch Venetien, Triest und Dalmatien der Monarchie zu sichern. «Österreich», sagte er, allerdings nach 1866, «hätte am besten getan, Schleswig-Holstein an Preussen abzutreten und dafür die Garantie seiner italienischen Besitzungen einzutauschen.» Bismarck versichert, allerdings auch nach 1866, er hätte «mit Rechberg wohl zum Einverständnis kommen können. Es war mir deshalb unlieb, als er bald nach der Schönbrunner Zusammenkunft von seinem Platze zurücktrat. Ich riet meinem König damals, Österreich ein Zugeständnis zu machen, welches Rechberg für nötig hielt, um sich im Amte behaupten zu können. Er wünschte, dass Preussen in den neuen Handelsvertrag mit Österreich die Bestimmung des frühern Vertrags wieder aufnehme, durch welche ihm der spätere Eintritt in den Zollverein offengelass-



sen wurde. Ich befand mich gerade in Biarritz bei Kaiser Napoleon, während diese Unterhandlungen schwebten, und es gelang unterdessen meinen Kollegen, meinen alten Herrn breitzuschlagen und ihn zu bestimmen, den Wunsch Österreichs abzulehnen. So wurde meine Absicht, mit Österreich in friedlichem Einverständnis zu bleiben, vereitelt... Wohl war», setzt Bismarck fort, «der Krieg mit Österreich schwer zu vermeiden, aber wer das Gefühl der Verantwortlichkeit für Millionen auch nur in geringem Masse besitzt, wird sich scheuen, einen Krieg zu beginnen, bevor alle andern Mittel versucht sind... Viele Wege führten zum Ziele, ich musste der Reihe nach einen nach dem andern einschlagen, den gefährlichsten zuletzt...»

In der Erinnerung Bismarcks klingt es, als ob er Rechbergs Rücktritt bedauert hätte. Wir wissen heute, dass Rechberg gefallen war, bevor er fiel. Nicht die Zurückweisung seines Antrags, Österreich in den Zollverein aufzunehmen; nicht die Angriffe im Wiener Abgeordnetenhaus; nicht die Gegnerschaft Schmerlings haben dabei den Ausschlag gegeben; er und sein Gegner Schmerling sind von jener Gruppe der ungarischen Altkonservativen gestürzt worden, deren Anwalt Graf Moritz Esterházy in diesen Jahren Franz Josephs wirklicher Berater gewesen ist. Nicht zufällig. Des Kaisers Ohr war nach wie vor dem innern Gefahrenzentrum, Ungarn, zugewandt. Die ungarischen Altkonservativen waren die Brücke zwischen Franz Joseph und dem rebellischen Lande. Sie gaben den Anstoss zu allen Änderungen. Auf sie hörte der Kaiser auch nach dem Scheitern des ungarischen Landtags; obzwar es sich herausgestellt hatte, dass sie im eigenen Lande nicht den vorgetäuschten Einfluss besaßen. Damals zogen sich Apponyi, Dessewffy, Szécsen, Szögyenyi und ihr Kreis eine Zeitlang zurück, blieben aber weiter als ein wesentlicher Teil der höfischen Wiener Gesellschaft politisch tätig. Ihr Ziel war unverrückt dasselbe: den Kaiser mit Ungarn zu versöhnen, bei diesem Werke die Führung zu behalten und sich, wie ihrer Klasse, die alte Macht und Stellung zu sichern. Es ist nicht zu bezweifeln, dass diese altkonservativen ungarischen Adligen dabei mehr politischen Witz, Schlaueit und Festigkeit verrieten als zur selben Zeit alle übrigen Klassen Österreichs zusammen. In der Verfolgung ihrer Aufgabe hatten sie sich seit der Session des ungarischen Landtags Franz Deák, dem aufgehenden Stern des Landes, aus Klugheit und guter Witterung so genähert, dass ihr Programm von seinem kaum mehr zu unterscheiden war. Ein Hindernis auf ihrem Wege war jetzt Schmerling. Sie selbst hatten ihn nach dem Scheitern des Oktoberdiploms dem Kaiser empfohlen, in der Meinung, dass die

österreichischen Länder sich mit der Wiederaufrichtung des verfassungsmässigen Lebens in Ungarn eher befreunden werden, wenn man ihnen ein Stückchen Verfassung und den in Wien populären Mann gewähre. Sie ahnten die Enttäuschung nicht, die ihnen Schmerling bereiten sollte. Der Doktrinär des bürokratischen Zentralismus wurde der stärkste Feind ihrer Pläne. Schmerling hat seinen ganzen Einfluss darauf gewandt, das Streben dieser Adelsgruppe und ihren Widerstand gegen sein eigenes Walten als eine gegen den Kaiser gerichtete Politik zu denunzieren; es gelang ihm nicht, den Einfluss der ungarischen Magnaten aus dem politischen Getriebe der Hofburg auszuschalten. Ihre politische Arbeit drang aus den adligen Salons in die Ministerkonferenzen, wo Graf Forgách, der Leiter der ungarischen Hofkanzlei, und Esterházy jede Gelegenheit benützen, die ungarische Frage zur Debatte zu stellen und im Geiste ihres Kreises zu verfechten. Schmerling wusste nicht, dass er mit Wissen des Kaisers sozusagen unter ungarischer Kontrolle stand; Graf Zichy, der Nachfolger Forgáchs, hatte den Auftrag, Esterházy über alle Pläne Schmerlings in den ungarischen Dingen rechtzeitig zu unterrichten. Noch war Franz Joseph nicht entschlossen, in der ungarischen Frage nachzugeben, aber diese heikelste seiner Sorgen wollte er allein, er persönlich behandeln, nicht dem Willen Schmerlings ausgeliefert sehen. Der Mann aber, der ihm bei diesen Erwägungen am nächsten stand, ja, der Einzige, der ihm als Berater nahestand, war Moritz Esterházy, der «Schicksalsmann» Franz Josephs. Er ist's, der die Fäden zwischen dem Kaiser und Deák spinnt, der das Bemühen des «Unbekannten», des Freiherrn von Auguss, um die Bildung einer ungarischen Regierungspartei fördert; er hat beim Sturze Schmerlings das entscheidende Wort, sein Rat hilft Rechberg fällen. «Eines Tags», so erzählt Rechberg selber, «kam Esterházy zu mir und sagte: Der Kaiser wünscht, dass Sie ihm den Dienst erweisen, Ihre Demission zu geben.» Freiherr von Biegeleben, der hessische Preussenhasser, Rechbergs Stilist im Auswärtigen Amt, war dazu ausersehen, den zaudernden Chef zum Rücktritt zu bewegen. Er legt im Ministerrat den Entwurf einer Note an Preussen vor, die Rechberg zu dem Worte zwingt: «Da kann ich nicht bleiben, das ist der Krieg!»

Es lag viel Widerspruchsvolles in dem merkwürdigen Mann, der als der bestimmende Wille in den entscheidenden Tagen vor Königgrätz angesehen wurde. Obzwar Minister ohne Portefeuille, war er nach Rechbergs Rücktritt der eigentliche Herr im Ministerium des Äusseren. «Wenn ich», erzählt Beust, «zu Mensdorff kam und bei seinem Schreibtisch Platz ge-

nommen hatte, tat sich die Tür auf, der kleine Graf Esterházy trat herein, rückte sich einen Sessel neben den des Ministers und setzte sich zu ihm, geradeso wie ein Musiklehrer sich zu seinem Zögling ans Klavier setzt.» Dem Wesen dieses zarten, unansehnlichen Menschen mit dem glattrasierten, nervös zuckenden Gesicht «konnten sich Männer wie Frauen nicht entziehen». Seine Muttersprache, Ungarisch, hatte er fast vergessen, die deutsche liebte er nicht. Er sprach französisch, am liebsten in Antithesen, mehr geistreichelnd als geistreich, manchmal witzig, öfter dunkel, aber stets so, dass er «mehrere Möglichkeiten offenliess und unklare Anspielungen klaren Formulierungen vorzog». Er war beweglich in Gestalt, oft sprühend in der Debatte und von einer «unüberwindlichen Bequemlichkeit in der Arbeit». Das ihm vom Kaiser eingeräumte Feld war ihm gerade recht. «Minister ohne Portefeuille», also der Ratgeber in allen Dingen zu sein, überall eine Stimme und keine Verantwortung zu haben. Wenn die Tage der Trägheit kamen, wurde er «mürrisch und ungeniessbar». Von Rom, wo er Gesandter war, hatte man ihn abberufen, weil monatelang nichts von ihm zu hören war. Er liess Briefe und Akten liegen, las sie nicht, beantwortete sie nicht. In solchen Zeiten sperrte er sich in ein dunkles Zimmer ein, empfing niemand, ass kaum, sprach nicht. «Der Graf ist in der Gruft» flüsterte seine Umgebung.

Nach Schmerlings Rücktritt hat er völlig freies Feld; Graf Richard Belcredi, der neue Mann, Ministerpräsident an Stelle Erzherzog Rainers, Staatsminister und Polizeiminister zugleich, ist sein Mann. Er teilt mit ihm die Abneigung gegen die Bureaukratie, gegen das Zentralparlament, gegen die «westlichen Ideen», er stimmt mit Esterházy darin überein, dass der Adel und die Kirche, als ständische Vertretungen in den Landtagen, die liberalisierende Bureaukratie und das deutsche Bürgertum niederzuhalten haben. Es war nach der Vorarbeit nicht schwer, Franz Joseph zu der Politik zurückzuführen, die im Oktober 1860 abgebrochen wurde. Die Verstimmung gegen ein Parlament, das die Heeresforderungen sabotiert, hatten dem Kaiser den Abschied von Schmerling erleichtert; Esterházy's Auffassung von den ungarischen Dingen, sein Argument, dass die Verfassung vor 1848 ein «historisches» Recht, unberührt von revolutionären Eingebungen sei, wie die wachsende Aussicht auf eine Verständigung mit Ungarn, beruhigten Franz Joseph. Nun konnte geschehen, worauf der neue Kurs abzielte: die Beseitigung der Februarverfassung. Am 17. September 1865 eröffnete der Kaiser den Ministerrat mit der Frage an Belcredi, ob die «fernere Aufrechterhaltung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung noch

möglich sei». Natürlich war alles vorbereitet; der Staatsminister brauchte Manifest und Patent, womit die Aufhebung der Verfassung verkündet wurde, nur aus der Tasche zu ziehen. Nur Ritter von Korners, Belcredis Justizminister, das «enfant terrible» dieser Regierung, hatte Bedenken. «Nachdem Seine Majestät», so schliesst das Protokoll dieses Ministerrats, «noch das strengste Amtsgeheimnis angeordnet hatten, geruhen Sie die Sitzung aufzuheben.» Nächsten Tag wurde das Sistierungspatent kundgetan.

Endlich! – der Ruf, womit das «Vaterland», die 1860 gegründete Wiener Tageszeitung der österreichischen Adelsfraktion, die Sistierung begrüsst, sprach das allgemeine Empfinden des Hofes und der konservativen Gesellschaft aus. «C'est le triomph complet et definitive» kam's aus der Umgebung der Erzherzogin Sophie. Endlich sah sie den Sohn wieder zu den Grundsätzen zurückkehren, womit Schwarzenberg und Kübeck die Dynastie und das Reich gerettet, die kaiserliche Regierung befestigt, der Kirche und dem Adel zu der ihnen gebührenden Stellung verholpen hatten. Den allmächtigen, intrigierenden, frommen Damen, Priestern, Generalen und Adjutanten war der «liberale Schwindel», wie man in ihrer Gesellschaft zu sagen pflegte, längst schon unerträglich gewesen, sie hatten die Tage Schmerlings gezählt und mit Ungeduld auf seine Verabschiedung gewartet. Sie triumphierten jetzt. Umso schmerzvoller war das Erwachen des bürgerlichen Wiens aus den Träumen vom liberalen Zeitalter. Eine heftige Opposition der liberalen Journale setzte ein. Es ist das erstmal, dass der Liberalismus seiner Selbsttäuschung sich bewusst wird; der Glaube an die Gleichheit der Interessen des deutschen Bürgertums und der Dynastie zerbricht vor dem Grabe der Verfassung. Es sind die klassischen Tage des Wiener Journalismus, da er, obwohl von einer strengen Zensur bewacht, mit Geist, Wissen und Temperament den Kampf gegen das Drei-Grafen-Ministerium aufnimmt; allen voran, als das talentvollste Blatt seiner Zeit, die 1864 von M. Etienne, Max Friedländer und Adolf Werthner gegründete «Neue Freie Presse». Ihr gebührt auch das Verdienst, jenes merkantile Motiv Esterházy's ans Licht gezogen zu haben, das seine Feindseligkeiten gegen das Schmerlingsche Regime verstärkt haben mag. Esterházy schuldete dem Staat seit dem Tode seines Vaters, neun Jahre lang, eine Erbsteuer im Betrage von 283'000 Gulden. Schmerlings und Pleners Korrektheit war Winken nicht zugänglich; sie liessen der Exekution freien Lauf. Drei Tage nach dem Staatsstreich präsentierte Esterházy seinem Freund und Kollegen, dem



Der Kaiser und Bürgermeister Lueger



Kaiserin Elisabeth (1860)

neuen Finanzminister Grafen Larisch, ein Gesuch um Sistierung der Exekution, Herabsetzung der Steuer und Bewilligung von Ratenzahlungen. Und zehn Tage danach erhielt die Ofener Steuerbehörde den Befehl, die Akten direkt an das Finanzministerium zu senden. Kaum eine Woche später konnte Larisch dem Kollegen mitteilen, dass die Erbgebühr bedeutend herabgesetzt und eine neunjährige Frist zu Ratenzahlungen bewilligt sei. «Ein Trinkgeld von fast 90'000 Gulden», schrieb die «Neue Freie Presse», «– dafür macht man schon einen Staatsstreich!»

Es wäre indes falsch, die Politik des «heimlichen Moritz», wie Wien Esterházy nannte, allein nach solchen «Kleinigkeiten» beurteilen zu wollen. Er war auch darin nur ein echter Anwalt seiner Klasse, dass er diese Ausnahmestellung vor dem Gesetz als das selbstverständliche Anrecht für sich und seinesgleichen heischte. Kostspieliger als solches Trinkgeld war sein entscheidender Einfluss auf den Kaiser. «Er hätte die Macht besessen, dem Jugendmut des Kaisers, der sich von Preussen tief verletzt fühlte, die Gefahren des Krieges vorzustellen. Früher hatte Esterházy mit haarspalten-der Kritik gefunden, dass jeder bestimmte Vorschlag Mängel aufweise, jetzt trieb er sorglos im Strome und billigte die gewagtesten Dinge.» Alexander Graf von Mensdorff-Pouilly, Rechbergs Nachfolger, durch die Ehe seines Vaters mit einer Prinzessin von Koburg den meisten Herrscherhäusern Europas verwandt, Gatte der reichsten Erbin Österreichs, einer der Töchter des Fürsten Dietrichstein, war alles andere eher als ein kriegerischer Mann. Als General, 1859 Kommandant einer Kavalleriedivision, kannte er die Schwächen der österreichischen Armee. Bismarck meinte nach Rechbergs Abgang zwar, «meine Tante, deine Tante», womit er sagen wollte, dass die äussere Politik doch schliesslich Franz Joseph bestimme. Dennoch machte sich bald ein Unterschied bemerkbar. Mensdorff, im Grunde eine weiche, unsichere Natur – er hatte «die schlaffe Anmut, die in Österreich als das Ideal der Lebensformen gilt, ein vernünftiges Urteil, leider aber einen schwachen Willen» – unterlag leichter der Beeinflussung als Rechberg. Die Noten, die im November 1864 Preussen gesandt wurden, hatte Esterházy gutgeheissen, Biegeleben geschrieben, Mensdorff unterfertigt. Sie waren schärfer im Ton, forderten die Einsetzung des Augustenburgers, beklagten die Verschleppung der Dinge in Schleswig-Holstein. Bismarck legte das von Biegelebens Schneidigkeit erwärmte Papier zunächst aufs Eis. Das neue Jahr 1865 war heraufgezogen und noch immer keine Antwort aus Berlin. Franz Joseph drängte. Als Károlyi, Wiens Botschafter,

auf des Kaisers Befehl in Berlin Antwort fordert, meint Bismarck gelassen, er sehe nicht ein, warum man an dem Provisorium in Schleswig-Holstein etwas ändern solle. «Wir sind wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben; der eine aber, der keinen Appetit hat, verbietet dem andern, den der Leckerbissen reizt, zuzugreifen. So warten wir denn...» Erst am 30. Februar bekommt Franz Joseph die unruhevoll erwartete Erklärung: Preussen ist mit der Einsetzung des Augustenburgers einverstanden, aber nur unter den bereits erwähnten Bedingungen, deren wesentlichste war, dass die Streitkräfte Schleswig-Holsteins unter Preussens Oberbefehl kommen. Gerade diesen Punkt lehnt Österreich ab. Es ist in dem Auf und Ab des Dramas ein Höhepunkt. Doch in Franz Josephs Brust ringen zwei Seelen. Hat er den Entschluss gefasst, den Kampf um die Vormacht aufzunehmen, so führt ihn der Gedanke von der notwendigen Solidarität der beiden konservativen Mächte zur Milde zurück. Wenn Österreich und Preussen Krieg führen – so urteilt ein grosser Teil der Hofgesellschaft –, wird die «Revolution», werden Parlamentarismus und Demokratie siegen. Die andere Meinung, darunter auch die Stimme der Erzherzogin Sophie, warnt vor dem Kompromiss; Habsburg müsse «für sich und für den Glauben einstehen». Dennoch siegt zunächst die Solidarität der konservativen Interessen. Der Gasteiner Vertrag, 14. August 1865, «verklebt die Risse im Bau». Man teilt die Verwaltung; Österreich erhält Holstein zugewiesen, Preussen Schleswig. Der Irrwahn Habsburgs: zu glauben, dass die «Solidarität des Legitimus» 1865 ungefähr so standhalten werde, wie sie 1814 gehalten hat. Die Wiener Hofburg, nur der historischen Erinnerung hingegeben, geschichtlichem Denken abhold, ahnt nicht, und wenn sie es ahnte, verstünde sie's nicht, dass hinter dem als Reaktionär so sympathischen Bismarck die Revolte des nationalen Einheitsstrebens steckt, dass er, wie seine Farben, Weiss und Schwarz, eine lebendige Antithese ist, die ihre Synthese sucht, und sei's mit den Waffen. Sei's auch mit Napoleons Hilfe. Im Vorspiel zu 1866 ist Bismarcks Besuch bei Napoleon III. im Oktober 1865 eine wichtige Szene. Napoleon versteht den Sinn seiner Zeit. Der Protektor des Nationalitätenprinzips muss der Feind Habsburgs sein. Er ahnt Deutschlands Geburtsschmerzen, fürchtet den Zusammenstoss mit der «Rasse der Zukunft», dem er später erliegt, und wird dennoch Preussens Flanke decken. Die beiden Männer im Sande von Biarritz verbindet in diesem geschichtlichen Augenblick eine Idee von heute, Wien und Berlin nur eine Erinnerung von gestern.

Am 26. Januar 1866 Depesche nach Wien: Österreich wiegle die Herzog-



tümer auf. Nach dem Berliner Ministerrat vom 28. Februar, da Wilhelm sich zu Bismarcks Entschlossenheit halb bekannt, sind Moltkes Entwürfe zum Angriffskrieg fertig. Zugleich wird mit Frankreich und mit Italien verhandelt. In diesem Augenblick zaudert Esterházy: «Das Wagnis ist mir zu gross; mögen wir als Sieger oder Besiegte aus diesem Kriege hervorgehen, immer wird die Folge ein anderes Österreich als das bisherige sein.» Am 14. März ist der italienische General Gavone in Berlin. Am 16. März richtet Franz Joseph an Berlin die Frage, ob der Hof wirklich die Gasteiner Konvention zerreißen wolle? Bismarck antwortet dem Botschafter Károlyi: Nein! Am 24. März erhebt Preussen öffentlich den Vorwurf, Österreich sammle Truppen in Böhmen. Vier Tage darauf unterschreibt König Wilhelm die Rüstungsbefehle. «Unterstellungen der preussischen Regierung» nennt Österreichs Antwort den Vorwurf, dass es rüste, und schliesst, Franz Joseph denke nicht daran, Preussen anzugreifen. Inzwischen ist Italien schon auf drei Monate gebunden. Es folgt Bismarcks kühner Wurf: die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für ein deutsches Parlament. Noch Retardationen: Napoleons erwachendes Misstrauen lässt König Wilhelm schwanken. Da kommt, 7. April, Franz Josephs Note, mit dem Vorschlage, Preussen solle seine Rüstungsbefehle zurückziehen; der Kaiser gibt nochmals sein Wort, dass er nicht daran denke, seinen Nachbar anzugreifen. Preussen sagt am 15. April zu, seine kriegerischen Vorbereitungen rückgängig zu machen, wenn Österreich dasselbe tue. Am 17. April ist Ministerrat in Wien. Franz Joseph: Der Zeitpunkt sei nun da, einen definitiven Entschluss über Krieg oder Frieden zu fassen. «Halte man den Krieg wirklich für unvermeidlich, dann dürfe man die begonnenen Rüstungen nicht nur nicht unterbrechen, sondern müsse alle Vorbereitungen, und zwar mit der grössten Raschheit treffen, welche zum Kriege notwendig sind. Ist der Krieg zu vermeiden, so frage es sich, wie die Antwort zu formulieren sei.» Nach dem Kaiser spricht Esterházy: «Unleugbar will Bismarck den Krieg, er sucht nach einem Vorwand, um ihn anzufangen. Bisher ist es ihm nicht gelungen, und es ist die Aufgabe der kaiserlichen Regierung, ihm auch ferner jeden solchen Vorwand zu entziehen. Jetzt muss man ihn beim Wort nehmen und den Vorschlag auf Wiederherstellung des Status quo annehmen.» Graf Mensdorff ist ungefähr der gleichen Meinung. Nun Belcredi: «In der Note Preussens wird wohl von Österreich die Wiederherstellung des Status quo gefordert, doch nicht gesagt, was in Preussen geschehen werde. Mit einem blossen Notenwechsel, namentlich mit einem Manne wie

dem Grafen Bismarck, ist die Frage nicht zu lösen. Die Lösung aber ist dringend, denn der jetzige Zustand ist unerträglich.» Er schlägt vor, der Deutsche Bund möge den Artikel ii der Bundesakte anwenden. Auf diese Art käme man aus dem Notenwechsel mit Preussen heraus, der zu nichts führe. Noch einmal ergreift Franz Joseph das Wort: «Es gebe nur zwei Wege, entweder man geht auf den Antrag ein und stellt den Status quo wieder her, oder man vermeidet eine Antwort, in welchem Fall aber sofort mit der vollen Kriegsbereitschaft begonnen werden müsse. Die Antwort Preussens werde als friedlich ausgegeben und dafürgehalten; noch bevor sie hier bekannt war, habe sich das bayrische Ministerium des Innern zu berichten beeilt, dass die Note friedlich lauten werde. Ich halte es – so schliesst Franz Joseph – für meine Pflicht, einen letzten Versuch zur Erhaltung des Friedens zu machen. In das Verlangen, den Status quo wiederherzustellen, darf also eingegangen werden, jedoch mit der Bedingung, dass beiderseits an einem und demselben Tage die Abrüstungsbefehle erlassen und ins Werk gesetzt werden. Es liegt gar kein Anstand vor, sich mit der grössten Offenheit über die bisher getroffenen Vorbereitungsregeln auszusprechen... An den Bund wird die Angelegenheit früher oder später doch gebracht werden müssen.» Schliesslich, so heisst es in dem Protokoll dieser Sitzung, «gab Seine Majestät Ihren Willen dahin kund, dass die hierortige Antwort in einem ruhigen, durchaus offenen Ton abgefasst und jede kombinatorisch zu deutende Wendung vermieden werde». Am 18. April erklärt Österreich, die Truppen Verschiebungen rückgängig zu machen und schlägt den 25. April als den Tag vor, an welchem Österreich und Preussen die Befehle zur Abrüstung geben sollten. Die letzte friedliche Wendung. «Herr von Bismarck ist sehr unzufrieden», schreibt Graf Barral, Italiens Botschafter, aus Berlin nach Hause. Bismarck will die Beantwortung hinausschieben, vermag es aber beim König nicht durchzusetzen. Die zustimmende Note geht am 21. April nach Wien ab, allerdings ohne ein Datum für die Abrüstung zu nennen. Das war des Königs Konzession an seinen «Dämon». Dennoch: der Faden ist nicht abgerissen, es bedarf nur einer Verständigung über den Beginn der Demobilisierung. König Wilhelm ist dazu entschlossen. Bismarck fast hoffnungslos. Es sei schwer, sagt er zu Barral, das Angebot Österreichs abzulehnen; er möchte nur «die Pferde retten, die man zur Kriegsbereitschaft der Artillerie gekauft hat». «Der Eindruck», setzt der ita-

lienische Botschafter hinzu, «ist der, dass Bismarck durch die friedliche Phase... entmutigt ist.» Nicht anders fasst es Europa auf: Der Friede ist gettet.

Bis dahin ist alles klar, durchsichtig, die Geschichtsschreibung lässt nicht die kleinste Lücke offen. Was ist nun am 21. April geschehen, dem Tage, da König Wilhelm seine Bereitschaft zur Abrüstung nach Wien mitteilt? Heinrich Friedjung macht in seinem grossartigen Werke an dieser Stelle eine Pause: «Der Historiker hat hier einen Riss in der bisher logisch zusammenhängenden Folge der Ereignisse zu verzeichnen... Von denjenigen Ministern, die in diesem Augenblick zu übereilten Rüstungen rieten, hat keiner eine Erklärung der österreichischen Politik dieser Stunden gegeben ... Vielleicht fühlten sie sich zu diesem Schweigen durch ihre monarchische Gesinnung gebunden...» Am 20. April nämlich, einen Tag vor der Ankunft der friedlichen Note Preussens, hatte der Chef des österreichischen Generalstabs, Alfred Freiherr von Henikstein, dem Kaiser eine Denkschrift überreicht, die einem Rettungsrufe gleichkam: Wollte Österreich einen Doppelkrieg mit Ehren bestehen, dann sei es höchste Zeit, die ganze Armee auf Kriegsfuss zu setzen. Die Denkschrift ist ein Alarm, denn sie zeigt die Schwierigkeiten der Mobilmachung auf. Am 21. April ist Ministerrat. Franz Joseph eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, er habe vom Generalkommando Verona zuverlässige Antwort auf die Frage gefordert, ob die alarmierenden Berichte von kriegerischen Vorbereitungen Piemonts auf Wahrheit beruhen. Die Massregeln, die man dagegen ergreifen müsste, würden nur den Zweck haben, sich gegen Italien zu sichern. Sollte Preussen dieses Verhalten zu Kriegslärm benützen, so dürfe dies «nicht hindern, die zur Sicherung der Monarchie notwendigen Vorkehrungen zu treffen». Belcredi teilt den Bericht eines Polizeikommissars mit, von dem er selber sagt, dass dieser Beamte «mitunter vielfach übertreibe», meint aber, seiner letzten Nachricht von der Zusammenziehung eines Armeekorps bei Bologna Glauben schenken zu müssen. Der Kriegsminister Ritter von Franck ist der Ansicht, die Situation wäre sehr ernst, die Mobilmachung der Südarmee dringlich. Er fordert vor allem vom Finanzminister Geld. Aus der Anfrage des Kaisers, ob Mensdorff mit militärischen Vorbereitungen einverstanden sei, ersieht man, dass der Minister des Äussern an diesem Tage unwohl war und sich hatte entschuldigen lassen. Aber auch Esterházy fehlt. Er liegt am 21. April zu Bett und bleibt auch den drei folgenden Sitzungen des Ministerrats fern. Hat man am 21. April sein Wort eingeholt? Nein, er selber bittet um Nachricht. Der Kaiser hatte nach der Ministerratssitzung

die geforderte Antwort aus Verona erhalten und mit Zustimmung des Kriegsministers telegraphisch die Mobilmachung der Südmarmee angeordnet. An demselben Tage wird Feldzeugmeister Benedek zum Befehlshaber der Truppen im Norden, Erzherzog Albrecht zum Kommandanten der Südmarmee ernannt. Das ist der Krieg. Nicht nur Friedjung, die ganze öffentliche Meinung hat Esterházy als den eigentlichen Urheber des Krieges bezeichnet; auf ihn, den «Schicksalsmann Franz Josephs», der 1890 im Irrenhaus verschied, fiel der Fluch, die Katastrophe von 1866 verschuldet zu haben. Nach seinem Tode hat die Familie die Absicht gehabt, eine Rechtfertigung zu veröffentlichen; Belcredi riet ab: «Solange der Herrscher lebt, müssen die Lippen versiegelt bleiben.» Seit 1926 liegen die Briefe vor, die Esterházy in den entscheidenden Tagen vom 21. April bis 25. April von seinem Krankenbett an Mensdorff gerichtet hat. Josef Redlich fand sie unter den Geheimakten des Wiener Staatsarchivs.

Am 23. April schreibt Esterházy: «Verehrter Graf!... Ich bin noch sehr marode vom Fieber und würde es gern forcieren, um Ihnen mit meinem guten Willen beizustehen... Ich möchte aus der Haut fahren, dass das alles gerade jetzt kommen musste! Nicht ob der guten Sache, der ich nunmehr kaum nützen könnte, aber ob meiner verdammten, unglücklichen Leidenschaft für dieselbe. Bitte lassen Sie mich etwas hören von dem Wortlaut der preussischen Note und von den Beschlüssen der Konferenz.» In einem zweiten Schreiben vom selben Tage «beschwört Esterházy den Grafen Mensdorff, alles daran zu setzen, dass die angeordnete Abreise des Erzherzogs Albrecht zur Südmarmee verschoben werde.

Am 25. April, dem Tage, da Franz Joseph mit seinen Ministern eine «vertrauliche Beratung» hält, empfiehlt Esterházy den grossherzoglich sächsischen Kammerherrn Baron Gablenz, der sich zu einer Vermittlung angeboten hatte, «keinen alltäglichen Politique de Café». Und dann: «Ich danke Ihnen im Namen der Monarchie für die erlangte Vertagung der Abreise des Erzherzogs. Ganz abgesehen von allen übrigen Betrachtungen wäre es ja ein heller Unsinn ... wenn man Benedek von seinem Posten um eine Stunde früher abberufen wollte, als es die Mobilisierung der eventuellen Nordarmee erheischt...»

Österreichs Mobilisierungsbefehl gegen Italien hatte die Wirkung einer Bombe. Nach dem 21. April gab es kein Zurück mehr. Die friedliche Note Preussens ging in dem Kriegsgeschrei unter. Den Ministerrat vom 25. April, der im Protokoll als «vertrauliche Beratung» bezeichnet wird, schloss der

Kaiser mit den Worten, es sei «dringend geboten, der jetzigen gespannten und täglich mehr unerträglich werdenden Situation durch ein entscheidendes, möglicherweise den Krieg nach sich ziehendes Vorgehen ein Ende zu machen». Am 26. April, da im Kabinett des Kaisers der Krieg schon beschlossen worden war, schrieb Mensdorff nach Berlin, Österreich könne noch immer im Norden abrüsten, müsse sich aber im Süden gegen Italien wehren. Es fiel Bismarck leicht, darauf zu antworten, dass Preussen nicht in der Lage sei, zu unterscheiden, welche der mobilgemachten österreichischen Korps und Regimenter nach Süden, welche nach Norden gehören.

Am 27. April unterzeichnet Franz Joseph den Befehl zur Mobilmachung der österreichischen Nordarmee. Der Krieg an Preussen ist erklärt.

Vieles, was sich in diesen Tagen von 1866 zugetragen hat, ähnelt der verhängnisvollen Zeit von 1914, da zwischen Ballhausplatz und Ischl die Mobilmachung gegen Serbien beschlossen wurde. Lässt sich heute noch die Meinung aufrechterhalten, dass Moritz Esterházy allein die Schuld am Kriege von 1866 trage, dass er der «Schicksalsmann» sei? Was bis jetzt von Dokumenten ans Licht gebracht wurde, spricht eher dafür, dass wir es hier mit einer patriotischen Legende zu tun haben, die bestimmt war, Franz Joseph zu schonen. Gewiss hat Esterházy das Denken Franz Josephs verhängnisvoll beeinflusst, aber bei Entscheidungen zum Kriege kommt es auf das eine «Ja» an. Und dieses Ja hat Esterházy nicht gesprochen. Die Schicksalsfrage stellte, wie 1914, der Generalstab. Das Ja sprach, wie 1914, Franz Joseph. Es ist der in seiner Geschichte bisher folgenschwerste jener plötzlichen Entschlüsse, die Franz Joseph eigentümlich waren. Er beendet eine kritische Situation, indem er, einer Sekundeneingebung folgend, ein Machtwort spricht. Es ist eine Flucht aus Unerträglichem, sein «Sprung ins Dunkle». Anscheinend der nüchternen Natur des Kaisers fremd, war dieser Wesenszug doch sein Verhängnis. In dem Moment, da der Generalstab das «Machtwort» forderte, entriss sich Franz Joseph selber dem eigenen Wesenskreis. Der Affekt von Sekunden wurde das Schicksal von Millionen. Die österreichische Geschichtschreibung ging zu Lebzeiten des Kaisers dieser Wahrheit aus dem Wege; es ist nur eine selbstverständliche Pflicht, sie heute auszusprechen.

## DIE VERTREIBUNG AUS DEUTSCHLAND

WIDERSPRUCHSVOLL, UNERKLÄRLICH SCHEINT Franz Josephs Politik von 1866. Am 21. April, da Bismarck die Aussicht auf den Krieg schwinden sieht, lässt der Kaiser gegen Italien mobilisieren und schlägt damit die Tür zum Verhandlungszimmer zu. Acht Tage später erhält aber Franz Josephs Botschafter in Paris, Fürst Metternich, den Auftrag, Napoleon das Vermittleramt bei Italien anzutragen. Gestern war Italien der Hauptfeind, dem man die starke Faust zeigen wollte, heute ist es Preussen, dem aller Hass gilt. Wem ist diese neue, plötzliche Wandlung der Stimmungen und Gesinnungen zuzuschreiben? Graf Mensdorff, meinungsloser denn je, sagt später von dieser Zeit: «Von Politik verstand ich gar nichts, hatte es auch dem Kaiser wiederholt erklärt; ich war General, mein Kriegsherr hatte mir befohlen, den Ministerposten zu übernehmen, so musste ich denn gehorchen.» Als ihn Graf Vitzthum, der sächsische Diplomat, nach der Schlacht bei Königgrätz fragte, warum er nicht lieber demissioniert habe, rief er aus: «Sie haben gut reden, Sie sind nicht Soldat!» Auch die Generale sind nicht kriegerisch. Der Chef des Generalstabs, Alfred Freiherr von Henikstein, Enkel des jüdischen Handelsmanns Hönigstein, Sohn eines reichen Mäzens, gebildet, weltmännisch, mehr Hofgeneral als Kampagneoffizier, hat nichts weniger als die Sehnsucht, sich kriegerischen Lorbeer zu holen; von Benedek, dem Freund, auf den Posten des Generalstabschefs gehoben, gestand er selber, keine strategische Bildung zu besitzen. Dennoch: Seine Denkschrift vom 20. April, die auf die Mängel der Armee hinwies und zur raschen Mobilmachung der Südararmee riet, hat den Kaiser entscheidend beeinflusst. Die Kampfansage an Italien zog den Mobilmachungsbefehl gegen Preussen nach sich. Jetzt erst, da das Gespenst des Doppelkriegs in nächster Nähe ist, erschrickt der Kaiser; nun soll Italien durch die Preisgabe Venetiens ausgeschaltet werden. Der erste Vorschlag an Napoleon ist unhaltbar; er enthält die Bedingung, Venetien abzutreten, sobald Österreich Schlesien wiedererobert habe. Franz Joseph muss ihn fallen lassen; er gibt Napoleons Verlangen nach, Venetien bedingungslos für die Neutralität Italiens herzugeben. Auch dieses Zaudern und Schwanken von 1866 ähnelt einem spätern Vorgang, der Entschlussunfähigkeit Österreichs im Jahre 1915. Napoleon, vor den undurchsichtigen Plänen Bismarcks misstrauisch geworden, neigt sich Österreich zu, aber weder betreibt er das Mittleramt mit der nötigen Energie, noch haben Italiens Diplomaten mehr die Möglich-

keit, auf seinen Plan einzugehen. Der Krieg ist den Italienern zur Volkssache geworden, sie weigern sich, das begehrte Venetien aus den Händen des Franzosenkaisers zu empfangen. La Marmora, Italiens Minister des Äußern, lehnt Napoleons Vermittlung ab.

Es ist Mitte Mai. Seit zwanzig Tagen rollen auf Österreichs Bahnen Militärzüge nach Olmütz und nach Verona, seit einer Woche rückt in Preussen, dem Staate der allgemeinen Wehrpflicht, alles was wehrfähig ist, zu den Waffen ein. Bismarck wartet auf den Augenblick, da die Schüsse unvermeidlich werden, Moltke drängt. Er hat dem König geraten, am ersten Mobilisierungstage, dem 3. Mai, den Krieg zu erklären; nur so könne Preussen die Nachteile seiner Geographie wettmachen, der Gefahr zuvorkommen, die von Bayern und den feindlichen Mittelstaaten droht. Mit jedem Tage wird Österreich stärker, Preussens Lage ungünstiger. «Der Krieg ist nicht mehr abzuwenden, das Zögern gefährdet die Sicherheit des eigenen Landes.» Wer zaudert noch, wer stemmt sich mit zäher, nicht zu überwindender Kraft gegen das entscheidende Wort? Es ist König Wilhelm. Der Preussenkönig hat den Krieg aufgehalten, sein hartes Widerstreben die blutige Auseinandersetzung der zwei deutschen Grossmächte hinauszuschieben versucht. Es ist ein langes, schweres Ringen Bismarcks und Moltkes um das Jawort des Königs. Freilich steht Wilhelm nicht allein. Sein Sohn und der ganze Berliner Hof, Königin und Verwandtschaft, Parlamentarier und Volk sind gegen den Krieg. Moltkes Plan gerät fast ins Wanken, da Wilhelm den grausamen Entschluss immer wieder nicht zu fassen vermag. Zweimal hatte Bismarck die Hoffnung fast aufgegeben. Nach dem Abrüstungsvorschlag im April schien der Gedanke der kriegerischen Lösung endgültig geschwunden zu sein. Österreich hilft Bismarcks Politik. Obzwar seit dem 27. April auch die österreichische Nordarmee mobil gemacht wird, bedarf es einer ganzen Woche, dem Preussenkönig den Befehl zur Mobilisierung seiner Kriegsmacht zu entwinden. «Nur mit blutendem Herzen, nach acht schlaflosen Nächten», sagt er später zu Beust, habe er den Befehl gegeben. Und zum Erzbischof Melchers von Köln: «Ich habe mit meinem Gott im Gebet gerungen ...» Es ist bei dem schlichten, jeder Phrase abholden Mann nur die simple Wahrheit. Man muss die Willensrichtung der entscheidenden Personen hervorheben vor den Konstruktionen einer Geschichtsauffassung, die nachher den Weg der Historie als ein von unpersönlichen Mächten bestimmtes Geleise hinstellt. Es war 1866 nicht anders als 1914. Die kriegerische Lösung der deutschen Frage war damals so we-

nig «notwendig», wie später die Anrufung des Schwertes im österreichisch-serbischen Konflikt. Selbst der von Generalstäblern und Kriegsphilosophen gepredigte «mechanische Zwang der Mobilmachung» war 1866 kein zwingender Grund im Sinne der Geschichte. Während die Armeen sich sammeln, kommen noch zwei diskutabile Vermittlungsvorschläge: die Mission Anton von Gablenz' und Napoleons Kongressplan. Die Brüder Gablenz, beide Sachsen von Geburt, der eine österreichischer General, der andere grossherzoglich sächsischer Kammerherr, bemühten sich, den Frieden Deutschlands zu retten. Anton, der Kammerherr, jener «brave Mensch, der es mit Österreich ehrlich und aufrichtig meint», wie Esterházy in seinem Briefe an Mensdorff schrieb, hatte ein fertiges Projekt: Der Kaiser von Österreich und der König von Preussen sollten sich über die künftige Gestaltung Deutschlands einigen und die Zustimmung der deutschen Fürsten heischen; welcher der Fürsten nicht zustimmt, hätte zu gewärtigen, dass sein Land von einem Korps besetzt werde, im Süden von einem österreichischen, im Norden von einem preussischen. Dann sei ein Parlament zusammenzurufen. Das Ausland aber hätte zu schweigen, denn keine Macht der Welt könnte dem Feldetat von einer Million österreichisch-deutscher Soldaten widerstehen... Gablenz war vorerst in Wien, Esterházy hatte ihn Mensdorff empfohlen, Mensdorff ihn angehört. Zwischen dem 13. und 20. Mai ist er in Berlin, Bismarck weist ihn nicht ab, er arbeitet mit ihm die Grundbestimmungen für ein deutsches Parlament aus. Daneben wird ein Plan zur Teilung Deutschlands fertig: «Der Kaiser von Österreich soll für Krieg und Frieden Bundesfeldherr des Südens, der König von Preussen Bundesfeldherr des Nordens werden.» Ein enges Bündnis mit gegenseitiger Garantie des Besitzstandes soll beide Reiche vereinigen. Venedig wäre Österreich durch die gesamte Streitmacht Mitteleuropas gesichert. Bismarck hat den Plan nicht als hinhaltendes Mittel gewertet; Preussen hatte, wenn es den Krieg wollte, das allerdringendste Interesse, die Entscheidung nicht hinzuhalten. Ihm war jeder Tag kostbar. Es ist kein Widerspruch bei Bismarck, dass er auch diesen Plan ernst nahm; es gehörte zu seiner Art, jedes Mittel auf seine Tauglichkeit für den einen grossen Gedanken zu prüfen. «Niemand», sagt er selber von Gablenzens Vorschlag, «hätte uns damals widerstehen können; die beiden deutschen Mächte standen in gewaltiger Rüstung, sie konnten Europa das Gesetz vorschreiben... Ich schlug vor, dass wir, schlagfertig, wie wir waren, uns gemeinsam gegen Frankreich wenden sollten, in der Absicht, es zur Herausgabe des Elsass zu zwingen. Österreich konnte dann Strassburg nehmen, Preussen Mainz behalten...»



Bismarck nahm den Plan so ernst, dass er Italien, mit dem Preussen noch verbündet war, auf diesen Vorschlag aufmerksam machte. Es war ein Augenblick, da sich eine grosse Fernsicht öffnete: Vermeidung des Bruderkriegs; Neugestaltung Deutschlands; Lösung der uralten Frage von Süd und Nord; Rettung Österreichs vor der Isolierung; Einbeziehung Osteuropas in die deutsche Kulturzone – dies und anderes leuchtet als Zukunftsbild auf. Der Deutsche Bund wäre das mächtigste Reich Europas geworden. Mit diesen Vorschlägen ging Gablenz nach Wien. Warum hat Franz Joseph nein gesagt? «Wären Sie vor sechs Wochen gekommen!» schloss der Kaiser, nachdem er fünf Viertelstunden alle Vorschläge Bismarcks sich hatte vorlesen und erklären lassen. Die Geschichtschreibung meint, Franz Joseph sei zu dieser Zeit bereits allzu misstrauisch gewesen, er habe sich erinnert, dass Bismarck einige Wochen vorher den Oberbefehl über den Süden Bayern angetragen hatte. Doch Misstrauen konnte kein zwingender Grund sein, den Plan abzulehnen. Österreich hatte von einer Verzögerung des Losschlagens nur zu gewinnen; die Mobilmachung ging viel langsamer vor sich als vorgesehen war. Warum lehnte es Franz Joseph ab, über diesen Plan zu verhandeln? Alle Geschichtschreiber dieser Epoche von Rogge bis Friedjung machen Belcredi und Esterházy für das Nein Franz Josephs verantwortlich, so zwar, als ob das aristokratische Kabinett nun den Krieg gewollt hätte, um der innern Schwierigkeiten Herr zu werden. Allein, diese Auffassung ist nicht aufrechtzuerhalten. Die Ministerratsprotokolle aus diesen Tagen bestätigen zwar, dass Belcredi leichtfertig optimistisch gewesen ist und als einziger die Gefahren des Doppelkriegs unterschätzt, bestätigen aber auch, dass er nicht den Ausschlag gegeben hat. Die innern Schwierigkeiten waren nicht grösser als Wochen vorher. Wien nahm die Dinge gleichmütig hin, die ernstere Presse mahnte zur Vorsicht; in Ungarn bahnte Deák die Verständigung an. Hier störte der Krieg das Werk, an dem Franz Joseph so viel gelegen war. Die Wahrheit ist, dass sich Franz Joseph bei der Ablehnung dieses letzten Vermittlungsvorschlags von keinem politischen Motiv, sondern von Empfindungen des dynastischen Stolzes, von seiner aristokratischen Denkweise leiten liess. Er fühlte sich an die deutschen Mittelstaaten durch seine Abmachungen gebunden. Sein Freund, der sächsische Kronprinz Albert, verabredete bereits mit Benedek den Kriegsplan. Franz Joseph mochte ihn nicht im Stiche lassen.

Es ist einer der tragischen Wesenszüge Franz Josephs, dass er die objektive Erkenntnis einer politischen Situation nicht vom subjektiven Empfin-

den zu trennen vermochte. Nach einem Ausspruch Hegels wiederholen sich alle grossen Ereignisse der Geschichte zweimal. Das gilt auch für Franz Josephs Leben. Er steht 1866 der vorurteilsfreien Methode Bismarcks, die jeden Augenblick nach seinem Gewinn wertet, als der altfränkische Edelmann gegenüber, der das Schicksal von Millionen als persönliche Angelegenheit betrachtet. Prestige und Ritterlichkeit entscheiden; die nüchterne Erwägung kommt nicht zu Wort. Es ist genau wie achtundvierzig Jahre später. Franz Ferdinands Ermordung wurde als ein Attentat auf die Heiligkeit der Familie empfunden, das gestraft werden musste. Alles sprach gegen die Heraufbeschwörung einer Riesengefahr; der Gedanke an einen isolierten Rachefeldzug gegen Serbien drängte die Bedenken zurück.

Am 28. Mai 1866 war Franz Josephs ablehnende Antwort in Berlin, am 1. Juli sagte er auch Napoleon ab. Preussen hatte vorher als erster Staat zugestimmt, die Konferenz Napoleons zu beschicken, ihm waren Italien und der Deutsche Bund gefolgt. Nun war es Bismarck freilich möglich, seinen König zu überzeugen, dass alle Liebesmühe vergeblich sei. «Lange hat man mich angeklagt,» sagt Wilhelm zum italienischen Botschafter, «den Krieg aus Ehrgeiz zu wünschen; aber jetzt nach der Weigerung Österreichs, den Kongress zu beschicken... weiss die ganze Welt, wer der Angreifer ist.» Am 11. Juni beruft General Gablenz, der Statthalter von Holstein, auf Befehl Franz Josephs die holsteinischen Stände ein; am selben Tage gibt Preussen die Antwort auf diese Verletzung seiner Herrenrechte: seine Truppen verhaften den österreichischen Kommissar Lesser. Österreich beantragt beim Deutschen Bund, er solle die sieben Korps, über die er verfügt, mobilisieren. Bismarck legt dem Bunde seinen Verfassungsentwurf auf den Tisch: Ausschluss Österreichs, Parlament, allgemeines Stimmrecht. Es ist Bismarcks Brücke zum Liberalismus. Am 14. Juni stimmt der Bundestag über Österreichs Antrag ab, der wegen zweier Formfehler von Bayern abgeändert worden war. Der Antrag wird mit neun gegen sechs Kurien angenommen, worauf der preussische Gesandte Savigny die Bundesakte als gebrochen erklärt. Am 21. Juni tauschen die Vorposten bei Zwickau und bei Osowiecim die Kriegserklärungen aus.

Es ist ein kurzer Krieg, der kürzeste unter den grossen weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfelde. Die Entscheidung über Sieg und Niederlage der zwei Heere, deren jedes rund eine Viertelmillion Streiter zählt, vollzieht sich innerhalb weniger Tage, vom 26. Juni, dem Ta-

ge der ersten Gefechte bei Hühnerwasser und Liebau, bis zur Schlacht bei Königgrätz. Sieben Tage nur währt das ungeheure Ringen. Am Abend des 3. Juli ist das Schicksal Deutschlands mit dem Blute von 31424 toten und verwundeten Österreichern und 9172 gefallenen oder blessierten Preussen besiegelt.

Mit der Schnelligkeit und Gewalt eines Orkans hatte sich alles abgepielt. Erst völlige Ungewissheit, ein Tappen im Dunkel, dann der Blitzschlag von Königgrätz. Bei der Berufung Benedeks, der erst nach langem Sträuben das Kommando im Norden übernommen hatte, gab Franz Joseph die Zusicherung, jede Einmischung des Hofes in die Kriegsführung fernzuhalten; er war wie der Kriegsminister Franck, wie sein Generaladjutant Graf Crenneville, wie Belcredi zuversichtlich, er vertraute Benedek. Nur als der Aufbruch der Nordarmee aus Olmütz sich verzögerte, drängte er und liess durch den Oberstleutnant von Beck, den späteren Generalstabschef, zur Eile mahnen. Aus Böhmen hatte er während der kritischen Tage bis zu jener Unglücksnacht vom 28. zum 29. Juni, da Benedek den Gedanken an eine Offensive endgültig aufgab, vier Depeschen und zwei Briefe erhalten. Der Brief vom 26. Juni machte den Kaiser mit der Absicht der Heerführung vertraut, die Armee vorerst um Josephstadt zu sammeln, um dann mit ganzer Kraft gegen die an der Iser stehende Armee des Prinzen Friedrich Karl vorzubrechen. Am 27. Juni berichtet Benedek, nach dem ersten Gefecht bei Nachod, das mit der Niederlage Rammings endete, von einem Erfolg der österreichischen Waffen; nächsten Tag, am 28. Juni, von dem Siege Gablenz' bei Trautenau; am Abend des 28. Juni, in vollkommener Unkenntnis dessen, was sich zwei Wegstunden von ihm bei Skalitz, was bei Trautenau-Soor und an der Iser ereignet hatte, von seiner fortbestehenden Absicht, gegen die erste Armee der Preussen zu marschieren. Was sollte Franz Joseph denken? Er war nicht nur überzeugt, der Plan Krismanics werde befolgt, er musste auch annehmen, dass alles bisher nur ein Vorspiel gewesen sei, dem der grosse Schlag folgen werde. Benedek wusste bei der Absendung der Depesche an den Kaiser nichts von der Niederlage des Korps Clam-Gallas, nichts vom *Débâcle* Gablenz' bei Trautenau-Soor, nichts von dem Gefechte bei Skalitz, wo das Korps des Erzherzogs Leopold schwer geschlagen worden war. Er selber war vormittags am Skalitzer Schlachtfeld gewesen; als er es vor zwölf Uhr verliess, ahnte er nicht, dass hinter ihm sein Soldatenglück unwiederbringlich zusammenbrechen werde. Die Nachricht an Franz Joseph war abgesandt, als eine Unglücksbotschaft nach der andern im Hauptquartier zu Josephstadt eintraf. Zu die-

ser Stunde war der Krieg für Franz Joseph so gut wie verloren. Der preussische Kronprinz hatte seine drei Heeresgruppen vereinigt, den Weg zur Elbe sich erzwungen, Prinz Friedrich Karl, im Anmarsch von der Iser zur Elbe, war von der Kronprinzenarmee nur zwei Tagesmärsche entfernt. Der ideelle Vorteil der Österreicher, auf der «innern Operationslinie» sich bewegen zu können, mit der vereinigten Heeresmacht einem der zwei preussischen Armeeteile entgegenzutreten, um einen nach dem andern mit Übermacht zu schlagen, dieser Vorteil war dahin. Also auch der Plan Krismanic-Benedeks, zuerst den Prinzen Friedrich Karl und nachher den preussischen Kronprinzen zurückzuwerfen. Die spätere Kritik, namentlich die des preussischen Generals von Schlichting, hat zwar überzeugend dargetan, dass Benedek auch bei einer planvollen Anwendung des Prinzips der innern Linie den Krieg nicht gewonnen hätte – die Mängel der österreichischen Kriegführung vor der überraschenden neuen Strategie Moltkes und der preussischen Taktik waren zu gross –, aber er kam überhaupt nicht dazu, mit der Durchführung seines Planes zu beginnen. Am Abend des 28. Juni waren die Marschpläne der österreichischen «Korps durcheinandergeworfen, ein Drittel der Armee war schwer erschüttert, das ganze österreichische Heer von den zwei preussischen Armeen derart nahe bedroht, dass an eine Offensive nicht mehr gedacht werden konnte. Krismanic, der Strategie mit den Ideen des bayrischen Erbfolgekriegs, zog die halbderoute Armee auf dem Hochplateau von Dubenetz zusammen; hier hatten 1778 Joseph II. und General Lacy dem Vordringen Friedrichs des Grossen ein Ziel gesetzt, hier wollten Benedek und Krismanic dem Ansturm der beiden Preussenheere widerstehen. Davon nun erhielt Franz Joseph am 29. Juni Nachricht: der grosse Angriffsplan sei aufgegeben, die Stellung von Dubenetz bezogen. Beunruhigend, aber nicht hoffnungslos. Benedeks Telegramm liess auch nicht annähernd erkennen, wie es um Führung und Armee bestellt war. Wien erwartete mit ausserordentlicher Spannung den grossen Schlag Benedeks. Man hatte die Bevölkerung von Tag zu Tag getröstet, ihr glaubhaft zu machen versucht, Benedek habe nur vereinzelt Korps vorausgesandt, den Feind ins Innere des Landes zu locken, um ihn dann «an die Bergwand des Riesengebirges zu werfen». Er selber lauere mit der Hauptarmee, «wie ein stolzer Löwe, sprungbereit, den Gegner zu zerreißen». Der Löwe sprang nicht. Am 30. Juni erfuhr Franz Joseph von Benedek noch nicht die ganze, aber die halbe Wahrheit, die niederschmetternd genug war: «Débâ-

cle des I. und des sächsischen Armeekorps nötigt mich, den Rückzug in der Richtung von Königgrätz anzutreten.» Seiner Frau schreibt Benedek: «...Wäre besser, wenn mich eine Kugel träfe...»

An demselben Abend berief Franz Joseph seine Ratgeber zusammen: Mensdorff und Esterházy, den Kriegsminister Franck, den Generaladjutanten Grafen Crenneville, den Oberstleutnant von Beck. Es ist eine der denkwürdigsten Konferenzen. An den Niederlagen konnte nicht mehr gezweifelt werden, der Jubel in Berlin war nach Wien gedrungen. Man stand vor Un erklärlichem. Vorwürfe wurden laut, der Kaiser vermochte nicht zu fassen, warum Benedek, warum die Armee versagten. Noch im dänischen Kriege hatte man sich der Preussenarmee überlegen gefühlt. Und der Sieg Erzherzog Albrechts bei Custozza vor vier Tagen? Warum im Norden diese Katastrophe? Die Ursachen der Tragödie blieben Franz Joseph verborgen. Er konnte nicht ahnen, was alles zusammenwirkte, die grösste Armee, die Österreich jemals gegen den Feind gesandt hat, in vier Tagen in eine aussichtslose Defensive zu drängen. Keiner der Ratgeber fand die Antwort, dass man völlig Neuem gegenüberstand. Moltkes Strategie, seine Anordnung getrennter Märsche mit Bedacht auf eine rechtzeitige Versammlung; Preussens Infanterietaktik und das Zündnadelgewehr, der österreichischen Infanteriewaffe dreifach überlegen – die Wirkung dieser neuen Kriegführung auf eine von vorsintflutlichen Strategen gelenkte, mit dem Bajonett ins Zündnadelfeuer stürmende Armee war überraschender als alle Überraschungen des Weltkriegs. Nur die Ahnungslosigkeit Franz Josephs und seiner Ratgeber liess in der Konferenz vom 30. Juni den Plan erwägen, ob der Kaiser nicht selber, wie 1859, den Oberbefehl über die Armee übernehmen solle. Der Gedanke kam von Esterházy, Franck unterstützte ihn, Mensdorff schwieg. Franz Joseph nahm ihn auf. Hätte er die Absicht, wie sie gedacht war, ins Werk gesetzt, er wäre Zeuge geworden des Trauerspiels von Königgrätz; das *Débâcle* wäre mit seinem Namen verknüpft. Bevor er den Befehl zur Reise nach Böhmen gab, wollte er doch noch verlässlichste Nachricht erhalten von einer Person seines Vertrauens. Noch an demselben Abend, 30. Juni, reiste Oberstleutnant von Beck auf den Kriegsschauplatz. Zu gleicher Zeit liess Franz Joseph ein Telegramm an Benedek abgehen: «Obschon seit Ihren Berichten vom 27. und 28. Juni aus Josephstadt, dann der telegraphischen Meldung vom 29. aus Dubenetz das Resultat der Operationen mir unbekannt ist, so habe ich – trotz der Nachricht von dem auf Königgrätz nötig gewordenen Rückzüge – das feste Vertrauen, dass Ihre

energische Führung demnächst günstige Erfolge erzielen und ihre Kraft die Ordnung erhalten wird.» Es ist das letzte Wort des Vertrauens, das der Kaiser dem verlorenen Feldherrn sandte. Das Telegramm traf den Feldzeugmeister morgens, den 1. Juli, auf dem Rückzug von Dubenetz nach Königgrätz, mitten in den Verwirrungen, Kreuzungen, Stockungen einer zusammengepressten, auf wenige Strassen angewiesenen, von sinnlosen Hin- und Hermärschen ermüdeten und hungernden Armee. Auch Dubenetz, das Hochplateau, von dem sich Krismanic so viel versprochen hatte, war unhaltbar geworden. In Neu-Königgrätz, einer Vorstadt der Festung, erreichte Franz Josephs Abgesandter, Oberstleutnant von Beck, das Hauptquartier mit Benedek. Der kluge – damals der klügste – Vertraute des Kaisers, Altersgenosse, Badenser von Geburt, seit der Kadettenzeit im kaiserlichen Heer, hatte in diesem Augenblick eine Mission, ähnlich jener des Oberstleutnants Hentsch in der Marneschlacht, aber nicht dessen Vollmacht. Beck riet, das Heer sobald als möglich, also schon am 2. Juli, hinter das deckende Knie der Elbe zu führen, das der Fluss bei Pardubitz bildet; für den Fall, dass die Preussen auch hier erfolgreich nachdrängen sollten, wäre der Rückzug nicht nach Olmütz, sondern nach Wien einzuschlagen. Es war der vernünftigste Rat, den man geben konnte. Beck riet nur gemäss dem Auftrag, den er besass; er rührte nicht an die Selbständigkeit der Armeeführung. Schlieffen hat einmal gesagt, es gebe zweierlei Arten von Selbständigkeit, die eine, mit der man siege, die andere, mit der man alle Aussicht habe, geschlagen zu werden. Die Selbständigkeit des österreichischen Hauptquartiers war von der zweiten Art. Benedek wollte nicht den Rückzug nach Wien, er wollte auch nicht die Schlacht, er war für den «Frieden um jeden Preis» und forderte von Beck, den Kaiser zu diesem Entschluss zu bewegen. Eine so schwere Verantwortung konnte Beck nicht auf sich nehmen, das durfte nur der mit voller Selbständigkeit handelnde Armeekommandant. So sandte denn Benedek selber, 1. Juli zwölf Uhr mittags, an den Kaiser folgende Depesche: «Bitte Eure Majestät dringend, den Frieden zu schliessen. Katastrophe der Armee unvermeidlich. Oberstleutnant von Beck geht gleich zurück.» Beck, den nächsten Tag, 2. Juli morgens zwei Uhr, in Wien, erstattet fünf Stunden darauf dem Kaiser Bericht. Becks Verschwiegenheit hat nie verraten, was sich in dieser Morgenstunde im Kabinett Franz Josephs zutragen hat. Nachmittags hatte Benedek die Antwort Franz Josephs in Händen: «Einen Frieden zu schliessen unmöglich. Wenn Rückzug nötig, ist derselbe anzutreten. Hat eine Schlacht stattgefunden?» Der letzte Satz war

von der Hand des Generaladjutanten Grafen Crenneville hinzugefügt. Der österreichische Generalstab hat später darzutun versucht, dass sich Benedek aus eigener Initiative, ohne Befehl des Kaisers, zu der Schlacht entschlossen habe; es sollte damit jede Verantwortung Franz Josephs für Königgrätz abgewendet werden. Ein überflüssiger Versuch; die Geschichte hat den Kaiser mit dieser Verantwortung nicht belastet. Seine Frage, ob nicht eine Schlacht geschlagen wurde, war verständlich. Es mögen hier wieder sein Stolz und das aristokratische Empfinden mitgesprochen haben; allein, der Gedanke, Frieden zu schliessen, ohne eine Entscheidung auf dem Schlachtfelde gewagt zu haben, war selbst bei einer pessimistischen Beurteilung der Dinge schwer zu fassen. Allerdings setzte Franz Joseph voraus, dass Benedek den Rat Becks befolgen, hinter die Elbe gehen und die letzte Entscheidung hinausschieben werde. War Österreich dem Gegner auf Gnade und Ungnade verfallen? Die Südmarmee, unter Erzherzog Albrechts und Johns Führung, war frei; Venetien hatte man geopfert. War's unmöglich, den Siegeslauf der Preussen zu hemmen und ihnen mit der gesamten Streitmacht von Nord und Süd die entscheidende Schlacht anzubieten? Diese Erwägungen sind begreiflich. Es spricht auch für Becks Urteil, dass er in seinem Bericht vor dem Kaiser den bis dahin überhaupt nicht gewürdigten wunden Punkt der Kriegführung berührte: Krismanič.

In der grossen Literatur, die sich mit dem Feldzug von 1866 beschäftigt, steht auf österreichischer Seite Benedek im Mittelpunkt. Moltke und die preussischen Militärschriftsteller behandeln ihn, sehr begreiflich, mit einer gewissen Noblesse; das offizielle Urteil Österreichs macht aus ihm – voran das österreichische Generalstabswerk – den allein Schuldigen, die unbefohlene Kritik – auch Friedjung – ein beklagenswertes Opfer seiner Vasallentreue. Franz Joseph beging zweifellos einen schweren Fehler, als er, von Benedeks Popularität verleitet, den Feldzeugmeister gegen dessen eigenen Willen zur Übernahme des Kommandos im Norden zwang. Die Gründe sind bekannt: der Kaiser meinte, nur zwischen Benedek und Erzherzog Albrecht wählen zu können und fürchtete, dass eine Niederlage im Norden unter Albrechts Führung der Dynastie zur Last fiel. Benedek war der Aufgabe im Norden nicht gewachsen. Nebenbei: welcher andere der österreichischen Generale wäre ihr gewachsen gewesen? Schlimmer jedoch als diese Wahl war die des Generalstabchefs. Und für diese war allerdings Erzherzog Albrecht verantwortlich. Er, der den besten Mann, John, als Generalstabchef zu sich nach dem Süden nahm, hatte Krismanič als das grosse Genie aus dem Dunkel seiner kriegswissenschaftlichen Tätigkeit gezogen. Niemand

sonst war auf diesen sonderbaren Mann verfallen; unter den Generalstäblern regten sich Bedenken, aber man beugte sich vor der Autorität des Erzherzogs, der als grosser Feldherr galt. Krismanic nun gehörte zu jenem gefährlichen Typus von Menschen, die durch Beredsamkeit und die formale Beherrschung eines – in diesem Falle gänzlich wertlosen, wenn nicht gar schädlichen – Wissensstoffs zu blenden verstehen. Nachher wusste man's, dass die «Positionsstrategie» Krismanics eine Narrheit war. Sein Katechismus bestand aus der sogenannten «Landesbeschreibungskarte», worin alle geographisch wichtigen Stellungen eingezeichnet waren, die in den Kriegen Friedrichs des Grossen gegen Österreich eine Rolle gespielt hatten. Die jungen Offiziere des Generalstabs verspotteten diese Narrheit als «Wurststrategie», weil die eingezeichneten Positionen die Form von Würsten hatten. Diesen spleenhaften, dabei eigenwilligen und selbstbewussten General, der niemals die Probe wirklichen Könnens abgelegt hatte, hielt Erzherzog Albrecht für ein Genie. Neben seiner Narrheit war Krismanic auch faul. Dafür nur ein kleines Beispiel, das auch sonst die Verfassung des österreichischen Hauptquartiers von 1866 beleuchtet: Am Tage der Schlacht bei Nachod, dem 27. Juni, da Steinmetz der Armee des Kronprinzen den einen Zugang nach Böhmen öffnete, lag Benedek im Josephstädter Hauptquartier mit einem Darmkatarrh zu Bett. Man hörte den Kanonendonner der Schlacht – Nachod ist von Josephstadt in zwei Stunden zu Pferde zu erreichen –, aber im Hauptquartier hielt man Mittagstisch wie sonst. Nach dem Essen machten ein paar der Offiziere, darunter der Chef des Geniewesens, Oberst Baron Pidoll, den Vorschlag, nach dem Schlachtfelde zu reiten; der Kanonendonner hatte sie zumindest neugierig gemacht. Nur Krismanic lehnte ab mit den Worten: «Da weiss ich was G'scheitres zu tun, ich leg' mich schlafen.» Rittmeister von Wesebe, damals dem Hauptquartier zugeteilt, später General der Kavallerie, der dies erzählt, fügt hinzu: «Alle, die wir dies hörten, waren empört über die Antwort, umso mehr, als Krismanic sein Vorhaben auch wirklich ausführte.» Doch das nur nebenbei; es ist nicht das Wesentliche. Schon damals war es nicht notwendig, dass der Leiter der Operationen selber auf dem Schlachtfelde sei; Moltke leitete den Feldzug bis zum 30. Juni von seinem Arbeitstisch in Berlin mit der Karte, mit dem Zirkel, mit dem Telegraphen. Wichtiger, dass Krismanic ein gefährlicher Kopf war. Man konnte sich keine unglücklichere Verbindung denken als die Krismanics mit Benedek. Bei all seinem Selbstbewusstsein als Truppenführer hatte Benedek, ungebildet, wie er war, einen tiefen Res-



pekt vor Wissen und Theorie. Und da er wirkliches von falschem Wissen nicht zu unterscheiden vermochte, auch vor den veralteten Theorien Krismanics. Gerade Benedek, in seiner Art ein minderer Blücher, hätte einen Gneisenau verdient, zumindest aber einen normal denkenden Generalstabsführer, wie es deren zu dieser Zeit doch wohl ein Dutzend in der Armee gegeben hat. Stattdessen hatte man ihm Krismanic und Henikstein an die Seite gestellt, Krismanic als den wirklichen Leiter der Operationskanzlei, Henikstein formell als Generalstabschef, tatsächlich aber nur als Ratgeber ohne eigentliche Verantwortlichkeit. An Henikstein war Benedek selber schuld. Franz Josephs Blindheit in den wichtigsten militärischen Dingen hatte ihn seinerzeit dazu verleitet, Benedek zum Chef des Generalquartiermeisterstabs – so hiess damals der Generalstab – zu machen; er hatte eine Schwäche für diesen treuergebenen, sympathischen General. Benedek war so vernünftig, sich 1860 bis 1864 in diesem Amte selber nicht ganz ernst zu nehmen; er blieb bei seinen Truppen in Italien und liess den General Nagy in Wien schalten. Als es sich aber um die Besetzung des wichtigsten Postens der Armee mit einem wirklichen Generalstabschef handelte, war er's, der dies verhinderte. Nicht aus bösem Willen, sondern aus einer sich selber nicht eingestandenen Eifersucht des erfolgreichen Troupiers gegen den wissenschaftlich gebildeten Offizier. Der Kaiser hatte damals eine Reihe immerhin beachtenswerter Talente zur Verfügung: neben John und Ramming auch Gallina, einen der Mitbegründer der Generalstabswissenschaft, ferner Friedrich von Fischer, den Kriegsgeschichtsschreiber dieser Periode, Schönfeld, und als Jüngsten Beck. Es ist peinlich, die Briefe zu lesen, die Benedek in dieser Sache an den Generaladjutanten Grafen Crenneville und den Kriegsminister Degenfeld schrieb; man sieht, wie wenig Ahnung er hatte, was ein Generalstabschef eigentlich soll. Trotzdem setzte er's durch, dass keiner der befähigten Männer an die Spitze des Generalstabs berufen wurde; Franz Joseph willfahrte seinem Liebling. Generalstabschef wurde, obzwar er's weder anstrebte noch wollte, Benedeks Kandidat, sein Generaladjutant Henikstein.

Es war am 2. Juli, dem Vortage der entscheidenden Schlacht, freilich etwas spät, solche Sünden zu bereuen. Indes, Beck tat, was er konnte. Er hatte mit dem Rate, hinter die Elbe zu gehen und gegebenenfalls den Rückzug gegen Wien anzutreten, nicht nur das Richtige getroffen, er traf auch darin den Sargnagel auf den Kopf, als er dem Kaiser empfahl, Krismanic und Henikstein sofort ihrer Stellen zu entsetzen. Noch wusste man nichts

von Benedeks reifendem Entschluss, die Schlacht vor der Elbe, auf den Höhen von Chlum und Lipa, anzunehmen. In der Nacht vom 1. zum 2. Juli, da Beck auf dem Wege nach Wien war, hatte Benedek noch ein ausführliches Telegramm an den Kaiser gesandt, das nicht ganz so verzweifelt klang wie die Depesche vom Vormittag. «Glücklicherweise», heisst es darin, «drängt der Feind bis zur Stunde nicht, ich lasse daher morgen, den 2. Juli, die Armee ruhen und den Train zurückdisponieren; kann aber nicht lange hier bleiben, weil bis übermorgen Mangel an Trinkwasser in den Lagern eintreten wird, und setze am 3. den Rückzug nach Pardubitz fort. Werde ich nicht überflügelt, kann ich auf die Truppen wieder zählen, und ergibt sich die Gelegenheit zu einem Offensivstosse, so werde ich ihn machen, sonst aber trachten, die Armee so gut wie möglich nach Olmütz zu bringen, um Euer Majestät allerhöchste Befehle, soweit es nur immer in meinen Kräften steht, gewiss aber mit unbedingter Aufopferung auszuführen.» Benedek hielt sich zwar nicht an Becks Rat, die Festung Olmütz bleibt eine Zwangsvorstellung, aber dennoch scheint nicht alles verloren. Franz Joseph ordnet an, was ihm Beck empfohlen: Krismanic und Henikstein werden abgesetzt, ebenso der Kommandant des I. Korps, Graf Clam Gallas, den man für die Niederlage der Iserarmee, seines Korps und der Sachsen, verantwortlich macht. Den neuen Generalstabschef sollte Benedek selber wählen; er nahm den Generalmajor Baumgarten. Als Nachfolger Clam Gallas' bestimmte der Kaiser den General Grafen Gondrecourt. Diese Befehle Franz Josephs wurden vormittags, den 2. Juli, im Beisein Becks erledigt und trafen abends desselben Tags im Hauptquartier Benedeks ein.

Die nächste Nachricht seit Becks Bericht und dem Telegramm, das Benedek in der Nacht vom 1. zum 2. Juli abgesandt hatte, empfing der Kaiser am Abend des 3. Juli vom Generalmajor Weigl, dem Kommandanten der Festung Königgrätz: «Ganze Korps en débandade in und um die Festung, übersteigen alle Palisadierungen, schwimmen durch die Gräben und Elbe, erklettern die Hauptumfassungsmauern. Verteidigung ganz lahmgelegt. Bitte um Befehl. Auf Befehl Sr. kaiserlichen Hoheit Erzherzog Ernst an Se. Majestät und an den Kriegsminister telegraphiert in Chiffren. 1866, um 7.15 Uhr abends.» Der Gute, er war um die Festung besorgt, die er vorsorglich hatte schliessen und deren Gräben mit Wasser füllen lassen, mochten auch Tausende der Fliehenden elend darin umkommen! In den wenigen Zeilen seines Telegramms ist ein Schreckensbild enthalten, deutlich genug, die Katastrophe ahnen zu lassen; umso qualvoller für Franz Joseph, der ohne jede Nachricht war.

Auch König Johann von Sachsen, der nachts in Wien eintraf, konnte dem Kaiser keine Auskunft geben. Erst frühmorgens vor fünf Uhr kam ein Telegramm Benedeks, das mit den Worten begann: «Vorgestern schon besorgte Katastrophe der Armee heute vollständig eingetreten.» Die folgende Schilderung der schweren Niederlage ist ungenau, stellenweise sogar kindisch, so wenn Benedek das «Regenwetter, welches den Pulverdampf am Boden gehalten» habe, für das «unbemerkte Eindringen» des preussischen Kronprinzen in die Schlüsselstellung der österreichischen Armee verantwortlich macht. Angesichts der Grösse der Schlacht und deren Opfer mutet es auch eigentümlich an, dass Benedek in diesem ersten Bericht an den Kaiser die Pferde aufzählt, die seine Suite verloren hat. «Oberleutnant Fürst Esterházy Pferd unter dem Leibe verloren, Feldmarschall-Leutnant Henikstein Pferd unter dem Leibe verwundet, Rittmeister Wersebe Pferd unter dem Leibe erschossen.» Man hat es Franz Joseph sehr verübelt, dass und wie er Benedek nach dem Kriege fallen liess; Benedek, der sich selber geopfert, erscheint als der Sündenbock der Katastrophe. Der Kaiser erkannte nicht die Ursachen der Niederlage, er fühlte sich in seinem Vertrauen getäuscht, in seinem Stolz und Herrscherbewusstsein aufs Tiefste verletzt. Königgrätz war der schwerste Schlag, den er bisher erlitten. Indes, jetzt war keine Zeit zu Selbstanklagen. In zwölfter Stunde suchte man zu retten, was Wochen vorher leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden war. An demselben Tage, da Benedeks Depesche eingetroffen war, dem 4. Juli, entschloss sich der Kaiser nach einer Besprechung mit König Johann, an der auch Esterházy und Sachsens Ministerpräsident Beust teilgenommen hatten, Venetien sogleich, wie es in dem mit Frankreich abgeschlossenen Verträge vorgesehen war, an Napoleon abzutreten. Der Franzosenkaiser sollte die Rettung bringen. Gleichzeitig ging an Erzherzog Albrecht der Befehl, mit der Südarmee an die Donau abzurücken. Man vergass, dass Königgrätz die Dinge gewaltig verändert hatte. Napoleons Minister des Äusseren, Drouyn de Lhuys, setzte sich zwar für Österreich ein und fand darin an der Kaiserin eine Stütze, am Pariser Hofe war jedoch, unter der Führung des Prinzen Napoleon, des Schwiegersohns Viktor Emanuels, eine mächtige Gruppe wirksam, die leidenschaftlich gegen Österreich, den «Kadaver», Partei nahm. Am 4. Juli wusste Franz Joseph noch nicht, wie sehr das Ansehen Österreichs gesunken war, wie leicht es den Gegensachern der Monarchie wurde, den anfangs schwankenden Franzosenkaiser für sich zu gewinnen. In der Ministerratssitzung dieses Tages spricht Belcredi von Napoleons Bereitwilligkeit, zu vermitteln, und warnt vor einem «schimpflichen Frieden».

Man meint Ministerreden von 1917 und 1918 zu hören, wenn Belcredi sagt, ein Friede in diesem Augenblick bliebe als «ewiger Schmachfleck auf dem Ehrenschilder der Monarchie haften»; jetzt, da die «Existenz des Reichs auf dem Spiele stehe, müsse man alles in die Schanze schlagen, um... die Preussen hinauszuerwerfen...» Wie blind war der Mann, wenn er davon sprach, ein «Friede ohne Genugtuung» könne «angesichts der Erbitterung gegen Preussen eine Revolution hervorrufen»! Nichts davon war sichtbar. Am Tage nach der Schlacht bei Königgrätz, da die Nachricht von der Katastrophe in ganz Wien bekannt war, unterhielt sich Franz Josephs Haupt- und Residenzstadt bei einem Sommermaskenfest mit venetianischem Korso im Prater. Der stets pathetisch einherstolzierende, politisch recht kurz-sichtige Dichter Ludwig August Frankl berichtet entrüstet darüber in einem Brief an Anastasius Grün. «Es ist empörend,» ruft er, «zweitausend Wiener und Wienerinnen amüsieren sich, trinken, essen, lachen und tanzen im Prater! Verdient solches Gesindel nicht sein Schicksal? Ich selbst, nach stundenlangem Umherirren im Prater, müde von Zorn und Schmerz, trat in einen Gasthofgarten. Es waren an dreihundert Menschen, Männer und Frauen, der Kleidung nach den wohlhabenderen Ständen angehörend. Plötzlich erschienen Harfenisten, aufgeputzte Dirnen und sangen die elendesten Gassenhauer, spielten Volksszenen und die Gesellschaft applaudierte, liess manches Stück sich wiederholen. Ich fragte mich, als ob ich es nur geträumt hätte: sind wir denn wirklich blutig aufs Haupt geschlagen? Regnet es denn nicht Feuer und Schmach auf uns?» Es hiesse das Bild Wiens verfälschen, wollte man etwas an Frankls Schilderung retuschieren; ja, Wien amüsierte sich, die Konzerte Johann Straussens im Volksgarten waren gut besucht, die Wirtshausgärten und Heurigenschenken an diesen Juliabenden voll von anscheinend sehr heitern, fidelen Menschen. Es ist aber falsch und irreführend, dieses Verhalten der Wiener «gesindelhaft» zu nennen. Franz Joseph hatte Wien 1848 das politische Rückgrat gebrochen und mit der Rückkehr zum Absolutismus jene Gleichgültigkeit vor allen Angelegenheiten des Staates anerzogen, die seither dem Wiener zur Gewohnheit geworden ist. Was verband den Wiener innerlich mit diesem Staat, an dessen Schicksalen er nicht teilnehmen durfte, für dessen Unfälle und Katastrophen er auch nicht verantwortlich war? Der neue Absolutismus verlangte wie der alte von den Bürgern Gehorsam, ein Mitregieren stand ihnen nicht zu; selbst das unter Schmerling gewährte Scheinparlament war von Belcredi wieder beseitigt worden. Wie zu Zeiten des Kaisers Franz war die Krone allein Quel-

le aller Macht, aller Weisheit, aller Voraussicht. Der kecke Mut der Wiener von 1848 war ihnen ausgetrieben worden; die unterdrückten geistigen Kräfte mussten in einer andern Form zum Vorschein kommen. Das Wien von 1866 hatte sich mit dem Absolutismus abgefunden, aber auf andere Art als das Wien des Vormärz. Für den Verzicht auf politische Freiheit entschädigte es sich durch die Freiheit in den primitiven Lebensdingen. Der Absolutismus wollte es so: er nahm dem Wiener den Debattierklub, den Versammlungssaal, das Parlament; den Wienerwald, den Prater, die Heurigschenke, den Volksgarten konnte er ihm nicht nehmen. Er verbot ihm die politische Rede; umso lieber sang der Wiener. Der Absolutismus hat den fröhlich resignierenden Spiesser geformt, der den Staat nur als eine lästige Erfindung empfand, er ist aber auch der Schöpfer jener spezifisch wienerischen Spottsucht und Ironie, womit sich der zur Unfreiheit verdammte geistigere Mensch an seinen Herren rächte. Es ist die einzige Waffe, die dem einst tapferen, trotzigem Wiener geblieben ist. Im Vormärz raunzte man, im Nachmärz wurde Wien bitter, beissend in seinem Witz, ja oft böse. Grillparzer, im Guten und Schlimmen der klarste Ausdruck des Österreichertums, schrieb 1866, als der Wiener Erzbischof den Segen des Himmels für Österreichs Waffen herbeiflehte:

Die Hilfe Gottes, muss ich vermuten,  
Liegt für uns heute ein wenig im Weiten;  
Denn nach diesem Leben hilft er den Guten,  
In diesem Leben aber – den Gescheiten.

Es konnte nicht besser gesagt werden, was Wien empfand. Welchen Anteil hatten Gebildete und Ungebildete an diesem Krieg, den höfische Interessen herbeigeführt, dynastische Rücksichten verursacht hatten? Auch den politisch Denkenden war es schwer, dieser blutigen Auseinandersetzung, die von beiden Seiten das Gesicht der alten Kabinettskriege trug, nicht gleichmütig gegenüberzustehen. Selbst in Deutschland war es eine verschwindende Minderheit, die hinter Bismarcks Absichten den grossen nationalen Plan erriet.

Und darf man heute, da die Geschichte selber an Bismarcks Werk Kritik geübt hat, jene liberale Opposition verdammen, die ahnungslos war aus guten Gründen? Was aber hätte in Österreich Begeisterung und Zustimmung erwecken sollen? Die wenigen, die, wie Ferdinand Kürnberger, Anteil nahmen, standen innerlich auf Preussens Seite, die andern sahen in der vernichtenden Niederlage nur das gerechte Urteil über eine frivole Regierung und eine unfähige Heerführung. Österreichs Armee, kein Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht, war trotz Radetzky, Tradition und historischem

Schimmer nur ein Schauobjekt; als Wien erfahren hatte, wer die Korps im Norden kommandiere, die Namen der Erzherzoge Leopold und Ernst, der Grafen Festetics, Clam Gallas, Thun – seither hatte es nichts anderes erwartet als eigenmächtiges Hinwegsetzen über die Befehle des Oberkommandos, Disziplinlosigkeit, Beharren bei alten Methoden, Niederlagen. Der Vers, den ein kecker Spötter an die Mauer der Hofburg heftete, drückte in derber Weise die allgemeine Meinung aus:

Die Freiwilligen haben kein' Knopf,  
Die Generale haben kein' Kopf,  
Die Minister haben kein Hirn –  
So müssen wir alles verlieren.

Es war nicht «Gesindel», was der Katastrophe von 1866 gleichgültig oder mit Spott und Hohn gegenüberstand. Nur eine Minorität liess sich von der journalistischen Demagogie animieren; die ernste Wiener Presse, anders als 1914, war auf der Seite der Opposition. Die Besten waren von Zorn, Widerwillen, Bitterkeit und Trostlosigkeit erfüllt. Der Schmerzensruf, den Anastasius Grün in einem Briefe ausgestossen, klingt heute wie eine hellseherische Prophezeiung: «Möge Deutschland unsern Kindern und Enkeln für diesen Verlust, dessen ganze Schwere sie nicht mehr so wie wir fühlen werden, dereinst vollen Ersatz gewähren. Aber: Finis Austriae!»

## FRANZ JOSEPHS AUSGLEICH MIT UNGARN

MICHELET SAGT IN SEINER GESCHICHTE FRANKREICHS von der Regierung Ludwigs XIV., sie zerfalle in zwei Teile: Vor der Fistel, nach der Fistel; vorher Colbert und die Eroberungen, nachher Frau Scarron und die Niederlagen. Franz Josephs Leben wird durch kein physisches Leiden, durch keine Geliebte in zwei Teile geschieden, seine Fistel heisst: Königgrätz. Die Niederlagen von 1866, der Verlust Venetiens und der Vorherrschaft in Deutschland mussten auch das stärkste Selbstbewusstsein erschüttern. Der Weltkrieg hat das Bild von 1866 korrigiert, wir sehen es heute anders als vor 1914; die Auseinandersetzung der zwei grossen deutschen Mächte, die Vertreibung Österreichs aus Deutschland, die Lösung der deutschen Frage im grosspreussischen Sinne – diese Tatsachen entschieden das Schicksal der Deutschen und der nächsten Zukunft Europas; ihre Wirkung reicht bis 1914. Der Erfolg Preussens, das Gelingen der Pläne Bismarcks haben unmittelbar danach nicht nur die Machtverhältnisse ge-

ändert, sondern auch das Denken entscheidend beeinflusst. Den Zeitgenossen blieb die Grösse der Entscheidung verborgen. Den Kaiser aber hindert 1866 «das Göttliche, das ihn umgibt», Ursachen und Wirkungen der Niederlage zu erkennen. Das Wort «Ich habe eine unglückliche Hand», welches Franz Joseph zur Deputation der Stadt Frankfurt spricht, die Bemerkung zu Schäßfle, «Ich bin ein Pechvogel», sind Seufzer einer ahnungslosen Seele. Er weiss die Mechanik von Sieg und Niederlage nicht zu ergründen, ihm verschliessen sich die Wurzeln der Überlegenheit Preussens, er sucht die Schuld auf falschen Wegen. Er hat keinen Menschen um sich, der das Dunkel zu erhellen vermöchte. Von den mitverantwortlichen Ratgebern trachtet jeder die Schuld dem andern zuzuschieben. Als erster meldet sich Mensdorff mit der Versicherung, den Krieg niemals gewollt zu haben; obwohl die Berufung auf die eigene Schwäche in seinem Falle keine Entschuldigung ist, darf er noch am ehesten seine Unschuld beteuern. Nach ihm lehnt es auch Esterházy ab, der Urheber der Katastrophe gewesen zu sein. Belcredi aber erzählt in seinen Aufzeichnungen, 1865 eine Situation vorgefunden zu haben, die keinen andern Ausweg als den Krieg gelassen habe. In diesen Stunden der Ratlosigkeit blickt Franz Joseph ängstlich nach Ungarn. Ist es möglich, den Krieg hinter der Donau fortzusetzen, mit dem unsichern Ungarn in der Flanke? Man weiss von Bismarcks monatealtem Plan, das ungarische Rebellentum für sich zu nützen, man kennt seine Verbindung mit dem ungarischen Revolutionär Klapka, kennt die Absicht, aus den gefangenen Soldaten der ungarischen Regimenter eine Legion gegen Österreich zu bilden. Der Kaiser fürchtet Ungarn. Die Angst beschleunigt die Friedensverhandlungen in Nikolsburg. Was bedeutet daneben das Murren Wiens? Nur schüchtern wagte der Wiener Bürgermeister, Andreas Zelinka, in einer Audienz daran zu erinnern, dass Österreichs Hauptstadt eine Verfassung und eine Änderung des Systems herbeisehne. Der Wiener Gemeinderat ahnte nicht, wie gering seine Meinung bei Franz Joseph wog, als er beschloss, den Wunsch nach Wiederaufrichtung der sistierten Verfassung neuerlich, und zwar in einer Adresse, dem Kaiser vorzutragen. Um die vaterländische Gesinnung zu beweisen, wurde gleichzeitig die Bildung von Freiwilligenbataillonen angeregt. Wie Franz Joseph über solche Bestrebungen dachte, geht aus seiner Äusserung im Ministerrat hervor, wo er sagte, er halte nichts von Freiwilligenkorps, es wäre denn, dass sie ein Mittel seien, «Städte und Land vom Gesindel zu befreien». Die Adresse des Gemeinderats war devot, sie schloss mit der Versicherung steter Ergebenheit. Dennoch nahm sie der Kaiser sehr ungnädig auf; er erwiderte, die

«Taten müssten den Worten entsprechen». Die Antwort wirkte wie ein Peitschenhieb, die Gemeinderäte erwogen, ihre Mandate niederzulegen. Nochmals versuchte der Bürgermeister den Kaiser von der Stimmung der Stadt zu unterrichten. Franz Joseph hörte ihn an, aber die Antwort gab er am 26. Juli: Über Wien wurde der Belagerungszustand verhängt.

An demselben Tage, im Ministerrat, entscheidet der Kaiser, Preussens Bedingungen für den Präliminarfrieden anzunehmen. Das Protokoll dieser Sitzung verzeichnet die Worte Franz Josephs. Es sei, sagte er, «eine Ehrensache» gewesen, «die Integrität Sachsens zu retten. Gegen den Wunsch Sachsens, am Süddeutschen Bunde teilnehmen zu können, erhebe Preussen einen Widerstand, der unbesiegbar scheine.» Erzherzog Albrecht, der nach dem Kaiser spricht, empfindet das «Makeln des Feindes um einige Millionen peinlich». Feldmarschall-Leutnant von John, Albrechts Generalstabschef, jetzt Kriegsminister, ist gegen die Fortsetzung des Krieges mit Preussen. Er will im Norden rasch Frieden schliessen, um im Süden «kraftvoll auf treten zu können». Esterházy, noch im Rate der Krone, sucht neben einer «höchstwahrscheinlich unglücklichen Fortsetzung des Krieges und einem raschen Friedensschlusse» nach einer dritten Alternative. «Gäbe es», sagt er, «einen wahrhaften Patriotismus und Dynastismus, dann liesse sich auf eine glückliche Wendung aus eigener Kraft hoffen. Allein,» so fährt er fort, «diese Alternative gibt es nicht. Namentlich auf Ungarn ist nicht zu rechnen...» Nach diesen Bemerkungen bricht der Kaiser die Debatte ab und befiehlt, an die Unterhändler in Nikolsburg zu telegraphieren, dass die «Präliminarien prinzipiell angenommen» seien. Schon Tage vorher hatte er die Kaiserin mit der Mission betraut, einige Zeit in Pest zu verbringen und für die Dynastie zu werben. Elisabeth war während der letzten Tage des Krieges mit den Kindern in Ischl gewesen; sie willfahrte der Bitte des Kaisers. Die Eingebung Franz Josephs, in diesem Augenblick die Hilfe der Kaiserin in Anspruch zu nehmen, war glücklich. Was niemandem des Hauses gelungen wäre, gelang ihr: sie stellte die Verbindung mit dem wichtigsten Mann, mit Franz Deák, her. Als sie am 9. Juli mit den Kindern in Pest ankam, wurde sie von Deák, von dem Grafen Julius Andrássy und einigen Freunden der beiden auf dem Bahnhof empfangen. «Ich würde es», sagt Deák später, «als eine Feigheit empfunden haben, der Kaiserin im Unglück den Rücken zu kehren, nachdem wir ihr gehuldigt hatten, als es der Dynastie noch gut ging.» Elisabeth war in diesen Tagen Franz Josephs bester Korrespondent. Sie berichtete von dem überraschend herzlichen Empfang,



aber auch von der wirklichen Stimmung im Lande. Sie verschwieg nicht, was sie erfahren: In Ketskemet hatten Tausende die italienischen Gefangenen enthusiastisch begrüsst; in andern Orten schwor die waffenfähige Jugend, lieber in die Wälder zu flüchten, als für Habsburg zu kämpfen; in Pest steckten die Studenten als Zeichen ihrer revolutionären Gesinnung rote Federn auf den Hut. Ohne Deák, der das unerschütterliche Vertrauen des Landes und allgemeine Verehrung genoss, ohne ihn und Andrassy wäre Ungarn von einer neuen revolutionären Welle erfasst worden; die Erregung war da, es bedurfte nur des Aufrufs. Franz Joseph handelte rasch, er bat Deák, nach Wien zu kommen. Am 18. Juli stieg der entscheidende Mann unter dem Namen «Advokat Ferenczy» in einem kleinen Gasthof des Vororts Meidling ab. Von dort fuhr er am nächsten Tag in einer Droschke, den kleinen Koffer in der Hand, zu früher Morgenstunde in die Burg, wo er vom Kaiser sofort empfangen wurde. Franz Joseph war von der Noblesse Deáks überrascht: der Anwalt Ungarns nützte die Schwäche der Dynastie nicht aus, er forderte auch in der Unglücksstunde nichts anderes, als was er ehemals in seinen Adressen gefordert hatte. Es war Deáks politische Klugheit, die ihm riet, so zu handeln; er folgte derselben Klugheit, als er das ihm vom Kaiser angebotene Mandat zur Bildung einer Regierung entschieden ablehnte. Er empfahl den Grafen Andrassy, ohne zu wissen, dass die Kaiserin vor ihm denselben Rat gegeben hatte. Ein Brief von ihrer Hand, am 16. Juli an Andrassy gerichtet, sagt in ungarischer Sprache: «Soeben habe ich die Nachricht erhalten, dass der Kaiser Sie in Wien erwartet. Alles übrige mündlich heute nachmittags, wieder bei der Gräfin Königsegg.» Drei Tage danach war Andrassy im Audienzsaal der Wiener Hofburg. Es war eine merkwürdige Begegnung. Der ehemalige Major der ungarischen Revolutionsarmee von 1848, der Rebell von einst, Gesandter der revolutionären Regierung in Konstantinopel, stand als Nothelfer vor Franz Joseph, der ihn nach der Niederwerfung der ungarischen Revolution, im Januar 1850, nach Kriegsrecht zum Tode durch den Strang hatte verurteilen und das Urteil im Bilde hatte vollziehen lassen. Gewiss, es war die eigene Not, die Franz Joseph zu solcher Unbefangenheit im Denken erzog; dennoch zeigt sich darin eine Tugend, dass er vergessen konnte. Dort, wo Franz Joseph auf den stärksten Willen stiess, liess er sich nicht nur von der Vernunft lenken, er gewann auch Achtung.

Es gelang Andrassy nicht, den Kaiser bei der ersten Begegnung zu überzeugen, sein Vertrauen gleich zu gewinnen. Es war geschickt, klug und diplomatisch, wenn er Franz Joseph riet, das Deáksche Programm noch vor

dem Frieden mit Preussen anzunehmen, und ihm vorhielt, dass es für die Krone vorteilhaft sei, wenn sie durch den Ausgleich mit Ungarn gestärkt vor den Feind trete. So einleuchtend dieses Argument war, so schwer fiel es dem Kaiser, sich mit ihm zu befreunden. Die Vorschläge berührten den wehesten Punkt seines Denkens, die tief in Franz Josephs Charakter wurzelnde Überzeugung, dass er keiner Pression von aussen nachgeben dürfe. Er suchte den Frieden mit Ungarn, aber der Weg dahin durfte ihm nicht vorgeschrieben werden. Andrassy liess sich durch dieses Zögern Franz Josephs nicht entmutigen. Nach dem mündlichen Vortrag legte er dem Kaiser in seiner Adresse vom 19. Juli nochmals den Grundgedanken dar, der Monarch möge sich offen und entschieden zum Dualismus bekennen, die staatliche Selbständigkeit Ungarns zum Grundstein der Neugestaltung des Reichs machen. Soweit war Franz Joseph mit der Frage vertraut, er wusste nach den Erfahrungen von drei Jahrzehnten, nach den Mitteln, die er versucht, nach der kriegerischen Unterwerfung Ungarns, nach Bachs Experimenten, nach dem Misslingen des Gedankens, das Land in eine einheitliche Verfassung einzubeziehen, nach alledem wusste er, dass der Friede mit Ungarn nur um den Preis der staatlichen Selbständigkeit zu haben sei. Doch er schreckte vor den Folgen zurück, vor der Wirkung dieses Entschlusses auf die österreichischen Länder. Und in diesen Befürchtungen wurde er von Belcredi bestärkt. «Löst man Ungarn aus dem Gefüge des Einheitsstaats, bleibt nur die Person des Monarchen als das Gemeinsame, die Personalunion, so ist das nicht der Anfang vom Ende, es ist das Ende selbst.» Es sind wahre Schreckbilder, die Belcredi vor dem Kaiser malt. «Der Zustand zweier selbständiger Parlamente ohne jedes andere Band als die Person des Regenten muss das Reich zu einem Koloss auf tönernen Füßen machen; die geringste innere Erschütterung, die leiseste Berührung von aussen muss es zum Zerfall bringen.» Andrassy hat dagegen einen schweren Stand. Er gibt dem Kaiser zu denken, wie sehr die äusseren Gegner Österreichs mit der Abneigung des Hofes gegen liberale Konzessionen rechnen; ausser England habe keine Macht ein Interesse daran, Österreich stark zu sehen. Jetzt und freiwillig müsse der Kaiser Ungarn entgegenkommen, später werde man ihm für ein Einlenken keinen Dank mehr wissen. «Es ist ein entscheidender Moment, und ich wage es zu sagen, der Stern Euer Majestät wird von dem Tage steigen, da dieser Schritt erfolgt. Gedenken Euer Majestät dieses Satzes, er wird sich Wort für Wort erfüllen.» In klarer Weise setzt Andrassy auseinander, wie bisher

alles Bemühen, Ungarn in die einheitliche Monarchie zu zwingen, sei es im Namen des Absolutismus oder des liberalen Zentralismus, zur Katastrophe geführt hat; der Dualismus sei keine Gefahr, er müsse auf die zwei Säulen des Reichs, auf die Ungarn und die Deutschen, aufgebaut werden. Diese Grundforderung, die Andrassy ganz im Geiste der Deak'schen Adressen vor dem Kaiser aufstellt, war ein neues politisches Fundamentalprogramm für das Reich.

In der vierten Audienz, am 29. Juli, drängt Andrassy auf die Ernennung der selbständigen ungarischen Regierung. Einem konstitutionellen ungarischen Ministerium, sagt er, könne es nicht schwerfallen, die Verfassung durchzuführen, vorausgesetzt, dass es aus Männern besteht, die das Vertrauen des Landes, des Königs und die Legalität ihrer Stellung haben. Er weiss immer wieder auf das Entscheidende zu kommen, wenn er Franz Joseph förmlich bittet, sein Misstrauen abzulegen; ohne Offenheit und Vertrauen sei die Aufgabe unlösbar. Dennoch hatte er auch diesmal den Kaiser noch nicht gewonnen. Nur sehr schwer und langsam ringt sich Franz Joseph zu dem Entschlusse durch, den Grundsatz der unteilbaren Gewalt zu verabschieden und dem Reich eine ganz neue, veränderte Form zu geben. Im kritischen Augenblick greift nochmals die Kaiserin ein. Sie bittet Andrassy, am 30. Juli nach Schönbrunn zu kommen. Er vermerkt in sein Tagebuch: «Sicher ist, dass, wenn ein Erfolg erreicht wird, Ungarn der schönen Vorkehrung, die über ihm wacht, mehr zu danken hat, als es ahnt.» Es ist auf Elisabeth zurückzuführen, dass Andrassy ein drittes Mal vom Kaiser empfangen wird. Der ausdauernde, in seiner Überredung nicht erlahmende Mann steigert seine Fähigkeiten; in der dritten Denkschrift, die er dem Kaiser überreicht, geht er auf die Bedenken Franz Josephs ein, auf die Gefahren der Nationalitätenpolitik. Die Schrift ist zugleich eine Polemik gegen Belcredi und die Ideen der Föderalisten.

Man kann diese Stunden, in welchen der ungarische Graf mit dem Kaiser ringt, die Geburtsstunden des neuen Österreich nennen. Nie bisher hat Franz Joseph aus dem Munde eines seiner Untertanen eine so eindringliche, offene Sprache vernommen. Mit der ganzen Wärme, deren er fähig ist, beschwört Andrassy den Kaiser, sich von den Vorurteilen des Absolutismus loszureissen und dem Reich zu geben, was die Zeit erfordert. «Ich stehe», ruft er dem Kaiser zu, «mit dem Kopfe dafür ein, dass von dem Tage an, da Ungarn eine liberale Regierung bekommt, keine Revolution mehr möglich ist. Wenn Österreich seine innern Kräfte nicht jetzt entwickelt, so wird es

nicht nur aus dem Deutschen Bunde, sondern aus dem zivilisierten Europa ausgestossen. Damit es aber seine innern Kräfte frei entwickeln könne, bedarf es einer durchgreifenden Umgestaltung.» Posa-Andrássys Bemühen war trotz des Aufwands der besten Argumente auch diesmal vergebens; er verliess Wien mit dem Eindruck, dass der Kaiser unzugänglich sei. Und in der Tat, wenige Wochen hatten genügt, Franz Joseph wieder unnachgiebiger zu machen. Unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz, von der Ungewissheit geplagt, den Kampf fortsetzen zu müssen, schien er bereit, Deáks Programm zu genehmigen. Nun aber, da der Friede mit Preussen gesichert war, hatte Belcredi den Kaiser wieder für sich gewonnen. Belcredi und den Seinen musste der Gedanke, die Ungarn und die Deutschen zu den Säulen des Reichs zu machen, als die grösste Gefahr erscheinen. Trotz des Misslingens der föderalistischen Pläne zweifelte Belcredi nicht daran, dass sich eines Tages das Programm des ständischen Adels, wie es seinerzeit die Herren aus Böhmen dem Kaiser vorgezeichnet hatten, verwirklichen lassen werde. Es war nicht die Marotte eines einzelnen, wenn sich Belcredi mit seiner ganzen Energie Andrassy widersetzte, aus ihm sprachen die Gedanken einer mächtigen Kaste, die in der Vereinigung der beiden liberalen Elemente im Reiche, des freiheitlichen Ungartums und des deutschen Bürgertums, den Todfeind erblickte. Franz Joseph liess sich von Belcredi bestimmen, den Ungarn keine Konzessionen zu machen. Zur selben Zeit jedoch rief Franz Joseph den ehemaligen Botschafter am Pariser Hofe, Grafen Hübner, nach Wien, mit dem allein er, viele Tage hindurch, stundenlange Besprechungen abhielt. Graf Hübner war keineswegs dafür, Andrassys Vorschläge anzunehmen, aber er riet, die Verbindung mit ihm aufrechtzuerhalten. So kam es, dass Ende August Andrassy abermals nach Wien berufen wurde, um im Kreise Belcredis und Hübners die Ausgleichsverhandlungen mit dem Kaiser fortzusetzen. Andrassy hatte zu dieser Konferenz den als Kenner des Finanzwesens angesehenen Parteigenossen Deáks, Melchior von Lonyay, nach Wien mitgenommen. An der Auffassung der Ungarn hatte sich nichts geändert, sie konnten wieder nur dem Kaiser raten, ein dem ungarischen Parlament verantwortliches Ministerium zu ernennen und sowohl dort wie in Österreich endlich verfassungsmässige Zustände herzustellen. Wie sehr wich von dieser Übereinstimmung und Klarheit der ungarischen Wünsche die Unentschiedenheit und Unklarheit der österreichischen Ratgeber ab! Graf Moritz Esterházy, kürzlich noch der intime Vertraute der Krone, hatte einen Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr zurückkehren sollte. Mensdorff empfand sein Amt nur mehr als Last;

er mochte nicht Andrassy, aber auch Belcredi nicht beistimmen. Beide, er wie Belcredi, hatten sich angewöhnt, anstatt mit positiven Vorschlägen zu kommen, Kritik an den Handlungen der andern zu üben. Andrassy sah die Nutzlosigkeit weiterer Verhandlungen ein, wollte es aber nicht unterlassen, dem Kaiser die Dringlichkeit seiner Vorschläge nochmals ans Herz zu legen. Der Kaiser versprach, die grosse Frage in der Einsamkeit von Ischl, wohin er sich auf kurze Zeit zurückzog, nochmals reiflich überlegen zu wollen.

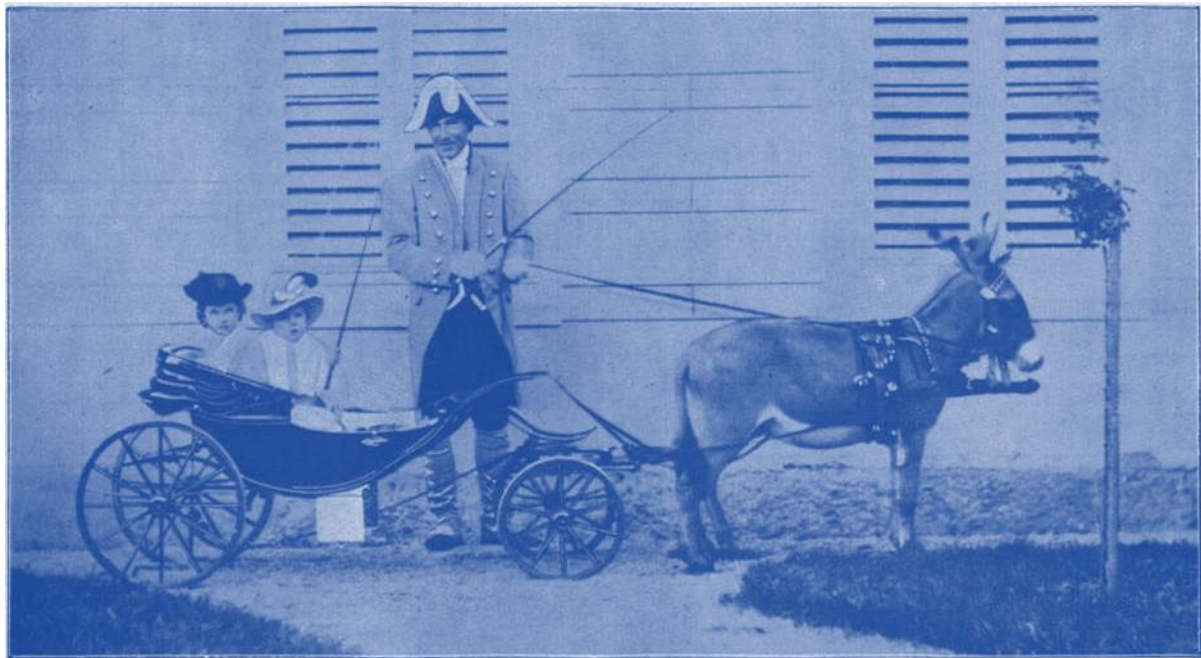
Er kam aus Ischl zurück, ohne sich zu dem entscheidenden Schritt entschlossen zu haben. Es blieb alles beim alten. Belcredi stellt in seinen Erinnerungen die Sache so dar, als ob sein Widerstand im Herbst 1866 den Ausgleich im Januar 1867 möglich gemacht hätte: «Ich war der Einzige, der damals standhielt. Ich hatte die Genugtuung, dass der Kaiser meinen Argumenten vollständig beipflichtete. Auf diese Weise war es möglich, im Januar ein Resultat zu erzielen, welches den Bestand der Monarchie sicherte. Diesen Erfolg, der mir – ich kann es sagen: mir allein – gebührt, haben andere für sich in Anspruch genommen; sie werden dafür von der Geschichte gepriesen werden. Mir bleibt das Bewusstsein redlichen Wollens und der wirklichen Leistung.» Belcredi nimmt hier viel für sich in Anspruch, wenn er sich als den eigentlichen Gestalter des Ausgleichs hinstellt. Man braucht seinem Selbstlob nur entgegenzustellen, was Eduard von Wertheimer, der Biograph Andrassys, sagt, um diesen Anspruch auf das richtige Mass zu bringen. Wertheimer, der darin das Urteil Deáks ausspricht, meint: «Auf dem Wege, den Belcredi ging, wäre der Ausgleich nie erzielt worden. Es ist zweifelhaft, ob der Ausgleich mit den damaligen Staatsmännern überhaupt hätte abgeschlossen werden können; sie alle, die in den alten österreichischen Traditionen aufgewachsen waren, konnten sich mit dem Gedanken eines selbständigen Ungarns niemals vertraut machen. Selbst Gegner des Dualismus müssen bekennen, dass bei dem von Belcredi befolgten Vorgänge die Monarchie immer tiefer gesunken wäre.» Wie immer dem sei: Während Belcredi seine Stellung Mitte Oktober als völlig gesichert ansah und sich anschickte, die Landtage einzuberufen, musste er wenige Tage darauf erfahren, dass Franz Joseph in vollster Heimlichkeit einen neuen Mann zu seinem Minister des Äussern bestellt hatte: den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Beust. Die Berufung Beusts, die auf einen ganz persönlichen Entschluss Franz Josephs erfolgt ist, hat sogleich die gesamte Öffentlichkeit der habsburgischen Mo-

narchie und ganz Deutschlands, aber auch die Kabinette der Grossmächte sehr intensiv beschäftigt. Beust selber sagt, Bismarck habe seine Berufung verursacht; denn da er auf Beusts Entfernung aus dem sächsischen Staatsdienste drang, habe er ihn Österreich zur freien Verfügung gestellt. Bismarck hasste ihn, nannte ihn einen «eitlen und boshaften Intriganten», bei Treitschke ist er ein «journalistisches Talent, das seinen Beruf verfehlt hat». Im Lichte der Geschichtsauffassung Treitschkes und Heinrich von Sybels, die ihre Überzeugung aus den Erfolgen Bismarcks schöpft, erscheinen natürlich alle Staatsmänner und Publizisten, die vor 1866 der grosspreussischen Politik Widerstand geleistet haben, als ein Geschlecht von Zwergen und weniger als das. Am härtesten ist dabei das Urteil der preussischen Geschichtschreibung über Beust, den Vorkämpfer der Trias-Idee, dessen Plan es war, in einem grossen deutschen Bunde neben die beiden Grossmächte Österreich und Preussen die Gesamtheit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten als dritte Macht zu setzen. Auch an diesem Urteil hat die Katastrophe des Weltkrieges manches geändert. Beusts Plan war eine der andern Möglichkeiten, die deutsche Frage zu lösen, von denen Bismarck selber gesprochen hat, als er sein eigenes Ziel entschwinden sah. Für Franz Joseph hatte Beust nach der Vertreibung Österreichs aus Deutschland, darüber ist heute kein Zweifel mehr, allerdings vor allem Wert als der Mann des Revanchegedankens.

Beust, Sachse, Protestant, hatte auf dem unbekanntem, schwierigen Terrain doch etwas vor den österreichischen Staatsmännern voraus: er kam wie der Fremde in die unbekannt Stadt, er hatte das naive Auge für die österreichischen Dinge, er nahm vieles leichter als die vom Wissen um alle Schmerzen beschwerten Männer. Während Beust in Wien seine ersten Schritte tat, war der Kaiser in Böhmen; die Reise war eine Art Dankesbezeugung für die loyale Haltung des Landes. Im alten schönen Barockpalais am Ballhausplatz, das Maria Theresia ihrem Minister Kaunitz hatte bauen lassen, empfing ihn Graf Mensdorff «im Fauteuil Metternichs sitzend. Er bat freundlichst um wenige Tage Aufschub, und noch vierzehn Tage bewohnte ich mit ihm und seiner Familie das Haus gemeinsam». Weniger angenehm berührt war Belcredi von Beusts Kommen. Er sah sich nicht nur in seiner Allmacht bedroht, ihn, den altkonservativen Katholiken, trennte zu viel von dem liberalen, in einer ganz andern Gedankenwelt lebenden Protestanten. Mit einer Gradheit, die unliebenswürdig war, sprach Belcredi die Befürchtung aus, dass Beust in Österreich kein Glück haben werde: «Sie sind ein Fremder, Deutscher, Protestant.» Beust beschleunigte zunächst das



Kaiserin Elisabeth (1866)



Kronprinz Rudolf mit seiner Schwester Gisela



Tempo der dringlichsten Arbeit, der Verhandlungen mit Ungarn. Unter seiner Mitwirkung kam das Reskript vom 17. November 1867 zustande, worin die Wiener Regierung sich bereit erklärte, die Auseinandersetzungen mit den Vertrauensmännern Ungarns wieder aufzunehmen. Als wichtigste Punkte werden genannt die Einheit des Heeres, des Zollwesens und der indirekten Besteuerung. Die Ungarn gewährten Konzessionen waren den Wünschen der ungarischen Mehrheit nahegerückt, die Textierung hüllte jedoch alles derart in Dunkel, dass Andrassy in einem Briefe an seine Frau sagen durfte: «Es ist unmöglich, auf ungeschicktere Art grosse Zusagen zu machen; nicht umsonst habe ich es immer wiederholt: der grösste Fehler dieser Minister ist es, dass sie Esel sind...»

Die Ungarn lehnten das Reskript ab; der ungarische Reichstag nahm eine Adresse Deáks an, die «mit einem Trompetenstoss» den Monarchen aufforderte, die Gewährung der verfassungsmässigen Rechte nicht länger an Bedingungen zu knüpfen. Die Stimmung wurde auch nicht besser, als Beust sich selber in Pest bemühte. Andrassy schreibt noch ergrimmt: «Beust ist wohl ein kluger Kopf, doch leichtfertig, eitel, einsichtslos. Von den Dingen hat er nicht den geringsten Begriff.» Dennoch, der zwischen Budapest und Wien geknüpfte Faden riss nicht mehr ab.

In den grossen Staaten des Westens haben sich die Auseinandersetzungen zwischen der absoluten Gewalt des Königs und der um eine Verfassung ringenden Nationen blutig vollzogen; hier spielte sich dieser erbitterte Streit am Konferenztisch ab. Beust musste daran gelegen sein, für sich so rasch als möglich einen Erfolg zu erzielen; der Ausgleich mit Ungarn konnte das gesunkene Ansehen Österreichs und die finanzielle Lage des Landes heben. Auch Franz Josephs europäische Stellung hatte gelitten; er besass weder bei den Kabinetten der Grossmächte noch bei der liberalen öffentlichen Meinung Europas Kredit; man zweifelte an der Entwicklungsfähigkeit eines Reiches, in welchem das gegebene Recht nach einigen Jahren wieder aufgehoben und nichts dazu getan wurde, den berechtigten Wünschen der Völker entgegenzukommen. Es diente der Beschleunigung des schwierigen Werkes, dass sich Andrassy und Beust, trotz der gelegentlichen Kritik des ungarischen Grafen an Beusts Wesen, in der Hauptsache verstanden. Umso grösser wurde der sachliche und persönliche Gegensatz zwischen Beust und Belcredi. Sachlich entzündete sich der Konflikt an der Frage, auf welche Art der österreichische Parlamentarismus, den Belcredi vor dem Kriege sistiert hatte, wieder lebendig zu machen sei. Der Streit, der anscheinend um verfassungsrechtliche Formen geführt wurde, barg ei-

nen politischen Kern: Belcredi vertrat auch hier den Traum von der Gestaltung der österreichischen Erbländer nach den historisch-politischen Vorstellungen der böhmischen Adelsklasse, während Beust sehr gut begriff, dass sich die Wiederherstellung der habsburgischen Hausmacht in diesem altertümlichen Rahmen nicht vollziehen lasse. Zu diesem sachlichen Gegensatz gesellte sich hinzu, was Belcredi in seinen Erinnerungen Beust vorwirft, dass er durch seine «Pressemache» und «Intrigen» die Stellung der Staatsminister zu erschüttern versucht habe. Franz Joseph entschied sich in dem Kampf der beiden Minister für Beust und gegen Belcredi, und nicht allein aus dem Motiv, welches Belcredi dem Kaiser unterschiebt, wenn er sagt, der Monarch habe, mit Ungeduld auf die Krönung in Ungarn wartend, von Beust die raschere Erledigung des Ausgleichs erhofft. Er liess sich bei dieser Entscheidung von einem richtigen historischen Instinkt leiten; wäre er in diesem Augenblick Belcredi gefolgt, so hätte er mit der Gutheissung eines ständischen Regims in der österreichischen Reichshälfte den ungarischen Ausgleich in Frage gestellt. Das eigentliche Duell Belcredi-Beust spielte sich im Beisein des Kaisers in der Ministerratsitzung vom 1. Februar 1867 ab. An demselben Tage verfasste Belcredi sein Abschiedsgesuch. Nach seinem Rücktritt konnte das Ausgleichswerk unter Dach und Fach gebracht werden. Hatte sich Franz Joseph einmal zu dem Gedanken durchgerungen, Ungarn unter seinem Zepter die staatliche Selbständigkeit zu geben, so interessierte ihn nur mehr eine Frage: dass die gemeinsame Armee und die äussere Politik auch weiter die Domäne seines freien monarchischen Willens blieben. Am 18. Februar wurde die Ernennung des selbständigen ungarischen Ministeriums bekanntgegeben, am 30. März der Gesetzentwurf für den Ausgleich vom ungarischen Abgeordnetenhaus, am 3. April auch vom Magnatenhaus angenommen. Dieses für die weitere Entwicklung der habsburgischen Monarchie wichtigste Ereignis, das Ungarn seine alte staatliche Selbständigkeit wiedergab, ist nur durch die Treue des Landes zu seinen politischen Rechten, durch die staatsmännische Kunst Deáks, im entscheidenden Augenblick jedoch durch Julius Andrássys Einwirkung auf den Kaiser und die Kaiserin möglich geworden. Sobald sich Franz Joseph überzeugen liess, dass die Wiederherstellung des ungarischen Königtums ihm selber und der gemeinsamen Armee zustatten kommen werde, gewährte er Ungarn jene Freiheit und Selbständigkeit, die auch seine Vorfahren in der alten Verfassung dem Lande hatten zugestehen müs-

sen. Es war die Kunst Deáks und Andrássys, Franz Joseph für einen Gedanken gewonnen zu haben, der dem Kaiser von Natur aus völlig fremd gewesen ist: für die Annahme des Prinzips der «verantwortlichen Regierung». Den beiden erst ist es gelungen in Franz Joseph jene Vorstellungswelt zu besiegen, die er von seinem Lehrmeister Kübeck empfangen hatte. Und dies erst nach langem, schwerem Kampf. Des Kaisers nüchterner Sinn musste darauf geführt werden, dass die von der historischen Aristokratie und vom erbgesessenen Kleinadel gelenkte Nation der Machtstellung des habsburgischen Hauses neue Hilfsquellen eröffnen werde, wenn man ihr ermöglichte, ihre eigenen Kräfte zu entfalten. Der Preis, den der Kaiser dafür zu zahlen hatte, war an Franz Josephs Herrscherideal gemessen, nicht gering: der Verzicht auf die Führung der innern Regierung und der Verwaltung Ungarns. Diesen Sieg Ungarns im Kampfe mit Franz Josephs Vorstellungswelt hat auch die österreichische Reichshälfte in die Bahnen des parlamentarischen Konstitutionalismus gelenkt. Allerdings, was Ungarn hatte schwer erkämpfen müssen, empfing Österreich gewissermassen als Geschenk. Von allen Ereignissen des langen Herrscherdaseins Franz Josephs hat zweifellos der Ausgleich mit Ungarn die grösste Wirkung auf seine Anschauungen und Empfindungen geübt.

Franz Joseph eilte, das Werk zu vollenden. Nachdem Deik die Übernahme des selbständigen ungarischen Ministeriums nochmals abgelehnt hatte, wurde Andrassy mit dem Präsidium der Regierung betraut. Am Tage, da er in der Hofburg den Eid ablegte, wurde er von der Mutter Franz Josephs, Erzherzogin Sophie, zu Tische geladen. Es war, als hätte sich in der ganzen Familie des Kaisers plötzlich ein Wandel vollzogen. Erzherzog Albrecht, der vor zehn Jahren Andrassy von der Amnestieliste gestrichen hatte und noch bei der ersten Begegnung vor zwei Monaten sich sehr schroff verhielt, bot ihm jetzt die Hand. Der Kaiser wartete nur, dass der neue ungarische Reichstag die Rekruten bewillige. Als auch diese Nachricht in Wien eintraf – sie wurde dem Kaiser in der Nacht in das Schlafzimmer gereicht –, war der Weg zum symbolischen Schlussakt, der Krönung, frei. Franz Joseph nahm diese Zeremonie ernster als sein Ahne Joseph II., der «König mit dem Hute». Joseph hatte, als die Stephanskrone in die Wiener Schatzkammer gebracht worden war, sich sehr despektierlich über die sentimentalengedruckten Ungarn geäussert, die in der Überführung ihres Kleinods nach Wien die Vernichtung ihrer Freiheiten betrauerteten. Die Stephanskrone ist dann wieder nach Ofen zurückgewandert, aber es hat nicht viel gefehlt, dass sie nach der ungarischen Revolution, 1849, verlorengegangen wäre.

Bei der Flucht der revolutionären Regierung nahm deren Präsident, Bartholomäus Szemere, die Krone mit und liess sie, in einer eisernen Kiste wohlverwahrt, bei Orsowa, am Fusse des Allionberges, in die Erde versenken. Franz Joseph war viel daran gelegen, die Stephanskrone wiederzufinden; dieses tausendjährige Symbol hatte reale Macht. Es gelang jedoch nicht sobald, sie aus ihrem Versteck zu befreien, und man weiss heute noch nicht, ob bei der Auffindung nicht Verrat im Spiele war. Lange Zeit hat man Stephan von Vargha, den «Kronen-Vargha», bezichtigt, den Weg zum Versteck gewiesen zu haben. Als Finder der Krone figuriert in der Geschichte der k. k. Hauptmann-Auditor Titus Karger, der sie im September 1853 ausgegraben hat, wofür er mit dem Ritterkreuz des Stephansordens ausgezeichnet wurde. Der 8. Juni 1867 war als der Tag bestimmt, da Franz Joseph die Stephanskrone auf sein Haupt setzen sollte. Es war in der Reihe der festlichen Tage, die Franz Joseph bis dahin erlebt, der bedeutendste. Ein paar Tage vorher noch durchschwirrten Ungarns Hauptstadt böse Gerüchte, die davon sprachen, man wolle die ganze Szene, König, Minister und Tribünen, in die Luft sprengen. Deák bekam Drohbriefe, worin ihm der Tod prophezeit wurde. Eine aus Besorgnis, Erwartung und Freude gemischte Atmosphäre lag über der Stadt. Die Krönung wurde in der Matthiaskirche vollzogen, ihre dramatische Höhe erreichte sie in dem Augenblick, da Graf Andrassy dem König die Krone aufs Haupt setzte und mit weithin tönender Stimme rief: «Es lebe der gekrönte König!» Elisabeth, «schöner denn je», erzitterte beim Empfang der Krone. Es war ein aufregender, ein anstrengender Tag. Franz Joseph kam ausserordentlich ermüdet in das Ofener Königsschloss zurück. Sein alter Kammerdiener Hannakampf musste ihm ein Glas Champagner reichen. Beust erzählt in seinen Erinnerungen: «Unvergesslich bleibt mir der Tag. Ich ritt vor dem Kaiser in der Entfernung von ungefähr zwanzig Schritten in meiner Eigenschaft als Doyen der Grosskreuze des Stephansordens. Als wir die Brücke passiert hatten, erschallte das Eljen! so gewaltig, dass mein Schimmel zur Seite prallte. Auf dem Platze, wo die Kanonen donnerten, hatte ich viele Not mit meinem Pferde, ohne jedoch das Schicksal zweier Bischöfe zu teilen, die ihre Pferde unfreiwillig verliessen.» Beusts ungarischer Schimmel war galant; er respektierte den Mann, der Franz Joseph geholfen hatte, das Ausgleichswerk zu vollenden.

## DIE SCHULE DES LIBERALISMUS

JEDER KÖNIG IST DER GEFANGENE SEINER ILLUSION. Die Illusion der Habsburger: den Familienbesitz als europäische Grossmacht zu erhalten. Jahrhunderte hindurch ist die Illusion stärker als alle Widerstände der Wirklichkeit. Die Habsburger vollbringen Wunder, verwandeln Protestanten in Katholiken, vertauschen die Seelen, verpflanzen in die Phantasie bajuvarischer Alpenbewohner ein neues, das südländische Bild des Himmels und der Hölle, sie formen einen neuen Menschenschlag, sie brechen die Kraft der ältesten Erinnerungen und die Macht der Stände, sie machen aus den bunten Teilen ihres Reichs ein einheitliches Herrschaftsgut, sie haben, bei Joseph II. angelangt, sogar den kühnen Mut, die Vernunft gegen die Wirklichkeit zu setzen. Dann aber rebelliert das wirkliche Sein gegen die Diktatur der Illusion; die Völker, bisher das Objekt dieses weltgeschichtlichen Spieles, erheben sich als aktionsfähiges Subjekt gegen den habsburgischen Machttraum.

Franz Josephs Herrschaft von 1848 bis 1866 ist dadurch gekennzeichnet, dass auch er bis dahin der Gefangene seiner Illusion geblieben. Er besiegt auf den Kampfplätzen des eigenen Reichs die kecke Erhebung der Wirklichkeit; auf den Schlachtfeldern der weltgeschichtlichen Mächte aber wird er von der Wirklichkeit besiegt. Er versammelt zur Verteidigung des habsburgischen Traums alle wirklichen Kräfte, über die er verfügt; die Kräfte der Wirklichkeit jagen die Geister seines Traums in die Flucht. Jetzt erst vollzieht sich in ihm die Wandlung. Zögernd, nach langem Widerstreben, verlässt er den Zauberkreis der Illusion, der ihn wie mit einer Glaswand von der Wirklichkeit trennte. Bisher waren Menschen um ihn, die vor der Glaswand knieten; jetzt reicht ihm ein Mann der Wirklichkeit die Hand. Graf Andrassy ist Franz Josephs Führer auf dem Wege zur Realität, er lässt ihn den ersten entscheidenden Schritt auf festem Boden tun. Die weitere Entwicklung ist: Franz Josephs Selbsterziehung zur Wirklichkeit. Noch hindert ihn sein tiefes Misstrauen, die Welt zu sehen, wie sie ist; nur langsam fasst er Vertrauen. Während er sich aber mit der Wirklichkeit versöhnt, den angeborenen Herrscherwillen als tägliche Pflicht den nächsten Dingen zuwendet, eröffnet sich seinen Augen ein seltsames Schauspiel: die österreichische Welt beginnt zu tanzen. In dem Augenblick nämlich, da man von dieser Welt die Fesseln löst, die ihr der Traum von der unteilbaren Macht auferlegt hatte, werden alle Widersprüche des wirklichen Österreich leben-

dig, die Gegensätze der Nationen und Klassen. Doch auch ein Wunder, allen Annahmen der Vernunft anscheinend widersprechend, wird sichtbar: der jahrhundertelange Traum ist zum Teile selber Realität geworden; in dem Widerstreite der Völker und Klassen lebt auch etwas Gemeinsames: den Gefangenen ist die Zwangsverbindung Heimat geworden.

Wie stellt sich Österreichs Erneuerung dar? Die Wiederaufrichtung der ungarischen Verfassung musste notwendig auch Österreich auf die Bahn des verfassungsmässigen Lebens führen. Beust wollte zur Februarverfassung zurück, Belcredi jedoch hatte, allerdings mit Beusts Zustimmung, der sistierten Februarverfassung eine Todeserklärung ausgestellt; auf ihren Trümmern sollte der von den siebzehn Landtagen gewählte «ausserordentliche» Reichsrat zusammentreten. Beust, nunmehr neben seinem Amt als Minister des Auswärtigen und des kaiserlichen Hauses, auch noch Ministerpräsident und als Polizeiminister tatsächlich auch Minister des Innern mit Einschluss des Kultus und des Unterrichts – dieser vielbeschäftigte Mann hatte vor allem eine Aufgabe zu erfüllen: er musste es dahin bringen, dass der Wiener Reichsrat, gleichgültig wie, den als Gesetz formulierten Ausgleich mit Ungarn annehme. Dazu gehörte, die nach Belcredis Anweisungen gewählten Landtage einzuberufen, sie zu bewegen, die Wahlen für den österreichischen Reichsrat durchzuführen und für den Fall, als sich einzelne Landtage diesem zentralistischen Modus widersetzen sollten, die widerspenstigen Häuser aufzulösen und durch Neuwahlen das gesteckte Ziel zu erreichen. Das Reskript vom 18. Februar 1867, womit die siebzehn deutschen und slawischen Landtage einberufen wurden, kehrt auf den Boden der Februarverfassung zurück und kündigt an, dass dem Reichsrat die durch den Ausgleich notwendig gewordenen Verfassungsänderungen vorgelegt werden. Darunter sind auch die Gesetze über die Verantwortlichkeit der Minister und das neue Wehrgesetz mit der allgemeinen Wehrpflicht. Die deutschen Landtage waren mit Ausnahme Tirols für den Systemwechsel; ihre Proteste gegen die Selbstherrlichkeit der Militärverwaltung gereichen ihnen nur zur Ehre. Beust gelang es auch, die Polen für die Regierungspolitik zu gewinnen; ein Ereignis, von dem eine der wichtigsten politischen Maximen Franz Josefs datiert: die Polen bleiben von da an ein dauernder Stützpunkt seiner Regierungen. Widerstand erhebt sich in Prag, in Brünn und in Laibach. Die Tschechen begriffen, dass eine historische Stunde geschlagen hat: nahmen sie die Gewährung der staatlichen Selbständigkeit Ungarns widerspruchslos hin, dann verloren sie das Recht, ihr historisches

Staatsrecht zu reklamieren. Die widerspenstigen Landtage wurden aufgelöst. Bei den Neuwahlen wählten die Adligen Böhmens und Mährens, die den Ausschlag gaben, auf Wiens Befehl die deutschliberale Liste. «Einmal bereits», rief der Tschechenführer Rieger dem Adel zu, «habt ihr die Nation verraten, und sie hat euch grossmütig verziehen, seht euch vor!...» Beust war es gelungen, mit Ausnahme der Tschechen und Kroaten alle Völker der Monarchie in die Bahnen des Dualismus zu lenken. Er musste jetzt daran denken, mit einem einigermaßen komplettierten Ministerium vor den Reichsrat zu treten. Er nahm den jungen Grafen Taaffe zu sich, der, vierunddreissig Jahre alt, eine beispiellos rasche Karriere gemacht hatte. Allerdings: der Sohn des Kassationspräsidenten war Jugendgespieler Franz Josephs. Als Besitzer des durch seinen Käse bekannten Guts Ellischau gehörte Graf Taaffe dem böhmischen Landtag an, wo er mit dem liberalen Adel stimmte. «Am grünen Tisch», sagt Beust von ihm, «war er mustergültig, aber er war kein Redner, die Gabe der Improvisation ging ihm ebenso ab, wie die Eignung zur einstudierten Rede.» Bei der Rekonstruktion des Kabinetts wurde das Polizeiministerium aufgelassen, die Polizei dem Minister des Innern unterstellt, womit viele ängstliche Gemüter nicht einverstanden gewesen sind. Beust war für die Einschränkung des ungeheuren Apparats der politischen Polizei, die ihre Finger in alle Suppen steckte. Er selber sagt: «Hätte sich die österreichische Polizei etwas weniger um die europäische Revolution gekümmert, so würde die europäische Revolution Österreich mehr in Ruhe gelassen haben. Nun aber», so setzt er fort, «musste ich annehmen, dass eine Polizei, die überall ihre Fühler ausstreckte und das Schreckbild der europäischen Bewegungspartei war, wahre Polizeigenies in ihrer Mitte bergen müsse, wodurch das Odium wenigstens durch die Leistungen kompensiert worden wäre. Wie gross war meine Enttäuschung! Keine Spur talentierter Elemente des polizeilichen Metiers, wie man sie in Paris oder Berlin findet, dagegen eine Masse von Konfidenten, die persönlichen Klatsch zusammentrugen. Ich drang auf Abstellung dieses Missbrauchs, was mir zwar keinen Dank, aber umsomehr persönliche Feindschaften eintrug.»

Am 22. Mai trat Beusts neues Ministerium vor die Öffentlichkeit. Der Kaiser eröffnete den Reichsrat. Der Präsident des Parlaments, das den Auftakt gab zur Auferstehung der Verfassung, war Dr. Karl Giskra, der populärste Redner des Wiener Liberalismus, Bürgermeister von Brünn, ebenso begabt wie «von dem Durst nach Reichtum und Macht beherrscht». Als er

fünf Jahre danach vor seinen Wiener Wählern sich wegen der geschäftlichen Transaktionen verantworten musste, und larmoyant von seiner stiefellosen Jugendzeit erzählte, schrieb der boshafteste der Wiener Journalisten, Daniel Spitzer, kein billig Denkender werde verlangen, die Kinder des Herrn Dr. Giskra mögen in seinem Palais an der Ringstrasse mit zerrissenen Stiefeln umherlaufen, man verarge ihm nur, dass, während er im Interesse der Familienstiefel die Richtung Lemberg-Czernowitz eingeschlagen habe, die Aktionäre dieser Eisenbahnstrecke barfuss zu gehen gezwungen seien. Der Reichsrat unter der Führung der Liberalen liess übrigens gleich erkennen, dass es ihm weniger um den Ausgleich als um die Garantie der Verfassung, vor allem aber um die Beseitigung des Konkordats zu tun sei, das den Staat gewissermassen unter die Aufsicht der Kirche stellte. Der Kampf gegen den Vertrag mit Rom und um ein Religionsgesetz, das allen Konfessionen das gleiche Recht gewährte, berührte eine empfindliche Seite Franz Josephs, aber sein Entschluss, die innere Gesetzgebung gewähren zu lassen, stand schon zu fest, als dass er den Vorhaltungen seiner Mutter, den erbitterten Drohungen der Bischöfe und dem Ansturm der Hofgesellschaft erlegen wäre.

Franz Joseph wurde vertrauensvoller, Andrássys Nachrichten aus Ungarn, Beusts kluges Regiment gaben ihm das Gefühl der Sicherheit; an die ersten Lebenszeichen des Wiener Parlaments musste man sich gewöhnen. Nach einem düstern Jahre schien sich der Horizont aufzuhellen. Franz Joseph blickte nach Paris. Mit Elisabeth auf dem Wege zur Weltausstellung, in Regensburg, am 30. Juni, traf ihn die Nachricht vom Tode seines Bruders Maximilian. Das Telegramm sagte: «Emperor Maximilian condemned and shot.» Am 19. Juni 1867 hatte man ihn in Queretaro standrechtlich erschossen. Das Kaiserpaar gab die Reise auf; am 31. Juni war Franz Joseph bei der Mutter. Es sind drei Jahre her, dass Maximilian Österreich verlassen hatte. War er zu retten gewesen? Franz Joseph hatte sich bemüht, dem Wesen des Zweitgeborenen gerecht zu werden. Als Kinder waren sie einander nahe gewesen, seit Franz Josephs Thronbesteigung hatte sich Max verändert. Er war der Schwärmer, der Dichter der Familie. Er wurde für die Marine bestimmt, man liess ihn weite Reisen machen, nach Griechenland, Spanien, Algerien, Kleinasien. Vier Bände Reiseskizzen erzählen von seinen Eindrücken. 1854 gibt ihm Franz Joseph, dem Oberkommandanten der Marine, ein Geschwader von siebzehn Kriegsschiffen nach Griechenland und Palästina mit. Sein Ehrgeiz irrt ruhelos weiter. Er wird stürmischer seit der Vermählung mit Charlotte von Belgien. Franz Joseph sendet den Bruder



1857 nach Lombardo-Venetien mit dem Titel eines Generalgouverneurs, in Wahrheit als Vizekönig. «Es ist bitter,» schreibt Maximilian 1859 resignierend, «seine mühevollen Werke im Keime zerstört zu sehen, nie gewiss, ob man vom Zentrum gebilligt wird...» Im Jahre 1862 gab es zwischen den Brüdern einen kleinen Konflikt, dessen Urheber August Zang, der Herausgeber der alten «Presse» gewesen ist. Zang, der Sohn eines angesehenen, reichen Wiener Arztes, als junger Mann Leutnant im Jägerkorps, hatte nach dem Tode seines Vaters mit dessen Geld eine gesellschaftliche Rolle zu spielen versucht. Da es ihm nicht gelang, kam er auf den Gedanken, in Paris das Wiener Gebäck einzuführen. Die Wiener Kipfel und Semmel verhalfen ihm zu neuem Reichtum. Im Paris der Revolutionszeit, wo Talent mit Spekulationsgeist wetteiferten, täglich neue Berühmtheiten geboren und neue Vermögen erworben wurden, lernte Zang die Macht der Zeitungen kennen. Am meisten imponierte ihm Girardin, der Direktor der Pariser «Presse». Er vertiefte sich in das Studium der Journale, nahm Abschied von den goldbraunen Wiener Kipfeln und wurde Zeitungsmann. Seine «Presse» war eine Kopie des Pariser Originals. Er wusste junge Leute von Talent an sich zu fesseln, nach der Revolution auch den Grafen Stadion für sein Blatt zu interessieren, er hielt sich an kein politisches Prinzip, er war ein Zyniker, dabei aber, wie Friedrich Uhl sagt, der zu den Redakteuren der Zangschen «Presse» gehörte, «vom Beginn seiner Laufbahn bis zum Schlusse, ein guter österreichischer Patriot». Seine Mitarbeiter Uhl und Michael Etienne, zu denen später Dr. Max Friedländer hinzukam, hat er übrigens sehr schlecht belohnt; die drei begabten Journalisten, die jahrelang die einzigen Redakteure der täglich zweimal erscheinenden Zeitung gewesen sind, liess er so wenig an den reichen Einnahmen des Blattes teilhaben, dass Etienne und Friedländer schliesslich austraten und die «Neue Freie Presse» gründeten. Seinem Geiz ist das Entstehen jenes Blattes zu danken, das für das neue Wien so bedeutungsvoll geworden ist, wie es Zangs «Presse» für das Wien bis Solferino gewesen. Seit der Massregelung des Blattes, das wegen einer Kritik an der Armeeführung in Wien verboten worden war und nach Brünn ins Exil hatte wandern müssen, wagte sich Zang auch an den Hof heran; ein nicht misszuverstehender Artikel, der sich mit Franz Josefs Bart beschäftigte, und ein Aufsatz über den Aufenthalt der Kaiserin in Kissingen 1862 erregten den Zorn des Kaisers. Er hatte die Presse nie gemocht, nun sprach er von «Kanailles wie Zang». Maximilian aber hatte bei Zang zu vermitteln versucht und dabei, nicht eben taktvoll, mit Beziehung auf

die Kaiserin von einer «verletzten weiblichen Eitelkeit» gesprochen, die der Begnadigung des Blattes im Wege sei. Es war auch ein gutes Stück Popularitätshascherei dabei, wenn Maximilian, von seiner Gattin beraten, sich mit den Zeitungsleuten auf guten Fuss zu stellen suchte. Zang jedoch, darin ein sehr skrupelloser Herr, ging zum Kaiser in Audienz und liess erkennen, was er in der Tasche habe. «Er hat», schreibt Franz Joseph erzürnt dem Bruder, «den Brief in Händen und droht in den höflichsten Formen mit Skandal. Da ich nicht dulden kann, dass Mitglieder der kaiserlichen Familie und besonders die Kaiserin auf ebenso leichtsinnige wie pflichtvergessene Art kompromittiert werden, ich anderseits nicht recht glauben kann, dass sich Papa um Herrn Zang viel bekümmert, die ganze Geschichte vielmehr allzusehr mit Deiner Eingabe wegen Begnadigung des Zang zusammenpasst, so bitte ich Dich, ehe ich mich an Papa wende, mir sogleich zu schreiben, ob Du dem Zang hast schreiben lassen... Ich brauche Dir wohl nicht zu versichern, dass sich Sissy um den Artikel nicht gekümmert hat, dass also hier nicht von weiblicher Eitelkeit die Rede sein kann.» Maximilian musste in einem Brief an seinen Bruder zugeben, dass die Affäre tatsächlich von seiner Seite angezettelt worden ist. «Von Papa», schreibt er, «kann wohl in der Zangschen Geschichte nicht die Rede sein... Die Eingabe um Begnadigung machte ich allerdings, und zwar aus dem Grunde, weil Zangs Zeitung die Einzige war, die sich um unsere arme, verlassene Marine angenommen hat. Durch dritte Hand liess ich Zang wissen, er möge den schweren Fehler gutmachen, dessen er sich gegen Mitglieder unserer Familie schuldig gemacht hat.» Maximilian berichtet dann weiter, dass er seinen Vertrauten Herzfeld mit dem Auftrage bedacht habe, «die unglaublichen Artikel, so den über die Kaiserin in Kissingen und jenen über den Bart Euer Majestät» ernstlich vorzuhalten. Dabei habe Herzfeld «etwas übereilt einen Zettel ohne Unterschrift durch dritte Hand an Zang gesandt. Wenn auch Herzfeld jetzt befürchtet, in diesem Zettel den Ausdruck hohe Eitelkeiten gebraucht zu haben, so geschah dies, vielleicht ungeschickt, um den reizbaren und gefährlichen Journalisten auf seine Fehler und Bosheiten aufmerksam zu machen.» Dieser Vorfall trug nicht dazu bei, das Verhältnis Franz Josephs zu Maximilian zu bessern. Dennoch versuchte der Kaiser seinen Bruder von dem mexikanischen Abenteuer abzuhalten; er riet ihm, als Napoleons Lockung auf Maximilian und dessen Gattin allzu verführerisch wirkte, sich wenigstens neben der französischen Unterstützung die Garantien Englands zu sichern. England freilich lehnte ein solches Ansin-

nen ab. Franz Josephs Härte bei der Abfassung des Familienpakts war motiviert; Maximilian musste als Kaiser von Mexiko auf alle Rechte der Thronfolge verzichten. Weder die Intervention des Papstes noch Napoleons Anwaltschaft für Max vermochten daran etwas zu ändern. Maximilian unterrichtet den kaiserlichen Bruder über den Empfang in Mexiko. Der Kaiser verfolgte das Abenteuer seines Bruders. Als es gefährlich wurde, als die Truppen des republikanischen Generals Escobeda den Stützpunkt Maxens, Queretaro, belagerten, machte Franz Joseph, auf Beusts Vorschlag, in einem Familienrat den Verzicht Maximilians rückgängig und setzte den Bruder wieder in die Rechte eines Mitglieds des Erzhauses ein. Auf dem Wege des eben gelegten ersten Kabels wurde die republikanische Regierung Mexikos in Kenntnis gesetzt. Franz Joseph erhoffte davon die Rettung des Bruders, in der Annahme, dass die republikanische Regierung nicht wagen werde, ein Mitglied des Hauses Habsburg persönlich zu gefährden. Die Massregel hatte keine Wirkung; jetzt erst recht bestanden die Mexikaner darauf, den europäischen Höfen eine erschreckende Warnung zu geben; Maximilian wurde, trotz Franz Josephs Kabelruf, erbarmungslos hingerichtet. Das Einzige, was man dem Wiener Hofe zugestand, war die Auslieferung der Leiche des Erschossenen. Der Kaiser betraute den Vizeadmiral Tegetthoff mit der Aufgabe, die notwendigen Unterhandlungen in Amerika zu führen und die Leiche auf der k. k. Fregatte «Novara» in die Heimat zu bringen.

Die durch Maximilians Tod aufgeschobene Pariser Reise war nicht aufgehoben. Der österreichische Botschafter in Paris, Fürst Metternich, vermittelte es, dass sich Napoleon und die Kaiserin Eugenie mit Franz Joseph und Elisabeth am Geburtstag des Kaisers, am 18. August, in Salzburg trafen. Aus Berlin kam früh ein Telegramm: «Empfehl mich den französischen Majestäten.» Napoleon war ohne Minister, nur mit dem General Fleury, Franz Joseph mit allen Ministern erschienen. Beust liess nach Berlin beruhigende Mitteilungen abgehen, worauf Bismarck den preussischen Geschäftsträger in Wien anwies, erkennen zu lassen, dass Preussen von den Erklärungen Beusts befriedigt sei und sie als aufrichtig hinnehme. Es kam in Salzburg zu keinen Abmachungen. Es gelang Napoleon nicht, Franz Joseph zu festen Engagements in der deutschen Frage zu bewegen, Beust nicht, den Kaiser der Franzosen zu bindenden Zusagen für den Fall orientalischer Wirren zu veranlassen. Beust hat später, von London aus, in einem Brief an Andrassy, die Salzburger Entrevue berührt und dabei gesagt: «Sie müssen gelächelt haben, die Entrevue so dargestellt zu sehen, als hätten Sie

mich an den Rockschössen halten müssen, damit ich nicht mit beiden Beinen in die französische Allianz springe. Ich und Kaiser Napoleon waren zwei Reitern zu vergleichen, von denen ein jeder glaubt, der andere werde ihm zumuten, über einen breiten Graben zu setzen, während deshalb keiner von beiden es tut.» Immerhin, die Salzburger Begegnung machte die Bahn frei für ein späteres Anschliessen, vor allem für die Fahrt Franz Josephs nach Paris. Als König Wilhelm von Preussen in Baden-Baden erfuhr, dass Franz Joseph auf der Fahrt nach Paris am 21. Oktober Oos berühren werde, depeschierte er Bismarck die Frage, ob es nicht angemessen wäre, die Durchreise des Kaisers zu einer Begegnung zu benützen. Bismarck riet, auf jeden österreichischen Vorschlag bereitwillig einzugehen, die Initiative, deren Aufnahme ungewiss, selber aber zu vermeiden. Bismarck liess übrigens die zwischen ihm und dem König gewechselten Telegramme Beust vertraulich mitteilen. Die Art und Weise jedoch, wie Beust die Angelegenheit behandelte, zeigt unverkennbar, dass es nicht sein Wille war, die Beziehungen zu Preussen frei von allen Verstimmungen zu lassen. Er mutete dem König von Preussen zu, Franz Joseph um vier Uhr morgens, zu welcher Stunde die Durchfahrt erfolgen sollte, zu begrüßen. Bismarck widerriet seinem König, auf diese Einladung einzugehen. Beusts Anordnungen waren gegen Franz Josephs Geschmack; der Kaiser verfügte während der Fahrt eine Änderung der Dispositionen, so dass Beust von Linz aus an die Wiener deutsche Botschaft melden musste, die Ankunft in Oos werde nicht um vier, sondern um sieben Uhr morgens erfolgen. Zu dieser Stunde fand sich König Wilhelm auf dem Bahnsteig ein. Es war seit Königgrätz die erste Begegnung der beiden Monarchen. Beust beeilte sich, den «flüchtigen» Charakter dieser Begrüssung zu betonen. In Nancy blieb Franz Joseph einen halben Tag. Er besuchte die Gräber der Lothringer. Mittags war man in Paris. Zu Verhandlungen kam es in Paris nicht; Napoleon sandte an seine Mission eine Zirkulardepesche, die jede andere Annahme als irrig erklärte, was Bismarck mit der etwas ironischen Bemerkung quittierte: «So dürften wir also den europäischen Frieden für gesichert halten!» Bei der Rückkehr Franz Josephs gab es ein kleines Zwischenspiel, das Zeugnis ablegt von dem Mute Wiens von 1867: Bürgermeister Zelinka bat telegraphisch im Namen der Stadt, der Kaiser möge im Zivilanzug in Wien ankommen. Obzwar Graf Taaffe den Wunsch Wiens unterstützte, blieb er unerfüllt. Ein Jahr später übrigens bat man bei der Einladung zum Bürgerball den Kaiser abermals, sich in Zivil zu zeigen; auf der Tanzordnung war sein Bild im

Frack. Doch auch diesmal blieb's bei der Uniform. «Geben Sie sich keine Mühe,» sagte der Kaiser, «es ist vergebens.»

Wien war schön um diese Zeit. Das schwarze Gewölk im Rücken, genoss es die neue Freiheit wie den ersten sonnigen Tag. Man hat dem Liberalismus der Deutschen Österreichs, der jetzt seine Träume verwirklicht sah, eine lange Sündenliste angehängt; ihm vorgeworfen, dass er grosse Worte für bescheidene Errungenschaften wählte, ohne an den wirklichen Grundlagen der politischen Macht allzuviel geändert und für die bürgerlichen Klassen in Österreich Entscheidendes getan zu haben; die spätere Kritik vermisste an ihm ein ernstes Bekenntnis zu den Grundsätzen der westeuropäischen Demokratie, den Willen, die breiten Schichten des Volkes heranzuziehen; sie verübelte seinen Führern, Rechtsanwälten, Fabrikbesitzern, Professoren, höhern Beamten, die Befangenheit in den Vorurteilen ihrer Klasse. Manches an diesem Urteil ist wahr: viele der führenden Männer, Advokaten und Industrielle aus den Sudetenländern, aus Prag und aus Brünn, trugen die Merkmale ihres Ursprungs mit sich: jene Mischung aus Bildung und Besitzstolz, in welcher der Schillersche Idealismus mit dem Hochmut der bürgerlichen Wohlhabenheit, das Pathos Posas mit der Gesinnung bürgerlicher Honoratioren sich paarte. Mit dem Kopfe berührten sie den Wolkenthron der deutschen Klassiker, ohne doch der Enge der sudetendeutschen Provinz entrinnen zu können. Ihr doktrinär geformtes Idealbild Österreichs war ein von deutschen Bürokraten zentralistisch geleiteter Einheitsstaat; ihr Held Joseph II. In denselben Reihen schritten freilich auch jene Glückspilze des wirtschaftlichen Aufschwungs, welche die Zeichen der neuen Zeit auf ihre Weise deuteten, Liberale, in deren Biographien, wie Daniel Spitzer sagt, die drei Kapitel aufeinanderfolgen: eiserne Stirn, eiserne Kasse, eiserne Krone. Dennoch, das aus den Klammern des Absolutismus gelöste Österreich hatte dem deutschen Liberalismus viel zu danken: die Staatsgrundgesetze vor allem, welche die allgemeinen Rechte der Bürger festlegten, die richterliche Gewalt vor Eingriffen schützten, die Verantwortlichkeit der Beamten statuierten. Die Liberalen mussten Österreich aus dem Kopfe bauen. Die Gewährung der Glaubens- und Gewissensfreiheit machte erst möglich, dass die bisher bestehende Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen abgenommen und den weltlichen Gerichten gegeben wurde; sie erlöste den Unterricht von der kirchlichen Leitung und gab die Schule den staatlichen Behörden zurück; sie machte das Religionsbekenntnis der Kinder aus gemischten Ehen von der kirchlichen Gewalt unabhängig; sie nahm dem Bürger das Schloss vom Munde, liess ihn Verei-

ne bilden und Versammlungen abhalten – kurz, der Anschluss Österreichs an Europa ist das Werk der Herbst und Giskra, der Lasser und Kaiserfeld.

Der Aufstieg des deutschen Bürgertums im Staate und dessen Berufung zur Mitregierung drückte sich auch im äusseren Bilde Wiens aus. Schon Jahre zuvor hatte jene Umwandlung eingesetzt, die aus der umgürteten Festung mit den Basteien, Toren, Brücken und engen Gassen eine offene, bequeme, freundliche Stadt entstehen liess: schüchtern fast begann man auf den ausgefüllten Stadtgräben und auf dem ehemaligen Glacis die ersten Häuser zu bauen. Das Wachstum der Industrie, die grösseren Freiheiten des Gewerbes, nicht zuletzt die Stadterweiterung selbst gaben Wien einen mächtigen Auftrieb. Auf der Ringstrasse erstanden die Paläste der neuen Finanzmänner, der Rothschild, Todesco und Springer, der Wiener und Schey, Königswarter und Epstein. Die neue Macht, die fortan eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollte, kündigte sich in Prachtausgaben an. Ihr Geschmack war von dem des alten Adels, auch von der Art des Wiener Biedermeier sehr verschieden, doch über ihm wachte ein künstlerischer Sinn, der das neue Wien zu einer der schönsten Städte der Welt gestaltete. Wien bekam ein neues Gesicht, einen neuen Schritt, es wurde unternehmend, es wurde reich. Die Gründung der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zog fremde Kapitalien nach der Reichshauptstadt und liess neue Banken entstehen. Der Zustrom aus der Provinz stieg von Monat zu Monat; Wien wurde das Mekka aller initiativen Kräfte des Reichs. Was sich jetzt vollzog, war eine unblutige Revolution: neue Elemente, neue Menschen sprengten die Fesseln der alten Wiener Gesellschaft; was sie an alten Werten verlor, gewann sie an Ausbreitung und Intensität des Lebens. So verschieden der Ursprung des neuen Reichtums von jenem des alten war, so beherrschend blieben doch die Lebensformen, die man vom Adel empfangen hatte. Jede neue Schicht der industriellen und handeltreibenden Gesellschaft hat den sozialen Ehrgeiz, sich diesen Formen anzupassen. Die neue Geldwelt Wiens sass in den Logen, sie liess die schönsten Pferde und Karossen durch die Hauptallee des Praters galoppieren, sie baute Villen und Sommerpaläste in Hietzing und Mödling, in Baden und Vöslau, gleich jenen, die adlige Geschlechter einst vor den Toren Wiens errichtet hatten. Die Bankiers wurden Grossgrundbesitzer; mit der Eroberung der Glaubens- und Gewissensfreiheit eroberte man die freie Bewegung der Güter. Der Liberalismus gab seiner Zeit das politische und gesellschaftliche Gepräge.

Wie war es möglich, den Kaiser mit der neuen Welt so rasch zu versöh-

nen, seine Abneigung gegen den Liberalismus zu beseitigen, ihm den Argwohn zu nehmen? Auch Franz Joseph stand im Bannkreis dieser unpersönlichen Kräfte, aber soweit es auf Personen ankam, waren es die zwei leitenden Männer seines Reichs, Andrassy und Beust, die den Liberalismus hoffähig, den Hof liberal machten. Was Andrassy, der gescheite, charaktervolle Ungar, auf seine Art getan, ergänzte Beust, der kluge, weltgewandte Sachse in anderer Weise. Andrassy hatte den Kaiser von der Ungefährlichkeit eines Ungarn überzeugt, dem man die alten Rechte wiedergegeben; bei Beust lernte Franz Joseph die Ungefährlichkeit des deutschen Liberalismus kennen. Der deutsche Bürger von 1868 war nicht mehr der von 1848; er hatte sein struppiges Haupthaar verloren, dafür aber ein Bäumlein angesetzt. Beust hatte in den vielen Jahren seiner staatlichen Geschäftspraxis zuviel Erfahrung gesammelt, als dass er nicht gewusst hätte, dass der Liberalismus kein unerbittliches Prinzip ist; er war auch hellichtig genug, zu sehen, dass bei allen österreichischen Nationen noch auf lange Zeit hinaus keine «parlamentarischen Cromwell-Naturen» zu befürchten seien. Beust drückt sich anders aus, aber dem Sinn nach ist es doch so, dass er Franz Joseph etwas von dessen Ernst der Menschenbetrachtung genommen und dafür von der eigenen zynisch-klugen Art gegeben hat. Es lag denn auch nicht an Franz Joseph, wenn sich die geplante Parlamentarisierung der Regierung hinausschob; die Liberalen selbst, die Eifersüchteleien innerhalb der Verfassungspartei, verzögerten diesen Plan. Sie mussten nach aussen einig sein, denn ihre Furcht war gross, dass die liberale Verfassung und die freisinnige, gegen Papst und Konkordat gerichtete Gesetzgebung am Widerstand des Kaisers scheitern könne; innerlich aber erwarteten alle die Berufung zum Kaiser, und darum gönnte sie keiner dem andern.

In einem Bericht, in welchem Beust den Kaiser im Umgang mit Parlamentariern unterweist, macht er Franz Joseph den Vorschlag, dem Fürsten Karl Auersperg das Ministerpräsidium zu übertragen. Er nennt den Fürsten «Carlos», im guten Glauben, dies sei dessen wirklicher Vorname. So wurde indes Auersperg nur scherzweise von seinen Standesgenossen genannt, die mit der Hispanisierung des Rufnamens die Unnahbarkeit und Grandezza des stolzesten österreichischen Aristokraten ironisierten. Franz Joseph war erstaunt, in der ernstesten Denkschrift Beusts den «Carlos» zu finden, er lachte aber, als man ihn über den Irrtum seines Kanzlers aufklärte. Sehr zum Ärger Auerspergs ist ihm der Spitzname als Vorname geblieben; Presse und Ge-

schichtschreibung haben ihn, wohl auch in gutem Glauben, übernommen. Der letzte Anstoss, die Parlamentarisierung des Kabinetts zu verwirklichen, kam von Ungarn; man wollte dort die Wahlen in die gemeinsamen Vertretungskörper nicht früher vornehmen, solange nicht in den Erbländern ein starkes Ministerium etabliert sei. Am 1. Januar 1868 konnte die amtliche «Wiener Zeitung» die Geburt des parlamentarischen Ministeriums – das «Bürgerministerium» heisst es in der Geschichte – melden. Es war zweifellos eine Regierung der Begabungen. Dr. Giskra, nun Minister des Innern, Dr. Brestei, der das Ressort der Finanzen erhielt, und der Minister ohne Portefeuille Dr. Berger waren Veteranen von 1848. Der Gerbermeisterssohn Dr. Giskra aus Mähren hatte arm und radikal begonnen; mit achtundzwanzig Jahren ist er Doktor und Deputierter der Frankfurter Paulskirche gewesen. Sein Kollege Bach, das Vorbild dieser Karriere, verweigerte Giskra nach der Revolution die Zulassung zur Advokatur. «Solange ich lebe, nie!» 1868 ist der Gehasste Minister, und Bach ist ein toter Mann. Berger, der Vater des nachmaligen Burgtheaterdirektors, gleichfalls Mährer, Sohn eines kleinen Beamten, hatte wie Giskra eine schlechte Polizeinote. 1848 kompromittiert, Abgeordneter in der Paulskirche. Ein hervorragender Jurist und Redner. Berühmt war sein Humor, der ihm bis zum Tode treu blieb. In seinem Testament verbot er den Söhnen, auch nur einen Gulden der grossen Erbschaft in österreichischen Staatspapieren anzulegen. Ebenso schlecht beschrieben war der dritte «Achtundvierziger», Brestei. Als Mathematikprofessor 1849 gemassregelt, musste er sich mühsam durchschlagen, bis er eine Unterkunft bei der Kreditanstalt fand. Der eigentliche Führer des Liberalismus, Dr. Eduard Herbst, nahm nach kurzem Zögern das Justizportefeuille an; er hatte das Präsidium erhofft. Wie ein grosser Teil der deutschböhmischen Politiker entstammte auch Herbst einer Familie slawischen Bluts; Professor des Strafrechts, zuerst in Lemberg, dann in Prag, stieg er dort zu seiner Bedeutung auf. Handelsminister wurde Ignaz von Plener, im Staatsdienst ergraut, Finanzminister unter Schmerling, ein Muster der zentralistischen Bürokratie. Dazu kamen die beiden Herrenhausmitglieder Ritter von Hasner als Unterrichtsminister und Graf Potocki, dem man den Ackerbau gab. Beust hatte sehr geschickt die Bedenken Franz Josephs zu zerstreuen verstanden. Obwohl Herbst bei Hofe als Feind der Kirche und als ein der Dynastie wenig freundlich gesinnter Mann galt, waren es nicht seine und seiner Gesinnungsgenossen Sittennoten allein, was Beust die Kabinettsbildung erschwert hatte. Diese anstössigen Dinge erledigte Beust in



seinen ausführlichen Berichten an den Kaiser, wo er immer wieder versichert, dass die liberalen Männer «auf ein Programm verzichten und ihre Ernennung nur von der Huld und Gnade Euer Majestät erwarten, dass ferner alle Persönlichkeiten des neu zu bildenden Ministeriums, unter ihnen auch Berger, Giskra und Herbst, die versöhnlichste Gesinnung gegen die noch widerstrebenden Nationalitäten zur Schau tragen.» Dies nämlich war der Punkt, der dem Kaiser Sorgen bereitete. Er hielt zu Beust und war entschlossen, auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu bleiben, er war aber sehr gut über die Stimmung in Prag unterrichtet, wo die Opposition der Tschechen gegen den Dualismus und das deutschliberale Regime sich zu lauten Kundgebungen steigerte. Franz Joseph hätte eine Koalitionsregierung gewünscht, mit Vertretern der slawischen Nationen; Beust machte dem Kaiser klar, dass dazu vor allem bei den Tschechen die Vorbedingung fehle: eine Partei, welche die Verfassung anerkenne. Es war ein formalistischer Einwand, der darüber nicht hinweghalf, dass die nationale Frage an die Tore der Gesetzgebung pochte. Vor zwanzig Jahren, in Kremsier, war das Nationalitätenproblem zum erstenmal auf Österreichs öffentlicher Bühne erschienen; die zwei Jahrzehnte der Unterdrückung jedes öffentlichen Geistes hatten die Gestalt dieses Problems verändert. Aus dem Klirren eingeschlagener Fensterscheiben in Prag vernahm man den kommenden nationalen Radikalismus. Zugleich flammten auch die ersten Zeichen sozialen Unmuts auf; an dem Industriegürtel Wiens, in Wiener-Neustadt, in Graz, in Nordböhmen erwachten die Arbeiter zu selbständigem Handeln. Ungelöste Aufgaben von vorgestern und gestern stiessen nun mit den Fragen von heute und morgen zusammen.

Wien stand zu dieser Zeit ganz im Banne des Kulturkampfes, der im März 1868 in der Debatte des Herrenhauses seinen Höhepunkt erreichte. Es war eine respektgebietende Vereinigung jene achtzig verfassungstreuen Peers, Träger alter Adelsnamen, Männer der Wissenschaft und der hohen Bureaucratie, die in einem drei Tage währenden Rededuell die Opposition der Rechten besiegten und den antikirchlichen Vorlagen zur gesetzlichen Geltung verhalfen. Niemals wieder hat das bürgerliche Wien Kundgebungen des freisinnigen Geistes von ähnlichem Umfang gesehen. Bis auf die Strasse, bis zur «Freyung» und zum «Hof», zwei der schönsten Plätze Wiens an der Herrengasse, wo der Sitzungssaal lag, stand die Masse Kopf an Kopf gedrängt. Der Applaus des Saals pflanzte sich auf die Gasse fort, als Graf Auersperg von «dem gedruckten Kanossa» sprach, «das bestimmt gewesen sei, das Österreich des neunzehnten Jahrhunderts für die josephi-

nischen Sünden des achtzehnten büssen zu lassen». «Bleibt das Konkordat,» rief der greise Baron Lichtenfels, «so kommt über Österreich das Chaos und die Nacht.» Die Abstimmung am 21. März war ein Schauspiel für sich; am grössten die Spannung, als der Obersthofmeister des Kaisers, Fürst Hohenlohe, beim namentlichen Aufruf seine Stimme abgab. Sein Votum für die Gesetze rief eine stürmische Ovation für Franz Joseph hervor. Es war wohl das einzige Mal im Leben des Kaisers, dass er als Antiklerikaler gefeiert wurde. Am Abend dieser Abstimmung war Wien illuminiert. Die ganze Stadt war in Bewegung; vor den Ministerhotels, auf öffentlichen Plätzen, im äussern Hofe der Burg, wo Josephs II. Standbild steht, überall stauten sich die Massen vor improvisierten Rednertribünen. In dem Zuge der vielen schritt auch ein einziger: der siebenundsiebzigjährige Franz Grillparzer. Beust erzählt, wie er an diesem Abend ins Gedränge kam. «In Begleitung meines Bruders ging ich den Graben entlang, als plötzlich mein Name gerufen wurde und von allen Seiten, von der Kärntnerstrasse, vom Stephansplatz und den andern einmündenden Gassen Tausende mit Vivatrufen hervorbrachen. Ich trachtete in den Trattnerhof zu entfliehen, ein Mann aber umfasste meine Knie und rief einmal über das andere: ‚Sie haben uns von den Fesseln des Konkordats befreit‘, worauf ich ihm erwiderte: ‚Bitte, so befreien Sie meine Beine!‘» Die Menge begleitete Beust bis auf den Ballhausplatz, wo er noch bis in sein Schlafzimmer den wienerischen Zuruf der draussen Harrenden hörte: «Aussi muss’ er!» Aus der gegenüberliegenden Burg aber waren indessen beunruhigende und übertreibende Telegramme nach Ofen an den Kaiser gesandt worden, in denen man das Bild der Wiener Gasse mit den Märztagen von 1848 verglich. Graf Taaffe, der Polizeiminister, beruhigte Franz Joseph, Beust ergänzte den telegraphischen Bericht durch ein langes Schreiben an den Kaiser, worin er versichert, dass es sich um keine «organisierte Pression», sondern um «die Explosion einer erregten Stimmung gehandelt habe, die sich allerdings, im Falle das Votum umgekehrt ausgefallen wäre, möglicherweise in anderer Richtung geäussert haben würde. Die Leute waren keine Sendlinge, sondern wohlgekleidete Personen verschiedener Stände.» Beust verwahrt sich dagegen, Gassendemonstrationen guthelssen zu wollen, hält aber in seiner gescheiterten Art dem Kaiser ein englisches Beispiel vor: «Ich selber war in London, als 1846 die Korn-Bill, womit ein jahrhundertaltes System umgeworfen wurde, nach langen Kämpfen im Oberhause durchging. Massenhaft standen die Menschen vor dem Parlament, je nach ihrer Abstimmung wurden die Herzöge mit Beifall oder Murren beim Herauskommen empfangen und am

nächsten Tage wurde auch illuminiert.» Der nicht ausgesprochene Folgesatz ist hörbar: Und England hat's überstanden. Franz Joseph liess sich beruhigen.

Der Kaiser hält sich jetzt viel in Pest auf. Er geniesst die Versöhnung mit Ungarn, zum erstenmal auch, ohne Trübung, die ungarische Königswürde. Fast scheint es, als ob der Schwerpunkt des Reichs nach dem Osten gerückt sei. Die Kaiserin, der das madjarische Kavaliertum, das lebhaftere Temperament der Menschen zusagt, fühlt sich hier wohler als in Wien. Ihr Hofstaat ist, seitdem die Obersthofmeisterin Gräfin Königsegg ihren Posten an die Gräfin Andrassy abgetreten hat, nun ganz ungarisch; die Kinder verbringen Frühjahr und Sommer in Gödöllö, dem Schlossgut, das der Kaiser als Krönungsgeschenk von den ungarischen Ständen empfangen hat. In Pest kommt am 22. April 1868 Marie Valerie, Elisabeths jüngste Tochter, zur Welt. Der Aufenthalt in Ungarn bringt es mit sich, dass Franz Joseph dem Kampf entrückt bleibt, den die Kirche gegen die neuen konfessionellen Gesetze entfacht hat. Zu einer Deputation des Wiener Reichsrats sagt Franz Joseph: «Lassen Sie uns auf der betretenen Bahn rasch und entschieden fortschreiten, um so möglichst schnell zu einem gedeihlichen Resultat zu kommen.» Im Juni ist der Kaiser in Prag. Beust hatte die Reise angeregt, in der Meinung, die politische Verstimmung der Tschechen beseitigen zu können; die Einweihung einer neuen Brücke bot Anlass, den Kaiser zur Fahrt zu bewegen. Franz Joseph fuhr in Begleitung des Ministerpräsidenten Karl Auersperg. War nun Beusts Vertrauen zu Auerspergs diplomatischer Kunst nicht allzu gross, oder dachte er die Früchte der ersehnten Verständigung mit den Tschechen selber zu pflücken – er eilte auch nach Prag und liess den Statthalter Baron Kellersperg eine Zusammenkunft mit den beiden Führern der Tschechen, mit Palacky und Rieger, vereinbaren, ohne Auersperg davon in Kenntnis zu setzen. Beust hat es zweifellos gut gemeint, als er die direkte Aussprache mit den tschechischen Politikern suchte, der Versuch ist ihm jedoch schlecht bekommen. Auersperg, in seiner Würde verletzt, nahm Beust diese Eigenmächtigkeit sehr übel; er verliess, ohne Rücksicht auf alle Festlichkeiten Prag und den Kaiser, und reichte bei der Rückkehr Franz Josephs nach Wien sein Entlassungsgesuch ein. In diesem Gesuche heisst es: «Geleitet von mehrfachen Erfahrungen habe ich mit der peinlichen Empfindung gekämpft, von Eurer Majestät nicht jenes Vertrauens gewürdigt zu werden, welches meiner Dienstleistung die Aussicht auf entsprechenden Erfolg gewähren könnte.» Etwas boshaft bemerkt Beust dazu: «In der

Wahrnehmung, dass er sich nicht mehr des kaiserlichen Vertrauens erfreue, hatte sich Fürst Carlos nicht geirrt...» Man müsste lügen, wenn man sagen wollte, dass Auerspergs Demission sonderlich hohe Wellen geworfen habe. Wien war eine Stadt der Kongresse und Feste geworden, es toastierte und jubilierte. Das grosse Schützenfest im August 1868 hat dadurch eine gewisse Bedeutung gewonnen, dass man es ein «Rendezvous der Besiegten von 1866» nannte; «alle, die mit dem Grafen Bismarck ein Hühnchen zu rupfen hatten, liefen hier ebenso zusammen wie die Kostgänger des Weifenschatzes und königlich hannoverschen Demokraten.» Es war eine buntgemischte Gesellschaft, jene Riesenversammlungen, die sich vierzehn Tage lang auf der Wiener Schützenwiese und in den grossen Sälen der Stadt zusammenfand, doch wer sie nicht absichtlich sehen wollte, merkte nichts von der «Spitze gegen Preussen», die das Fest getragen haben soll. Es war ein grosses Abschiedsfest jener süddeutschen Ideologie, die sich so schwer von Österreich zu trennen vermochte, gewiss aber auch, wie es die «Spenerische Zeitung» sagte, «eine Manifestation des neuen Freiheitsgefühls in Österreich, das die Fesseln des staatlichen Absolutismus und die Hierarchie für immer losgeworden zu sein glaubte.»

Das Bild des wirklichen Österreich präsentierte sich in den Landtagen, wo die so lange unterdrückten Kräfte aufeinanderstiessen. Die Zuerkennung der staatlichen Selbständigkeit Ungarns hatte bei allen Nationen historische Reminiszenzen geweckt. Am ernstesten war die Bewegung der Tschechen. Ihre Abgeordneten blieben dem Prager Landtag fern, liessen aber durch Rieger eine Deklaration überreichen, in welcher zum ersten Male klar ausgesprochen wurde, dass die «Länder der böhmischen Krone nie in einer Realunion mit irgendeinem österreichischen Staate gestanden», mit den übrigen Ländern des Hauses Habsburg nichts als die Dynastie gemein hätten. Die Romantik der tschechischen Geschichte, die Erinnerung an die Schlacht am Weissen Berge, die Wiederbelebung des tschechischen Staatsrechts wurden von da an politische Realitäten. Zur selben Zeit loderte der Zwist der Nationen im galizischen Landtag, in Zara und in Triest auf. Der ungarische Ausgleich hatte eine Nation befriedigt, das Problem der Erbländer ungelöst gelassen. Das liberale Ministerium, mit der Aufgabe beschäftigt, die notdürftigsten Vorbedingungen für einen Rechtsstaat zu schaffen, hatte kein Ohr für die Sprache der nationalen Explosionen. Über Prag und die Vororte wurde der Ausnahmezustand verhängt, gleichzeitig der Feldmarschall-Leutnant Baron Koller mit dem Generalkommando in Böhmen und der Leitung der Statthalterei in Prag betraut. Die Regierung

liess sich dazu ein Gesetz votieren, mit welchem sie den grössten Teil der freiheitlichen Rechte suspendieren konnte. Ihr Versuch, den Streit der erwachenden Nationalitäten mit dem Fragebogen zu schlichten, misslang. Das Ministerium legte den siebzehn Landtagen ein Schema von sieben Fragen vor, worauf zu antworten war, ob die Abgeordneten für den Wiener Reichsrat wie bisher aus den Landtagen oder ob sie direkt gewählt werden sollen; ob man die Bevölkerung unmittelbar befragen oder die vier Kurien, die der Städte, des Landes, des Grossgrundbesitzes und jene der Handelskammern beizubehalten wünsche. Ein absurder Gedanke der deutschliberalen Regierung, diese Fragen, die das Problem des allgemeinen Wahlrechts in sich bargen, an die Klassen Vertretungen der Länder zu richten. Die Antwort war denn auch danach; die Landtage sprachen sich für die Autonomie der Länder, für die Suprematie und den ständischen Charakter der Ländervertretungen aus: gegen den Zentralismus, gegen die Reichseinheit, gegen Wien.

Gerade um diese Zeit war Beust auf Reisen gegangen, die darauf abzielten, Österreich in freundlichere Beziehungen zu Russland zu bringen und in Süddeutschland alte Reminiszenzen an das Haus Habsburg aufzufrischen. Von Stuttgart und Baden-Baden fuhr er nach Ouchy, wo er mit dem Fürsten Gortschakow zusammentraf. Beusts Bemühen, wieder mit Russland in Fühlung zu kommen, hing insofern mit dem dalmatinischen Aufstande zusammen, als der Kaiser sich von dem Verdacht schrecken liess, Russland habe durch Montenegros Vermittlung in Dalmatien das Feuer gelegt. Auch die Verstimmung zwischen Wien und Berlin, durch eine Indiskretion hervorgerufen, wurde behoben; in das österreichische Generalstabswerk war ohne Wissen Beusts eine 1866 aufgefangene Depesche Bismarcks an den Grafen Goltz in Paris aufgenommen worden, wodurch sich Bismarck und der König verletzt fühlten. Der preussische Kronprinz benützte nun die Fahrt zur Eröffnung des Suezkanals, um Wien einen Beweis der guten Gesinnung zu geben. Am 25. Oktober folgte Franz Joseph seinem Gast; in Begleitung Beusts und des Handelsministers Plener trat er seine Orientreise an. Die sechs Wochen währende Fahrt Franz Josephs nach dem Orient ist seine erste grössere Reise. Sie beginnt mit der Nachtfahrt von Pest nach Serbien und führt zunächst nach Konstantinopel und Athen. Bei Orsowa bemerkt jemand aus der Gesellschaft, es müsse da der Ort sein, wo Kossuth die ungarischen Kroninsignien vergraben habe; die Angabe wird von anderer Seite bestritten. «Ich wendete mich», erzählt Beust, «mit gedämpfter Stimme an den ungarischen Ministerpräsidenten, den Grafen

Andrássy, mit den Worten: ‚Das müssen Sie ja doch wissen.‘ Doch Andrásy schwieg.» Während der Seefahrt lässt Franz Joseph, der Beusts Neigung zur Seekrankheit kennt, von seinem Schiff telegraphisch fragen: «Was macht Beust?» Der mangelhafte Apparat antwortet: «Unverschämt», was richtig heissen sollte: «Er schläft.» Bei der Ankunft in Konstantinopel kommt der Sultan dem Kaiser entgegengefahren, es wird ihm aber bei seiner Leibesfülle sehr schwer, das Schiff zu erklettern. Sprechen kann man nicht mit ihm; er versteht nicht ein Wort Französisch. Von der Einrichtung des Palasts sagt Andrásy, man höre zwar in der Nacht Mandolinen, könne aber nicht schlafen, da sich andere weniger poetische Dinge fühlbar machen.

Auf dem Wege von Jaffa nach Jerusalem empfängt Franz Joseph die Huldigung zweier stolzer Männer, deren edle Rosse dem Kaiser besonders gefallen: es sind zwei Räuberhauptleute, die vorher durch beträchtliche Summen zu solchem Benehmen verpflichtet worden waren. Den Kaiser amüsierten die Dromedare, die nicht immer parieren wollen. Man muss die List anwenden, sie stark zu überlasten, um ihnen dann die Entlastung fühlbar zu machen und sie zum Aufstehen zu bringen. «Ganz wie in den Delegationen mit dem Kriegsbudget», meint der Kaiser. An der Stelle, wo Jerusalem zum ersten Male zu sehen ist, steigt Franz Joseph ab, die Erde zu küssen. Bei der Einweihungsfeier in Port Said führt er die Kaiserin Eugenie. Das eigentliche Fest spielt sich in Ismailia ab, einem Nest von fünftausend Einwohnern. Man wohnt auf den Schiffen, der grosse Ball aber ist zu Land im neuen Verwaltungspalais. Da sich die Wagen verspäten, muss man zu Fuss durch die schmutzigen Strassen Ismailias. Beust reitet im Ministerfrack mit allen Dekorationen auf einem Esel, was die Kaiserin Eugenie sehr erheitert. Im Ballsaal, wo es neben den vornehmsten Leuten auch viele unbekannte Gestalten gibt, hält er seine Grosskreuze in Brillanten fest in der linken Hand. Das Souper mit einem Menü von vierundzwanzig Gerichten ist nach dem vierten zu Ende, weil die andern nur auf dem Papier stehen. Bei der Einschiffung in Suez fällt der österreichische Vizekonsul ins Meer. Andrásy hat schon den Rock ausgezogen, um nachzuspringen; inzwischen wird der Schwimmende von einem Matrosen gerettet. Der Kaiser lässt sich Lesseps vorstellen; der Erbauer des Kanals, ein Sechziger, führt seine eben getraute sechzehnjährige Frau am Arm.

Für die Rückfahrt war eine Begegnung des Kaisers mit König Viktor Emanuel in Brindisi geplant. Viktor Emanuel entschuldigt sich, er war an Masern erkrankt. «Nach meinem Austritt», sagt Beust, «hat der Kaiser einen grossen, meiner Ansicht nach zu grossen Beweis von Selbstverleug-

nung gegeben, den ich dem Monarchen nie zugemutet haben würde, indem er dem König dessen Wiener Besuch in Venedig erwiderte. Man denke sich, dass Heinrich V., was nur von ihm abhing, 1873 König von Frankreich geworden wäre, und er dem Kaiser Wilhelm in Strassburg einen Besuch gestattet hätte! Freilich war Franz Joseph in Venedig nicht der Besiegte, aber das änderte nichts an dem demonstrativen Betreten eines dem Kaiser entrissenen Besitzes. Die Verletzung gewisser achtungswerter Gefühle wird durch die augenblickliche Befriedigung anderer nicht ausgeglichen.» Der Kaiser sendet Beust nach Florenz. In Triest, wo Elisabeth den Kaiser erwartet, erstattet Beust Bericht. Hier wartet auch Graf Taaffe mit Botschaften aus Wien. «Es wird nichts Angenehmes sein,» sagt der Kaiser, «was er zu melden hat.» Am 6. Dezember ist Franz Joseph wieder in Wien. Seine Ahnung hatte recht gehabt.

### ZWISCHEN KRIEGSGEFAHR UND KRÖNUNGSPÄNEN

DREI FRAGEZEICHEN RICHTEN SICH JETZT VOR Franz Joseph auf: die zur Selbständigkeit erwachende Arbeiterbewegung, die Opposition der Nationen gegen das deutschliberale Regime, das Zukunftsbild eines Deutschlands ohne Österreich. Im Wiener Volke lebt ein naturrevolutionäres Element, das sich durch Klugheit und Gewalt modeln und zum Schweigen bringen, aber nicht völlig verdrängen lässt. Es bricht plötzlich hervor wie im Jahre 1848, wobei sich Arbeiter und Bürger deutlich voneinander abhoben, es glimmt unter der Asche hingerichteter Hoffnungen, um neuerlich emporzuzüngeln. Dieser natürliche Hang zur Empörung, der im Wiener Volke schlummert, scheint ungefährlich, weil er wie eine Naturkraft sich in Blitzen entlädt und ebenso rasch verlischt; er war bisher von keinem Programm kommandiert, er hatte noch kein politisches Rezept. Erst jetzt beginnt der deutsche theoretische Sozialismus, wie ihn Lassalle verkündet, auch des Wiener Arbeiters sich anzunehmen. Am 13. Dezember 1869, an dem Tage der Reichsratseröffnung, sieht Wien zu seiner grossen Überraschung eine mächtige Massendemonstration von Arbeitern. Die Menge zieht in vollster Ordnung vom Paradeplatz auf dem Josephstädter Glacis vor das Parlament und durch die Stadt zum Palais des Ministerpräsidenten. Graf Taaffe, der nach Auerspergs Rücktritt den Vorsitz im Kabinett führt, war von der Demonstration unterrichtet worden und hatte auch den Kaiser

davon in Kenntnis gesetzt. Mit dessen Zustimmung lässt er die Massen gewähren, er empfängt deren Deputation, nimmt ihre Forderungen nach Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, nach Freiheit in den Dingen des Vereins- und Versammlungsrechts entgegen. Der Kaiser und Taaffe verhalten sich vor dieser ersten grossen Kundgebung der Arbeiter unnervös; die Manifestation geht vorüber, ohne dass die Polizei einen Anlass zu irgendeiner Aktion gefunden hätte. Indes, schon jetzt zeigt der Liberalismus sein zweites Gesicht. Das Herrenhaus schlägt Lärm und erzwingt die Verhaftung der Urheber der Meetings, darunter Oberwinder, Scheu, Most und Papst; der Lassalleaner Hartung kann entfliehen. Es ist das Verdienst Taaffes, also des Kaisers, dass die Regierung gleich nach der Demonstration, am 14. Dezember, ein die Koalitionsfreiheit sicherndes Gesetz einbringt, das denn auch am 10. Februar 1870 vom Reichsrat angenommen wird.

Schwerer wiegend ist zunächst die andere Frage, die das Kabinett beschäftigt. Das Bürgerministerium hatte Österreich auf dem Wege zum Rechtsstaat ein grosses Stück weitergebracht, ohne aber an das eigentliche Problem des Reiches gerührt zu haben. War es in seinem Wesen begründet, dass es sich dem Verständnis der nationalen Frage verschloss, reicht diese Aufgabe über seine Kraft? Die Minorität des Kabinetts, Taaffe, Berger und Potocki begreifen, dass es unmöglich ist, die Opposition der Tschechen, Südslawen und Polen einfach zu ignorieren und dem Schrei der Nationen das starre Antlitz der «Verfassung» entgegenzuhalten. Es ist wieder einer jener geschichtlichen Momente, da Österreich nach einem Staatsmann ruft. Ist das Problem überhaupt nicht zu lösen, ist es nur Habsburgs Traum, ein Dutzend Völker unter seinem Zepter zusammenzuhalten? Hat Habsburg die Stunde versäumt, da es dieses Problems Herr werden konnte? Von der Ahnung der Aufgabe haben in diesem Jahre der Kaiser und die Kabinettsminorität mehr verspürt, als die fünfköpfige Mehrheit Giskra, Herbst, Brestei, Plener und Hasner. In diesen Männern, deren Verdienst um die freiheitliche Gestaltung des Reichs ungeschmälert bleibt, war die Vorstellung vom zentralistisch regierten Österreich unter deutscher Vorherrschaft zur unerschütterlichen Idee geworden. Sie empfehlen dem Kaiser «die Beharrlichkeit auf dem betretenen Wege als das relativ beste; der Versuch, die Länderautonomie weiter auszudehnen, sei mit vollster Bestimmtheit zu verneinen». Taaffe plant eine Wahlreform, die der staatsrechtlichen Opposition entgegenzukommen hätte; auch die Majorität des Kabinetts verschliesst sich nicht der Notwendigkeit, das Wahlrecht zu erweitern, aber sie wünscht eine Reform, die den Zentralismus zu stärken, die Opposition zu zermürben



hätte. Man sieht deutlich die Konturen des Problems. Ein mutiger Staatsmann hätte jetzt vollbringen müssen, was Bismarck als das einzige Mittel begriffen hatte, die Monarchie im Volke zu verwurzeln: das allgemeine Wahlrecht. In Österreich kam 1870 das Expansionsbedürfnis der aufstrebenden Nationen nur in den Landtagen der Klassen und Stände zu Wort, die Völker des Reichs mit ihren Wünschen und Sorgen erscheinen sozusagen verkleidet auf der Bühne: als Standesherrn, als Bischöfe, als wohlhabende Bürger. Nur in den Vertretern des intellektuellen Mittelstands haben sie ihre Anwälte. Berger begreift, worauf es ankommt, als er dem Kaiser auseinandersetzt, dass eine Reform des Wahlrechts zu dem Zweck, eine gefügte deutsche Regierungspartei zu bekommen, den Zustand nur verschlimmern würde; er lehnt auch das billige Auskunftsmittel der Schwärmer für die starke Autorität ab: mit dem Ausnahmezustand zu regieren. «Ein Sieg des Majoritätsprogramms führt unausbleiblich und wahrscheinlich auch in andern Provinzen als in Böhmen zur Suspendierung der Verfassung.»

Kaiser Franz Joseph verhält sich in dem Streit seiner Minister zurückhaltend, obwohl seine Meinung auf der Seite Taaff es, Bergers, Potockis ist; er lässt den ungewöhnlichen Vorgang zu, dass beide Parteien, Mehrheit und Minderheit des Kabinetts, ihre an den Kaiser gerichteten Memoranden in der amtlichen «Wiener Zeitung» veröffentlichen; er entscheidet gegen seine Meinung, als das Herrenhaus sich für die Mehrheit ausspricht, und gibt Taaffe, Berger und Potocki die Entlassung. Der triumphierende Zorn des Liberalismus gegen die gestürzten Widersacher entlädt sich post festum, nachdem die Entscheidung bereits gefallen war, im Abgeordnetenhaus gegen Beust, der auf seine Art, geschickt, durch ein kleines Gesinnungsoffer den Donner des liberalen Obergotts Giskra zum Schweigen bringt. Bei der Komplettierung des Ministeriums übernimmt der Unterrichtsminister Hasner den Vorsitz, der Verwalter der Waldsteinschen Güter in Böhmen, Abgeordneter Banhans, den Ackerbau und der Steiermärker Stremayr, ein alter Achtundvierziger, der mit Giskra in der Paulskirche gesessen, den Unterricht. Es ist bemerkenswert an Franz Joseph, dass er, dem die liberalen Pathetiker Giskra und Herbst unsympathisch sind, selbst in Personalfragen Konzessionen macht, die er sonst als sein ureigenstes Gebiet angesehen hat. Die Veränderung des Kabinetts vermag die Kardinalfrage nicht zu ändern: Die Verständigung mit den Nationen. Diese Forderung ist nun Franz Joseph zum Programm geworden. Seine Bekehrung zum Liberalismus war die Frucht der Aussöhnung mit Ungarn; er hatte sich mit

dem Gedanken vertraut gemacht, dass der Ausgleich nur zu vollziehen sei, wenn mit der Einführung des verfassungsmässigen Zustands in Ungarn auch Österreich eine liberale Verfassung erhalte; er akzeptierte Andrässys Vorstellung, die Ungarn hier, die Deutschen dort zu den «Säulen des Reichs» zu machen. Den Ungarn gelang es, indem sie ihre Vorherrschaft so fest gründeten, dass der Protest der zum Schweigen verurteilten Nationen unhörbar wurde. In Österreich war dasselbe Mittel unanwendbar. Es wäre vor allem an der Widerstandskraft der Tschechen gescheitert. Das drei Jahre währende Experiment des deutschen Liberalismus hatte Überraschendes gezeigt, unter anderem auch, dass Franz Joseph entgegen seinen innersten Neigungen zu regieren vermochte, ja dabei es selbst auf den Krieg mit der Kirche ankommen liess. Erst das Unvermögen des Liberalismus vor dem österreichischen Problem machte den Kaiser dem Plan von 1867 abwendig. Das Bürgerministerium in seiner neuen Form sandte, dem Drängen Franz Josephs folgend, Giskra vor, einen Ausgleich mit den Tschechen zu versuchen. Die Jungtschechen, die neue, auf die Bauern und Kleinbürger sich stützende Partei des nationalen Radikalismus, nahmen die Einladung an, doch Rieger, der Führer der Altschechen, wies sie zurück. Nicht erfolgreicher liefen die Verhandlungen mit den Polen aus. Vollends aber musste das bereits erschütterte Ministerium in der Wahlreformfrage versagen. Der Kaiser lehnte Giskras Vorschlag zur Wahlreform ab, der darauf zugeschnitten war, ihn der Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenhauses annehmbar zu machen. Giskra musste aus der Regierung scheiden. Das am 30. März von der Regierung vorgelegte Notwahlgesetz sollte die Obstruktion der Landtage gegen die Wahlen in den Reichsrat verhindern. Es hatte zur Folge, dass die Tschechen und Polen sofort ihre Mandate niederlegten. Die Regierung forderte die Auflösung jener Landtage, deren Mitglieder den Reichsrat verlassen hatten. Jetzt bedurfte Franz Joseph eines Ratgebers, der ihn, wie Andrassy drei Jahre zuvor zum Ausgleich mit Ungarn, zum allgemeinen Wahlrecht geführt hätte. Der Kaiser folgte seinem Instinkt, als er die von ihm geforderte Auflösung der Landtage verweigerte. Damit war das Bürgerministerium gefallen. Die Leichenrede hielt Kaiserfeld, der Brutus des deutschen Liberalismus. In seinen Worten ist der Starrsinn und das tragische Missverstehen enthalten, durch welche die Liberalen blind wurden für die Lebensnotwendigkeiten Österreichs: «In unserer Vergangenheit; in der Zukunft, in die wir blicken können; in der Bedeutung, die uns innewohnt; in dem energischen Widerstande, den wir jedem Versuch entgegensetzen werden, der darauf gerichtet ist, den staatsrechtlichen Zusammenhang zu

zerreißen, der unsre Kraft, unser Recht, unsre Sicherheit bildet; in dem energischen Willen, nicht die Parias und auch nicht die Dupes nebelhafter Ausgleichsprogramme zu werden; in der Solidarität zwischen uns und der Verfassung: darin werden wir unsre Einigkeit und unsre volle Kraft wiederfinden.»

Es lag nahe, dass der Kaiser zu den Männern der Minorität des Bürgerministeriums zurückgreifen werde. Er rief Potocki und Taaffe. Berger war, völlig taub geworden, aus dem politischen Leben geschieden. Der parlamentarische Schmuck des Ministeriums war vorläufig dahin. Das Kabinett Potocki trägt das Gepräge jener Beamtenministerien, die Franz Joseph jetzt und nachher so oft als Lückenbüsser verwendet hat, wenn das Parlament aus sich heraus keine Regierung zu bilden fähig war. Nicht subjektive Hindernisse des Monarchen, die objektiven Schwierigkeiten des österreichischen Problems unterbrachen das Prinzip des parlamentarischen Regierens. Was Deutschland erst nach dem Weltkrieg, in der Republik erlangte, die parlamentarische Regierung, das hatte Franz Joseph seit 1867 als selbstverständliche Folge der Verfassung anerkannt. Es lag nicht an ihm, dass er zur Aushilfe des Beamtenkabinetts greifen musste.

Der Kaiser hat die grosse Veränderung, die sich während der Siebziger Jahre in Österreich vollzog, als entscheidende Person miterlebt, ihm war das Bild dieser Wandlung an Menschen und Dingen nicht verborgen geblieben, die Kehrseite des liberalen Aufschwungs eröffnete sich ihm aber erst nach und nach. Der enge Kreis seiner täglichen Umgebung, die Isolierung von allen Menschen, die nicht vermöge ihrer Stellung zum Kaiser Zutritt hatten, verschlossen ihm den Einblick in das veränderte Wesen der Gesellschaft. Er verstand den Trieb nach Macht, nicht den heissen Hunger nach Geld, der in den Jahren wirtschaftlichen Auftriebs alle Sinne bewegte. Die Mit- und Nachwelt Franz Josephs hat oft nach dem Grunde des Vertrauens gefragt, auf dem Graf Taaffe stand. Ihn verband mit dem Kaiser nicht nur die Erinnerung an die Jugend, Taaffe war auch der selbstlose adlige Mann mit dem Blick für alle Schwächen der Menschen. Von ihm erfuhr Franz Joseph, was hinter den Repräsentanten der Ideen lag, von ihm lernte er die kleinen Defekte und Eitelkeiten kennen. Wie ihm Beusts unpathetische, ans Zynische grenzende Art gefiel, so liebte er an Taaffe die eigene Skepsis vor Ideen und dessen Vertrautheit mit der Technik, «wie man hinter den offiziellen Vorhang guckt». Taaffe war Franz Josephs Informator. Es war die Ergänzung zu den offiziellen Berichten des Parla-

ments, zu den Reden der grossen liberalen Minister, wenn Taaffe dem Kaiser die Briefe vorlas, die Berger an ihn richten pflegte. So etwa, wenn Berger schreibt: «Was sagen Sie, Exzellenz, zu Schindler und Giskra?» Schindler, der Abgeordnete, dem die parlamentarischen Geschäfte erlaubt hatten, ein grosses Vermögen und Schloss Leopoldskron bei Salzburg zu erwerben. «Welcher ist der grössere Schurke? Der naive Räuber oder der elegant tun wollende Croupier, der mit der scharrenden Goldschaufel am Roulette sitzt? Jener, der sein Geschäft lustig wegelagernd, oder dieser, der es mit bureaukratisch gefaltetem Ernst am grünen Tische treibt?... Es will mir schier bedünken, dass sie alle beide stinken.» Und Schindler, der eben charakterisierte, sendet Taaffe Glückwünsche zum neuen Jahre mit der Versicherung, sie «gütigst aufzunehmen als den Gesinnungsausdruck eines Mannes, den das Geschwätz der blöden Menge und einer teils feilen, teils aus andern Gründen wenig achtbaren Presse weder an dem Werke anderer noch an seinem eigenen irrezumachen vermochte». In Taaffes Aktentasche gibt es stets solche Delikatessen. Er freute sich, dem Kaiser die kleinen Menschlichkeiten servieren zu können. Die Gewohnheit, alles aufs Brüchig-Menschliche hin zu betrachten, verleitete ihn zu einer Skepsis, die vor lauter Menschen die Völker nicht sah. Es war sein System, mehr auf die Berichte der Vertrauensmänner, oft der geheimen Horcher und Konfidenten zu geben als auf die offiziellen Darlegungen der Politiker. Er hatte darin etwas von der Regierungsart Franzens in das neue Österreich herübergenommen. Und aus den geheimen Berichten unterrichtete er den Kaiser.

Das Bild, das Franz Joseph in diesen Jahren von Böhmen, von den Tschechen empfing, ist im wesentlichen ein Mosaik, zusammengesetzt aus den vertraulichen Berichten Taaffes. Zweifellos kommen auf diesem Wege oft Tatsachen zur Kenntnis des Kaisers, die er von den Statthaltern nicht erfahren hätte. Auch nachdem das Polizeiministerium als selbständiges Ressort aufgehoben wurde, blieb es bei gewissen vertraulichen Mitteilungen üblich, den direkten Weg von der Polizeidirektion zum Minister des Innern zu nehmen. Die Prager Polizei, im politischen Dienst ganz besonders spezialisiert, hatte in allen Lagern ihre Vertrauten. Die Prager Konfidenten berichten von Riegers Aufenthalt in Paris 1869, von seinen Versuchen, bei Napoleon und dem Prinzen Napoleon Audienz zu erlangen, wie von seinem Besuch beim französischen Handelsminister Rohner; sie berichten von den internsten Vorgängen innerhalb der tschechischen Parteien und der Stimmung im Lan-

de. Von ihnen erfährt der Kaiser, der noch nicht die direkte Aussprache mit den Führern des Volkes übt, wie ernst es den Tschechen um ihre staatsrechtlichen Forderungen ist. «Es ist gewiss,» heisst es in einem Konfidentenbericht aus dem Jahre 1870, «dass beide Parteien, Altschechen und Jungtschechen, ganz einhellig vorgehen und sich von ihren Prinzipien nicht abbringen lassen werden, ebenso gewiss ihre Solidarität mit der Smolka-partei in Galizien und den Hegemonen des Slowenismus. Sie sorgen auch dafür, dass im Ausland für die Politik der Deklaranten geschrieben und gewirkt werde; mit dieser Aufgabe sind sämtliche böhmischen Beseda in Deutschland, in Italien, in Frankreich und England, vor allem aber die Beseda in Paris betraut. Die Spitze aller Bestrebungen gipfelt in dem Satz, die Superiorität des Deutschtums hier nicht anzuerkennen, vielmehr in dem Prinzip der politischen Gleichstellung durch Geltendmachung des böhmischen Staatsrechts sich Garantien für die Zukunft zu sichern. Jede andere Ansicht, selbst die demokratischste, wird als unzeitgemäss verworfen. Es gibt keine Meinung, die regierungsfreundlich, keine die dualistisch wäre; alle sind voll Hass gegen die Regierung.» Es ist ein Konfidentenbericht, aber er gibt ein besseres Bild von Böhmen als es die Wiener Blätter von 1870 gegeben haben. Aus einem dieser Briefe von 1870, in welchem von Sladkovskys geheimer Reise nach Wien, zu Giskra, berichtet wird, stieg der Verdacht auf, dass der Literat Sabina, als Verfasser des Textes zu Smetanas «Verkaufte Braut» unsterblich geworden, in den Diensten der Prager politischen Polizei stand. Dieses ausserordentliche Talent hatte ein österreichisches Schicksal: 1849 zum Tode durch den Strang verurteilt; die Strafe in lebenslänglichen Kerker umgewandelt; 1857 begnadigt; schreibt neben anderm die «Verkaufte Braut», wandert, da verdächtigt, nach Dresden aus, kehrt, von Heimweh getrieben, nach Prag zurück und stirbt 1872 in tiefstem Elend. Als er lebte, kam sein Name nur im Polizeibericht nach Wien; erst viele Jahre nach seinem Tode wurde dort auch sein Werk bekannt.

Das Liebeswerben der neuen Regierung um die Tschechen war vergeblich. Potockis Prager Reise blieb erfolglos. Die Situation hatte sich eher verschlimmert, seitdem der böhmische Adel sich zur Deklaration, also zu dem Grundsatz bekannte, dass die Länder der böhmischen Krone nichts gemein hätten mit den andern Ländern des Reichs, als die Person des Monarchen. Die Motive dieses Adels waren andere als die Triebkräfte des tschechischen Volksradikalismus; sie sahen in der Beschwörung des böhmischen Staatsrechts die alte Herrlichkeit der Stände wiederauferstehen.

Im Augenblick jedoch, da das Volk seine ganze Widerstandskraft aus der romantischen Vorstellung einer grossen Vergangenheit schöpfte, nahm es die Unterstützung des Adels dankbar an. Diese Erfahrungen mussten den Kaiser in seinem Glauben an das System der liberalen Verfassung erschüttern. Den empfindlichsten Punkt trafen die Nachrichten von dem Hinüberspielen der tschechischen Opposition auf das internationale Gebiet: Riegers anklagendes Werben in Paris, das durch die «Neue Freie Presse» vor die grosse Öffentlichkeit gebracht worden war. Das Blatt veröffentlichte Riegers Memorandum an Louis Napoleon, worin die Intervention Frankreichs zugunsten der österreichischen Slawen angerufen wurde. «Sobald Böhmen unabhängig bleibt,» hiess es da, «trennt es Nord- und Süddeutschland, so dass eine französische Armee schneller nach Böhmen geworfen werden kann als eine preussische an den Oberrhein. Die tschechische Nation, mit ihrer vorgeschrittenen Zivilisation der ungarischen unendlich überlegen, kann binnen kürzester Frist eine sehr wichtige Diversion zugunsten Frankreichs machen. Die Dynastie geht auf einem Irrpfad, der ihren Sturz herbeiführen kann, indem sie die Slawen den Madjaren und Deutschen opfert, so dass die beleidigten Nationalgefühle, wenn sie während eines Krieges zum Ausbruch kommen, die Zerstückelung der Monarchie herbeiführen können.» Es ist eine böse Prophezeiung, die achtundvierzig Jahre später Wahrheit geworden. Nichts konnte Franz Joseph peinlicher sein als die Klage eines seiner Völker vor dem französischen Thron. Sie wirkte doppelt peinlich in einem Augenblick, da der Kaiser von dem Gedanken bewegt war, in dem beginnenden Konflikt Preussens mit Frankreich das Gewicht seiner europäischen Stellung in die Wagschale zu werfen.

Franz Josephs Mann, der die äussern Geschicke des Reichs lenkt, ist Beust. Der grösste unter den deutschen Gegnern Bismarcks war von Franz Joseph vor drei Jahren nicht gerufen worden, um von Deutschland endgültig Abschied zu nehmen, der Ausgleich mit Ungarn nicht vollbracht, die Herrschaft des liberalen Deutschtums nicht errichtet worden lediglich zu dem Zwecke, den innern Frieden herzustellen. Beust hatte nach 1866 als Ziel vor Augen, die auf freiheitlichem Boden erstarkte Monarchie dem Machtstreben Preussens entgegenzustellen. Er hatte an Süddeutschland gedacht, an einen Bund mit Österreichs Führung als Gegenstück zu Bismarcks Schöpfung des Norddeutschen Bundes und wusste sich, in der steten Erwägung seines Zieles mit jener mächtigen Partei bei Hofe eines Sinnes, an deren Spitze Erzherzog Albrecht stand. Doch dieses Trachten und Streben stiess auf einen starken Feind: auf Andrassy.

Beust konnte es nicht hindern, dass Ungarns Ministerpräsident im gemeinsamen Ressort der auswärtigen Angelegenheiten mehr und mehr seinen Willen geltend machte. Schon seit 1868 war Baron Béla Orczy, der Vertrauensmann Andrássys, im Ministerium des Äussern als Sektionschef tätig. Er hatte die schwierige Aufgabe, gegen Beust die Meinung Andrássys zu vertreten. Andrássys Politik war klar: er wollte, dass das Verdikt von 1866 endgültig bleibe, Österreich für immer auf seine deutschen Träume verzichte. Er sah Österreichs Aufgabe darin, seine Stellung auf dem Balkan zu stärken, den Orient nicht gänzlich Russland zu überlassen. Nach Andrássys Meinung gab es nur einen Anlass, sich gegen Preussen zu kehren: wenn Bismarck Lust gezeigt hätte, im Orient Russland oder eine andere Macht gegen Österreich zu unterstützen. Beust interessierte der Orient nur als Mittel zu dem Zweck, freie Hand für die antipreuussischen Pläne zu gewinnen. Der eine, Andrássy, befolgte aus eigenem Antrieb Bismarcks Rat, den Schwerpunkt des Reichs nach dem Osten zu verlegen, der andere, Beust, dachte nicht daran, in Deutschland zu resignieren, er wartete auf die Gelegenheit, sich für die Ausweisung aus Deutschland an Preussen zu revanchieren. Die Verschiedenheit der Anschauungen ist aus dem verschiedenen Wesen der beiden Staatsmänner Franz Josephs verständlich. Andrássy, dem Ungarn, ist der Orient näher, er betrachtet die europäischen Fragen in erster Linie mit dem Blick auf die Interessen seines Landes; der Sachse Beust, im grossen Drama der Auseinandersetzungen Süddeutschlands und Preussens der diplomatische Gegenspieler Bismarcks, bleibt auch als Österreichs Reichskanzler in der deutschen Welt, er kann nicht den Inhalt eines ganzen Lebens aus seinem Bewusstsein tilgen. Mit Unbehagen und Besorgnis verfolgt Andrássy Beusts Politik, ihm missfällt und er missbilligt eine Taktik, womit Beust Bismarck reizt. Die feindliche Stimmung zwischen Wien und Berlin ist 1869 so weit gediehen, dass man in der Diplomatie den Abbruch der Beziehungen erwartet. Da lässt sich der Kaiser von Andrássy für die Erhaltung des Friedens gewinnen; Beust gibt nach, obzwar er in seinen antipreuussischen Plänen der Unterstützung der mächtigen Kriegspartei sicher ist. Die Wiener Hohenstaufenpartei fördert die Absichten, weil sie sich von einem siegreichen Kriege den Sturz des Liberalismus verspricht. Sie hat an der altfranzösischen Adelspartei, an dem depossidierten Königshaus der Welfen, an der Wiener Militärpartei mit Erzherzog Albrecht an der Spitze einflussreiche Verbündete. Beusts Ziel ist ein Dreibund Österreichs, Frankreichs, Italiens gegen Preussen, wobei Po-

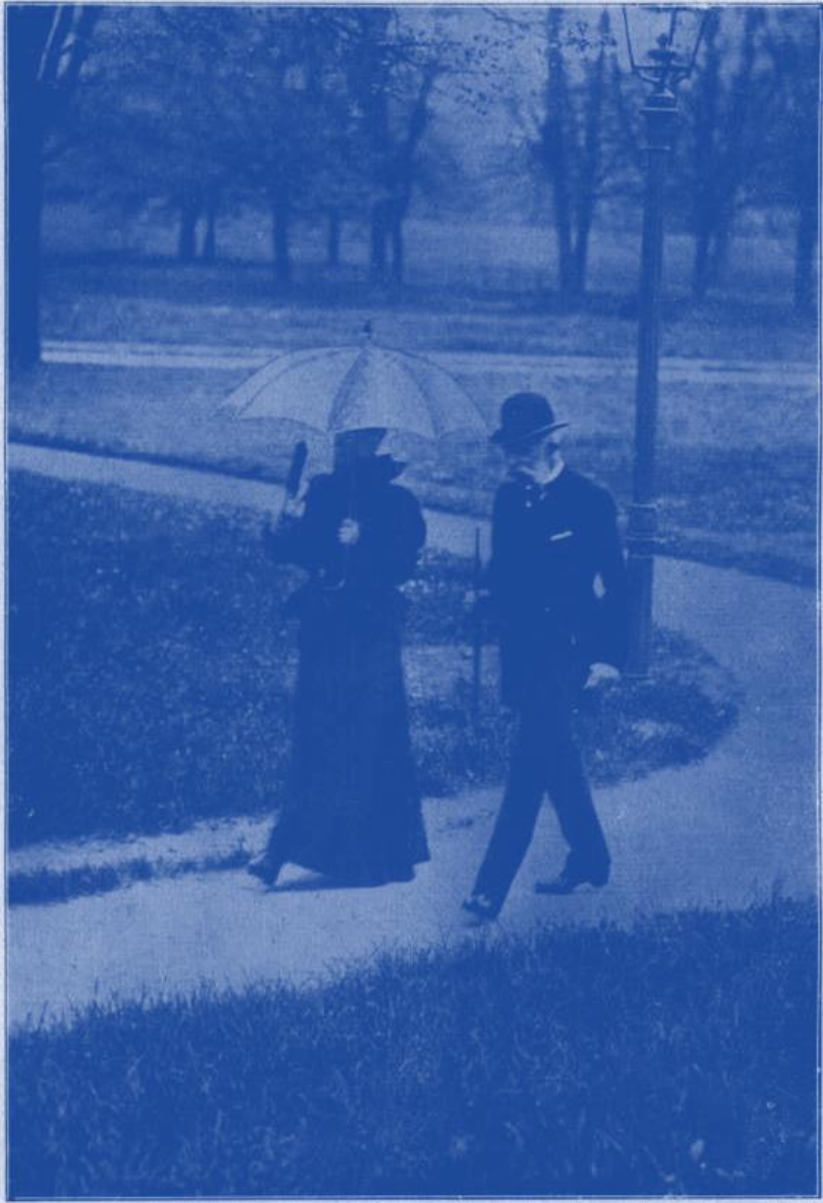
len als Bollwerk gegen Russland zu benützen wäre. «Solange Beust an der Spitze der Geschäfte bleibt», schreibt Bismarcks Organ, die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung», «ist die Erhaltung des Friedens nicht gesichert.» Es ist keine Übertreibung, wenn Andrássys Biograph von diesem Augenblick sagt, es habe nicht viel gefehlt, «dass Europa das grausige Schauspiel eines allgemeinen Weltbrandes erlebt hätte, in den alle Staaten verwickelt worden wären.» Das wollte Beust bestimmt nicht; er hat bei keinem seiner Pläne mit dem Kriege als Mittel der Politik gerechnet, aber es lag in seiner Politik des Kombinierens, dass der allgemeine Krieg gegen den Willen aller, ähnlich wie 1914, ganz Europa in Brand setzen konnte. Es war nicht Beusts Schuld, dass sich die Allianz mit Frankreich und Italien nicht verwirklichen liess; der Plan zerschellte an der Forderung Italiens, die Fahne des jungen Königreichs in Rom zu hissen. Wie ernst diese Pläne von Wien aus betrieben wurden, beweist die Reise des Erzherzogs Albrecht im März 1870 nach Paris, die, wie man heute weiss, nur den Zweck hatte, dem Kaiser der Franzosen die Direktiven zu einem Frühjahrsfeldzug der drei Mächte gegen Preussen zu unterbreiten. Da Österreich zur Mobilmachung seiner Kräfte sechs Wochen brauchte, sollte eine französische Nebearmee die Preussen an der Saar festhalten, die Hauptarmee jedoch den Oberrhein überschreiten und Süddeutschland vom Norden trennen. Danach war vorgesehen, das französische Hauptheer mit den Truppen Österreichs und Italiens zu vereinigen. Die grosse Entscheidungsschlacht wollte Erzherzog Albrecht in der Leipziger Ebene schlagen.

Der Kaiser ringt in diesen Jahren mit sich selber. Der Abschied von dem jahrhundertealten Geltungsrecht des Hauses Habsburg in Deutschland fällt ihm nicht leicht; so zwingend die Gründe sein mögen, die dafür sprechen, dass Österreich die aktive Behauptung seiner Machtposition auf den Balkan verlege, so schmerzhaft sind sie für Franz Joseph. Er sieht die Geschichte nicht mit den Augen des Historikers, der die Verabschiedung Österreichs aus Italien und Deutschland als notwendige Phase im Emanzipationskampf der Nationen zu staatlicher Selbständigkeit erkennt, sondern als Verweser einer Erbschaft, der wesentliche Teile verloren gingen. Andrassy rät zu Verzicht auf Unwiederbringliches, Beust und die Militärpartei hindern den endgültigen Abschied von alten Machtträumen, und je nach der augenblicklichen Gestaltung der europäischen Dinge neigt sich Franz Joseph bald den Gründen nüchterner Erwägung, bald den Einflüsterungen gefährvollen Hoffens zu. «Ich will den Frieden,» sagt er am 14. Juni 1870 im Laxenburger Schlosse zu General Lebrun, «wenn ich in den Krieg ziehen soll, muss





Kaiser Franz Joseph bei der Eröffnung des Suezkanals 1869  
Links vorn, im weissen Anzug, Graf Andrassy



Franz Joseph und Elisabeth in Bad Kissingen 1898  
Letzte gemeinsame Aufnahme

ich dazu gezwungen sein.» Zu gleicher Zeit lässt Bismarck das Wiener Kabinett der besten Gesinnungen Preussens versichern. So stehen die Dinge, als plötzlich, wie der Sturm vor dem Gewitter, die Gefahr eines Krieges zwischen Preussen und Frankreich heraufzieht. Bestimmte Hoffnungen in Paris, die der Herzog von Gramont im Ministerkonseil ausspricht, lassen erkennen, dass Napoleon überzeugt ist, mit Österreichs Revanchelust rechnen zu dürfen. Beusts Politik im Allgemeinen; die Art, wie sie Österreichs Botschafter in Paris, Fürst Richard Metternich, im Besonderen interpretierte; die Kriegsfahrt des Erzherzogs Albrecht – dies und anderes mehr mussten Napoleon in seiner Annahme bestärken. «Die Wahrheit ist,» sagt Richard Metternich mit schöner Offenheit, «dass ich für ein gemeinsames defensives, ich will es gern gestehen, je nach Umständen auch offensives Vorgehen mit Frankreich von ganzem Herzen eingenommen war.» Beust erschrickt, als er sich vor die Notwendigkeit einer Entscheidung gestellt sieht. Er versucht zu vermitteln. Nun aber tritt die Wiener Kriegspartei hervor. In der Geschichte wiederholen sich Situationen und Personen. 1870 erscheint ein Vorläufer des Generalfeldmarschalls von 1914 auf Österreichs politischer Bühne; der Conrad von damals heisst Freiherr von Kuhn. Es ist der ehemalige Generalstabschef Gyulays im Feldzuge von 1859, der Kritiker des Krieges von 1866, ein als Theoretiker geschätzter General, der Autorität hat, ohne praktisch den Beweis von Talent geliefert zu haben. Schäffle nennt ihn einen oberflächlichen Polyhistor. «Über alles sprach er: Ästhetik, Nationalökonomie, Finanz. Überall wusste er alles, und alles am besten. Nur seine Hauptaufgabe, die Armee zu reformieren, schien er nicht sehr eifrig betrieben zu haben.» Kuhn ist zur Zeit, da der deutschfranzösische Krieg zur Gewissheit wird, Kriegsminister. Er fordert Österreichs Teilnahme am Kriege. Fordert sie, von Erzherzog Albrecht angefeuert, mit Leidenschaft und dem ganzen Aufwand seiner Beredsamkeit. Seine Argumente sind schwächer. Er fasst beide Möglichkeiten ins Auge, den Sieg Frankreichs, den Sieg Preussens. In beiden Fällen, plädiert er, könne Österreich nicht neutral beiseite stehen. Siege Frankreich, dann müsse Österreich als Anwalt Deutschlands auf dem Plan sein, um seine bei Königgrätz verlorene Stellung wiederzugewinnen. Triumphiere Preussen, dann sei es erst recht geboten, «mit dem Schwerte Österreichs Existenz zu verteidigen. Denn ein siegreiches Preussen wird alle deutschen Fürsten entthronen; die Pickelhaube am Inn bedeutet: Finis Austriae. Auch Ungarn ist verloren. Das mächtige Deutschland wird nicht dulden, dass die Donau in fremdem

Besitz bleibe. Der Sieg Preussens ist die grössere Gefahr. Die Beteiligung Österreich-Ungarns am Kampfe wider Preussen ergebe eine Armee von 1'700'000 Streitern, mithin die Gewissheit des Sieges.» Beust stimmt nicht in diese Kriegsmusik ein, aber er ist auch nicht für strikte Neutralität, er will sich freie Hand behalten für alle Fälle. Ein anschauliches Bild von den Stimmungen des Wiener Hofes, von der Haltung des Kaisers, der Minister und der Generale gibt der Kronrat vom 18. Juli 1870. Diese bedeutungsvolle Konferenz ist auch aus einem andern Grunde lehrreich: sie zeigt ein höheres Mass von Verantwortlichkeit als die folgenschweren Entscheidungen, die den Weltkrieg entfesselten. Betrachtet man die psychologischen Triebe der verantwortlichen Personen, so sind es 1914 fast ausschliesslich Empfindungen privater Art, adligen Räsonnements, die den Ausschlag geben: Prestige-Gefühle der Monarchen werden zu Motiven der Staatspolitik und führen den Krieg herbei. Auch 1870 sprechen in Wien Prestigeempfindungen das Hauptwort, aber sie werden dennoch von Erwägungen rationalistischen Kalküls gehemmt. Beust spricht wie ein Schüler Metternichs. Er bekennt sich nicht zu seinen Wünschen, er befürwortet eine Politik des Zuwartens, die freilich derart sein soll, dass Österreich im geeigneten Moment aktiv auftreten könne. Mit andern Worten: Beust ist für eine kriegsmässig adjustierte Bereitschaft, um gegebenenfalls doch den heimlichen Wunsch erfüllen zu können. Auch Andrassy ist für gewisse militärische Vorbereitungen, da er nicht zulassen will, dass Österreich der Spielball seiner Nachbarn werde, aber im Gegensatz zu Beust folgert er diese Notwendigkeit aus dem strikten Bekenntnis zur Neutralität. Nur als Angegriffener will Andrassy sich zur Wehr setzen können. Und er wünscht, dass man diese Politik Preussen bekannt und begreiflich mache. Der Kaiser geht zunächst nicht auf Andrassys politische Erwägungen ein, sondern spricht gegen den Gedanken der partiellen Mobilmachung aus militärischen Gründen; er sagt, eine halbe Bewaffnung sei undurchführbar, es bleibe daher nur zwischen unbewaffneter Passivität oder vollständiger Bewaffnung zu wählen. Erzherzog Albrecht, ganz von der neuen Bataille bei Leipzig eingenommen, meint, die Entscheidungsschlacht in der sächsischen Ebene sei Anfang September zu erwarten, bis dahin müsse Österreich vollkommen gerüstet sein; wolle man sich nicht selber ausschalten, so sei es geboten, die Armee sofort und energisch in Kriegszustand zu setzen. Kuhn spricht noch kriegerischer.

Es ist kaum anzunehmen, dass Franz Joseph dem Ansturm der Generale und Beusts Argumenten für die Mobilmachung widerstanden hätte, wenn

Andrássy nicht mit dem ganzen Einsatz *seines* Temperaments und seiner Vernunft für die Neutralität gekämpft haben würde. Auch hier drängt sich der melancholische Vergleich mit dem Kronrat im Juli 1914 auf, da in der gleichen Situation Andrássys Landsmann und Nachfolger Stephan Tisza, als der einzige Anwalt der Vernunft, einer Phalanx der Generale und Minister gegenüberstand, die Berchtholds Kriegsplan gegen Serbien bejahten. Leider nur hatte Tisza nicht die ausdauernde Kraft Andrássys; er unterlag. Andrássys Kampf, 1870, war umso schwerer, als Beust und die Generale den Kaiser fast schon für ihre Ansicht gewonnen hatten. Nach unendlich langem Beraten, Schwanken und Zögern verkündete Franz Joseph als Beschluss des Kronrats, vorläufig Neutralität zu bewahren, jedoch mit gewissen Vorkehrungen, wie Befestigungsarbeiten und Pferdeeinkäufen zu beginnen. Andrássy schrieb einen wesentlichen Anteil an diesem Beschluss seiner Beharrlichkeit zu, noch stärker jedoch mag die Tatsache mitgewirkt haben, dass Österreich nicht schlagen konnte, weil die Armee nicht schlagfertig war. Kurz vor dem Kronrat hatte der Kaiser den Generalstabschef des Erzherzogs Albrecht, General John, rufen lassen und ihn beauftragt, klipp und klar zu sagen, ob die Armee kriegsfähig sei. John unterzog sich drei Tage der Mühe, im Kriegsministerium an der Hand aller Befehle Klarheit zu gewinnen; er musste dem Kaiser gestehen, dass die Armee nicht aktionsfähig sei. Die Frage wurde übrigens von den deutschen Siegesbulletins beiseite geschoben, die den Hoffnungen der Kriegspartei ein rasches Ende bereiteten.

So rasch sich Franz Joseph anscheinend mit den neuen geschichtlichen Tatsachen abfand, so wenig wollte er das selbstverständliche Ereignis begreifen, dass die Deutschen Österreichs hinter den kriegerischen Vorgängen die Bedeutung der staatlichen Wiedergeburt Deutschlands zu ahnen begannen. Der Tag von Sedan wurde in allen deutschen Provinzen Österreichs bis in die Alpen hinein mit Illuminationen und Freudenfeuern gefeiert. In Wien und im deutschen Prag waren es die besten Männer des Tagesschrifttums, hier Ferdinand Kürnberger, dort David Kuh, die dem Empfinden auch der geistigen Schichten Ausdruck liehen. Diese Kundgebungen deutschnationalen Fühlens wurden in der Hofburg wie ein Verrat an Österreich empfunden. Es war nur ein geringer Trost, dass wenige Tage danach, auf die Nachricht von der Schlappe der deutschen Armee des Generals von der Tann bei Coulmiers, in Prag, in Lemberg und Pest die Fenster der Tschechen, Polen und Ungarn freudig erstrahlten. Aus dem Streit der Illuminationen sprach

die Dialektik eines Reichs, dessen Krieg der eigenen Völker an dem grossen Völkerkrieg im Westen zu erhöhter Glut entflammete. Während in Wien die deutschen Studenten das neue Nationallied, «Die Wacht am Rhein» anstimmen, erklingt im tschechischen Nationaltheater in Prag die Marseillaise. Sie wird zum Gesang der Massen, die den Jahrestag der Schlacht am Weissen Berg betrauern. Werbebureaus für Frankreich und für Garibaldi werden errichtet, und bei den Kontrollversammlungen der Landwehrmänner geschieht es zum erstenmal, dass die Leute den Eid für den Kaiser verweigern. Unter solchen Verhältnissen hat Potockis, des neuen Kabinettschefs Bemühen um die Versöhnung der Tschechen wenig Aussicht auf Erfolg. Die Stellung der Regierung wird, noch nicht gefestigt, schon erschüttert durch einen Generalangriff der liberalen Garde des Herrenhauses, die ihre ersten Männer vorschickt, das Kabinett Potocki anzuklagen. Schmerling, Unger, Lichtenfels, Auersperg werfen ihm vor, die «Verfassung durch die Verfassung zu ruinieren», in Böhmen die «Anarchie heraufzubeschwören». Das Programm dieses Liberalismus ist unerbitterlich und einfach: Verfassung und Polizei. Doch es langt nicht für Österreichs neu aufgewühlte Schmerzen. Gegenüber dem eintönigen Geschrei nach Polizei, womit der Liberalismus den Sorgen des Nationalitätenstaats beizukommen wähnt, nehmen sich selbst Potockis Bemühungen um einen Ausgleich wie eine staatsmännische Leistung aus. «Versuche eines Ausgleichs zwischen unvereinbarlichen, sich ausschliessenden Gegensätzen», sagt die Adresse des Herrenhauses, «kennzeichnen sich im voraus als unfruchtbar und aussichtslos; die gesetzliche Gewalt, die sich zu Unterhandlungen mit Tendenzen herbeilässt, welche so entschieden ausserhalb des Gesetzes stehen, untergräbt ihre eigene Stellung und verwirrt das öffentliche Rechtsgefühl.» Man hat den Männern, die so sprachen, im schönen griechischen Parlamentshaus Hansens am Wiener Franzensring marmorne Denkmäler gesetzt, welche fünf Jahrzehnte später auf ein zum Zwergstaat reduziertes Österreich blicken. Das nationale Problem bedurfte einer andern Weisheit als jenes ehernen Glaubens an die liberale Doktrin, ihm war auch mit einer edlen Bildung nicht zu helfen, die aus Ungers Munde Goethes Verse zitierte: «Denn der Mann, der in schwankender Zeit selbst schwankend gesinnt ist, mehret das Übel und breitet es weiter und weiter.» Fest sein hiess in diesem Falle gewaltsam sein. Das Regieren mittels Gewalt hatte Franz Joseph verabschiedet; sollte er Tschechen, Polen und Slowenen gewaltsam zum liberalen Verfassungsstaat bekehren? Die Regierung Potocki nahm ihre Entlassung.

Wie schon einige Male in der Geschichte Franz Josephs, wie bei dem Sturze Bachs, bei der Verabschiedung Schmerlings, dem jähen Abgang Rechbergs, dem Verschwinden Belcredis, vollzog sich auch jetzt ein wichtiger Wandel anscheinend unvermittelt, plötzlich und geheimnisvoll. Wien erwachte am 7. Februar 1871 und las eine Liste neuer Minister, deren Namen es nie gehört hatte. Wie kam Graf Hohenwart zu dieser Sendung? Wer war Jirecek, wer Habietinek, wer Professor Schäffle? Es half nichts, sich mit Witzen von der Art Daniel Spitzers hinwegzuhelfen, der von dem Ministerium Jarecek-Hahahabietinek schrieb, man verwandle heutzutage Kehrlicht in Gold, gewinne aus den unanständigsten Abfällen Parfüme und mache aus den unbedeutendsten Männern Minister. Der Szenenwechsel war umso überraschender und rätselhafter, als selbst Beust, der Reichskanzler, nichts davon wusste. Ihn traf die neue Ministerliste auf der Fahrt von Pest nach Wien, er erfuhr die Namen aus der Zeitung. Der Schein, als seien die neuen Männer über Nacht aus der Versenkung gestiegen, trag; Franz Josephs Entschluss war nicht aus der Pistole eines momentanen Einfalls geschossen, er war das Ergebnis langer Erwägungen, die Frucht aus Missstimmung, Enttäuschung und Besorgnis. Die Missstimmung gegen das liberale Regime teilte der Kaiser mit dem Hofe, mit der Mutter und ihrer Umgebung, mit Erzherzog Albrecht und dem Adel. Seine Enttäuschung aber hatte nichts an sich von dem Hass einer Gesellschaft, deren Interessen und Anschauungen der Herrschaft der liberalen Bourgeoisie zuwiderliefen. Er hielt, vor allem aus Rücksicht auf Ungarn, auf das ihm wichtigste Ergebnis seiner Bemühungen, den Dualismus, lange an dem Gedanken fest, die österreichische Hälfte des Reichs zentralistisch zu regieren. Er dachte, da Potockis Ausgleichsversuche aussichtslos blieben, an Schmerling. Doch Schmerling erfreute sich in Ungarn keiner Sympathien, er war auch nicht der Mann, ein besseres Verhältnis mit den Tschechen anzubahnen. Dies war, wie vier Jahre zuvor der Ausgleich mit Ungarn, jetzt die erste und wichtigste Sorge Franz Josephs. Sein Entschluss, sich vom zentralistischen Liberalismus abzuwenden, hat eine längere Vorgeschichte, die in den Sommer 1870 zurückreicht. Sie spielte sich hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ab und blieb selbst dem wachsamen Auge der Wiener Presse völlig verborgen, so dass die Berufung der Männer, die im geheimen für die Wendung der Dinge gearbeitet hatten, allerdings wie vom Himmel gefallen erschien. Man wird diesem bedeutsamen Kapitel in der Geschichte Franz Josephs nicht gerecht, wenn man es als den Versuch darstellt, zu den Ideen

der reaktionären Klassen zurückzukehren. Wohl haben die verschiedensten Elemente die Abneigung gegen das liberale Regime genährt; der Obersthofmeister Fürst Konstantin Hohenlohe, dem die liberale Geschichtschreibung eine besondere Rolle bei der Vorbereitung des Kabinetts Hohenwart-Schäffle zuweist, war kein Freund der Verfassungspartei, er war aber kein Reaktionär; der Direktor der Kabinettskanzlei, Staatsrat Braun, ein Mann aus dem Kreise der Erzherzogin Sophie, den Bismarck in den Briefen an seinen Wiener Gesandten General Schweinitz als einen der Haupturheber des Umschwungs bezeichnet, war Antipreuße und gläubiger Katholik, aber keineswegs hatte er die Macht noch die Fähigkeit, den Kaiser bei seinen Entschlüssen zu lenken. Bismarck hat doch sogar französische und englische Einflüsse hinter der Berufung Hohenwarts vermutet – eine Annahme, die ihm von den Feinden des neuen Kabinetts zugetragen worden ist. In Wahrheit ist dem Kaiser der Weg zu den neuen Männern von Prag aus, von den Führern des böhmischen Hochadels, den Grafen Clam-Martinitz und Thun, gewiesen worden, die den ehemaligen Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium, Baron Helfert, als Anwalt ihrer Ideen nach Wien sandten. Von alledem wusste Taaffe, der wirkliche Vertraute Franz Josephs, der denn auch Hohenwart, damals Statthalter in Oberösterreich, als den Mann zur Durchführung der Pläne empfahl. Tätige Helfer waren Hohenwarts Freund Graf Dürckheim, der konservative Abgeordnete und ehemalige Flügeladjutant des Kaisers, und der Direktor der Staatsdruckerei, Hofrat von Beck, ein dem Kaiser mit seltener Treue ergebener Mann, dessen genaue Kenntnis der Prager politischen Welt bei den Beratungen gute Dienste leistete. Die Verbindung mit Schäffle stellte Graf Dürckheim her, nachdem Graf Eugen Kinsky den Kaiser auf Schäffle wiederholt aufmerksam gemacht hatte.

Albert Schäffle, der Schwabe, als Tübinger Student Revolutionär, Freischärler, dann Theologe, Lehrer, fünf Jahre Redakteur beim «Schwäbischen Merkur», Politiker, Nationalökonom, Professor in Tübingen, hatte schon zu Zeiten Bachs, dann 1863 von Schmerling Anerbieten aus Österreich erhalten, war aber erst 1866 dem Ruf an die Wiener Universität gefolgt. Er hatte eine reiche Geschichte und eine Reihe bedeutender wissenschaftlicher Werke hinter sich, als er, neben Lorenz von Stein, seine volkswirtschaftlichen Vorlesungen in Wien begann. Der schwäbische Protestant hat im katholischen Wien die höchste Karrieresprosse erreicht, die ein deutscher Ge-



lehrter damals zu erklimmen vermochte, aber selten ist einem Mann von seiner Bedeutung in der Öffentlichkeit schwereres Unrecht widerfahren als ihm. Sein Malheur, dass er, der Sozialreformer und Anwalt des allgemeinen Wahlrechts, zu einer Zeit nach Wien kam, da der Liberalismus als politisches Prinzip und als wirtschaftliche Doktrin alleinherrschend war und in seiner machtvollen Presse ein Instrument besass, das jeden Widersacher, aber selbst auch jede Kritik an den Auswüchsen dieser Jugendzeit des Kapitalismus mit dem Racheschwert verfolgte. «Bestverleumdete konservative Männer», schreibt Schäffle in seinen Erinnerungen, «lernte ich als bedeutende Menschen kennen, viele der liberalen Tagesgötzen des Parlamentarismus fand ich mit dem Kot der Korruption beschmutzt. Die als inferior bezeichneten Nationen, über die man spöttelte, besassen, wie ich nun sah, weit grössere Bildung, Begabung und mehr beachtenswerte Männer, als ich mir hatte träumen lassen.» Schäffle hielt damals Vorträge im Wiener Volkswirtschaftlichen Verein. «Ich verschleierte nichts,» schreibt er, «machte kein Hehl aus der Unhaltbarkeit der rein liberal-individualistischen oder wie ich sie zum ersten Male nannte, rein kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die lebendige Anschauung des Elends in den Fabrikvorstädten, der erschütternde Eindruck, den mir die Massengräber auf der Schmelz machten, waren von Einfluss auf mein Fühlen und Denken geworden.» In diesem Verein hatte Schäffle den Grafen Eugen Kinsky, den geistvollen Repräsentanten jenes Adels kennengelernt, der mit dem modernen Finanzkapital liiert war. Kinsky bahnte Schäffle den Weg zum Kaiser. Auch Schäffles Bekanntschaft mit dem Grafen Dürckheim stammte aus dem Volkswirtschaftlichen Verein, der damals ein anregungsreicher Treffpunkt aller Männer der Wissenschaft, der Politik und der kommerziellen Berufe war, die sich für die Fragen des Tages interessierten. Im Sommer 1870 nun, Schäffle war in Rohrschach, telegraphierte Dürckheim, es sei eine wichtige Aktion zum Ausgleich mit den Tschechen geplant; Schäffle möge kommen. In Wien kam man bei Habietinek, Schäffles Kollegen, Lehrer des Zivilprozesses an der Wiener Universität, zusammen: Graf Hohenwart, Baron Helfert, Hofrat von Beck, Schäffle, Graf Dürckheim und Habietinek. Die Grundlage der Beratungen bildete eine Denkschrift des Grafen Clam-Martinitz, die Helfert von seiner mit Wissen des Kaisers unternommenen Fahrt nach Böhmen mitgebracht hatte. Helfert hatte in Prag zu verstehen gegeben, dass der Kaiser bereit sei, gewisse Wünsche der Tschechen zu erfüllen: ein Ministerium, das die Gleichberechtigung der Nationen

anerkenne; einen Landsmannminister für Böhmen und Mähren; die Krönung Franz Josephs in Prag zum König von Böhmen. Helfert und Habietnek kamen in Pardubitz mit dem Grafen Clam-Martinitz und Dr. Rieger zusammen, aber diese Reise wie eine spätere Konferenz in Smetschna blieben vorläufig ohne Erfolg. Am 24. Oktober lässt der Kaiser Schöffle rufen. «Der Kaiser empfindet mich», berichtet Schöffle, «mit verbindlichen Worten, für die Bemühungen dankend, wovon er durch Dürckheim und Potocki unterrichtet sei. Er wünschte meine Ansicht über die Lage und die zu ergreifenden Massregeln zu hören.» Schöffle hält einen fast zweistündigen Vortrag. «Unverblümt legte ich das Verderbliche und Naturwidrige einer parlamentarischen Minoritätsherrschaft dar, von welcher ganze Nationen und Klassen ausgeschlossen sind. Die Minoritätsherrschaft sei tatsächlich Herrschaft des Grosskapitals mit Unterstützung des doktrinären Liberalismus, eine Herrschaft des Geldes, dem die liberalen Beamten, Advokaten, Literaten und Professoren den geistigen Firnis geben.» Schöffle rät dem Kaiser, die Macht der liberalen Bourgeoisie durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu brechen, durch Zugeständnisse an das böhmische Staatsrecht die Tschechen zu versöhnen und eine verfassungsmässige Gleichberechtigung der Nationen herzustellen. Fünf Tage später, am 29. Oktober 1870, wird Schöffle von einem Adjutanten des Kaisers aus dem Kolleg geholt. Franz Joseph fragt Schöffle, ob er Hohenwart die Energie zutraue, eine Regierung nach den Grundsätzen zu bilden, die er am 24. Oktober entwickelt habe. Da Schöffle die Frage bejaht, erhält er den Auftrag, gemeinsam mit Hohenwart das Kabinett zu bilden. Der Kaiser entlässt Schöffle mit dem Wort: «Ich kann nicht länger gegen meine Völker lügen.»

Noch nie war eine österreichische Regierung von der Wiener Öffentlichkeit so böse empfangen worden wie das Kabinett Hohenwart-Schöffle. Wenn Bosheit zu töten vermöchte, dann hätte es am Tage seiner Geburt sterben müssen. Eben am 7. Februar 1871 wurde einer der ersten Elitebälle Wiens, jener des Journalistenvereins «Concordia» abgehalten, auf dem sich so ziemlich alles, was die Stadt an Zelebritäten des Ranges oder Standes, des Geistes oder Kapitals besass, Rendezvous gab. In ausgelassenster Stimmung sprachen hier hohe Beamte und Politiker jeden Unbekannten mit dem Titel «Exzellenz» an, weil man, wie zur Erklärung gesagt wurde, nicht wissen könne, ob nicht in dem Fremden einer der neuen Minister stecke. Selbst Potocki, eben noch in Amt und Würden, beteiligte sich an diesem Scherz,

indem er die ihn begrüßenden Journalisten fragte: «Also, hat man den Jiracek schon gefunden?» Die Zeitungen baten ihre Leser um Entschuldigung, dass sie die Namen der neuen Minister noch nicht schreiben könnten; in den Druckereien fehle es an «slawischen Hakeln». In den Salons sprach man spöttelnd vom «Faschingskabinet», in den Fiakerkneipen vom «Ministerium Prohaska». Die Journale der deutschen Verfassungspartei schrieben von einem «Attentat gegen Deutschum und Freiheit»; «mit Skorpionen will man», so hiess es in der übertreibenden Sprache dieser Blätter, «die Deutschen Österreichs jetzt züchtigen, während Belcredi sie nur mit Ruten gestrichen». Es lag nicht an Hohenwart und Schöffle, dass die neue Regierung bei den Ultramontanen, bei den Autonomisten und Reaktionären aller Schattierungen Hoffnungen erweckte. An dieser Gestaltung der Dinge war auch der deutsche Liberalismus mitschuldig. Die Vorurteile seiner Klasse hinderten ihn, zum Verständnis des nationalen Problems vorzudringen. Es wäre seine Aufgabe gewesen, das Streben der Nationen nach Gleichberechtigung von der romantischen Verkleidung, die zugleich die Livree des Adels war, zu befreien. Das allgemeine Wahlrecht hätte, wie es Schöffle dem Kaiser riet, diese Frage auf die zeitgemässe Ebene der Demokratie gehoben. Das grössere Mass politischer Freiheit, wie es der Liberalismus gewährte, konnte den Völkern nicht genügen; die Verweigerung ihrer nationalen Ansprüche machte sie zu Feinden des liberalen Regimes, mit und gegen ihren Willen zu Kampfgenossen des Adels und der Kirche. Es wäre unbillig, an diesem Wendepunkte der Geschichte von Franz Joseph zu verlangen, dass er fortschrittlicher zu sein hatte als die Herbst, Kaiserfeld, Unger, Glaser und Lasser; der direkte Appell an die Völker mittels des allgemeinen Wahlrechts musste ihm umso mehr als ein unabsehbares Wagnis erscheinen, als es keine Volksparteien gab, die diese Forderung zu ihrer Parole gemacht hätten. Theoretisch erschien ihm Schöffles Programm als ein gangbarer Weg, um aus der Sackgasse des Liberalismus auf das Terrain der Nationen zu kommen. In der Praxis freilich zeigte es sich, dass es unmöglich war, gegen den deutschen Liberalismus zu regieren, so lange hinter ihm die mächtigste politische Potenz des Reiches stand: Ungarn. Es ist klar, dass den Ungarn ein Programm nicht genehm sein konnte, welches den Slawen entgegenkam; gewährte man in Österreich nationale Rechte, dann lief Ungarn Gefahr, dass seine Slawen dasselbe verlangen würden. Donnerte Herbst im Reichsrat, die erste Periode der Reaktion habe mit Solferino, die zweite mit Königgrätz abgeschlossen, die dritte könne nicht lan-

ge dauern, so bereitete nun auch Andrassy den Widerstand gegen das neue Kabinett zwar stiller, aber umso wirksamer vor. Vergebens beteuerte Hohenwart, die Feindschaft gegen seine Absichten habe keine andern Gründe als «imaginäre Tendenzen, die man dem Ministerium unterstellt, nebelhafte Befürchtungen, ja selbst nur Sensationsnachrichten der Zeitungen». Die «Gefahr Hohenwart» bekam aussenpolitische Bedeutung, als General Schweinitz an Bismarck schrieb, das «föderalistische Programm der Regierung» sei «mit dem in Ungarn herrschenden System unvereinbar». Und im August 1871, bei der Zusammenkunft des Kaisers mit Wilhelm I., in Ischl, meinte der Deutsche Kaiser auf Franz Josephs Bemerkung, dass ihm die deutsche Verfassungspartei viel Ungelegenheiten bereite, das Schauen der Deutschösterreicher nach Deutschland müsste von selbst aufhören, sobald man sie in ihren wirklichen Bedürfnissen zufriedenstelle. Während der Kaiserzusammenkunft in Ischl erschien das Patent, welches alle deutschen und verfassungstreuen Landtage auflöste; während der nachfolgenden Entrevue in Salzburg das Reskript, welches Böhmen aus dem Rahmen der Staatsgrundgesetze heraushob und ihm eine staatsrechtliche Sonderstellung versprach. Es war schwer zu vermeiden, dass die deutschfeindlichen Nutznießer des neuen Kurses in dem einen Ereignis nur «einen Akt der Courtoisie», im andern «die wahre Gesinnung des Kaisers und eine entsprechende Zurückweisung des Berliner Einmischungsversuchs» sehen wollten. Als Franz Joseph seinen Namenszug unter das Reskript vom 12. September 1871 an den böhmischen Landtag gesetzt hatte, konnten die «Narodni Listy», das Organ der Jungtschechen, schreiben, «die Errichtung des böhmischen Staats an Preussens Grenze» sei «die Antwort auf die Restauration des Deutschen Reiches». Der wichtigste Satz in dieser Kundgebung Franz Josephs sagte: «Eingedenk der unerschütterlichen Treue, mit welcher die Bevölkerung Böhmens jederzeit Unsern Thron stützte, erkennen Wir gern die Rechte dieses Königreichs an und sind bereit, diese Anerkennung mit Unserem Krönungseide zu erneuern.» Dieser Satz, der die nationalen Wünsche der Tschechen in der Fassung ihres historischen Staatsrechts feierlichst bekräftigte, wurde von da an zum Hebel der tschechischen Politik; seine Kraft blieb lebendig über das Ende Österreichs hinaus bis zum Frieden von Versailles.

Der ganze Vorgang des versuchten Ausgleichs der Regierung mit den Tschechen hatte das ungarische Vorbild vor sich. Das Mass der staatsrecht-

lichen Selbständigkeit der böhmischen Länder war zwischen der Regierung und den Führern der Tschechen in den sogenannten «Fundamentalartikeln» festgelegt worden. Böhmen erkennt darin den Ausgleich mit Ungarn an, fordert jedoch, dass seine Delegierten direkt von dem böhmischen Landtage zu ernennen seien; der Beitrag Böhmens zu dem Gesamtstaatsbudget soll, wie dies in Ungarn der Fall, nach einem bestimmten Schlüssel vereinbart werden; die direkten Steuern, das Unterrichts wesen, das Zivil- und Kriminalrecht, die Landwehr, Strassen, Eisenbahnen, Polizei und innere Verwaltung waren ausschliesslich der Kompetenz des böhmischen Landtags zuzuweisen. Schäffle hat noch lange nachher die Fundamentalartikel mit dem Satze verteidigt, ihre Verwirklichung hätte Österreich «unvergleichlich einheitlicher belassen, als das Deutsche Reich, die Schweiz, die Vereinigten Staaten von Amerika jemals waren und heute sind». Im Lichte der historischen Kritik verlieren sie von dem Schrecken, den sie zu ihrer Zeit auf alle Deutschen Österreichs geübt haben. Ihre Fehler lagen in der standesherrlichen Patronanz; die Grossgrundbesitzer waren die eigentlichen Herren beider Nationen, sie machten ein wirkliches Nationalitätengesetz unmöglich, das die nationalen Rechte der Deutschen innerhalb der staatlichen Selbständigkeit Böhmens gesichert hätte. Der Kaiser stand bei diesem ernsthaften Versuch, das österreichische Nationalitätenproblem aus seiner gefährlichen Erstarrung zu befreien, ausserhalb der interessierten Klassen; auch Schäffle, der Mann aus der Fremde, war der Überzeugung, im Sinne der staatlichen Vernunft und Moral zu handeln. Das Problem selbst aber, die tschechische Frage und mit ihr die Ansprüche der andern opponierenden Völker, stellte sich nicht mehr in seiner naiven Form von 1848 dar: es war kompliziert durch die Interessen der um die Macht streitenden Klassen. Franz Joseph suchte, wie er es mit Ungarn getan, auch das Verhältnis des Hauses Habsburg zur tschechischen Nation mit friedlichen Mitteln, durch staatsrechtliche Konzessionen sicherzustellen. Das Reich war aber nicht mehr allein Habsburgs Domäne; Ungarn und die deutsche Bourgeoisie hatten die Macht mitbestimmender Faktoren erlangt und kreuzten den Weg der Krone zu den Tschechen.

Das Reskript und die Fundamentalartikel hatten eine turbulente Gegenbewegung unter allen Deutschen Österreichs hervorgerufen. In den deutschen Orten kam es zu erbitterten Kundgebungen. Bei der Inauguration des neuen Rektors der Wiener Universität, Baron Hye, wurde der Unterrichtsminister Jirecek aus der Aula verjagt. Der Spektakel war umso peinlicher,

als man Beust, der auch an der Feier teilnahm, Ovationen darbrachte und er sich die Huldigung gefallen liess. Hohenwart klagte Beust vor dem Kaiser an, durch sein Verhalten die Demonstration der Studenten gebilligt zu haben. «Des Kaisers bemächtigte sich», schreibt Baron Orczy an seine Mutter, «ungeheure Aufregung. Den ganzen Vormittag durfte niemand sein Arbeitszimmer betreten, in dem er, laut mit sich selber redend, rasch auf und ab schritt. Noch nie hat man Franz Joseph in solcher Laune gesehen.» In diesem Augenblick fasste Beust den Entschluss, dem Kaiser in einer langen Denkschrift das Beharren bei der Politik Hohenwarts und Schöffles als eine ernste Gefahr darzulegen. Beust wollte den nicht ungefährlichen Schritt nur tun, wenn er Andrássys Mithilfe sicher war. Andrassy zögerte noch, denn er hatte bei der letzten Audienz erfahren, dass Franz Joseph keineswegs geneigt sei, sich von Hohenwart zu trennen. «Kaum hatte er», berichtet Baron Orczy, «die ersten Worte über die Gefährlichkeit der Hohenwartschen Bestrebungen über die Lippen gebracht, als sich der Monarch von ihm abwandte und das Gespräch jäh abschnitt.» Da Andrassy vorläufig nicht zu bewegen war, sich als Helfershelfer gebrauchen zu lassen, entschloss sich Beust, die Anklageschrift gegen Hohenwart und Schöffle allein auf den Tisch des Kaisers zu legen. Es ist ungewiss, wie Franz Joseph diese Denkschrift aufgenommen hätte, wenn nicht zu gleicher Zeit ein Ereignis eingetreten wäre, das auf den Kaiser die tiefste Wirkung übte. Am 8. Oktober 1871 brach im Gebiete der Militärgrenze ein Aufstand aus, der nichts Geringeres als die Losreissung der südslawischen Länder von der habsburgischen Monarchie bezweckte. Aus Kroatien, Slawonien, Dalmatien und Krain, aus Istrien und den slawischen Teilen Steiermarks sollte in Verbindung mit Bosnien und der Herzegowina ein neuer «illyrischer Staat» gebildet werden. Der kommandierende General von Agram, Feldzeugmeister Mollinary, schlug zwar rasch zu, so dass er am 11. Oktober dem Kaiser melden konnte, die Empörung sei vollständig unterdrückt, doch von da an war Franz Joseph unsicher geworden. Jetzt lässt er selber Andrassy kommen. Bevor Andrassy zum Kaiser geht, spricht er Beust, dem er vorwirft, an der verfahrenen Situation nicht unschuldig zu sein; er rufe, sagt Andrassy, nur deshalb «Gefahr», weil der Ausgleich mit den Tschechen nicht durch ihn, sondern durch Hohenwart zustande kommen könnte. Der Kaiser, der Andrassy am 17. Oktober empfängt, glaubt an die Möglichkeit eines Kompromisses. In einer zweistündigen Audienz am 19. Oktober sucht Andrassy den Kaiser zu überzeugen, dass eine Vermittlung in diesem Fall

unmöglich sei. Er gibt Schäffle, ob mit Recht oder Unrecht ist eine andre Frage, die Schuld an der schlimmen Gestaltung der Dinge. «Schäffle sind alle Mittel recht, ob klerikal, national oder sozial, wenn sie nur gegen Preussen dienen.» Trotz der eindringlichen Rede Andrássys, die, wie man sieht, auch auf demagogische Mittel nicht verzichtet, lässt sich Franz Joseph nicht überzeugen. Er verlangt eine Aussprache Andrássys mit Hohenwart in seiner Gegenwart. Er will Zeuge des Meinungskampfes sein, um sich selber eine Meinung zu bilden. Andrassy verlässt die Hofburg mit dem Eindruck, dass Hohenwart «vollkommen verrannt» sei. «Ich bin müde,» schreibt er seiner Frau, «mein Kopf schmerzt mich.» Tags darauf ist Kronrat. Er währt von Mittag bis sechs Uhr abends. Andrássys Kritik an der Politik Hohenwarts und Schäffles geht von dem Gedanken aus, dass es leichtfertig und gefährlich sei, eine Verfassung, die sich eben erst einzuleben begann, wieder umzuwerfen. Er ging auf alle Einzelheiten der Fundamentalartikel ein und riet schliesslich, nur das zu verändern, was absolut unhaltbar sei. Wie nur natürlich, macht Andrassy auf die Folgen aufmerksam, welche die separatistischen Bestrebungen der Tschechen für Ungarn haben müssten. Einen besondern Eindruck auf Franz Joseph erzielt er mit seiner Kritik, als er sagt, es sei unstatthaft, die Person des Kaisers in den Vordergrund zu stellen und mit seinem Worte Politik zu machen; das monarchische und konstitutionelle Prinzip fordere die Deckung des Herrschers durch die verantwortlichen Minister. Hohenwart und Schäffle verteidigen ihre Pläne und reinen Absichten; beide sind nach wie vor der Überzeugung, dass das liberalzentralistische Rezept für den Nationalitätenstaat unmöglich sei. Erschöpft geht man auseinander. Der Kaiser trifft keine Entscheidung. Man sieht es ihm an, wie schwer es ihm fällt, den Gedanken einer Versöhnung mit Böhmen wieder fallenzulassen. Erst am 21. Oktober tritt die Wendung ein. Noch einmal lässt Franz Joseph Andrassy und Hohenwart zu sich kommen, noch einmal will er für und wider hören. «Wie wollen Sie», fragt Andrassy den Grafen Hohenwart, «die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts durchsetzen? Sind Sie bereit, es auch mit Kanonen zu tun?» Da bricht der Kaiser plötzlich und ganz unvermittelt das Reduell ab, was für beide Minister das Zeichen ist, sich zu verabschieden. Unmittelbar darauf lässt Franz Joseph Andrassy in sein Arbeitszimmer rufen. Er ist abgespannt, nervös und sehr ernst. Andrassy muss seine Einwendungen gegen Hohenwart wiederholen. «Die Argumente des Grafen

Beust», sagte der Kaiser, «habe ich nicht verstanden, Sie verstehe ich; nur Ihnen zulieb habe ich die Sache so entschieden.» Damit war der Stab über die Politik Hohenwart-Schäffle gebrochen. Am 22. Oktober teilt der Kaiser diesen Entschluss Hohenwart mit, der so erzürnt ist, dass er, Franz Josephs Arbeitszimmer verlassend, an Beust und Andrassy ohne Gruss vorübergeht. Die tschechischen Führer Clam-Martinitz, Rieger und Prazak werden nach Wien gerufen. Sie teilen dem Kaiser ihre Ansicht mit: der Eintritt der Tschechen in den Reichsrat ist nur um den Preis der Anerkennung des tschechischen Staatsrechts zu haben; werde der Ausgleich fallengelassen, so sei jede Hoffnung dahin, ihn jemals wieder aufnehmen zu können. In Prag bricht die Erbitterung aus, Wien und Deutschösterreich jubeln. In der Wiener Oper erschallt bei «Lohengrin» demonstrativer, minutenlang dauernder Beifall zu den Worten: «Für Deutschland das deutsche Schwert, so sei des Reiches Kraft bewährt.» Der Kaiser ist tief verstimmt. Am 23. Oktober bittet Schäffle den Kaiser um seine Entlassung. Franz Joseph sagt ihm erregt: «Isolierter Rücktritt ist Pflichtverletzung!», zu Hohenwart, der am 25. Oktober seine Demission überreicht: «Das ist mir sehr hart.» Das abtretende Kabinett weigert sich, das von ihm verfasste Reskript an die Tschechen zu unterzeichnen. Franz Joseph besteht darauf, da er nicht den Schein auf sich nehmen will, den Ausgleich mit den Tschechen zu Falle gebracht zu haben. Er lehnt nicht alle Forderungen der Tschechen ab, sondern nur einige Punkte, vor allem das Postulat, die geltende Verfassung so lange zu sistieren, bis die tschechischen Forderungen erfüllt seien. Hohenwart bleibt, auf Schäffles Rat, bei der Weigerung. Am 30. Oktober sind Hohenwart und Schäffle entlassen. Beim Abschied sagt Hohenwart zu Schäffle: «Der Monarch wäre am liebsten mit uns gegangen.» Das Reskript, vom Finanzminister Holzgethan und den geschäftsführenden Sektionschefs unterzeichnet, erscheint in veränderter Form. Damit endete eines der merkwürdigsten Kapitel in der Regierung Franz Josephs.

## DAS BÜNDNIS MIT DEUTSCHLAND

DAS JAHR 1871 IST EINES DER BEDEUTUNGSVOLLSTEN in Franz Josephs Leben. Es verabschiedet endgültig die letzten Schatten des Revanchegedankens von 1866, es beendet den missglückten Ausgleichsversuch mit den Tschechen. Die Tatsache des neuen Deutschen Reichs zwingt zur



Revision des Denkens und Fühlens. Schwer nur hatte Franz Joseph der Erinnerung an die deutsche Vormachtstellung seines Hauses entsagt. Jetzt ist alles Vergangenheit. Gehört nicht auch Beust dazu? Man hat Franz Josephs Art, wie er Krisen durch einen plötzlichen Entschluss löste, Misserfolge beendete, aus einem Hange zu bürokratischer Korrektheit erklären wollen; es war mehr. Im Lichte von heute könnte man sagen, es sei der Wille, sich von Vorstellungen und Affekten der Unlust zu befreien. Beusts Berufung war mit bewussten und unbewussten Hoffnungen und Erwartungen verknüpft gewesen, seine Wirksamkeit von 1866-1870 eine Probe auf die Zukunft. Jetzt gehören er und sein Wirken der Vergangenheit an. Gleichgültig, wie gross an dem Ergebnis der subjektive Anteil, wie gross die Macht objektiver Tatsachen sein mochten – Franz Joseph hat den Wunsch, hinter dieses Kapitel den Schlusspunkt zu setzen. Geblieben ist von allem Bemühen der letzten vier Jahre der Ausgleich mit Ungarn; dieses Werk steht unerschüttert. Alles andere ist missraten. Beusts Voraussichten in der grossen Politik haben getrogen, der Ausgleich mit Prag ist zerschellt, ja, Beust selber, der ihn erst gutgeheissen und gefördert hatte, versetzte ihm in seiner Denkschrift den Todesstreich. Trotzdem trennt sich Franz Joseph von Beust nur schwer. Doch der Reichskanzler fiel auch dann, wenn die verbitterten Besiegten von Prag, der böhmische Adel, Rieger und die tschechische Öffentlichkeit, die in ihm mit einigem Unrecht den Urheber der Niederlage sehen, nicht den Kopf des «Sachsen» als Sühneopfer forderten. Beust spürt es selber, dass der Kaiser, der ihn nach Hohenwarts Abdankung, ganz gegen die frühere Übung, nicht mehr rufen lässt, von ihm abgefallen ist. Noch hofft er und versucht als ungerufener Ratgeber bei der Wahl des neuen Ministeriums dem Monarchen beizustehen. Er denkt an einen General als Regierungschef, an Mertens, Gablenz, Koller, Edelsheim, oder daran, dem Kaiser die Wahl zwischen Unger, Stremayr und Pretis zu empfehlen. «Mit einer Gleichgültigkeit, die Beust das Blut in den Adern erstarren macht», hört ihn der Monarch «an. Die Kälte Franz Josephs zwingt Beust zu sagen, er sehe, dass der Kaiser «seiner Dienste entraten zu können vermeine». Franz Joseph schweigt. Einen Tag darauf, am 5. November 1871, gibt Beust seine Demission. «Der Kaiser», erzählt er selber, «hat mich kalt angehört.» Er bittet Beust nur, mit der Überreichung des Entlassungsgesuchs einige Tage zu warten. Franz Joseph hat nämlich noch nicht das Wort des zum Nachfolger ausersehenen Mannes: Andrassy. Am 8. November ist Andrassy

in Wien und sagt dem Kaiser zu, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen.

In diesem Augenblick ist Andrassy mehr als der neue Mann im Ministerium des Äusseren, er ist Franz Josephs wirklicher Berater und Helfer. Der Kaiser ruft ihn, als den einzigen, von dem er einen rettenden Gedanken erwartet. Seine Wahl ist verständlich. Andrassy ist im ganzen Kreis der Männer, die in Betracht kommen, in der Tat der einzige, dessen Rat bisher erfolgreich war. Er hat dem Kaiser im entscheidenden Augenblick von 1867 den Weg nach Ungarn gewiesen; er hat, was er versprach, als ungarischer Ministerpräsident gehalten. Wieder ist es Ungarn, das, wie nach Solferino und nach Königgrätz, auch jetzt die Entschlüsse Franz Josephs wesentlich beeinflusst. Damals dankte Ungarn das Gewicht seiner Wirkung der Unnachgiebigkeit und politischen Überlegenheit der führenden Männer. Ungarn war stärker als der Wille zum Absolutismus. Also liess sich Franz Joseph bekehren und überzeugen. Jetzt hat er Vertrauen. Andrassy geht mit so sicherem Gefühl nach Wien, dass er sagen darf, er könne seinen elfjährigen Sohn als Ministerpräsidenten von Ungarn zurücklassen. Der Wandel, der sich nun in dem Kaiser vollzieht, die Bejahung der grossen entscheidenden Wendung in der äusseren Politik wie die Rückkehr zum deutschliberalen Regime in Österreich, dieser Wandel hat keine rätselhaften Hintergründe, er ist die natürliche Frucht des Vertrauens Franz Josephs zu Andrassy. Nach der endgültigen Verabschiedung des Revanchegedankens beginnt Franz Josephs auswärtige Politik mit einem neuen, unbeschriebenen Blatt, das auf einen Gedanken, auf ein Programm wartet. Die drei Dinge von alters her sind gegeben: das Interesse an dem Balkan, das Verhältnis zu Russland, das Bemühen um die Erhaltung der englischen Sympathien. Das wichtigste jedoch, die Veränderung Deutschlands, fordert neues Denken, neue Entschlüsse. In diesem Punkt überlässt sich Franz Joseph ganz dem Urteil und Willen Andrassys. Dessen Weltbild und Meinung bestimmen den Weg, den die auswärtige Politik des Reichs nun gehen wird. Und Andrassy bewirkt auch die Wendung in der innern Politik Österreichs. Darin ist die wandelnde Kraft des Vertrauens umso grösser, als Franz Joseph sich von zwei Gedanken lossagen muss, um Andrassys Plan zu bejahen. Er suchte so sehr nach einem Wege zu den Tschechen, dass er bis zum böhmischen Staatsrecht und den Fundamentalartikeln gegangen ist, und ihm missfällt die Absicht, mit der deutschen Verfassungspartei regieren zu müssen, weil er von ihr keine Hilfe in der Frage der Nationalitäten, wohl aber Wi-

derstände gegen den Ausbau des Heeres erwartet. Wenn Franz Joseph jetzt zum liberalen Regime zurückkehrt, so fügt er sich der Meinung Andrássys. Aus Rücksicht auf Ungarn und den Dualismus kann Andrassy kein föderalistisches Experiment befürworten, er hält an der alten Überzeugung fest, dass Ungarn und das Reich am besten fahren, wenn der Vorherrschaft der Ungarn in der einen Hälfte ein deutsch und zentralistisch regiertes Österreich gegenüberstehe. Nicht dem eigentlichen Willen Franz Josefs dankt der Liberalismus seine Auferstehung, sondern Andrassy und dem Gewichte der ungarischen Argumente. Umso seltsamer ist das Missverstehen, welchem Andrassy bei den Deutschen Österreichs begegnet. Dass ihn die Föderalisten, der böhmische Adel und die feudal-klerikalen Kreise Wiens ihre ganze Feindschaft spüren lassen, ist nur verständlich; aber die Wiener liberale Presse wetteifert darin mit ihnen. Es sind nicht allein die Sympathien für Beust und die Wirkungen des von ihm geschaffenen Presseapparats, was diese Feindschaft veranlasst; der deutsche Liberalismus will nicht begreifen, dass er an Ungarn die einzige Stütze hat. Er kommt nicht los von den Vorstellungen des Batschen Zentralismus, er sieht noch immer in der staatlichen Selbständigkeit Ungarns eine Minderung seiner Macht. Und daran ändert nichts, dass Andrassy sehr bald nach der Übernahme der Geschäfte erkennen lässt, wohin er steuert. Nachdem er den Bruder des Fürsten Auersperg, Adolf, dafür gewonnen hat, die neue Regierung zu bilden, wird zwischen ihm, dem Kaiser und Auersperg ein Programm vereinbart, welches die Unantastbarkeit der Verfassung, den Verzicht auf staatsrechtliche Experimente und den Grundsatz ausspricht, den Reichsrat als das Parlament aller Kronländer zu respektieren. Am 26. November 1871 ist das neue Kabinett mit Lasser, Glaser, Unger und Stremayr gebildet. Nun kann Andrassy an seine eigentliche Aufgabe herangehen. Er beginnt mit einem Rundschreiben an die europäischen Kanzleien, das sich zu einer offenen Friedenspolitik bekennt und die Versicherung ausspricht, Österreich-Ungarn «strebe keine Vermehrung seines Gebiets», sondern die Stärkung der Monarchie im Innern an. Eine der ersten Verfügungen, die er trifft, ist die Abberufung des Botschafters Metternich aus Paris. Der Strich zwischen der Politik Beusts, die mit Napoleons Freundschaft als mit einer sicheren Größe gerechnet hatte, und Andrássys Wollen, soll deutlich sein. Er verständigt sich mit England über seine Absichten, eine Allianz Deutschlands mit Russland zu hindern, und schafft die Voraussetzung dazu: die Verständigung mit Deutschland. Wie Andrassy die Zuneigung Franz Josefs er-

obert hat, so rasch gewinnt er auch das Vertrauen Bismarcks. Und er nützt den Vorteil, der sich Österreich seit der Niederlage Frankreichs bietet. Deutschland ist mit der Feindschaft Frankreichs belastet, um Elsass-Lothringens willen muss es zu Österreich halten. Mit Eifersucht blickt Russland auf diese Annäherung, die einen der Gründe seiner Machtstellung, den österreichisch-preussischen Gegensatz, beseitigt. Seine Rivalität mit England und die Ohnmacht Frankreichs lassen keinen andern Bundesgenossen als Deutschland finden. So sucht es, um die Freundschaft mit Deutschland nicht zu verlieren, auch zu Österreich in ein besseres Verhältnis zu kommen. «Ich hege», sagt Gortschakow, Russlands Staatskanzler, 1871, «keine vorgefasste Meinung gegen den Grafen Andrassy, wir wollen ihn an der Arbeit sehen, und wenn er uns die Hand reicht, verlangen wir nichts Besseres, als uns in freundschaftlicher Weise zu verständigen.» Solche Beteuerungen werden nun auch durch Beweise bekräftigt. Zum erstenmal wieder seit dem Tode Nikolaus I. erscheint Anfang Juli 1872 in Petersburg ein Erzherzog, Alexander II. die Grüsse Franz Josephs zu überbringen. Bevor der Erzherzog nach Russland fuhr, hatte schon die Absicht Franz Josephs bestanden, Wilhelm I. in Berlin zu besuchen, ein Plan, der die Aussöhnung des Kaisers mit den neuen Tatsachen der deutschen Geschichte bezeugen soll. Die Trauer des Hofes schob ihn hinaus; am 28. Mai 1872 war des Kaisers Mutter gestorben. Gegen alle Erwartungen wird nun aus der geplanten Begegnung der beiden Kaiser eine Drei-Kaiser-Entrevue. Franz Joseph ist mit dem Ergebnis der Reise zufrieden, die nach beiden Seiten hin, nach Deutschland und nach Russland, einen Zustand des Friedens schaffen hilft. Sie stärkt Andrassys Position nicht nur beim Kaiser, auch die Parteien, die in der gemeinsamen Vertretung, den Delegationen, zu Worte kommen, legen ihrer Opposition Zügel an. Als Giskra den Grafen Andrassy etwas ironisch fragt, worin denn nun «eigentlich die Aufgabe unserer Staatskunst» bestehe, antwortet ihm der Minister: «Die möglichen Ziele der Politik Österreich-Ungarns sind, dem Bauer sagen zu können: Bestelle ruhig deine Felder, sie sollen dir nicht zerstampft werden; den Städten versichern zu können: Baut eure Häuser, sie sollen nicht zerstört werden; der Bevölkerung insgesamt: Die Opfer, die ihr bringt, sollen dem Frieden dienen.» Andrassy setzt in den Delegationen, gegen die Opposition der Liberalen, gegen Herbst, Rechbauer, Giskra und Brestl, die dreijährige Dienstzeit und die Erhöhung des Wehrstandes durch.

Hier lag der Punkt, an dem Franz Joseph am verwundbarsten war. Den Widerstand gegen militärische Pläne; die Kritik am Heere; die Wahrung

des verfassungsmässigen Rechts, Anforderungen des Kriegsministers entgegenzutreten – dies empfand der Kaiser seit den ersten Tagen des österreichischen Parlamentarismus bis ans Ende seines Lebens als einen Affront gegen seine Person, gegen sein Haus und die Machtstellung der Monarchie. Es war die Tragik des deutschösterreichischen Liberalismus und die eigentliche Ursache seines endgültigen Sturzes, dass er, zwischen Prinzip und Taktik gestellt, sich für die Treue zum Prinzip entschied und eine Taktik verschmähte, die ihm riet, dem Willen des Kaisers zu gehorchen. Alle spätere Kritik an den deutschen Liberalen macht ihnen zum Vorwurf, in der Anbetung des Prinzips den praktischpolitischen Blick und dadurch die Fähigkeit zum Regieren verloren zu haben; unter den Kritikern auch Bismarck, der von den «Herbstzeitlosen» sprach. Es war indes keine beiläufige Lust an der Opposition, die den Liberalismus in seiner prinzipientreuen Haltung verharren liess. Darin waren die Herbst, Giskra und Rechbauer, was immer man sonst an ihnen auszusetzen hat, doch die Erben des klassischen Liberalismus, dass sie den Rüstungen widersprachen und das Etatrecht vor dem Kriegsbudget als ihr bestes Gut zu wahren suchten. Ihr Fehler lag darin, sich über die Macht des deutschen Bürgertums getäuscht und sie überdies geschwächt zu haben durch die Engherzigkeit vor den Forderungen der anderen Nationen und Klassen. Franz Joseph liess die Liberalen regieren, weil er das parlamentarische Regime als eine notwendige Ergänzung des Dualismus ansah, aber er forderte vom regierenden Liberalismus die Befolgung seiner Räson. Er konnte es nicht verstehen, dass die Deutschen in einem Augenblick opponierten, da der Kurs der innern und der äussern Politik deutsch war. Noch weniger verständlich freilich war die Abneigung des liberalen Zentrums gegen Franz Josephs Politik, jene Gesinnung, der Schmerling in seiner berühmten Rede in der «Concordia», dem Verein der Wiener Journalisten, Worte lieh. Der bedeutendste Repräsentant der österreichischen Altliberalen sprach gegen die Aussöhnung mit Deutschland, gegen den Verzicht Österreichs auf seine deutsche Stellung, gegen den Dualismus. Hier war das Missverstehen zur tragischen Blindheit geworden: Der in den Tagen des Kaisers Franz aufgewachsene Staatsmann verstand die Zeit nicht mehr.

Doch der Liberalismus litt noch unter einem zweiten Verhängnis. Er war der Anwalt der zentralistischen Tradition und des Fortschritts in geistigen Dingen, er war aber auch als Vertreter der wirtschaftlich entwickeltsten

Klasse, des deutschen Bürgertums, verbunden, verquickt und belastet mit allen Übeln der kapitalistischen Flegeljahre. Eben noch hatte die Wiener Weltausstellung ein überraschendes Bild gegeben von dem erstaunlichen Aufschwung Österreichs und der bezaubernden Schönheit der mächtig anwachsenden Reichshauptstadt, als mit einem Schlage die täuschende Fassade des Wohlstandes zusammenstürzte. «Am Börsenring standen die gemalten Dörfer des Potemkin», schreibt Daniel Spitzer mit bitterm Hohn, «das Spiel als Arbeit, der Schwindel als Aufschwung, das Agio als Vermögen maskiert, kommt, kommt, riefen die Propheten des verjüngten Österreich, besucht unsere Weltausstellung, seht unsern Glanz und unsere Herrlichkeit, seht, wie wir – arbeiten. Und die neugierigen Gäste kamen – in das Trauerhaus des ruinierten Spielers.» Der «grosse Krach» von 1873 war der Auftakt zu einer allgemeinen Krise, zu einer echten Weltwirtschaftskrise, die, von Wien ausgehend, noch in demselben Jahre Italien, Russland und Nordamerika, Deutschland, England, Holland und Belgien ergriff und selbst Teile Südamerikas und Australien in Mitleidenschaft zog. Es war jedoch kein Zufall, dass sie in Wien begann: hier war der Ort des schwächsten Widerstandes. Und das Treiben der Gründer, die Macht des Parlamentarismus für ihre Zwecke zu nützen, erfreute sich, wenn auch nicht der Protektion der Regierung, so doch der Duldung, mehr noch, es fand mannigfache Berührung mit den Männern der parlamentarischen Herrschaft. Von den 167 Mitgliedern des Wiener Abgeordnetenhauses, die nach der Absentierung der Slawen ihr Mandat ausübten, hatten 46, also 28 von Hundert, unterschiedliche Stellen bei Erwerbsunternehmungen inne, und zwar insgesamt 123 solche Stellen, so dass auf je vier Abgeordnete drei Verwaltungsratsstellen kamen. Von den 18 Abgeordneten aus Niederösterreich waren 12 Verwaltungsräte mit zusammen 38 verschiedenen Stellen.

Franz Joseph hatte am 1. Mai 1873 die Weltausstellung ohne Ahnung davon eröffnet, dass sie auf schwankendem Grunde ruhte. Die hereingebrochene Krise beschattete Wien, sie konnte aber das Programm von Empfängen und Besuchen nicht lahmlegen, welches aus Anlass der Ausstellung vorgesehen war. Unter den Gästen, die Franz Joseph nach Wien geladen hatte, standen Kaiser Wilhelm und Zar Alexander II. an erster Stelle. Es war der Wunsch des Zaren, vor seinem Besuche Wiens, Franz Joseph in Petersburg begrüßen zu können, und so hoffte es auch jener Kreis bei Hofe, dem die Freundschaft Russlands erstrebenswerter schien als das gute Einvernehmen mit Deutschland. Andrassy jedoch bewog den Kaiser, dem Wunsche des Zaren auszuweichen, was sich mit der Vermählung der Erz-

herzogin Gisela, Franz Josephs ältester Tochter, genügend begründen liess. Der Zar kam und mit ihm Gortschakow, obwohl ursprünglich dessen Begleitung nicht geplant war. Den Gedanken einer unmittelbaren Aussprache mit dem Wiener Kabinettt hatte Bismarck dem Zaren nahegelegt, und nachdem Alexander durch Erzherzog Albrecht die Gewissheit erhielt, dass Franz Joseph eine solche Absicht erwünscht sei, veranlasste er den Kaiser, sich offen zu äussern. General Schweinitz, Deutschlands Botschafter am Wiener Hofe, erfuhr aus Alexanders Munde, dass Franz Joseph sich mit der Wendung der Dinge vollkommen abgefunden habe und ein Zusammengehen mit Deutschland wünsche. Die schweren Schicksalsschläge und schmerzlichen Erinnerungen, sprach Franz Joseph, seien zwar noch in frischer Erinnerung, für seine Politik jedoch bedeutungslos geworden; er sei fest entschlossen, den nun betretenen Weg zu gehen. Die Frucht des Zarenbesuchs war ein schriftliches Abkommen, worin die beiden Monarchen den Willen kundgaben, selbst für den Fall, als die Interessen ihrer Länder nicht übereinstimmen sollten, sich friedlich zu verständigen. Der Satz, den Frieden auch gegenüber allen Umstürzbewegungen gemeinsam zu verteidigen, war eine unzeitgemässe Konzession an den Zaren. Das am 6. Juni 1873 von Franz Joseph I. und Alexander II. unterfertigte Schriftstück wurde Berlin bekanntgegeben. Es hob den deutsch-russischen Versicherungsvertrag vom Mai desselben Jahres nicht auf, es gab ihm aber eine neue Deutung. Am 17. Oktober ist Kaiser Wilhelm in Wien. Mit ihm Bismarck, dem es nicht leichtgeworden war, das ihn damals «völlig übermannende Gefühl der Menschenscheu» zu überwinden.

Der Wiener Besuch Kaiser Wilhelms schloss in schönster Harmonie. Doch es gehörte zum Wesen der Kabinettpolitik von damals, dass Stimmungen des Hofes, Sympathien und Antipathien des Herrschers, oft ein Wort, zu bedeutsamen Elementen der Politik werden konnten. Die Toaste und Beteuerungen, die beim festlichen Mahl in der Wiener Hofburg gesprochen wurden, waren kaum verklungen, als es schon eine Verstimmung gab. Als Abschluss der neuen Drei-Kaiser-Freundschaft war Franz Josephs Reise nach Petersburg gedacht. Dort nun liess Andrassy vor Gortschakow Äusserungen fallen, die Bismarck mit Recht an dem Erfolg seines ganzen Bemühens um Österreichs Vertrauen zweifeln machten. Hatte Andrassy sich zum Anwalt der Albrecht-Partei gemacht, oder sprach er geheimste Gedanken Franz Josephs aus – kurz, der Sinn seines Gesprächs war der, Österreich bedürfe der Verständigung mit Russland umso mehr, als die Ge-

fahr bestehenbleibe, dass Deutschland sein Streben nach nationaler Einigung eines Tages auf die Deutschen Österreichs ausdehnen werde. Bismarck war so überrascht und betroffen, dass er es als notwendig ansah, in einer sehr umfangreichen Depesche sein ganzes Verhalten zu Österreich nochmals klar und eingehend darzulegen. Der Petersburger Aufenthalt Franz Josephs im Februar 1874 stand unter dem Eindruck dieses Zwischenfalls. Hier jedoch waren es persönliche Dinge anderer Art, die politischen Wert erhielten. Franz Joseph wusste, wie feindselig ihm Alexander II. innerlich gegenüberstand; die Abneigung des Zaren war so heftig, dass er sich 1860 dessen gerühmt hat, einen eigenhändigen Brief Kaiser Franz Josephs nicht beantwortet zu haben. Der Zar, hiess es, könne die seinem Vater 1854 geschlagene Wunde nicht vergessen. Der erste Weg Kaiser Franz Josephs in Petersburg führte zum Grabe Nikolaus' I., wo der Kaiser einen Kranz niederlegte. Dieser Akt der Pietät soll auf Alexander einen tiefen Eindruck gemacht haben; der Zar war von da an wie umgewandelt. Nicht nur Alexander und Gortschakow sangen der Petersburger Entrevue ein enthusiastisches Loblied, auch Franz Joseph und Andrassy waren zufrieden.

Es schien, als habe sich vieles zum Bessern gewendet. An Stelle der steten Unruhe und des vagen Kombinierens war Klarheit und Zielsicherheit getreten. Aus der äussern Politik war der Geist geheimer Ränke geschwunden, im Innern hatte die Rückkehr auf den Boden der Verfassung die Lust an neuen Versuchen ver scheucht und Beruhigung geschaffen. Dies herbeigeführt zu haben, galt vornehmlich als das Werk Andrassys. Es war nur möglich geworden durch die Unbeirrbarkeit des Kaisers. So entschlossen er in diesem Zeitraum seinem Ratgeber zu folgen scheint, so folgerichtig und darum einfach sich die von ihm gutgeheissene Politik darstellt, so hat der Kaiser kaum jemals zuvor mehr Widerstände zu überwinden gehabt als jetzt. Widerstände der eigenen Natur und Widerstände seiner Umgebung. Alles ist seit 1871 anders geworden. Es herrscht Freundschaft mit Deutschland, Freundschaft mit Russland und Italien; die Feinde der Politik Franz Josephs sind der Papst und der feudalklerikale Adel. Der Kaiser ist der abtrünnige Sohn der Kirche, der Verräter alter Traditionen, der Verbündete der schlimmsten Widersacher des Vatikans.

Es ist erstaunlich, wie weit er auf diesem Wege Andrassy folgt. Was dem liberalen Grafen selbstverständlich scheint, weil er seine Politik nach den eigenen Denkgesetzen richtet, ist bei Franz Joseph eine Frage innern Widerstreits und der Tragfähigkeit des Vertrauens zu einer fremden Meinung.



Ist Andrássys Weg der richtige? Der Widerspruch in der Umgebung des Kaisers wächst. 1875 erscheint in Wien eine Broschüre «Betrachtungen über die Organisation der österreichischen Artillerie», ein Pamphlet gegen das herrschende System; Russland sei unsere Zuflucht, Deutschland die wahre Gefahr. Ihr Verfasser: Erzherzog Johann Salvator, Brigadier. Die Broschüre ist unbedeutend, aber sie wird in Berlin beachtet und wirkt verstimmend. Bismarck ist nervös, er sieht bei Gortschakow das Bemühen um ein Zusammenschliessen Russlands und Frankreichs. Ermutigt durch Gortschakows Worte, die er an Vicomte de Gontaut-Biron, den französischen Botschafter in Berlin, gerichtet hat – «Er kann euch nicht mehr bekriegen, ohne die ganze öffentliche Meinung Europas gegen sich zu haben» –, erhöht Frankreich die Zahl seiner Bataillone. Ein Wiener Brief der «Kölnischen Zeitung», ein Artikel der Berliner «Post»: «Ist Krieg in Sicht?» steigern die Beunruhigung. Beide Blätter weisen auf die mächtige Partei am Wiener Hofe und in der adligen Gesellschaft hin, die darauf warte, mit Frankreich vereint an Deutschland Revanche zu nehmen. Die Informationen aus Wien stammen von General Schweinitz, die zwei alarmierenden Artikel hat der Pressedezernent im Berliner Auswärtigen Amt, Legationsrat Ludwig Aegidi, verfasst. Die Wendung in der Krise und damit die welthistorisch bedeutsame Erschütterung des Drei-Kaiser-Bündnisses führt ein Journalist aus Böhmen herbei: Herr Adolf Opper, damals schon Herr von Biowitz, Pariser Korrespondent der «Times». Er richtet in seinem Blatt einen Appell an Russland: «Diese Macht muss von der Notwendigkeit überzeugt werden, für lange Zeit, wenn nicht für immer, den Störungen, die stets von Neuem die Welt beunruhigen, ein Ende zu machen.» Gortschakow benützt seine und des Zaren schon lange vorgesehene Reise nach Berlin, um den Anschein zu erwecken, dass er Deutschland vom Kriege gegen Frankreich zurückgehalten habe. Diese Niederlage hat Bismarck dem russischen Staatskanzler nie verziehen. Das Drei-Kaiser-Bündnis ist erschüttert. Als Gewinner geht aus der Krise Österreich hervor. Bismarck, vor der Gefahr der Isolierung, muss nun erst recht Österreichs Freundschaft pflegen. Es ist der Moment, auf den Andrassy gewartet hat.

Die Gefahr des grossen Krieges ist vorüber, doch die andere eines kleinen Kriegs steigt auf. Der 1875 ausbrechende Aufstand der christlichen Bevölkerung in der Herzegowina ist das erste Feuerzeichen in jener unendlich langen Kette von nationalem Hader und konfessionellem Streit, von Intrigen der Mächte und Kämpfen der Völker um ihre staatliche Selbständig-

keit, die von da an die europäische Politik beschäftigt und beunruhigt, um schliesslich in dem Brande des Weltkriegs zu enden. In diesen Tagen werden die ersten Fäden jenes schicksalschweren Bandes gewoben, welches Deutschland an Österreich heftet und damit zum Leidgenossen der südöstlichen Schmerzen des Donaureiches macht. 1875 gibt es österreichische Annexionisten, ihnen voran die Generale Roditsch und Mondei, die ersten Flügeladjutanten Franz Josephs, die jetzt schon Bosnien und die Herzegowina erobern möchten. Der Kaiser ist auf ihrer Seite; sein Schmerz, das Reich der Väter vermindert zu haben, müsste verstummen, wenn der Verlust Lombardo-Venetiens und der Machtstellung in Deutschland durch die Erwerbung neuer Provinzen sich wettmachen liesse. Andrassy überzeugt den Kaiser von der Gefährlichkeit solcher Pläne. Je lebendiger der Balkan wird, je heftiger das Drängen des von der kriegerischen Omladina beherrschten Belgrader Abgeordnetenhauses, der Skupschtina, je offensiver Montenegros Verhalten, desto grösser wird Andrassys Sorge, beim Deutschen Reich den nötigen Rückhalt zu finden. Er bewirkt es, dass Erzherzog Albrecht, der bisher als der Mittelpunkt des antipreuussischen Kreises galt, im Herbst 1875 nach Ems zu Wilhelm I. fährt, und er macht gleichzeitig zur Frage der rebellierenden türkischen Provinzen den Vorschlag, die Türkei zu einer Reformaktion zu veranlassen, die den Bekenntnissen Gleichheit und Freiheit verbürge. Der Plan scheitert an Russlands Widerstand. Von Gortschakow jedoch kommt die Anregung, die strittigen Fragen auf einer Konferenz der drei Kaisermächte in Berlin zu schlichten. Österreichs Politik ist darauf gerichtet, die Türkei zu erhalten, Russlands Interesse fordert die Auflösung des Osmanenreichs. In Berlin nun will sich Gortschakow schon jetzt mit Österreich über die Aufteilung der Türkei verständigen. In England vollzieht sich zur selben Zeit ein Umschwung von welthistorischer Bedeutung: es gibt seine Meinung auf, den gesamten Besitzstand der Türkei verteidigen zu müssen. Am 6. Mai 1876 werden in Saloniki der deutsche und der französische Konsul ermordet. Am 12. Mai vereinbaren die drei Kaisermächte ein Memorandum, in welchem sie die Pazifikation Bosniens und der Herzegowina, des Herdes der Unruhen, fordern. Das Memorandum bleibt, wie es Gortschakow will, ein Stück Papier. Er wünscht Österreich von jedem selbständigen Eingreifen in Bosnien und der Herzegowina abzuhalten, um beide Provinzen, Serbien und Montenegro als Kriegslohn zu sichern. Andrassy ist in diesem Kampf der Anwalt einer mechanischen Machtpolitik des Hauses Habsburg und des Selbstschutzes Un-

garns vor der Neubildung grosser slawischer Reiche an der Grenze der Monarchie; Russland steht auf der Seite des Rechts der Nationen von morgen. Am 1. Juli 1876 erklären Serbien und Montenegro der Türkei den Krieg. Russland muss jetzt wissen, ob Österreich seinen Widerstand gegen die Teilung der Türkei aufgeben, und welchen Preis es für seine wohlwollende Neutralität bei einem russisch-türkischen Krieg fordern werde. Zur Klärung dieser Frage treffen acht Tage nach der Kriegserklärung, am 8. Juli 1876, Zar Alexander und Kaiser Franz Joseph in Begleitung Gortschakows und Andrässys auf Schloss Reichstadt in Nordböhmen zusammen. Österreich schliesst den Pakt: es erhält für seine Neutralität das Recht zugesprochen, Bosnien und die Herzegowina nach dem Kriege besetzen zu dürfen. Das geheimgehaltene Abkommen widerspricht Andrässys Politik, der die orientalischen Wirren bis dahin nur durch Reformen hatte schlichten wollen. Er selber gab England die Schuld an dem veränderten Verhalten und rechtfertigte es mit der Bemerkung, die Vereinbarung von Reichstadt habe zwar nicht den Krieg zwischen Russland und der Türkei, aber den gefährlicheren zwischen Russland und Österreich verhindert. Das Urteil der Geschichte muss das letzte Wort dieses Satzes ändern: nicht verhindert, sondern aufgeschoben. Der Vertrag bot aber auch damals keine Versicherung gegen die Gefahr eines Krieges mit Russland. Der Kampf der Serben gegen die Türkei hatte schlecht geendet; der Zar entschloss sich, selber einzugreifen; Gortschakow fand den Preis von Reichstadt zu hoch. Ende September 1876 erscheint der russische Generaladjutant Graf Felix zu Somakorow-Elston in Wien: Alexander fordert Franz Joseph zu gemeinsamem Vorgehen auf; Österreich soll in Bosnien, Russland in Bulgarien einmarschieren, um die politische Autonomie der Provinzen zu erzwingen. Österreich gerät in eine schwierige Situation: Was wird aus Bosnien und der Herzegowina, wenn man sie selbständig macht? Und kann man sie selbständig machen, ohne in Dalmatien, Kroatien und Slowenien den gleichen Wunsch zu wecken? Österreich ist der Gefangene seiner innern Sorgen und Schmerzen. In der Antwort auf Franz Josephs Schreiben beharrt Alexander bei der Autonomie als bei einem Mittel zur Befreiung der Balkanländer vom Druck der türkischen Herrschaft. Es ist nicht möglich, diese Gegensätze zu versöhnen. Bismarck wird von beiden Seiten mit der Frage bedrängt, was Deutschland im Falle eines österreichisch-russischen Krieges tun würde. Der Zar, vom Kriegsminister Grafen Miljutin beeinflusst, will von Berlin wissen, ob er auf Deutschlands Neutralität rechnen könne, wenn er ge-

zwungen werde, sich von den Fesseln, die Österreich der russischen Politik anlegt, zu befreien. Auch Andrassy will wissen, woran er ist. Bismarck, auf der Höhe seiner Kunst, gibt auf beide Fragen beruhigende Antworten. In seiner Rede bei dem parlamentarischen Diner vom 1. Dezember 1876, wo er Deutschlands Stellung in diesem Konflikt darlegt, erwidert er auf eine sehr geringschätzige Bemerkung Salisburys über die Widerstandskraft Österreichs mit den Worten: Wenn sich Franz Joseph direkt an die einzelnen Völker seines Reiches wendete, in Ungarn als Husar, in Tirol Gemsen jagend, in Prag tschechisch redend, in Wien mit dem Appell an den alten österreichischen Patriotismus, so stünde jeder Teil der Monarchie fest zu ihm. Dieses nicht allzu weit hergeholte Bild war, wie so oft bei Bismarck, eine Eingebung des Augenblicks und berechnet, Österreich einen Dienst zu erweisen. Aus solchen gelegentlichen Bildern Bismarcks aber formte sich Deutschland seine Meinungen; Metaphern wurden autoritäre Wahrheiten. So gut es Bismarck diesmal mit Österreich gemeint hat, so schlecht wurde seine Rede, zwar nicht von Franz Joseph und Andrassy, aber von der österreichischen Öffentlichkeit ausgelegt. Bismarcks Verhalten im Jahre 1876 zwang die beiden andern Partner am Drei-Kaiser-Bündnis, die «beiden bis-sigen, keilenden Gäule», den Wagen noch eine Strecke gemeinsam weiter-zuziehn. Am 15. Januar 1877 kommt ein österreichisch-russisches Abkom-men zustande: Österreich verspricht den Russen wohlwollende Neutralität während des Krieges, wofür ihm die südslawischen Gebiete gewissermas-sen als Interessensphäre und ganz Bosnien wie die ganze Herzegowina als Okkupationsgebiet überlassen werden. Nun können Russlands Truppen in die Türkei einmarschieren. Franz Joseph hatte den Anspruch auf zwei neue Provinzen erworben. Er schreibt dem Zaren, dass nicht nur er und Alexan-der II., sondern auch ihre Kinder «sich Glück wünschen können zu einem Erfolge, der so sehr den Gefühlen der gegenseitigen Freundschaft ent-spricht».

Nach dem Kriege las man's anders. Der Sieg über die Türken war den Russen nicht leichtgefallen. Umso grösser ist ihr Siegesgefühl, als sie nach dem Falle Plewnas, nach der Eroberung Adrianopels gegen Konstantinopel rücken, um in San Stefano den Besiegten ihren Willen zu diktieren. Nun haben alle Abmachungen und Verträge, die Alexander II. und Franz Joseph geschlossen, nicht das Gewicht des Papiers, auf dem sie verbrieft und be-siegelt gewesen. Der Zar und der Kaiser führen eigenhändig eine lange Polemik, von der Bismarck meint, es wäre besser, sie unterbliebe, da sie zu persönlicher Natur, zu empfindlich und darum zu gefährlich sei. Alexander

stellt alles in Frage, und Franz Joseph ist «im höchsten Masse indigniert über das wortbrüchige Vorgehen Russlands». Kein Zweifel: es gibt kaum ein Beispiel der neuern Geschichte für die Art, mit welcher Alexander und Gortschakow über alle Versprechungen, Zusagen und Verträge hinwegglitten. Russland will den Balkan allein ordnen, als ob Österreich überhaupt nicht existierte. Was helfen Österreichs Klagen, was Franz Josephs Erbitterung und Andrásssys Memoranden – Alexander braucht nicht das «Recht des siegreichen Schwerts» anzurufen, er fühlt sich als Befreier der Balkanvölker. Die kriegerische Politik des Hauses Romanow erhält die höhere Weihe einer historischen Mission. Hinter der Forderung Andrásssys steht der kahle Machtgedanke des Hauses Habsburg. Das Problem hat sich nicht geändert: Wo immer Österreich Herrschaftsrechte beansprucht, kommt es in Konflikt mit den Emanzipationsbestrebungen der Nationen. Es musste aus Italien weichen, es wurde aus Deutschland verdrängt, es hat keinen natürlichen Anspruch, Sachwalter auf dem Balkan zu sein. Seine Rechte stützen sich auch hier auf historische Erinnerungen, nicht auf Notwendigkeiten der Gegenwart. Das Haus Habsburg, einst der Schutzherr Europas gegen die Türken, ist jetzt Beschützer der Türken gegen die aufstrebenden Völker. Es will nicht dulden, dass an seinen Grenzen slawische Staaten emporblühen, weil die Anziehungskraft der neuen Gebilde auf die Volksgenossen innerhalb der Grenzen Habsburgs das alte Reich aus dem Gleichgewicht brächte. Müssen Serben, Bulgaren, Rumänen, Montenegriner den Türken untertan bleiben nur aus dem Grunde, weil ihr Streben nach staatlicher Selbständigkeit Habsburgs Ruhe stört? Diese Frage birgt die stete Gefahr des Krieges mit Russland in sich; in ihr liegt der Keim des Weltkriegs. Alle folgenden Ereignisse aber, Bismarcks Entscheidung für Österreich, das Bündnis und die tragische Bindung Deutschlands an das Schicksal des Habsburgerreichs sind ursächlich verknüpft mit der zweiten Tatsache, die von diesen Tagen an bis zum Weltkrieg wirksam bleibt: mit Elsass-Lothringen, dem Siegespreis von 1871. Die tiefe Verfeindung mit Frankreich, die einen wirklichen Frieden unmöglich macht, zwingt Bismarck, den Pakt mit Habsburg zu schliessen; seine Sorge vor der Gefahr der russisch-französischen Annäherung die zwei Jahrzehnte danach Wirklichkeit wird, verstrickt ihn in den aussichtslosen, ein halbes Jahrhundert währenden Kampf um die Erhaltung des alten Machttraums der Dynastie Habsburg gegen die unerbittlichen Forderungen der Zeit.

Der russischen Allmacht setzt 1878 England Schranken; Bismarck aber

findet das Mittel der friedlichen Lösung, als er am 9. April den Vorschlag macht, die englische Flotte aus dem Marmarameer zurückzurufen und die Russen zum Abmarsch aus der Nähe Konstantinopels zu bewegen. Das Problem von 1878 ist dasselbe wie jenes von 1914; die Besorgnis, dass sich an dem russisch-türkischen Waffengang ein europäischer Krieg entzünde, war zumindest so gross wie die gleiche Gefahr beim österreichisch-serbischen Konflikt von 1914. Welcher Unterschied der Personen jedoch, damals und 36 Jahre später! 1878: Bismarck, Salisbury, Disraeli, Andrassy und Schuwalow; 1914: Bethmann Hollweg und Berchtold, Sasonoff, Grey und Milnerand. 1878 gelingt es den Mächten, die blutige Auseinandersetzung Russlands und Österreichs zu verhüten; der balkanische Streit kommt vor die europäische Konferenz. 1914 scheitert derselbe Plan an dem Widerstande Österreichs. 1878 sind aber auch innerhalb des Habsburgerreichs starke Kräfte gegen den Krieg. Selbst wenn es Andrassys Absicht gewesen wäre, über die Politik des Drohens hinauszugehen – er hätte die Zustimmung Franz Josephs nicht erlangt. Es war ein ganzer Chor von Stimmen, der sich warnend vor den Kaiser stellte; darunter der Vorstand der Militärkanzlei, General Beck. Die nachfolgende Generation des österreichischen Generalstabs, die Schule Franz Ferdinands und Conrads, hat dem selbstlosen, uneitlen Berater Franz Josephs die Züge eines bürokratischen Armeeverwalters aufgedrückt, nicht zuletzt zu dem Zwecke, dass sich von diesem Bild umso leuchtender das Porträt des genialischen Nachfolgers abhebe. Es zeigt sich jedoch wieder, dass Beck im kritischen Augenblick zwar nicht heldisch, aber umso vernünftiger und besonnener urteilt. Sie ist nicht wahr die Behauptung, dass seine Preussenfeindschaft ihm die Haltung diktiert habe; er hatte recht mit der nachdrücklichst vorgetragenen Warnung, für den Fall eines Krieges mit Russland nicht auf Deutschlands Hilfe zu bauen. Bismarck selber hat in diesem Augenblick seine Politik so klar gezeichnet, dass nur in Wunschträumen mehr von ihm zu erhoffen war, als er geben konnte. So merkwürdig es klingt: 1878 sind in der Umgebung Franz Josephs Männer, die den Mut der eigenen Meinung haben und nicht vor dem Verdacht zurückschrecken, schwachmütig zu scheinen. Zu ihnen gehört neben Beck und dessen Stellvertreter General Krauss, auch der Obersthofmeister Prinz Hohenlohe. Die kritiklose Beurteilung Andrassys findet seine Politik auch hier bewundernswert, da er, um einer diplomatischen Niederlage vorzubeugen, den Krieg wagen will. Englands Eingriff und Bismarcks Aktion hätten ihn auch dann vor diesem Wagnis bewahrt, wenn es ihm gelun-

gen wäre, den Kaiser für sich zu gewinnen. Es bleibt aber der wesentliche Charakterzug dieser kritischen Situation, dass Andrassy mit seinem kriegerischen Willen alleinstand. In ganz Österreich war niemand für einen Krieg mit Russland zu haben; nicht der Hof, nicht die Parteien, am allerwenigsten die Völker. Dass die Slawen Österreichs sich kriegerischen Absichten widersetzen, ist selbstverständlich; dass der konservative Adel und die Kirche Andrassy's Politik bekämpften, ist erklärlich: sie hassten das ganze System mit allen seinen Folgen. Bedeutsam aber war die Haltung des deutschen Liberalismus, sein grundsätzlicher Widerstand gegen die Gefahren einer aktiven Prestigepolitik. An seinem Beispiel ist die gewaltige Wandlung zu ermessen, die sich nachher im Laufe dreier Jahrzehnte vollzogen hat. Wohl hat gerade diese Nötigung, sich für das Prinzip oder für die Opportunität zu entscheiden, den Keil getrieben in den parlamentarischen Körper des deutschen Bürgertums; von da an vollzieht sich die Sezession der Vermittelnden. Doch die Kraft des Kerns, der die Überzeugung barg, war so gross, dass sie noch geraume Zeit das Denken des deutschen Bürgertums und die öffentliche Meinung im Banne hielt. Und eben darin unterscheidet sich die damals herrschende geistige Oberschicht von dem Mittelstand und Kleinbürgertum, die drei Jahrzehnte später den Ton angeben. Die deutsche Verfassungspartei ist nicht allen Fragen ihrer Zeit gerecht geworden: sie war habsburgischer als der Kaiser vor den Tatsachen des Dualismus; sie missverstand Andrassy's verdienstvolle Arbeit nach Beust's Abschied – ihr Kampf gegen die Prestigepolitik von 1878 bleibt eine geistig-heroische Tat. In diesem zähen Ringen wurden Dr. Herbst's Fehler zu Vorzügen: sein Hang zum Doktrinarismus, die Unbeirrbarkeit und Ausdauer im Beharren bei einer Meinung. Die deutsche Linke ist daran zugrunde gegangen, aber tragisch-ehrenvoll und in besserm historischen Licht als ihre Epigonen von 1914, die weder die Kraft noch den Willen fanden, dem drohenden Unheil entgegenzutreten.

In der Zeit, da Andrassy seine ganze Kraft darauf verwendete, das Diktat der siegreichen Russen, die Friedensbestimmungen von San Stefano, zu verhindern, trat der Streit im eigenen Hause vor den grösseren auswärtigen Sorgen zurück. Der Plan, die Fragen des Orients nicht den zwei Kriegsparteien allein zu überlassen, sondern einer europäischen Konferenz zu überantworten, war nicht nach Gortschakows Geschmack, doch erhob er gegen ihn keine Einwendung; nur die Wahl Wiens zum Ort der Konferenz wollte er nicht gelten lassen. Auch schlug er den richtigen Gedanken vor, die Bera-

tungen den leitenden Ministern, nicht, wie es Andrassy vorschwebte, Botschaftern anzuvertrauen. Das Projekt war, noch nicht geboren, als es zu scheitern drohte. England knüpfte seine Teilnahme an die Bedingung, dass der Konferenz der gesamte Friedensvertrag von San Stefano vorgelegt werde; ein Verlangen, das Russland zwang, sich Österreichs zu versichern. Alexander II. nahm die Korrespondenz mit Franz Joseph wieder auf und sandte den General Ignatiew nach Wien. Es war nicht leicht, die gestörten Beziehungen neu zu knüpfen. Andrassy setzte den Preis fest, um welchen Österreichs Neutralität in einem englisch-russischen Konflikt zu haben sei: Österreich besetzt Bosnien, die Herzegowina und Nowi-Bazar, wobei es mit der Zustimmung der Konferenz rechnet; sollte die Konferenz nicht zustande kommen, so geht Österreich selbständig vor; es wünscht die Errichtung eines unabhängigen Mazedoniens. Franz Joseph war nach dem Siege der Russen, nach Alexanders Verhalten, sehr verstimmt gewesen, jetzt schlug er die Hand des Zaren doch nicht aus; er glaubte nicht an Englands kriegerische Geste. Er hatte in diesem Falle recht; kurz danach kam es zur Verständigung zwischen Salisbury und Schuwalow. Der Benachteiligte beim englisch-russischen Separatabkommen war Österreich; seine Forderungen hingen in der Luft. Bismarcks Politik in diesem Konflikt, anders als die deutsche Politik von 1914, liess, wie Graf Károlyi, Österreichs Botschafter in Berlin, es ausdrückte, «ihre Sprache bloss schüchtern und tropfenweise zu Österreichs Gunsten laut werden, um sich vor dem Vorwurf einer zu grossen Parteilichkeit zu schützen». Am 3. Juni sandte Bismarck die Einladungen aus, am 13. Juni konnte der Kongress in Berlin eröffnet werden. Bevor Andrassy nach Berlin ging, wollte er sich auch für den Fall sichern, «an die Waffen appellieren zu können». Er fordert 100 Millionen Kronen von den Delegierten, die er später auf 60 herabmindert. Als er im vertraulichen Kreis seine Pläne für die Berliner Konferenz darlegt, verlassen die Führer der Verfassungspartei: Herbst, Giskra, Kuranda den Saal. Erzherzog Albrecht stellt sich mit einer Denkschrift zum Krieg mit Russland ein.

Franz Josephs Wunsch ging in Erfüllung, ohne dass eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland notwendig geworden wäre. Am 25. Juni hatte der unter Bismarcks Vorsitz rasch arbeitende Kongress die erste Frage, Bulgarien, erledigt. Nun kam Bosnien daran. Ursprünglich sollte wohl nach Franz Josephs Wunsch von einer «Annexion» die Rede sein, doch Andrassy zog es vor, die mildere Bezeichnung «Okkupation und Administration» zu wählen. Dem Fürsten Bismarck mochte es nicht unlieb ge-



wesen sein, dass nicht er, sondern Salisbury den Antrag stellte, Österreich das Recht zur Besetzung und Verwaltung der beiden Provinzen zu geben. Er hatte geschickt ein Wort gefunden, das es Deutschland ermöglichte, diese Aufgabe nicht auf sich nehmen zu müssen, die Begründung, Österreich solle vor der Missdeutung bewahrt bleiben, als ob es die beiden Länder aus der Hand des mächtigen Nachbarstaates zum Geschenk erhalten hätte. Die Mächte stimmten zu, aber die Türkei setzte es durch, dass der provisorische Charakter der Okkupation und die Souveränitätsrechte des Sultans von Österreich anerkannt wurden. Das Argument, womit Österreich Bosnien und die Herzegowina reklamierte und in Empfang nahm: dass es nur im Besitze dieser Länder der Entstehung grosser slawischer Staaten an seinen Grenzen ohne Gefahr zustimmen könne, hat damals keine Beweiskraft gehabt und später keine dazu gewonnen. Vielmehr ist das Gegenteil dessen eingetreten, was man prophezeit hatte: an Bosnien und der Herzegowina entzündete sich der letzte Konflikt des Hauses Habsburg, dem Krieg und Untergang folgten.

Anfang Juli 1878 gab Franz Joseph den Befehl, vier Divisionen zur Durchführung der Okkupation zu mobilisieren. Er hätte es lieber gesehen, zumindest die doppelte Streitmacht aufzubieten, doch Andrassy drang darauf, den friedlichen Charakter der Besetzung zu wahren. Dementsprechend war auch die Instruktion, die der Oberkommandierende der Okkupationstruppen, Feldzeugmeister Freiherr von Philippovic, erhielt. «Es kann Ihnen», hiess es darin, «nicht genug ans Herz gelegt werden, wie wünschenswert es sei, sowohl der Monarchie als Europa darzulegen, dass die Besetzung der genannten Gebietsteile als eine friedliche Aktion und nicht als eine Eroberung durchgeführt werde.» Das liess sich nun freilich leichter sagen als tun. In den Tagen, da Österreichs Truppen die Grenzen Bosniens und der Herzegowina überschritten, schreibt Prinz Reuss, der neuernannte deutsche Botschafter, vom Kaiser Franz Joseph, man habe «dem Monarchen die Genugtuung vom Gesicht abgelesen, dass es ihm vergönnt sei, Erfolge in seinen Regierungsannalen verzeichnen zu können. Es schien mir, als sei der melancholische Ausdruck seiner Züge geschwunden, der sonst jedermann auf fiel.» Österreich und Ungarn waren weniger beglückt. Koloman von Tisza, Ungarns Ministerpräsident, liess sich nur schwer von seiner Überzeugung abbringen, dass die Okkupation «ein Übel und eine Gefahr» sei, und wie er urteilte mit kleinen Ausnahmen ganz Österreich. Philippovic, der über 75'000 Mann gebot, gedachte mit dem Gros seines Korps durchs

Bosnatale nach Sarajewo zu marschieren und dort Habsburgs Fahne aufzupflanzen. Dem Plan des friedlichen Einmarsches machte der Überfall auf eine Husareneskadron bei Maglai ein Ende. Die kriegsmässige Durchführung der Okkupation zeigte jedoch sehr bald, dass man die Kräfte des Widerstandes unterschätzt hatte. Nach einigen Erfolgen erlitten die österreichischen Truppen Niederlagen. Die zwanzigste Division des Grafen Szápáry musste den Rückzug antreten, womit sie die Lage des dreizehnten Korps ernstlich gefährdete. General Beck sagt von diesen Tagen: «Ich war in einer peinlichen Aufregung und konnte beinahe niemals schlafen, weil ich die ganze Bedeutung eines Unglücks bei Doboj übersah.» Doboj wurde gehalten, der Vormarsch des Feldmarschalleutnants Baron Ivanovic in der Herzegowina ging langsam, aber dennoch vorwärts. So entschloss sich Philippovic, am 14. August gegen Sarajewo vorzudringen. In Österreichs Geschichte wiederholen sich nicht nur die tragischen Ereignisse, auch die komischen Motive kehren wieder. Die Eroberung Belgrads durch General Liborius Frank am 2. Dezember 1914 hatte in Philippovics Eroberung Sarajewos ihr Vorbild. Frank wählte ohne Rücksicht auf einen endgültigen Erfolg den Tag der Thronbesteigung Franz Josephs zum Sturm auf die Festung. Im Jahre 1878 hatte sich Philippovic von denselben Motiven leiten lassen. Die Erstürmung Sarajewos wurde von zwei Gruppen vorbereitet; die des Generals Tegetthoff war am 17. August so nahe an die Stadt gekommen, dass sie noch an demselben Tage die letzten Widerstände hätte überwinden können. Sie harrte des Befehls zum letzten Angriff. Philippovic versagte ihm. Er wollte sich nicht den Ruhm nehmen lassen, mit seiner Gruppe als Sieger in Sarajewo einzuziehen. Dazu hatte er den 18. August, Kaisers Geburtstag, bestimmt. Es gelang ihm jedoch nicht, die Stadt an diesem Tage zu nehmen; er konnte sie erst am 19. August zur Kapitulation zwingen. Franz Joseph war mit der Art, wie die Okkupation durchgeführt wurde, nicht zufrieden. Am Tage der Eroberung Sarajewos ordnete er die Mobilmachung von vier weiteren Armeekorps an, die Mitte September in die Kämpfe eingriffen. Ende Oktober war die Kraft des Widerstandes gebrochen. Österreich konnte mit dem friedlichen Teil seiner Aufgabe beginnen.

Andrássy gerät in eine eigenartige Situation. Er war anfangs für Reformen in den Grenzländern, dem Gedanken abhold, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren; dann wurde er der Anwalt und Vollstrecker der kaiserlichen Wünsche. Jetzt hat er Mühe, das kriegerische Ungestüm der Generale und Hofkreise zu hemmen.



Kronprinz Rudolf



Baroness Mary Vetsera

Die Erfolge in Bosnien gegen einen zwar tapfern, aber unvollständig ausgerüsteten Gegner hatten das Selbstgefühl der militärischen Kreise sehr gehoben. Nicht nur Andrassy bekommt es zu spüren, dass um Erzherzog Albrecht eine Stimmung heranwächst, die alle Erinnerungen an 1859 und 1866 ausgelöscht wissen will und von der Feuerprobe der reformierten Armee das Recht ableitet, nun auch den siegreichen Säbel mitsprechen zu lassen. Andrassy lässt sich nicht beirren. Er überschreitet nicht die Grenzen des Mandats, das Österreich erhalten hat, und auch dieses Recht muss er gegen den zähen Widerstand der Türkei verteidigen. Schlimmer noch ergeht es ihm vor der öffentlichen Meinung, vor den Parlamenten. Er ist des Kaisers Vertrauensmann, er hat unanzweifelbare Erfolge – dennoch: in dem Augenblick, da er als Mehrer des habsburgischen Besitzes vor die Vertreter Österreichs und Ungarns tritt, ist er der unpopulärste Mann des Reiches. 1878 gibt es keine dynastische Partei in Österreich. Die Deutschen und die Ungarn, die Tschechen, Polen und Südslawen sind einig in der Opposition gegen ein Werk, das Franz Joseph als den ersten Triumph nach einer langen Reihe schwerer Niederlagen empfindet. Am schwersten trifft den Kaiser die Haltung der deutschen Verfassungspartei. Sie hatte schon im Januar die Regierung Adolf Auerspergs zur Demission gezwungen. Der Kaiser nahm das Entlassungsgesuch zwar an, blieb aber dem Prinzip treu, mit den Deutschen zu regieren. Er war damals mit dem Versuch einverstanden, Herbst oder Kellersperg das Kabinett anzuvertrauen. Da der Versuch misslang, wurde das Ministerium Auersperg umgebildet. An dem Verhältnis zur Verfassungspartei vermochte dies nichts zu ändern. Im Gegenteil, der Okkupationsplan machte den Riss zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit vollständig. Am 13. Juli 1878, an dem Tag, da der Berliner Vertrag unterzeichnet wurde, demissionierte Auersperg zum zweiten Male. Der Kaiser beharrt noch immer darauf, mit der Verfassungspartei zu gehen. Trotz der Opposition der Deutschen gegen die auswärtige Politik Franz Josephs, trotz der heftigen Bekämpfung Andrassys gehört die Herrschaft der Deutschen zu jenem Bild des Dualismus, das Andrassy dem Kaiser als den erhaltenswerten Zustand eingepägt hat. Der Finanzminister von Pretis müht sich um ein neues Ministerium mit deutschliberalem Einschlag. Naturen wie Dr. Herbst mag der Kaiser nicht. Alles an diesem nicht wankend zu machenden Mann ist Franz Joseph fremd. Er ruft ihn dennoch zur Audienz, die zwei Stunden währt. Es gibt kein Mittel der Verführung, den starren Verteidiger

des Prinzips aus seiner Festung zu locken. Ihm zur Seite steht der beste journalistische Bekämpfer der Prestigepolitik: Etienne, der Herr der «Neuen Freien Presse». Am 22. Oktober 1878 sagt die Verfassungspartei in einer an den Kaiser gerichteten Adresse, wie sie über die Okkupation denkt: «Die unersetzlichen, unerschwinglichen Opfer an Blut und Geld sind verschwendet worden, ohne dass die Vertretungskörper den Berliner Vertrag der verfassungsmässigen Behandlung unterziehen konnten.» Die Adresse wird mit 160 Stimmen gegen 70 vom Abgeordnetenhaus angenommen. Herbst fordert die Vorlegung des Vertrags, um zu verhindern, dass die Delegation, deren Mehrheit Andrassy sicher ist, alles gutheisse und dadurch dem Abgeordnetenhaus die Möglichkeit nehme, an der auswärtigen Politik Kritik zu üben. Das gleiche Verlangen stellt die ungarische Opposition. Einer ist damals voll aufrichtigen Mitgeföhls für Andrassy, der, von vier und mehr Fronten bedroht, sich der vielen Gegner kaum erwehren kann: Bismarck. Er hat ganz Ähnliches erlebt. Freilich: er konnte auf das Vertrauen seines Herrn bauen. Hat Andrassy dieselbe Sicherheit? Es gibt kleine, aber schmerzhaftige Niederlagen. Andrassy kann es beim Kaiser nicht erreichen, dass Beust, der als Botschafter in London seinen eigenen Kopf behält und Andrassy mehr als Verdriesslichkeiten bereitet, pensioniert werde. In allen Dingen, die Sachsen und die Waffenbrüderschaft von 1866 beröhren, ist Franz Joseph sentimental. Er entlässt Beust nicht. Bismarck ist es sehr unangenehm, sehen zu müssen, dass sein unversöhnbare Gegner als Botschafter nach Paris geht. Károlyi, Österreichs Vertreter in Berlin, von Bismarck ausserordentlich geschätzt, muss an Stelle Beusts nach London. Bismarck, diesen Wechsel sehr bedauernd, schreibt Andrassy: «Wenn Sie die Güte haben, mich um meine Meinung über die Wahl seines Nachfolgers zu fragen, so kann ich nur der allgemeinen Empfindung Ausdruck geben, dass eingeborene Herren von vornehmer österreichisch-ungarischer Familie den guten Beziehungen der beiden Reiche in der Regel besser dienen als die geschultesten Adoptivkinder der Monarchie.» Teilnahmsvoll verfolgt Bismarck Andrassys Kämpfe in Wien und Budapest. Das gemeinsame Parlament, die Delegationen, hat Andrassy nicht zu fürchten, aber er muss vom Budgetausschuss die Genehmigung des Nachtragskredits von sechzig Millionen Gulden fordern, und dort allerdings ist Dr. Herbst der Herr. Herbst lehnt es ab, auf das Ansuchen überhaupt einzugehen, solange der Reichsrat den Berliner Vertrag nicht verfassungsmässig genehmigt hat; sein Antrag, über das Ansuchen des gemeinsamen Ministeriums zur Tagesordnung überzugehen, soll es Andrassy unmöglich machen, dass er in den Delega-

tionen zu Worte kommt. «Andrássys orientalische Politik», schreibt Etienne, «ist zahlungsunfähig geworden. Rau und herrisch gegen die Türkei, gefällig und nachgiebig gegen Russland, so erscheint der madjarische Politiker, der angeblich das russische Übergewicht im Orient bekämpfen will. Das Ergebnis seiner Politik ist nicht die Schwächung Russlands, sondern die Zerrüttung unserer Finanzen.» Es geht um Andrássys Kopf. In jedem andern Fall wäre er verloren; hier ficht er um des Kaisers Sache. Das Beharren Herbsts auf der Vorlegung des Berliner Vertrags ist die offene Rebellion gegen den Kaiser, der, wie er selber sagt, «vor ganz Europa blossgestellt» wird. Er hat den Vertrag ratifiziert – soll es geschehen, dass seine Unterschrift als ungültig erklärt wird? Der Ministerrat vom 27. November lässt erkennen, wie tief der Groll des Kaisers ist. In diesen Stunden wird der Entschluss geboren, nie mehr mit den Deutschen zu regieren. In der Debatte des Abgeordnetenhauses zum Berliner Vertrag, die vom 10. Dezember 1878 bis zum 27. Januar 1879 währt, kommt auch die Sezession, die «bosnische Linke», zu Wort: Ernst von Plener und Eduard Suess. Bei der Abstimmung wird dem Berliner Vertrag die verfassungsmässige Zustimmung erteilt; die Verfassungspartei ist von einem Teil ihrer Leute im Stich gelassen worden.

Seit Schwarzenberg hat keiner der Aussenminister Franz Josephs Erfolge aufzuweisen gehabt wie Andrassy. Das Zerbröckeln der deutschen Verfassungspartei, das Abflauen der Opposition in Ungarn gaben ihm die Gewähr, dass er auch die Feinde im Innern besiegen werde. Umso überraschender wirkt sein Entschluss, aus dem Amte zu scheiden, den er am 19. Dezember 1878 zum ersten Male dem Kaiser mitteilt. Um die Geschichte seiner Demission ist ein Gestrüpp von Legenden gewachsen, das auch Andrássys Biograph, Eduard von Wertheimer, nicht ganz auszuroden vermochte. Womit jeder der Gegner sich brüstete, Andrassy sei über ihn gestürzt, war eitel Renommage; auch die wieder zu Macht und Gehör gekommenen Generale, die Andrassy nicht verziehen, dass er ihnen den erträumten Siegesmarsch nach Saloniki verdarb, waren nicht stark genug, den mächtigen Mann zu fällen. Dennoch sind Andrássys Ermüdung, seine Sehnsucht nach Ruhe, die Folgen einer schweren Erschütterung seiner Gesundheit nicht die einzigen Ursachen seines Rücktritts. Zweifellos hat der Wunsch, sich von der Bürde des Amtes zu befreien, seinen Entschluss beeinflusst, mehr aber noch ein anderes Empfinden, das den Politikern und Historikern verborgen blieb, weil es selten ist. Andrassy war darin ein Adliger im besten Sinne des Wortes, dass ihm auch das höchste Amt nichts

sagte, wenn er nicht Lust dabei empfand und die Sicherheit hatte, seine Arbeit voll gewürdigt zu sehen. Er unterschied sich von den meisten Ministern, deren Ehrgeiz darauf gerichtet war, das «Vertrauen des Monarchen» nicht zu verlieren. Er war zu stolz, den Gedanken zu ertragen, dass ein Tag kommen könne, an dem ihn der Kaiser als unbequem empfände. Sein Stolz machte ihn empfindlich, sein Instinkt riet ihm, das Amt vorzeitig zu verlassen. Er hatte auch sachliche Gründe: er bemühte sich nach Auerspergs Rücktritt, dem Grafen Taaffe bei der Bildung eines neuen Ministeriums behilflich zu sein, das auf unveränderter Bahn zu gehen bestimmt war, er sah aber nach dem Misslingen dieses ersten Versuches Taaffes, dass der Kaiser sich geändert hatte. Die Opposition der Deutschen, ihr Widerstand gegen die Okkupation Bosniens im Verein mit der Ablehnung der Heereserfordernisse haben eine Wendung in Franz Josephs Politik bewirkt. Sein alter Wunsch, sich mit den Tschechen zu versöhnen, wurde jetzt umso lebhafter, als alle Gegner der deutschen Vorherrschaft ihre ganze Kraft dareinsetzten, den Kaiser zum Verlassen des bisher verfolgten Kurses zu bewegen. Diesen Plänen und ihren Förderern stand Andrassy im Wege. Er vermied wohl, was er zu Zeiten Hohenwarts getan, er riet dem Kaiser nicht mehr ab, aber er selber wollte es auch nicht auf sein Gewissen nehmen, eine Änderung des Kurses mit seinem Namen zu decken. Dennoch war er, so empfanden es die Paten der neuen Pläne, ein Hindernis. Er war zu stark, zu selbstherrlich, seine Autorität war zu gross, genügend Freiheit zu lassen für die Entwürfe, die nun reiften. Er war auch dem Kaiser zu stark und zu mächtig. Franz Joseph hat es selber gestanden, als er 1881, nach dem Tode Haymerles, das Wort sprach: «Für stürmische Zeiten ist Andrassy der richtige Mann, für ruhigere Tage ist besser der Kálnoky.» Freiherr von Haymerle, vor Andrassy Rücktritt Botschafter in Rom, war von Andrassy empfohlen worden, wobei der Minister daran gedacht hat, den neuen Mann als Platzhalter zu nehmen für den Fall, dass er selber wieder Lust empfände, in das Amt zurückzukehren. Als Haymerle nach kurzer Zeit starb, wäre Andrassy gern wieder ins Amt getreten; Franz Joseph bot es ihm nicht an, er gab dem ehrenwerten Mittelgut den Vorzug vor dem nicht immer bequemen, aber hochbegabten Geist. Der Abschied von Andrassy vollzog sich etappenweise; obwohl der Entschluss des Grafen seit Dezember 1878 Franz Joseph bekannt war, blieb er bis zum Sommer 1879 ein Geheimnis. Auch bei der Begegnung des Kaisers mit Wilhelm I. in Gastein bewahrte Franz Joseph



Stillschweigen. Die letzte Entscheidung, auch über den Nachfolger, fiel nach der Rückkehr des Kaisers aus dem Brucker Lager.

Da trat nun ein Ereignis ein, welches Andrássys Abschied neuerlich hinausschob. Am 13. August telegraphierte Bismarck aus Kissingen an seine Wiener Botschaft, er hege das Verlangen nach einer persönlichen Aussprache mit Andrássy; hinzugefügt war, dass Bismarck am 18. August Gastein aufsuche und es dem Belieben Andrássys überlasse, ihn dort zu besuchen. Andrássy sagt zu, ist am 21. August in Audienz bei Franz Joseph und am 26. August in Gastein. Er ahnt nicht, dass er vor der bedeutungsvollsten Wendung der Politik Bismarcks steht. Der Kanzler war mit dem festen Plan und dem unerschütterlichen Entschluss nach Gastein gefahren, die jahrhundertalte Beziehung, welche Preussen mit Russland verband, zu lösen. Sein Plan reicht ins Jahr 1878 zurück. Unmittelbar vor dem entscheidenden Akt stehen zwei Ereignisse, die Bismarcks Vorsatz beschleunigt haben: die Unterredung des Generals Schweinitz, des deutschen Botschafters in Petersburg, mit dem Zaren und die «Brief-Ohrfeige», das Schreiben Alexanders vom 15. August an Wilhelm, worin der Neffe zum Onkel sich über Deutschlands Politik im Allgemeinen und über Bismarck im Besondern beklagt; ein Brief, von dem Bismarck sagt, wollte der Kaiser in ähnlichem Tone erwidern, so wäre das der Krieg. In dem Brief des Zaren sieht Bismarck, wie er Wilhelm in seinem ausführlichen Schreiben darlegt, «unverhüllte Drohungen für den Fall, dass Euer Majestät die Rücksicht auf Österreich und England nicht aufgeben und die eigene Politik der russischen nicht ausschliesslich unterordnen wolle. Unsere Dankbarkeit zu Russland kann so weit nicht reichen, dass die deutsche Politik nicht für immer der russischen untergeordnet würde und wir Russland zuliebe die Zukunft unserer Beziehungen zu Österreich opfern.» Hatte sich Deutschland deshalb den französischen Hegemoniebestrebungen widersetzt und 1870 zum Schwert gegriffen, um in russische Vasallität zu geraten? Bismarck war entschlossen, den russischen Drohungen zu trotzen. Es war nicht eine im Augenblick drohende Kriegsgefahr, die ihn zum Bündnis mit Österreich führte, sondern der Anspruch Russlands, dass sich Deutschland der russischen Führung unterordne. Nicht grossdeutsche Gefühlsregungen nötigten Bismarck den Gedanken dieses Bündnisses auf, sondern die Meinung, sich nicht anders vor Übergriffen Russlands schützen zu können. Und er glaubte Österreichs Hand rasch ergreifen zu müssen, weil er Andrássys offenem Bekenntnis entnahm, dass es bereit sei, sich an England und Frankreich anzuschliessen, um in den Fragen des Orients mit diesen Mächten gegen

Russland zu stimmen. Russlands Drohung hatte bewirkt, dass Bismarck als Werbender auftrat, Andrassy als Umworbener seine Bedingungen stellen konnte. Sein erster Vorschlag war in die Frage gekleidet, ob Andrassy eine Friedensliga der beiden mitteleuropäischen Mächte für nützlich halte und ob er glaube, seinen Monarchen für diesen Gedanken bereit zu finden. Andrassy meinte, ein solches Bündnis befürworten zu können, setzte aber hinzu, Österreichs Verhältnis zu England schliesse ein gegen Frankreich gerichtetes Abkommen aus. Nur wenn Russland den Franzosen durch einen Angriff auf Deutschland beispringe, wäre Österreich bereit, gegen Frankreich und Russland Hilfe zu leisten. Gleich zu Beginn der Verhandlungen kam der Gegensatz der Absichten zum Vorschein: während Bismarck das Schutz- und Trutzbündnis allgemein gestalten wollte, strebte Andrassy nach einer Allianz mit der Spitze gegen Russland. Dennoch schieden Bismarck und Andrassy in der Übereinstimmung, dass die geplante Allianz dem Schutz des von Russland bedrohten Friedens gelten solle. Bismarck berichtet am 31. August in einem zweiundsechzig Bogen umfassenden Schriftstück an Kaiser Wilhelm von der Unterredung und bittet um die Ermächtigung, die Verhandlungen mit Andrassy in Wien fortsetzen zu dürfen. Bismarcks Brief kreuzte sich mit einer Depesche Kaiser Wilhelms, worin dem Kanzler aufgetragen wird, nicht nach Wien zu reisen. Mittlerweile nämlich hatte Wilhelm, beeinflusst von dem deutschen Militärbevollmächtigten am Zarenhof, General Freiherrn von Manteuffel, seine Antwort an Alexander nach Warschau gesandt, wo der Zar in diesen Tagen erwartet wurde. Während Franz Joseph sofort bereit ist, auf Andrassys Vorschlag einzugehen – «das beabsichtigte Bündnis», schreibt Andrassy dem Kaiser, «gibt der Monarchie die richtige Stellung in Europa, Euer Majestät starke und freie Hand im Orient» –, beginnt ein zäher Kampf Bismarcks mit Wilhelm, zäher und leidenschaftlicher als alle Kämpfe, die der Kanzler mit seinem König bisher auszufechten hatte. Die Erinnerung seiner Jugendtage aus den Freiheitskriegen; das Vermächtnis seines Vaters; die Bewunderung für Russland; die Sympathien für seine vom Geist des Ancien régime erfüllten Altersgenossen im russischen Adel; die legitimistische Ideenwelt, in der Wilhelm mit seinem Bruder, Friedrich Wilhelm IV., aufgewachsen und alt geworden war; die Ehrfurcht vor dem Bilde der «Heiligen Allianz»; die Freundschaft zu seinem Neffen – alle diese Erinnerungen und Gefühle waren so stark, dass der neue Gedanke, sich von Russland trennen zu sollen, unannehmbar erschien. Bismarck hatte es beim ersten Ansturm umso

schwerer, als der Zar seine Schroffheit zu bedauern schien. Ohne des Kanzlers Wissen verabredeten Onkel und Neffe eine Zusammenkunft in der Grenzstation Alexandrowo für den 3. September. Bismarck war ausser sich; er konnte die Entrevue nicht hindern, traute aber seinem Bericht aus Gastein die Kraft zu, das Urteil Wilhelms zu beeinflussen. Das Gegenteil trat ein: bei der Begegnung in Alexandrowo, wo der Zar seinen Brief «eine Dummheit» nannte, wurde Wilhelm vom Neffen gänzlich gefangengenommen. Manteuffel tat ein übriges, indem er einen Ordenstausch anregte, bei dem Miljutin, der panslawistische Kriegsminister, einen hohen preussischen Orden erhalten sollte. Bismarck knirschte das Wort vom «embryonischen Olmütz». Franz Joseph ahnte noch nicht, wie zäh sich Wilhelm gegen das Bündnis mit Österreich sträubte. «Der Kaiser», schreibt Andrassy an Bismarck, «ist so durchdrungen von der Notwendigkeit einer solchen Abmachung, dass jede weitere Motivierung sich als überflüssig herausstellt.» Franz Joseph ermächtigt seinen Minister, den Vertrag aufzusetzen. Andrassy erwartet Bismarck in Wien. Er schreibt ihm: «Dass sich mein Kaiser stets freut und sich jetzt besonders freuen wird, Sie hier zu sehen, ist selbstverständlich.» Es ist eine der härtesten Nervenproben, die Bismarck zu bestehen hat. Er bietet alles auf, den Deutschen Kaiser zu gewinnen. Seine Helfer sind die liberal gesinnte, England zugeneigte Kaiserin Augusta; der Kronprinz; Moltke; der Generaladjutant des Kaisers Graf von Lehndorff; der Chef des Militärkabinetts General von Albedy 11; Legationsrat Otto von Bülow. Bismarck leitet den Feldzug von Gastein. Alle Hilfe und Mühe ist vergebens. Wilhelm will lieber dem Thron entsagen, als «eine Perfidie gegen Russland» zu begehen. Es ist erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit der zweiundachtzig jährige Monarch sich gegen Bismarck und dessen Helfer wehrt. Sein Sträuben ist ein Beispiel dafür, dass edelmännisches Empfinden die grösste Garantie sein kann; die Argumente Bismarcks verschwinden neben dem Ehrgefühl des preussischen Offiziers, das sich nicht mit dem Gedanken vertragen will, gegen den Zaren, den man eben noch der Freundschaft versichert hat, ein Bündnis zu schliessen. «Mag Bismarck», sagt Wilhelm, «mit Andrassy über gewisse Möglichkeiten der Zukunft verhandeln, aber eine Allianz – nein, da gehe ich nicht mit!» Bismarck muss seine ganze Kunst aufwenden, er erinnert an Nikolaus L, an Olmütz, er ruft das Bild eines isolierten Deutschland herbei, schildert die slawische Propaganda, diese «Erbschaft des napoleonischen Cäsarismus», er drängt zur Entscheidung; die Geschichte, sagt er dem Kaiser, lehre zur

Genüge, dass versäumte Gelegenheiten nie wiederkehren. Was immer Bismarck vorbringt, es bleibt ohne Erfolg. Bülow verzweifelt. Es ist der 8. September, Wien wartet. Wilhelm schlägt erregt mit der Faust auf den Tisch; er will keine Allianz, nachdem er acht Tage vorher Alexander die Hand gedrückt. Und wieder: «Ich kann eine solche Perfidie nicht begehcn.» Bismarck will selber kommen, aber er ist von der Gasteiner Kur, von der Aufregung und der Arbeit vollkommen entkräftet. Jetzt droht er mit der Abdankung. Man zeigt Wilhelm die Berichte des Pariser Botschafters, des Fürsten Hohenlohe, die Russlands Werben um Frankreich nachweisen. Wilhelm erwidert, er glaube den Worten des Zaren mehr. An Bismarck schreibt er: um ihn nicht zu desavouieren, gebe er die Ermächtigung zu Verhandlungen, aber in keinem Fall die Vollmacht zu einer Konvention oder zu einer Allianz. Am 10. September, nachdem der Kronprinz sich bemüht hat, Graf Stolberg und nochmals Moltke mobilisiert wurden, stehen die Dinge so, dass man mit der Abdankung des Kaisers oder mit dem Rücktritt Bismarcks rechnen muss. Am 14. September endlich bringt ein Gedanke Otto von Bülows die Rettung: er schlägt vor, den Schlussantrag Bismarcks so zu ändern, dass Russland nicht erwähnt, sondern der Angreifer nur generell genannt wird. Noch einmal unternimmt es Bismarck, selber dem Kaiser klarzumachen, was er will: Keine Allianz gegen Russland, davon könne nicht die Rede sein; aber ein Defensivbündnis sei unumgänglich notwendig, denn auch dann, wenn es nicht bestünde, müsste Deutschland einem von Russland bedrohten Österreich beistehen, weil es nicht in die Gefahr kommen dürfe, zwischen Russland und Frankreich neben einem niedergeworfenen Österreich isoliert zurückzubleiben. Am 17. September hält Graf Stolberg den letzten Vortrag bei Kaiser Wilhelm. Der Kaiser findet jetzt, es sei in dem Vorschlag Bismarcks nichts vorgesehen für den Fall, dass eine der zwei kontrahierenden Mächte einen Angriffskrieg unternähme; es muss dem Kaiser willfahrt werden: der defensive Charakter des Abkommens wird ausdrücklich festgestellt. Nun erst gibt Wilhelm seine Zustimmung.

Bismarck kann nach Wien fahren. In Salzburg und auf dem Weg durch Oberösterreich werden ihm Ovationen bereitet. In Linz versteckt er sich vor der enthusiastierten Menge hinter den geschlossenen Vorhängen; er will in Wien keine Missverständnisse aufkommen lassen. Franz Joseph empfängt ihn sehr herzlich und mit allen Ehren. Bei der Hofafel sitzt Bismarck neben dem Kaiser. Dann gibt Andrassy ein Diner. Bismarck hat keinen Frack mit, und in ganz Wien ist kein Kleidungsstück in den Riesenmassen

des Kanzlers zu bekommen. Gleich die erste Erklärung Bismarcks, am Tag seiner Ankunft, am 22. September, zeigt den Gegensatz auf zwischen den Grenzen, die Bismarck gesteckt sind und den Vorstellungen Andrássys und Franz Josephs. Bismarck bekennt, dass er die Einwendungen Franz Josephs gegen ein Bündnis auf bloss genereller Grundlage nicht zu widerlegen vermag. Der Kaiser will von einem Vertrag nichts wissen, der Österreich der Gefahr aussetzen könnte, mit Frankreich in Konflikt zu geraten. Nach langen Verhandlungen einigen sich Andrassy und Bismarck auf den «Entwurf eines Übereinkommens», den sie ihren Souveränen zur Annahme empfehlen wollen. Der Text dieses Entwurfs gleicht dem Wortlaut des Defensivvertrags, der 1888 veröffentlicht wurde. Beide Mächte versprechen sich darin bei einem russischen Angriff gegenseitige Hilfe, bei Angriffen anderer Mächte, also Frankreichs auf Deutschland oder Italiens auf Österreich, wohlwollende Neutralität; griffe Russland in einen derartigen Krieg irgendwie ein, so hätte der eine Bundesgenosse dem andern sofort zu Hilfe zu kommen. Der Vertrag wurde auf fünf Jahre abgeschlossen; wird nach vier Jahren weder eine Auflösung noch eine Abänderung von einem der beiden Teilhaber beantragt, so soll der Vertrag noch drei Jahre länger, also bis 1887, gelten. Von einer Bindung gegen Frankreich hält sich Österreich, wie es Andrassy verlangt hatte, frei. Bismarck musste dieses Zugeständnis machen; es ergab sich aus Deutschlands gefährdeter Lage zwischen dem unversöhnten Frankreich und dem von panslawistischen Regungen bewegten Russland. Es war schwer genug, Wilhelm die Ermächtigung zu den Wiener Verhandlungen abzurufen, nun aber beginnt eine noch schwierigere Arbeit. Wie wird Wilhelm den Vertrag in der österreichischen Fassung aufnehmen? Wilhelms Widerstand hat sich nicht verringert. Alle Überredungskunst Bismarcks, die Vorträge Bülow, Stolbergs und Hohenlohes vermögen das Gefühl des alten Herrn nicht zu besiegen, dass er vor Russland unkorrekt handle. Auch Moltke verteidigt jetzt den Entwurf, er hält es für richtig, Russland im Vertrag als den voraussichtlichen Gegner zu nennen. Kaiser Wilhelm lässt sich nicht überzeugen; wenn er darauf einginge, sagt er zu Bülow, so könnte ihn Alexander wegen Illoyalität zum Duell fordern. Es ist Ende September. Bismarck ist zum Rücktritt entschlossen. «Die Brücke,» schreibt er Andrassy, «auf welcher mein allergnädigster Herr unhaltbare Positionen zu verlassen noch am ehesten geneigt ist, besteht in einem Ministerkonseil. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, dass Seine Majestät dem einstimmigen Votum zugänglich sein werde. Sollte es

wider Erwarten misslingen, so würde ich in der Tat Ihrem Beispiel folgen und mein Amt niederlegen.» Unter dem Druck dieser Drohung kommt Wilhelm seinem Minister einen Schritt näher, er macht aber die Annahme des Vertrags davon abhängig, das Geheimnis vor Petersburg lüften und Alexander in einem Brief von dem Vertrag Nachricht geben zu dürfen. Dieser Vorschlag stösst in Wien auf Widerstand. Andrassy macht einen Vermittlungsvorschlag: nach der Unterzeichnung des Vertrags möge man dessen Inhalt dem Zaren mitteilen. Zum Schluss gesteht Andrassy, er wolle der Entscheidung seines Monarchen nicht vorgreifen, müsse jedoch für seine Person sagen, dass er im Fall einer Ablehnung seines Vorschlags, auf jede weitere Teilnahme an den Verhandlungen verzichten werde. Bismarck befürchtet, dass die Russen früher in Wien sein werden als die deutsche Politik; er ist tief betrübt, gegen den «russischen Rütli» nicht aufzukommen, wie er den Kaiser, dessen Bruder und die Prinzessin Alexandra nennt. Am 3. Oktober drängt Andrassy nach Entscheidung; er mag nicht länger die Agenden des Auswärtigen Amtes führen. Die Geschichte kennt kein zweites Beispiel eines so zähen Kampfes eines Ministers mit seinem König. Das ganze Aufgebot der höchsten Staatsbeamten im Verein mit dem Kronprinzen Friedrich dringen in den König, sich dem Vertrag nicht länger zu widersetzen. Wenn nur ein Tausendstel des Verantwortungsgefühls, das hier auf beiden Seiten miteinander streitet, den Männern einer späteren Zeit erhalten geblieben wäre, dann hätten sich wahrscheinlich Deutschlands und Österreichs Wege nicht in die Katastrophe von 1914 verirrt. Wilhelm denkt wieder an die Abdankung. Soll dies das Ende seiner Regierung sein? Am 4. Oktober sind sämtliche Staatsminister Preussens bereit, mit Bismarck aus ihren Ämtern zu scheiden. Endlich am 5. Oktober, um halb sieben Uhr abends, gibt Kaiser Wilhelm für den Wiener Botschafter, den Prinzen Reuss, die Vollmacht, den Vertrag abzuschliessen. Doch auch jetzt noch mit der Bedingung, dass es Bismarck gelingt, den Vertrag im Sinne des Kaisers abzuändern. Bismarck ist in Verzweiflung. Er wie der Kaiser leiden unter Nervenkrisen und schlaflosen Nächten. Am 7. Oktober meldet Prinz Reuss, dass Andrassy und er in Gegenwart Haymerles um zwei Uhr nachmittags den Defensivvertrag unterzeichnet haben. Der Leidensweg Bismarcks ist jedoch noch nicht zu Ende. Wilhelm reklamiert seine Forderung. Moltke muss gerufen werden und dem Kaiser auseinandersetzen, dass die Ausdehnung der Allianz auf einen französischen Angriff von zweifelhaftem Wert wäre. Nun will Wilhelm den Vertrag nicht eher ratifizieren, so-

lange ihm nicht der Entwurf zu einer Mitteilung nach Petersburg vorgelegt wird. Es ist der 13. Oktober, am 21. Oktober läuft die Frist ab, innerhalb welcher der Vertrag die Gegenzeichnung der Monarchen erhalten soll. Zuletzt erliegt Wilhelms peinlich strenges Gefühl für Ehre und Ritterlichkeit dem schweren Ansturm; er sieht ein, dass er sich dem Vertrag nicht mehr entziehen kann. Am 16. Oktober meldet Otto von Bülow, dem die härteste Arbeit in diesem Kampfe zufiel, von Baden-Baden an Bismarck, dass Wilhelm um zehn Uhr vormittags den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn sanktioniert hat.

## DER KAISERMINISTER

DIE KRITIK DER GESCHICHTE MACHT ES SICH einigermaßen leicht, wenn sie, nach den Ursachen der Katastrophe von 1914 suchend, den «Keim des Verderbens» sechsunddreissig Jahre zurückverlegt. Nicht nur zarophile Konservative, auch Liberale wie der ehemalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, sehen in dem Bündnis Deutschlands mit Österreich einen verhängnisvollen Fehler der deutschen Politik, wofür es nur die Erklärung gebe, dass Bismarck 1879 nicht mehr im Vollbesitz seiner Kräfte gewesen sei. Hält dieses Urteil den historischen Tatsachen stand? Unter den vielen Begründungen, mit welchen Bismarck selber sein Abschwenken von Russland belegt, ist seine Äusserung zum Fürsten Hohenlohe vielleicht die anschaulichste, wo er sagt: «Wenn man mit einem guten Freund durch den Wald geht, der auf einmal Zeichen der Verrücktheit bemerken lässt, so tut man gut, einen Revolver in die Tasche zu stecken; man kann aber dabei recht freundlich sein.» Der Verrückte ist Russland, der «Revolver» der Zweibund. Er hat diese Sicherung noch in anderer Weise gesucht. So unerforscht gerade die Annäherungsversuche an England sind, die Bismarck durch die Vermittlung des englischen Botschafters in Berlin, Lord Odo Russel, in diesen Jahren eingeleitet hat, so weiss man doch, dass sie ernsthaft versucht wurden. «Seit ich in Berlin bin,» schreibt Lord Russel 1880 an den englischen Staatssekretär des Äussern Grafen Granville, «hat Fürst Bismarck ständig ein ernstes Verlangen nach einem Zusammengehen mit England bekundet, aber seine Versuche, herzliche und vertrauliche Beziehungen zu Ihrer Majestät Regierung herzustellen, und seine wiederholten Anerbietungen eines Zusammenwirkens stiessen nie auf eine entsprechende Gesinnung.» Im September 1879, da die Verhandlungen mit Österreich ihrem Ende entgegengehen, lässt Bismarck in

London anfragen, wie sich England verhalten würde, wenn Deutschland den russischen Zumutungen, seine Orientpolitik zu unterstützen, sich ganz entzöge und darüber mit Russland in Konflikt geriete. Lord Beaconsfields Angebot für diesen Fall, «Frankreich im Schach zu halten», war Bismarck zu gering; er hatte mehr erwartet. Im Spätherbst sucht der englische Staatssekretär des Äussern Salisbury nachzuholen, was Beaconsfields Antwort vermissen liess. Er schlägt ein deutsch-österreichischenglisches Bündnis gegen Russland vor. Der Vorschlag kommt zu spät. Mittlerweile hatte der Abschluss des Zweibundes seine Wirkung auf Russland getan. Die Möglichkeit einer erneuerten Verständigung mit Russland löschte die deutsch-englischen Annäherungsversuche aus. Doch ob der «Revolver» ein österreichischer oder ein englischer ist, Bismarck denkt nur an eine Sicherung. «Der Krieg zwischen Deutschland und Russland ist in jedem Fall für uns eine Kalamität, auch wenn Frankreich sich nicht daran beteiligen sollte; nur im äussersten Fall, nur wenn die grössten Interessen auf dem Spiele stehen und unsere Deckung durchaus gesichert ist, könnten wir es auf diesen Kampf ankommen lassen.» Bismarck sucht im Bündnis einen Rückhalt vor zu grossen Ansprüchen Russlands. Andererseits will er Österreich binden oder, wie er selber sagt, «durch die Defensivallianz aus den europäischen Koalitionsmöglichkeiten in der Mitte herausschneiden,» um die Gefahr zu beseitigen, dass sich «eine die Kräfte Deutschlands überwältigende Koalition bilde». Doch dabei überschätzt er Österreich nicht; mit dem Zweibund allein ist ihm nicht gedient. «Fürst Bismarck», erklärt 1890 der deutsche Botschafter in Wien dem damaligen Staatssekretär des Äussern, «hielt wenig von der Bundestüchtigkeit Österreichs und sah in dem Bündnis nicht das Äquivalent für die Gefahren, denen Deutschland ausgesetzt war. Der Zweibund ist nur eines der Mittel, Deutschland vor den Gefahren eines unverzöhrten Frankreich und des unsicher gewordenen Russland zu schützen.» Bismarck rechnet beim Abschluss des Bündnisses damit, dass Österreich England mitbringe. «Haben wir,» lässt er am 22. September 1879 dem Kaiser auseinandersetzen, «Österreich durch einen Vertrag gebunden, so wird England stets auf dieser Seite der Koalition sein.» 1886 ist diese Annahme allerdings nicht mehr gewiss. Nach der Abdankung des Battenbergers in Bulgarien warnt Bismarck die Wiener Regierung vor allzu heftigem Tatendrang und sagt, es scheine «nicht bloss im Interesse des Friedens, sondern auch in der Billigkeit zu liegen, dass den Russen für ihre Enthaltens-



keit in Serbien die Abstinenz Österreichs in Bulgarien gewährt wurde». Und am 27. November dieses Jahres wird er ganz klar und deutlich: «Wenn es feststände, dass Österreich, sei es wegen Bulgarien, sei es wegen der Dardanellen, von Russland angegriffen werden sollte, auf Englands Beistand rechnen kann, und wenn wir hierfür zweifellos Sicherheit hätten, so würde es nicht unsere Aufgabe sein, Österreich in seinem Widerstand gegen Russland zu entmutigen. Solange wir aber glauben müssen, dass Österreich von England im Stich gelassen werden wird, solange werden wir auch genötigt sein, Österreich nicht nur von direktem Widerstand gegen Russland abzuraten, sondern auch durch jedes anwendbare Mittel zu entmutigen. Die Konstellation Deutschland-Österreich gleichzeitig im Kriege gegen Russland-Frankreich würde nichts Beunruhigendes für uns haben, wenn das österreichische Heer nach Verhältnis ebenso stark und ebenso durchgebildet und mit denselben Vorräten versehen wäre wie das unsrige. Dies ist leider nicht der Fall, und die Last eines eventuellen Doppelkrieges würde daher vorzugsweise auf unsern Schultern ruhen.» Für diese Wertung, die Bismarck dem Bündnis mit Österreich gab, lassen sich ein Dutzend mehr Belege beibringen; es ist unerklärlich, wie angesichts des reichen historischen Materials, das Bismarcks Meinung klarlegt, immer wieder der Vorwurf erhoben werden kann, in dem Bündnis von 1879 liege der Keim der Katastrophe.

Der Wahlsieg Gladstones im Frühjahr 1880 bringt die panslawistische Partei, die Trägerin der Ideen des Krieges gegen Österreich, ihrem Wunsch nach einer russisch-englischen Verständigung näher. Bismarck beantwortet diese Tatsache mit der Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses, das am 18. Juni 1881 zunächst auf drei Jahre abgeschlossen wird. Die Schwäche des Vertrags liegt in seiner Geheimhaltung, die von Russland wie von Österreich gefordert wurde, von dem einen aus Rücksicht auf die Panslawisten, von dem andern aus Ängstlichkeit vor Ungarn. Es ist die Schwäche eines Akts der Kabinettpolitik, der in Widerspruch steht zu den politischen Leidenschaften der Völker. Immerhin, er hält über 1884 hinaus, in welchem Jahr er, am 27. März, bis zum 18. Juni 1887 verlängert wird. Auch jetzt kann man nicht sagen, dass Deutschland in das Schlepptau Österreichs gerät. Im Gegenteil; der Zweibund im Verein mit dem erneuerten Drei-Kaiser-Bündnis gibt Bismarck das Mittel, Österreich im Zaum zu halten. Um Konflikten vorzubeugen, die angesichts der Ereignisse in Bulgarien zu erwarten sind, bemüht sich Bismarck 1884, seinen alten Gedanken zu verwirklichen: die beiden Rivalen zu einer Abgrenzung ihrer Interessenssphä-

ren auf dem Balkan zu bewegen. Bismarck lässt nicht los von dem Plan, Österreich zu einem friedlichen Ausgleich mit Russland zu nötigen. Kaiser Franz Joseph erzählt später, das «überlegene Auftreten» und die «Tyrannei Berlins» seien damals «unerträglich» gewesen, und das Organ des Wiener Aussenamts, das «Fremdenblatt», klagt 1886, der Drei-Kaiser-Bund habe den Zweibund entwertet; Deutschland habe zwei Verbündete: Russland und Österreich, Österreich nur einen halben.

Im Herbst 1886 taucht zum ersten Male das Gespenst eines Krieges gegen zwei Fronten auf. Kaiser Wilhelm wird neunzig Jahre, Moltke ist sechsundachtzig. Bismarck bangt vor dem Gedanken, dass es ernst werden könnte. Er bringt im Reichstag eine Heeres Vorlage ein, er will Frankreich einschüchtern, in Wahrheit aber ist er entschlossen, sofern der Krieg unabwendbar werden sollte, nach dem ersten Siege Frankreich einen ebenso günstigen Frieden anzubieten, wie er ihn 1866 Österreich gewährt hat. Dabei winkt Englands Unterstützung: «Es ist schwer,» meint Salisbury am 5. April 1887 zu dem englischen Botschafter in Paris, «sich des Wunsches nach einem zweiten deutsch-französischen Kriege zu enthalten; der Plage in Marokko würde ein Ende bereitet werden.» Die englische Presse ist der Ansicht, dass ein wahrscheinlicher Durchmarsch der Deutschen durch Belgien keine Verletzung der belgischen Neutralität darstellen würde, da Deutschland sich Belgien nicht dauernd aneignen wolle. Bismarck lehnt es ab, diesem Wink zu folgen. Er lässt die «Post» schreiben, Deutschland werde weder einen Präventivkrieg führen noch jemals den Krieg mit der Verletzung eines europäischen Vertrags beginnen; man irre auch bei der Annahme, die deutsche Aussenpolitik werde sich durch den Generalstab von diesen Grundsätzen abbringen lassen. Moltke dachte übrigens nicht daran, Bismarck zu opponieren. Er war entschlossen, in einem Krieg mit Frankreich in der Defensive zu bleiben. Auf die Festungen im Reichsland gestützt, wollte er die Franzosen nach Lothringen vorstossen lassen, um sie dort zu schlagen. In alledem ist nichts zu sehen, was für spätere Zeiten in üblem Sinne bindend wäre, geschweige denn, dass sich eine Parallele ziehen liesse zwischen der deutschen Politik dieser Jahre und jener von 1914. Der Zweibund hindert Österreich, eine Deutschland feindliche Koalition einzugehen; das Bündnis mit Russland legt ihm auf dem Balkan Fesseln an. Ganz im Gegensatz zu der deutschen Politik von 1914 ist Bismarck doppelt und dreifach davor geschützt, der Kompagnon eines von Österreich hervor-

gerufenen Konflikts zu werden. Nichts berechtigt die verantwortlichen Lenker der Politik von 1914, sich auf Bismarck zu berufen.

Zu gleicher Zeit mit dem Abschluss des Zweibundes vollzogen sich zwei wichtige Ereignisse: der Rücktritt Andrássys und die Berufung des Grafen Taaffe an die Spitze der Regierung. Am 11. August 1879 brachte der «Pester Lloyd» die Nachricht von der bevorstehenden Demission des Außenministers; vom 12. August waren die kaiserlichen Handschreiben datiert, die Taaffes Ministerium ankündigten. Andrassy hatte die Vollendung seines Werkes nur abgewartet, um seine längst angekündigte Absicht wahr zu machen; Taaffe die Verabschiedung des mächtigen Ministers nur vorübergehen lassen, um mit der vorbereiteten Aufgabe zu beginnen. Der Abgang Andrássys gab Franz Joseph die Freiheit, die innere Politik Österreichs nun wieder nach seinem Sinne lenken zu können. Der Kaiser war sich dessen bewusst, welche Dienste Andrassy geleistet hatte, sein Glaube an die Notwendigkeit des Dualismus war derselbe geblieben, er nahm ebenso das Bündnis mit dem Deutschen Reich als einen Gewinn hin, welcher der Machtstellung Österreichs auf dem Balkan zustatten kam. Andrassy hatte seine Aufgabe erfüllt; dem neuen Willen, das nur die Wiederaufnahme eines alten Wunsches Franz Josephs war, hätte er im Wege gestanden. So gewiss es ist, dass Franz Joseph durch die Haltung der deutschen Verfassungspartei verbittert wurde, so hiesse es doch seinen praktisch-politischen Sinn verkleinern, wollte man diese persönlichen Empfindungen zum einzigen Anlass der entscheidenden Wendung machen, die in der Politik Österreichs mit Taaffe eintrat. Seit dem Frieden in Ungarn hatte Franz Joseph nicht auf gehört, daran zu denken, auch mit den Tschechen zum Frieden zu kommen. Es lag nicht an Franz Joseph allein, dass er das Problem der Nationen so einseitig betrachtete. Wie viele Köpfe gab es in Österreich, die ihm darin überlegen gewesen wären? Wer ahnte es, wer sprach es aus, dass es sich bei dieser Frage nicht allein um den Ausgleich der Tschechen mit der Krone, sondern um die Verständigung von Volk zu Volk handle? Ausser Adolf Fischhof niemand. Der regen Anteilnahme, welche 1848 die Frage der Nationen gefunden hatte, der theoretischen Vertiefung, die dem Lebensproblem Österreichs damals zuteil geworden war, vermochte das Österreich von 1880 nichts Ähnliches an die Seite zu setzen. In Franz Josephs Nähe war niemand, der die Frage in ihrer reinen Form erfasst hätte; vor ihm standen nur zwei Machtgruppen: die Partei des zentralistischen Deutschtums, die jeden Versuch einer Lösung im Sinne der na-

tionalen Autonomie schroff ablehnte, und die Gruppe des böhmischen Adels, die das Problem der Gegenwart in das staatsrechtliche Kostüm der Vergangenheit zwängte. Es gehört zur Schulmeinung der deutschliberalen Geschichtsauffassung, was Friedjung mit den Worten sagt, die deutsche Verfassungspartei unter der Führung Schmerlings, Herbsts und Pleners habe sich ein historisches Verdienst dadurch erworben, dass sie die Erfüllung der tschechischen Wünsche durch ihren entschlossenen Widerstand vereitelte: «Es wäre sonst ein Zustand geschaffen worden, der in den Hussitenkämpfen und dann im Dreissigjährigen Krieg zu den Erschütterungen führte, die ganz Mitteleuropa ergriffen; niemals hätte sich der industrie-mächtige deutsche Stamm der drei Sudetenprovinzen der slawischen Mehrheit gefügt.» So sprach der Historiker; aus diesem Tal der Verblendung führte kein Weg zur Lösung des österreichischen Problems. Wie sollte ihn Franz Joseph finden? Er wusste nur eines: dass die Verfassungspartei dazu untauglich war. Und das Bündnis mit Deutschland erschien ihm als ein Zwang mehr, den Tschechen entgegenzugehen. Dazu kam anderes. Die Gründung des neuen Deutschen Reichs war an den Deutschen Österreichs nicht spurlos vorübergegangen. Gerade der beste Teil der gebildeten Jugend gab sich den neuen Tatsachen umso williger hin, als sie in Bismarcks Werk, das mit der deutschen Kaiserkrone auch das allgemeine Wahlrecht gebracht hatte, die Vereinigung nationalen und demokratischen Empfindens erblickte. An der Wiege dieses neuen nationalen Bewusstseins standen Männer wie Georg Ritter von Schönerer, Viktor Adler, Heinrich Friedjung und Pernerstorfer. Schönerer, der unter der Studentenschaft einen grossen Anhang besass, hat sich bald von einem Programm abgekehrt, das die Forderungen der Kultur mit den Wünschen des neu erwachten Nationalismus zu verbinden suchte; er ist der Herold des studentischen Antisemitismus geworden, der in den Veränderungen der Mittelklasse und der Kleinbürger seinen Ursprung hatte, aber auch der Anwalt des Alldeutschtums, das schon in den ersten Jahren Taaffes seine Spitze gegen den österreichischen Staatsgedanken, gegen Habsburg kehrte. Auf dem Bilde der Deutschen Österreichs, das bis dahin die altgewohnten Gestalten der Alpenländer neben dem Bürger der deutschliberalen Fassung gezeigt hatte, erschienen neue Figuren, die nicht mehr treu und ergeben nach Wien blickten, sondern keck über die Grenze nach Berlin schauten. Taaffe hat die deutschnationale Bewegung von ihren ersten Anfängen an gewissermassen unter Polizeiaufsicht gestellt, aber Franz Joseph hat sie weder überschätzt noch gefürchtet.

Es gehörte zu seiner Vorstellung von den Deutschen Österreichs, dass sie Österreichisch schlechtweg zü sein hätten. Die Ungarn imponierten ihm, vor der Widerspenstigkeit der Tschechen war er milde, einen nationalen Radikalismus der Deutschen empfand er als unstatthaft. Lag es an dieser etwas primitiven Vorstellungswelt oder an dem Mangel geeigneter Ratgeber, dass nach der Abkehr vom deutschen Liberalismus kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, das nationale Problem zur grossen Angelegenheit des Staates zu erheben? Man hat Taaffe den «Kaiserminister» genannt, ihn als den eigentlichen Mann Franz Josephs bezeichnet, weil er die kleinen Mittel der Menschenbehandlung höher stellte als ein grosses Programm, der Routine in der Bewältigung der Konflikte mehr vertraute als dem Bemühen um das eigentliche Problem. Zweifellos hatte er darin manches mit Franz Joseph gemein: beiden fehlte die Gabe der Abstraktion; beide hielten den «gesunden Menschenverstand» als ausreichend, den verzwickten Aufgaben des österreichischen Völkerstaats beizukommen; beide hatten ein tiefes Misstrauen vor Ideen; beide den Blick auf die Schwächen der Menschen gerichtet; beide dieselbe Überschätzung der Technik des Regierens, weil sie beide darin Meister waren. Und beiden war der gute Mittelschlag lieber als die originale, neuerungssüchtige Persönlichkeit. Darum blieb Franz Joseph vierzehn Jahre Taaffe treu.

Taaffe bringt es zu Beginn seiner Regierung zuwege, dass die Tschechen, nach sechzehn Jahren ihres Fernbleibens von Wien, in den Reichsrat zurückkehren. Sie tun es allerdings mit einer Rechtsverwahrung, die ausspricht, dass ihr Erscheinen im Wiener Reichsrat nichts an dem Bekenntnis zum böhmischen Staatsrecht ändere. In der Thronrede begrüsst der Kaiser die «unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung» wiedergekehrten tschechischen Abgeordneten, womit er, zumindest formell, ihr staatsrechtliches Programm anerkennt. Gerade den radikalen Tschechen, den Jungtschechen unter Eduard Gregrs Führung, waren übrigens praktisch-politische Erfolge wichtiger als die Anerkennung des historischen Staatsrechts, an dessen Verwirklichung man ja doch nicht glaubte; von ihm stammt das viel zitierte Wort, das böhmische Staatsrecht sei nicht den Tabak einer Pfeife wert. Es war der erste Schritt auf dem nachher so viele Jahre befolgten Wege der praktischen Politik, wenn die Tschechen für die Gewährung der Wehrvorlage die Gleichberechtigung der tschechischen Sprache im Geschäftsverkehr der Behörden wie im öffentlichen Unterricht forderten. Taaffe entsprach diesem Ansinnen insofern, als er im April 1880 die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren einbrachte. Mit dieser Gesetzesvorlage,

die bestimmte, dass alle Eingaben in ihrer Sprache erledigt und gebucht werden sollen, beginnt der sagenhaft gewordene Sprachenstreit, der von da an jahrzehntelang bis zum Ende Österreichs währte. Die Missstimmung der Deutschen kam auf dem grossen Parteitag der Deutschliberalen in Wien zum Ausdruck. Wie rasch hatte sich die Szene gewandelt! Im April 1879 war ganz Wien vereinigt gewesen, Franz Joseph zur silbernen Hochzeit in einem Festzug zu huldigen, den der repräsentative Maler dieser Zeit, Hans Makart, nach dem Geschmack und mit dem Gelde der deutschen Bourgeoisie verschwenderisch ausstatten konnte; ein Jahr darauf feierte man die hundertste Wiederkehr des Tages, da Joseph II. den Thron bestiegen hatte, mit einer deutlichen Spitze gegen Franz Joseph. Immerhin, das war ein häuslicher Zwist. Ernster sah es in Böhmen aus. Die Welt nach dem Kriege ist daran gewöhnt worden, auch Störungen der Ruhe mit andern Massen zu messen; verglichen mit Strassenunruhen, wie sie die Nachkriegszeit in Berlin und Wien, Paris und Dublin gesehen, waren die Exzesse, die sich 1881 bei Prag und in Königinhof ereigneten, Idyllen. Allein sie hatten zur Folge, dass Franz Joseph den aus Venetien bekannten General Kraus, den Präsidenten des Militärobergerichts, nach Prag als Landeschef mit der Mission sandte, jede Gewalttätigkeit zu unterdrücken. Dieser Rückfall in vormärzliche Methoden war nicht durch eine Sehnsucht des Kaisers nach der Vergangenheit verschuldet, in ihm kam die Hilflosigkeit einer Methode zum Ausdruck, die mit ihren kleinen Mitteln der grossen Frage nicht gerecht zu werden vermochte. Der Profoss von 1850, der mit den Schrecken des Forts von Belfiore in Italien nichts ausgerichtet hatte, war 1881 auf dem Hradschin, der Prager Burg, erst recht nicht der Mann, den Böhmen brauchte. Der Versuch, den nationalen Streit durch gleichermassen verteilte Arreststrafen schlichten zu wollen, vergiftete neuerlich das Verhältnis der beiden Völker. Und doch hätte ein Ereignis dieser Zeit die Regierung darüber belehren können, wie «papierdünn» die Wand war, die beide Nationen trennte. In den Tagen der heftigsten politischen Kämpfe war das kaum vollendete, mit grossen Opfern der Nation aufgebaute Prager tschechische Theater ein Raub der Flammen geworden; vor diesem Unglück, einem schweren kulturellen Verlust, fanden sich Tschechen und Deutsche in selten gesehener Eintracht, den Schaden wieder gutzumachen. Es war eine richtige Ahnung, die Taaffe 1881 den Gedanken schenkte, durch Verbreiterung des Wahlrechts eine der nationalen Verständigung günstigere Lage zu schaffen.

Freilich hätte dazu auch der Wille gehört, den Gedanken zu vollenden. Vielleicht hätte damals ein starkes Parlament als verbindende Kraft gewirkt. Bismarck hat den deutschen Partikularismus durch die Volksvertretung besiegt; ein kraftvolles österreichisches Parlament konnte die Landtage mit ihren geschichtlichen Erinnerungen und nationalen Sonderwünschen zumindest schwächen. Jedenfalls wäre der Versuch der Mühe wert gewesen. Doch es war Taaffes Fluch, was Österreichs grösster Dichter von seinem Lande sagt: Auf halben Wegen und zu halber Tat, mit halben Mitteln zauderhaft zu streben. Er bestärkte den Kaiser in der Meinung, dass es genüge, ohne Plan, mit halben Mitteln, im übrigen aber mit dem General Kraus und der Polizei auszukommen. Saint Simons Wort, die Könige seien von ihren Dienern abhängiger, als sie ahnen, weshalb es mehr auf die Diener als auf die Könige ankomme, trifft auf Taaffe zu. Franz Joseph war unter Andrásseys Einfluss auch grössern Plänen zugänglich. Unter Taaffe lässt er seiner Natur den Lauf, er entwickelt sie zu einer Pedanterie im Kleinen. Ohne ideelle Anregung versiegt der Quell der Erkenntnis; der Kaiser ahnt nicht, dass hinter den Eruptionen seiner Völker unpersönliche Kräfte walten, er sieht nur persönliche Unbotmässigkeit. Zu einer Deputation der Triestiner Handelskammer spricht er in gereiztem Ton das Wort von der «faktiösen Opposition» der deutschen Linken. Durch die ganze Welt ging damals eine sozialrevolutionäre Bewegung, die, je nach dem Charakter und dem Stande der Entwicklung, da sozialistische, dort kleinbürgerlich-reaktionäre Züge annahm. Über Ungarn, das bis dahin der Anwalt des Liberalismus gewesen, zog eine schwarze Wolke. Der finsterste Aberglaube fand Boden und schändete im Ritualmordprozess von Tiszaeszlar die Rechtsprechung des Landes. In Budapest kam es zu antisemitischen Exzessen. Der Kaiser telegraphiert selber an den Ministerpräsidenten Koloman von Tisza: «Ich hoffe, dass Wiederholung der schon drei Abende dauernden Exzesse mit Entschiedenheit verhindert werde. Bitte sich mit dem Korpskommando wegen ausgiebiger und durchgreifender Verwendung von Truppen ins Einvernehmen zu setzen.» Solche Befehle zeigen Franz Joseph als den obersten Verwaltungsbeamten. Wie hier, hat er, ganz im Stil eines Monarchen des absolutistischen Wohlfahrtsstaats, unzählige Male in die Verwaltung eingegriffen. Sein Gerechtigkeitsgefühl aber erhöhte diese Detailaufsicht zu einer Rechtsgarantie. Nach dem Brande des Wiener Ringtheaters, da der Wiener Polizeipräsident sein kühnes «Alles gerettet!» sprach, obwohl zweihundertdreissig Menschen ihr Leben verloren hatten, verfügte Franz Joseph

die Absetzung dieses Beamten, und er sträubte sich, den zu einer harten Arreststrafe verurteilten Theaterdirektor Jauner zu begnadigen. Albert von Sachsen, des Kaisers einziger Freund, dem er sonst jede Bitte erfüllte, verwendete sich für Jauner; der Bruder des Verurteilten war Direktor der Königlichen Oper in Dresden. Allein der Kaiser schlug die Bitte ab: «Die Grösse und Schrecklichkeit der Katastrophe, wie der Leichtsinns Jauners», schreibt er dem Freund, «verlangen eine Sühne, welche die allgemeine Meinung und auch mein Gefühl in einer Geldstrafe nicht finden würden.» Wo das Empfinden für Korrektheit, wo Takt und Ritterlichkeit entscheiden, trifft der Kaiser das Richtige. Er ist aber jetzt auch in der Politik auf sich allein angewiesen. Andrassy respektierte er; auf Beust hörte er; von Taaffe vernimmt er nur das Echo seiner eigenen Wünsche. Die Regierung der Rechten ist bequem, weil sie widerspruchslos die Rekruten bewilligt; sie ist einfach, weil sie jeden Gewissenskonflikt erspart; sie gibt Franz Joseph die Freiheit seines Geschmacks wieder. Er braucht seine Abneigung vor der Linken, die sich seit der wachsenden Opposition gegen Taaffe verstärkt hat, nicht zu hemmen. «Die meisten führenden Personen der Linken», gesteht Ernst von Plener selber, «waren ihm widerwärtig; nur ihre Lehrmeinungen über äussere Politik nahm er nicht ernst, weil er sicher war, dass sie die nun wieder in seiner Hand vereinigte Leitung der auswärtigen Dinge nicht beirren könnten.»

Es ist deutlich zu sehen, was Franz Joseph nach Andrassys Rücktritt anstrebt: er will die Ära der kühnen Konzeptionen beenden, er will Ruhe nach einer Zeit der Aktivität. Nach Haymerles Tod erwartet Andrassy, dass ihn der Kaiser wieder rufen werde. Franz Joseph wählt im November 1881 den Grafen Kálnoky zum Minister des Äusseren, dessen Fähigkeiten Andrassy lobt, obzwar er ihn nie gemocht hat. Einen «politischen Knoten zu zerhauen», meint der Kaiser, war Andrassy der richtige Mann, jetzt dagegen, da es sich darum handle, «die Knoten behutsam zu lösen», sei Kálnoky besser am Platz. Kálnoky war die Ergänzung Taaffes: vorsichtig, fast ängstlich, jeder Initiative abhold. Er forderte durch sein Bestreben, Russlands Empfindlichkeiten zu schonen, die Kritik Andrassys heraus, der erst in einer Denkschrift an den Kaiser und dann als Redner in den Delegationen gegen seinen Nachfolger den Vorwurf erhob, Österreichs kaum gewonnenes Prestige auf dem Balkan wieder hingegeben zu haben. Kálnokys Zurückhaltung entsprach dem Wunsch des Kaisers, einen ernststen Konflikt mit Russland zu vermeiden. Mit dieser Methode war jedoch der innere Widerspruch der Politik Franz Josephs nicht aufzuheben. Es war sein Wille gewesen, auf



dem Balkan wiederzugewinnen, was Österreich in Italien und Deutschland verloren hatte. Die Politik des Prestigegewinns liess sich aber nicht an einem beliebigen Punkt in eine Politik der Zurückhaltung verwandeln. Bosnien und die Herzegowina forderten Opfer. So bescheiden auch Kálnoky sein mochte, er konnte es nicht hindern, dass Österreich die Folgen seines aktiven Hervortretens zu tragen hatte. Als Fürst Alexander von Bulgarien durch russische Agenten gefangengesetzt und zur Abdankung gezwungen wurde, als der Zar den General Kaulbars nach Sofia sandte, um das Land seinem Willen gefügig zu machen, da wurde der Streit um die Abgrenzung der Hegemonie wieder lebendig. Ohne Verzicht auf die beanspruchte Machtstellung war dem Konflikt nicht zu entgehen. Österreich bestritt Russland das Recht, Bulgarien als ein Stück seines Interessenbereichs zu betrachten. Den Konflikt entschied Bismarck durch die Erklärung, dass nach seiner Auffassung des Berliner Vertrags Bulgarien unter die Obhut Russlands falle. In seiner grossen Rede vor dem Reichstag, am 11. Januar 1887, hob er zwar das deutsch-österreichische Bündnis mit starken Worten hervor, sprach aber zugleich, auf Bulgarien blickend, Hamlets Satz: «Was ist ihm Hekuba!» Nie zuvor war Österreich von Deutschland so klar gesagt worden, dass es bei aktiven Plänen auf dem Balkan auf keine Unterstützung zu rechnen habe: «Es ist uns», rief Bismarck, «vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird... Wir werden uns wegen dieser Frage von niemandem das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Russland zu brouillieren.» Es war nicht möglich, für Österreichs Prestige zu fechten. Auch Kálnokys sanfte Methode konnte den Krieg entfesseln. Russland hatte mehr noch als der Berliner Vertrag und Bismarcks Worte für sich: die Stimme der Nationen. Die Kriegsgefahr von 1887 und Bismarcks unsentimentaler Entschluss, das Schicksal des deutschen Volkes von Habsburgs Balkanpolitik fernzuhalten, hatten zur Folge, dass Franz Joseph sich England und Italien zuneigte. Italien war seit 1882 auf fünf Jahre mit Deutschland und Österreich verbündet, ohne von diesem Vertrag einen wesentlichen Nutzen gehabt zu haben. Jetzt verlangte es die Unterstützung Deutschlands für den Fall, dass Frankreich nach Tripolis oder Marokko griffe, und von Österreich einen Vertrag für spätere Tage, da Albanien zur Aufteilung käme. Dafür wollte Italien im Kriegsfall zweihunderttausend Mann an den Rhein oder gegen die Russen stellen. Österreich lehnte Italiens Vorschläge zunächst ab; es forderte für die Unterstützung der italienischen Kolonialwünsche als Gegengabe die Verpflichtung,

nicht nur für die Aufrechterhaltung des Besitzstandes an den türkischen Küsten zu sorgen, sondern auch «dans les régions» des Balkans, und im Falle eines Krieges mit Russland, Österreich beizustehen. Der unklare Ausdruck «dans les régions», den Österreich geprägt hatte, war 191; einer der vielumstrittenen Punkte des Vertrags. Als sich 1887 Österreich und Italien nicht einigen konnten, fand Bismarck den Ausweg, dass Deutschland in einem Sondervertrag mit Italien dessen kolonialen Wünschen gerecht wurde, während Österreich und Italien in einem zweiten Sondervertrag über die Balkanfrage ins reine kamen. Der Vertrag verpflichtete Österreich und Italien bei einer Okkupation an den türkischen Küsten oder in den Balkanregionen, sich vor dem Appell an die Waffen über jeden Machtzuwachs zu verständigen. Bismarcks Gehilfe, Geheimrat von Holstein, hat diese Bestimmung den «Trinkgeldparagrafen» genannt, dem Reichskanzler selber aber war sie recht als neuerliche Fessel bei ausgreifenden Plänen Österreichs. 1914 hielt sich Italien an diese Bestimmung; es berief sich darauf, von der Aktion gegen Serbien nicht verständigt worden zu sein, wodurch der Vertrag hin-fällig geworden sei.

Die Wahrheit über dieses Kapitel francisco-josephinischer Politik ist: Bismarck hat Österreich vor dem Krieg mit Russland bewahrt, indem er es in sein anscheinend sehr widerspruchsvolles, verwickeltes Bündnissystem einspinn. Ahnte Franz Joseph den Wert des Bündnisses mit Deutschland? Er missverstand es, wenn er die «Tyrannei» Bismarcks beklagte, er drang nicht bis zu der Erkenntnis vor, dass seine eigene Politik den Widerspruch in sich trug. Österreich konnte auf dem Balkan nicht die Stellung eines gleichberechtigten Rivalen vor Russland behaupten. Und daran war nicht so sehr die geringere militärische Kraft, nicht das mechanische, als vielmehr ein moralisches Unvermögen schuld: die Absichten und Wünsche der Hausmacht widersprachen den Bestrebungen der Balkanvölker, deren grosser Protektor Russland war. Kalnoky empfand etwas von diesem unlösbaren Gegensatz, aber er suchte ihn auf falscher Fährte, als er dem Kaiser in einer langen Denkschrift auseinandersetzte, dass Taaffes System dem Reich schädlich sei. Seine Gedanken unterschieden sich durch nichts von den tausendmal vernommenen Anschauungen der alten österreichischen Zentralisten: Österreich könne nach aussen nur dann kraftvoll wirken, wenn es auch im Innern stark werde; die Bürgschaft der Stärke aber gebe nur das Beharren bei den zwei Völkern, auf denen das Reich aufgebaut sei. Daran schloss sich dann die Warnung vor jeder Konzession an die andern Nationen. Um-

gekehrt wäre der Rat besser gewesen, die Einsicht nämlich, dass Österreich auf die Dauer keine Prestigepolitik machen könne, die den Völkern des Reichs zuwiderlief. Die Aufgaben im Innern waren so gross, dass es sich gelohnt hätte, alle Kräfte dafür einzusetzen. Was Kálnoky riet, hatte der Kaiser zweimal versucht. Sollte er jetzt Ernst von Plener regieren lassen? Der Sohn Ignaz von Pleners, des ehemaligen Finanzministers, war der eigentliche Führer der Linken, der deutschen Opposition, geworden, und damit der Hauptgegner Taaffes. Er unterschied sich von Herbst und den älteren Liberalen durch seinen Mangel an Doktrinarismus; er gehörte auch nicht zu den prinzipiellen Gegnern der bosnischen Politik des Kaisers. Dennoch gab es unter den politischen Führern dieser Zeit kaum einen, den Franz Joseph seine Abneigung so fühlen liess wie den Jüngern Plener. Er selber erzählt in seinen Erinnerungen: «Taaffe beeinflusste den Kaiser, der auch früher keine besondere Sympathie für mich hatte, immer mehr in einem mir feindlichen Sinne; er stellte mich als den eigentlichen Friedensstörer hin, was des Monarchen Voreingenommenheit gegen mich noch steigerte. Mein Verkehr mit dem Kronprinzen wurde benützt, mir alle möglichen Intrigen anzudichten, die gar keine tatsächliche Grundlage hatten.» Dabei war Ernst von Plener ein liberal-konservativer Mann, dem Verständnis sozialer Fragen zwar nicht unzugänglich, was er während seines längeren Aufenthalts in England angenommen hatte, doch in der Erkenntnis der österreichischen Dinge selbst hinter Taaffe zurück. Er tadelt am Kaiser die unklare Vorstellung von der böhmischen Frage. Es ist wahr: Franz Josephs Worte, man müsse den Tschechen «in gewissen Dingen» entgegenkommen, liessen schwer ein Programm erkennen. Dennoch war der Kaiser in diesen Jahren dem Führer der Liberalen in den zwei wesentlichen Dingen voraus: er suchte eine Lösung des nationalen Problems und er wünschte eine Reform des Wahlrechts in fortschrittlichem Sinn. Sein Irrtum war, dass er beides mit unzulänglichen Mitteln erstrebte, mit den Mitteln Taaffes. Es vergehen kostbare Jahre, während welcher in der böhmischen Frage nichts Wesentliches unternommen wird. Die Auseinandersetzung der Nationen bleibt reduziert auf den Streit um die Amtssprache der Gerichte. Der Streit muss sich verschärfen, denn nun führen nicht mehr die gebildeten Klassen der Völker, Advokaten, Industrielle und ihr journalistischer Anhang allein das Wort. Aus der grossen erwachenden Masse steigen neue Elemente auf. Das Kleinbürgertum beginnt sich zu rühren, neue Parteien entstehen, und mit ihnen kommt ein neuer, ein radikaler Ton in das öffentliche Leben Österreichs. Franz Joseph steht vor unbekanntem, ihm völlig

fremden Erscheinungen. Mitten in diesem Prozess fällt ein Schuss, der Franz Josephs Leben verändert. Am 30. Januar 1889 erschießt sich sein Sohn Rudolf.

## DER SOHN

AM 30. JANUAR, EINEM MITTWOCH, TRABTE UM neun Uhr morgens ein Wagen mit einem Herrn im Jagdanzug, vom Helenental kommend, nach der Südbahnstation Baden bei Wien. Im Bahnhof stürzte der Herr in das Bureau des Vorstandes. Er warf rasch seinen Namen hin, Graf Hoyos, und begehrte, befehlend, einen Separatzug nach Wien. Eine dringende Angelegenheit des Staates. Der österreichische Bahnbeamte konnte, bei allem Respekt vor dem Grafen, der Bitte nicht willfahren. Ob die Angelegenheit militärischer Natur sei? Graf Hoyos drängte; er müsse den Zug haben. Es war unmöglich. Auch der Schnellzug, der in einer halben Stunde eintreffen sollte, war unerreichbar; er hielt nicht in Baden. Hoyos bestand darauf, den Zug aufhalten zu lassen. Der Vorstand war in grösster Verlegenheit. Er konnte, ohne Kenntnis des Zwecks, nicht gegen die Instruktionen handeln. Nun musste Hoyos sprechen: Kronprinz Rudolf sei auf der Jagd verunglückt. Der Schnellzug wurde durch Notsignale zum Halten gezwungen. Er brachte den Grafen Josef Hoyos nach Wien, aber auch die Nachricht, die sich als Geheimnis mit rasender Eile verbreitete. Viele Leute hatten gesehen und gehört, wie Hoyos, aus dem Zug springend, die Treppen des Südbahnhofs hinabeilte, sich in einen Wagen warf und dem Kutscher zurief: «Hofburg.» Hier empfing Graf Bombelles, der Obersthofmeister des Kronprinzen, als erster die Nachricht. Nach ihm Graf Paar, der Generaladjutant des Kaisers. Paar riet, vorerst die Kaiserin zu verständigen. Baron Nopcsa, der Obersthofmeister Elisabeths, sollte die schwere Aufgabe übernehmen. Er vermochte es nicht. Die Damen des Hofstaats versuchten es, die Kaiserin vorzubereiten. Dann trat Hoyos ein. In diesen Minuten hat Elisabeth das schrecklichste Leid ihres Lebens erfahren. Der Kaiser sass ahnungslos in seinem Arbeitskabinett, dem schmalen, dunkelroten Zimmer mit der Aussicht auf den innern Burghof. Wer sollte ihm die Nachricht bringen? Es währte eine Stunde, bis Elisabeth einen Entschluss gefasst hatte. Sie liess die Hofburgschauspielerin Katharina Schrott holen, die einzige Frau, die Franz Joseph nahestand. Es überstieg die Kräfte einer Frau, dem Kaiser zu

sagen, was geschehen war; die beiden Frauen traten gemeinsam in das Arbeitszimmer Franz Josephs. Sie mussten das furchtbare Gesicht des Schreckens enthüllen. Hinter ihnen stand die drängende Uhr. Durfte die Welt die Wahrheit erfahren? Auch der Schrecken war im Hause des Kaisers an das Zeremoniell gebunden. Hier versagten Tradition und Gesetze. Für dieses Furchtbare gab es keine Norm. Seinem Antlitz wurde eine Maske aufgedrückt. Und die Maske blieb von dieser Stunde bis auf den heutigen Tag. Dichtung und Erfindung, Phantasie und die Lust am Schauerlichen haben die Maske noch mit einem Schleier von Märchen überzogen. Die Erforschung des Tatsächlichen musste erst den Schleier heben. Doch die Maske ist bis heute nicht völlig gelüftet worden. In Franz Josephs Seele lag eine Ahnung vom Ende des Hauses. Es war die in den Zeiten der grossen Katastrophen geborene Angst der Habsburger, jenes Gespenst der Hofburg, dem die Domestiken Körperlichkeit andichteten. Nach dem Tode Rudolfs war es wieder lebendig. Visionär sah Franz Joseph einen Tag, da vor den sechsfach versiegelten und verschlossenen Schränken und stählernen Kammern des geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchivs nicht mehr Männer mit der Verschwiegenheit von Beichtvätern sitzen würden; er vertraute die Kronprinz-Rudolf-Akten nicht dem Geheimen Hofarchiv an, sondern übergab sie seinem Minister, dem Grafen Taaffe, mit der Weisung, das Geheimnis der Papiere niemals und unter keinen Umständen zu lüften. Graf Eduard Taaffe hat, wie alle Männer der nächsten Umgebung des Kaisers, das Geheimnis wie in einem verschwiegenen Brunnen aufbewahrt. Es blieb über den Tod Franz Josephs und Habsburgs hinaus verborgen. Auch Taaffes Sohn hat es gehütet. In dem Nachlass seines Vaters ist nur der Polizeibericht über die Beerdigung der Baroness Mary Vetsera enthalten, die Geheimhaltung der übrigen Akten mit der Bemerkung motiviert, «Graf Taaffe habe ausdrücklich verfügt, sie niemals der Öffentlichkeit zu übergeben». Auch hier noch spinn die Legende ihre Fäden fort. Als in dem böhmischen Schlosse Ellischau des Grafen Taaffe, wo die Papiere des Kaiserministers verwahrt werden, ein Brand ausbrach, entstand das Gerücht, das Feuer sei gelegt worden, um die Rudolf-Akten und andre politische Papiere zu vernichten, die noch lebende Personen zu kompromittieren geeignet seien. So gewiss sich unter Taaffes Nachlass solche Papiere befinden, so erdichtet ist doch die Annahme, dass das Feuer gelegt war. Die politischen Brandleger von Ellischau gehören zu den vielen Spukgestalten, die um die Särge der Kapuzinergruft kreisen.

Das Geheimnis des Kronprinzen-Todes ist ein habsburgisches Kunst-

stück. Das Zeremoniell verwandelte Minister und Marschälle, Freunde des Toten und Mitwisser, Adlige und Diener, hohe Würdenträger und Kutscher zu schweigenden Priestern des Königsglaubens. Die Macht, die Franz Josefs unpersönliches Monarchentum übte, war stärker als die Gewalt tyrannischer Fürsten: sie begrub die Wahrheit, ohne unbequeme Mitwisser aus dem Wege zu räumen. Die erste Maske freilich, hinter der man die Schreckensnachricht vom 30. Januar 1889 verbarg, war unmöglich. Es war nachmittags zwei Uhr, als der Kaiser, aus dem intimsten Kreis tretend, Befehle gab. Um halb sechs Uhr abends, da hunderterlei Gerüchte Wien durchschwirrten, erschien ein Extrablatt der amtlichen «Wiener Zeitung» mit der Nachricht vom Tode Rudolfs: «Der durchlauchtigste Kronprinz hatte sich vorgestern zur Jagd nach Mayerling begeben und mehrere Jagdgäste, wie den Prinzen Philipp von Coburg und den Grafen Hoyos geladen. Seine k. k. Hoheit befand sich jedoch schon gestern etwas unwohl und musste sich deshalb entschuldigen, bei dem in der Hofburg anberaumten Familiendiner nicht erscheinen zu können. Als die Jagdgäste sich heute morgens versammelten und der durchlauchtigste Kronprinz nicht erschien, wurden dieselben durch die entsetzliche Nachricht vom Schmerz überwältigt, dass der durchlauchtigste Kronprinz infolge Schlaganfalls seine edle Seele ausgehaucht habe.» Zur selben Zeit liefen Telegramme an die Souveräne Europas. Alle sagten, Rudolf sei auf der Jagd plötzlich gestorben, «wahrscheinlich einem Herzschlag erlegen». Nur die Depesche an den Papst enthielt keine Angabe über die Ursache des Todes: «C'est avec la plus profonde douleur que je viens annoncer à Votre Sainteté la mort subite de mon fils Rodolphe. Je suis sûr de la part sincère qu'Elle prendra à cette perte cruelle; j'en fais le sacrifice à Dieu, auquel je rends sans murmure ce que j'ai reçu de Lui. J'implore pour moi et ma famille la bénédiction Apostolique.» Privatdepeschen mit der Todesnachricht wurden nachmittags inhibiert; erst abends war es möglich, Telegramme aufzugeben. Doch unterlagen alle Meldungen über den Tod des Kronprinzen einer strengen Zensur. Die Wirkung der amtlichen Mitteilung: Niemand glaubte ihr. Die Augen Wiens, das Publikum der Hoftheater, hatten den Kronprinzen vor sieben Tagen, Mittwoch, dem 23. Januar, in der Oper gesehen. Der Kaiser war zu der Aufführung der «Drei Pintos» gekommen. Pünktlich, genau zur festgesetzten Minute, erschien er in der grossen Hofloge gegenüber der Bühne. Rudolf trat nach dem Kaiser verspätet ein. Der Takt der kaiserlichen Oper gestattete es nicht, mit dem Glase nach der Hofloge zu schauen. Auch die unbewaffneten

Augen bemerkten jedoch an diesem Tage, dass Vater und Sohn in bestem Einvernehmen standen. Der Kronprinz küsste des Kaisers Hand, nahm neben ihm Platz. Man sah beide in heiterer Unterhaltung.

Vier Tage später, Sonntag abends, den 27. Januar, war Rudolf mit der Kronprinzessin, neben dem Kaiser, bei der Soiree des Prinzen Reuss, im Palais der deutschen Botschaft in der Metternichgasse. Das Fest galt dem Geburtstag des Deutschen Kaisers; der ganze Hof nahm daran teil, ausser Franz Joseph und Rudolf auch die Erzherzoge Albrecht, Wilhelm, Karl Ludwig und Rainer. Zeugen dieses Abends vermerkten: «Der Kaiser verabschiedete sich vom Kronprinzen, indem er dem sich tief verneigenden Sohn herzlich die Hand reichte.» Wer ahnte, dass dies der Abschied für immer war? Selbst die dem Kronprinzen nahen Personen, auch die schärfsten Ohren der Horcher, hatten nichts davon vernommen, dass er unwohl sei und sich krank fühle. Der plötzliche Tod Rudolfs war ein Rätsel. Ganz Wien wartete auf eine Erklärung. Aus allen Ländern der Welt wurden die Redaktionen bestürmt. Sie hatten gleich nach dem Empfang der ersten Nachricht ihre besten Leute in das nicht leicht zugängliche Gebiet von Mayerling gesandt. Es war abends, als die Reporter nach stundenlanger Fahrt auf den zum Teil vereisten Strassen des Wienerwaldes bis in die Nähe von Heiligenkreuz vordrangen. Doch oben waren Strassen und Fusspfade von Gendarmen gesperrt. Niemand durfte weiter. Im Stift von Heiligenkreuz und in den zwei Wirtshäusern des Stifts war nichts zu erfahren. Holzfäller und Strassenarbeiter wussten nur, was sie von der Dienerschaft des Schösschens vernommen hatten, dass der Kronprinz Montag, den 28. Jänner, mittags in Mayerling angekommen war; Mittwoch morgens habe der langjährige Kammerdiener Loschek seinen Herrn tot im Bett aufgefunden. Das Schweigen, das den Toten von Mayerling umgab, schien undurchdringlich zu sein. Am Abend des Todestags war ganz Wien davon überzeugt, dass der Kronprinz keines natürlichen Todes gestorben sei. Die Konfiskation der «Neuen Freien Presse», die gemeldet hatte, der Kronprinz habe auf der Jagd durch einen Schuss das Leben verloren, bestärkte Wien in seiner Meinung. Das Verschweigen der Wahrheit hatte bewirkt, dass innerhalb zwölf Stunden die abenteuerlichsten Vermutungen auftauchten: der Kronprinz sei von einem eifersüchtigen Förster erschossen worden, er sei Wildschützen zum Opfer gefallen, ein Hocharistokrat habe den Sohn des Kaisers im Streit erschlagen. In den Adelssalons, im Jockeiklub, bei Sacher wusste man mehr. Inzwischen war, noch Mittwoch nachts, die Lei-

che des Kronprinzen von Mayerling in die Hofburg gebracht worden. Man hatte, um jedes Aufsehen zu vermeiden, den Toten so rasch als möglich, gleich nach der Aufnahme des Protokolls, überführt. Nur wenige Journalisten, die im Schnee hinter den dichten Ketten der Gendarmen ausharrten, ein paar Bauern, Jäger, Treiber, waren Zeugen des nächtlichen Leichenzugs. Ein Fourgon der Badener Entreprise de pompes funèbres fuhr mit ächzender Bremse auf der steilabfallenden, hartgefrorenen Bergstrasse zur Südbahn. Hinterdrein drei geschlossene Fiaker. Auf dem Wege nach Baden standen Gendarmerieposten. Der Bahnhofsplatz in Baden war von Gendarmerie, von Polizei und Feuerwehr abgesperrt. Feuerwehrleute mit Laternen halfen, den Sarg aus dem schwarzlackierten Totenwagen zu heben und in die Bahnhofshalle zu tragen. In derselben Nacht kam der Zug mit der Leiche in Wien an. Die Stadt war noch wach, die Strassen von flüsternden Neugierigen belebt. Der von Offizieren der Leibgarde-Reitereskadron flankierte Leichenzug fuhr in raschem Tempo nach der Burg.

Donnerstag, den 31. Januar, um sechs Uhr morgens, wurde vor Franz Joseph der Deckel vom Sarge gehoben. Den zertrümmerten Kopf des Kronprinzen hielt eine feste Bandage zusammen. Liess sich die Wahrheit noch verbergen? Am selben Tag, dem 31. Januar, nachmittags, wurde die Obduktion der Leiche vorgenommen. Obduzent war der Vorstand des Pathologisch-anatomischen Instituts der Wiener Universität, Professor Dr. Hans Kundrat. Ihm zur Seite stand der Professor der gerichtlichen Medizin Eduard von Hofmann. Zugewogen auch der kaiserliche Leibarzt Dr. Widerhofer und eine Hofkommission zur Aufnahme des Protokolls. Den zwei Professoren Kundrat und Hofmann wurde eine Anfrage des Obersthofmeisters Grafen Bombelles übermittelt: es sei aus Rücksichten auf den Hof wünschenswert, die amtlich bekanntgegebene Todesursache – «Herzschlag» – zu bestätigen. Die beiden Ärzte baten um eine kurze Bedenkzeit. Sie berieten sich mit ihren Kollegen Stricker, Ludwig und Eduard Albert. Danach kamen sie überein, den Obersthofmeister des verstorbenen Kronprinzen wissen zu lassen, dass sie bei aller Ergebenheit für den Kaiser und nach Würdigung der Motive, die für das Verschweigen der Wahrheit sprächen, es dennoch nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten, ihre Namen unter einen falschen Befund zu setzen; so schwer es ihnen falle, müssten sie bekennen, lieber auf ihre Stellungen verzichten zu wollen, als für eine Unwahrheit verantwortlich zu werden. Diese Mitteilung erhielt der Kaiser Donnerstag, den 31. Januar, zu später Abendstunde. Freitag, den 1. Februar



brachte die amtliche «Wiener Zeitung» eine Erklärung: Die gestrige Mitteilung über den Tod des Kronprinzen habe sich «auf die ersten Wahrnehmungen der nächsten Umgebung des Dahingeschiedenen» gestützt; von ihnen stamme die Angabe, dass ein Schlagfluss dem Leben des Kronprinzen ein Ende bereitet habe. Danach sei Professor Dr. Widerhofer nach Mayerling gesendet worden. Er habe konstatiert, dass «am Kopfe des Verewigten eine beträchtliche Wunde mit ausgebreiteter Loslösung der Schädeldecke und der Schädelknochen vorhanden war, welche den sofortigen Tod zur Folge gehabt haben musste. An der Seite des Bettes in der unmittelbaren Nähe der rechten Hand befand sich ein entladener Revolver. Die Lage der Waffe liess keinen Zweifel darüber, dass die Tötung mit eigener Hand erfolgt sei. Da die Dienerschaft des Kronprinzen in Nebenhäusern verteilt war, und der zur nächsten Dienstleistung befohlene Diener mit einem Auftrag das Haus verlassen hatte, konnte die Schussdetonation von niemandem gehört werden. Die Aufgabe der nach Mayerling entsendeten und nach den bestehenden Normen zusammengesetzten Kommission war es, den Tatbestand protokollarisch aufzunehmen. Wir können nicht verschweigen, dass manche der Personen aus der nächsten Umgebung des Kronprinzen in den letzten Wochen mehrfache Zeichen von krankhafter Nervenaufrregung wahrgenommen haben, so dass man annehmen muss, das schreckliche Ereignis sei in momentaner Sinnes Verwirrung geschehen ...» Also Selbstmord des Kronprinzen Rudolf? Selbstmord unter Anzeichen von Sinnesverwirrung? Die Wirkung dieser zweiten amtlichen Erklärung: Niemand glaubte ihr. Jetzt erst recht nicht. Es gab hunderte Wiener, die den Kronprinzen gekannt hatten, Offiziere, Diplomaten, Journalisten, Kellner, Heurigen-schenker, Theaterleute; hatte jemand krankhafte Nervenzustände und Zeichen geistiger Störungen an ihm wahrgenommen? Wie sollte der gemeine Mann daran glauben können, dass der einzige Sohn des Kaisers von Österreich, der Erbe eines der mächtigsten Throne, ohne sichtbaren Grund sich selber das Leben genommen habe? Nur bei Sacher, im Jockeiklub, bei Demel, in den Häusern der Aristokratie und jetzt auch in den Redaktionen wusste man mehr.

Nun wurde auch das Protokoll der Ärzte bekanntgegeben. Es sagte: «Kronprinz Rudolf ist an Zertrümmerung des Schädels und der vordem Hirnpartien gestorben. Die Zertrümmerung veranlasste ein aus unmittelbarer Nähe gegen die rechte vordere Schläfengegend abgefeuerter Schuss. Der Schuss aus einem Revolver mittleren Kalibers war geeignet, die beschriebene Verletzung zu erzeugen.

Das Projektil ist nicht aufgefunden worden, da es durch die über dem linken Ohr konstatierte Ausschussöffnung ausgetreten war. Es ist zweifellos, dass der Kronprinz sich selber den Schuss beigebracht hat und dass der Tod augenblicklich eingetreten ist.» Dieses ärztliche Gutachten schloss der Satz: «Die vorzeitige Verwachsung der Pfeil- und Kreuznaht, die auffällige Tiefe der Schädelgrube und der sogenannten fingerförmigen Eindrücke an der innern Schädelfläche, deutliche Abflachung der Hirnwindungen, Erweiterungen der Hirnkammer sind pathologische Befunde, welche erfahrungsgemäss mit abnormen Geisteszuständen einhergehen, daher zu der Annahme berechtigen, dass die Tat in einem Zustand der Geistesverwirrung geschehen ist.» Der Schlusssatz war die Konzession, welche Hofrat Hofmann und Professor Kundrat gemacht hatten. Sie durften es mit ruhigem Gewissen tun. Denn Karl Freiherr von Rokitansky, der berühmte Anatom, dem die Wiener Schule ihren Ruf dankte, hatte es zur Übung gemacht, in den Gehirnen katholischer Selbstmörder nach pathologischen Veränderungen zu fahnden und diese im Protokoll besonders hervorzuheben. Dadurch war den Kirchenbehörden die Möglichkeit gegeben, von den strengen kanonischen Bestimmungen abzusehen und ein christliches Begräbnis zu gestatten. Bis auf den Schlusssatz, der in seinen Folgerungen mehr aussagte, als streng genommen zulässig gewesen wäre, enthielt das Protokoll der Ärzte die Wahrheit. Dennoch wurde auch dieses von den beiden Medizinern nach schwerem Gewissenskampf abgegebene Gutachten mit Misstrauen aufgenommen. So sehr hatte die erste Unwahrheit die Glaubwürdigkeit amtlicher Mitteilungen erschüttert.

Montag öffnete sich das Kirchentor; der Zutritt war freigegeben worden. Der auf hohem Katafalk ruhende Sarg blieb bis abends offen. Rudolfs Körper, in der grossen Generalsuniform, war von den Füßen bis zum Haaransatz sichtbar. Den bandagierten Schädel deckten Blattpflanzen. Dienstag Nachmittag, «ein eisiger Wind wehte durch die Gassen», wurde der Kronprinz, in der Gruft der Habsburger bei den Kapuzinern, zur Ruhe gelegt. Die Zeremonie war kurz, Franz Joseph hatte sich die Beteiligung der fremden Höfe verboten. Rudolf war der hundertdreizehnte Habsburger in der Kapuzinergruft.

Am Tage, zwischen Marktgewühl, Blumenfrauen und Fiakerstandplatz, drängte man sich vor der Kapuzinergruft. Gerüchte, Erzählungen, Nachrichten von da und dort; jeder hatte irgendeinen Bekannten bei Hofe, unter Dienern, Lakaien, Burggendarmen, Lieferanten. Hier und da nahmen ge-

heime Agenten der Polizei eine Verhaftung vor. Zeitungen wurden konfisziert. Auch eine anscheinend harmlose Notiz der ausländischen Blätter verfiel der Beschlagnahme, die Nachricht, dass die jugendliche Baronesse Mary Vetsera plötzlich gestorben sei. Eine korrigierende Meldung wurde von der Zensur freigegeben: der Tod habe die Baronesse in Venedig ereilt; ihre Leiche sei in die Familiengruft nach Pardubitz überführt worden. Der Kaiser hatte am 1. Februar folgenden Bericht des k. k. Polizeikommissars Habrda an den Ministerpräsidenten Taaffe in Händen:

«Über den Vollzug des Auftrags vom 31. Januar, 12 Uhr mittags, betreffend die Einholung der Zustimmung vom Prälaten des Stiftes Heiligenkreuz zur Beerdigung der im Schlosse Mayerling am 30. Januar durch Selbstmord verstorbenen Baronesse Vetsera auf dem Friedhöfe zu Heiligenkreuz, sowie die unauffällige Überführung der Leiche von Mayerling nach Heiligenkreuz und die Beschaffung eines Sarges, beehre ich mich ergebenst zu berichten: Unmittelbar nach Erhalt des Auftrags begab ich mich mit Herrn Kommissär Baron Gorup nach dem Wiener Südbahnhof. Wir erreichten trotz der angewendeten Eile den Zug nicht mehr, der um 12 Uhr 35 Minuten Wien verlässt. Der Eilzug um 1 Uhr 20 Minuten hält nicht in der Station Mödling. Der Weg über Baden war uns wegen der auf der Strasse Baden-Mayerling rekognoszierenden Journal-Berichterstatter untersagt. So beschlossen Kommissär Baron Gorup und ich die Fahrt nach Mödling mittels Fiakers zu unternehmen und in Mödling für die Weiterfahrt einen Fiaker nach Heiligenkreuz zu mieten. Ungeachtet des schlechten Zustandes der Strassen kamen wir gegen halb 4 Uhr in Heiligenkreuz an. Wir gingen sofort in die Prälatur und ich übergab dem Abte Grünböck das Schreiben Sr. Exzellenz des Obersthofmeisters Grafen Bombelles. Leichte Bedenken des Prälaten wussten Kommissär Baron Gorup und ich bald zu beseitigen, ohne dem Abte eine weitere Mitteilung von dem wahren Sachverhalte zu machen. Wir sagten, dass die Leiche einer Dame, welche einen Selbstmord nächst Mayerling, aber noch auf dem Territorium des Schlosses verübt habe, nicht auf dem Pfarrkirchhof von Alland, sondern unter Beobachtung der gesetzlichen Erfordernisse heute nacht, beziehungsweise morgen früh, unauffällig auf dem Friedhof von Heiligenkreuz zu beerdigen ist. Wir erklärten dem Abte, dass der Selbstmord durch die ärztliche Untersuchung des Dr. Auchenthaler und durch die Tatbestandsaufnahme des Herrn Hof Sekretärs Slatin konstatiert sei, dass der nächste Verwandte der verblichenen Baronesse Vetsera, Herr Graf Stockau, um die

provisorische Beerdigung auf dem Heiligenkreuzer Friedhof bittlich geworden sei, dass diese Bitte ihm vom Herrn Bezirkshauptmann Oser in Baden bewilligt worden sei, und dass endlich alle die genannten Herren sowie Herr Oberkommissär Wyslouzil noch heute in Heiligenkreuz zur Abfassung der gesetzlichen Erfordernisse erscheinen werden. Wir baten den Abt um die diskreteste Behandlung und erhielten die Zusage in loyalster Weise. Der Abt versprach, um Aufsehen zu vermeiden, alle Kommissionsmitglieder im Stifte zu beherbergen, gab uns die Erlaubnis, den Sarg in der Stiftstischlerei anfertigen zu lassen, und gab endlich dem Totengräber den Auftrag, noch abends mit der Herstellung des Grabes zu beginnen. Während ich über den ersten Teil unserer Mission das Chiffretelegramm absendete, fuhr Kommissär Baron Gorup in unauffälliger Weise bei Anbruch der Dunkelheit nach Mayerling, liess dort ein Schreiben für den Grafen Stockau zurück, in welchem er bat, uns von der Abfahrt der Leiche und über den Weg zu verständigen, und brachte endlich drei Detektivs von Mayerling herüber. Hier waren unterdessen Herr Oberkommissär Wyslouzil mit dem Bezirkshauptmann Oser und dem Konzeptspraktikanten Dr. Managetta angekommen. Um 10 Uhr 30 Minuten nachts erhielten wir vom Grafen ein unauffälliges Aviso, dass er die Leiche soeben über Sattelbach nach Heiligenkreuz führe. Kommissär Baron Gorup ging dem Wagen nach Mayerling entgegen, um ihn unauffällig durch Heiligenkreuz zu bringen, während ich mit Polizeiagenten und dem Totengräber auf der Friedhofstrasse die Herren mit der Leiche erwarteten. Dr. Auchenthaler und Hofsekretär Slatin begaben sich sofort mit ihrem Wagen in das Stift, Graf Stockau und Alexander Baltazzi aber führten in ihrem Wagen die Leiche der Baronesse Vetsera auf den Friedhof von Heiligenkreuz. Infolge der abnormen Witterung – Sturm und Regen – ging die Fahrt nur langsam vonstatten. Der Fiakerkutscher des Grafen Stockau musste wegen der eisbedeckten Bergstrasse den Pferden neue Stollen anschrauben, und so gelangten wir mit dem Wagen über Schnee und Kotflächen mit dem Schlage zwölf Uhr nachts zur Friedhofspforte. Graf Stockau, Herr von Baltazzi, Baron Gorup und ich hoben die Leiche aus dem Wagen und trugen sie in die Leichenkammer, legten sie in den schon bereitstehenden Sarg, verliessen nach einiger Zeit den Friedhof und kehrten ins Stift zurück. Oberkommissär Wyslouzil, Kommissär Baron Gorup und ich schärfen unsern Detektivs ein, als Nachtwache bei der Leichenkammer zu bleiben. Das anhaltend schlechte Wetter hinderte die Fertigstellung des Grabes zur anberaumten Stunde. Nur mit Mühe brachte es



Kronprinz Rudolf und Kaiser Wilhelm



Kronprinz Rudolf auf dem Totenbett

Kommissär Baron Gorup, der seit sieben Uhr morgens auf dem Gottesacker stand, mit all seinen Aufmunterungen dahin, dass das Grab nach neun Uhr fertig war. Ich habe unterdessen das zweite Chiffretelegramm abgeseendet, und eine halbe Stunde vor Vollendung des Grabes kam ich mit dem Grafen Stockau und Herrn Baltazzi, welche die kirchliche Einsegnung begehrt hatten, nebst dem Prior, der die Einsegnung vornahm, in möglichst unauffälliger Weise auf den Friedhof, woselbst nun erst der Sarg geschlossen wurde. Der Sturm und Regen machten das Begräbnis so schwer, dass die beiden vorgenannten Herren sowie Kommissär Baron Gorup und ich bei der Beerdigung mithelfen mussten. Erst um halb zehn Uhr vormittags war die Trauerzeremonie zu Ende.»

Der Polizeiakt, der diese nächtliche Totenfahrt in ihrer ganzen Grauenhaftigkeit verzeichnet, sagt in seiner Nüchternheit vom Kronprinzendrama mehr aus als jedes andere Stück der Mayerling-Literatur. Die Art, wie der Hof die Geliebte des Kaisersohnes aus der Welt schafft, wie er den Sinn dieses Doppeltods sozusagen von seiner Polizei konfiszieren lässt, gemahnt an die Vorbilder der spanischen Ahnen. Als Philipp II. seinen einzigen Sohn Don Carlos hatte verhaften lassen, kamen die schauerlichsten Gerüchte in Umlauf. Auch Philipp hat in einem Zirkularschreiben an die Granden und die Municipalitäten des Reichs wie in den Depeschen an die Höfe Europas, die Wahrheit verschwiegen. Nur vor dem Papst, vor Pius dem Fünften, wagte Philipp nicht, die Unwahrheit zu sprechen. Als des Königs Gesandter in Rom, Zuniga, den Wunsch Seiner Heiligkeit übermittelte, eine wirkliche Erklärung darüber zu empfangen, warum Don Carlos in Haft gesetzt worden sei, da schrieb Philipp eigenhändig einen vollständigen Bericht an den Papst. Die in Schlüsselschrift verfasste Darstellung haben fremde Augen nie erblickt; sie ruht heute noch im Geheimarchiv des Vatikans. Auch die Anklageakte im Prozess gegen Don Carlos sind verschwunden. Man hatte 1568, um ein Vorbild zu finden, aus dem Archiv von Barcelona die Urkunden kommen lassen von dem merkwürdigen, durch Philipps Vorgänger Johann den Zweiten von Aragonien bestellten Prozess, der dem lebenswürdigen und unglücklichen Sohn Johanns, ebenfalls des Namens Carlos, gemacht worden war. Auch diese aus dem Catalanischen ins Castilische übersetzten Urkunden wie die Akten aus dem Prozess von Don Carlos sind den neugierigen Blicken der Welt entzogen worden. Der Geschichtsschreiber Cabrera berichtet, Philipp habe die Urkunden 1592 in einem stark verwahrten grünen Kasten in dem Archiv von Simancas niedergelegt. Von dort liess sie nebst anderen Dokumenten Fer-

dinand VII. 1828 fortnehmen. Es ist nicht bekannt geworden, wohin sie geraten sind. Philipp hat die Wahrheit über den Tod seines einzigen Sohnes begraben. Er hat nichts dawider getan, dass noch zu seinen Lebzeiten die von Antonio Perez und dem Geschichtsschreiber De Thou ausgesprochene Meinung Glauben fand, Don Carlos sei «von Kasuisten und Inquisitoren zum Tode verurteilt, durch Beimischung langsam wirkenden Gifts in die Speisen, mit Zustimmung des Königs, hingerichtet worden». Philipps ins Grandiose gesteigerte Grausamkeit und die Strenge in der Unterdrückung der Wahrheit waren von seinem Glauben und von der Staatsräson eingegeben. Das Geheimnis des Todes Don Carlos' bewachten der Kardinal Espinosa, der Fürst von Eboli, der königliche Rat Bribiesca de Munatones. Bei Rudolf von Habsburgs Geheimnis wachen die Polizeikommissäre Wyslouzil und Habrda.

Welches Motiv zwang Franz Joseph, die Wahrheit des Todes von Mayerling zu unterdrücken? Die Geschichte zeigt Analogien in der Handhabung des Zeremoniells, mit der Distanz freilich, die zwischen Philipps Greco-Welt von 1570 und dem Amtsstubencharakter Wiens von 1890 klafft; es hiesse jedoch sich von historischen Gleichnissen irreführen lassen, wollte man dem Tode Rudolfs von Habsburg mehr unterschieben, als darin enthalten ist. Es ist Phantasie, wenn Heinrich Friedjung den Verdacht ausspricht, Rudolfs Tod habe Gründe, die jenseits des Dramas von Mayerling liegen. Auch Oskar Mitis, der Biograph Rudolfs, sucht auf diesem Irrpfad weiter: der unbefriedigte Ehrgeiz des Thronfolgers; das Zerwürfnis mit vielen Mitgliedern des Kaiserhauses; die Unmöglichkeit auf die innere, wie auf die äussere Politik in seinem Sinne einzuwirken; seine völlige Skepsis vor der Zukunft; die Angst vor einem Krieg mit Russland und vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch; die Befürchtung, dass der beiläufig entworfene Plan einer militärischen Aktion gegen Ungarn publik werden könne; sein Verkehr mit Pista Károlyi – dies alles zusammen, meint Mitis, habe vielleicht in der «schon haltlos gewordenen Psyche Rudolfs die Wahnvorstellung erstehen lassen, dass er des Portepees nicht würdig sei». Das Bild Rudolfs gewinnt nicht an Wahrheit, wenn man den menschlichen Kern der Tragödie mit einer politischen Hülle umgibt. Franz Joseph war kein Philipp, der die Opposition seines Sohnes gefürchtet hätte; Rudolf kein Don Carlos mit Verschwörungsplänen in der Brust. So gross der Unterschied der beiden Naturen auch gewesen sein mochte, so überschritten doch beide nicht das Format ihres Hauses, nicht die Grenzen ihres österreichischen Wesens. Franz Joseph wahrte den Bezirk sei-



ner Macht vor *jedem* Eingriff. Er liess dem Sohn und Erben der Krone eine Freiheit in allen Dingen des Daseins, wie sie in so reichem Masse selten ein Vater gewähren wird; von den Geschäften der Regierung jedoch, ja selbst von einer passiven Teilnahme an dem Metier des Regenten, hielt er ihn fern. Wir haben aber keinen Beweis, auch keinen Anhaltspunkt aus dem ziemlich offenen Leben Rudolfs dafür, dass der Kronprinz ernsthaft den Versuch unternommen hätte, diesen Zustand zu ändern. Er nahm des Kaisers Art, die Regierung zu üben, als etwas Selbstverständliches hin; zwischen ihm und Franz Joseph hat es – so viel wissen wir aus den Berichten der Intimen – keine politischen Gespräche gegeben. Rudolfs Gedankenwelt lag die Redaktion des «Neuen Wiener Tagblatts» näher als das Arbeitskabinett seines Vaters; er sprach und verständigte sich mit Moriz Szepe, dem Chefredakteur, leichter als mit dem Kaiser. Die Hüter der habsburgischen Ahnengalerie haben darin einen Makel an dem Sohn des Kaiserhauses sehen wollen, dass ihn die Namen Szepe und Frischauer mit dem liberalen Journalismus verbanden. Allein, so gewagt es sonst gewesen sein mochte, von einem liberalen Kronprinzen auf den kommenden Monarchen zu schliessen, so klar war das Bild dieses Thronerben, der sich gab, wie er war. Es ist keine Überschätzung seiner Persönlichkeit, wenn man von ihm sagt, dass er, im Gegensatz zu seinem Vater, der seinen Ursprung aus dem Ancien régime nie verleugnet hat, ein Mensch seiner Zeit gewesen ist.

Er hatte das Glück, in einer Zeit aufzuwachsen, da sich selbst sein Vater der Geltung des Liberalismus nicht ganz zu entziehen vermochte. Unter seinen Erziehern waren ausgezeichnete Männer wie Karl Menger, Ferdinand Hochstätter, Wilhelm Ambros, Adolf Exner, Gindely, Zeisberg. Sein Denken war in der Naturwissenschaft verankert, seine Auffassung vom Herrscherberuf, von Staat und Politik hatte das rationalistische Gepräge des Liberalismus. Als Zwanzigjähriger verfasst er eine Schrift gegen den österreichischen Adel. Er sympathisiert mit Frankreich. «Wir haben», schreibt er 1882 seinem Freunde Moriz Szepe, «Frankreich als Urquell aller liberalen Ideen und Institutionen am Kontinent doch enorm viel zu verdanken, und in allen Momenten, da grosse Gedanken zum Durchbruch kommen sollen, wird es uns immer als Muster voran sein. Was ist Deutschland dagegen? Nichts als eine erweiterte preussische Soldateska, ein purer Militärstaat. Was hat das Jahr 1870 Deutschland genützt? Zu den kleinen Königen und Fürsten haben sie noch einen Kaiser dazubekommen, eine viel grössere Armee müssen sie zahlen, und ein von Soldaten, Polizei und strammem

Beamtentum erhaltener und gedrillter Reichs- und Einheitsgedanke schwebt über den Spitzen der Bajonette.» Der Vierundzwanzigjährige, der diese Sätze schreibt, spricht hier nicht als Habsburger, der 1866 nicht vergessen kann; es ist die Denkweise des bürgerlichen Liberalismus. Rudolf geht aber über die Liberalen seiner Zeit hinaus, wenn er vom «Nationalitätenprinzip» sagt, es sei «auf den tierischsten Grundsätzen basiert», es gefährde «alle geistigen und kulturellen Vorteile, welche die Ideen der Gleichheit aller Nationen, des Kosmopolitismus, der Menschheit bringen». Er ist frei von der Einseitigkeit des österreichischen Liberalismus, wo es sich um die Fragen der slawischen Völker handelt. Er selber wählt, als ihn der Kaiser zum Obersten ernennt, ein böhmisches Infanterieregiment mit bürgerlichem Offizierskorps, das Jungbunzlauer Regiment Nr. 36, das damals in Prag lag. Er nimmt seinen Dienst ernst, und es ist kaum ein Pinselstrich wahr an dem Bilde, das der Prager Klatsch von ihm als einem Don Juan entwarf. Prag war 1882 eine Mittelstadt, die Residenz, der Hradschin, ein enges Beamten- und Soldatenviertel, wo der als Mittelpunkt beachtete Kaisersohn kaum einen Schritt tun konnte, ohne dass tausend neugierige Augen nach ihm spähten. Die eigentliche Passion des vierundzwanzigjährigen Regimentskommandeurs ist der Journalismus. Er hat seinen täglichen Dienst, der ihn sehr in Anspruch nimmt, er hat Pflichten der Repräsentation, er ist jung vermählt, aber bei alledem findet er Zeit, Leitartikel und Korrespondenzen für das «Neue Wiener Tagblatt» zu verfassen. Er berichtet dem Chefredakteur alles, Politisches und Lokales, er informiert ihn auch über Dinge, die noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. «Ich bitte», so und ähnlich schreibt er wiederholt, «das alles zu verwenden, doch in einer Weise, die nicht den geringsten Verdacht auf mich wirft.» Er muss, es ist im Juni 1882, nach Berlin zu einer Prinzentaufe. «Eine Taufe ist wie die andere», heisst es in einem der Briefe an Szepe, «eine feierliche noch langweiliger als eine einfache, doch diese, am n.Juni in Berlin, hat einen sehr ernsten Hintergrund. Die in diesem Masse noch nie erschauten Zärtlichkeiten zwischen den Höfen von Wien und Berlin sind hervorgezaubert durch die Allianz der Westmächte, durch die glückliche, reiche, sich lebensfähig erweisende, mächtige französische Republik, die nun, kaum zwölf Jahre nach Sedan, als unleugbar deutliches Beispiel dasteht, dass Republiken in Europa Grosses leisten können. Und Russland, in seinem Säuferwahnsinn, liegt in schweren inneren Konvulsionen und ist als Stütze für die konservativen Prinzipien, für die heiligen Allianzen verlorengegangen.»

Hätte dieser gescheite Jüngling so zu seinem Vater sprechen dürfen? Franz Joseph wäre entsetzt gewesen. Vor Moriz Szepts kann er in seiner natürlichen Sprache sprechen. Er darf ironisch, er darf boshaft sein. Vom Minister des Äussern, dem Grafen Kálnoky, schreibt er 1882: «Graf K. ist ein grosser Diplomat; wundervoll war sein Ausspruch, dass das Bombardement von Alexandrien ein wichtiger Entschluss war... Schade um das Geld, welches ganz Europa für seine Diplomatie vergeudet!» Kann man mit solchen Gesinnungen Kaiser von Österreich werden? Rudolf hat Feinde, man verübelt ihm seinen Verkehr. «Man ist sehr aufmerksam und misstrauisch mir gegenüber, und ich sehe von Tag zu Tag mehr, mit welchem engem Kreis von Spionen, Denunziation und Überwachung ich umgeben bin... Ich hatte Grund zu glauben,» schreibt er an Szepts, «dass man in hohen Kreisen unsere Beziehungen kennt; seither habe ich greifbare Vermutungen gesammelt. Futtaky sagt mir, Wodianer hätte ihn vor wenigen Tagen gefragt, ob es wahr sei, dass Sie so viel in die Burg kämen. Sie wissen, Wodianer ist Bankier des Erzherzogs Albrecht. Ich kenne nur leider zu gut die Kampfweise meiner Gegner; zuerst wird sondiert, angeschlichen, werden durch Kreuz- und Querfragen Fallen gelegt, und wenn gut vorbereitet, dann geht der Hauptangriff los; ich habe es schon in einer bösen, in einer schmählischen Weise durchmachen müssen.» Ein andermal: «Anonyme Briefe an mich mit Denunziationen der Herren, mit denen ich im Verkehr stehe, Warnungen, Jammerrufe der Gutgesinnten und Frommen und ganz offene Anklagen, Hetzereien und Denunziationen über und gegen mich an sehr hoher Stelle – das habe ich schon alles durchgemacht.» Man muss immer wieder vor Augen haben, dass dies ein Vierundzwanzigjähriger schreibt, ein Prinz, der wie von Feinden auch von Schmeichlern umgeben, sich dennoch sein eigenes Urteil wahrt. Wie sehr muss er sich abseits vom Hofe fühlen, wenn er, ganz im Stil des bürgerlichen Journalisten, die «hohen Kreise» unter Anführungszeichen setzt. Die «sehr hohe Stelle» ist sein Vater, der Kaiser.

Rudolf war im Kreise der Seinen ein Fremder, zwar nicht neben der Mutter, die genau so fremd geblieben wie er, aber neben Vater, Grossvater und Grossonkel, neben den Bildern der zwei letzten Generationen des habsburgisch-lothringischen Hauses trug er die Merkmale einer anderen Rasse. Er war «aus der Art geschlagen», doch darum nicht anders als Tausende junger Menschen seiner Tage. Hat die Generation von achtzig nicht genau so gedacht wie er? Musste man bei ihm nach pathologischen Anzeichen suchen, weil er mit der Gegenwart verbunden war und nicht mit dem Hofe?

Die Wiener Jugend seiner Zeit, die später in den Gestalten Arthur Schnitzlers ihren literarischen Ausdruck gefunden hat, unterscheidet sich nicht von Rudolf. Sie ist lebensfroh und zu Tode betrübt, sie spielt mit dem Leben und mit dem Tode, sie ist rationalistisch im Denken und sentimental im Fühlen, stets in Liebes – händel verstrickt und jede Stunde bereit, in süsser-Wonne Abschied zu nehmen. Jeder dieser jungen Männer ist, was Karl Menger vom Kronprinzen sagt, ein «ausgezeichneter Feuilletonist». Und jeder hat seinen Roman. Ist Schnitzlers populärstes Werk, die «Liebeleii», die tragisch endet, nicht ein Rudolf-Drama? Hunderte strenge Forschungen haben Rudolfs Biographie durchsucht, ohne das Motiv seines Endes finden zu können. «Der Kronprinz», schreibt der sonst sehr genaue Wiener Archivar Mitis, «von Jugend auf nervös, hatte schon seit etwa zwei Jahren vor seinem Tode auffällige Veränderungen in seinem ganzen Wesen gezeigt. Einsamkeit, früher der Hort seiner literarischen Arbeiten, wurde ihm zur Qual, er stürzte sich in wilde Vergnügungen, nahm Alkohol in grossen Mengen zu sich, litt an Kopfschmerzen und heilte sich mit Morphem. Man erinnerte sich, dass er mit Vorliebe Selbstmordgeschichten las, Selbstmordgedanken nachging und wiederholt Todesahnungen äusserte. Man wies auf erbliche Veranlagung hin, vermutete, dass die Störungen Folgen eines Sturzes vom Pferde seien...» Solchen Deutungen stehen Tatsachen gegenüber. Er war bis Ende 1888 im Verkehr mit den ihm nahen Personen nicht anders als ehemals; weder sein Geist noch sein Körper hatten gelitten. Eines allerdings trifft zu: er ist nicht glücklich. Am dreissigsten Geburtstag, dem 21. August 1888, fünf Monate vor dem Tode, schreibt er dem Freund: «Besten Dank für Ihren Brief und für die guten Wünsche, die aus treuer Seele kommen und daher warm zum Herzen sprechen. Dreissig Jahre ist ein grosser Abschnitt, kein eben zu erfreulicher; viel Zeit ist vorüber, mehr oder weniger nützlich zugebracht, doch leer an wahren Taten und Erfolgen. Wir leben in einer schleppenden, versumpften Zeit; wer weiss wie lange das noch fortgehen wird. Und jedes Jahr macht mich älter, weniger frisch und weniger tüchtig, denn die notwendige und nützliche, doch auf die Länge hin ermattende alltägliche Arbeit, das ewige Sichvorbereiten und die stete Erwartung grosser, umgestaltender Zeiten erschaffen die Schaffenskraft!... Ein Menschenleben, wenn es in ruheloser Bewegung und oft, ich kann sagen, meistens, in aufreibender, anspannender, weil so vielgestaltiger Tätigkeit zugebracht wird, ist kurz, kurz in der Epoche der wahren geistigen Beweglich-

keit und Leistungsfähigkeit. Wie immer es sei, man muss an die Zukunft glauben; ich hoffe und baue auf die nächsten zehn Jahre.» Spricht so ein Mann, der von «wilden Vergnügungen» und Alkohol zermürbt, von pathologischen Störungen geplagt, mit sich und der Welt zerfallen ist? Er ist verbittert, des Gamaschendienstes satt, dem er nicht entrinnen kann; er fühlt seine besten Kräfte ungenützt. All das ist aber die natürliche Reaktion eines intelligenten Menschen auf eine ihm diktierte Lebensordnung. Er ist dabei von ungeminderter Urteilskraft, hellichtig bei Betrachtung der Menschen und Dinge. Im August 1888 schreibt er: «Wilhelm II. macht sich; er dürfte bald eine grosse Konfusion im alten Europa anrichten; er ist ganz der Mann dazu ... energisch und eigensinnig... sich selber für das grösste Genie haltend, was will man mehr. Er dürfte im Laufe weniger Jahre das hohenzollerische Deutschland auf den Standpunkt bringen, den es verdient... Ich bitte, sagen Sie dem guten Frischauer, dass es mir in den letzten Tagen unmöglich war, ihn zu sehen...» Wer hat 1888 den jungen Deutschen Kaiser so scharf gesehen? Rudolf muss mit seinem Denken, mit seiner Sprache, mit seinem Urteil und seiner Gesinnung zu Szeps und Frischauer gehen. Gerade seine intellektuellen Fähigkeiten nimmt Franz Joseph nicht ernst. Der Kronprinz ist Divisionär, hat für zwei Brigaden zu sorgen, alles andere ist ihm nach wie vor verschlossen. Er hat die literarischen Arbeiten aufgegeben, vielleicht aus einer reiferen Erkenntnis: der Amateur Journalismus kann ihn auf die Dauer nicht befriedigen. Er flieht die Studierstube, er meidet sein Haus. Er ist nicht mehr der treue Gatte. Doch auch darin unterscheidet er sich nicht von den anderen jungen Leuten des Hofes und der Gesellschaft. Seine Freiheit ist beschränkter, seine Welt innerhalb der Reichshauptstadt sehr klein. Er geniesst nicht, wie etwa der Prinz von Wales, die Vorteile weltstädtischer Anonymität; in Wiens Enge haben alle Wände Augen und Ohren. Der kleine Roman wird ihm zum Verhängnis.

Es ist ein Wiener Roman, den Rudolf erlebte, ein Roman mit heimlichen Praterfahrten und versteckten Rendezvous, mit stummen Begegnungen in der Oper und in der Freudenau, dem Rennplatz der Wiener. Wenige Städte haben eine so schöne Szenerie für die kleinen Dramen des Herzens wie Wien; Rodaun und das einsam in den Wald gebettete «Rote Stadl», die kleinen Sommerorte der Südbahn und die zwischen Weingärten und Laubwald verborgenen Gasthöfe sind Liebesgärten einer alten aristokratischen Kultur. Der Kronprinz rückte als Verliebter dem Herzen der Stadt und ihren

Menschen sehr nahe. Rudolf, dreissig Jahre, da der Roman begann, war innerlich seinen Jahren vorausgeeilt, älter und erfahrener als andere Männer in diesem Alter. Doch es war das erstmal, dass ihn die Flamme einer grossen Liebe erfasste. Im Sommer, nach der ersten Begegnung mit Mary Vetsera, sollte der Kronprinz zum Regierungsjubiläum der Königin Viktoria nach England reisen. Kurz vorher hatte die Baronesse Wien verlassen, um ihre in England lebende Schwester zu besuchen. Ihre Reise wurde in Wien bekannt und gab Anlass zu einem Konflikt im Hause des Kronprinzen. Erzherzogin Stefanie weigerte sich, ihren Gatten nach England zu begleiten. Rudolf fuhr allein, was in Wien nicht unbemerkt blieb, in London viel besprochen wurde. Die Mutter der Baronesse hat in einer Denkschrift, die sie nach dem Tode ihres Kindes zu ihrer eigenen Rechtfertigung verfasste, die Dauer des Romans viel kürzer bemessen; danach hätte er nur «flüchtige Wochen» gewährt. Die ermittelten Tatsachen sprechen dawider. Die Baronesse war länger als ein Jahr die Geliebte Rudolfs. Das Verhältnis ist weder dem Kaiser noch der Kaiserin verborgen geblieben. Die Mutter, zartfühlend, liebevoll verstehend, ahnte nicht die Gefahr, die dem Sohne von dem fanatisierten Herzen eines kleinen Mädchens drohte. Es war nicht ihre Art, auch beim Nächsten nicht, Verborgenes ans Licht zu ziehen. Sie selber stand Konflikten und Rätseln des Daseins hilflos gegenüber. Sie holte sich Rat bei jener, dem Spiritismus ergebene Münchener Gräfin, die Elisabeths Schreibmedium war. Sie konnte auch nicht Mittlerin im Hause ihres Sohnes sein, kaum vermittelnd zwischen Gatten und Sohn treten. Franz Joseph aber, in jahrzehntelanger Willensübung gewöhnt, gegen sich selber hart zu sein, forderte vom Sohn als ein selbstverständliches Gebot, dass er über Menschliches Herr werde und verzichten lerne. Die Geschichtsschreibung hat es vermieden, den eigentlichen Knoten im Drama von Mayerling zu berühren; sie fürchtete, dem Charakter des Kaisers einen Zug von Grausamkeit zu geben, mit dem Eingeständnis, dass sein Verlangen den Sohn in den Tod getrieben habe. Jedoch, diese Forderung entsprach der Natur Franz Josephs, seinem Königsbewusstsein, seiner Selbstbeherrschung, seiner innern Kälte. Das Gefangensein in der Ordnung der Jugendjahre und der frühe Zwang, Verantwortungen zu tragen, haben den Charakter Franz Josephs gebildet. Er steigerte seine mittlern Gaben durch Selbstzucht zur Vollendung: sein Pflichtgefühl und seine Korrektheit. Je länger er regierte, desto geringer wurde das Mass seiner Beziehungen. Er verlor das Auge für menschliche Freuden und Leiden. Franz Joseph hat es vielleicht niemals empfunden, dass die Kunst, sich völlig in seine Gewalt zu

bekommen, ärmer macht. Er hat zu bald auf natürliche Regungen und Neigungen verzichten müssen. Wer sich aber keinem Instinkt, keinem freien Flügelschlag, nicht den schönen Zufälligkeiten der Seele anvertrauen durfte, wird der ewige Wächter seiner Burg, zu der er sich gemacht hat. Der Kaiser hätte dem Sohn alle Freiheiten gewährt, sofern dabei nicht die Form verletzt worden wäre; dass der Kronprinz sich gegen dieses höchste Gesetz verging und das Haus mit Skandal bedrohte, machte den Kaiser zum strengen Richter. Das für Dienstag, den 29. Januar 1889, angesagte Familiendiner sollte die Herstellung des Friedens im Hause des Kronprinzen, seine Rückkehr zur Ordnung, für die er das Wort dem Kaiser verpfändet hatte, äusserlich bekräftigen. Mittwoch, den 30. Januar, war Rudolf tot. Als unumstritten dürfen folgende Einzelheiten gelten: Der Kronprinz hat vor der entscheidenden Aussprache mit dem Kaiser verschiedene Dispositionen getroffen, die den Entschluss, in den Tod zu gehen, nicht ahnen lassen. Sonntag, den 27. Januar, war die vielbesprochene Soiree bei dem deutschen Botschafter Prinzen Reuss, an welcher der Kaiser, der Kronprinz und Prinzessin Stefanie teilnahmen. Den folgenden Tag, Montag nachmittags, fuhr Rudolf nach seinem Jagdhaus Mayerling. An der mit dem Prinzen Philipp Coburg und dem Grafen Josef Hoyos für Dienstag, den 29. Januar, verabredeten Jagd beteiligte sich der Kronprinz nicht. Prinz Coburg fuhr abends nach Wien, um morgens wiederzukommen. Das Abendessen nahm Rudolf in der Gesellschaft des Grafen Hoyos ein. Für Mittwoch, den 30. Januar, war neuerlich eine Jagd angesagt, zu welcher der Kronprinz geweckt werden sollte. Da er auf keinen Weckruf antwortete, sprengten Graf Hoyos, der inzwischen aus Wien zurückgekehrte Prinz Coburg und des Kronprinzen Kammerdiener Loschek die Tür des Schlafgemachs. Hier entdeckten sie, im Bett liegend, die Leiche des Kronprinzen und die der Baroness Mary Vetsera. Das verdunkelte Zimmer, vom Rauch ausgebrannter Kerzen erfüllt, liess die Todesart nicht gleich erkennen. Erst bei näherer Betrachtung wurden die schweren Schädelwunden Rudolfs wie die Schuss Verletzung der Baroness sichtbar. Prinz Philipp von Coburg verfügte die Absperrung des Schlafrumes wie die Verschlussung des Jagdhauses, während Graf Hoyos nach Baden eilte, um von dort mit der Südbahn so rasch als möglich Wien zu erreichen. Von den Abschiedsbriefen, die der Kronprinz hinterlassen hat, ist in authentischem Text nur das Schreiben an den damaligen Sektionschef im Auswärtigen Amt, Szögyenyi, bekannt geworden: «Lieber Szögyenyi. Hier sende ich Ihnen ein Kodizill; verfügen Sie

im Sinne desselben und meines vor zwei Jahren mit Einwilligung meiner Gemahlin verfassten Testamentes. In meinem Arbeitskabinett steht neben dem Sofa ein kleiner Tisch; mit dem hier beigeschlossenen Schlüssel öffnen Sie dessen Lade, darin Sie meine Schriften finden. Ich betraue Sie mit der Sichtung und überlasse es ihrer Einsicht, welche Sie für die Öffentlichkeit auswählen. Ich muss aus dem Leben scheiden. Leben Sie glücklich. Ihr Rudolf.» Baroness Vetsera hatte drei Briefe geschrieben: an Mutter, Schwester und Bruder. Wenn es noch einen Zweifel gab, so ist er seit dem Bekanntwerden dieser letzten Zeilen Mary Vetseras geschwunden, die bezeugen, dass beider Tod freiwillig gewesen ist.

Neben dem Kaiserpaar war die Mutter der jungen Baroness die bemitleidenswerteste Person dieses Dramas; sie hatte nicht nur ihr Kind verloren, an sie heftete sich böser Vorwurf und hässlicher Verdacht. Ihre zu Lebzeiten der Monarchie nur heimlich in wenigen Exemplaren verbreitete, öffentlich erst 1921 bekannt gewordene Denkschrift, ist der Aufschrei einer verletzten Mutter, die es geschehen lassen musste, dass ihrem Kind nicht einmal eine menschenwürdige Beerdigung gestattet worden war. Das Verhalten des Wiener Hofes im Drama von Mayerling ist von der Sorge um die Erhaltung der Etikette diktiert. Es ist nicht wahr, was so viele Federn nachzuweisen sich bemühten, dass der Kronprinz paralytisch und unheilbarem Siechtum verfallen gewesen. Alles das nämlich hätte man am Ende zugestanden; ja, die höfische Tendenz in der Kronprinzen-Legende war so stark, dass man heute noch nach allen möglichen Richtungen, selbst nach Verschwörungsplänen sucht, um nicht die schlichte Wahrheit sagen zu müssen: dass Kronprinz Rudolf das gegebene Wort nicht zu halten vermochte und darum mit der geliebten Frau, die nicht seine angetraute Gattin war, in den Tod gegangen ist.

Der Kaiser hat nach der ersten unrichtigen Meldung vom Tod des Kronprinzen selber zugestimmt, dass die wahre Todesursache bekanntgegeben werde. Der Kaiser hatte, so erzählte es der damalige Obersthofmeister Fürst Konstantin Hohenlohe, «gesenkten Hauptes, die Augen mit der Hand bedeckend», Taaffe schweigend zugehört. Dann richtete er den Kopf empor und sagte mit leiser Stimme: «Ich bin meinen Völkern die Wahrheit schuldig.» Mehr zu sagen, verbot die Etikette. Sie hatte sich wie eine Wand hindernd vor die besorgte Mutter geschoben, als am Tag vor der Katastrophe die Baronin beim Wiener Polizeipräsidenten und dem Grafen Taaffe Hilfe erbat, die vermisste Tochter zu suchen. Niemand hätte es gewagt, an Dinge



zu rühren, über die offiziell zu sprechen nicht erlaubt war. Der Kaiser aber hatte das Wort des Sohnes; es war undenkbar, dass Menschliches stärker sein sollte als diese Bindung. Die Geliebte des Kronprinzen, die das gegebene Wort zerbrach, ist aus der Geschichte gestrichen worden. Graf Taaffe suchte, wie seine Memoiren erzählen, am 1. Februar 1889 die Baronin Vetsera auf, um sie zu veranlassen, das Grab der Tochter vorerst zu meiden. Ihre Bitte an den Kaiser, sich rechtfertigen zu dürfen, blieb ohne Antwort. Das Grab in Heiligenkreuz wurde von der Polizei bewacht. Der Wiener Polizeipräsident Kraus meldet am 23. April 1889 an Taaffe: «Baronin Vetsera kam einmal in der Woche nach Heiligenkreuz und legte jedesmal Kamelien auf das Grab. Zuletzt war sie am Karsamstag beim Grabe, das mit einem Stein bis jetzt nicht versehen ist. Heute waren die Kamelien am eingesunkenen Grabe noch gelegen.»

Das Grab hat später einen Stein, ein Kreuz und eine Tafel erhalten, auf welcher zu lesen ist: «Mary Freiin von Vetsera, geb. 19. März 1871; gest. 30. Jänner 1889. Wie eine Blume sprosst der Mensch auf und wird gebrochen. Job. 14. 2.»

## FRANZ JOSEPH UND DIE NATIONEN

NACH DEM TODE DON CARLOS ZOG SICH PHILIPP in das Kloster St. Hieronymus zurück. Der päpstliche Nuntius schreibt: «Er empfindet seinen Verlust wie ein Vater, doch trägt er ihn mit der Geduld eines Christen.» Franz Josephs Kloster, weltlicher und nüchterner, war sein Arbeitszimmer. Nach aussen drang nichts von seiner Trauer. Es ist nur ein Satz bekannt geworden, der ahnen lässt, was Franz Joseph empfand. Bei der Audienz Johann Salvators, des Freundes Rudolfs, sagte der Kaiser zu ihm: «Was hat mir der Rudolf angetan!» Julius Andrassy ist «starr vor Erstaunen», als der Kaiser nach der Kondolenz des Grafen sofort von politischen Dingen spricht und mit keinem Wort, mit keiner Miene verrät, was in ihm vor geht.

Des Kaisers Leben wird die Arbeit innerhalb der zwölf und vierzehn Tagesstunden, die Erledigung der kleinen Dinge, der er sich mit einer mönchischen Akkuratess hingibt. Franz Joseph erwacht um vier Uhr morgens. Sein Schlafzimmer in der Burg ist schmal, unfreundlich, primitiv. Das Bett ein eisernes Gestell, wie es die Soldaten haben. Hinter der Tapetentür schläft der Leibkammerdiener. Alle Kunst und Sorgfalt der nächsten Umgebung Franz Josephs lief dahin, den Kaiser nicht merken zu lassen, dass

er bedient werde. Er war – um das Urteil eines Mannes wiederzugeben, der mehr als drei Jahrzehnte in seiner nächsten Nähe gedient hat – in allen Dingen, die seinen Körper betrafen, von der Befangenheit eines Mädchens; man habe die Empfindung gehabt, als ob es ihm peinlich wäre, dass er schlafen und essen müsse. Die Befangenheit vor den Personen des intimen Dienstes war schuld daran, dass er innerhalb dieses Kreises Befehle vermiß und nichts an den täglichen Gewohnheiten änderte. Es wäre ihm unangenehm gewesen, über seine Person zu sprechen.

Franz Joseph ist jetzt sechzig Jahre alt. Er hat innerhalb der grossen Dekoration den Lebensstil eines altösterreichischen Ministerialdirektors, der nur im Amt und für das Amt lebt. Ihm genügen zwei Räume: das Schlafzimmer und das Arbeitskabinett. Das Frühstück wird in dem Kabinett serviert: ein Wiener Kaffee mit dem Kipfel. Erst in den späten Jahren nimmt der Kaiser Tee. Von fünf Uhr morgens bis nach sieben Uhr ist er allein. Er erledigt Akten. Er hat nicht die Art seines Grossvaters, des Kaisers Franz, der zu Zeiten fleissig war und dann stundenlang über den Berichten der Hofkanzlei sass, wie der Lehrer über den Heften seiner Schüler. Franz Joseph geht in der täglichen Arbeit völlig auf. Er liest, die Hornbrille vor dem Auge, die Berichte, die ihm die Kabinettchefs und seine Militärkanzlei vorlegen, mit der Hingabe des Kanzleivorstands, der das letzte Wort zu sprechen hat. Seine Randbemerkungen sind sehr knapp, verraten aber trotz ihres unpersönlichen Charakters mehr von ihm, als die gelegentlichen kurzen Gespräche. Von halb acht Uhr morgens nimmt er die Referate entgegen. Die Personen des Hofes, wie die Minister leben unter dem Zwang des Frühaufstehens. Für sie, die knapp nach sieben Uhr parat sein müssen, beginnt der Tag vor sechs Uhr morgens. Die Anpassungsfähigkeit ist nicht unwesentlich für die Beliebtheit, deren sich ein Minister erfreut. Koerber, der nicht in die Reihe der eigentlichen «Kaiser-Minister», der Taaffe, Gautsch und Stürgkh gehört, hatte seinem Frühaufstehen die leichte Zusammenarbeit mit dem Monarchen zu danken; Wladimir Beck, der Spätaufsteher, genoss wohl das Privileg, erst nach der elften Tagesstunde den täglichen Vortrag halten zu dürfen, aber der Kaiser empfand diese Lebensführung des Ministers als eine Störung seines pedantischen Stundenplans. Die anderen Personen des Dienstes und der nächsten Umgebung, die jahrzehntelang ihr Amt versahen, wie der Generalstabschef Graf Friedrich Beck-Rzikowsky, Generaladjutant Eduard Graf Paar, der Chef der Militärkanzlei General von Bolfras und der Leibarzt Dr. Kerzl waren Meister der Anpassung; sie hatten nicht nur die

Tageseinteilung des Kaisers, sondern auch dessen Habitus bis auf die Barttracht übernommen. Der Regulator des Tages war das Vormerkblatt des Kaisers, ein grosser Bogen Papiers, mit Reissnägeln auf die Schreibmappe gespannt. Hier wurde täglich in peinlicher Kalligraphie das Programm des Tages verzeichnet, ein genauer, jede Minute berücksichtigender Plan, der die Besuche der Familienmitglieder, Namenstage und Todesfälle, Empfänge und Audienzen, kurz alle Daten enthielt, an welche der Kaiser erinnert sein wollte. Für die Weisungen des Monarchen waren besondere grosse Bogen mit dem Aufdruck der Kabinettskanzlei vorgesehen; Franz Joseph, auch darin Pedant, hatte jedoch die Gewohnheit, unbenützte Blätter von Eingaben mit seinem Papiermesser abzutrennen. Darauf schrieb er seine Befehle und Wünsche, die dann telegraphisch weitergegeben wurden. Bei diesen Gewohnheiten, die sich ausgebildet hatten, blieb er dann die vielen Jahrzehnte bis zu seinem Tode. Der Geschmack und die kleinen Gewohnheiten im Essen, in der Kleidung, blieben unverändert. Täglich zur festgesetzten Zeit, fünfzehn Minuten nach zwölf Uhr, wurde dem Kaiser auf einem Tablett das Dejeuner in das Arbeitszimmer gereicht: die Suppe, eine Fleischspeise, dazu ein Glas Bier. Er hatte, wie die Moral, so auch den Geschmack des Wiener Mittelstandes: obwohl Herr über eine Schar der besten Köche, erschien mittags nie etwas anderes auf seinem Tisch als das gekochte Rindfleisch, das «Tellerfleisch» des Wieners, ein Paar Würstchen oder ein leicht papriziertes Gulasch. Die Symbole des Wiener kleinbürgerlichen Wohlbehagens, das «Seidel» Pilsner und die «Virginia», krönten das Mahl. Etwas reicher war das Diner, das um fünf Uhr auf gedecktem Tisch serviert wurde. Es bestand aus Suppe, einer Vorspeise, einem Boeuf oder Geflügel und einer Süssspeise. Die Schätze des habsburgischen Hofkellers hat der Kaiser nicht gekannt; er mochte nur den österreichischen Wein, den jahrelang das Schottenstift lieferte. Nach der Abendmahlzeit kehrte Franz Joseph meist wieder zu den Akten zurück, um halb neun Uhr ging er zu Bett. Man hat von der einfachen Lebensweise Franz Josephs wie von einem sich selber auferlegten Spartanertum gesprochen; sie war kein Zwang, sie entsprach seinem Wesen, er fühlte sich wohl dabei.

Franz Joseph neigte dazu, in der Gewohnheit zu erstarren. In der ersten Hälfte seiner Regierung zwangen ihn die Ereignisse, zu erkennen, dass es eine Entwicklung gibt. Andrassy und Beust, Hohenwart und Schäffle waren nicht Bürokraten, sie waren Exponenten von Gedanken. Taaffe bringt

die Vorstellungswelt des Kaisers zum Stillstand. Wohl hatte er den Willen, Österreich aus der Gewalt der liberalen Stillstandsutopie zu befreien, doch nicht die Gabe, zur Erkenntnis des Geschichtlich-Notwendigen vorzudringen und das Bemühen der Regierung darauf zu richten. Sein Regieren wird trotz der guten Absicht darum gefährlich, weil es den Neigungen Franz Josefs entgegenkommt. Beide möchten über den Liberalismus hinaus, aber ihr Wollen reicht nicht zur Erfassung der Probleme des Reiches. 1889 vollzieht sich ein wichtiges Ereignis. Böhmen wählt jungtschechisch. Der Radikalismus siegt über die alten Methoden der Ausgleichsversuche. Der Sieg der Jungtschechen ist eine Selbstverständlichkeit. In ihm kündigt sich das politische Erwachen des tschechischen Mittelstandes und der Bauern an, die unter der Führung der radikalisierten Intelligenz sich von der Gefolgschaft der Altschechen und des Adels lösen und selbständig zu denken beginnen. Während der parallele Vorgang unter den Deutschen die christlich-soziale Partei und den nationalistischen Antisemitismus gebiert, segelt die neue tschechische Bewegung unter dem Zeichen der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Wie versteht der Kaiser diese Zeichen der Zeit? Nach den Wahlen spricht er, bei dem Delegationsdiner, zu dem mährischen Abgeordneten Fandrlik den Satz: «Eine ganz eigentümliche Gesellschaft erscheint an der Oberfläche; dagegen muss energisch eingeschritten werden!» Er hatte sich in Ungarn überzeugen lassen, dass man mit dem «energischen Einschreiten» nichts erreicht; er ging den Weg Deáks und Andrássys. Jetzt fehlt ihm der Führer, es fehlt der Deuter und darum das Verstehen. Kraus, der General, der zum Einschreiten berufen worden war, hatte das Aufkommen der Jungtschechen nicht zu hindern vermocht; er wird vom Statthalterposten in Böhmen abgesetzt und an seine Stelle Franz Graf Thun berufen. Thun, der reiche, nicht unbegabte Kavalier, selbstbewusst, imponierend schon durch seine Gestalt, war den Tschechen nicht abgeneigt. Er gehörte dem böhmischen Feudaladel auch im Denken an. Die feierliche Weise, mit welcher ihn der Kaiser in Böhmen, nach den Manövern bei Leitomischl beedigte, schien darauf zu deuten, dass er zu Besonderem ausersehen sei. Die Tschechen nannten ihn den «Königsstatthalter». Taaffe hatte nicht solche Absichten, er vermied es aber, aus Rücksichten auf die Tschechen, sich offen zu erklären. Die Deutschen blieben darauf weiterhin dem böhmischen Landtage fern. Die Antwort gab Taaffe erst im Reichsrat, mit einer Erklärung, die Verfassungsänderungen zwar nicht grundsätzlich ausschloss, den Augenblick aber als ungeeignet fand, dem Kaiser die Krönung zum König

von Böhmen zu empfehlen. Man hat erst später erfahren, dass eine vom polnischen Finanzminister Dunajewsky verfasste, die Krönung verheissende Kundgebung der Regierung geplant war, die der Aussenminister Kálnoky in einem Minis terrät unter dem Vorsitz des Kaisers zu Fall gebracht hat.

Trotz der Verstimmung der Deutschen und der Tschechen öffnete sich nochmals die Tür zu gemeinsamen Verhandlungen der beiden Nationen. Die Anregung ging von Taaffe aus, der durch sein Faktotum Blumenstock, den späteren Hofrat Halban, die Deutschen hatte fragen lassen, ob sie zu einem neuen Versuch der Verständigung zu haben wären. Zu Beginn des neuen Jahres, am 4. Januar 1890, sassen Deutsche und Tschechen im Palais Modena, dem Ministerratspräsidium in der Wiener Herrengasse, wieder beisammen. Die Wortführer der Deutschen, Eduard Plener und Hallwich, Scharschmid, Schlesinger und Schmeykal, zweifellos die besten Männer des Liberalismus deutschböhmischer Prägung. Auf der andern Seite die Anwälte der Tschechen: Rieger, Mattusch und Zeithammer, neben ihnen die Grossen des böhmischen Feudaladels, Fürst Georg Lobkowicz, Richard Clam-Martinitz, der Freund Riegers und doktrinäre Verfechter des tschechischen Staatsrechts, doch ohne das Temperament und die Gewandtheit seines verstorbenen grösseren Bruders, dann Graf Friedrich Karl Kinsky und Fürst Schönburg. Von Taaffes Ministern nahmen Prazak, Gautsch und Schönborn an den Konferenzen regen Anteil, besonders die beiden letzten, die das schwierige Material wirklich beherrschten und oft genug auch mit ausgearbeiteten Gesetzentwürfen den Gang der Verhandlungen zu lenken wussten. Indes, so sehr sich diese Versammlung vortrefflicher Männer bemühte, auf dem Wege sachlicher Arbeit, durch Regelung des Sprachenstreits, eine Verständigung der beiden Völker zu erreichen, so gering war doch ihr politisches Gewicht. Die Anwälte beider Parteien, die Deutschliberalen wie die Alttschechen, erschienen hier zum letzten Male als Mandatare ihrer Völker; das Licht gemeinsamer Tragik beschien zum letzten Male die Führer beider Parteien, Rieger und Plener, Schmeykal und Mattusch. Es gibt keine Dankbarkeit der Nationen; jede Generation, jede neue aufsteigende Schichte ist gegen die Götter und Helden der Vergangenheit grausam wie ein Jüngling, der sich seine eigenen Altäre baut. Der Sieg der Jungtschechen hatte die Szene völlig verändert; das Wort Franz Josephs und Taaffes Blindheit vor dem historischen Geschehen waren schuld an dem nicht wieder gutzumachenden Fehler: man hatte die Jungtschechen,

diese «eigentümliche Erscheinung», nicht zu den Konferenzen geladen. Selbst Plener gesteht es in seinen Erinnerungen: «Taaffes grösster Missgriff, der sich bitter rächte.» Was nützte es, bei den Ausgleichsverhandlungen zu sehen, dass es möglich war, das Geltungsrecht der beiden Sprachen bei den Gerichten, in der Schulverwaltung und in den Gemeinden abzugrenzen – die ganze Arbeit hing in der Luft, sobald die als Mandatare der Völker agierenden Personen nicht mehr das Vertrauen der breiten Massen hatten. Taaffes Ausgleichsverhandlungen kamen um ein paar Jahre zu spät.

Wie sehr sich die Situation zuungunsten der Taaffeschen Versöhnungspolitik verschoben hatte, konnte man bald im Prager Landtag und im Wiener Abgeordnetenhaus ersehen. Das Ausgleichswerk hätte zehnmal besser sein können als es tatsächlich war, es wäre dennoch auf den Widerstand der Jungtschechen gestossen, deren siegende Kraft jeden vermittelnden Versuch beiseite schob. Wie ein wildgewordener Sturzbach, der mühsam angelegte Kulturen hinwegschwemmt, brauste der junge Radikalismus durch Böhmen. Seine Zuflüsse waren mannigfaltig. Sie kamen aus dem Bauerntum, aus den Hütten der kleinen Leute, aus den Stuben des anwachsenden Intelligenzproletariats. Zwei Tatsachen der sudetenländischen Wirtschaft revoltierten das Denken des tschechischen Bauern: der Grossgrundbesitz und die Industrie. Der adlige Grossgrundbesitz genoss überragende Vorteile; er war durch das Fideikommiss für ewige Zeiten geschützt und bei den grossen Bankinstituten kreditfähig. Der mittlere und der kleine Bauer vermochte mit den Kolossen von Adelsgütern nicht zu wetteifern. Aus den kleinen Bauernhöfen hatte das tschechische Volk bisher seine besten Kräfte gezogen. Hier wuchs ein rechtschaffenes, arbeitsames Volk heran, mit dem Nötwendigsten zufrieden und jedem Umsturz abgeneigt. Doch je mehr sich der industrialisierte Grossgrundbesitz reckte, je mehr Getreide schwand, um der rentablen Zuckerrübe Platz zu machen, desto mehr selbständige Bauern verwandelten sich in Feldarbeiter. Die überschüssige Agrarbevölkerung aber musste zum Wanderstab greifen und nach den Industrieorten ziehen, um ein neues, ihr gänzlich fremdes Leben zu beginnen. In diesen Jahren vollzieht sich eine wahre Völkerwanderung, die sozial und politisch von wesentlicher Bedeutung wird. Die Entwurzelung tschechischen Landvolkes geht nicht ohne Schmerzen vor sich. Die von der heimatlichen Scholle Verjagten nehmen wohl ihre Lieder mit, jene halb schwermütigen, halb heitern Weisen, die abends am Dorfteich erklingen, sie behalten die

Sprache und Erinnerung an die Farben ihrer Landschaft, an das leuchtende Rot und Weiss der ländlichen Tracht – das ist aber auch alles, was ihnen bleibt. In der gänzlich veränderten Umgebung der nordböhmischen Industriezentren werden sie Proletarier. Es ist nicht mehr der Ackerboden, den sie unter sich und nicht der weite Himmel der böhmischen Ebene, den sie über sich haben. Nun leben sie in den Pferchen elender Notbauten und in den Kasernen der Industrie. Die nordböhmische Textilindustrie wie der westböhmische Kohlenbergbau hatten sich in den wilden Jahren der Manchesterzeit, da kein Gesetz den Arbeiter schützte, ihr Fundament auf Millionen Leibern der heimischen deutschen Bevölkerung errichtet. Nachdem die deutschen Arbeiter zum Teil dezimiert, zum Teil der anziehenden Kraft des höheren Lohnes gefolgt und über die Grenze gegangen waren, setzte der Zug des tschechischen Agrarproletariats ein, das mit neuen Kräften an die Stelle des verbrauchten deutschen Arbeiter trat. Kurzsichtigkeit und Missverstehen erfanden damals das Wort von den organisierten Eroberungszügen nach den deutschen Industriegebieten. Es war keine nationale Propaganda, es war das Gesetz der Not, das den Bauer von seiner Scholle löste. Diese Völkerwanderung hatte mancherlei zur Folge. Sie veränderte den tschechischen Landmann und die deutschen Industriegebiete. Es war das Wesen und die Ursache ihres Erfolges, dass die Parteien des nationalen Radikalismus soziale Tatsachen romantisch verklärten. Der tschechische Bauer, durch die Ereignisse der Gegenwart erschreckt, klammerte sich an Versprechungen, die das alte bäuerliche Glück als Wunschbild der Zukunft zeigten. Der tschechische Zukunftsstaat, den die Jungtschechen projizierten, verhies soziale Gerechtigkeit; er appellierte an die Kraft des Bauern, an seinen Unabhängigkeitssinn, an seine Liebe zur Heimat. Der entwurzelte Landproletarier aber, verbittert und verzweifelnd vor der Dürsterkeit seines neuen Daseins, füllte die Kaders des Sozialismus, der in Nordböhmen und im Kohlengebiet gewaltig Boden gewann.

Nicht minder radikalisiert wurde die junge tschechische Intelligenz. Auch ihr fehlte es an Existenzraum. Die eigene Industrie war noch unentwickelt, der Grosshandel in deutschen Händen, ihr blieb fast nur der Weg zu den Ämtern des Staates. Der Kampf um die staatliche Geltung der Sprache war zugleich ein Kampf um die Existenz. Er fiel zusammen mit dem stärksten geistigen Aufstieg, den die tschechische Jugend bisher erlebte. Wie als ob sie alle Strömungen, die Europa durchzogen, in eine einzige Mündung hätte fangen wollen, vermittelte sie die reiche Welt von 1890

dem eigenen Volke: den deutschen theoretischen Sozialismus und die nordische Literatur, Karl Marx und Ibsen, Spencer und die deutsche Vulgärphilosophie, Dostojewsky und Nietzsche, den französischen Naturalismus und Strindberg. Es ist erstaunlich, welche Arbeit des Übersetzens und Kommentierens die tschechische Jugend damals vollbracht hat, noch erstaunlicher die Aufnahmefähigkeit eines Volkes, das eine einzige grössere Stadt besass. Die Entwicklung vollzog sich wie im Fieber. Eben noch waren die Altschechen die unumschränkten Herren der tschechischen Politik gewesen; 1888 hatte die ganze Nation an dem siebenzigsten Geburtstag Riegers Anteil genommen. Drei Jahre später ist der bedeutende, um sein Volk hochverdiente, mit dem grössten Mann der Nation, mit Palacky, auch familiär verbundene Führer gestürzt. Die Jungtschechen mit Julius Gregr an der Spitze, treten das Erbe an. Doch die Jugend bleibt nicht bei dem kaum befestigten Glauben der Väter. Sie begnügt sich nicht bei einem Programm, das seine Argumente aus der nationalen Geschichte und dem Naturrecht holt. Die tschechische Jugend wird philosophisch und darum noch radikaler.

Bauern, Kleinbürger, Arbeiter und Studenten gaben Böhmen ein neues Gesicht. Doch auch Wien blieb von der Bewegung dieser Jahre nicht unberührt. Neben dem heimatlos gewordenen Bauernsohn, der als Arbeiter nach Nordböhmen kam, war der tschechische Lehrling glücklich zu preisen, dessen Ziel Wien hiess. Lange bevor der trostlose Zug nach den Industrieorten begann, hatte die Reichshauptstadt unübersehbare Scharen aus Böhmen und Mähren bei sich aufgenommen. Vorerst waren es Hunderttausende des Handwerks, die in der grossen reichen Stadt Erwerb suchten, später, als der Industriegürtel Wiens emporwuchs, folgten Tausende von Arbeitern. Wien wurde der grösste, der einzige friedliche Germanisator. Millionen Tschechen aus Böhmen und Mähren sind im Laufe der Jahre dort gemodelt worden, ohne Zwang und Gewalt, bloss vermöge der liebevollen Modellierungskunst, die Wien zu üben wusste. Es sprach für die Stadt, für ihr unaggressives Wesen, für den reichen Schatz an Menschlichkeit, den sie barg, dass sie im Reiche des Nationalitätenstreits jeden neuen Bürger in eine humanere Zone hob. Der Nation erwuchs kein Nachteil, denn die Sprache Wiens gewann unter allen deutschen Dialekten den musikalischsten Klang. Auch der Assimilierte verlor nichts; da er im neuen Element freiwillig, lustvoll aufging, wurde seine Natur bereichert. Mit Ausnahme von Paris hat kein europäisches Kulturzentrum das Wunder vollbracht, den Fremden so gänzlich an sich zu ziehen und nach dem eigenen Wesen umzugestalten,



wie das habsburgische Wien. Es war sein schönster Beitrag zur deutschen Kultur.

Die deutschen Gegenstücke zu dem neuen tschechischen Radikalismus waren der provinziale und der wienerische Antisemitismus. Die lebendige Erinnerung an die eigene Geschichte und der Wille zum Aufstieg bewahrten das tschechische Kleinbürgertum vor dem Abirren in die dunklen Gassen des Volksbetrugs. Die Deutschen Österreichs waren weniger glücklich. Ihnen fehlte das Bild einer nationalen Gemeinschaft, das zugleich die Zugehörigkeit zur deutschen Geisteswelt dargetan hätte. Sie waren auch sozial unterschiedener als die Tschechen und darum untereinander uneins. Der deutsche Liberalismus aber, die schöne Blüte einer dünnen Oberschicht, hatte keine Wurzeln in dem tiefer liegenden Volkskörper. Die Gebildeten dachten und sprachen nur für ihresgleichen; die Allianz von Geist und Besitz hatte vergessen, dass ein Tag kommen könne, an welchem sich Ungeist und Besitzlosigkeit gegen den Vormund empören werden. In der deutsch-österreichischen Provinz kam das antiliberale Schlagwort aus dem Stande kleinbürgerlicher Akademiker. Es waren Söhne kleiner Familien, in kümmerlichen Verhältnissen aufgewachsen, die man an die Universität, in die Hauptstadt geschickt hatte. Zu schüchtern und weltfremd, den Weg in das grosse Leben zu finden, blieben sie unter sich, in den Verbindungen und Konventikeln der Provinz. Und je schüchterner und weltfremder ihr Gemüt, desto empfänglicher für eine Romantik, die den dürftigen Inhalt der eigenen sozialen und nationalen Sorgen in den Teutoburger Wald transponierte. Den kleinbürgerlichen Studenten war alles verhasst, was sie loszureissen strebte aus der Enge der Heimat; sie hassten die grosse Stadt und ihr neues Tempo ebenso wie die Industrie und den Grosshandel, die den Gewerbsmann und den Krämer aus ihrem idyllischen Dasein stiessen.

Ähnlich und doch anders war der Ursprung des Wiener Antisemitismus. Auch hier hatte sich in den letzten zwei Jahrzehnten unter den Wirkungen der aufstrebenden Industrie und der liberalen Gewerbegesetzgebung ein Heer kleiner Gewerbsleute gesammelt, dem weder der Liberalismus, noch der aufstrebende Sozialismus etwas zu sagen vermochte. Viele Jahre hindurch war dieser kleine Mann der treue Anhänger der Demokratie gewesen. Doch die Erfahrungen der Gründerära, die Exzesse der Börse mit dem folgenden Krach, wie nicht minder die Schmälerung seiner materiellen Existenz im Kampfe mit der Industrie, hatten ihn reif gemacht für die neue Lehre, die den Missmut der Bedrängten zum Judenhass erzog. Das Bild

Österreichs begann sich von Grund auf zu ändern. Hatten bisher Grossbürger und Adlige das Wort geführt, so meldeten sich jetzt bei allen Völkern neue Stimmen, die vernehmen liessen, dass ein dritter Stand sich anschickte, die politische Bühne zu betreten. Schon aber hatte auch der vierte Stand, Österreichs Arbeiterschaft, seinen Anwalt gefunden. Auf dem ersten internationalen Sozialistenkongress in Paris sprach ein Mann über Österreich; was er sprach und wie er es sagte, legitimierten ihn als einen österreichischen Geist erster Ordnung. Es war der siebenunddreissigjährige Arzt Dr. Viktor Adler aus Wien. «Die Freiheit in Österreich», so verkündete er, «ist ein zusammengesetztes Wesen, welches die Mitte hält zwischen der Freiheit in Russland und der Freiheit in Deutschland. In der Form ist sie deutsch, in der Ausführung ist sie russisch. Abgesehen von Frankreich und England hat Österreich vielleicht in ganz Europa die freisinnigsten Gesetze, so sehr, dass es einer Republik ähnelt, die statt eines Präsidenten, eine Majestät an der Spitze hat. Leider verfährt man nur in der Praxis nicht nach dem, was das Gesetz vorschreibt, sondern allein nach dem, was das Belieben des betreffenden Polizeikommissärs ist. Der Polizeikommissär ist befugt, alle gesetzlichen Freiheiten zu konfiszieren, und man kann schon glauben, dass er dieses Recht braucht und missbraucht. Die österreichische Regierung ist gleich unfähig, bei einem Werke der Gerechtigkeit konsequent zu sein wie bei einem Werke der Unterdrückung; sie schwankt beständig hin und her – wir haben den Despotismus, gemildert durch Schlamperei.»

Auf kein System traf Adlers Wort mehr zu, als auf Taaffes Regierung. Sie ist im guten Sinne darin österreichisch, dass sie den Staat seinen Bürgern nicht zur Qual macht. Sie hat die Autorität vom Druck des Pathos befreit, sie will weder etwas wissen von der liberalen Doktrin, deren Anwälte mit streng erhobenem Zeigefinger auf die josephinische Tradition weisen, noch lässt sie sich zu staatsrechtlichen Experimenten verleiten. Ihre Vorzüge, aber auch ihre Nachteile, ihr humanes Wesen wie ihr Mangel an regierender Initiative entspringen einem Grundzug österreichisch-aristokratischen Denkens, dem Glauben, dass der Mensch wichtiger sei als der Staat. Taaffe meint Völker und Parteien bekehren zu können, wenn er ihnen gemächlich zuredet, sich zu versöhnen; er hält seine Methode der kleinen Mittel als ausreichend, auch zehn Nationen das Haus Österreich wohnlich zu machen. Vom andern Ufer gesehen, von den Standorten der aufstrebenden Völker und Klassen, ist dieses werbende, versöhnende Regieren eine

Schlamperei des Denkens. Das radikalisierte Kleinbürgertum der beiden grossen Nationen wirkt unösterreichisch, weil es des Pathos und der Selbstberauschung bedarf, um seine Wünsche durchzusetzen. Der radikale Antisemitismus der Deutschen kleidet sich grossdeutsch und borussisch, die Opposition der Tschechen hussitisch. Die skurrile Schale der einen, die antiquierte der andern enthalten dennoch einen ernsten Kern: die schmerzvolle Sehnsucht nach nationaler Emanzipation. Österreich wirbt um die Gunst seiner Völker wie eine missverstandene Mutter um ihre Kinder. Es schwankt zwischen Liebkosung und Züchtigung, wie die Völker in ihrem Verhältnis zu Österreich zwischen Liebe und Hass schwanken.

Der Aufstieg der neuen Parteien blieb nicht ohne Wirkung auf Taaffe. Der Niedergang der Altschechen, die ein wesentliches Glied seiner Mehrheit waren, zwang ihn, nach neuen Helfern auszuschauen; das deutsch-tschechische Ausgleichswerk brachte ihn wieder den Deutschliberalen näher. Es war Kálnokys Rat, der dem Kaiser empfahl, den Groll der Deutschen zu besänftigen. Taaffe war dazu entschlossen und rechnete dabei mit der Voraussicht, dass bei Neuwahlen die Macht seines eigentlichen Gegners, der deutschen Linken, eine Einbusse erleiden würde. Er stiess mit seinen Gedanken bei dem Anwalt der alten Majorität, bei dem Finanzminister Dunajewski, auf entschiedenen Widerstand, der ein Feind der Deutschen und im Grunde auch ein Gegner des Ausgleichs war. Der Kaiser entschied sich aber für die Versöhnungspolitik und liess Dunajewski fallen, an dessen Stelle Taaffe, auf den Rat des Justizministers Grafen Schönborn, den Sektionschef dieses Ressorts, Dr. Emil Steinbach, berief. Steinbachs Persönlichkeit und Wirken ist aus mehr als einem Grunde bemerkenswert. Vor allem war er der lebende Beweis für die Schätzung, deren sich das Talent im Österreich Franz Josephs erfreute. Ernst von Plener spricht, weil er sich einmal von Steinbach beleidigt fühlte, in seinen Erinnerungen, von dem «Juden aus der Budapester Königsgasse», der «rechtzeitig getauft, später ein frömmelnder Katholik wurde». Der Kaiser, liberaler als der grosse Mann des deutschen Liberalismus, stiess sich nicht an Steinbachs Herkunft, auch Graf Schönborn nicht, der aristokratische Minister. Steinbach kam wirklich aus dieser Gasse der kleinen jüdischen Geschäftsleute in Budapest; aber das hat nicht gehindert, dass er einer der eigenartigsten, vielseitigsten und genialsten unter der an Begabungen wahrlich nicht armen hohen Bureaukratie des alten Österreich geworden ist. Der spätere Finanzminister Alexander Spitzmüller sagt von ihm, die österreichische Beamtenengeschichte weise keinen Fall auf, «in welchem ein Ministereialfunktionär eine so

umfassende Tätigkeit entwickelt und einen so weitreichenden Einfluss geübt hätte wie Seinbach im Justizministerium». Er hat der österreichischen Gesetzgebung sozialpolitischen Geist eingeflösst; die Gesetze über die Unfall- und Krankenversicherung sind seine Arbeiten. Der im Jahre 1891 eingebrachte Entwurf, der die Schaffung von Einigungsämtern zwischen Unternehmern und Arbeitern und bereits damals die obligatorische Einführung von Arbeitsausschüssen vorsah, hatte Steinbach zum Verfasser. Zwei grosse Werke sind mit seinem Namen verknüpft: die Währungsreform und die Reform der Personalsteuern. Sein grösstes Verdienst allerdings bleibt, dass er im Oktober 1893 Taaffe für das allgemeine Wahlrecht zu gewinnen vermocht hat.

Taaffe löste im Jahre 1891 das Abgeordnetenhaus auf. Die Neuwahlen brachten selbst in dem engen Rahmen des Kurienparlaments bedeutsame Veränderungen hervor. Die deutsche Linke hatte zwar dem grossen Ansturm standzuhalten vermocht, doch in das neue Haus zogen bereits die ersten Boten des kleinbürgerlichen Radikalismus ein, Deutschnationale und Christlichsoziale, unter ihnen auch der begabteste Wiener Volksredner und liebenswürdige Demagoge Dr. Karl Lueger. Vernichtet von der Gewalt des Jungtschechen turns blieben die Alttschechen auf der Walstatt. Rieger gehörte dem neuen Hause nicht mehr an. Im Sommer dieses Jahres wurde in Prag eine grosse Industrieausstellung eröffnet. Sie galt der Erinnerung an die Krönung Leopold II. 1791 zum Könige von Böhmen. Nicht nur dieser Anlass, auch das Ausgleichswerk der Nationen hatten dem Kaiser den Gedanken nahegelegt, Prag und die Ausstellung zu besuchen. Die Geschichte dieser Kaiserreise gewährt einen Einblick in das Innerste des alten Österreichs. Die Ausstellung, vom Lande Böhmen veranstaltet, war ursprünglich als eine Illustration der wirtschaftlichen Grösse und des Fortschreitens dieser industriereichsten Provinz Österreichs gedacht. Da die Tschechen die Mehrheit im Lande hatten, gaben sie der Ausstellung ihr Gepräge, aber wie nur natürlich, sollte auch die Bedeutung der Deutschen, deren industrieller Besitz damals den der Tschechen bei Weitem übertraf, entsprechend zum Ausdruck kommen. Der deutsche Landtagsklub hatte jedoch die Beteiligung an der Ausstellung von dem Verhalten der Tschechen bei dem Ausgleichswerk abhängig gemacht. Als nun nach dem Siege der Jungtschechen eine der Hauptforderungen der Deutschen, die Zweiteilung der Administration in Böhmen, aussichtslos wurde, beschloss ihr Landtagsklub, der Ausstellung fernzubleiben. Der Statthalter Graf Thun nennt in einem Chiffre-

telegramm an Taaffe die Abstinenz der Deutschen «niederträchtig». Das Telegramm trägt auf der Rückseite den Vermerk: «Von Seiner Majestät eingesehen 15. Mai 1891.» Jedenfalls hatten nun die Tschechen völlig freie Hand und nahmen auf die Deutschen keine Rücksicht. Der Ausstellung war die Habsburgerkrone aufgesetzt, galt sie doch der Erinnerung an die Krönung Leopolds; damit hatte sie aber zugleich auch eine Spitze gegen Wien. Denn in dieser Erinnerung war das Bekenntnis zum böhmischen Staatsrecht eingeschlossen. Ihr Motto war also dynastisch und oppositionell zugleich. Sie sollte aber vor allem eine Kundgebung des tschechischen Nationalismus werden, in welcher Eigenschaft sie an die Solidarität aller Slawen appellierte. Das verstimmte die Deutschen, aber auch den Hof. Man würde indes das alte Österreich, auch die Tschechen in ihrer grossen Mehrheit falsch sehen, wollte man meinen, es habe den Veranstalter und der tschechischen Volksmehrheit nicht daran gelegen, den Kaiser als den hohen Gast ihrer Ausstellung zu empfangen. Sie erwarteten und rechneten mit dem Besuch. Schon im Juni, da die ersten Nachrichten von der Absicht Franz Josephs nach Böhmen kamen, schreibt der Oberstlandmarschall Fürst Lobkowitz an Taaffe, für den Fall, dass der Kaiser käme, sei eine grosse «Loyalitäts-Demonstration» aller Bezirksobmänner und Bürgermeister geplant. «Es hängt nun alles davon ab,» heisst es wörtlich, «ob Du glaubst» – der Adel gebrauchte auch im dienstlichen Verkehr untereinander das vertrauliche «Du» – «dass Seine Majestät eine solche Gesamtaufwartung erlauben würde.» Der Kaiser ist einverstanden, doch knüpft Taaffe die Bedingung daran, dass sich an dieser Aufwartung beide Nationen beteiligen. Inzwischen war der Statthalter Graf Thun an Typhus erkrankt, und nun schreibt Taaffe dem Oberstlandmarschall, der Kaiser wünsche nicht, dass der Kranke beunruhigt werde; «Seine Majestät hat sich mit Rücksicht auf die Gesundheit des Statthalters entschlossen, die Reise nach Prag vom 8. Juli auf beiläufig den 18. September zu verschieben». Diese menschliche Rücksicht des Kaisers hat böse Folgen. Die Deutschnationalen jubeln, der Kaiser komme nicht nach Prag; die Tschechen sind verstimmt. Das Fernbleiben der Deutschen und die Verschiebung der Kaiserreise verdoppeln den Eifer der Tschechen, die Ausstellung dennoch grossartig zu gestalten und ihr ganz den Charakter einer nationalen Angelegenheit zu geben. Ihr Appell an die tschechischen Kolonien im Ausland und an die Solidarität der Slawen ist nicht vergebens; es kommen täglich Züge mit Gästen aus allen Ländern,

selbst aus Amerika. Es ist fast unvermeidlich, dass der Jubel der Empfänge auch politische Töne anschlägt. Taaffe wird nervös. Als eine polnische Deputation in der Prager Teinkirche das Nationallied «Boze, cos Polskie» singt und allslawische Reden erklingen, wird der Polizeiparad in Bewegung gesetzt. Ein an die Prager Statthaltereie gerichteter Ministerialerlass vom 26. Juni 1891 sagt, dass es sich um «planmässig angelegte Demonstrationen» gehandelt habe. Es heisst aber für Österreichs Geheimnis blind sein, wenn man nicht erkennt, dass jedes Volk des Reiches zwei Gesichter hat: das eine mit dem es nach Wien blickt, das andere, welches es seinen Nationsgenossen jenseits der Grenzen zuwendet. Jede grössere Kundgebung der Deutschen in Böhmen war notwendig grossdeutsch; jede tschechische panslawistisch. Die Völker, die eben noch um den Besuch des Kaisers bitten, werden im nächsten Augenblick polizeiverdächtig. Man muss gestehen, dass Graf Thun, der gelegentlich auch der Alba Seiner Majestät sein kann, sehr vernünftig ist, wenn er dem Ministerpräsidenten rät, doch nicht gleich mit dem Polizeisäbel dreinzufahren. «Es hat kein grosses Fest gegeben», schreibt er, «wo nicht ein nationaler Akzent zu hören gewesen wäre. Ich erinnere an die verschiedenen Empfänge bei Sängere- und Schützenfesten, an die Ausstellung in Pest und ähnliche Veranstaltungen. Dass bei den Begrüssungsreden solcher Anlässe das Verbindende, nicht das Trennende hervorgehoben wird, ist selbstverständlich. Bei dem Empfang der Slawen müssen die slawische Stammesgemeinschaft, gemeinsame historische Reminiszenzen erhalten, um den Reden einen gewissen Schwung zu verleihen. Ich negiere für Böhmen jedwede Gefahr eines politischen Panslawismus... Es ist eine allen Städten gemeinsame Erscheinung, dass tausende Menschen sich an gewissen Plätzen und Strassen versammeln, wenn sie glauben, etwas Besonderes zu sehen... Dem einzigen Versuch, auf der Strasse zu singen, ist die Sicherheitswache beim ‚Blauen Stern‘ entgegengetreten; das von der ‚Bohemia‘ gemeldete Gejohle und Gezische vor dem deutschen Kasino soll, wie mir die Polizei meldet, nicht erfolgt sein ... Am unangenehmsten ist mir der Besuch der Franzosen, weil sie sich von dem politischen Gefühl leiten lassen, bei den Tschechen den gleichen Hass gegen das Deutsche zu finden, den sie selbst in sich tragen... Das Sokolfest wird, wie ich hoffe, ohne wesentlichen Zwischenfall vorübergehen; die Torheiten der Brüder des böhmischen Frisch, Frei, Fröhlich, Fromm werden ebenso als Dunst verschwinden wie die Torheiten, die auf jedem deutschen Turnertag zu hören sind ...» In diesem Bericht Thuns an Taaffe ist das ganze Österreich: der regierende Aristokrat, der sich be-

müht, das nationale Problem menschlich zu erfassen; der nationale Enthusiasmus, der gefährlich wird, weil er vor des Nachbarn Fenster johlt und zischt; die k. k. Prager Polizei, die das deutsche Kasino schützt; das alte Prag selbst, in dessen engen Gassen ein junges Volk seine Glieder reckt. Taaffe sieht die Dinge habsburgisch: ein Nationalismus, der das schwarzgelbe Kleid ablegt, wird verdächtig; Thim sieht sie menschlich: der Nationalismus ist eine Torheit. Und doch zuckt über diesem kleinen Bildchen der Prager Gasse das Wetterleuchten der grossen Geschichte.

Die Behandlung der Affäre, die den Kaiser wochenlang beschäftigt und in seine Sommervilla nach Ischl verfolgt, die den Ministerpräsidenten, den Minister des Äussern, den Statthalter und ein ganzes Heer von Beamten in Atem hält, zeigt Franz Josephs Regierung keineswegs als ein strenges Regime. Ein Polizeistaat war Österreich am Anfang der Neunzigerjahre nur insofern, als es sich mühte, Naturkräfte wie das Nationalbewusstsein, von seiner Polizei überwachen und einfangen zu lassen. Man sieht aber an diesem Beispiel auch die Hilflosigkeit des Bemühens. Die Anwendung der Gewalt gilt als das allerletzte Mittel. Wovor kein Staat zurückschreckte, auch England und Frankreich nicht, unbequeme Kundgebungen mit Polizeigewalt niederzuschlagen, dazu konnte sich Franz Joseph nur schwer entschliessen. Man sieht seine Pein, wenn man das Chiffretelegramm liest, welches er in der Prager Angelegenheit am 31. Juli 1891 aus Ischl an Taaffe richtet: «Ich höre, dass nun auch Russen nach Prag kommen sollen. Es wäre dringend notwendig, die Wiederholung der Skandale zu verhindern. Könnten denn nicht wenigstens der offizielle Empfang und die Reden verboten werden? Täglich wird es mir zweifelhafter, ob ich anständigerweise nach Prag gehen kann.» Dieses «könnte denn nicht wenigstens» klingt nicht gerade despotisch; Franz Joseph begnügt sich mit einem Minimalprogramm. Es ist nicht notwendig Vergleiche zu ziehen, aber selbst der schwächste unter den europäischen Staaten der Nachkriegszeit, das republikanische Österreich Dr. Seipels, hat den regierenden Willen diktatorischer kundgetan, als das grosse Reich Franz Josephs. Das bewegte Prag gab dem Kaiser, Taaffe und Thun noch viel zu schaffen; doch endlich fährt Franz Joseph nach der böhmischen Landeshauptstadt, wo er ebenso laut begrüsst wird, wie eben noch die slawischen Gäste aus der Fremde.

Der Kaiser sah solche Reisen, die mit nicht geringen Anstrengungen verbunden waren, als einen notwendigen Regierungsakt an. Er war trotz seiner skeptischen Natur überzeugt, den Frieden in Böhmen gefördert zu haben.

Graf Taaffe, noch skeptischer als sein Herr, empfand Österreichs Ach und Weh leichter. Der nationslose Aristokrat mit dem wienerischen Phlegma urteilte nach sich, wenn er an den Ernst der nationalen Gebärde nicht glauben wollte. Sollte es wirklich unmöglich sein, den Streit der zwei seit Jahrhunderten miteinander lebenden Völker zu schlichten? Taaffe hatte kein Auge für das Wesen der Nation, er verstand nicht, dass der Deutsche wie der Tscheche wohl als Bürger dem übernationalen Staat verbunden war, durch die Sprache und die Ideologie aber auch einem andern Reich als dem der Habsburger angehörte. Die Nation, so urteilte er, das ist die Sprache – genügt es nicht, den slawischen Bürgern des Reichs im Verkehr mit den Ämtern, die sich des Deutschen als eines notwendigen Mittels der Verständigung bedienen, auch den Gebrauch des natürlichen Idioms zu gestatten? Das war das Bild, in welchem sich Taaffe das österreichische Problem darbot. Es wäre jedoch ungerecht, ihn mit dieser Vorstellung als einen besonders zurückgebliebenen Mann erscheinen zu lassen. War um diese Zeit eine andere Stimme hörbar, die Österreichs Schmerzen tiefer erfasst hätte? Die Deutschen kämpften um das ererbte Vorrecht, sie waren Gefangene ihrer Machtposition, dabei des guten Glaubens, mit der Verteidigung ihres Besitzstandes, die Grundlagen des Staats zu schützen. Das Streben der Tschechen und Südslawen danach, innerhalb des habsburgischen Reiches ein nationales Leben führen zu können, war ohne grundlegende Reformen nicht zu befriedigen. Anfangs Januar 1893 verkündete Taaffe ein neues Regierungsprogramm. Das von Baron Gautsch verfasste Schriftstück versprach die Regelung der Sprachenfrage und forderte die grossen Parteien zu einer Koalition auf. Doch der Appell fand kein Echo. Die Jungtschechen antworteten durch Dr. Pacaks Mund: Ohne Staatsrecht kein Ausgleich!; die Deutschen blieben kühl. Der Nationalismus war bereits so weit radikalisiert, dass er jede Gelegenheit ergriff, seine oppositionelle Gesinnung zu beweisen. Selbst die Valutareform, die unter Steinbachs Führung den Übergang Österreichs zur Goldwährung vollzog, war begleitet von einem Konzert der neuen Radikalen. Seit Jahrzehnten hatte Österreich unter der Entwertung seiner Währung, einer traurigen Erbschaft der Kriege von 1859 und 1866, zu leiden gehabt; seit der Staatsnotenemission von 1866 gab es zweierlei uneinlösliches Papiergeld, wovon im Jahre 1891 455 Millionen Banknoten und 378 Millionen Staatsnoten im Umlauf waren. Das Disagio der Noten erfuhr im Laufe der Zeiten die allergrössten Schwankungen. Die Stabilisierung der



Währung war eine dringende Notwendigkeit. Noch vor drei Jahren hatte das Parlament dieser Reform widerspruchslos zugestimmt. Jetzt bedurfte es einer grossen Anstrengung, dem Werke Steinbachs die gesetzliche Weihe zu geben. Einen bedeutenden Anteil an dem Gelingen der Reform hatte Moriz Benedikt, der als ihr stärkster journalistischer Anwalt in der «Neuen Freien Presse» mit unermüdlichem Eifer für die Goldwährung eintrat. Die Parteien der zwei fortgeschrittenen Bürgerklassen, die Deutschliberalen und die Tschechen, entschieden schliesslich das Schicksal der Vorlage. Der ansehnliche Chor der Gegner aber zeigte das neue, das radikalisierte Österreich: die Wiener Christlichsozialen, deren Wortführer, Dr. Lueger, seine ganze agitatorische Kraft gegen das «Judengeld» aufgewendet hatte, standen nun mit agrarischen und kleinbürgerlichen Antisemiten und den Klerikalen alter Couleur in einer Reihe.

Das Geld hatte noch einmal die Parteien der bürgerlichen Klassen vereint, in allen nationalen Fragen jedoch gab es keine Brücke. Wie gross der Abstand und was an ihm unüberwindlich war, formulierte der Prager Universitätsprofessor Th. G. Masaryk. Die Linke, so sagte er, wolle ein einheitliches Österreich mit der Vorherrschaft der Deutschen; die Tschechen kämpfen für die politische Unabhängigkeit Böhmens, für eine Forderung, die auf der staatsrechtlichen Überzeugung des gesamten Volkes beruht. Das Mass der Autonomie, das die Deutschen gewähren wollen, sei beschränkt auf einzelne Verwaltungsaufgaben; die Tschechen wollen die politische Autonomie und die Verantwortlichkeit des Statthalters vor dem Landtag. Die Entwicklung der Nationen lasse sich nicht aufhalten, sie führe zu einer grösseren Selbstbestimmung der Länder und Völker. Das Festhalten am starren Zentralismus verursache notwendig die politische Unfreiheit; die deutsche Linke, einst der Vorkämpfer der politischen Freiheit, sei heute rückschrittlich. Sie zeige auch in der Frage des allgemeinen Wahlrechts nur Zurückhaltung und Abneigung. Die Deutschen, als die politisch und national Gesättigten, wollen ihren Besitzstand erhalten; sie werden dadurch die Anwälte des allgemeinen Stillstands. Bei so unversöhnbaren Gegensätzen hatte auch der beste Wille Taaffes wenig Aussicht auf ein Gelingen seiner Ausgleichspolitik. Als er im April 1893 vier Gesetzesvorlagen im böhmischen Landtag einbringen liess, die mit der Sprachenfrage Ernst machen wollten, ging das ganze Ausgleichswerk in Scherben. Jene Vorlage insbesondere, welche die Errichtung eines Kreisgerichts in Trautenau und acht deutsche Gerichtsbezirke betraf, erregte so sehr den Unwillen der Tschechen, dass sie die Verlesung des Kommissionsberichts mit Gewalt verhin-

dernten. Die spätere Zeit hat stürmischere Sitzungen gesehen, aber damals, im Mai 1893, war es noch neu, dass man den Kampf mittels der Debatte, durch den Kampf der Fäuste und Gesänge ersetzte. Der böhmische Landtag wurde geschlossen, das Ausgleichswerk war gescheitert.

Nur Oberflächlichkeit, die sich an die Form hält und nicht den Inhalt sieht, konnte indes die falschen Folgerungen ziehen, dass es Mangel an politischer Einsicht und Erziehung sei, was in so turbulenter Weise sich geäußert habe. Die böhmische Frage verschloss sich einer Beurteilung, welche die Gesetze der nationalen Entwicklung nach den Begriffen gut und böse schied; sie entzog sich erst recht einer Methode, die den Polizeisäbel zu Hilfe rief. Der Spektakel im böhmischen Landtag bestätigte nur die traurige Erkenntnis, dass die seit Kremsier lebendige, sich immer wieder meldende, misshandelte und missverstandene, aber nicht mehr zur Ruhe kommende Frage des Reichs, den kleinen Mitteln österreichischer Regierungen entwachsen war. Das Jahr 1893 gehört zu den Krisenjahren der Monarchie. Noch wäre Österreich stark genug gewesen, ein grosses Reformwerk zu wagen. Stattdessen geschieht das Unwahrscheinliche: Der Ärger des Kaisers macht Taaffe energisch, Thun wird Alba und setzt Prag in den Ausnahmezustand. Die Geschworenengerichte werden eingestellt, Vereine aufgelöst, das Versammlungsrecht wird suspendiert, die Presse wird geknebelt. Und um neuen Hass zu säen, beginnt eine Verfolgung der tschechischen Jugend. Es ist wahr: die Jugend war radikalisiert, sie erlebte eben ihre Sturm- und Drangperiode. Doch ein Auge, das helllichtig war für Prozesse des Geistes, musste sehen, dass in dem Chaos der «Omladina» sich mehr regte, als eine Bewegung gegen den Staat. Die tschechische Jugend hatte in ein paar Jahren durchlebt, wozu andere Völker Jahrzehnte brauchten; in ihr stritt der Nationalismus mit dem Sozialismus, die Philosophie des Individualismus gegen das Diktat der völkischen Schlagworte, Kritik und Skepsis gegen den Romantizismus. Es waren Geburtswehen einer jungen intellektuellen Welt. Diesen Prozess, der auch Österreich Früchte versprach, weil er über den platten Nationalismus hinausstrebte, hat die Polizei mit derber Faust gestört. Es ist aber, als ob die Geschichte ihre besondere Dialektik hätte: die jungen Leute, die Alba-Thun hatte verhaften und von den Ausnahmegerichten aburteilen lassen, sind später in besonderer Art auferstanden: Als Minister und Nationalräte der tschechoslowakischen Republik von 1918.

Auch das gehörte zu den Eigentümlichkeiten des alten Österreichs, dass

es, aus dem Schlaf gestört, wild und brutal werden konnte. Dann schlug es blind um sich und meist nach der falschen Seite. So gross nämlich die Lebensfreiheit in diesem Staate gewesen ist, so empfindlich war die Polizei vor zwei Dingen: vor antidynastischen und vor sozialistischen Regungen. Die Bewegung der Prager Jugend verfiel dem Verdacht, beides zugleich zu sein. Doch ebenso musste der österreichische Sozialismus eine Zeit der Drangsalierung überstehen. Auch dann noch, als er die Kinderkrankheiten des Anarchismus überwunden hatte und nach dem Parteitag von Hainfeld, schon an Viktor Adlers Hand, in das sichere Geleise einer theoretisch fundierten Partei einbog. Es würde etwas an dem Bilde Taaffes fehlen, wenn man nicht hinzufügte, dass er den ersten Regungen des Sozialismus verständnislos gegenübergestanden habe. Freilich, es war nicht seine Schuld allein, dieses Abirren aus österreichischem Phlegma in die Pose des Sozialistenverfolgers. Ein viel Grösserer warf als Feind der Marxisten seinen Schatten auf Österreich: Bismarck. Eine Wirkung des deutschen Sozialistengesetzes war unvermeidlich in einem Lande, wo man an Bismarcks Unfehlbarkeit glaubte. Es bedurfte einer geraumen Zeit, bis sich Taaffe zu dem Gedanken durchrang, dass eine soziale Bewegung, die den Nationalismus als Eigenheit der bürgerlichen Klassen verstand, dem von nationalen Ansprüchen bedrohten Staat nicht schaden könne. Seit Emil Steinbach im Kabinett sass, mag Taaffe dieses Argument öfter vernommen haben. Steinbach war, was man in Deutschland einen Kathedersozialisten nannte, ein Monarchist mit der Überzeugung, dass es die Sendung Habsburgs sei, in dem Reiche der streitenden Bürgerklassen durch soziale Gerechtigkeit und besondere Sorge für die arbeitende Klasse, dem Kaisertum den Sinn einer ethischen, christlichen Herrschaft zu geben. Ob ihn Taaffe ganz verstand, mag dahingestellt bleiben, das praktische Ende der Theorie, das auf die Einführung des allgemeinen Wahlrechts hinauslief, ist ihm aber doppelt recht gewesen in einem Augenblick, da man mit dem Parlament der Stände und Klassen nicht mehr weiterkam. Der Kaiser liess sich von den Gedankengängen Steinbachs überzeugen, er schreckte jedoch vor der Absicht zurück, eine demokratische Reform des Wahlrechts mittels einer kaiserlichen Verordnung zu oktroyieren. Bisher bestand das Abgeordnetenhaus aus Vertretern der vier Kurien; der Grossgrundbesitz, die Handelskammern, Städte und Landgemeinden bildeten je eine Wählerklasse. Nun sollte, nach Steinbachs Vorschlag, in den Klassen der Städte und Landgemeinden allgemein, gleich und direkt gewählt, an den beiden andern Kurien dagegen

nichts geändert werden. Steinbachs Darlegungen in den Sitzungen des Minister rats vom 21. August und 13. September entschieden den Plan. Am 10. Oktober 1893, dem ersten Tag der neuen Session, kündigte Taaffe die Wahlreform an. Die völlig überraschende Mitteilung wirkte im Hause rebellierend. Die Volksparteien nahmen sie mit Freude auf, aber die deutsche Linke und die Konservativen waren aufs höchste bestürzt. «Durch einen Zufall», schreibt Ernst von Plener, «begegnete ich am Ende der Sitzung Hohenwart und sprach ihm meine Entrüstung aus über das unerhörte Vorgehen Taaffes ... Hohenwart war sehr aufgeregt und empört...» Es ist die Stunde, in welcher der deutsche Liberalismus eine grosse Schuld auf sich lädt, und sein Führer Plener zeigt sich in seiner ganzen Begrenztheit, wenn er sagt, er und die Seinen «sahen in der Vorlage ein Manöver des politischen Abenteurers Steinbach, der die Linke für immer zurückwerfen wollte, einen Wortbruch Taaffes, der die Erhaltung des politischen und nationalen Besitzstandes feierlich verkündet hatte.» Der deutsche Liberalismus hat sich mit solchen Anschauungen selber zum Diener einer Klasse erniedrigt. Plener begann sofort ein Kesseltreiben gegen den Plan. Auf seine Veranlassung reist Chlumecky, der Präsident des Hauses, nach Budapest, um dem Kaiser die Gefahren der Reform vorzustellen. Chlumecky wird am 19. Oktober empfangen, er muss aber hören, dass Franz Joseph die Vorlage verteidigt. Er selber, sagt der Kaiser, habe «angesichts der Arbeiterbewegung, Taaffe schon vor Jahren dazu geraten, das Wahlrecht zu erweitern»; er sei jetzt mehr denn je der Ansicht, dass man sich mit «kleinen Auskunfts Mitteln nicht mehr begnügen» könne. «Die Befürchtungen der Deutschen sind übertrieben.» Was sich so oft schon gezeigt hatte, sah man auch diesmal: dass der Kaiser weiter dachte als der deutsche Liberalismus. Franz Joseph hat sich gegen seine innersten Neigungen unter Andrásys und Beusts Einfluss dazu bekehren lassen, mit dem Liberalismus zu regieren; er hat die grosse gesetzgebende Arbeit der Verfassungspartei ermöglicht und nichts dawider getan, dass die Kirche in ihre Schranken gewiesen wurde. Er wäre bereit gewesen, beim Liberalismus zu bleiben, aber dieser Partei fehlte die Gabe, sich von der papiernen Vorstellungswelt Schmerlings loszulösen und dem wirklichen Österreich ein Haus zu bauen. Sie war Staatspartei, solange der Staat der Partei parierte; sie wird eine Klassenpartei, wo die Lebensnotwendigkeiten des Ganzen ihrem Interesse zuwiderlaufen. Die liberale Geschichtschreibung macht Franz Joseph den Vorwurf, er habe ohne ein grösseres Programm, opportunistisch und prinzipienlos, sein Tagewerk ge-

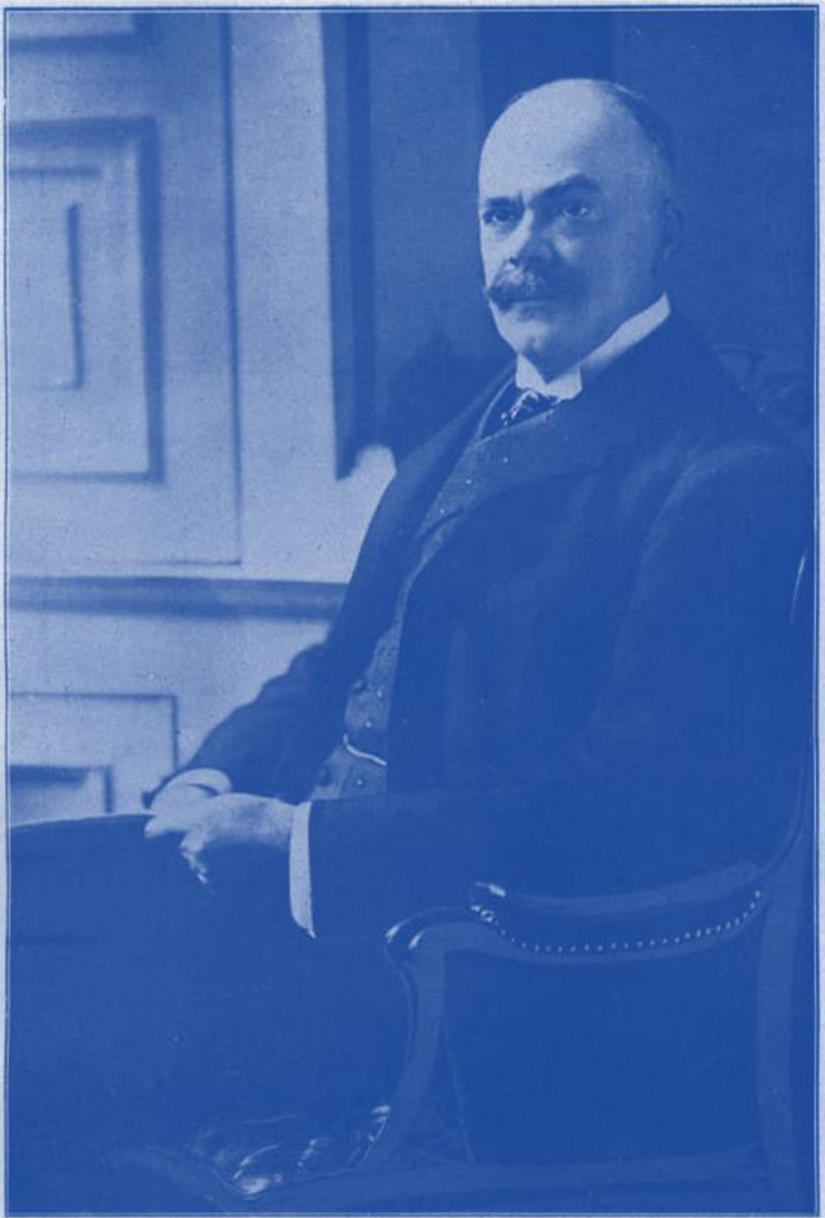
tan. Diesen Vorwurf verdient er nicht von einer Partei, die mitschuldig wurde an allen Versäumnissen des alten Österreichs. Der «sprunghafte Wechsel seiner Entschliessungen» trat immer dann ein, wenn sich die liberale Doktrin ausserstande zeigte oder nicht willens war, dem Reich zu geben, was die Zeit erforderte. An der Zuflucht Franz Josephs bei Hohenwart und Schöffle ist der deutsche Liberalismus ebenso schuld wie an dem langjährigen Nothelfer Taaffe. Und nun, da der Kaiser historischer denkt als der Liberalismus, das Wahlrecht erweitern und die «kleinen Auskunfts Mittel» verabschieden will, tritt ihm Herr Plener in den Weg. Es ist eine der Legenden des alten Österreichs, die Sage von der Allmacht des Kaisers. Herr Plener hat es in einem entscheidenden Augenblick der Geschichte erreicht, dass ein notwendiger Plan und Entschluss des Kaisers zu Fall kam. Mit der Vereinigung der drei grossen Parteien, der Linken, der Polen und der Konservativen, die sich auf Pleners Geheiss gegen die Reform zusammenschlossen, war das allgemeine Wahlrecht vorläufig erledigt. Damit allerdings «auch Taaffe. Am 29. Oktober 1893 reichte er nach vierzehnjähriger Regierung seine Demission ein. Der Kaiser nahm sie schweren Herzens an.

## **DIE EMPÖRUNG DER KLEINBÜRGER**

ES SAGT NICHT DIE GANZE WAHRHEIT DAS WORT von der Schuld des deutschen Liberalismus, der sich in einem entscheidenden Augenblick mit den Polen und den Konservativen verbündet, die Vorrechte der Klassen schützt und vor dem pochenden Verlangen der Massen das Tor des Parlamentes schliesst. Der entscheidende Mann, der über Taaffe und über den Kaiser siegte, Ernst von Plener, hat dieser Koalition einen andern Sinn zu geben versucht mit der Deutung, sie sei die natürliche Vereinigung der staatserhaltenden Parteien gewesen vor dem Ansturm der nationalen und der sozialen Demagogie. Dieser Versuch einer Verteidigung hält vor dem Urteil der Geschichte nicht Stand. Der deutsche Liberalismus dankte seine Herrschaft den Niederlagen, die der Neoabsolutismus Franz Josephs in Italien und in Ungarn erlitten hatte; die Ohnmacht des eigenen Schwerts und die Unnachgiebigkeit Ungarns zwangen die neue Alleinherrschaft zur Abdankung. Ungarn erreichte nicht nur die Anerkennung seiner historischen Rechte, es verhalf auch den Erbländern zu einer konstitutionellen Verfassung. Die Versöhnung der Krone mit dem Liberalismus vollzog sich in Österreich auf dem Schutt verbriefter Verträge. Der Dualismus gab nur Un-

garn, nicht den Erbländern die alten Rechte wieder. Österreich blieb ein Einheitsstaat, ruhend auf der Macht der Krone, des Heeres und des Beamtentums. Die einzige Klasse, die dieses Machtverhältnis bejahte und sich mit ihm identifizierte, war das deutsche Bürgertum. Es fand in ihm die Tradition Maria Theresias und Josephs wieder und den vermeintlichen Sinn der österreichischen Geschichte. Franz Joseph und der deutsche Liberalismus wurden Verbündete; die Liberalen mit dem Enthusiasmus einer grossen Überzeugung, Franz Joseph wider Willen. Doch wie der Kaiser als unfreiwilliger Genosse des deutschen Liberalismus dessen Weg gehen musste und Teilnehmer wurde an den guten Werken dieser Zeit, so machte die Geschichte den Liberalismus zum Teilnehmer an der Sünde der Gewalt. Auch das alte Österreich bis zu Maria Theresias Tagen war nicht ohne Gewaltanwendung zum grossen Staat erwachsen. Es ruhte aber auf feierlichen Verträgen, die den Kaiser als «Gebietet von Rechts wegen» anerkannten. Franz Josephs Macht hatte mit dem Siege der Konterrevolution die Verträge verflüchtigt. Das Reich bekam einen neuen Inhalt, zu den Trägern der alten Rechte gesellten sich neue Klassen und Schichten. Die Verträge, die Franz Josephs Vorfahren geschlossen und respektiert hatten, stiegen aus den Gräbern und stritten an der Seite der lebenden Völker. Es wäre eine vergebliche Totenerweckung geblieben, wenn die historischen Rechte nur im Namen ihrer alten Besitzer gesprochen hätten. Erst die neue Verbindung gibt der Totenbeschwörung Sinn und faszinierende Gewalt. Der böhmische Adel reklamiert mit dem Staatsrecht sein Vorrecht; hinter ihm aber steht das Volk, das mit dem geschichtlichen Recht, das Recht auf Geschichte fordert. Die Zitierung der historischen Verträge wäre ohne die lebendigen Kräfte der Nation eine Maskerade der Privilegien; als Programm einer ganzen Nation wird sie eine tödliche Waffe gegen den Einheitsstaat. Die toten Papiere haben am Ende das lebende Österreich begraben.

Wenn von einer historischen Schuld des deutschen Liberalismus gesprochen werden darf, dann war es diese, dass er die Dialektik des eigenen Landes nicht verstand. Auch er war, wie der Kaiser bis 1866, der Gefangene einer Illusion; er blieb es aber bis an sein Ende. Jetzt, im Jahre 1893 freilich beging er auch an der Illusion Verrat. Den moralischen Anspruch auf seine Herrschaft hatte er bisher von dem Titel abgeleitet, ein vorwärtstreibendes Prinzip zu sein. Nun wird er auch politisch der Anwalt des Stillstands. Der Kaiser verstand besser die Zeichen seiner Zeit, wenn er darauf drängte, das



Ernest von Koerber



Katharina Schratt  
als jungdliches Mitglied des Burgtheaters



Wahlrecht zu verbreitern, aber ihn band die Pflicht des konstitutionellen Monarchen an die Stimme der parlamentarischen Mehrheit. Als er am 30. Oktober 1893 den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn von Chlumceky, und die drei Obmänner der Mehrheit empfing, unterwarf er sich nur widerwillig dem Gebot, der Koalition die Geschäfte der Regierung anzuvertrauen. Eigentlich hatte er vom Grafen Hohenwart erwartet, dass dieser die Regierung übernehmen werde. Als der Führer der Konservativen auf sein Alter hinwies, meinte der Kaiser ärgerlich: «Zum Einstürzen waren Sie nicht zu alt, zum Auf bauen sind Sie's.» Plener empfahl den Fürsten Alfred Windischgrätz, den Enkel des Generals von 1848. Die Erben der bürgerlichen Revolution pflanzten den Namen der Konterrevolution als Standarte auf. Franz Joseph hatte schon damals an einen andern Mann gedacht, an den Statthalter von Galizien, den Grafen Kasimir Badeni, der vor dem Kaiser den Eindruck eines besonderen Talents erweckt hatte, doch blieb Badeni vorläufig noch seinem Lande erhalten. Pleners Kandidat, Windischgrätz, wurde Ministerpräsident.

Das Kabinett war gebildet, das den Besitz der Privilegierten vor dem Ansturm der Massen schützen sollte. Der Kaiser wünschte jedoch auch von ihm, sich mit der Wahlreform zu befassen. Gleich in der ersten Audienz Pleners kam er auf diese Frage zu sprechen und meinte, es sei unmöglich, die Reform länger noch hinauszuziehen. Die andern Forderungen, die dem Kaiser wichtig waren, die erhöhten Ansprüche der Heeresverwaltung, das Landwehrgesetz und die Valutareform kamen unter ein sicheres Dach; die neue Mehrheit brachte die Aussicht, diese Vorlagen zu sichern. Um welchen Preis jedoch gab die Partei des deutschen Bürgertums ihre Stimmen für diese «staatserhaltenden Zwecke» her! Es war nur die natürliche Wirkung der unnatürlichen Koalition, dass sie alle Elemente des Fortschritts gegen sich vereinte und eine Gegenkoalition des Geistes und der Arbeit schuf, wie sie Österreich vorher nicht und auch nicht nachher gesehen hat. Die Jungtschechen, damals im Besitze ihrer besten Kräfte, sprachen nicht nur für ihr eigenes Volk, wenn sie sich zum Anwalt des allgemeinen Wahlrechts erhöhten; sie hatten in Eduard und Julius Gregor, in Dr. Kramar, in Pacak, Herold, Eym und Kaizl eine Reihe gebildeter Köpfe und grosser Redner, welche die Opposition gegen das Kabinett der Koalition, auf die Höhe eines Kampfes der Weltanschauungen erhoben. In einer der ersten Sitzungen rief Eduard Gregor Herrn von Plener die Worte zu: «Es ist ein trauriges Bild, den stolzen Führer der Liberalen, nun in der Garde der Kleinalen und Feudalen zu sehen; er hat den flatternden Helmbusch des Frei-

heitskämpfers abgelegt und ist nach dem Kanossa einer Partei gewandert, die er ein ganzes Leben lang so tapfer bekämpft hat.»

Nicht minder leidenschaftlich war der Widerstand der Sozialdemokratie, die unter Viktor Adlers Führung, sich in ihrem neuen Tagblatt, der «Arbeiterzeitung», ein blendendes Instrument der Opposition geschaffen hatte. Ein Stab junger Talente, mit Friedrich Austerlitz an der Spitze, wusste in täglich sich erneuernden Anklagen, den Protest gegen die volksfeindliche Regierung zu einer grossen allgemeinen Angelegenheit zu machen. Diese Arbeit hat nicht wenig dazu beigetragen, dass die gebildeten Schichten des deutschen Bürgertums sich vom Liberalismus lossagten. Vom Kleinbürgertum bereits verlassen, verlor er nun auch den besten Teil seiner eigenen Klasse. Die Opposition war talentfördernd; der Wiener Journalismus erlebte seit 1848 eine zweite Blüte. Die Wochenschrift Heinrich Kanners, Hermann Bahrs und Prof. J. Singers, «Die Zeit», war der Ausdruck einer tiefen Anteilnahme der Gebildeten an den Fragen des Tages. Wien und Prag waren Herde der Empörung geworden. Die Reichshauptstadt sah am 17. Oktober 1894 einen in solchem Umfang bisher unbekanntem Massenaufmarsch der Arbeiter, die das allgemeine Wahlrecht reklamierten. In Prag wuchs die Erbitterung zu revolutionärer Höhe, seitdem das Ausnahmegericht mit unbarmherziger Strenge die Prozesse gegen die jungen Leute der «Omladina» fortsetzte und 179 Angeklagte zu 278 Jahren Kerkers verurteilte. Mit der Auflehnung der Tschechen und der Sozialdemokratie war indes der Reigen der Opposition noch nicht beendet. Das Koalitionsministerium brachte auch die Wiener Christlichsozialen, die Partei des rabiat gewordenen kleinen Mannes, wider sich auf. Im April 1895 hatten sie bei den Neuwahlen in den Wiener Gemeinderat auch in dem zweiten Wahlkörper Mandate erobert; zur Herrschaft über Wien fehlten ihnen gerade zehn Stimmen – so erschreckend rasch hatte der Liberalismus seine Macht über Wien verloren. Im Juni nun, bei der Wahl des Vizebürgermeisters, trat der Kandidat der Liberalen, Dr. Richter, zurück, weil er, wie er sagte, «nicht von der Gnade der Gegner» abhängig sein wollte. Bei dem zweiten Wahlgang erhielt Dr. Karl Lueger die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen, worauf der liberale Bürgermeister, Dr. Richter, sein Mandat niederlegte. Nun handelte es sich um den Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Es war kein Zweifel, Dr. Lueger hatte die besten Aussichten, der Herr über Wien zu werden. Das hiess damals so viel, wie den Teufel in den Himmel lassen. Dieser begabte Demagoge, Sohn Wiener Hausmeisters-

leute, in allen Tugenden und Fehlern ein echtes Kind seiner Stadt, hatte als Demokrat begonnen, aber mit seinem Spürsinn die Wandlung erfasst, die sich im Lager des kleinen Mannes vollzog; er verstand es wie keiner, das gefühlsmässige Raisonement des unzufriedenen Kleinbürgers gegen die Herrschaft des Kapitals, gegen die Börse und die andern Mächte der industrialisierten Welt, die als Gespenster das Dasein der Handwerker und Gewerbsleute bedrückten, in die bilderreiche Sprache des Wiener Dialekts zu übersetzen. Und er stieg unter die Ebene seines Wissens und seiner Bildung, wenn er das antisemitische Losungswort zum Kern aller Kritik machte. Der «Sozialismus des dummen Kerls», wie der demokratische Abgeordnete Dr. Kronawetter die neue Rebellion nannte, fand in Lueger seinen Bebel und Marx. Und nun sollte der Aufrührer der Stadt, der Meister in der Entfesselung des leidenschaftlichen Hasses Bürgermeister werden? Die Frage kam vor den Ministerrat, dem der Kaiser präsiidierte. Später, als Lueger sich mit der Welt versöhnte und grosse verdienstvolle Arbeit tat, hat Franz Joseph die mit akustischen Ovationen verbundene Popularität des Lieblings von Wien schmerzlich empfunden. Jetzt, da es zu entscheiden galt, fürchtete er durch ein Machtwort in den erhitzten Streit der Parteien gezogen zu werden. Dennoch neigte er eher dazu, Lueger als Bürgermeister zu bestätigen, weil, wie er sagte, kein rechtlicher Grund vorlag, die Bestätigung zu verweigern. Plener setzte sich sehr dafür ein, das autonome Recht der Reichshauptstadt auf die Wahl des Bürgermeisters zu kassieren; er empfahl das Vorbild Frankreichs, wo der Seine-Präfekt von der Regierung ernannt wird. Doch Lueger schob vorläufig selbst alle Zweifel beiseite; er wurde zwar gewählt, nahm aber die Wahl nicht an, da ihm die Mehrheit der Stimmen zu gering sei. Es war nicht nur sein Sinn für die Steigerung dramatischer Effekte, der ihn so handeln liess, er war insgeheim auch von Vertrauensleuten des Hofes förmlich gebeten worden, diesen Ausweg zu wählen.

Wichtiger noch als die Wiener Frage schien dem Kaiser die Wahlreform. Doch gerade vor diesem Thema musste das Koalitionskabinett versagen. Das zu diesem Zweck eingesetzte Subkomitee, gesteht Plener selber, «kam nicht vorwärts, und die Regierung, Ministerpräsident und Minister des Innern sassen schweigend bei den unfruchtbaren Debatten.» Der Kaiser drängte und forderte einen Entschluss. Im Ministerrat vom 7. März 1895 will er aus dem Munde der Minister hören, wie weit sie mit der Reform gekommen seien. Vor ihm breitet sich jedoch Zwietracht und Ratlosigkeit aus.

Marquis Bacquehem, der Minister des Innern, trägt einen Plan vor, wo-

nach den bestehenden Kurien der Städte und jener der Landgemeinden eine Unterabteilung für die kleinsten Steuerträger beizufügen wäre, daneben eine Klasse mit zwölf Mandaten für die versicherungspflichtigen Arbeiter – ein Plan, der selbst dem Kaiser unvereinbar scheint mit den Forderungen der Zeit.

Er will wissen, ob die Regierung in der Sache selbst einig und welche Zeit erforderlich sei, um eine Reform des Wahlrechts zu erledigen. Die Debatte der Minister zeigt, wie weit man von einer wirklichen Reform entfernt ist. Der Kaiser schliesst die unerquickliche Sitzung mit dem Wort, die Regierung dürfe die Reform nicht den Parteien überlassen, sondern müsse «sie selber in die Hand nehmen, um der Versumpfung ein Ende zu machen». Die Sprache des Kaisers, bemerkt Plener, «verfehlte nicht ihre Wirkung», es wird aber doch Juni, bevor das Komitee für die Wahlreform mit einem ungefähren Bild sich meldet. Die «Neue Freie Presse» nennt das so schwer geborene Elaborat «ein monströses Machwerk, gleich weit entfernt von der Vernunft, wie von sozialer Einsicht». Es war nicht der erste Trompetenstoss des grossen liberalen Blattes gegen die Regierung; es hielt nur widerwillig mit der offenen Kampfansage zurück. Indes, die Partei nahm ihrem Führer nicht so sehr das Versagen in der grossen Frage der Zeit, auch nicht den Rückfall in die Methoden des alten Polizeistaates übel. Die Kujonierung der Presse, die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands, auch das Verhalten der staatlichen Gewalt bei den Streiks der Bergarbeiter in Falkenau und Ost-  
rau hätte man ihm verziehen, obwohl es in Böhmen drei, in Schlesien gar vierzehn Tote gab. Ein kleiner, ein typisch österreichischer Streit wurde dem Kabinett zum Verhängnis. In dem steiermärkischen Städtchen Cilli bestand ein deutsches Gymnasium. Die Slowenen der Stadt und des Kreises bemühten sich seit Jahren, auch eine Mittelschule zu erhalten. Da ihr Verlangen nach einer selbständigen Anstalt am Widerspruch der Deutschen gescheitert wäre, hatte ihnen Taaffe slowenische Parallelklassen an dem deutschen Gymnasium zugesagt, und Windischgrätz, um die Erhaltung der Koalition besorgt, übernahm dieses von den Konservativen und den Polen gestützte Versprechen. Es war ein Widersinn des in dem täglichen Kleinkampf vergifteten Nationalismus, eine Kulturforderung des nationalen Gegners als Schmälerung deutschen Besitzes zu deuten. Doch aus dem Kleinkrieg von Cilli wurde eine grosse Angelegenheit der deutschen Parteien. Die Regierung hatte den Betrag von 1'500 Gulden für die Errichtung der ersten slowenischen Parallelklassen des Gymnasiums von Cilli eingestellt; Plener, der Finanzminister, musste die Post vertreten.

Der Budgetausschuss bewilligte sie, aber an demselben Tage, dem 18. Juni 1895, unmittelbar nach der Sitzung, meldete die deutsche Linke ihren Austritt aus der Koalition. Am 19. Juni zu frühester Stunde überreichte Windischgrätz dem Kaiser die Demission des Kabinetts. Franz Joseph zögerte keinen Augenblick, sie anzunehmen.

Franz Joseph musste sich daran gewöhnen, zumindest eine Krise im Hause zu haben. Seit den letzten Jahren war es zur ständigen Erscheinung geworden, dass der Organismus der Regierung an mehr als einer Stelle versagte. Es fehlte dem Kaiser nicht an Geduld und Beharrlichkeit in den Zeiten der Krisen, wohl aber an der Erkenntnis, dass hinter den anscheinend störend und zerstörend wirkenden Parteien, Kräfte der Nationen sich regten, die als Äusserungen eines geschichtlichen Prozesses begriffen und behandelt werden wollten. Seine Skepsis vor Lehrmeinungen und die resignierende Erfahrung aus der Zeit des Liberalismus wie aus dem föderalistischen Experiment Hohenwarts und Schöffles, bestärkten ihn in der Überzeugung, dass es nicht auf die geistige Deutung, nicht auf das Rezept, sondern auf die regierenden Menschen und deren realpolitische Fertigkeit ankomme, die Widersprüche des Reiches von Fall zu Fall zu überwinden. Nach dem Rücktritt des Koalitionsministeriums stellte ein Beamtenkabinet unter der Leitung des Grafen Kielmannsegg den Übergang her zu dem längst schon ausersehenen neuen Mann, dem Grafen Kasimir Badeni. Es war nicht der Wunsch nach einem «Herrn», was Franz Joseph zu dem polnischen Grafen führte, es war auch nicht «die geringe Menschenkenntnis des Kaisers», der Plener die Schuld an dieser Wahl beimisst – Badeni war unter den Ministern, Geheimräten, Statthaltern und Adjutanten, die in des Kaisers Nähe kamen, nach langer Zeit der erste Optimist, ein Mann von Selbstvertrauen und Hoffnung in einem Kreise jener altösterreichischen Verdrossenheit, die aus Müdigkeit und Selbsterkenntnis in jede Zukunft Zweifel setzte. Die Geschichte Österreichs hat gezeigt, dass sich die traditionellen Sceptiker besser bewährt haben als jene aus der Art geschlagenen Optimisten, die durch übel angewandte Energie ersetzen wollten, was ihnen an tieferer Einsicht in das Wesen des alten Österreichs fehlte. Damals jedoch, nach dem trostlosen Fiasko der Koalition, griff der Kaiser schon aus einem Grunde nach der anscheinend kräftigen Hand, um die ihm notwendig scheinende Reform des Wahlrechts und einen halbwegs befriedigenden Ausgleich in Böhmen zustande zu bringen. Neben Badeni war Bilinski, der Finanzminister, des Kabinetts einflussreichster Mann; Graf Gleispach

übernahm die Justiz, Glanz von Eicha den Handel, Graf Ledebur das Portefeuille für Ackerbau. Wien, daran gewöhnt, an jeder neuen Ministerliste seinen Witz zu üben, freute sich an dem Satz: «Bade nie den Bilinski im Gleisbach, sonst verliert der Ledebur den Glanz.» Badeni führte sich zunächst gut ein; er beseitigte den Ausnahmezustand, in dem sich Prag noch immer befand, und enthob den Grafen Thun von der Leitung der böhmischen Statthalterei. Im Parlament verkündete er als Motto seiner Regierung, er wolle «führen, nicht geführt werden». Im Oktober 1895 war Dr. Karl Lueger zum zweiten Male zum Bürgermeister Wiens gewählt worden. Es war zwar durch nichts gerechtfertigt, bewies aber einen eigenwilligen Mut, als Badeni dem Kaiser widerriet, den erklärten Liebling der Wiener Kleinbürger als Herrn der Stadt zu bestätigen. Es half nichts, dass nach der dritten Wahl Luegers im November desselben Jahres, der Gemeinderat aufgelöst wurde. Die Bewegung der Christlichsozialen war viel zu mächtig geworden, als dass sie durch Gewalt hätte behindert werden können. Im März 1896 entschied die inzwischen wieder angewachsene Mehrheit des Gemeinderats zum vierten Male, dass sie Dr. Lueger und keinen andern an der Spitze der Stadt haben wolle. Was der Kaiser befürchtet hatte, war jetzt eingetreten: der loyalste Teil der Bevölkerung, jene Schichten der kleinen Leute, die aus Überlieferung nie etwas anderes gewesen waren als Österreicher im habsburgischen Sinne, Bürger der Kaiserstadt, keiner Nation zugehörend, sondern nur der Residenz – auch diese eigentlichen Figuranten des Kaiserpanoramas trotzten den Wünschen Seiner Majestät. Als Franz Joseph im April 1896 im offenen Wagen nach Wien fuhr, musste er den Ruf hören: «Hoch Lueger!» Er schloss auch mit den Christlichsozialen Frieden. Zunächst wohl bewog er selber den viermal gewählten Dr. Lueger, sich mit der Rolle des Vizebürgermeisters zu begnügen; ein Jahr später jedoch, bei der fünften Wiederwahl, verweigerte er dem Erwählten nicht mehr die Bestätigung. Lueger wird von da an der repräsentative Mann des veränderten Wien. Es ist die zweite Wandlung der Residenzstadt während der Regierungszeit Franz Josephs. Die erste vollzog sich bei Beginn der Verfassungsära, in der klassischen Zeit des Liberalismus. Damals wurde aus dem Wien des Biedermeier, aus der Stadt des Kaisers Franz, Grillparzers und Schuberts, die grosse Metropole des emporgestiegenen Bürgertums. Ihr ideales Sinnbild blieb trotz allen materiellen Veränderungen Schmerling. Jetzt wird der liberale Bürger aus der beherrschenden Position gedrängt; ein neuer Ty-

pus, der radikalisierte kleine Mann, tritt an dessen Stelle, und sein Führer Dr. Lueger wird die populärste Gestalt.

Doch Wien ist nicht das Reich, seine Politik ist nicht Reichspolitik, mehr noch als der Streit um den Bürgermeisterstuhl der Residenzstadt, drängt die Wahlreform nach einer Entscheidung. Badeni, flinker als seine Vorgänger, legt im Februar 1896 einen Gesetzentwurf vor, der zu den bestehenden vier Kurien der Privilegierten, eine fünfte Kurie des allgemeinen und gleichen Wahlrechts hinzufügt. Es stand dem Abgeordnetenhaus frei, dieses Kompromisswerk abzulehnen und sich ganz auf den Boden des allgemeinen Stimmrechts zu stellen. Einen solchen Antrag lehnte das Haus jedoch ab und entschied sich für Badenis Vorschlag. Im März 1897 wird bereits nach dem neuen Gesetz gewählt. Die Reform vermochte das Haus nicht wesentlich zu verändern. Ein Anwachsen des nationalen Radikalismus und der Einzug von vierzehn Sozialdemokraten sind das Ergebnis der Wahlen. Die grösste Sorge jeder Regierung ist die Pflicht, das befristete Übereinkommen mit Ungarn rechtzeitig zu erneuern. Die Regelung des Beitrags zu den gemeinsamen Kosten des Reichs und die parlamentarische Genehmigung der Verträge setzen eine Mehrheit im Parlament voraus. Auch Badeni muss sich darum bemühen. Dieses praktische Ziel, aber auch der Wunsch des Kaisers, die Schlichtung der böhmischen Dinge aus eigener Überzeugung und Machtvollkommenheit zu versuchen, bewegen Badeni, Verordnungen herauszugeben, die den Gebrauch der beiden Landessprachen, der deutschen und der tschechischen, regeln sollen. Mit dem Auge von heute gesehen, enthalten Badenis Ordonnanzen nichts, was bei einem gerechten Ausgleich zu beanstanden wäre: sie stellen die Gleichberechtigung der beiden Landessprachen her, so zwar, dass alle Ämter und Gerichte verpflichtet werden sollen, mit den Parteien in der Sprache der Partei zu verkehren. Auch die Eintragungen in die Register und Urkunden sollten danach gehandhabt werden. Die notwendige Ergänzung dazu war das Gebot, von den Beamten Böhmens und Mährens die Beherrschung beider Landessprachen in Wort und Schrift zu fordern. Die Deutschen hatten es versäumt, zur Zeit ihrer parlamentarischen Herrschaft die eigene Sprache als Staatssprache sicherzustellen; in der Praxis der Behörden freilich war ihr die Geltung als Amtssprache geblieben. Badenis Verordnungen gingen vor allem darin über alle geltende Übung hinaus, dass sie von den deutschen Beamten die Kenntnis des Tschechischen verlangten. Der Sturm, den die Ordonnanzen bei den Deutschen entfachten, ist nur aus der Macht alter Vorstellungen zu

erklären. Die deutsche Politik wollte bei einem Ausgleich von Volk zu Volk wohl die Geltung des Tschechischen im Sprachgebiet der Tschechen zugehen, zu welchem Zwecke sie die Abgrenzung der nationalen Siedlungen vorschlug; ihr erschien es aber als ein gewaltsamer Bruch mit allem Herkommen, dass von nun an beide Sprachen im ganzen Lande gleichberechtigt sein sollten. Der deutschnationale Radikalismus sah in der Gleichstellung der Sprachen eine Existenzfrage der Deutschen. Den Söhnen aus dem Kleinbürgertum, zum grössten Teil Anwärtern auf Beamtenposten, drohten sich die Kanzleien des Staates zu verschliessen, wenn Baden's Verordnungen Wahrheit wurden. Denn so verhältnismässig leicht die studierende Jugend der Tschechen das Deutsche erlernte, so schwer fiel es dem deutschen Studenten, sich mit der zweiten Sprache des Landes zu befreunden. Der irdische Kern des Sprachenstreits bekam im Kampf gegen Baden's Verordnungen freilich eine ideelle Umhüllung. Es traf vieles zusammen, was dem Protest gegen eine Regelung der staatlichen Geschäftspraxis den Charakter einer Volksbewegung lieh.

Die Emanzipation der deutschen Kleinbürger von der Gedankenwelt der Liberalen und von ihrer Führung musste dem deutschnationalen Radikalismus zustatten kommen. Der Liberalismus war in seinen Grundelementen ein Wiener Produkt. In den Grenzgebieten des deutschen Böhmens, vom Riesengebirge bis zur Lausitz, war das Gefühl für die Verbundenheit mit dem Deutschen Reiche immer stärker gewesen, als die Zuneigung zu Wien. Jetzt nahm die Masse den nationalen Radikalismus umso williger auf, als sie sich national und sozial bedrängt fühlte. Beides aber, den sozialen und den nationalen Protest, fand sie in dem Programm Georg Ritter von Schönerer's. Dieser Mann besass Gaben, die ihn zum Tribunen geeignet machten; er war unabhängig und mutig nach oben, er sah, obzwar ein Junker, über die Schranken seiner Klasse hinaus, er war ein guter Redner. Doch bei alledem fehlte ihm das notwendige Mass von Bildung und auch der Wille, sich mit , den Fragen der Zeit ernster zu befassen. Zu stolz, um sich belehren zu lassen, hatte er sich von den geistigeren Elementen der deutschnationalen Bewegung losgelöst und ging nun seine eigenen Wege. Hatte die Reaktion auf die Gründerjahre und den industriellen Aufschwung in Wien den christlichen Sozialismus geboren, so fand Schönerer die Form für die Reaktion der deutschen kleinstädtischen Provinz. Ohnmächtig vor den unpersönlichen Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, eingeklemmt zwischen Bourgeoisie und Proletariat, beengt von dem Aufschwung des na-



tionalen Gegners, flohen die deutschen Kleinstädter in die älteste Vergangenheit. Es war keine Marotte Schönerers, wenn er die christliche Zeitrechnung aus seinem Kalender verbannte und die neue Reihe der Jahre mit der Schlacht im Teutoburger Walde begann; es war auch kein Spass jene altertümliche Kostümierung, in welcher er und seine Genossen das Fest der Sonnenwende wieder auffrischten, Höhenfeuer entzündeten und vor brennenden Holzstössen und den Wahrzeichen alten Germanentums das Volk zusammenriefen. Die geschichtlichen Ungereimtheiten hinderten nicht, sie förderten es, dass die Bewegung über ihr ursprüngliches Bett, die studentischen Kreise, hinauswogte und ganz Deutschböhmen überschwemmte.

Im Jahre 1897 nun war es Schönerers Partei, die im Kampfe gegen Badenis Sprachenverordnungen die Führung übernahm. Schönerers begabtester Jünger, der ehemalige Student und Schriftleiter Karl Hermann Wolf, jetzt auch Mitglied des Abgeordnetenhauses, zog als «Jung-Siegfried» durch Deutschböhmen und trieb die sonst schwerfälligen und gutmütigen Bürger zur Rebellion. Er hat den Protest bis zum persönlichen Symbolakt gesteigert, als er, nach einer Beleidigung des Ministerpräsidenten, den Gegner im Pistolenduell verletzte. Der Agitation der Radikalen konnten die andern deutschen Parteien nicht nachstehen. Im Parlament forderte Schönerer, dass die Verordnungen Badenis dem Hause vorgelegt werden; die Liberalen verlangten deren Aufhebung, die deutsche Volkspartei die schleunige Beseitigung und neue Ausgleichskonferenzen. Siebzig deutsche Universitätsprofessoren schlossen sich dem Protest an. Im Mai begannen die deutschen Parteien jede Arbeit des Parlaments planmässig lahmzulegen. Die Opposition übersiedelte auf die Strasse. Auf dem Volkstag in Eger, am 13. Juni, schworen die Abgeordneten aller deutschen Parteien einen Eid, im Kampf gegen die Verordnungen auszuharren. Der Versuch Badenis, eine Verständigung herbeizuführen, wurde abgelehnt. Als das Abgeordnetenhaus im Oktober 1897 wieder zusammentrat, setzte die Opposition die Behinderung jeder Arbeit fort; der Ausgleich mit Ungarn kam in Gefahr. Es nützte nichts, Abend- und Nachtsitzungen abzuhalten, die Opposition schuf Rekorde an Lungenkraft und Rededauer. Der Abgeordnete der Stadt Brünn, Dr. Ernst Lecher, sprach ununterbrochen dreizehn Stunden lang, der Abgeordnete des Leitmeritzer Bezirks, Dr. Alois Funke, sechs, und andre folgten diesem Beispiel. Am 23. November kam es bei der zweiten Lesung des provisorischen Ausgleichsvertrags zu Schlägereien. Badeni gelang eine

Überrumpelung des Hauses; er liess im Tumult eine Änderung der Geschäftsordnung vornehmen, die es ermöglichte, renitente Abgeordnete von den Verhandlungen auszuschliessen und mit Gewalt zu entfernen. Dieser Angriff auf die Freiheiten des Parlaments hat zur Folge, dass sich nun auch die Sozialdemokraten der Opposition anschliessen. Am 26. November erstürmen sozialdemokratische Abgeordnete die Präsidententribüne. Der neue Präsident, der Pole Ritter von Abrahamowicz, ruft die Polizei. Sechzig Wachleute dringen in das Abgeordnetenhaus. Auf der Tribüne wird mit Fäusten gekämpft. Zehn Abgeordnete, darunter Schönerer, Wolf und der polnische Sozialist Daszynski, werden von Polizeileuten aus dem Saale geschleift. Wolf wird verhaftet und wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit dem Landesgericht eingeliefert.

Am 27. November wird die Wiener Strasse rebellisch. Längs des Franzens-Rings, vor dem Parlament, bei dem Schmerlingplatz und vor dem Volksgarten stauen sich Tausende Menschen, Bürger, Arbeiter, Studenten. Die Polizei wird nervös, sie dringt in die Menge ein und verhaftet jeden Rufer. Nachmittags rückt Militär aus, den Ring zu räumen. Das äussere Burgtor wird geschlossen, die Wachen werden verstärkt, die Garnison ist in Bereitschaft. Der Kaiser hat Wien verlassen, er ist in Wallsee bei der Tochter. Den nächsten Tag, am 28. November, einem Sonntag, ist Wien im Fieber. Schon vormittags ziehen tausende Menschen der äusseren Bezirke nach der inneren Stadt; auf dem Rathausplatz, vor dem Parlament bis zur Burg wogt eine unübersehbare Menge, die nur darauf wartet, der Erregtheit ein Ziel zu geben. Vor dem Burgtor herrscht Lärm, die Menge will in den inneren Hof. Die Polizei verhaftet seit den Morgenstunden. Es fehlt nur ein Kommando, ein Beispiel, die Massen in Sturm zu setzen. Dr. Lueger, gestern noch an Badeni Seite, tritt, die Situation erkennend, auf den Balkon des Rathauses und spricht zur Menge: Badeni müsse weg. Da wird die Spannung gelöst durch das Geschrei der Zeitungsjungen, die Extrablätter verteilen. Es ist die amtliche «Wiener Zeitung» mit dem Doppeladler am Kopfe. Sie bringt die Entscheidung: Badeni hat demissioniert! Kaiser Franz Joseph war in den Abendstunden des Vortags plötzlich nach Wien zurückgekehrt und hatte Badeni, Goluchowski, Bilinski, Dr. Lueger gehört. Badeni riet, hart zu bleiben, nicht vor der Strasse zu weichen. Der Kaiser schwankte. Er wich in Ungarn zurück, war er auch in Wien der Schwächere? Die telephonischen Meldungen der Polizeidirektion an die Generaladjutantur sagten, es sei so weit, dass das gewaltlose Bemühen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht ausreiche. Der Kaiser war, wie später Baron

Gautsch sagte, in seinem Herrscherbewusstsein verletzt, aber er hatte der Gewalt abgeschworen. Es wäre ihm unvorstellbar gewesen, in den Strassen Wiens schiessen zu lassen. Er beugte sich lieber und gab nach.

Badenis Glück hatte ein Ende gefunden, dem Wiener Drama aber folgte ein Nachspiel in Prag. Der Gegensatz der Nationen stellte alles auf den Kopf. Die Jungtschechen empfanden die Niederlage Badenis als eine Kapitulation vor dem deutschen Radikalismus, seine Entlassung als eine Gefährdung der Sprachenverordnungen. Die Wiener Strasse hatte Badeni beseitigt, in Prag jedoch begingen die deutschen Couleurstudenten den Fehler, post festum, einen Tag nach dem Sturz, als Sieger durch die Stadt zu marschieren. Sie zogen mit Farben und Kappen durch die belebtesten Strassen, wie um den Triumph recht deutlich zu machen. Dieser Zug, von den Tschechen als Verhöhnung empfunden, brachte nun Prag in Aufruhr. Mittags, den 29. November, demonstrierten die tschechischen Studenten, abends war Prag ein wogendes Meer entfesselter Leidenschaften. Das Pflaster der inneren Stadt bedeckten Glassplitter und Scherben; der Zorn der Menge hatte sich an den deutschen Lokalen und Geschäften ausgetobt. Die Demonstration wuchs aber weiter und, in wenigen Stunden, über den Rahmen eines nationalen Protestes weit hinaus. Noch war die Jugend, die studentische und die proletarische, aufgewühlt von den Verfolgungen und Urteilen der Ausnahmsgerichte, radikale Sozialisten und akademische Anarchisten predigten zur offenen Erneute; in den Vorstädten bekam der Aufstand ein nihilistisches Gesicht, man plünderte Läden, schlug die Polizei nieder. Die ganze Prager Garnison war aufgeboten worden, die Ordnung wieder herzustellen. Doch zwei Friedensbrigaden erwiesen sich als schwach, diesen Befehl zu vollstrecken. Der Kaiser hatte dem Kommando des achten Korps, dem die Prager Truppen angehörten, den Auftrag erteilt, das Reglement ausser Kraft zu setzen; die Truppen sollten einen Angriff nicht gleich mit der Schusswaffe erwidern. Es wurde noch eine Brigade Infanterie und ein Kavallerieregiment nach Prag geworfen. Am 2. Dezember verkündete Trommelwirbel die Herrschaft des Standrechts. Auch in Prag hat die alte Armee ihre Gewehre nicht gegen die Bürger gewendet; es war kein Toter zu beklagen; die Verwundeten waren ausschliesslich Opfer der Prager Polizei.

Franz Joseph folgte mehr seinem Instinkt als einer bedachten Regel, wenn er nach Stürmen und missglückten Experimenten einen Beamtenminister mit der Regierung betraute. Taaffe, des Kaisers eigentlicher Mann,

Kaisers eigentlicher Mann, schloss ein Kapitel parlamentarischen Regierens ab. Nach der erzwungenen Rückkehr zum parlamentarischen Regime der Koalition, war die Wahl Badenis ein Vorstoss des kaiserlichen Willens zu eigener Initiative. Er misslang völlig. Nun sollte Gautsch die Wogen glätten. Gautsch war Beamter des Kaisers, nicht Politiker, er hatte unter Stremayr das Unterrichtsportefeuille, verwaltete dann das Theresianum, die Schule der adligen Zöglinge, wurde unter Taaffe abermals Unterrichtsminister, um nach dem Sturze der Koalition, zum dritten Male in sein Amt zurückzukehren. Sein Vorbild war Taaffe, obzwar er weder dessen leichte Art, noch die innere Gleichgültigkeit besass. Doch er glich ihm in der Ergebenheit vor dem Kaiser. Taaffes Aufgabe und Gautschens Plan, anscheinend ein und dasselbe, unterschieden sich dennoch durch den Wandel der Zeiten. Was Taaffe vierzehn Jahre lang im Sattel hielt, die Routine der kleinen Mittel, das musste jetzt versagen angesichts eines vom nationalen Radikalismus aufgepeitschten Parlaments. Gautsch suchte besänftigend zu wirken, er entliess die Gefangenen der Novembertage aus der Haft, hob das Standrecht auf, er milderte Badenis Sprachenverordnungen zugunsten der Deutschen. Diese Mittel zur Versöhnung vermochten jedoch die Unruhe nicht zu bannen, die Deutsche wie Tschechen ergriffen hatte. Die kleinen Dinge des österreichischen Lebens, Renkontres der deutschen Kappenstudenten mit tschechischen Passanten auf dem Prager Graben, wurden zu Staatsaffären. Eine Verordnung, die den Prager Studenten die Kappen auf kurze Zeit verbietet, ruft einen Streik an allen deutschen Hochschulen Österreichs hervor; an eine Wiederaufnahme des Versuchs zur Verständigung der beiden verfeindeten Nationen ist nicht zu denken. Die Notwendigkeiten des Staates, das Budgetprovisorium und die Aufrechterhaltung des Zoll- und Handelsabkommens mit Ungarn, müssen ohne parlamentarische Genehmigung, mit dem Notparagrafen, erledigt werden. Gautsch tritt zurück; er hat den Befehl des Kaisers erfüllt, er wird wiederkommen, wenn ihn der Kaiser ruft. Das traurige Ergebnis der letzten Jahre führt den Kaiser zum Ausgangspunkt der Krise zurück. Er leitet die Fehler vom Koalitionsministerium ab; seit damals ist die Verständigungsarbeit unterbrochen, der böhmische Adel ist verstimmt, das tschechische Volk abwendig gemacht, und die Deutschen singen die «Wacht am Rhein». Noch einmal will Franz Joseph die Führung ergreifen und einen starken Willen an die Spitze des Staates stellen. Graf Franz Thun hatte sich in Prag bewährt, ihm

vertraute der Kaiser die Regierung an. Was Thun anstrebt, gibt er durch die Berufung Dr. Baernreithers und des Jungtschechen Kaizl zu erkennen. Dr. Joseph Maria Baernreither, als Eigentümer eines Gutes in Westböhmen Mitglied des verfassungstreuen Grossgrundbesitzes, ist ein ebenso kluger als gebildeter Mann, aber sein Wort gilt auch bei den gemässigten Deutschen nicht allzuviel, seitdem die Liberalen unter dem Druck der Radikalen stehen. Dr. Josef Kaizl, Universitätsprofessor in Prag, der Freund Dr. Kramars, ist ein wirklicher Exponent der Jungtschechen. Baernreither als Handelsminister, Kaizl als Finanzminister, sollen den kommenden deutsch-tschechischen Ausgleich ankündigen. Doch die Deutschen sind dem Radikalismus verfallen; sie beharren bei der Obstruktion. Die Stimmung der Deutschen wurde vollends verdorben, als das Grazer Militärkommando sechshunddreissig deutsche Reserveoffiziere, Söhne aus den besten Häusern der Stadt, degradierte, weil sie nach den Badeni-Tagen, an dem Begräbnis eines der Opfer dieser Unruhen teilgenommen hatten. Im Juni ist der russische General Komarow in Prag und trinkt auf das Gedeihen der Solidarität aller slawischen Stämme, die der eine gemeinsame Feind vereine, der Deutsche. Aus den dunkeln Winkeln Galiziens, die der Nutzniesser des Landes, der polnische Adel, in der Finsternis erhält, steigt das Gespenst des Pogroms auf. Über fünfunddreissig Bezirke muss das Standrecht verhängt werden. Die Bauern plündern die jüdischen Kramläden mit dem Rufe, der Kaiser habe die Tötung der Juden anbefohlen. Hinter ihnen steht der Hetzkaplan Stojalowski. Der ungarische Handelsminister droht mit der Zolltrennung. Thuns Tastversuche, die Parteien durch Versprechungen zu gewinnen, misslingen. Bei einem Vortrag Dr. Baernreithers, anfangs September in Schönbrunn, ist der Kaiser müde, missgestimmt; «ich bin ratlos», sagt er, als der Minister andeutete, dass ihn die Haltung der deutschen Parteien zwingen werde, aus dem Kabinett zu scheiden.

Am 10. September teilt Graf Paar dem Kaiser zögernd mit, dass die Kaiserin ermordert worden ist.

## DER TOD ELISABETHS

ELISABETH HATTE, NOCH EINE JUNGE FRAU, SICH einem Leben völliger Resignation durch die Flucht entzogen; seit jenem Unglückstage, der ihr den Sohn geraubt, wurde der Einundfünfzigjährigen das Dasein zur Qual. Sie blieb während der schlimmsten Zeiten neben dem Kaiser, und

welche Hilfe sie ihm lieb, bezeugen seme Worte, die er kurz nach Rudolfs Tod zu Paar sprach: «Wenn ich nicht meine Frau gehabt hätte, wäre ich daran zugrunde gegangen.» Sie schien stärker, als sie war, weil sie Leid schweigend zu tragen wusste. Ihr Schmerz drang über die Insel der inneren Einsamkeit nicht hinaus. Sie bleibt noch der Jüngern Tochter nahe, die am Weihnachtsabend des Unglücksjahres sich mit Erzherzog Franz Salvator von Toskana verlobt, reist mit ihr nach Wiesbaden und Heidelberg. In der Nähe Frankfurts entgleist der Zug; es gibt Tote und Verwundete. Unter den drei unversehrten Waggonen ist der Salonwagen der Kaiserin. Kaum in Wien, wird sie nach München gerufen. Die ältere Schwester, Helene, Fürstin Thurn-Taxis, ist unerwartet in Regensburg gestorben. Elisabeth bleibt kurze Zeit bei der Mutter. Dann kommt sie nur gelegentlich, als Gast, nach Wien. Es scheint, als ob sie eine Heimat gefunden hätte, da sie den Plan fasst, auf der Insel Korfu, sieben Kilometer südlich der Stadt, auf der Kuppe von Gasturi, einen Palast zu bauen. Auf ihren Meerfahrten hatte es sie immer wieder nach diesem Lande der alten Völker, dem Homerischen Scheria, gezogen. Sie hatte nun die ganze alte Welt durchstreift, die Schweiz, Frankreich, Italien und Griechenland, war vom Mittelmeer nach Afrika und nach den Azorischen Inseln gekommen; aber diese schmale Sichel, deren älteste Geschichte von den illyrischen Liburnern zu dem Herakliden Chersikrates reicht, wirkte als einzige der vielen Stätten auf Nerven und Hirn der leidenden Frau wie edles Rauschgift: hier löste sich das Bewusstsein aus der Kette der Erinnerung. Hier meinte die Kaiserin vergessen zu können. Und weil sie dessen sicher zu sein glaubte, baute sie, die aus dem Dasein floh, als ob sie ewig leben wollte. Wien verübelte ihr diesen Bau. Man wollte den Plan zu dem althellenischen Palast nicht verstehen mit seinen hundertachtundzwanzig Zimmern, mit Terrassen und Kolonnaden, Hallen, Loggien und mit Ställen für fünfzig Pferde. Elisabeths Schloss am Meer verschlang Unsummen, und obwohl Franz Joseph die veranschlagten Kosten auf sich genommen hatte, gab Elisabeth noch einen Teil ihres Juwelenschatzes, mehr als zwei Millionen Mark im Wert von heute, hin, um den Bau nach ihrem Geschmack ausgestalten zu können. Sie hat sich mit dem «Achilleion» ein Denkmal gesetzt, die unglücklichste der Königinnen, ein Denkmal, das von ihr mehr aussagt als die Tagebuchblätter ihres treuen Begleiters Dr. Chrystomanos.

Die Flucht aus der peinigen Gegenwart in eine eigene Kulisse hat sie mit ihrem Vetter gemein, dem Bauherrn von Lindenhof, Neuschwanstein

und Herrenchiemsee, mit Ludwig II. von Bayern, den sie, als er schon umnachtet war, auf seiner «Roseninsel» bei Feldafing besuchte. Ihre Phantasie im Bauen war weniger ausschweifend als die des Bayernkönigs, aber sie hat denselben Zug in der Sucht, sich abzusondern; der Blick, der auf dem Gebauten ruht, und das Meer, die fremde Stadt, die fernen Gebirgszüge umspannt, soll seine eigene Welt haben, unendlich fern der alten. Und sie hat, bei allem Eigenwillen als Bauende, den eklektischen Geschmack der Wittelsbacher, deren bajuvarischer Hellenismus München das Gepräge gibt. So kommt jenes eigentümliche Stilgemisch zustande aus schimmerndem Marmor und vergoldetem Gitterwerk, wo zwischen jonischen Säulen bunte Aquarelle glänzen, eine Schöpfung, die das Zeichen ihrer Zeit trägt: die künstlerische Unfruchtbarkeit der Achtziger Jahre. Sie liebte auch an Heine, was sterblich an ihm war, seine sentimentale Lyrik. Auf Hasselriis' Denkmal, das sie dem Dichter gesetzt, liess sie die «einsame Träne» eingraben. Was so wenige wussten, diese Kaiserin, Mutter, nun auch Grossmutter, blieb bis an ihr Ende ein Mädchen. Sie führt auf Korfu, wie ehemals als Sechzehnjährige, ihr Tagebuch, worin sie das Meer preist und ihre Schmerzen niederlegt. «Das Meer will mich immer haben; ich weiss, dass ich ihm angehöre. Wenn wir auf hoher See sind, lasse ich mich an einem Stuhle festbinden; das tue ich wie Odysseus, weil die Wogen mich locken... Was wäre weiter, wenn ich ertränke?...» Im Januar 1892 stirbt ihr die Mutter. Von nun an wird sie noch scheuer. Auch Korfu hält sie nicht lange. Wenn sie hier ist, liebt sie es, ohne ihre Hofdame, die Gräfin Sztaray, ohne Dr. Chrystomanos, die steilen Wege zu gehen, die in die Berge führen. Wenn sie ihren Spaziergang beendet hat, lernt sie mit Chrystomanos Griechisch. Abends badet sie in der Marmorwanne aus der Villa Borghese. Um neun Uhr ist es gänzlich still in dem Meeresschloss. Nur manchmal ereignet es sich, dass die Kaiserin, von Schlaflosigkeit geplagt, mitten in der Nacht aufsteht. Dann sieht sie der Gärtner, vorsichtig, um niemanden zu wecken, über die Terrasse schreiten, nach dem dunklen Parke. Der alte Wächter wagt nicht zu grüssen, wenn die schwarze Frau wie ein Schatten an ihm vorübergleitet.

Noch einmal wird sie dieser Traumwelt entrissen, 1896, als sie, lange widerstrebend, der Bitte des Kaisers folgt, nach Österreich zu kommen. Ungarn feiert sein Tausendjahrfest. Es ist nicht höfisches Begehren, wenn Ungarns Adel, Parlament und Presse nach ihr rufen; sie wird hier aufrichtig

verehrt. Sie kommt, ob zwar herzkrank und unter den alten gichtischen Schmerzen leidend. Sie ist, neunundfünfzigjährig, bei diesem feierlichen Akt die würdevollste Erscheinung. «Sie sass neben dem König auf dem Thron, in ein schwarzes Seidenkleid gehüllt. Ein langer schwarzer Schleier bedeckte ihr Haar. Ihr Antlitz war weiss und unaussprechlich kummervoll. Regungslos wie eine Bildsäule sass sie auf dem Thron. Als der Präsident des Parlaments ihren Namen nannte, erscholl ein so gewaltiger Sturm des Rufens, dass die Fenster erzitterten. Eljen Erzsebet! – es währte viele Minuten, bis der Enthusiasmus sich beruhigt hatte. Das schneeweisse Antlitz der Königin rötete sich, sie konnte ihre Ergriffenheit nicht länger meistern; unter dem Spitzentaschentuch verbarg sie die Tränen.» Es war das letztemal, dass man Elisabeth öffentlich sah. Am 5. Mai 1897 erreicht sie die Nachricht, dass die jüngste ihrer Schwestern, die Herzogin Sophie von Alençon, auf schreckliche Weise ums Leben gekommen ist. Tags zuvor hatten die Damen der französischen Aristokratie in Paris einen Wohltätigkeitsbazar arrangiert. Der Zelluloidstreifen einer neuen Erfindung, die man vorgeführt, des Kinematographen, war explodiert, hat Draperien entzündet und die ganze Halle in Flammen gesetzt. Einhundertunddreizehn Menschen kamen in den Flammen ums Leben. Unter ihnen musste auch die Herzogin von Alençon sein, die dem Komitee angehörte. Man fand einen ihrer Ringe, später erst die Überreste des verkohlten Körpers. Elisabeth und Sophie waren einander sehr nahegestanden. Die Ältere hatte die jüngste Schwester getröstet, als Ludwig II. von Bayern, am 11. Oktober 1865, kurz vor der festgesetzten Hochzeit, die Verlobung mit Sophie löste. Man wollte wissen, dass Sophie das Opfer einer Intrige geworden sei, die um den misstrauenden, krankhaft veranlagten Jüngling und die Braut gesponnen worden war. Er hat vor elf Jahren im Starnberger See geendet. Elisabeth verschliesst sich, da sie den Tod ihrer Schwester erfährt; abends spricht sie davon, dass man die Mutter und deren fünf Schwestern die «sechs bayrischen Unglücksschwestern» genannt hat. «Das Unglück», sagt sie, «schreitet weiter, es ist schlimmer geworden.» Von ihren Schwestern leben noch die Gräfin Trani und die entthronte Königin von Neapel. Mathilde, die Gräfin, ähnelt Elisabeth. Sie lebt wie die Kaiserin, ambulanz, unter dem bescheidenen Namen eines Fräuleins «Nelly Schmidt». Beide sind Weihnachten 1897 zusammen in Paris. Elisabeth krank, neuerlich von Ischias geplagt. Zu Neujahr reisen sie nach Marseille, wo Elisabeths Jacht «Miramare» wartet, um die Frauen nach San Remo zu bringen. Am 1. März 1898 fahren die Schwe-



stern über Turin nach Territet in der Schweiz; Mathilde verabschiedet sich, um München zu besuchen. Elisabeth bleibt in Territet. In ihrer Gesellschaft ist die Gräfin Sztaray und Friedrich Barker, der junge Vorleser. Ihr Gesundheitszustand verschlimmert sich. Zu ihrem gichtischen Leiden gesellen sich Nervenschmerzen. Sie verlässt die Schweiz und geht nach Kissingen. Im Mai kommt Franz Joseph zu kurzem Besuch. Sie bleibt bis Mitte Juni. Die Kur hat ihr keinerlei Besserung gebracht. Elisabeth kommt krank nach Lainz. «Sie verbarg ihr schmales, eingefallenes Gesicht; sie ertrug es nicht mehr, Menschen in ihrer Nähe zu sehen.» Die kalten Abende und die frühen Nebel am Lainzer Tiergarten vertreiben sie von dort; am 2. Juli fährt sie nach Ischl, wartet aber nicht Franz Josephs Geburtstag ab. Im Juli bringen die Blätter die Mitteilung, die Kaiserin müsse Bad Nauheim aufsuchen; die Blutarmut, eine heftige Nervenentzündung, lange währende Schlaflosigkeit und eine neu hinzugekommene Herzerweiterung lassen es dringend erscheinen, dass sich die Kaiserin in Nauheim einer Kurbehandlung unterziehe. Auf der Reise nach dem deutschen Bade hält sich Elisabeth in München auf, ohne ihre Verwandten aufzusuchen. In Nauheim verbleibt sie bis zum 29. August und reist wieder nach der Schweiz. Diesmal wählt sie Mont de Caux als Aufenthalt. Es ist ihr wohler, sie kann sich wieder in den nahen Wäldern ergehen. Sie hat die Absicht, fünf Wochen zu bleiben; am 2. Dezember, zu Franz Josephs fünfzigstem Jahrestag der Thronbesteigung, will sie, wie sie schreibt, in Wien sein. Am 9. September 1898 besucht sie Baronin Mathilde Rothschild auf Schloss Pregny, dem Besitz, der früher Joseph Bonaparte gehört hat. «Am Abend vorher», so erzählt der junge Barker, «sassen wir in der Nähe der Landungsbrücke von Territet auf einem Felsblock. Die Kaiserin schälte einen Pfirsich und reichte mir die Hälfte der Frucht. Ein Rabe aus der Schar der schwarzen Vögel, die sich hier aufhalten, flog auf und schlug mit dem Flügel die Frucht aus der Hand der Kaiserin. So nahe war er gekommen. Es ist der Unglücksvogel der Habsburger. Ich wagte es nicht zu sagen. Die Kaiserin, als ob sie es erraten hätte, sah mich an und sagte: ‚Lieber Freund, ich fürchte mich nicht, ich bin Fatalist; was geschehen soll, geschieht‘.» Nach dem Besuch bei Rothschilds in Pregny reist sie nach Genf. Sie steigt, wie in früheren Jahren, wieder im Hotel Beau Rivage ab, am Quai du Mont Blanc. Die Besitzerin des Hauses kennt ihren Gast, das Inkognito wird gewahrt, aber die Kantonalregierung ist längst, auch von Wien aus, verständigt.

Die Geheimpolizisten der politischen Abteilung haben schon vor der Ankunft der Kaiserin ihren Dienst angetreten. Nächsten Tag, Samstag, den 10. September, fünfzehn Minuten nach ein Uhr, verlässt Elisabeth mit der Gräfin Sztaray und mit Barker, das Hotel. Sie wollen nach Mont de Caux zurück. Das Schiff hat schon das Abfahrtsignal gegeben; es ist fraglich, ob man es noch erreichen wird. Die Gräfin Sztaray eilt voraus. Die Kaiserin geht, die Rechte der Landseite zugekehrt, ihr zur Linken, einen Schritt zurück, Barker längs des Quais. In diesem Augenblick überquert ein Mann, der an der Barriere des Quais gelehnt hatte, mit zwei Schritten den Gehsteig, kehrt an der rechten Seite der Kaiserin scharf rechts um und versetzt ihr einen Stoss. Elisabeth wankt einen Moment, wird von Barker aufgefangen, von ihm und der zurückspringenden Gräfin Sztaray gestützt. Auf die Frage, ob sie durch den Stoss verletzt worden sei, antwortet sie: «Ich weiss nicht.» Sie geht, gestützt, die fünfundzwanzig Meter bis zur Landungsbrücke, sinkt nun aber zusammen und wird auf das Schiff getragen. Hier wird sie ohnmächtig. Inzwischen hatte sich der Dampfer in Bewegung gesetzt. Gräfin Sztaray ist der Meinung, die Ohnmacht sei die Folge des Stosses oder des Schreckens. Sie und Damen, die an Bord sind, bemühen sich um die Ohnmächtige. Man sucht unter den Passagieren nach einem Arzt. Es ist kein Arzt auf dem Schiff. Gräfin Sztaray hat der Kaiserin die Bluse geöffnet und das Korsett gelöst. Elisabeth wacht nochmals auf und sagt: «Was ist geschehen?» Die Hofdame erblickt einen Zentimeter unter der linken Brust der Kaiserin eine dünne Schnittwunde wie von einem Rasiermesser, aus der zwei Blutstropfen sickern. Jetzt erschrickt sie, ruft den Kapitän, sagt, wer die erkrankte Dame ist. Der Kapitän lässt das Schiff zurückkehren, aus Stangen und Polstern wird eine Tragbahre hergerichtet. Auf dem Quai sind inzwischen viele Menschen zusammengelaufen. Zwei Droschenkutscher sahen, wie der Mann, der die Kaiserin gestossen hatte, einen Dolch wegwarf und zu laufen begann. Er wollte erst den Quai du Mont Blanc entlang, kehrte dann nach der Rue des Alpes. Vor dem Monument Karls von Braunschweig wurde er erfasst und überwältigt. Da die Träger mit der Bahre den Landungssteg überschreiten, ist alles bereits alarmiert. Im Hotel richtet man das Zimmer her. Dr. Golay, der Arzt, der als erster zur Stelle ist, versucht sogleich die Atmung künstlich in Gang zu bringen, Frottierungen mit Bürsten werden unternommen. Ein Einschnitt in die rechte Hand, der nicht einen Blutstropfen zum Vorschein bringt, muss davon überzeu-

gen, dass der Tod bereits eingetreten ist. Der Dolch des Mörders, doppelseitig geschliffen, war unterhalb der vierten Rippe eingedrungen und hatte eine innere Verblutung herbeigeführt. Der Mörder, der fünfundzwanzigjährige Luigi Luccheni, Italiener, am 21. April 1873 zu Paris geboren, zuletzt in Lausanne gemeldet, bekannte, Anarchist zu sein. Er war mit der Absicht nach Genf gekommen, den Herzog von Orleans zu töten. Er fand ihn nicht, suchte ihn in Evian, auch dort vergebens, und kehrte nach Genf zurück. Hier fasste er den Entschluss, die erste gekrönte Person, die ihm über den Weg komme, zu ermorden. Aus einer Zeitung hatte er erfahren, dass die Kaiserin von Österreich in Genf sei. Er hatte sie vor vier Jahren in Budapest gesehen und war dessen gewiss, sie wiederzuerkennen. So traf der sinnlose Dolch eine edle, leidende Frau, deren Krone eine Dornenkrone gewesen ist. Am 11. September führte ein Extrazug den Leichnam Elisabeths nach Wien. Sie wurde in der Wiener Kapuzinergruft bestattet, als fünfzehnte in der Reihe der hier ruhenden Kaiserinnen. Elisabeth, der im Leben Einsamen, flogen im Tode die Grüsse der ganzen Welt zu. Aus allen Teilen der Erde, aus Frankreich, Griechenland, Italien, aus der Schweiz, Irland und Ägypten kamen Blumen für ihr Grab. Frauen aus Kairo hatten Jerichorosen und Lotosblumen geschickt mit einem Zweige des alten Feigenbaumes, unter dem Maria, nach der Sage auf der Flucht vor Herodes, geruht haben soll. Die schwarze Schleife dieses Gebindes trug die Inschrift: «Flores etiam miseri desertorum te salutant!» – «Auch die armen Wüstenblumen grüssen Dich!»

## KOERBER

AM 2. DEZEMBER 1898 SIND ES FÜNFZIG JAHRE, DASS Franz Joseph regiert. Österreich spricht an diesem Tage jene eigene Sprache, die sich während eines halben Jahrhunderts zum geschriebenen Kaiserlied herausgebildet hat. Die gemeinsame Melodie, die in Wien und in Budapest, in Prag und Triest, in Lemberg, Czernowitz, Innsbruck und Hermannstadt erklingt, ist auf den Ton der offiziellen Loyalität gestimmt. Sie drückt dennoch eine historische Tatsache aus: in diesem von der Revolution enthüllten Völkerreich mit seinen gegeneinander ringenden, einander bekämpfenden Kräften und Ideen ist Franz Joseph persönlicher Mittelpunkt und Staatsgedanke zugleich. «Die österreichisch-ungarische Monarchie», so sagt, nach dem Zeugnis des Flügeladjutanten Generals Margutti, Franz Joseph im Jahre 1904, zu

Ernest von Koerber, «ist kein künstliches Gebilde, sie ist eine absolute Notwendigkeit im gegenwärtigen Dasein und für die Zukunft ihrer Völker. Sie ist das Asyl der nach Mitteleuropa verschlagenen Nationensplitter, die ohne dieses gemeinsame Haus eine klägliche Existenz hätten, wahrscheinlich zum Spielball jedes mächtigeren Nachbarn werden würden, während sie miteinander verbunden, eine achtungsgebietende Macht darstellen.» Es spricht für Franz Josephs realen Sinn, dass er sich jeder mystischen Deutung des Berufes Österreichs enthält und ihm nur die bescheidene Aufgabe zuteilt, ein Asyl seiner Völker und Stämme zu sein. Der Kaiser hat das Bild nicht vollendet. Um Österreich die Geltung dieses Völkerasyls zu geben, dazu gehörte die freie Zustimmung der Nationen, deren Überzeugung, dass dem so sei, wie es der Kaiser ausdrückt; es gehörte dazu der Zusammenschluss der Länder und Völker nach freiem Übereinkommen, wie es sich im British Empire seit dem Report Lord Durhams über Kanada, ausgebildet hat. Österreich ist es nicht geglückt, den Asylgedanken Franz Josephs zur Überzeugung der Völker zu machen; die «absolute Notwendigkeit», von welcher der Kaiser spricht, bleibt die Forderung der Hausmacht, sie wird nicht Staats- und Reichsgedanke. Doch das Schicksal hat es gefügt, dass die Generation, die mit Franz Joseph gross geworden, ein und denselben Herrscher vor sich sieht; in der Kontinuität der herrschenden Person liegt die Sicherheit des Ganzen. Wird sie als einzige Klammer stark genug sein, das Reich auch weiterhin zusammenzuhalten?

Im Mai 1899 schliessen die deutschen Parteien eine «Gemeinbürgerschaft», deren Programm weit davon entfernt ist, auch nur die deutschtschechische Sprachenfrage zu ordnen. Die notwendige Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn erschwert die Situation der Regierung Thun. Da nicht daran zu denken ist, die Zustimmung des Parlaments zum Ausgleich mit Ungarn zu erlangen, will ihn Thun mit dem Notgesetz erledigen. Dagegen lehnt sich die ungarische Opposition auf und stürzt das Ministerium Bänffy. Die Erhöhung der indirekten Steuern aus eigener Machtvollkommenheit ruft in Deutschböhmen grosse Erregung hervor; in dem Wetterwinkel von Eger und Asch wird es rebellisch, in Graslitz schießt die Gendarmerie in das Volk. Im Oktober 1899 ist die Episode Thun zu Ende. «Die Monarchie», sagt Friedjung von dieser Regierungsperiode, «war von ihren guten Geistern verlassen, als der Kaiser auf das jahrhundertelange Zusammenwirken mit dem Kernvolk des Reiches verzichtete, so dass dessen radikale Elemente nicht bloss gegen die Regie-

rung, sondern auch gegen den Staat in Opposition traten und sich mit der Auflösung Österreichs vertraut machten.» So einfach jedoch ist die Geschichte nicht. Das Zusammenwirken mit den Deutschen war, wie es sich gezeigt hatte, nur um den Preis zu haben, dass man vor die Forderungen der andern Nationen die verneinende Gewalt pflanzte; praktisch also unmöglich. Dennoch lenkte Franz Joseph nach der deutschen Seite ein. Er dachte vorerst daran, den deutschklerikalen Fürsten Alfred Liechtenstein mit der Regierung zu betrauen, rief aber schliesslich den Statthalter der Steiermark, den Grafen Clary-Aldringen, zur Führung der Geschäfte, der die Sprachenverordnungen des Barons Gautsch, die verwässerten Bestimmungen Badenis, aufhob. Bestimmend für diese Schwenkung waren Vorgänge, die an die verwundbarste Stelle Franz Josephs rührten. In der Armee galt die Vorschrift, dass sich die Reservemänner bei dem Namensaufruf in der sogenannten Kontrollversammlung, in der Sprache des Heeres, mit dem deutschen Wörtchen «hier», zu melden hatten. Die radikalen Tschechen nun bewogen ihre Leute, mit dem tschechischen Worte «zde» zu antworten. Dieses Vorgehen hatte keine Spitze gegen die Armee; die tschechischen Reservisten rückten ein und unterwarfen sich der militärischen Disziplin, aber das Meldungswort, welches noch im zivilen Kleide gesprochen wurde, sollte in der Muttersprache gesagt werden dürfen. Der Kaiser sah darin jedoch eine Gefahr für das Heer; die zde-Rufer wurden zu Arreststrafen verurteilt, unter ihnen, als einer der ersten, der Redakteur Klofac, der spätere Armeeminister der tschechoslowakischen Republik. Die Aufhebung der Sprachenverordnungen und der Streit um das Wörtchen «zde» liess die Tschechen erst recht in der Opposition verharren. Es nützte nichts, dass der Kaiser, entgegen dem früheren Brauch, nun selber in das Getriebe der innern Politik eingriff und in persönlichen Aussprachen mit den Führern der Parteien eine versöhnlichere Stimmung herzustellen sich bemühte. Graf Clary war nur als Nothelfer gedacht; er ging, als er einsah, dass man ohne den Notparagrafen nicht auskommen könne.

Der Kaiser hatte seit Schmerling mit Adligen regiert, nicht so zwar, als ob er ihnen allein die Fähigkeit zutraute, die Geschäfte des Staates zu führen; unter den Ministerpräsidenten Franz Josephs sind eigentlich nur Schwarzenberg, Belcredi, die Brüder Auersperg, Windischgrätz und Thun politisierende Aristokraten, die andern, Potocki, Taaffe, Kielmannsegg, Badeni, Gautsch und Clary, adlige Beamte. Schmerling freilich war der einzige Fall, dass ein Bürgerlicher an der Spitze der Regierung stand. Jetzt

griff Franz Joseph auf den Typus des bürokratischen Talents zurück. Österreich hatte in der hohen Bürokratie eine ganze Reihe hervorragender Köpfe, es besass starke, eigenartige Begabungen, die, wie zuletzt Steinbach, der Kaiser unmittelbar kennengelernt hatte. Badeni hatte dem Kaiser bereits seinen ersten Sektionschef im Ministerium des Innern, Ernest von Koerber, als einen der Fähigsten gepriesen, Gautsch ihm das Handelsamt anvertraut. Nun war er, unter Clary, Minister des Innern gewesen. Einige Tage nach der Jahrhundertwende, am 18. Januar 1900, erschien das Handschreiben, welches Koerber zum Ministerpräsidenten und zum Leiter des Innenamts ernannte. Eine glückliche Eingebung Franz Josephs: hier war das österreichische Talent in seiner besten Ausgabe, österreichisch schon die Abstammung: Offizierskind, Sohn des Oberstleutnants Josef von Koerber, Enkel eines Feldmarschalleutnants. Die Mutter das liberale, geistige Element in der Ehe, Tochter aus einer jener gebildeten Hofratsfamilien, die seit Franzens Zeiten dem Reiche die besten Männer gaben. Er selber, im Theresianum erzogen, ein Musterschüler, mit echter Zuneigung für die klassischen Sprachen, für Geschichte und Philosophie. Nach beendetem Rechtsstudium wird der junge Koerber, der Familientradition gemäss, Beamter. Er beginnt beim Wiener Landesgericht, kommt in das Handelsministerium, erregt Wittecks Aufmerksamkeit, und wird von Marquis Bacquehem mit der Leitung der Präsidialabteilung dieses Ressorts betraut. Eine rasche Karriere.

Er ist fünfzig Jahre, als ihm der Kaiser die Regierung gibt. «Besitzt», so schreibt ein Porträtist der Wiener Köpfe dieser Zeit, «die verkniffenste Physiognomie Österreichs. Hat etwas Ostasiatisches, ohne eine japanische Männerschönheit zu sein. Von einem geradezu beschämenden Bienenfleiss. Aufrichtiger Schwärmer für die Grossstadt. Geht niemals auf Sommerurlaub. In seinem Privatleben enragierter Junggeselle. In seinen Erlässen und Verordnungen mitunter polizeiwidrig modern.» Österreich war diesem klugen, gebildeten, freigeistigen, zeitgemässen Mann in die Hand gegeben – musste er nicht der Retter werden? Er packte den Stier bei den Hörnern und begann mit der Nationalitätenfrage; es sollten nicht mehr Verordnungen dekretiert werden, er wollte das Sprachenrecht durch Gesetze festlegen, beruhend auf Vereinbarungen der Deutschen und der Tschechen. Er lud die Vertreter beider Nationen zu Verhandlungen und arbeitete selber Entwürfe aus, die auf dem Prinzip aufgebaut waren, die Gerichtsbezirke Böhmens nach den Wohnsitzen der Volksstämme abzugrenzen. Die Bezir-

ke fasste er je nach der Siedlung in rein deutsche, rein tschechische und in gemischte Kreise zusammen. Koerbers Entwürfe waren der erste Versuch zu einem zusammenfassenden Sprachengesetz. Sie wurden von beiden Nationen abgelehnt. Von den Deutschen, weil jede der beiden Richtungen, Gemässigte und Radikale, eine der ändern im Nationalismus nicht nachstehen mochte; von den Tschechen, weil sie in den Kreisen ein Attentat auf die Unteilbarkeit des Königreichs Böhmen sahen. Koerber hatte also im Parlament beide Nationen gegen sich. Er löste das Abgeordnetenhaus auf und appellierte an die Vernunft der Wähler. Der Prozess der Radikalisierung war jedoch zu weit fortgeschritten; ihr Träger, das Kleinbürgertum, blieb taub vor Koerbers Argumenten. Das neue Parlament war ungebändiger als das alte. Auch Koerber musste, um das Notwendigste dem Staate zu geben, mit dem Notparagrafen regieren. Nun wollte es Koerber mit der Wahlreform versuchen; würgten die bevorrechtigten Klassen den Staat, dann sollte das Volk in seiner ganzen Breite sprechen. Der Kaiser war längst dafür, doch Ungarn und Graf Goluchowski, der Minister des Äussern, verhinderten die Absicht. Koerber versuchte es von einer andern Seite. Die Parteien waren für den nationalen Frieden nicht zu haben – vielleicht liessen sie sich durch ökonomische Vorteile gewinnen. Er arbeitete einen grossen Plan zum Bau neuer Eisenbahnen und Wasserstrassen aus; einzelne Projekte, wie die Tauernbahn, die zweite Verbindung der Mitte des Reiches mit Triest, und die Erweiterung des Triester Hafens, wurden gleich in Angriff genommen. Der tschechischen Hauptstadt gewährte Koerber die Hilfe, den alten Stadtteil aus Mitteln der Regierung zu assanieren. Die Staatskassen leerten sich, aber die Ströme des Geldes, die Koerber fliessen machte, wirkten doch sänftigend; nach Jahren war es zum erstenmal, dass im Parlament das Budget bewilligt wurde. Eines kam Koerber bei seinen Bemühungen zustatten: er wusste die Presse für sich zu gewinnen. Er gab ihr volle Freiheit und stellte die Konfiskationspraxis der Staatsanwälte gänzlich ab. Sein Zimmer war jedem Zeitungsmann geöffnet. Die Anständigen fesselte er durch sein gewinnendes Wesen, durch Nachrichten und Informationen, für die Begehrlichen hatte er Orden, Titel und klingende Münze parat. Er gab Österreich die denkbar grösste Redefreiheit, und liess sich darin nicht beirren, als der Erzherzog Franz Ferdinand ein Einschreiten gegen die Los-von-Rom-Bewegung wünschte.

Es gibt in Europa ausser Frankreich kein Land, das ein grösseres Mass von Freiheit geniesst als Österreich unter der Regierung Koerbers. Wie zu

Zeiten Andrässys und Beusts, wie bei Hohenwart und Schöffle, sieht man jetzt erst recht, dass der Kaiser sich Reformen nicht verschliesst. Er fürchtet keine Gefahr mehr von der Beseitigung politischer Schranken; der nun Siebzigjährige ist toleranter als der gebildete Durchschnittsbürger. Koerber hat die Bureaukratie gezügelt, er lässt die Presse nach Gefallen schnattern, er stört keine Versammlung, gewöhnt die Polizei an den Gedanken, dass der Sozialist den Kapitalismus verdammen, der Romfeind Wotan anbeten darf, er dämpft den Dünkel der Amtsstuben, indem er selber auf Würdepathos und Zeremoniell verzichtet. Sein Tischtelefon ist das Sprachrohr jeder Beschwerde, jedes Wunsches. Er erklärt, als sein eigener Innenminister, der Umständlichkeit und Vielschreiberei der Beamten den Krieg; er gibt, als sein eigener Justizminister, den Anstoss zur Erneuerung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Er sendet bei den grossen Streiks der Bergarbeiter, Minister und Sektionschefs als Vermittler nach Mähren, Schlesien und Böhmen. Unter seinem Regime wird die Schichtdauer der Grubenleute von zwölf auf neun Stunden herabgesetzt. Er hat mehr vor: Österreichs Arbeiter sollen endlich eine Altersversicherung erhalten. Koerber ist zu jedem fortschrittlichen Plan zu haben, aber er steht vor Parteien, denen das Bild eines zivilisatorisch verjüngten, geistig gehobenen Österreich nichts mehr sagt. Der nationale Radikalismus nähme anstatt eines habsburgischen Paradieses jede Unfreiheit an, sofern die Ketten völkischen Ursprungs wären. Jedes Kulturproblem verwandelt sich in ein nationales Machtproblem; das historische Versäumnis der Regierungen und der vorherrschenden zwei Nationen, nichts unternommen zu haben, um eine Föderation der Völker schrittweise zu schaffen, mit der Dynastie als dem Schiedsrichter und dem Repräsentanten des Nationenbundes – dieses Versäumnis macht nun auch die kleinste nationale Angelegenheit zur grossen Qual. Die Italiener wünschen seit Jahren eine Universität in Triest; der Wunsch wird gewährt, aber für Tirol. Koerber meint es gut, als er die italienische Rechtsfakultät nach dem kleinen Ort Wilden bei Innsbruck verlegt. Doch er vermag es nicht zu hindern, dass die deutschnationale Studentenschaft die Italiener mit Gewalt vertreibt. Es kommt zu Strassenkämpfen, denen erst das Militär ein Ende macht.

Peinlicher noch als diese Dramen des österreichischen Haushalts empfindet der Kaiser das Zerwürfnis mit Ungarn. Die voneinander unabhängigen zwei Staaten der Monarchie müssen seit 1867 den Beitrag zur Bestreitung der gemeinsamen Angelegenheiten und das Zoll- und Handelsbündnis



von zehn zu zehn Jahren immer wieder neu regeln. Dieser «Ausgleich» wurde 1878 und 1887 erneuert; seit Badeni jedoch, seit 1897, ist er nicht mehr parlamentarisch erledigt worden. Man half sich dadurch, dass der abgelaufene Vertrag stets um ein Jahr verlängert wurde; in Ungarn mit Zustimmung des Parlaments, in Österreich mit Hilfe des Notparagraphen. Im Sommer 1902 nun droht Bänffys Nachfolger, der neue ungarische Ministerpräsident Koloman von Széll, die vollständige Trennung von Österreich praktisch durchzuführen. Koerber arbeitet bis in den Winter daran, einen vertretbaren Ausgleich zu finden, aber noch am Morgen des 31. Dezember scheint es, als ob das Werk scheitern sollte. Zweimal während der letzten Stunden des Jahres werden die beiden Minister zu Franz Joseph beschieden; auch er vermag die Einigung nicht zu erreichen. Erst in der Silvesterstunde, knapp vor dem Glockenschlage des neuen Jahres, kommt der Vertrag zustande. Es ist Koerbers grösster Erfolg. Doch die gute Wirkung dieses Ereignisses hält nicht lange an. Kaum ist der Ausgleich erledigt, so tauchen neue Sorgen auf. Die Rekrutenzahl der österreichisch-ungarischen Armee war schon lange nicht erhöht worden; kein Kriegsminister wagte es, mit einer solchen Forderung an die Parlamente heranzutreten. Die Mannschaftsstände der Regimenter reichen nicht mehr aus, die neuen Formationen zu füllen. Nun fordert die Regierung, dreiundzwanzigtausend Soldaten mehr im Jahre ausheben zu dürfen. Österreich bewilligt die verlangte Erhöhung; selbst die Tschechen sind vor diesem Wunsch des Kaisers milde. In Ungarn jedoch will die Kossuth-Partei die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne einen lange gehegten Wunsch durchzusetzen. Sie stellt das Verlangen, dass auch bei den ungarischen Regimentern des gemeinsamen Heeres, die ungarische Kommandosprache eingeführt werde. Das Verlangen hat wenig Aussicht auf praktische Verwirklichung, weil es unter diesen ungarischen Korps siebzehn kroatische Regimenter gibt, die sich gegen das erste ungarische Kommandowort mit den Waffen wehren würden. Dennoch, der Kaiser sieht in dem Kampf um die Kommandosprache einen Angriff auf die gemeinsame Machtinstitution. Széll, unvermögend, die nationale Opposition zu besänftigen, tritt zurück. Sein Nachfolger jedoch, der als Banus von Kroatien den starken Mann gezeigt hatte, Graf Khuen-Hederväry, ist viel ängstlicher als Széll. Kaum in Amt und Würden, eilt er in das Brucker Lager und bittet den Kaiser, auf die Rekrutenvorlage zu ver-

zichten. Er schildert die Stimmung Ungarns in so grellen Farben, dass Franz Joseph schweren Herzens dem Drängen des Ministers nachgibt.

Eine fatale Situation für Koerber: er hatte die Vorlage als unabweisliche Notwendigkeit vertreten; der Kaiser aber streicht vor der ungarischen Opposition die Segel. Koerber mag nicht mehr vor das österreichische Parlament, er bittet um seine Entlassung. Der Kaiser verweigert sie, aber nun bekommt Koerber die Feindschaft der Ungarn und den Hass Goluchowskis zu spüren. Der Minister des Äussern, längst ein Gegner des freigeistigen, modernen Ministerpräsidenten, mimt in diesem Augenblick den besorgten Anwalt Franz Josephs. Im heissen Sommer 1903 lässt der dreiundsiebzigjährige Kaiser zum ersten Male schwere Alterserscheinungen erkennen; ihn befällt oft unüberwindliche Schlafsucht, er nickt beim Vortrag ein. Es geschieht, dass der vor tragende Minister, um den Kaiser nicht zu wecken, auf den Zehen das Kabinett verlassen muss. Entscheidungen werden verschoben. Goluchowski verübelt es Koerber, dass er in der Rekrutenfrage «kaiserlicher als der Kaiser» gewesen sei. Franz Joseph sieht seinen Fehler ein und sucht im September 1903 die Schwäche wieder gutzumachen. Der Armeebefehl, den er während der Manöver von Chlopy erlässt, erneuert das Bekenntnis zur gemeinsamen Armee: «Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll mein Heer bleiben.» Khuen-Hederväry geht und Graf Stefan Tisza wird Ungarns Ministerpräsident.

Auch Tisza gelingt es nicht, die Bewegung wider die Gemeinsamkeit des Heeres einzudämmen. Er entlädt seinen Zorn gegen Koerber, der im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärt hatte, jede Änderung der k. u. k. Armee sei an die Zustimmung der Wiener Regierung gebunden. Tisza nennt Koerbers Rede «dilettantische Äusserungen eines distinguished foreigner». Jetzt raufen nicht nur die Völker, auch die Ministerpräsidenten schlagen sich vor aller Welt. Steuern und Rekruten werden nicht bewilligt. Es ist die schwerste Krise seit 1848. Der Widerstand der ungarischen Opposition wirkt ansteckend, es gibt Kämpfe in Prag, Lärm zwischen Ruthenen und Polen, neuen Streit in Innsbruck und auch Zwist in Wien. Lueger benützt die von Franz Ferdinand genährte Strömung, einen Vorstoss gegen die nichtkonfessionelle Volksschule zu versuchen. Schönerer wütet gegen Rom, die Polen müssen durch Gewährung einiger Schulklassen in Troppau und Teschen beruhigt werden. Vier Jahre hat Koerber mit bewundernswerter Energie allen Stürmen standgehalten, seine Nerven beginnen zu versagen. Er ist krank, kann weder schlafen noch essen. Es ist der Augenblick,

da seine Feinde sich rallieren: Goluchowski, Gautsch, Dr. Kramar, Herr Kestranek. Goluchowski, der alte Gegner, hat sich mit Dr. Kramar in Verbindung gesetzt und verspricht dem Kaiser für Koerbers Kopf die Beendigung der tschechischen Opposition. Gautsch, der Hüter der bürokratischen Tradition, wartet darauf, dem Kaiser darlegen zu können, dass Koerbers Methode verfehlt war. Herr Kestranek, der Gebieter der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, kündigt zu Koerbers Sturz eine stürmische Hausse in Eisenwerten an. Zu ihnen gesellt sich Herr Derschatta, einer jener Streber mit merkantilem Einschlag, die hinter staatsmännischem Gehaben ihr einziges Ziel, den eigenen Vorteil, verbergen. Der kranke, umstellte Koerber bittet den Kaiser um die Entlassung. Franz Joseph zögert, rät dem Minister, sich zu erholen. Goluchowski und Gautsch nützen die Zeit, dem gequälten Kaiser Tage des Friedens zu prophezeien. Der Zyniker Goluchowski doziert eine Lehre, die er tags vorher im Jockeyklub zum besten gegeben: das sogenannte Talent taugt nicht für Österreich, es schafft Unruhe und Verwirrung. Der Kaiser antwortet nicht auf den platten Einfall, aber er ist müde. Am 1. Dezember 1904 erhält Koerber den erbetenen Abschied.

## FRAU KATHARINA SCHRATT

UNTER DEN VIELEN PLÄTZEN WIENS, DIE AN DIE vielhundertjährige Herrschaft des Hauses Habsburg erinnern, gibt es wenige, die mit dem intimen Reiz des Maximilian-Platzes in Hietzing zu wetteifern vermöchten. Auf der einen Seite vom Stöckl-Gebäude des Schönbrunner Schlosses, auf der anderen von den Terrassen der Gasthöfe umsäumt, hat er, mit der Barockkirche im Hintergrund, das Gepräge der Kaiser-Franz-Zeit. Hier war in den Jahren Franz Josephs der Wohnort der Hofbeamten, der hohen Bürokratie und vieler Künstler. Die Villen der stillen Gassen, in alten Gärten gelegen, stammen aus der stilvollen Zeit des Biedermeier. In der Villa der Hietzinger Gloriettegasse lebte Frau Katharina Schratt, die Dame, die mehr als drei Jahrzehnte die Freundin und Vertraute des Kaisers gewesen ist. Kathi Schratt, die Tochter eines Postmeisters in Baden bei Wien, kam als junges Mädchen zur Bühne; Heinrich Laube entdeckte sie für das Burgtheater. Sie gefiel durch ihre Natürlichkeit und Anmut; ihr österreichisches Wesen, Liebenswürdigkeit und Sinn für Humor, war die Stärke und die Begrenzung

ihrer Kunst. Sie hatte bei einer Audienz die Aufmerksamkeit Franz Josephs erregt, die Freundschaft mit dem Hofe aber knüpfte Elisabeth, die mit der Künstlerin in Ischl bekannt wurde und sie lieb gewann. War es die Sorge der in steter Unruhe fern von Wien weilenden Kaiserin, das Leben des isolierten Gatten durch eine menschliche Beziehung zu bereichern, oder entsprang dieses Bemühen einem verborgenen Selbstvorwurf – wie dem auch sei, nur Menschenkenntnis und Wohlwollen vermochten eine so sichere Wahl zu treffen. Seit diesen Tagen hat Frau Schrott an dem Leben Franz Josephs teilgenommen bis zum Ende. Die Rolle, die sie gespielt, gehört zum Bilde des kaiserlichen Wiens.

Obwohl Franz Joseph der persönliche Mittelpunkt seines Reiches gewesen ist, hat die Residenzstadt während seiner langen Regierungszeit kaum etwas von jenen Erscheinungen grosser Höfe kennengelernt, wo horchende Ohren an des Kaisers Tür die Menge mit Bedientenklatsch füttern. Das Mysteriöse dieses Hofes war der Mangel sichtbaren Inhalts; oft schien lange Zeiten hindurch die Person Franz Josephs verschwunden zu sein; es blieb nur die Funktion des unsichtbaren Kaisers. Lebte er wirklich? Der persönliche Kern der mystischen Hülle war mehr als bescheiden, und wenn Frau von Schrott Memoiren geschrieben hätte, wie ihr so viele Freunde rieten, so wäre sie in Verlegenheit geraten, das kleine Leben des grossen Hofes zu gestalten. Das neugierige Auge hätte den korrekten alten Herrn gesehen, der früh morgens, wenn im grossen Schönbrunner Park das erste Leben erwachte, sein Schloss verliess, durch die Allee zu einer kleinen, kaum bemerkbaren Türe schritt, die Strasse überquerte, um in den Garten eines Hauses der Gloriettegasse einzutreten, das die Nummer 9 trägt. Dort erwartete ihn an der Türe eine stets heiter gelaunte, lächelnde Dame, und im ebenerdigen, nicht grossen Zimmer mit dem altwienerischen Möbel, ein weissgedeckter mit Blumen geschmückter Frühstückstisch. Franz Joseph, der seine eigene Lebensgewohnheit hatte, verpflichtete die Dame des Hauses, den frühesten Morgen zum Tag zu machen. Im Sommer vor der Reise nach Ischl mochte es geschehen, dass Wochen hindurch im Hause der Frau von Schrott, der Tag um vier Uhr morgens begann. Erst recht in Ischl, wo des Kaisers Sommerschlösschen durch den «Privatsteg» mit der Villa «Felicitas» am Trenkelbach verbunden war, die Frau von Schrott vom Hotelier Seeauer erworben hatte. Auf diesem Wege wachten versteckt gehaltene Polizeiagenten darüber, dass nicht Neugierige oder Bittsteller des Kaisers Weg kreuzen. Nur am 18. August, dem Geburtstag des Kaisers, wurde eine Aus-

nahme gemacht. An diesem Tage wartete stets eine Schar von Kindern längs des Waldwegs, dem Kaiser Blumen zu überreichen.

Frau von Schratt hat es verstanden, die Macht, die sie besass, niemals merkbar zu machen; sie vermied es, sich der Macht zu bedienen, es wäre denn gewesen, dass sie kleinen Wünschen entgegenkam, Künstlern und Kollegen half, wohl auch manchmal zu guten Zwecken einer Eitelkeit gefällig war. Ihrem Talent, Menschen zu behandeln und ihrer natürlichen Klugheit fiel es nicht schwer, die bestunterrichtete Frau Wiens zu werden. Der Kreis ihrer Verbindungen umfasste wohl direkt und indirekt alle Persönlichkeiten des kaiserlichen Wiens, die vermöge ihrer Stellung und Wirksamkeit von Bedeutung waren: hohe Beamten, Bankleute, Politiker, Männer der Gesellschaft, Theaterleute, Journalisten. Sie erfuhr von allem was in der Residenz vorging, sie wusste mehr und Genaueres als die bestunterrichtete Zeitung, ihr kam neben Wissenswertem auch der kleine Klatsch und Tratsch der Residenz zugeflogen, in dessen Spreu sich manches Körnchen finden liess. Einer ihrer besten Informatoren war der Vizepräsident des Obersten Rechnungshofs, Geheimrat Dr. Paul Schulz, ein ebenso kluger wie vielwissender Mann, jedenfalls aber die an Beziehungen reichste Persönlichkeit der Kaiserstadt. Frau von Schratt sammelte und horchte nicht aus eigener Passion, ihr war es wichtig, vieles zu hören und das Richtige zu erfahren. Sie verband den Kaiser mit der Aussenwelt, sie war sein Journal, von ihr erfuhr er mehr und oft Interessanteres, als von allen Ministern zusammen. Und Franz Joseph hatte ein empfängliches Ohr für solche Kunde. Nicht nur, weil ihm die Nachrichten anders gereicht wurden als von seinen Räten; oft erfuhr er nur von Frau Schratt die Wahrheit. Zu ihr, der mächtigen Frau, kamen viele mit der besten Absicht, den Kaiser wissen zu lassen, was er sonst nie erfahren hätte. Baernreither erzählt, wie man im Winter 1913 mit Hilfe Marchets, des ehemaligen Ministers und Freundes der Frau Schratt, den Kaiser auf das laute Gehaben der Kriegspartei aufmerksam gemacht hat. Frau von Schratt war auch bei solchen guten Aktionen hilfsbereit, obwohl es ihr nicht leicht gemacht wurde, so heikle Missionen zu erfüllen. So gern der Kaiser alles hörte, was ihm auf diesem Wege frisch und lebendig zugetragen wurde, so war er doch in den Dingen des Staats streng darauf bedacht, nicht die Vollmachten seiner Minister zu verletzen. Frau von Schratt musste darin umso vorsichtiger sein, als sie einen grossen Feind hatte, der ängstlich darauf achtete, alles vom Kaiser fernzuhalten, was auch nur im Geringsten Anlass zu Kritik geben

konnte. Der Feind war Fürst Montenuovo, der unnachsichtlich strenge Hüter des Zeremoniells und der Würde des Hofes. Er war es auch, der zu Zeiten kleiner Verstimmungen zwischen dem Kaiser und der Frau Schrott lieber eine Kluft zu graben, als eine Brücke zu schlagen suchte.

Unter den Erinnerungen an die Tage, da sie die ungekrönte Kaiserin war, liegen auch die Briefe und Telegramme Franz Josephs. Es sind kurze Dokumente. Der Kaiser war kein Briefschreiber, es ist das sparsamste Deutsch, dessen er sich bedient. «Frau Katharina v. Kiss-Schrott, Hietzing bei Wien, Gloriette-Gasse Nr. 9. Ich bitte die Neuigkeit, die ich Ihnen gestern geschrieben habe, für sich zu behalten. Herzliche Grüße Franz Joseph.» Es ist ein Brief von nicht allzu vielen. Nach Ischl, Villa Felicitas, telegraphierte er, um sechs Uhr morgens: «Sind Sie glücklich in Ischl angekommen und wie geht es Ihnen? Franz Joseph.» Ein andermal: «Innigsten Dank für gestrigen Brief. Wie geht es Ihnen heute? Bin besorgt. Herzliche Grüße.» Die wenigen Worte solcher Telegramme sind die einzigen Gefühlsdokumente Franz Josephs.

## **DIE NEBENREGIERUNG**

WÄHREND DIE KAKOPHONIE DER ÖSTERREICHISCHEN Politik die Welt auf horchen lässt, ertönt in der Oper des Kaisers der herrlichste Instrumentalkörper, den menschliche Ohren je gehört: das Orchester der Wiener Philharmoniker. Am Dirigentenpult sitzt Gustav Mahler. Im Burgtheater klingt Josef Kainzens Stimme. Noch immer sind die zwei Bühnen der Habsburger die edelsten Kunststätten der deutschen Nation. Die Glanzzeit der «Burg» freilich, ist vorüber; sie begann mit der siegreichen Konterrevolution, von da an es Heinrich Laube, dem Revolutionär von einst, gelang, die Bühne zwanzig Jahre lang auf dem Gipfel deutscher Schauspielkunst zu halten. Franz Dingelstadt und Adolf Wilbrandt vermittelten den Übergang von der klassischen Zeit zur Ära der neuen bürgerlichen Gesellschaft, deren Geschmack und Stil nicht ohne Wirkung auf die Gestaltung des Theaters waren. Von 1890 an versuchte es Max Burckhard, der Österreicher, seit 1897 Paul Schlenker, der Berliner, die alte Höhe wieder zu erreichen. Franz Joseph war selbst zuzeiten unbewölkten Himmels ein seltener Gast seiner Bühnen, doch stets ihr freigebigster Mäzen. Er war auch darin freigebiger und adliger als seine Ahnen, dass er der Kunst die

Freiheit liess. Niemals hat er das Urteil seines Geschmacks zu einem Programm gemacht, nie auch nur in bescheidenem Masse diesem Geschmack ein Vorrecht eingeräumt. Franz Joseph überliess die Behütung dieses Reiches seinem Obersthofmeister in der selbstverständlichen Gewissheit, sich auf den Geschmack und Takt des Fürsten Liechtenstein und dessen Nachfolger Montenuovo verlassen zu können. Wäre die Empfindung für adlige Tugenden nicht erloschen, so hätte Alfred Liechtenstein, der vollendetste Kavalier seiner Zeit, in Wien ein Denkmal erhalten. Die Fürsten Liechtenstein und Montenuovo unterschieden sich von der unadlig gewordenen Welt: sie begegneten dem Künstler mit Respekt. Fürst Montenuovo, Liechtensteins Nachfolger, war der letzte Obersthofmeister Franz Josephs, der letzte Regisseur des habsburgischen Zeremoniells. Als Enkel Maria Luise's, der Gattin Napoleons, mit dem Hofe verwandt, hat er in der Aufrechterhaltung des Zeremoniells ein heiliges Amt gesehen.

Es war vorauszusehen, dass der neue Thronanwärter zu dem Hüter des Zeremoniells in Widerspruch geraten werde. Nach dem Tode des Kronprinzen fiel die Anwartschaft auf den Thron, Franz Josephs zweitem Bruder, Karl Ludwig, zu. Der geringe Altersunterschied von nur drei Jahren, der zwischen den Brüdern lag, lenkte den Blick vom Vater auf den ältesten Sohn, von Karl Ludwig auf Franz Ferdinand. Der Erzherzog, der als Neffe und Thronfolger dem Kaiser nun so nahestand, war ihm in Wesen und Gesinnung doch sehr fern. So fern wie Wien von Graz. Dort war er am 18. Dezember 1863 als erster Sohn Karl Ludwigs und dessen zweiter Gattin, der Prinzessin Maria Annunziata von Bourbon-Sizilien, geboren. Als Erbe des letzten Herzogs von Modena, Franz V., Ferdinand Geminian, erhielt er dessen Vermögen und den Titel «von Österreich-Este». Das Geschlecht Este war eines der ältesten Fürstenhäuser Italiens; der österreichische Ast des Stammes reicht nur in die Zeit der Revolutionskriege zurück. Als der junge General Bonaparte mit den «Lumpenhelden» der Revolution den ersten und genialsten seiner Feldzüge führte, den Feldzug von 1796, säuberte er, nach der Besiegung der österreichischen Heere, Italien von den Kleinfürsten. Zu diesen Depossidierten gehörte neben anderen auch der letzte Spross aus dem italienischen Geschlecht der Este, der Herzog von Modena mit dem pompösen Namen Herkules III. Rinaldo. Nach den Verhandlungen von Leoben und dem Friedensschluss von Campo Formio hat Österreich die Niederlande, Mantua und Mailand abgetreten. Istrien, Dalmatien und Venedig erhalten, schliesslich aber auch die Zustimmung zu dem Heimfall

Modenas an die neue Zisalpinische Republik gegeben. Herkules von Este wäre wahrscheinlich ein Herzog ohne Land geblieben, wenn er nicht dem österreichischen Kaiserhause nahe verwandt gewesen wäre. Seine erbberichtigte Tochter, Maria Beatrix von Este, war nämlich die Gattin eines österreichischen Erzherzogs. Der Gatte: Ferdinand Karl Anton, der dritte Sohn Maria Theresias, Bruder Josef II. und Maria Antoinettens. Der Stifter des Hauses Österreich-Este durfte als Onkel des regierenden Kaisers Franz erhoffen, dass sein Schwiegervater Herkules-Rinaldo nicht gänzlich ohne Entschädigung für das enteignete Herzogtum Modena bleiben werde. Österreich konnte nach den Schlägen, die es erlitten hatte, nicht viel vergeben, aber Kaiser Franz fügte es, dass im Lüneviller Frieden, dem Schwiegervater des Onkels, für das verschwundene Modena der Breisgau zugesprochen wurde. Der Italiener Herkules von Este verwandelte sich in den Herrn und Gebieter über einen der schönsten Flecken deutschen Bodens. Als er 1803 starb, wurde der Schwiegersohn, Erzherzog Ferdinand, mit der Administration des Landes betraut und bald danach regierender Herzog. Indes, er blieb es nicht lange. Nach der Niederlage der österreichisch-russischen Koalition bei Austerlitz war auch der Breisgau für Habsburg verloren. Vorerst teilten sich Württemberg und Baden in das Land, bis es 1810 ganz dem Grossherzogtum Baden zufiel. Herzog Ferdinand war 1806 ohne die Tröstung gestorben, das österreichische Haus der Este jemals noch auf einem Thronchen zu sehen. Doch der Wiener Kongress stellte die alte Ordnung wieder her. Ferdinands Sohn konnte als Franz IV. in Modena einziehen, und dessen Mutter erhielt nebst dem ererbten Herzogtum Massa und Carrara auch die kaiserlichen Lehen in der Lunigiana, welcher Besitz nach ihrem Tode mit Modena vereinigt wurde. Die Geschichte der beiden Franze, des vierten und des fünften, des vorletzten und des letzten der Herzöge von Modena, ist eines der traurigsten Kapitel in dem Drama der italienischen Kleinstaaten. Sie pendelt zwischen Flucht und Rückkehr, zwischen Versprechungen und Verfolgungen. 1831 flieht Franz IV., um unter dem Schutz der österreichischen Bajonette wiederzukehren; 1848 befolgt der Sohn das väterliche Beispiel, bis ihn Radetzky wieder zurückführt. Erst Solferino macht dem grausamen Spiel ein Ende. Von Franz V., der in kinderloser Ehe mit einer Tochter des Bayernkönigs Ludwig I. vermählt war, erbt Franz Ferdinand 1875 das Vermögen, die italienischen Güter und den Titel.

Von der Mutter stammte der düstere Teil der Erbschaft. Sie war die Tochter jenes Ferdinands II., Königs «beider Sizilien», der als «Re Bomba»,





Erzherzog Franz Ferdinand, zweiundzwanzigjährig



Franz Joseph I. und Eduard VII. (1903)

der Bombenkönig, in der Geschichte Italiens fortlebt. Unter den Duodezfürsten aus dem Hause Bourbon-Parma, die in Neapel und Messina, in Parma und Florenz eine sinnlose Gewaltherrschaft übten, war dieser Ferdinand eine der grausamsten Figuren. Den Namen des Bombenkönigs erwarb er sich durch die Beschiessung des revoltierenden Messinas, im September 1848, und durch das Henkergericht, welches er nachher über das niedergeworfene Land abhielt. Zweiundzwanzigtausend Menschen wurden von ihm zum Tode, zu langen Kerkerstrafen und zu Kasemattenhaft verurteilt. Als die Volkswut ihn zwang, Neapel zu meiden, zog er sich nach Caserta zurück und regierte mit dem Belagerungszustand. Etwas vom Geiste dieser fremdländischen Despoten, die ständig das Attentat fürchteten, hatte auch Franz Ferdinand an sich: das stete Misstrauen vor allen; das Bewusstsein, angefeindet und gehasst zu werden; den Trotz und Willen aber auch, womit die fremden Usurpatoren ihren Besitz verteidigten. Zu dem General Conrad sagte er einmal: «Sie halten jeden Menschen von Haus aus für einen Engel; Sie werden damit sehr schlechte Erfahrungen machen. Ich halte jeden, wenn ich ihn das erstemal sehe, für einen gemeinen Kerl und lasse mir die bessere Meinung erst allmählich abkaufen.» Die Krankheit, ein von der Mutter übernommenes Lungenleiden, machte ihn noch misstrauischer. Er war fünfundzwanzig Jahre, als ihn die Ärzte fast verloren gaben; die Rechte der Thronfolge gingen damals auf den jüngeren Bruder Otto über. Er hat im Süden, in Meran, in Lussin, in Ajaccio und in Ägypten, durch eine peinlich eingehaltene Kur und vermöge seines Lebenswillens, die Krankheit besiegt. Doch die Erlebnisse jener Tage, da Gunst und Erwartung sich dem Bruder, als dem vermeintlichen Thronfolger, zuwandten, haben ihn hart und böse gemacht. Franz Josephs Lebenserfahrung, die Frucht langer Jahrzehnte, aus Einsicht und Resignation geboren, hat wenig Geltung vor dem völlig anders gearteten Neffen. Franz Ferdinand verfügt auch nicht über Rudolfs Bildung. Seine Lehrer waren der Hofkaplan und spätere Weihbischof von Wien Dr. Marschall, der Landesschulinspektor Kapp und der Naturgeschichtslehrer Knauer. Die Erlernung der fremden Sprachen, eine den Habsburgern sonst selbstverständliche Übung, bereitet ihm grosse Schwierigkeiten. Nach dem Zeugnis Ottokar Czernins spricht er als reifer Mann nur mittelmässig französisch und etliche Brocken italienisch, tschechisch und ungarisch. Seine eigentliche Passion ist die Jagd. Er übt sie nicht wie Franz Joseph, der sich mit dem nicht gerade überreichen Wildstand des

Salzkammerguts zufriedengibt und mehr an der Verfolgung als an dem Schuss seine Freude hat; Franz Ferdinand liebt, wie Wilhelm II., das Massenschiessen. In Konopischt, dem böhmischen Herrensitz, den er sich nach der Verhehlung eingerichtet, werden tausende Fasanen gezüchtet; sie sind so fett und schwer, dass sie sich nicht weit über den Boden erheben können. Diese der Natur entfremdeten Tiere schießt der Erzherzog haufenweise nieder. Vielmehr noch als bei andern Erzherzogen geschieht es bei Franz Ferdinand, dass er fast nur militärisch herangebildet wird.

Im Jahre 1899 nimmt sein Leben eine entscheidende Wendung. Er lernt im Pressburger Schlosse des Erzherzogs Friedrich, die Gräfin Sophie Chotek von Chotkowa und Wognin kennen. Ursprünglich galten Franz Ferdinands Besuche in Pressburg einer der vielen Töchter, die Erzherzogin Isabella zu vergeben hatte. Die zweiunddreissigjährige Comtesse Chotek verscheucht das Bild der jungen Erzherzogin. Ihre Familie war aus altem böhmischen verarmten Adel. Sie selber diente bei der Erzherzogin Isabella als Hofdame, ihre Schwester, zarter und schöner als Sophie, lebte im Stift der adligen Fräuleins auf dem Prager Hradschin. Nach dem Urteil von Persönlichkeiten aus dem böhmischen Adel, die Sophie Chotek und ihre Familie kannten, besass sie bestechende Eigenschaften. Vor allem die Kunst jenes Mimikry, dessen sich kluge, nach Macht und Ansehen durstige, aber zum Dienen verurteilte Naturen als eines Mittels bedienen, sich dort, wo der grosse Lohn winkt, angenehm bezaubernd, begehrenswert zu machen. Es ist eine Eigenschaft artistischer und fraulicher Art. Sie hatte auch den listig durchschauenden Blick, womit der Dienende wie in einem Vergrösserungsglase Schwächen und Eitelkeiten seines Herrn auffängt. Sie war reizvoll als Frau, von jener schlanken Robustheit vieler Damen des böhmischen Adels, die bäuerische Natürlichkeit mit der Grazie alter Geschlechter vereinen. Der Thronfolger kam in das Haus der jungen Erzherzoginnen nur mehr, um die Hofdame zu sehen. Die Entdeckung des geheimen Briefwechsels durch die Erzherzogin Isabella zwang Sophie Chotek, den Dienst sofort zu verlassen. Kenner der Psyche Franz Ferdinands bestätigen: damals hatte Sophie Chotek erreicht, was sie wollte. Ihrer fraulichen Energie und Klugheit war Franz Ferdinand nicht gewachsen. Sie beschlagnahmte ihn.

Zehn Jahre nach der Tragödie des Sohnes, setzt Franz Josephs Kampf mit dem Thronfolger Franz Ferdinand ein. Sophie Chotek hatte das Pressburger Schloss über Nacht verlassen müssen. Nächsten Tags war Franz Jo-

seph von allem unterrichtet. Er empfand die Nachricht, wie er später der Kaiserin Eugenie gesteht, als einen der schwersten Schläge gegen das Haus, gegen die Einheit der Monarchie. Der Gedanke, dass Franz Ferdinand die Gräfin ehelichen wolle, malt die finstersten Zukunftsbilder an die Wand: Staatsrechtliche Verwirrungen, das Ende Österreich-Ungarns. Franz Joseph stellt den Thronfolger vor die Wahl: Verzicht auf die Frau, oder Verzicht auf den Thron. Schon aber ist Franz Ferdinand völlig der Gräfin verfallen. Ihr Wille, ihre Energie diktieren nun das Kommende. Der Erzherzog gesteht weder das eine, noch das andere zu. Er wird weder auf die Frau, noch auf den Thron verzichten. Der Kaiser bietet alles auf, den Erzherzog von der Unmöglichkeit dieser Ehe zu überzeugen. Goluchowski, Koerber suchen zu vermitteln, Franz Ferdinands ehemaliger Lehrer, Bischof Marschall, ein ebenso kluger wie humaner Mann, sitzt tagelang bei seinem Schüler, Montenuovo spricht das Wort von der Selbstzerstörung des Hauses. Minister und Hofchargen bitten, die Gesundheit des alten Monarchen zu schonen. Alles ist vergebens. Bischof Dr. Marschall spricht später die Meinung aus, dass es Franz Josephs schwerster Fehler gewesen sei, die morganatische Ehe des Thronfolgers zu gestatten. Es ist aber nicht Nachgiebigkeit, nicht Schwäche und Resignation, was den Kaiser schliesslich doch bewegt, seine Zustimmung zur nicht ebenbürtigen Ehe zu geben; vor ihm steht eine andere Schwierigkeit für den Fall, dass Franz Ferdinand dem Thron entsagte: der Thronfolgeanspruch des Erzherzogs Otto. Der «schönste Prinz» des Hauses wurde von seinem hemmungslosen Temperament wie die Rakete vom Pulver zerrissen; sein Name war skandalisiert. Seit jenem Tage, da der Abgeordnete Pernerstorfer im Parlament die Geschichte von jenem «sehr jungen und sehr hohen Herrn» erzählte, sind viele Jahre vergangen; man spricht nicht mehr von dem Übermut des Erzherzogs – aber Franz Joseph ist es unvorstellbar, Otto als Thronanwärter zu sehen. Und dessen ältester Sohn Karl ist vier Jahre alt. Es ist glaubhaft das Wort, das die Kaiserin Eugenie als einen Ausspruch Franz Josephs übermittelt: «Gott lässt mich so lange leben, damit das Ende des uralten Reiches noch um einige Zeit hinausgeschoben werde; nach meinem Tode wird es unvermeidbar kommen.» Die Affären des Hauses bestärkten diese Befürchtungen des Kaisers. Halb verzweifelt, nichts Gutes hoffend, fügte sich Franz Joseph drein, dass «die Chotek» – so nannte er bis zu ihrer Vermählung die Gräfin – die Gattin des Thronfolgers werde.

Am 28. Juni 1900, auf die Stunde genau vierzehn Jahre vor seinem traurigen Ende, entsagt Franz Ferdinand in der Wiener Hofburg vor dem Kai-

ser, vor dem ganzen Hof und vor allen Würdenträgern, für die Kinder seiner Ehe, den Rechten der Nachfolge und der Ebenbürtigkeit. Die ganze Zeremonie – so notiert Ernst von Plener, der als Geheimer Rat zugegen war – macht auf alle einen peinlichen Eindruck. Es ist eine bitterernste Handlung. Der Kaiser, misstrauisch, sehr gealtert, verliest, fast drohend, die Ansprache an den Erzherzog, ihn zur Eidesleistung auffordernd. Franz Ferdinand spricht die Eidesformel mit gepresster Stimme. Franz Joseph hatte recht; kaum war der Akt beendet, als die ungarische Opposition die Rechtsgültigkeit des Verzichts bestreitet. Franz Kossuth erklärt, die Gemahlin des Erzherzogs werde bei der Thronbesteigung des Gatten nach ungarischem Rechte Königin von Ungarn, die Kinder nachfolgeberechtigt sein. Die Haltung Kossuths ist keineswegs etwa von Sympathie für Franz Ferdinand und dessen Frau diktiert; sein Angriff gilt dem Hofe im Allgemeinen und dem Hausgesetz im Besonderen, das auch jetzt noch der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Eine Bedeutung von heute auf morgen kommt diesem Vorstoß Kossuths nicht zu, er zeigt nur, was Habsburg erwartete, wenn Franz Joseph einmal die Augen schloss.

Viel unangenehmer als die theoretischen Betrachtungen, die sich an die Heirat knüpften, empfindet Franz Ferdinand die offene Ablehnung und Feindseligkeit, mit welcher ein Teil des Hofes, der Gattin, dem «Eindringling vom Belvedere», begegnet. Auch darin ist der Kaiser zartfühlender als seine Umgebung. Gewöhnt, sich mit Unabänderlichem abzufinden, sucht er zwischen den ehernen Tafeln des Zeremoniells und den Geboten des Takts einen Ausgleich zu finden. Er erhebt die Frau, in deren unbeugsamen, beherrschenden Willen er ein zerstörendes Element sah, zur Fürstin und verleiht ihr den Namen «Hohenberg», der sich von einem, den Habsburgern verwandten Grafengeschlecht herleitet. Die Macht des Zeremoniells, die Montenuovo bewacht, vermag auch der Kaiser nicht aufzuheben. Ist der Hof unter sich, so darf der Thronfolger nur ohne seine Gattin erscheinen; von den Empfängen der Kaiserfamilie und von den Familientafeln ist die Unebenbürtige ausgeschlossen; die intimen Feste zu Ehren fremder Fürsten sind ihr ebenso versperrt wie der «Ball bei Hofe». Bei der andern der zwei Veranstaltungen zur Faschingszeit, bei dem repräsentativen «Hofball», wird die Fürstin, während ihr Gatte, eine Erzherzogin am Arme, an der Spitze des Zuges schreitet, hinter den jüngsten Prinzessinnen als Letzte eingereiht. Selbst das Recht, den durch seine vergoldeten Speichen symbolisierten, aber sonst recht unbequemen Hofwagen benützen zu dürfen, enthält

man ihr vor. Es ist der seltene Fall, dass die zur Erhöhung der Majestät von altersher festgehaltene Ordnung dem Erben der Majestät zu einer Quelle des Leids, der Erniedrigung und steter Pein wird. Menschliches rebelliert gegen die Etikette, die freilich nicht leere Form, sondern Inhalt des erhöhten Seins ist. In dem erbitterten Kampf Franz Ferdinands gegen den Sachwalter des habsburgischen Zeremoniells ist die Logik jedenfalls auf Seite des Fürsten Montenuovo. Der illegitime Spross der Legitimität verteidigt das Prinzip gegen den abtrünnigen Legitimisten. Zur Tragödie fehlt dem Konflikt die Tiefe der Empörung. Das Recht der Natur bäumt sich gegen das Vorrecht der Geburt nur aus dem Grunde, um für sich selber die Ebenbürtigkeit zu erlangen. Das Prinzip siegt, es widersteht dem Ansturm des Thronfolgerpaares. Doch welche giftige Pflanzen säet dieser Sieg! Sollte die Gräfin den Wunschtraum von tausend Nächten nur verwirklicht haben, um am Ziele die schmerzvollste Erniedrigung zu erleiden? Sollten am untersten Grunde des Glücksbeckers mit den süssesten auch die herbsten und widrigsten Tropfen zusammenfliessen? In diesen Jahren der Erniedrigung lernt die Gräfin hassen, zu dieser Zeit mag jener unbezähmbare Hass in ihrer Seele Wurzel gefasst haben, der nie vergisst und nicht vergibt, der wie die aufgescheuchte Schlange das Opfer verfolgt bis zur Vernichtung. Von da an meidet sie den Hof. Der Thronfolger errichtet sich seinen eigenen Hofstaat; das «Belvedere» wird die Antithese von «Schönbrunn».

Enthält sie mehr als den Widerspruchsgeist des Thronanwärters, der sich zum konservativen Sinn Franz Josephs geflissentlich in Gegensatz stellt? Hat sie einen Gedanken? Der Thronfolger hat ein anderes Weltbild. Er hat sogar etwas wie eine originale Geschichtsauffassung. So, wenn er im Gespräch mit dem Flügeladjutanten General Margutti, dem Kaiser Franz und Metternich staatsmännische Bedeutung abspricht. Franzens Horizont war, nach Ferdinands Meinung, «mit Brettern verlegt», Metternich «kein grosser Geist, weil er die Bedeutung der französischen Revolution, diesen Angelpunkt der neusten Menschheitsentwicklung, verkannt hat.» Es verrät ein selbständiges Denken, wenn Franz Ferdinand den Krieg von 1813 gegen Napoleon den grössten Fehler Österreichs nennt. Die Kritik geht von der Vorstellung aus, dass die Herrschaft der Habsburger in Deutschland zu halten war. Franz Ferdinand kommt von einer andern Seite den Gedankengängen der süddeutschen Demokratie nahe, mit der Behauptung, Habsburg und Napoleon vereint, hätten es in der Macht gehabt, den Aufstieg Preussens zu hindern und Deutschland eine andere Gestalt zu geben. Er konnte es dem

Urgrossvater nicht verzeihen, dass dieser 1806 die deutsch-römische Kaiserwürde niedergelegt und sich damit des rechtlichen Anspruchs für spätere Zeiten begeben hat; Metternich und Kaiser Franz seien die Zertrümmerer der deutschen Einheit gewesen; ohne ihren Fehler wäre es nie zu Bismarcks kleindeutscher Lösung gekommen. Es hatte eine gewisse Logik und begehrt Erwägungen der kritischen Geschichtsbetrachtung von heute, wenn Franz Ferdinand 1866 eine «verhängnisvolle Entscheidung» der deutschen Geschichte nennt. Er verteidigt die Politik des jungen Franz Josephs, der lieber die Lombardei opferte, bevor er Deutschland kampflos Preussens Führung überlassen hätte. «Der Egoismus Preussens sägte den Ast ab, auf dem wir sassen, aber er wird» – das sagt Franz Ferdinand im August 1913 – «den Hohenzollern kein Glück bringen. Preussen übernahm als benefizium inventarii, den Antagonismus Frankreichs, den es zum gefährlichen Gegensatz der ganzen Welt ausbaute. Der deutsche Geist, zielbewusst und methodisch, von nicht erlahmender, bewundernswürdiger Energie wäre zum Grössten berufen. Der preussischimperialistische Machtgedanke zwingt ihn in gefährliche Bahnen; er lässt den Deutschen nicht die Frist zu ihrer vollen Entfaltung. Preussens Sieg», so fährt Franz Ferdinand in seinen Gedanken fort, «war auch darum ein Unglück, weil er die föderative Entwicklung abschnitt. Das föderative Prinzip, das unter Habsburgs Herrschaft das Prinzip Deutschlands geworden wäre, hätte sich von selber auf Österreich übertragen; damit wäre Österreich stark und lebensfähig geworden.» Franz Ferdinand ist vielen Ratgebern des Kaisers und dem Grossteil seiner Zeitgenossen darin voraus, dass er die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustands erkennt und sich um das Problem der nationalen und staatlichen Föderation bemüht; er ist aber zugleich der Gefangene altertümlicher Begriffe, wenn er meint, dieses Problem einseitig, mit der Gewalt des staatlichen Machtapparats, mit der Bureaukratie und der Armee, jetzt noch lösen zu können.

Hier wird der Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem Thronfolger deutlich. Franz Joseph hält sich an die neuzeitliche Form des Regierens, ohne ein Programm zu haben; der Thronfolger will das moderne Programm mit alten Mitteln erzwingen. Beide streben nach der Festigung des Reiches. Das Gesetz der Entwicklung lässt sich aber nicht diktieren, es diktiert selber. Wie in allen wichtigen Augenblicken folgt es auch jetzt der stärksten Macht: Ungarn. Die Unnachgiebigkeit Ungarns im Kampfe um seine alten Rechte hat den Absolutismus gebrochen und auch Österreich zur Verfassung verhil-



fen; Ungarn hat dem Reich die dualistische Form gegeben; es führt auch jetzt eine neue Wendung herbei. Sie geht von dem Besitz aus, an welchem dem Kaiser am meisten gelegen ist: von der Einheitlichkeit der Armee. Es ist zweifelhaft, ob eine Nationalisierung des Heeres seinen Wert vermindern würde; ein konsequenter Föderalismus würde auch darin vor Konzessionen nicht zurückschrecken. In dieser Frage jedoch sind Kaiser und Thronfolger eines Sinnes; an der Armee soll nicht gerührt werden. Da auch Graf Tisza die Opposition der ungarischen Unabhängigkeitspartei nicht zu meistern vermag, übergibt Franz Joseph, im Sommer 1905, die Regierung Ungarns einem seiner alten Generale, dem ungarischen Landesverteidigungsminister Géza Freiherrn von Fejerváry de Komlos-Keresztes. Die letzten Wahlen in Ungarn haben das parlamentarische Regieren nach den Absichten Franz Josephs zur Unmöglichkeit gemacht; die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses ist verschwunden, die radikale Unabhängigkeitspartei herrscht nun im Parlament. Es ist nicht daran zu denken, von der neuen Majorität das Budget und die Rekruten bewilligt zu erhalten. Als Mittel zur Rettung bleibt nur der Appell an die Völker. Franz Joseph hat sich schon im letzten Regierungsjahre Taaffes, unter Steinbachs Einfluss, an den Glauben gewöhnt, dass der nationale Radikalismus seinen Sitz in den Parteien des Kurienparlaments habe, die Schwierigkeiten des Reiches daher nur durch die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts überwunden werden könnten. Diese Absicht wurde in Österreich von der Koalition der Deutschliberalen, der Konservativen und der Polen vereitelt; das Wahlrecht erfuhr zwar eine geringfügige Erweiterung, aber zu dessen vollkommener Demokratisierung gebrach es auch Koerber an Mut. In Ungarn war es erst recht offenbar, dass der Radikalismus seine Macht einem Wahlrecht dankte, welches die breiten Massen und damit auch die Minderheitsvölker des ungarischen Staates, die Serben und Slowenen, die Rumänen, Kroaten und die Deutschen, von der Mitregierung ausschloss. Es war Franz Ferdinands Lieblingsidee, die Vorherrschaft der Ungarn durch die anderen Nationen zu brechen. Er wäre am liebsten über die Verbreiterung des Wahlrechts hinausgegangen zu einer völligen Neugestaltung des Reiches. Von solchen Plänen, die ohne Staatsstreich und Gewalt nicht zu verwirklichen waren, mochte Franz Joseph nichts wissen. Er glaubte an die heilsame Wirkung des allgemeinen Wahlrechts: im Juli 1905 gab Ungarns Innenminister, Herr von Kristoffy, den Entschluss der Regierung bekannt, das allgemeine und gleiche Wahlrecht einzuführen. Nun zeigte sich dasselbe Bild wie zu Zeiten

Taaffes: der Kaiser stand im Kreise seiner Ratgeber allein. Nicht nur der ungarische Adel und seine österreichischen Verwandten, nicht nur Magnatenhaus und Herrenhaus setzen alles daran, diesen Plan zu verhindern. Im Kronrat vom 10. September widerriet die Mehrzahl der Minister, vor allen Goluchowski, aber auch Gautsch, Ungarn das allgemeine Stimmrecht zu geben. Fejerváry demissionierte, es blieb nichts übrig, als mit der ungarischen Opposition zu paktieren, ein Versuch, der völlig misslang. Die Audienz des magyarischen Radikalismus währte nur fünf Minuten. Franz Joseph musste wieder Fejerváry rufen und Kristoffy aufs Neue mit der Aufgabe betrauen, das Parlament des engherzigen Interessenradikalismus zu beseitigen. Das Vorhaben ist nicht gelungen, aber es zwang die ungarische Opposition, die Unabhängigkeitspartei, die katholische Volkspartei unter Führung des Grafen Zichy, und die Dissidenten der Liberalen, die Graf Julius Andrássy der Jüngere befehligte, die Regierung zu übernehmen.

Eine weit grössere Wirkung übte Kristoffys Plan auf die andere Reichshälfte, auf Österreich. Hier war, nach Koerbers Verabschiedung, Freiherr von Gautsch, Franz Josephs ergebenener Diener, ein Taaffe II., zum zweiten Male zur Regierung berufen worden. Der hervorragende Jurist, Sektionschef Dr. Franz Klein, gab dem Kabinett ein besonderes Relief. Gautsch war klug genug, an Koerbers liberaler Regierungspraxis nicht zu rühren, er erfreute sich aber ausserdem eines Vorteils, den sein Vorgänger nicht zu erreichen vermocht hatte: er genoss die stille Gunst der Tschechen. Als einzige Opposition standen ihm die Sozialdemokraten gegenüber, die ihm seine Haltung in der Frage der Wahlreform vorwarfen. Gautsch war schon darum kein prinzipieller Gegner des allgemeinen Stimmrechts, weil der Kaiser sich längst dafür ausgesprochen hatte, er meinte jedoch, dass diese Reform nur dann Segen bringen könne, wenn ihr die Ordnung der nationalen Dinge voranginge. Der Gedanke ist falsch, das Kurienparlament kann diese Aufgabe nicht vollbringen, er ist aber vor allem unzeitgemäss: die Regierung besitzt nicht mehr die Macht, sich der gewaltigen Massenbewegung für das allgemeine Wahlrecht entgegenzustellen. Seit dem September 1905 hatte die Sozialdemokratie eine Agitation grössten Stils eingeleitet. Nun ist auch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses für die Reform; nicht weniger als sieben Anträge, darunter auch jener der Deutsch-Klerikalen, fordern das allgemeine Stimmrecht. Abseits davon, hinter ihrer Zeit, stehen nur die liberalen und nationalen Parteien der Deutschen; der deutsche Freisinn desavouierte einen seiner begabtesten Männer, den Abgeordneten Dr.

Lecher, der so kühn gewesen war, für den rechtlosen Teil des deutschen Volkes seine Stimme zu erheben. Die verblendeten Anwälte eines überlebten Klassenvorrechts übten ihren kurzen Witz an den Trägern der grossen Volksbewegung, sie sprachen und schrieben von «k. k. Sozialdemokraten» und nannten innerhalb ihrer vier Wände den alten Kaiser, der klug genug und mutig war, sich an die Spitze der Reformbewegung zu stellen, den «Genossen Franz Joseph». Auch in diesem Augenblick war der Kaiser vorausschauender als die Führer des deutschen Bürgertums, er verstand die Zeichen der Zeit. Ende Oktober hatte die russische Revolution gesiegt, der Zar musste die Duma gewähren. Das österreichische Kaisertum erfüllte nur seine Pflicht, wenn es vor dem Unvermögen des nationalen Radikalismus und vor der Anmasslichkeit der Privilegierten die grossen Massen zum Mitregieren aufrief. Am 28. November 1905 demonstrierte in ganz Österreich das Volk für das Wahlrecht; an demselben Tag gab Freiherr von Gautsch im Abgeordnetenhaus die Erklärung ab, dass «die Regierung alles aufbieten werde, spätestens im Monate Februar, die Reformvorlage auf den Tisch des Hauses zu legen». Er war vergebens jener Widerstand des Hauses der Herren, wo des Kaisers ehemalige Minister, wie Franz Graf Thun, die Regierung anklagten, vor dem «Geschrei der Gasse die Segel zu streichen». Doch nicht an diesem Widerstand, an dem Graf Goluchowski tätig teilnahm, scheiterte die gute Absicht Gautschens. Entscheidender als der prinzipielle Kampf wurde der Streit um die Verteilung der Mandate. Der Polenklub, seine reale Macht zäh verteidigend, liess das Reformwerk nicht gedeihen. Im April 1906 musste Freiherr von Gautsch, der Vorreiter des allgemeinen Wahlrechts, seinen Platz verlassen. Die Polen konnten die Reform aufhalten, zu vereiteln war sie nicht mehr.

Jene rückschauende Betrachtung, die dem Ende des Habsburgerreichs die Bedeutung eines gesetzmässigen Geschehens im Sinne der Geschichte unterlegt, will schon aus den sozialen und nationalen Kämpfen des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege die mahnenden Zeichen des Untergangs heraus hören. Die Wahrheit ist, dass Österreich-Ungarn von keinen ernstlichen Gefahren bedroht war. Graf Goluchowski, kein Genie, aber auch kein Anwalt der Prestigepolitik, hatte vor der Kritik der um das Ansehen besorgten Aktivisten tausendmal recht, wenn er, als Willensvollstrecker Franz Josephs, jeden Konflikt vermied. Das Müritzsteger Übereinkommen mit Russland war eine Sicherung vor einseitigen Engagements auf dem Balkan. Mochten die Unzufriedenen Österreich der Schwachmütigkeit zeihen, er

befolgte bis 1908 eine Politik im Sinne Bismarcks, die darauf hinauslief, im Einverständnis mit Russland zu bleiben und die Gefahren des Balkans zu scheuen. Es war klug, den Belgrader Königsmord von 1903 zu keiner bewaffneten Intervention zu benützen. Es war peinlich genug, dass das Bemühen um einen neuen Handelsvertrag mit Serbien einen Zollkrieg hervorrief, der dem serbischen Vieh die Grenzen Österreich-Ungarns sperrte. Der Liebesdienst, den Goluchowski dabei Ungarn erwies, hinderte nicht, dass er 1906 von den Ungarn gestürzt wurde. Er hinterliess keinen Konfliktstoff; die «schwächliche Führung» der auswärtigen Politik, von vielen beklagt, war Vorsicht.

Auch Österreichs Wirtschaft ist längst jeder Krise entrückt. Vier Jahrzehnte des Friedens haben den Wohlstand des Bürgertums so erhöht, dass es die einst nicht allzu sicheren Werte vom Ausland zurückzukaufen und als Anlagepapiere zu behalten vermag. Die Staatskassen weisen im Jahre 1907 einen Überschuss von hundertsechszwanzig Millionen Kronen auf. Der Finanzminister Korytowski darf sagen: «Es geht uns gut.» Das spürt man im ganzen Reich, das sieht man vor allem in Wien. Die Söhne der Väter, deren Leben nur dem Börsenspiel gehört hat, sind Industrielle, Kaufleute, solide Bankiers, Beamte, Offiziere, Gelehrte geworden. Die Kreditanstalt thront nicht mehr allein auf der Höhe als Grossbank. Neben ihr ragt die Bodenkreditanstalt, keine blosse Hypothekenbank, sondern längst ein Credit Mobilier grossen Stils. Ihr Lenker, Herr von Taussig, wegen seiner Talente so gepriesen wie wegen seiner Rücksichtslosigkeit gescholten, ist Österreichs stärkster Finanzmann. Er ist auch Präsident der österreichisch-französischen Staatsbahn und der Nordwestbahn. 1905 ist die Frage, ob Franz Joseph Herrn von Taussig zum Gouverneur der Bodenkreditanstalt ernennen wird, die grosse Sensation Wiens. Franz Joseph, vorurteilsloser als der Thronfolger, und besser unterrichtet, verweigert nicht seine Zustimmung. Kreditanstalt und Bodenkreditanstalt, die zusammen die Rothschildgruppe bilden, finanzieren Serbien, und bekommen dafür den Auftrag, Peters Heer mit Waffen und mit Munition zu versorgen. Der Streit geht nur darum, ob die serbischen Kanonen wieder bei den Skodawerken der Kreditanstalt, die Patronen in der Hirtenberger Fabrik desselben Instituts hergestellt werden sollen, oder ob die Lieferung der Steyrer Waffenfabrik zufällt, die der Bodenkreditanstalt gehört. Die Ordnung stellt Albert von Rothschild her, der als wichtigster Grossaktionär der Kreditanstalt, einen unbeschränkten Einfluss übt. Seit Weiss und Gustav von Mauthner tot sind,

fehlt es der Kreditanstalt an starken Persönlichkeiten. Die dritte unter den Grossbanken, die Länderbank, befasst sich mit der Bildung von Warenkartellen, deren Kassierer sie dann wird. Hauptleiter der Bank ist der Generaldirektor Palmer, ein ständiger Gast im Hause der Frau Schrott, und vom Kaiser gern gesehen. Die in Wien verbreitete Geschichte, Generaldirektor Palmer sei einer der täglichen Tarockpartner Franz Josephs, ist schon aus dem Grunde nicht wahr, weil der Kaiser niemals Karten spielt; der Länderbankdirektor kennt allen Tratsch der Residenz, und den hört der einsame Monarch sehr gern. Auch der von dem Direktor Moritz Bauer geleitete Wiener Bankverein ist eine Grossbank geworden. Die Unionbank, von dem höchst gewandten Herrn Minkus gelenkt, hat Beziehungen zu den Berliner Mendelsohns; die Anglo-Österreichische Bank, eine Schöpfung des Hauses Erlanger, eine Filiale in London. Die Niederösterreichische Escomptegesellschaft wurde als Bank des Eisenkartells die Nachfolgerin der Böhmisches Escomptebank, aus einer Depositenbank ein Kreditinstitut.

Auf unsichtbaren Kanälen laufen die Früchte industrieller Arbeit des Reiches in Wien zusammen. Alle grossen Gesellschaften haben ihren Sitz in der Residenz. Voran das Eisensyndikat, das seine Riesengewinne Schutzzollmauern zu danken hat, wie sie in anderen Ländern undenkbar wären. Die Industrien liegen in Mähren, Böhmen und Steiermark, die Hauptinteressenten sind Kreditanstalt und Länderbank, der leitende Kopf, Herr Feilchenfeld. Der österreichische Krupp, der Herr der grossen Nickelwerke in Berndorf, sitzt im Verwaltungsrat der Kreditanstalt. Österreich ist auch im Export grosser Dampfmaschinen leistungsfähig geworden, es konkurriert mit Deutschland. Das Kohlensyndikat umfasst den Besitz des Hauses Rothschild, der Ferdinands-Nordbahn, des Fürsten Salm, des Grafen Larisch, des Erzherzogs Friedrich und des Hauses Guttmann. David Guttmann, einst ein kleiner Kohlenverschleisser, heute Ritter, blickt nicht ohne Stolz auf seine dunklen Anfänge. Dieser ganze grosse Grubenbesitz, dessen reicher Ertrag einer winzigen Schar Glücklicher zufällt, liegt in Mähren und Schlesien. Die Paläste der Besitzer stehen in Wien. Nur die Nutzniessung der Zuckerfabrikation, einer Hauptindustrie Österreichs, ist dezentralisiert. Hier mischen sich die feinsten Wesensformen von Agrarismus und Industrialismus. Adel und Bürgerliche teilen sich in den Profit. Mächtig ist in diesem Bereich das Haus Schöller. Der Textilindustrie, auf Böhmen, Mähren und Vorarlberg verteilt, ist es lange Jahre übel gegangen. Jetzt kann auch sie sagen: «Uns geht es gut.»

Österreich ist um die Mitte des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts im Aufstieg. Das von zehn Nationen gebildete Reich hat einen Inhalt: tausende Fäden des grossen Wirtschaftsgebietes halten die Völker zusammen. Sollen die Lebensbedingungen nicht stärker sein als die Ideologien der Nationen? Wird es dem jahrhundertalten Reich versagt bleiben, die Geltungsgebiete der Sprachen abzugrenzen und eine Ordnung zu schaffen, die ein Nebeneinanderleben der Völker gestattet? Nun ist Franz Joseph daran, eines der Versäumnisse einzuholen; zur politischen Freiheit, die eine liberale Verwaltung nicht mehr mit kleinlichen Mitteln einschränkt, soll das gleiche Stimmrecht kommen. Wird es Österreich erneuern? Wird es ihm die ersehnte Ruhe geben?

Über Österreich bricht neue Unruhe herein. Franz Ferdinand ist seit Jahren ein gewisses Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Der Kaiser hütet die Bezirke seiner Macht; sein Fleiss und sein Bemühen, in zehnstündiger Arbeit mit den Akten der Minister zu ringen, ist von dem Willen diktiert, Herr der Entscheidungen zu bleiben. Vor allem sind die Personenfragen des Kaisers ureigenstes Gebiet. Nur ein Feld hat er der Initiative des Thronfolgers überlassen: die Armee. Hier könne, so meint Franz Joseph, keine Meinungsverschiedenheit aufkommen; die Armee schliesse die Politik aus, Soldat bleibt Soldat, und Franz Ferdinand als der Jüngere, werde den Fortschritten der Heerestechnik eher gerecht werden können als er, der sechsundsiebzig jährige Kaiser. Noch 1905 beklagt sich Franz Ferdinand darüber, dass er vom Kaiser nicht informiert, nicht gehört werde: «Ich erfahre weniger, als der letzte Hausknecht in Schönbrunn.» Er wählt einen neuen Flügeladjutanten, den Generalstabsmajor Alexander Brosch von Aarenau und errichtet sich eine eigene Militärkanzlei. Das Wort sagt zu wenig. Franz Ferdinands Militärkanzlei wird ausgebaut, sie schafft sich Verbindungen, einen weitreichenden Nachrichtendienst, sie empfängt und erteilt Audienzen, sie wird von vielen Unzufriedenen, von Hoffenden und Harrenden aufgesucht, sie bekommt den Umfang eines kleinen Ministeriums, wo alle wichtigen Ressorts, auch Angelegenheiten der Verwaltung und der Politik, von besonders ausgewählten Offizieren behandelt werden. Die Militärkanzlei ist eines Tages eine wirkliche Nebenregierung. Als Oberstleutnant Brosch sich nach Ablauf der Adjutantenzeit beim Kaiser zum Truppendienst meldet, sagt ihm Franz Joseph keineswegs humoristisch: «Also, Sie haben jetzt sechs Jahre lang gegen mich gekämpft!»

Franz Ferdinand hat den Ring der alten Ratgeber des Kaisers dort durch-

brochen, wo der schwächste Widerstand zu erwarten war. Franz Joseph traute seinem Urteil in militärischen Dingen nicht mehr die Fähigkeit zu, allen Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. So willigt er denn auf Franz Ferdinands Drängen ein, dass sein langjähriger Berater, der Chef des Generalstabs Freiherr von Beck, 1906 den Abschied nimmt. Der Nachfolger Becks, Franz Conrad von Hötzendorf, ist des Thronfolgers Mann. Conrad ist zweiundzwanzig Jahre jünger als Beck. 1852 als Sohn eines Husarenobersten in Wien geboren, Militärakademiker in Wiener Neustadt, absolviert die Kriegsschule und folgt der Laufbahn eines österreichischen Generalstabsoffiziers. 1886 wird er Lehrer der Taktik an der Kriegsschule. Dort schreibt er seine Lehrbücher über Taktik und über die Gefechtsausbildung der Infanterie, die in der österreichischen Armee sehr geschätzt, von ausländischen Kritikern als Beispiel einseitiger Anwendung des Offensivgedankens aber abgelehnt werden. 1896 versieht Conrad wieder Truppendienst, wird 1899 Brigadier in Triest, 1903 Divisionär in Innsbruck. Bei den Kaisermanövern in Südtirol, 1905, lenkt er als Kommandant der Südpartei die Aufmerksamkeit Franz Ferdinands auf sich. Ein Jahr darauf ruft ihn der Thronfolger in das Belvedere und bestimmt ihn, den Posten des Generalstabschefs zu übernehmen. In der Audienz beim Kaiser bittet Conrad «stets unumwunden» seine «Ansichten und Meinungen, sowie offen die Wahrheit sagen zu dürfen». Franz Joseph gestattet es. «Von der kaiserlichen Zusage», schreibt Conrad, «habe ich in der Folge den weitestgehenden Gebrauch gemacht. Kaiser Franz Joseph hat den Standpunkt absoluter Offenheit und Wahrheit, wenn auch oft unter sichtlichem Ärger, der manchmal zu erregten Szenen führte, stets akzeptiert; vornehm wie er war, hielt er an dem gegebenen Versprechen fest. Ganz besonders erinnere ich mich einer mir äusserst peinlichen Situation. Als ich einmal dem Kaiser eine Denkschrift vorlegte, schlug er mit der Faust auf den Schreibtisch und rief: ‚Ich ärgere mich immer, wenn ich ihre Denkschriften lese.‘ Er blickte starr vor sich hin, eine wortlose Pause verstrich, die Adern waren dem stark geröteten Kaiser angeschwollen, und ich sass schweigend an der Seite des Tisches in grosser Sorge, dass den hochbetagten Monarchen ein Unfall treffen könne. Etwa zehn Minuten verstrichen, die mir endlos vorkamen. Der Kaiser liess dann das Referat fortsetzen. Ich wurde mit den kurzen Worten: ‚Ich danke‘ entlassen.» Freiherr von Conrad wollte mit dieser Erinnerung die Schwierigkeiten illustrieren, die er in seinem Amte zu bestehen hatte. Er ahnte nicht, wie aufschlussreich diese Zeilen sind. Sie enthalten die Ge-

schichte einer sechs Jahre währenden Bedrängnis Franz Josephs, einer Bedrängnis, der er schliesslich unterlag. «Ich ärgere mich immer, wenn ich ihre Denkschriften lese!» – Franz Joseph ist sechs Jahre lang mit diesen Denkschriften belagert worden.

## AEHRENTHALS SIEG

DER LEHRSATZ VON CLAUSEWITZ, DASS DIE DEFENSIVE die stärkere Form des Kampfes sei, gilt kaum noch als Meinung für den Krieg, gewiss nicht für den Krieg der Meinungen. Franz Joseph war allein, als die Belagerung seines Kabinetts durch Franz Ferdinand und Conrad begann. Sein pedantischer Hang zum Formalismus, die peinliche Übung, nur die verantwortlichen Räte zu hören, isolierten ihn. Er hätte es als unstatthaft empfunden, den Rat unverantwortlicher Männer zu empfangen. Wien war reich an klugen, an gescheiterten Köpfen. Es war mit den Grundsätzen Franz Josephs unvereinbar, auf Erfahrungen bewährter Ratgeber zurückzugreifen, wenn sie nicht in Amt und Würden sassen. Nur die Not brach dieses Gesetz. Ausgenommen war eine Nützlichkeit wie Gautsch. Trotz eines innern Widerstrebens und dem tiefen Misstrauen vor der temperamentvollen Aktivität Franz Ferdinands, verschloss sich der Kaiser nicht dessen Urteil. Der Thronfolger kam als Reformator der Armee keineswegs mit der Absicht, die Erneuerung der Wehrmacht als Mittel zu einer initiativen Aussenpolitik zu wollen. Es war nicht alles klar in den politischen Vorstellungen des Thronfolgers, aber an einem Gedanken hielt er fest: er wollte eine Verständigung mit Russland. Es schien ihm als das Ziel klugen Strebens, ein Bündnis mit Russland herbeizuführen, womöglich die Erneuerung der Drei-Kaiser-Allianz im alten Sinne. In der Zeit der Balkankrise selbst, da Conrads Waffenbereitschaft in Bosnien die Gefahr eines Konflikts in nächste Nähe rückte, macht Franz Ferdinand dem von Petersburg nach Wien geeilten österreichischen Militärattache den Vorwurf: «Was nützen uns Ihre schönsten Berichte, wenn Sie uns kein Bündnis mit Russland bringen!» Es ist Conrads steter Schmerz, dass ihn der Thronfolger zwar als Soldaten schätzt, ihn hält, für ihn kämpft, aber seine politischen Denkschriften mit dem Alarm zu Vorbeugungskriegen nicht so ernst nehmen will, wie sie gemeint sind. Franz Ferdinand denkt nicht an den Krieg, er will vorerst Österreich und Ungarn nach seinem Willen gestalten. Wir wissen aus seinem Programm, das er als Grundlage für ein Manifest zu seiner Thronbesteigung



vorbereiten liess, wie er sich das zukünftige Reich gedacht hat. Ursprünglich hatte ihm eine staatsrechtliche Dreieinigkeit vorgeschwebt, in welcher die deutschen und die böhmischen Erbländer zu einem, das eigentliche Ungarn zu dem zweiten, die südslawischen Länder des Reiches zu einem dritten staatsrechtlichen Verbände zusammengeschlossen worden wären. Nach der ersten Balkankrise in den Jahren 1908 und 1909 kam er zu der Ansicht, dass ein solcher südslawischer Staat dem Begehren Serbiens weit mehr ausgesetzt wäre, als die einzelnen Provinzen; er liess von dem Plane wieder ab. In seinem Thronprogramm, zu dessen Abfassung er den Staatsrechtslehrer Lammasch und Männer wie Turba, Jäger, Zolger, Steinacker, Czernin und Kristoffy zu Rate zog, kommt die Dreiteilung der Monarchie nicht mehr vor. Als «Kaiser Franz II.», welchen Namen er für sich vorsah, wollte er bei dem Dualismus bleiben, bei der staatsrechtlichen Zweiheit, jedoch die Zentralgewalt durch einen Reichskanzler, wie zu Zeiten Bachs und Schwarzenbergs, stärken. Franz Joseph hatte kein Zukunftsprogramm, und dass vor dem Erwachen des kleinbürgerlichen Nihilismus kein Staatsmann gefunden worden war, der für ein föderatives Programm alles eingesetzt hätte, mag als das grösste Versäumnis der Regierungszeit des Kaisers bleiben. So klug war Franz Joseph am Ende aber auch, ein Programm von den ungefähren Absichten Franz Ferdinands aufs Papier zu bringen. Wenn es sich nur darum gehandelt hätte, die theoretische Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems zu finden, dann war Dr. Renners Entwurf, der nun in Buchform vorlag, weit tauglicher und zeitgemässer als das Elaborat Franz Ferdinands und seiner Helfer. Allein, strittiger war das Wie als das Was, die Durchführung als der Entwurf. Und darin allerdings gingen Franz Josephs und Franz Ferdinands Anschauungen weit auseinander; hier spreizten sich Erfahrung und blosser Wille. Der Biograph Franz Ferdinands, der ihm zugetane Hüter des Wiener Kriegsarchivs Edmund Glaise-Horstenau sagt von ihm, er habe als «eine der wichtigsten Pflichten der Staatsgewalt das Ordnungmachen angesehen: Niederwerfen, Schiessen und ähnliche Drohungen führte Franz Ferdinand oft im Munde.» Der im Grunde seines Wesens weiche, dem stärkeren Willen einer Frau ergebene Erzherzog folgte, wie viele ähnlich geartete Männer seiner Zeit, einer Anbetung der Kraft, der Geltung im äusserlichen Sinne. Das Siegen- und Hervorragenvollen, der natürliche Trieb stolzer Naturen, war bei ihm, nicht wie der Ehrgeiz alter Geschlechter, eine Äusserung persönlichen Mutes und Talents; er sah nur die grosse Geste, die geschwellte Brust, wenn er

von der Kraft und Geltung Österreichs sprach. Die grossen, geschichtemachenden Klassen, Adel und Bürgertum, haben nach wirklicher Macht gestrebt, die Macht geliebt; die neue Klasse, das Proletariat, folgt der Lehre von Karl Marx, der die Ergreifung der Macht als Endpunkt der kapitalistischen Wirtschaft setzt. Weder die alten Klassen noch die neue Lehre haben dem Zeitalter des Prestiges das Gepräge gegeben. Dieser neue Wahn, mehr scheinen zu wollen als man ist, ebenso unadlig, wie fremd den Tugenden des aufsteigenden Bürgertums – diese wahrhafte Sünde, die den Krieg gebar, ist nicht soldatischem Denken entsprungen, sie ist das Merkmal des zur Macht gelangten neuen Mittelstands. Der grosse wirtschaftliche Aufschwung der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Kriege, das rasche Emporbühen der Grossstädte haben Millionen kleiner Existenzen aus ihrem angestammten Erdreich gerissen und in die grossen Städte, in die Intelligenzberufe, in die Kaufmannshäuser, Magazine und Schreibstuben verpflanzt; die Industrialisierung des täglichen Bedarfs hat das ursprüngliche Denken und Fühlen dieser neuen Städter zerstört. Ein Riesenheer in ihren Instinkten unsicher gewordener, innerlich verschämter, nach aussen sich herrisch und heroisch gebärdender Menschen wuchs zwischen dem alten Bürgertum und dem Proletariat empor. Das demokratische Wahlrecht hatte diese Schichten zu einem wichtigen Faktor des politischen Lebens gemacht, nun geboten sie über neue Parteien, beeinflussten die Gesetzgebung. Sie waren Konsumenten, also mitbestimmend auf Presse, Mode und Lustbarkeit. Man versteht das Zeitalter Wilhelms II. nicht, weder sein Verlangen nach Schein und Prestige, noch den neuen Gestus in Geschmack und Sprache, wenn man von der Statisterie der agierenden Helden absieht. Es ist ein Irrtum, den preussischen Militarismus und Bismarcks Walten für den Prestigewahn der späteren Zeit verantwortlich zu machen. Nicht der Soldat, nicht der Adel, schon gar nicht die Verbindung von Clausewitz und Kant lenkten den Geist dieser Zeit; der zur Herrschaft gekommene Plebejer lenkte ihn. Es ist die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der heroisch gewordenen Konfektion.

Franz Ferdinand nahm Kraftgefühl und Prestigeverlangen der neuen Welt willig in sich auf. Schon äusserlich und im Gehaben vom Oheim unterschieden, laut und sich selber nicht in der Gewalt habend, wo der Kaiser verlegen-taktvoll selbst die tiefste Erschütterung zu verbergen verstand, deutete er die auf einer ganz andern Erfahrung ruhende Skepsis Franz Josephs, dessen Abneigung vor Aktivität, vor Pathos und Affekt, als Ermüdung und Schlawheit; den tiefen Unterschied der Naturen als den Gegensatz

von Passivität und Tatkraft. Es ist das grobe Missverständnis des lärmbedürftigen Aktivismus, die Blindheit des Grobschlächtigen vor etwas Vielfältigem. Beim blossen Aufzeigen des Gegensatzes ist die Gefahr zu sehen, welcher Franz Joseph ausgesetzt war. Es ist nicht das Alter, das den Monarchen angreifbar macht; es bedurfte nur der ständigen Belagerung, um Franz Josephs Sicherheit zu erschüttern. Im neuen Chef des Generalstabs hat Franz Ferdinand den stärksten Verbündeten. Ihr Bündnis ruht nicht auf sachlicher Übereinstimmung, denn Franz Ferdinand geht nicht so weit, das Risiko eines Präventivkriegs auf sich zu nehmen; sie sind verbündet in der Untergrabung des Vertrauens Franz Josephs zu sich selber. Indem sie den Kaiser zweifelnd machen, werden sie Teilhaber an seinen Entschlüssen. Diese Eroberung geht nicht ohne Kampf vor sich, Franz Joseph wehrt sich, er verteidigt seinen Instinkt, das Urteil seiner Erfahrung, die Überlegung seines nüchternen Verstandes. Im Oktober 1906 hat Franz Joseph den Botschafter in Petersburg, Alois Freiherrn Lexa von Aehrenthal, als Nachfolger des Grafen Goluchowski, mit der Leitung des auswärtigen Amtes betraut. Baron Lexa, mit seinem zweiten Namen Aehrenthal benannt, entstammt einer böhmischen Adelsfamilie. Er hat in Prag und Bonn studiert und seine eigentliche diplomatische Laufbahn unter Kálnoky begonnen, der ihn als Präsidialchef zu sich in das Ministerium des Äussern nahm. 1898 wurde er auf den wichtigsten Botschafterposten, nach Petersburg, gestellt. Acht Jahre später, bei der Berufung Aehrenthals zum Minister, war Franz Ferdinands Urteil mitbestimmend, das der Kaiser damals willig aufnahm. Der Thronfolger bedauert es später, Aehrenthal protegiert zu haben; er wendet sich, da der Minister seine eigenen Wege geht, ganz von ihm ab. Zuletzt hasst er ihn. Nicht besser ergeht es dem ehemaligen Lehrer und Vertrauten Franz Ferdinands, dem Freiherrn Max Wladimir Beck.

Nach Gautschens Rücktritt von der Regierung, am 30. April 1906, rief Franz Joseph den Prinzen Konrad zu Hohenlohe, Statthalter in Triest, zur Aufgabe heran, das von Gautsch begonnene Werk, die Wahlreform, zu vollenden. Der Prinz hatte sich als Bezirkshauptmann in Teplitz, dem Kreis der böhmischen Braunkohle, einen guten Namen gemacht. Er war human gewesen, hatte Streiks geschlichtet und Verständnis für die soziale Not der Bergarbeiter gezeigt. Von dieser Zeit trug er den Namen «der rote Prinz». Auch in Triest hatte er Geschicklichkeit und Takt bewiesen. Hohenlohe schien dem Kaiser der richtige Mann für die Verwirklichung des allgemei-

nen Wahlrechts zu sein. Doch der parlamentarischen Praxis fremd, war er dem Streit der Parteien um die Verteilung der Mandate nicht gewachsen. Seine Position wurde vollends durch einen Vorstoss des ungarischen Koalitionsministeriums Weckerle erschüttert, der sich gegen die Gemeinsamkeit des Zolltarifs richtete. Hohenlohe, noch nicht vier Wochen im Amt, zog die Demission dem Paktieren vor und kehrte nach Triest zurück. Es ist eine Überraschung, als am 30. Mai 1906 der Sektionschef im Ackerbaumministerium Freiherr von Beck zum Ministerpräsidenten ernannt wird. Der schon äusserlich imposante Mann, nach dem Körpermass der «höchste» der hohen Bureaukratie, ist der grossen Öffentlichkeit unbekannt. Die Eingeweihten nennen ihn einen der fähigsten Köpfe. Freiherr von Beck ist im Geiste seines Vaters erzogen, jenes vom Kaiser geschätzten Direktors der Staatsdruckerei, Hofrat von Beck, der mit Baron Helfert und den Grafen Clam-Martinitz, Thun und Dürckheim seinerzeit das Ministerium Hohenwart-Schäffle aus der Taufe gehoben hat. Der Sohn, wie der Vater, Österreicher im besten Sinne, hat die schwer zu erwerbende Wissenschaft des Reiches von Kindheit an in sich aufgenommen, geniesst den Vorzug, über Wien hinauszusehen, kennt Böhmen, ist mit den Geheimnissen Österreichs vertraut und gründlich gebildet. In der langen Reihe der Ministerpräsidenten Franz Josephs gebührt dem Freiherrn von Beck zweifellos die erste Stelle. Er ist, obzwar nicht so populär wie Koerber, von gleich grossem Geschick im Umgang mit Menschen; er hat bei allen österreichischen Talenten eine dem Lande fremde Tugend: den Ernst. Er kommt in den besten Jahren, aber in dem schwierigsten Augenblick zur Arbeit. Der kleinbürgerliche Radikalismus hat die Parteien infiziert. Es ist eine Kunst, dieses dem Fieber viel zu lange überlassene Parlament, auf dem Wege des Verhandels, von der Notwendigkeit seines Sterbens zu überzeugen und den Sterbenden zugleich zum Testamentsvollstrecker zu machen. Dem Freiherrn von Beck gelingt das Kunststück. Mit unendlicher Mühe gewinnt er die Parteien. Nach langer Zeit hat Österreich wieder eine parlamentarische Regierung. Neben Professor Marchet, dem Deutschliberalen, neben den Deutschnationalen Derschatta und Prade sitzen die Tschechen Pacak und Fort auf der Ministerbank. Korytowski, der Pole, ist Finanzminister, Graf Dzieduszycki polnischer Landsmannminister. Auch die Christlichsozialen sind durch Ebenhoch, später durch Gessmann, im Kabinett vertreten. Es ist höchste Zeit, mit der Wahlreform zu beginnen; die Massen pochen an das Tor des Parlaments. Dennoch wehrt sich das zum Tode verurteilte Haus noch in der letzten Stunde. Seine jahrzehntelang gezüchteten Egoisten und

Laster brechen im Abwehrkampf nochmals hervor. Dreiundsechzig Sitzungen währt die Geburt des neuen Wahlrechts. Der Kaiser hilft bei dem Werk; Kübecks Schüler muss widerspenstige Parlamentarier zur Demokratie bekehren. Im Herrenhaus trotz eine ergrimnte Fronde, vom Grafen Franz Thun geführt. Der böhmische Hochtory, noch länger als Beck, ist dem Ansturm der siegreichen Argumente dennoch nicht gewachsen. Am 1. Dezember 1906 nimmt das Abgeordnetenhaus, Ende des Monats das Herrenhaus, das neue Wahlgesetz an. Am 26. Januar 1907 sanktioniert es der Kaiser. Österreich begrüsst das allgemeine Wahlrecht mit neuen Hoffnungen. Man erwartet von ihm eine Stärkung der elementaren Ansprüche, eine Schwächung der nationalen Gegensätze. Der Kaiser empfängt das neue Parlament mit einer Throneide, worin er sagt: «Durch die Gnade der Vorsehung war es mir beschieden, zwei Generationen meiner Völker zu führen. Die Mühen meines fürstlichen Amtes sah ich gelohnt durch die in allen Wechselfällen des Schicksals erprobte Liebe und Treue meiner Völker, durch ihre Fortschritte in Wohlfahrt und Gesittung. Diese zu fördern und das Erbe der ruhmreichen Geschichte unserer Väter getreulich zu verwalten, das ist die Aufgabe, der ich mein ganzes Leben geopfert habe.» Österreich zeigt nun sein wahres Gesicht, eben darum auch alle Sorgenfalten des ungeordneten Nationalitätenstaats. Dennoch gelingt es dem Freiherrn Beck, einen gesetzmässigen Ausgleich Österreichs mit Ungarn zu erwirken, der zehn Jahre lang bis 1917 Gültigkeit hat und das Reich auf eine sichere Grundlage stellt. Wie immer man die Aussichten des demokratisierten Österreich einschätzt – von Innen droht augenblicklich keine Gefahr.

Um dieselbe Zeit, am 6. April 1907, überreicht der neue Chef des Generalstabs, Freiherr von Conrad, dem Kaiser eine Denkschrift, in welcher er die «Stagnation und den Rückschritt der Armee» beklagt, vorerst allgemeine Bedingungen für ihre «Einheit und Schlagfertigkeit» aufstellt, um dann im Besonderen darzulegen, woran es dem Heer gebricht. Der Denkschrift ist auch ein politischer Anhang beigegeben. Darin schreibt Freiherr von Conrad dem Kaiser wörtlich: «Es erübrigt daher nun entweder: Sofort und entschieden an die Ausgestaltung der Armee zu gehen und die Widerstände, wenn nötig, gewaltsam zu brechen oder, je eher je besser, gegen Italien loszuschlagen... So schwerwiegend eine Entscheidung auch ist, so muss sie getroffen werden.» Der Generalstabschef ist Politiker wie Soldat, und er hat in der alten Streitfrage zwischen den Generalstäben und den Diplomaten seine eigene Meinung. Zweifellos kann der Generalstab ohne

Kenntnis der politischen Absichten keine Dispositionen treffen, es ist aber, sofern der Feldherr nicht wie Napoleon beide Funktionen in sich vereint, die vorherrschende Ansicht, dass der Generalstab den Absichten des leitenden und für die auswärtige Politik des Reiches verantwortlichen Ministers zu folgen habe. Freiherr von Conrad ist zunächst Politiker, dann Soldat. Er geht bei seinen Darlegungen von bestimmten politischen Annahmen aus, die keineswegs mit den Anschauungen des Ministers übereinstimmen. Es ist seine Überzeugung, dass Österreich-Ungarns Existenz gefährdet und keine Aussicht dafür vorhanden sei, in absehbarer Zeit neue Bundesgenossen zu gewinnen. «Damit es nicht dazu komme,» so schreibt er, «dass alle unvermeidlichen Gegner nach Vollendung ihrer Rüstungen den Schlag gegen Österreich-Ungarn führen, muss mit den verwundbaren Gegnern ehestens abgerechnet werden.» Das erscheint ihm «als der Kernpunkt der Lage». Den Vorschlag, einen oder gar mehrere Vorbeugungskriege zur Sicherung der Machtstellung Österreichs zu führen, legt Aehrenthal aufs Eis. Er denkt nicht daran, die politischen Phantasien des Generalstabschefs ernst zu nehmen. Auch er will eine Erneuerung Österreichs und fühlt sich zur grossen Rolle des aktiven Staatsmanns berufen, doch sein Plan der Verjüngung unterscheidet sich sehr wesentlich von dem Rezept des Dreinschlagens, das Conrad empfiehlt. Bis 1907 wandelte Aehrenthal in den Gedankengängen seines Meisters Kálnoky und stand unter dem mächtigen Eindruck Bismarcks, dessen Darlegungen über die Orientpolitik er als Begleiter seines Ministers in Friedrichsruh aus des Kanzlers Mund selber gehört hatte. Danach sollte jeder Schritt Österreichs auf dem Balkan an das Einvernehmen mit Russland gebunden sein; beide Reiche sollten im Geiste der traditionellen Freundschaft den Balkan in zwei Interessengebiete teilen. Bismarck riet Österreich, die Russen an dem Marsch nach Konstantinopel nicht zu hindern, denn ein Anteil an der türkischen Erbschaft sei doch nur im Einverständnis mit Russland zu haben. Soweit dachte Aehrenthal nicht, aber er hielt an dem Grundsätze fest, dass ohne Verständigung mit Russland eine aktive Balkanpolitik Österreichs unmöglich sei. In diesem Sinne empfahl er noch 1906, vor den Delegationen, die Vereinbarung von Mürzsteg als eine brauchbare Grundlage seiner Balkanpolitik. Was ihm damals vorschwebte, war ungefähr die Absicht, Österreich durch Bündnisse, Handelsverträge und Militärkonventionen, die Vormacht im Westen des Balkans, von Saloniki bis Montenegro, zu sichern.

Der Plan war sehr schön, aber zu seiner Durchführung gehörte mehr, als

die Sehnsucht nach Macht. Wollte Österreich die grosse Rolle auf dem Westbalkan antreten, dann durfte es den zivilisatorischen und kulturellen Teil dieser Aufgabe nicht übersehen; ohne die Legitimation einer inneren Beziehung zu den Südslawen war der Plan nur ein Machtwunsch. Aehrenthal dachte rein diplomatisch, es fehlte ihm an realpolitischer Phantasie, den Entwurf mit kulturellem Inhalt zu füllen. Immerhin jedoch blieb er bei dem Bilde einer friedlichen Vorherrschaft. Österreich sollte nicht müssig stehen, wo die andern Völker sich regten, es sollte dem grossen Beispiel Deutschlands folgen, dessen Schaffenslust den Orient belebte. Hatte es nicht vermöge seiner Geschichte und seines Wesens den natürlichen Beruf, der Mittler zwischen Okzident und Orient zu sein? Diesen Erwägungen folgte Aehrenthal, als er den alten Plan Goluchowskis hervorzog, von dem Endpunkt der bosnischen Ostbahn durch den Sandschak, eine Bahn nach Mitrowitza und Saloniki herzustellen. Bei den Vorbereitungen des Projekts verliess Aehrenthal zum ersten Male die vorgezeichnete Richtung der österreichischen Balkanpolitik; er hatte mit der Türkei verhandelt und die Konzession zum Bau der Sandschakbahn erhalten, jedoch Russland davon nicht verständigt. In dem gemeinsamen Vertretungskörper der Parlamente Österreichs und Ungarns, in den Delegationen, richtete Dr. Kramar an Aehrenthal die Frage, ob dieses einseitige Vorgehen das Einvernehmen mit Russland nicht gefährde. Aehrenthal berief sich darauf, die Bahn sei keine politische Angelegenheit, sondern eine Frage des Verkehrs. Iswolsky jedoch, der neue Lenker der russischen Aussenpolitik, fasste die Sache anders auf. In Mürzsteg hatten sich beide Reiche zu gegenseitigem Einvernehmen verpflichtet; auf Grund dieses Übereinkommens waren Österreich und Russland daran, eine Justizreform in Mazedonien durchzuführen. Iswolsky erklärte nun, der Pakt sei durch Aehrenthals eigenmächtigen Plan hinfällig geworden. Das Bahnprojekt wurde bald danach begraben, aber auch der Vertrag von Mürzsteg. Die Rechte der Beaufsichtigung in Mazedonien, die Österreich und Russland allein besaßen, werden allen Mächten zugestanden; die gemeinschaftliche Arbeit Österreichs und Russlands hört auf. Der Reformaktion in Mazedonien macht der Säbel der Jungtürken ein Ende. Die revolutionäre Türkei übernimmt selber das Amt des Reformators und schiebt die Mächte beiseite. Am 9. Juli 1908 trafen der Zar und der König von England in Reval zusammen. Es war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur anglo-russischen Allianz.

Dreimal zuvor war Eduard VII. bei Franz Joseph gewesen.

«Für den alten Kaiser», so berichtet Sir Sidney Lee, «empfand der König die tiefste Sympathie. Franz Joseph hatte seinerseits eine hohe Meinung von des Königs Klugheit. Beide wünschten den Frieden Europas; König Eduard, weil er den Frieden liebte, Franz Joseph, weil er den Krieg fürchtete. Jeder von beiden war überzeugt, dass der Krieg ihnen keine dauernden Vorteile bringen könne. Beide waren eifrige Vertreter des Status quo. Man konnte sich aber kaum einen grösseren Gegensatz im Charakter vorstellen, als den jovialen, zutraulichen König, der mit seiner natürlichen Bonhomie die Herzen gewann, und den zurückhaltenden Kaiser, der die eisige, abgeklärte Höflichkeit des Grandseigneurs übte. Eine gründliche und systematische Durchsicht der Staatsdokumente über die Zusammenkunft in Ischl», so schliesst Sir Lee diesen Bericht, «bietet keinerlei Anhalt für die Annahme, dass der König während seines Besuches versucht habe, die Treue des Kaisers zu seinem deutschen Verbündeten zu erschüttern. Marguttis Erzählung ist apokryph.» Freiherr von Margutti, der Flügeladjutant, verlegt das erste Bemühen König Eduards um die Lockerung des deutschösterreichischen Bündnisses in das Jahr 1904. Damals bei der Begegnung der beiden Monarchen in Marienbad soll der englische König Österreich die Unterstützung auf dem Balkan angeboten haben; im August 1905, bei dem Besuch Eduards in Ischl, habe er reichlich Gelegenheit gehabt, dem Kaiser seine politischen Pläne zu entwickeln. «Insbesondere gilt das von der denkwürdigen Wagenfahrt, welche die beiden Herrscher ohne Gefolge über Lauffen und Goisern nach Hallstatt unternahmen. Dem Talent des hochbegabten Königs hielt der alte Kaiser kaum stand... Bei der Rückkehr sah man es dem Kaiser an, wie ihn die Gewissenskonflikte... angegriffen hatten.» Da Franz Joseph und Eduard auf der Fahrt nach Hallstatt keinen Zeugen hatten, und es nicht des Kaisers Art war, über solche Unterredungen zu sprechen, bleiben Marguttis Angaben von dem Inhalt des Gesprächs der beiden Monarchen auf Vermutungen beschränkt. Im Jahre 1906 ist Eduard wieder in Marienbad, aber er kommt nicht nach Ischl. Erst das Jahr darauf sucht er den Kaiser in dessen Sommersitz auf. «Diesmal», so notiert Margutti, «ging König Eduard energisch aufs Ziel los. Die Situation hatte sich insofern geändert, als Russland sich auffallend rasch von seinen Schlappen im Osten zu erholen begann. Abermals waren es schwere Tage für den Kaiser... Der König kehrte unverrichteter Dinge heim, er liess aber den Kaiser ganz erdrückt von der überwältigenden Verantwortung zurück, vor welche ihn des



Königs Anträge gestellt hatten.» Marguttis Berichte mögen bezweifelt werden, soweit sie nicht Gesehenes und Selbstgehörtes wiedergeben, die Absichten Eduards VII., den Kaiser für die Pläne Englands zu gewinnen, werden aber von zwei andern Zeugen bestätigt. Freiherr von Conrad vermerkt die Worte, die der Kaiser bei einer Audienz in Ischl gesprochen hat: «Als der König Eduard hier war, hat er mich vom Bund mit Deutschland abbringen wollen – aber ich habe ihm abgewunken.» Der zweite Zeuge ist Frau Katharina Schratt, die berichtet, dass der Kaiser Mühe hatte, die sehr eindringlichen und geschickten Angebote Eduards VII. in freundschaftlicher Art abzuwehren. Noch einmal kam König Eduard nach Ischl zu Franz Josephs sechzigjährigem Regierungsjubiläum, im August 1908. Auch im folgenden Jahre hatte Eduard die Absicht, auf seiner Fahrt nach Marienbad dem Kaiser einen Besuch abzustatten, doch er musste sich damit begnügen, seinen Zeremonienmeister, Mr. Arthur Walsh, nach Ischl zu entsenden, der Franz Joseph zu dessen Geburtstag ein Geschenk des Königs überbrachte. Im Mai 1910 starb Eduard VII.

Es war nicht möglich, das Bündnis Österreich-Ungarns und Deutschlands zu lockern, erfolglos auch die Absicht, von Kaiser Franz Joseph eine Einwirkung auf Wilhelm II. zu erlangen. Franz Joseph hat bei den vier Begegnungen mit König Eduard vermutlich alles abgelehnt, was seinem Gefühl für die Bündnispflicht widersprach. Wie er über solche Pflichten dachte, hat er 1866 dem König von Sachsen bewiesen: vor dem Ehrenpunkt mussten politische Erwägungen zurücktreten. Etwas anderes freilich ist die Frage, ob es einem vorausschauenden Diplomaten nicht geglückt wäre, die Werbungen König Eduards zu benutzen, ohne gegen die Bündnistreue zu verstossen. Nach einem Ausspruch Kiderlens zu Fürstenberg gibt es keine sentimentalen Freundschaften in der Politik. Hier gab es eine, die zu Fehlern verleitete. Aehrenthal war bei der wichtigsten Begegnung Kaiser Franz Josephs mit König Eduard zugegen. «Er zeigte sich», so vermerkt Eduards Biograph, «nicht sehr erpicht darauf, mit England auf dem Balkan zusammenzuarbeiten, obwohl er den Frieden in Mazedonien wünschte.» Es sind die Tage, da zum ersten Male die Umriss der neuen Mächtegruppierung sichtbar werden und die Abrüstungsfrage die europäischen Kabinette beschäftigt. Deutschlands Flottenbauprogramm ist die grosse Sorge Englands. König Eduards Besuche in Ischl verlaufen ergebnislos. Nicht ein einziger Einfall, kein Plan, kein Vorschlag entspringt dem Augenblick, da König Eduard mit Aehrenthal allein ist. Österreich geht seine eigenen Wege und zieht Deutschland in die Gefahrzone seiner aktiven Balkanpoli-

tik. Im Mai 1908 kommt Kaiser Wilhelm mit den Fürsten aller deutschen Bundesstaaten nach Schönbrunn. Die grossartige Schaustellung ist nicht nur eine Huldigung zu Franz Josephs sechzigstem Regierungsjubiläum, sie soll auch der Welt die Gemeinschaft der zwei mitteleuropäischen Mächte augenfällig machen. Zu gleicher Zeit, am 13. Juni, sieht Franz Joseph den farbenprächtigen, gestaltenreichen «Zug der Vergangenheit», den ihm Wien als Jubiläumsgabe darbringt. Das ganze Armeemuseum war lebendig geworden, dem Kaiser die Geschichte Habsburgs vorzuführen, der gesamte österreichische Adel marschiert im historischen Kostüm. Der Zug schliesst mit Radetzky. Es lag ein unbeabsichtigter Sinn darin, den letzten Feldherrn des alten Österreich als Schlusspunkt hinter den Zug der Vergangenheit zu setzen.

Es war die Tragik Franz Josephs, dass er im Herbst des Lebens, da seine einfache Erkenntnis zur vollen Reife gedieh, in den Strom der Erneuerer geriet und, ohne sinnverwandte Hilfe nicht den Widerstand aufbrachte, bei seinem Instinkt und bei seiner Erfahrung zu beharren. Er wehrte sich gegen den Ungestüm Franz Ferdinands, er verteidigte seine Erfahrung und den nüchternen Verstand gegen die aggressive, unösterreichisch wilde Nervosität Conrads, aber er selber gab schliesslich den Auftakt zur Tragödie, als er Aehrenthals Plan guthiess. Bosnien und die Herzegowina waren der Trost und zugleich der wunde Punkt in der Lebensbilanz des Kaisers. Er ist von 1866 bis 1878 von dem Gedanken nicht losgekommen, durch den Verlust der italienischen Provinzen das Reich seines Hauses gemindert zu haben. Die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina war sein Glücksfall. Er trug es aber schwer, dass der Berliner Kongress die Souveränität des Sultans beibehalten, der Erwerbung den provisorischen Charakter einer Okkupation gegeben hatte. Er hat Andrássy diese als Schwäche gedeutete Nachgiebigkeit nie recht verziehen. Im Jahre 1896 taucht der Gedanke auf, die provisorische Angliederung Bosniens und der Herzegowina in eine dauernde umzuwandeln. Es war Badeni, der dem Kaiser riet, den Schritt zu wagen; er erwarb sich damit die Sympathien Franz Josephs, aber der vorsichtige Kállay, im Prinzip einverstanden, fand nicht den Weg, auf dem der Herzenswunsch des Monarchen zu verwirklichen gewesen wäre. Im Jahre 1907 ergriff der Minister der okkupierten Länder, Baron Burian, die Initiative, indem er dem Kaiser in einer Denkschrift die Annektierung der Provinzen als Notwendigkeit darstellt. Aehrenthal zaudert noch; es schien ihm zu gewagt, ohne Zustimmung der Mächte den Berliner Vertrag zu ändern.

Erst die jungtürkische Revolution gab ihm den Mut dazu. Der folgenschwere Entschluss reifte nach einem Beisammensein Aehrenthals mit Burian; im Südbahnhotel auf dem Semmering, am 6. August 1908, wurde er geboren. Bevor er an die kühne Tat schritt, entwarf er den Plan seiner Balkanpolitik: sie sollte auf dem serbisch-bulgarischen Gegensatz beruhen. «Fördern wir», schreibt er, «in diesem Streit die bulgarische Sache und begünstigen wir die Schaffung eines Gross-Bulgariens auf Kosten Serbiens, so ist die notwendige Vorbereitung getroffen, in einem Moment günstiger europäischer Konstellation die Hand auf das übrige Serbien zu legen. Ein unter unsrer Ägide selbständig gewordenes Albanien, ein Montenegro, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten, und ein Gross-Bulgarien, das uns zu Dank verpflichtet ist» – das war Aehrenthals Königsgedanke, sein Plan zur Sicherung und Erneuerung Österreichs. In den wenigen Sätzen des Konzepts ist alles Kommende wie das Huhn im Ei enthalten. Ein gerechter Beurteiler Aehrenthals, der kluge und kenntnisreiche Joseph M. Baernreither, nennt diesen Entschluss Aehrenthals dessen entscheidende Wendung ins Unglück. In falscher Einschätzung der Volkskräfte, als ob es Österreich gegeben wäre, kraft seiner obrigkeitlichen Gewalt, ohne nationale Impulse, ein in Freiheit aufgewachsenes Volk wie die Serben aufteilen und unterwerfen zu können, macht Aehrenthal Österreich zum gehassten Feind und Unterdrücker der Serben. Aehrenthal will Österreich auf einem Todesurteil gegen Serbien erneuern, aber aus dieser Absicht wächst das Todesurteil Österreichs. Der wohlüberlegt als Grundlage grosszügiger Balkanpolitik hingeworfene Vernichtungszug gegen Serbien macht den Hass der Bedrohten reifen und führt zur Bluttat von Sarajewo. Österreich hatte die Mission und die Möglichkeit, als Kulturbringer auf dem Balkan zu walten. Die angestrebte Erhöhung seines Ansehens, die Erneuerung seiner Macht, waren auf einem schweren, aber dankbaren Wege zu erreichen. Die Diplomatie des Ballhausplatzes hat jedes solche Ansinnen mit Geringschätzung von sich gewiesen. Baernreither, der unermüdlich war in der Verfolgung des Gedankens, durch kulturelle Arbeit und Wohlwollen die Südslawen für Österreich zu gewinnen, erzählt von seinen vergeblichen Versuchen bei Aehrenthal. «Er blieb kühl bis in sein Herz hinein. In solchen Momenten, in denen ihm mit einiger Begeisterung etwas vorgetragen wurde, umspielte ein ironischer Zug seinen Mund, denn er vertrug keine selbständigen Ansichten. Sein steter Begleiter war sein Sektionschef Graf Paul Esterházy, ungarischer Aristokrat durch und durch, ein Mann, der in den Südslawen eine inferiore Rasse erblickte.» Conrad will die Erneuerung

Österreichs mit dem Säbel erzwingen, Aehrenthal mittels geistreicher Züge auf dem diplomatischen Schachbrett. Die Annexion der okkupierten Länder und die Niederwerfung Serbiens sind das Ziel.

Am 19. August 1908, einen Tag nach dem Geburtstag des Kaisers im Jahre des sechzigjährigen Regierungsjubiläums, gibt Aehrenthal in einem gemeinsamen Ministerrat den Entschluss zur Annexion bekannt. Der ungarische Ministerpräsident Weckerle ist anfangs skeptisch: «Wir sind weder gerüstet, noch haben wir Geld.» Als er jedoch erkennt, dass Aehrenthals Plan unabänderlich ist, stimmt er zu und meldet Ungarns Bedingungen an. Österreichs Ministerpräsidenten, Freiherrn von Beck, fällt es schwer, sein intellektuelles Gewissen zu verleugnen. Er ist vorausschauend genug zu erkennen, dass Österreichs Mandat, auf einem europäischen Verträge ruhend, nicht ohne schwere Gefahren einseitig geändert werden könne. Er vergleicht die Annexion mit einem waghalsigen Flug. An Conrad richtet er die Frage, wie es mit Österreich militärisch beschaffen sei. Der Generalstabschef ist sehr vertrauensvoll: Deutschlands sei man sicher, Russland augenblicklich nicht fähig einen Krieg zu führen, Serbien sei militärisch rückständig, die Türkei habe mit Bulgarien, mit Griechenland und Rumänien zu tun, es bleibe nur Italien, und gegen diesen Feind sei er wohlgerüstet. Beck will die Frage den österreichischen Ministern vorlegen. Er ahnt nicht, dass er mit seinen Bedenken sich den tödlichen Hass Aehrenthals holt. Bei Franz Ferdinand ist er schon erledigt, nun fordert auch Aehrenthal Becks Kopf.

Dass wie Beck viele andere, ja gerade die erfahrenen Österreicher dachten, beweist Ernst von Pleners Zeugnis, der seit seiner Abdankung vom Volksmann zum Staatsmann und Herrenhausmitglied, alles andere eher als ein Frondeur war. Am Geburtstag des Kaisers teilt ihm Aehrenthal den grossen Plan mit und fragt ihn um seine Meinung. Plener weiss, dass der Kaiser für die Annexion gewonnen ist, aber er hat doch Mut und reale Phantasie genug, Aehrenthal die schwersten Bedenken vorzuhalten. «Wir haben das Okkupationsmandat durch die Zustimmung der Grossmächte erhalten, wollen wir die Okkupation in eine Annexion umwandeln, dann bedürfen wir der Zustimmung der Mächte – es wäre denn, dass wir uns ausserhalb des europäischen Mächtekonzerpts stellen wollen... Wir sind dreissig Jahre mit dem problematischen Zustand ausgekommen, so sollten wir gerade jetzt nicht daran rühren.» Plener fügt noch hinzu, er habe Aehrenthal «dringend raten müssen, den Gedanken der einseitigen Annexion nicht weiter zu verfolgen.» Seine Einwände waren in die Luft geredet, an Aehrenthals Ent-

schluss war nichts mehr zu ändern. Aus Plener sprach nicht nur die Vernunft, die es ablehnte, einen diplomatisch vorbereiteten Vertragsbruch als Genietat anzuerkennen, er hatte die grosse Tradition des Liberalismus nicht vergessen, dessen beste Tat es gewesen ist, die Expansionspolitik auf dem Balkan mit der grössten Zähigkeit zu bekämpfen. Freilich, gerade in der liberalen Öffentlichkeit und bei der Wiener Presse hatte man sich entschlossen, diese Überlieferung der alten Liberalen zum Trödel zu legen. Es war Karl Hermann Wolf, der, diesmal klüger als viele Klügere, in den Delegationen Aehrenthals Plan verwarf und das treffende Wort sprach, Österreich werde aus Bosnien ebenso vertrieben werden, wie es aus Venetien und der Lombardei vertrieben worden ist. Privat waren alle denkenden Österreicher der Meinung Wolfs und Pleners, in der Öffentlichkeit jedoch begann man die Stimmung für den Aktivismus vorzubereiten. Aehrenthal hatte den Historiker Heinrich Friedjung als enthusiastischen Anwalt für seine Pläne gewonnen, was sich bald an dem sonst so schätzenswerten Mann bitter rächen sollte. Vermöge seiner Autorität kam Friedjung in der «Neuen Freien Presse» zu Wort und beeinflusste damit das wichtigste Blatt, dessen Herausgeber Moriz Benedikt bis dahin dem Aktivismus sehr zweifelnd gegenübergestanden hatte. Die Kleinen von den Seinen, Aehrenthals journalistischer Anhang, tauschten die Schalmei mit der Fanfare. Es gab auch sehr reale Interessen, materielle Motive und Stimmungen von Kliken, die Aehrenthals Beginnen begünstigten. Der Anhang Franz Ferdinands, die jungen Adligen aus Böhmen, das Offizierskorps, ein Teil des Wiener Finanzkapitals, die Waffenlieferanten, Textilfabrikanten, die mächtige Gruppe des Eisenmannes Kestranek – sie alle stimmten die Geigen zum Prinz-Eugenius-Lied. Das Österreich Franz Josephs begann heroisch zu werden.

Aehrenthal kam bei der Ausführung des Planes ein Umstand besonders zustatten. Es war Iswolsky, der sich nicht abgeneigt zeigte, mit Aehrenthal gemeinsame Sache zu machen. Die Enthüllungen der «Times» vom Juli 1909 lassen darüber keinen Zweifel. Diesen klugen, mit Unrecht viel verlästerten russischen Staatsmann leitete dabei die Absicht, einen alten Wunsch zu verwirklichen, der seit dem mandschurischen Kriege wie eine offene Wunde auf dem Körper Russlands brannte: den Wunsch, Russlands Kriegsschiffe den Bosphorus und die Dardanellen zu öffnen. Eben noch hatte es Russland qualvoll empfunden, dass seine Panzer im Schwarzen Meere gefesselt liegen mussten, während die Ostseeflotte mit den Japa-

nern verzweifelt rang. Bald nach dem Vertrage mit England, der die Einflussphären der beiden Mächte in Asien abgrenzte, versuchte Iswolsky auch in London die heikle Frage der Dardanellen in seinem Sinne zu fördern. Er bedurfte dazu der Unterstützung und musste sich Österreichs als jener Macht versichern, die Russland zunächst am Balkan interessiert war. Die Angelegenheit gedieh soweit, dass Iswolsky, in dem Schreiben vom 19. Juli 1908, Aehrenthal das Geschäft verdeutlichen kann: Wenn ich mit Deiner Unterstützung die Öffnung der Dardanellen für Russlands Kriegsschiffe erreiche, sollst Du die Souveränität über die okkupierten Länder bekommen. Es spricht nicht gegen Iswolsky, dass er in der Verfolgung seines Planes die Richtung der Politik wechselt, gestern Österreich ein grimmiges Gesicht zeigte, ihm heute freundlich zulächelt. Dieser realistischen Methode haben sich auch Grössere bedient. Es spräche nicht gegen Aehrenthal, dass er die Gunst der Stunde ergreift, wenn nur sonst alles andere in Ordnung wäre. Am 16. September 1908 kommen Aehrenthal und Iswolsky in dem mährischen Schloss Buchlau des Grafen Berchtold, der damals k. u. k. Botschafter in Petersburg war, zusammen. Diese Begegnung bildet den meist umstrittenen Punkt in der Vorgeschichte der Annexion. Aehrenthal und Iswolsky waren am 17. September bei den langstündigen Besprechungen allein. Sie haben die Ergebnisse ihrer Zusammenkunft nicht schriftlich niedergelegt. Graf Berchtold, der Hausherr, war zwar nicht Zeuge der Unterredung, doch vorher und nachher in Gesellschaft der beiden Minister. Er versichert, dass in der Konferenz «ein volles Einvernehmen erzielt» worden sei. Iswolsky habe den europäischen Charakter der beiden Fragen – Annexion und Dardanellen – betont und die Ansicht vertreten, dass sie vor eine Konferenz der Berliner Signatarmächte gehören, Aehrenthal mit der Meinung widersprochen, ein solcher Vorgang könne die Einigung stören, es sei besser, untereinander schlüssig zu werden und die Mächte nachher von der Vereinbarung zu verständigen; die Änderung an dem Text des Traktats könne immerhin einer Konferenz überlassen werden. Auf dieser Basis habe man sich geeinigt. Abgesehen davon, dass Berchtolds Zeugnis einer Art Rechtfertigungsschrift nach dem Kriege entstammt, sagt sie über das Entscheidende nichts aus: ob Iswolsky gewusst hat, dass die Annexion vorbereitet war und in wenigen Tagen proklamiert werden sollte. Iswolsky hat es entschieden bestritten; er fühlte sich überlistet und nannte Aehrenthals Tat einen «diplomatischen Betrug», einen «Gauernerkniff». Aehrenthal selber schreibt in dem Brief vom 26. September an den Reichskanzler von

Bülow, Iswolsky habe sich «mit der von mir in Aussicht genommenen Vorgangsweise im Prinzip einverstanden erklärt, und eine freundschaftliche Haltung Russlands zugesichert».

Noch ein Zeugnis ist da, das Schreiben des deutschen Staatssekretärs von Schoen an Bülow, worin er dem Kanzler berichtet, was ihm Iswolsky von der Begegnung in Buchlau erzählt hat. Iswolsky war nämlich von Buchlau nach seinem Landsitz in Tegernsee gefahren und hatte Schoen in Berchtesgaden besucht. «Herr Iswolsky», schreibt Schoen, «hat den Eindruck, dass Baron Aehrenthal mehr durch innerpolitische wie durch äussere Erwägungen gedrängt, schon bald an die Lösung dieses Problems heranzutreten wünsche. Ohne bestimmte Angaben in dieser Richtung von Baron Aehrenthal erlangt zu haben, neigt er der Annahme zu, dass der österreichisch-ungarische Minister bereits den bevorstehenden Delegationen den Plan der Annexion vorlegen möchte.» Diesem Zeugnis darf man ohne Vorbehalt glauben. Der deutsche Staatssekretär hatte umso mehr ein Interesse daran, dem Kanzler haargenau zu berichten, was er von Iswolsky gehört, als Aehrenthal auch vor Deutschland mit der letzten Wahrheit hinterm Berge hielt. Er schrieb zwar Bülow, dass er beabsichtige, «die Annexion der beiden Provinzen als fait accompli auszusprechen», sagte aber dem deutschen Freunde nichts von dem Entschluss, es in wenigen Tagen zu tun. Es liegt aber auch kein Grund vor, an der Wahrhaftigkeit der Darstellung Iswolskys zu zweifeln, die er Schoen gegeben hat; der russische Minister hatte in dieser Sache vor dem Deutschen nichts zu verbergen und nichts zu bemänteln. Es mag also stimmen, was er sagt, dass Aehrenthal zwar keine bestimmten Angaben über den Zeitpunkt der Annexion gemacht, aber davon gesprochen hat, seinen Plan den nächsten Delegationen vorlegen zu wollen. Von dieser Annahme, dass der Plan vorgelegt werde, zur fertigen Tatsache der Annexion, ist ein weiter Schritt. Iswolsky fuhr beruhigt nach Tegernsee. Er hatte Aehrenthal in Buchlau gebeten, ihm weitere Nachrichten nach Paris zu senden, wo er am 1. Oktober sein werde. Auf dem Wege dahin traf er in Desio mit Tittoni zusammen, den er von den Absichten Österreichs und Russlands unterrichtet, um Italiens Meinung einzuholen. Tittoni hat Bedenken, aber damit ist Iswolskys Plan noch keineswegs gefährdet, denn das entscheidende Wort in der Dardanellenfrage spricht England. Er wird sein Bemühen also fortsetzen müssen; er fährt von Desio nach Paris und will von dort nach London.

In Paris nun trifft ihn die Überraschung. Hier erfährt er am 4. Oktober, dass der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris, Graf Khevenhüller,

tags zuvor, am Dritten des Monats nachmittags, dem Präsidenten Fallières ein Handschreiben des Kaisers von Österreich überreicht hat, welches die Annexion als beschlossene Sache verkündet und den 7. Oktober als den Tag der Kundmachung nennt; Khevenhüller hatte zu dem Handschreiben die Erklärung abgegeben, Russland sei mit der Annexion einverstanden. Erst einige Stunden später, nachdem Iswolsky diese Botschaft erhalten hatte, kam ihm Aehrenthals Brief zu. Die Sache ist weit weniger kompliziert, als man in Wien stets behauptet hat und als die Verteidiger Aehrenthals, auch Friedjung, darzutun sich bemühten. Aehrenthal war nach Buchlau entschlossen, sehr rasch zu handeln. Aus einem einfachen Grunde: er zweifelte an Iswolskys Erfolg in der Dardanellenfrage, womit er übrigens recht behielt, und befürchtete, dass ihm die Felle wegschwimmen würden. Sein Gewissen beruhigte er bei dem Gedanken, Iswolsky prinzipieller Zustimmung sicher zu sein und ihm den Zeitpunkt mit der Erwähnung der Delegationen ungefähr angedeutet zu haben. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass sich Aehrenthal der Ungewissheit bewusst war, in welcher er Iswolsky gelassen hatte. Dafür gibt es Zeugnisse; die Ballhausjournalisten piffen den Refrain von der «artigen Überlistung» welchen Text sie im Hause Aehrenthals hundertmal gehört hatten. Aehrenthal riskierte den Coup, er sollte seine grosse Tat werden. Die Stimmung der Mächte war im allgemeinen günstig, Russland wirklich nicht zum Kriege bereit, Frankreich friedlich, England zwar erzürnt, doch nicht unmittelbar zu fürchten. Was konnte geschehen? Tittoni war noch am Ruder, blieb also nur Serbiens Rache. Und Serbien böse zu machen, passte in Aehrenthals neues Konzept. Deutschlands Freundschaft und Hilfe aber war man sicher. Es ist danach sehr nebensächlich, worauf die Detailsucher der Geschichte soviel Gewicht legen, ob Khevenhüller am 3. Oktober Iswolsky wirklich gesucht hat, um ihm als Erstem die Nachricht zu geben. Zugegeben, er habe ihn nicht gefunden. Wichtiger ist die Wahrheit in den grossen Dingen und die innere Logik der Ereignisse.

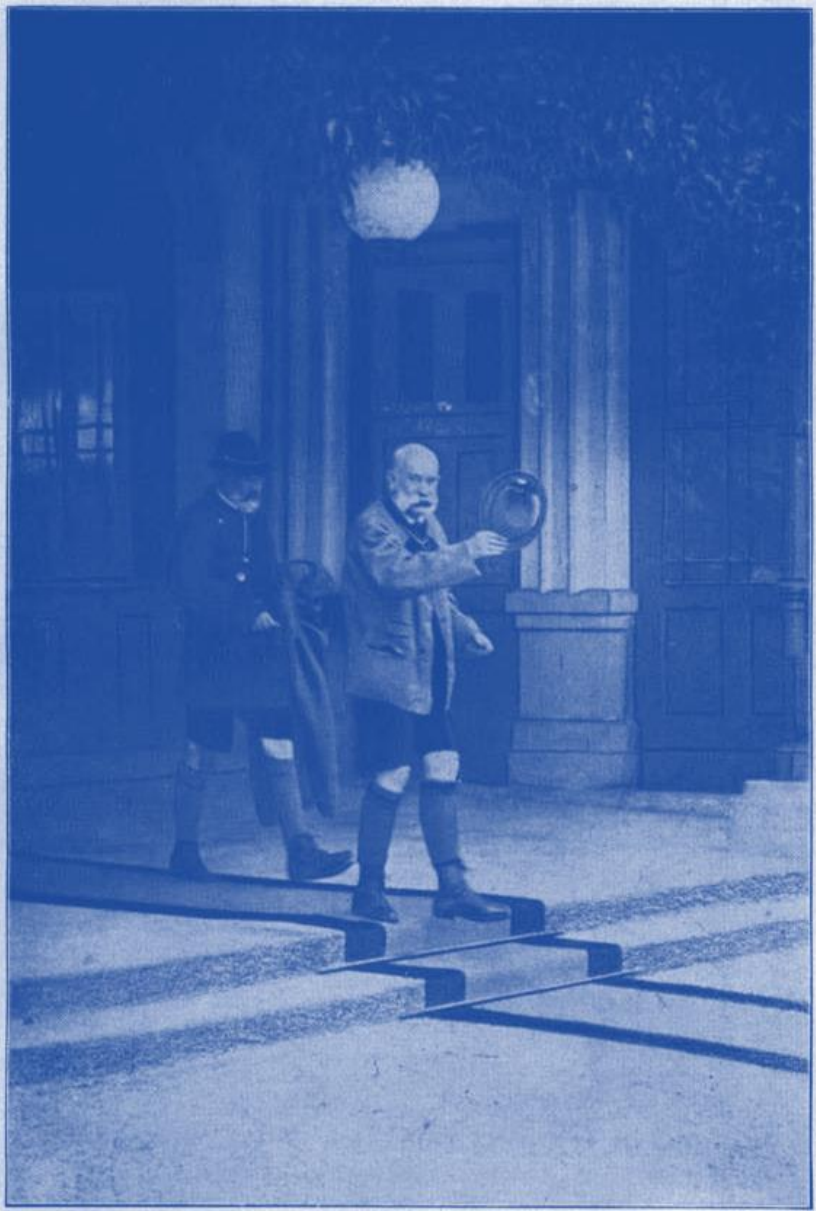
Am 5. Oktober unterschrieb Franz Joseph die Proklamation an das bosnisch-herzegowinische Volk, am 7. Oktober wurde sie öffentlich angeschlagen. Tags darauf verlas der Kaiser, «auffallend erregt», in Budapest vor den Delegationen die Thronrede, die das Ereignis verkündete. Was war mit der Annexion erreicht? Dem Wunsch nach der Einverleibung der beiden Provinzen in aller Form war Genüge getan, der Kaiser hatte die Beruhigung, seine Souveränität nach dem selbst gehaltenen Recht in Bosnien und



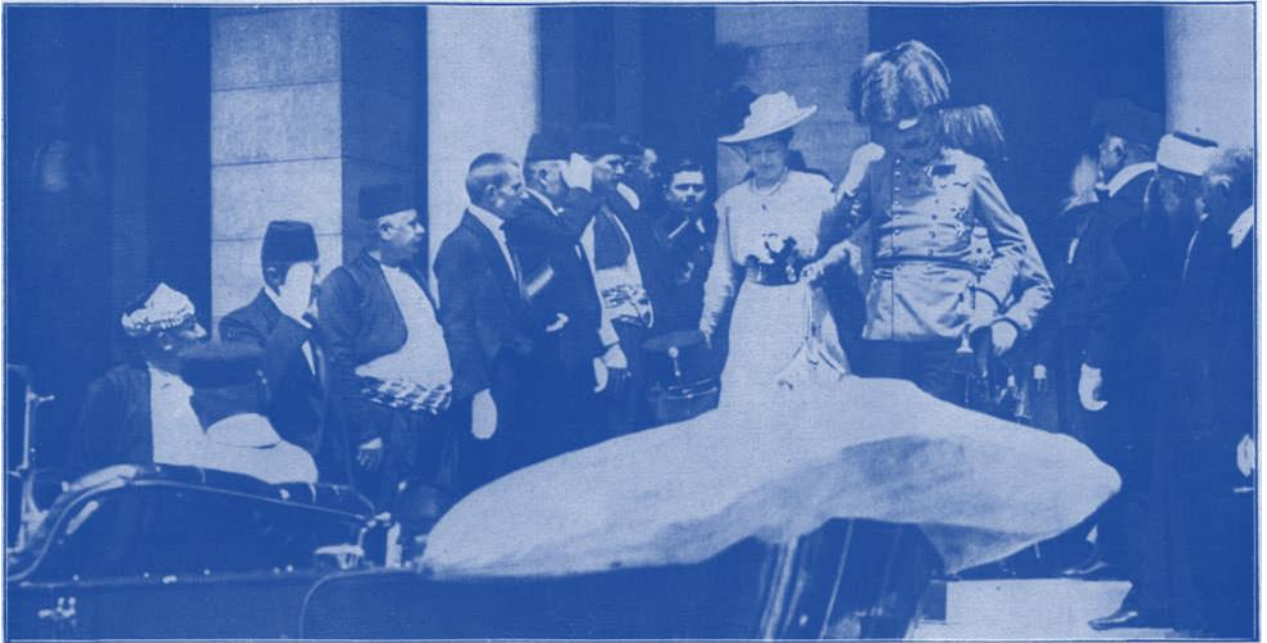
der Herzogin ausüben zu können. Tatsächlich hatte er auch bisher die vollen Herrscherrechte besessen; in seinem Namen wurde Recht gesprochen, in seinem Namen wurden Rekruten ausgehoben und vereidigt. Es war eine der Schwächen Franz Josephs, erklärlich aus der Gewissensangst und dem Hang zum Formalismus, dass er die Umwandlung der Okkupation in eine Annexion überschätzte. Aehrenthal aber und seine Helfer wurden erst jetzt gewahr, wie schwer dieser anscheinend so elegante Coup den Frieden Europas erschütterte. Aehrenthal hatte für die Mitteilung an die Signatarmächte die sehr bedenkliche Form von Handschreiben des Kaisers an die Staatsoberhäupter gewählt. Wohl liefen nebenher auch Zirkularnoten an die Kabinette, doch den Handschreiben, die nicht gegengezeichnet waren, fiel die Aufgabe zu, die Zustimmung der Mächte zu erbitten. Aehrenthal schob den Kaiser vor, die Entrüstung der Mächte aufzufangen. Kaiser Wilhelm antwortet zustimmend, freundschaftlich, keinen Zweifel lassend. Er hätte Grund gehabt, verstimmt zu sein. Berlin hat von den Buchlauer Abmachungen erst zehn Tage nachher erfahren; der Entschluss, die Annexion schon am 7. Oktober zu proklamieren, war Deutschland verheimlicht worden. Am 5. Oktober, dem Tage, da der österreichische Botschafter Graf Szögyenyi das Handschreiben Franz Josephs in Berlin überreicht – zwei Tage später als es Fallières erhielt –, ist Kaiser Wilhelm in Rominten. Er erhält die Verständigung erst am 6. Oktober, also drei Tage später als der französische Präsident. In dem Immediatbericht Bülow's, der dem Deutschen Kaiser zusammen mit Franz Josephs Handschreiben vorgelegt wurde, hat Wilhelm II. folgende Bemerkung an den Rand geschrieben: «Dass wir gegen die Annexion nichts tun, ist selbstverständlich. Ich persönlich aber bin auf das Tiefste in meinen Gefühlen als Bundesgenosse verletzt, dass ich nicht im Geringsten vorher von S. M. ins Vertrauen gezogen wurde!... So bin ich der letzte von allen in Europa, der überhaupt etwas erfahren.» Kaiser Wilhelm hat sich kurz danach vom Fürsten Fürstenberg beschwichtigen lassen, wobei ihm der gute Freund und schlechte Prophet, Aehrenthals Coup als Genietat einredete. Bülow und seine Mitarbeiter waren weniger entzückt. In seinen Erinnerungen sagt Bülow, er habe im Reichstag wie in seinen Weisungen an die deutschen Vertreter «keinen Zweifel darüber gelassen, dass Deutschland entschlossen sei, in Nibelungentreue und unter allen Umständen an dem Bündnis mit Österreich festzuhalten, das deutsche Schwert war in die Wagschale geworfen für den Bundesgenossen und für das deutsche Ansehen». Es ist die Sprache, die

Bülow notwendig schien, nachdem die Annexion geschehen war. In dem Immediatbericht an den Kaiser aber klingt die schmucklose Wahrheit: «Unsere Lage würde wirklich bedenklich werden, wenn Österreich das Vertrauen zu uns verlöre und von uns abschwänkte ... Wir müssen die Aehrenthalsche Mitteilung ohne affektiertes Empressement, aber mit ruhiger und klarer Zustimmung als den Ausdruck unserer unbedingten Zuverlässigkeit erscheinen lassen.» Deutschland war bereits isoliert, auf das Bündnis mit Österreich angewiesen. Es übernahm denn auch den schwersten Teil der Arbeit in dem kühnen Wurf Aehrenthals: die Bezwingung der Empörten.

Die Antworten auf Franz Josephs Brief geben einen Vorgeschmack von der Stimmung der Mächte. Einzig Fallier es war sehr höflich und entgegenkommend. Der König von Italien liess sich Zeit und schrieb erst Mitte Dezember, die Angelegenheit seiner Regierung vorlegen zu wollen. König Eduard, der sich eben noch in Ischl um des Kaisers Freundschaft bemüht hatte, antwortete kurz und scharf; er bedauert die Entscheidung Franz Josephs und versichert, gerade jetzt auf die Grundsätze des Londoner Protokolls das grösste Gewicht legen zu müssen, wonach der Berliner Vertrag nur mit Zustimmung aller Mächte geändert werden könne. Mit dem Zaren aber hatte Franz Joseph eine regelrechte Polemik, die sich bis in den Januar 1909 hinauszog. Am heftigsten waren die Proteste Serbiens und Montenegros. Serbien berief seine Reserven ein und mobilisierte die Banden. Dazu erscholl aus Petersburg, aus London, Rom und Belgrad der wütende Chor der Presse. Am schmerzvollsten aber traf Österreich das Geschoss der Türkei: sie verhängte über Österreichs Waren und Schiffe den Boykott. Die industriellen Enthusiasten der Annexion und ihre Literaten, die Aehrenthals Aktion als den Auftakt zu neuer Grösse und Wohlfahrt gepriesen hatten, waren einigermassen betroffen beim Anblick dieser ersten Frucht des neuen Heroismus: es war die schwerste Schädigung des österreichischen Handels und der Industrie, ein Schlag, von dem sich beide nicht mehr erholten. Aehrenthal musste die Aufhebung des Boykotts um den sehr ansehnlichen Preis von vierundfünfzig Millionen Kronen erkaufen, was der Annexion viel von ihrem schimmernden Glanze nahm. Zu allem Ungemach wurde es auch im Innern Österreichs unruhig. In Prag kam es Ende November zu so heftigen Demonstrationen, dass Becks Nachfolger, Freiherr von Bienert,



Franz Joseph in Ischl



Franz Ferdinand und Herzogin von Hohenberg in Sarajewo  
Aufnahme kurz vor dem Attentat

den Henker zu Hilfe rief: am 2. Dezember, dem Tage des Regierungsjubiläums Franz Josephs, wurde über Prag das Standrecht verhängt.

Bei alledem hatte Österreich Glück. Es war, als ob das sagenhafte Glück des Hauses Habsburg noch einmal wie später Herbstsonnenschein aufleuchten wollte: die friedliche Grundwelle, die das grosse Europa durchzog, teils von der Schwachheit Russlands, teils vom Verhalten Frankreichs bewegt, erleichterte Deutschlands Bemühen um die Beilegung des Konflikts. Dennoch gab es einen Augenblick, da man einen Schritt nur vom Kriege entfernt war. Gleich am Tage der Annexionserklärung hatte der Generalstabschef Freiherr von Conrad die Grenzabspernung, die Verstärkung der Truppen in Bosnien und in der Herzegowina, wie die Vorbereitungen zu der Mobilmachung gegen Serbien gefordert. An Franz Ferdinand, der sich in Sankt Moritz aufhielt, richtete er die Anfrage, ob der Thronfolger das Armeeoberkommando annehmen wolle; den Kaiser liess er bitten, von Schönbrunn nach Wien zu übersiedeln, was Franz Joseph ablehnte. Conrad hatte 1908 als den geeigneten Augenblick angesehen, Italien und Serbien den Krieg zu erklären, um beide, wie er meinte, auf Jahre hinaus ungefährlich zu machen. Er ist auch jetzt der Überzeugung, dass es vorteilhaft wäre, den Krieg, der «unvermeidlich kommen müsse», nicht zu scheuen. Seinem Drängen widersetzen sich der Kaiser und Aehrenthal. Am 1. März entscheidet sich der Kaiser auch dagegen, Franz Ferdinand zum Oberkommandierenden für den Kriegsfall zu ernennen. Inzwischen hatte Conrad den Thronfolger aus Sankt Moritz nach Wien gerufen. Franz Ferdinand trifft am 3. März in Wien ein und empfängt noch an demselben Abend den Generalstabschef. Er ist darüber sehr ungehalten, dass ihm der Kaiser das Oberkommando vorenthalten will, er vermutet dahinter «eine Intrige Aehrenthals und Schönaichs». Der Erzherzog war allein nach Wien gekommen, die Herzogin Hohenberg folgte ihm später nach. «Es ist dies», bemerkt Conrad, «von Bedeutung, denn, während er sich mir gegenüber anfänglich für die kriegerische Lösung ausgesprochen hatte, war seit dem Eintreffen seiner Gemahlin ein Wandel in seinen Ansichten unverkennbar.» Conrad geht zum Kaiser und sucht ihn zu überzeugen, dass Serbien Österreich nur hinziehe, um den Krieg für sich günstiger zu gestalten. Er legt den Aufmarschplan gegen Serbien vor und bittet, die Vorbereitungen für die Mobilmachung schon jetzt treffen zu dürfen. Es ist der 12. März. Franz Joseph verschiebt die Entscheidung mit der Bemerkung, «man müsse auf Deutschland Rücksicht nehmen und dürfe ihm nicht zuviel zumuten». Am 1. März

hatten sich die Gesandten Russlands, Englands, Frankreichs und Italiens bemüht, in Belgrad besänftigend einzuwirken. Aehrenthal fordert eine klare Antwort. Es ist Ultimatum-Stimmung. Am 15. März gibt Franz Joseph den Befehl, die geforderten Verstärkungen nach Bosnien und der Herzegowina abgehen zu lassen. Franz Ferdinand beschäftigt sich mit der Frage, wie die Wirtschaft des Hauptquartiers zu organisieren wäre. «Er besprach», so berichtet Conrad, «die Mahlzeiten, die er an bestimmte Stunden gebunden wissen wollte. Ferner sollte jeder der Teilnehmer wissen, dass er des Erzherzogs Gast sei.» Conrad meint, es sei sehr schwer, für die Generalstabsoffiziere im Kriege fixe Speisestunden zu normieren. Inzwischen müht sich Bülow mit seinem Vorschlag; da sich Österreich mit der Türkei verständigt habe, sei kein Grund mehr, der Monarchie die Anerkennung der Annexion zu verweigern, man könne auf die von den Mächten geforderte Konferenz verzichten. Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, lässt den Ernst der Dinge erkennen für den Fall, dass die Mächte sich weigern sollten, Österreich ihre Zustimmung zur Annexion zu gewähren. Sein Wort zu Iswolsky «alors c'est la guerre!» treibt die Krise auf die Spitze. Am 29. März beschliesst der Wiener Ministerrat die sogenannte «gelbe Mobilmachung»: die Vorbereitung des Kriegs gegen Serbien und Montenegro. Doch Pourtalès Drohung, von der Kaiser Wilhelm später sagt, er habe «in Petersburg die Hemdärmel aufgestreift», hat ihre Wirkung getan. Russland gibt die Zustimmung zur Änderung des Berliner Vertrags, und damit ist der Friede gerettet. Es bedurfte nur mehr der Anstrengung, Serbien einen Weg zum Rückzug zu bahnen. Unter der Mitwirkung Cartwrights, des englischen Gesandten in Wien, wurde der Text einer Erklärung redigiert, wonach sich Serbien den Entscheidungen der Mächte fügt, sich zur Änderung seiner Politik verpflichtet und zusagt, mit Österreich gute Nachbarschaft zu halten. Die Erklärung wird am 31. März vom serbischen Gesandten in Wien der österreichischen Regierung überreicht. Die österreichischen Reservemänner können nach Hause fahren, die Gefahr ist vorüber. Franz Joseph erhebt Aehrenthal in den Grafenstand.

## BALLHAUS UND GENERALSTAB

DER DIPLOMATISCHE SIEG, DEN AEHRENTHAL MIT Deutschlands Hilfe erfochten hatte, barg eine grosse Gefahr in sich. So gering der Preis des Streites war, die endgültige Anschliessung Bosniens und der Herzego-

wina an die Monarchie, so hatte es doch der Aufbietung des kriegerischen Willens und zuletzt des ganzen Gewichts der deutschen Macht bedurft, ihn zu erreichen. Das Ergebnis dieser Anstrengung, die Änderung des Berliner Vertrags, kam nur zustande durch Russlands Zurückschrecken vor dem Kriege. Der Vertrag von 1878 hatte auf der Grundlage friedlichen Übereinkommens geruht, er war ein Rechtsgut geworden vermöge des Einverständnisses aller Signatarmächte; die Anerkennung des neuen Zustands war erzwungen worden durch die Entschlossenheit zum Kriege auf der einen Seite, durch das Einbekenntnis der Schwäche auf der andern. Es ist Trepfenphilosophie, wenn Sasonoff den Sieg Aehrenthals und Bülow's den «ersten Nagel zum Sarge Österreich-Ungarns» nennt, und eine unvollständige dazu, denn er vergisst zu sagen, dass die Ereignisse nach 1909 nicht nur den Untergang der beiden Herrscherhäuser Mitteleuropas, sondern auch jenen des Hauses Romanow herbeigeführt haben. Jedenfalls aber hat die erzwungene Beugung Russlands vor dem Willen Österreichs, keinem der beiden Segen gebracht. Nicht, als ob Aehrenthal selber gewünscht hätte, auf dem Wege einer aktiven Balkanpolitik fortzufahren. Als Conrad von Hötzendorf im Frühjahr und im Sommer 1909 dem Kaiser Denkschriften überreicht, worin er die friedliche Lösung des Konflikts bedauert und neuerlich zu beweisen versucht, dass allein «die Einverleibung Serbiens in die Monarchie» Ruhe schaffen könne, antwortet Aehrenthal mit einem «Geheimen Promemoria», das über seine Absichten erschöpfend Auskunft gibt. Er sagt, das Ziel seiner Politik, die Anerkennung der Annexion, sei erreicht, an ein «Festsetzen in Serbien und Montenegro» angesichts der europäischen Situation nicht zu denken; «wenn wir den Krieg hätten forcieren wollen, wäre es bloss zu einem an Geld und Menschenleben kostspieligen Ein- und Ausmarsch nach Serbien und Montenegro gekommen.» Es könne geschehen, meint Aehrenthal, dass man eines Tags an die «Inkorporierung eines Teils von Serbien werde denken müssen, wenn dieser kleine Staat fortfährt, an unsrer Grenze einen Attraktionsherd zu bilden» – vorläufig aber könne «Serbien sein Verschwörerndasein gegen uns oder gegen die Türkei weiterführen». Aehrenthal sieht keine Gefahr, es wäre denn, dass die Türkei ihren europäischen Besitz nicht zu behaupten vermöchte. Für diesen Fall will er auf «eine tunlichste Vergrößerung Bulgariens bedacht sein, so zwar, dass die Rivalität zwischen diesem Staat und Serbien aufrecht bleibt»; im Übrigen ist er überzeugt, dass «eine Neuordnung der Dinge auf dem Balkan ohne Österreichs Zutun nicht erfolgen kann.» Mit

Russland will er «herzliche und freundliche Beziehungen» herstellen; «Russland kann keine aktive Politik in den nächsten Dezennien unternehmen, und es ist fraglich, ob es nachher sich dazu besser eignen werde als jetzt. Infolge seiner Schwäche wird es alles tun, sich mit der Türkei auf den besten Fuss zu stellen.» Auch von Italien befürchtet Aehrenthal nichts; er will nicht verkennen, dass Conrads Rüstungen in Südtirol motiviert gewesen seien, er sieht in ihnen aber den Grund zu den Gegenmassregeln Italiens. Er beruft sich auf Wallenstein, der die starke Armee wünschte, «um sich die Feinde vom Halse zu halten, aber möglichst keinen Krieg zu führen». Was Aehrenthal hier dem Kaiser als Antwort auf Conrads kriegerisches Bekenntnis schreibt, entsprach auch dem Denken Franz Josephs. Beide waren der Meinung, mit der Annexion Bosniens ihr Ziel erreicht zu haben, beide wollen zu einer beobachtenden Politik zurückkehren. Aehrenthals Fehler ist leicht zu erkennen: er sieht die Dinge mit den Augen der alten Kabinettsdiplomatie, ohne den Sinn dafür zu haben, dass die Bewegung der Südslawen mehr ist als eine «Verschwörung». Das Ballhaus übernimmt das Wort vom «Piemont des Balkans», aber in der altösterreichischen Bedeutung, als ob man vor 1859 und nicht fünfzig Jahre danach lebte. Auch Italiens Freiheitsbewegung war eine «Verschwörung» gewesen, die niederzuwerfen Österreich als seinen Beruf angesehen hatte. Vermochte man keine andre Lehre aus der Geschichte zu ziehen? Hatten Radetzky's Kämpfe, die Kriege von 1859 und 1866 der Diplomatie des Ballhauses nichts andres zu sagen? Einmal nur taucht in Aehrenthals Denkschrift eine Ahnung auf, als er schreibt, dass die Frage der Südslawen, die Entscheidung, wohin sie gravitieren werden, eine innere Angelegenheit der Monarchie sei: gelänge es Österreich-Ungarn die Südslawen an sich zu ziehen, dann verlöre Serbien die Eigenschaft, ein «Attraktionsherd» zu sein. Wo aber ist der Staatsmann, der diese Erkenntnis zum Programm erhöhe?

Der Konflikt mit Serbien war noch kaum geebnet, als der Prozess des Historikers Heinrich Friedjung die Methoden des Wiener Auswärtigen Amtes im schlimmsten Lichte zeigte. Friedjung hatte mit dem ganzen Gewicht seines Namens in der «Neuen Freien Presse» eine leidenschaftliche Anklage gegen Serbien erhoben, in welcher er den König, die Regierung und die politischen Parteien bezichtigte, die österreichischen Serben zum Abfall bewegen zu wollen und insgeheim den Umsturz vorzubereiten. Friedjungs Artikel erregte das grösste Aufsehen; der Historiker verkündete, jede Behauptung durch authentische Dokumente belegen zu können.



Kurz vorher hatte ein Prozess in Agram die allgemeine Aufmerksamkeit und den Protest zahlreicher Intellektueller Europas hervorgerufen. Obzwar es sich herausgestellt hatte, dass die Anklage des Monsterprozesses auf einem einzigen Kronzeugen aufgebaut war, auf den Aussagen «des berühmtesten Subjekts, das sich in den serbischen Ländern als Denunziant herumtrieb», wurden die Angeklagten, viele Führer und Anhänger der serbo-kroatischen Koalition, zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Der Prozess, im Bereiche des ungarischen Staates geführt, war nicht frei von der Absicht der Budapester Regierung, die nichtungarischen Nationen vor jeder Opposition durch drakonische Massregeln abzuschrecken. Die vom Gericht geübte Willkür hatte den Prozess zu einem internationalen Skandal gemacht. Danach war es verständlich, dass ganz Europa sein Augenmerk auf den Friedjung-Prozess richtete, der im Dezember 1909 vor den Wiener Geschworenen begann. Kläger waren ein halbes Hundert Mitglieder der serbo-kroatischen Koalition, die sich durch Friedjungs Beschuldigungen in ihrer Ehre beleidigt fühlten. Bei dem Prozess nun stellte es sich heraus, dass die von der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad gelieferten Dokumente Fälschungen waren. Der Prozess verlief sehr peinlich für den Geklagten. Der Strafrechtslehrer in Belgrad, Professor Markovic, dessen Name auf Protokollen geheimer Sitzungen prangte, konnte die Unterschrift als Fälschung und überdies auf Tag und Stunde nachweisen, dass er zu der behaupteten Zeit in Berlin wissenschaftlich gearbeitet habe; die amtlichen Bestätigungen aus Berlin liessen darüber keinen Zweifel. Ebenso erging es andern Dokumenten. Bei zahlreichen Schriftstücken zeigte es sich, dass die Konfidenten sich nicht einmal die Mühe genommen hatten, ihre Fälschungen in richtigem Serbisch zu verfassen. Es war grausam, als nach solchen Ergebnissen das Auswärtige Amt sich zurückzog und den Mann, der im Vertrauen zu Aehrenthal sein ganzes Renommee riskierte, im Stiche liess. Am Ende retteten Baernreither und Masaryk die Situation, indem sie nach langen Mühen einen Vergleich zustande brachten. Friedjung erklärte, das Alibi Markovics anzuerkennen und auch die übrigen Dokumente nicht mehr in Anspruch nehmen zu wollen; die Kläger billigten Friedjung den guten Glauben zu. So blieben der Historiker und seine Auftraggeber vor dem Äussersten bewahrt, doch die üble Nachwirkung des Prozesses war nicht zu beseitigen. Er säte Hass unter den Herben und setzte Österreich vor ganz Europa herab. Der Friedjung-Prozess hat das Vertrauen zu den Dokumenten des Wiener Auswärtigen Amtes sehr erschüttert.

Der Kaiser nahm das Ergebnis dieses Prozesses mit grossem Unbehagen auf, er erinnerte daran, dass die Öffnung der Archive von Mailand und Verona den Italienern viele Polizeiakten der österreichischen Herrschaft in die Hände gespielt hatte, die nachher als Fälschungen und Erfindungen erkannt wurden. Aehrenthal hatte an die Echtheit der Forgácschen Dokumente geglaubt, sein Hang, jede Bewegung der Südslawen als Verschwörung wider das Reich zu deuten, war ein Teil seiner Geschichtsauffassung. Er sah nicht den elementaren Zug in dem Streben nach nationaler Selbstherrschaft, er war blind vor dem Walten einer Entwicklung, die das Schauspiel Italiens nun auf dem Balkan wiederholte. Darum unterschätzte er auch Russlands Anteilnahme an der Emanzipationsbewegung der Balkanvölker. «Die Wiederherstellung herzlicher und freundlicher Beziehungen zwischen den Souveränen Deutschlands, Österreichs und Russlands» sei das charakteristische System der grossen Politik. Während er, ganz wie Metternich, die Interessen der Monarchen als die Basis konservativer Friedenspolitik ansieht, erkennt Russlands Minister den Willen der Völker als die bewegende Kraft. Aehrenthal rechnet mit der Solidarität der Kaiser und dem Gegensatz der Nationen. Die Monarchen will er zusammenführen, die Balkanvölker aber «gegeneinander ausspielen, um sie im Zaume zu halten». In Berlin hat man mehr Verständnis für den Balkan als in Wien; mehr als einmal erteilt Deutschland den Rat, ein gutes Verhältnis zu Serbien herzustellen. Doch Aehrenthal hat ein anderes Konzept. Er fördert Bulgarien, in der Meinung, Serbien in Schach halten zu können. Bulgariens Erklärung der Selbständigkeit beantwortete die Türkei mit der Forderung von zweiundachtzig Millionen Frank, die es für den Verlust Ostrumeliens begehrte. Russland übernimmt die Schuld; es ist Iswolskys erste Revanche. Im Herbst 1909 kommt Nicola Hartwig als Russlands Gesandter nach Belgrad. Der Mann, in dessen Adern deutsches Blut fliesst, soll der Vollstrecker der slawischen Politik werden. Er ist ehrgeizig, abenteuerhaft, tatendurstig, ein Glücksspieler und Kampftemperament; er unterscheidet sich von den übrigen Diplomaten seines Reiches durch die Klarheit seines Wollens. Er denkt historisch, begreift die Sehnsucht der Serben nach Macht und nationaler Einigung, er erkennt in Serbien die Rolle Preussens wieder und ist überzeugt, dass diesem Staate der Vorrang und die Führung unter den Völkern des Balkans gebühre. Und er weiss, dass der Weg über Schlachtfelder führt. Die Idee des Balkanbunds ist älter als das Verlangen der Deutschen nach nationaler Einigung. Hartwig

nimmt sie auf und belebt sie, die bisher ein Spielzeug der Kabinettpolitik gewesen, mit dem Hauch nationaler Leidenschaft. Aehrenthals Annahmen erweisen sich als falsch. Die Beziehungen zwischen Wien und Petersburg sind abgestorben. Als der Zar im Oktober nach Racconigi fährt, den König von Italien zu besuchen, weicht er Österreich in weitem Bogen aus. Was Iswolsky in Buchlau vorschwebte, die gegenseitige Versicherung, das wird nun mit dem neuen Partner versucht; Russlands Wünsche in der Meerengenfrage korrespondieren mit Italiens Plänen in Tripolis und der Kyrenaika.

In den letzten Oktobertagen des Jahres 1910 scheint es indes, als ob Aehrenthals Wunsch, die Drei-Kaiser-Verständigung wieder aufleben zu sehen, sich erfüllen wollte. Zar Nikolaus II. ist zu dieser Zeit in Wolfsgarten bei Darmstadt, dem Landschloss seiner deutschen Verwandten, das, wie Sasonoff vermerkt, «nach seiner Grösse und bescheidenen Einrichtungen an ein mittleres Gutshaus erinnert. Es war in diesen Tagen so von Gästen überfüllt, dass der Zar nur in einem kleinen Schlafzimmer empfangen kann, wo ausser für das Bett kaum Platz für zwei Stühle ist.» Sasonoff, zum Nachfolger des nach Paris gehenden Iswolsky bestimmt, soll den Zaren nach Potsdam begleiten. In Berlin nun – «die feierliche Atmosphäre Potsdams war für sachliche Verhandlungen wenig geeignet» – hatte Sasonoff Gelegenheit, mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär Kiderlen-Wächter sich sehr eingehend auszusprechen. Bethmann machte auf den Russen «trotz seines Riesenwuchses nicht den Eindruck eines starken Mannes, aber die Ungezwungenheit seiner Formen und sein sympathisches Äussere erweckten die Illusion einer grossen Aufrichtigkeit und flössten unwillkürlich Vertrauen ein. Kiderlen glich seinem Chef in keiner Weise, dafür aber war er ein unbestritten kluger Mensch, der alle Einzelheiten der internationalen Lage genau kannte und sich nicht scheute, seine Ansichten frei herauszusagen.» Sasonoff hatte ein besonderes Faible für Kiderlen, dessen Hauptvorzug er darin erblickte, «dass er sehr geringe Sympathien für Österreich-Ungarn hegte und das Bündnis Deutschlands mit der Doppelmonarchie im Bismarckschen Sinne ansah, nicht als Ziel, sondern als Mittel der deutschen Politik». Der Hauptgegenstand der Besprechung galt der Verständigung über die Handelsinteressen in Persien; als das «Wertvollste, was er von seinem Besuche mitbrachte», erklärte aber Sasonoff die Zusicherung Berlins, nicht alle Balkanpläne Österreich-Ungarns mehr vorbehaltlos decken zu wollen. Kiderlen sagt es in einer Auf-

zeichnung vom 30. Oktober 1910 mit den Worten, Deutschland sei bereit gewesen für die Milderung des gefährlichen Gegensatzes einen hohen Preis zu zahlen. «Wir glauben, bestimmt versichern zu können, dass Österreich keine neuen ehrgeizigen Pläne im Orient verfolge, und dass es ehrlich für die Aufrechterhaltung des Status quo einzutreten bereit sei... Umso leichter können wir Herrn Sasonoff versichern, dass wir ehrgeizige Pläne Österreichs im Orient zu vertreten weder verpflichtet noch gewillt sind.» Deutschland wollte das enge Bündnis zu Österreich nicht aufgeben, weil man auch Russland nicht von Frankreich loslösen konnte, aber man war bereit, in Wien zu vermitteln, um die russisch-österreichischen Gegensätze auszugleichen. Die Berliner Besprechungen ergaben keinen Vertrag, obzwar Deutschland darauf drängte, die Abmachungen schriftlich niederzulegen. Sasonoff verschob die Formulierung aus Rücksichten auf die Verbündeten. «Wir sollen uns,» schrieb Kiderlen verärgert, «offen als russenfreundlich erklären, während Russland uns nur insgeheim zuflüstern will, dass es nicht bis ans Ende, das heisst bis zum Krieg mit den Engländern mitmachen werde!» Diesem im Herbst 1910 in Berlin gebornen, aber nicht ausgereiften Plan kommt eine melancholische Bedeutung zu; er enthält die klarste Erkenntnis der Balkengefahr. Kiderlen ist darin wirklich der letzte deutsche Diplomat in Bismarcks Sinne, dass er gescheit, unsentimental die Gefahr sieht, die Deutschland droht.

Worin Aehrenthal gefehlt hat, ist sichtbar. Er wollte sich zwar bescheiden, beschränkte sein Bemühen im wesentlichen auf die Erhaltung Österreichs, aber er blieb bei dem Rezept der alten Kabinettsdiplomatie. Ihm fehlte das positive Programm der Erhaltung. Österreich konnte den Aufstieg der Serben nicht mit Gewalt hindern, es hätte trachten müssen, der wohlwollende grosse Nachbar zu sein. Natur und Geographie, der historische Zusammenhang und die Volkswirtschaft sprachen dafür. Noch immer war Wien für die südslawische Welt das nächste Kulturzentrum. Ein grosser Teil der serbischen Jugend studierte in der österreichischen Reichshauptstadt, alles Künstlerische und die höhern Lebensgenüsse empfing Serbien von ihr. Österreich war das Absatzgebiet des serbischen Bauern für dessen Getreide und Vieh, es war der Markt des serbischen Kaufmanns, der nach den Wiener Preisen rechnete, Wien selbst das grosse Kaufhaus und die Luxusstätte, wo er seine Einkäufe besorgte und die Stunden des Vergnügens verbrachte. Österreich vermochte nicht und wollte nicht aus diesen Tatsachen den Nutzen ziehen. Die Interessen der ungarischen Agrarier,

denen die Konkurrenz des billigeren Fleisches zuwiderlief, verbanden sich mit der Knebelpolitik der alten Diplomatie, die der Gewalt mehr vertraute als der Klugheit. Als der österreichisch gesinnte serbische Ministerpräsident Milovanovic im Jahre 1909 nach Wien kommt, um hier eine Brücke des Verständnisses zu schlagen und Konzessionen für die Einfuhr serbischen Fleisches zu erlangen, wird er von Aehrenthal nicht empfangen. Baernreither bemüht sich um die Vermittlung, sucht Aehrenthal dafür zu gewinnen, dass Österreich sein Verhalten zu Serbien ändere; noch sei es Zeit, so meint er, Serbiens Sympathien zu erobern. Ein wenig Entgegenkommen in den Dingen der Handelspolitik und die Gewähr, dass Österreich bei der Aufteilung Mazedoniens nichts Feindliches gegen Serbien unternehme – das sind die Wünsche des Belgrader Ministerpräsidenten. «Ich bat», berichtet Baernreither, «um ein bestimmtes Wort, um ein Zeichen des Wohlwollens. Aehrenthal antwortet: Ich mache nur Politik für die Gegenwart, die Zukunft wird sich finden.» Von den Serben aber spricht er in dem Ton, wie in Wien vor 1866 von den Preussen gesprochen wurde: «Die müssen einmal ordentlich Plesch (Schläge) kriegen!» Das war nun gar nicht seine eigentliche Überzeugung, denn zur selben Zeit, da er so spricht, hat er den schweren Kampf gegen Conrads kriegerische Absichten zu bestehen. Umso schlimmer freilich ein leichtfertiger Zynismus, der auch das Verdienstvolle an Aehrenthal, den Widerstand gegen die Kriegspartei, verdunkelt.

Freiherr von Conrad verdoppelte nach der Annexion seinen Eifer, um darzutun, dass der diplomatische Sieg Aehrenthals nur einen faulen Frieden sichere, der ohne Bestand sei. Um diesem General gerecht zu werden, darf man nicht vergessen, dass seine Aufgabe zwiespältiger Natur war. Er war nicht nur der Willensvollstrecker Franz Ferdinands, der den Ausbau der Armee wünschte und, nachdem ihm Franz Joseph die Vollmacht gegeben hatte, das Recht besass, in den Angelegenheiten der Armee zu befehlen. Auch das Werk Aehrenthals, die Annexion, hatte der militärischen Unterstützung bedurft. Der Aktivismus, der Conrad gerufen hatte, wurde ihn nun nicht mehr los. Der General ging aufs Ganze; er bestritt den Begriff einer relativen Kriegsbereitschaft als Widersinn. Um kriegsbereit zu sein, so folgerte er, müsse Österreich mit allein Feinden rechnen, die es im Ernstfall zu gewärtigen habe. Er stellte die Entscheidung des Entweder-Oder. Da das eine, friedliche Kulturpolitik mit Verzicht auf alle Prestigepolitik, für ihn als Soldaten nicht in Betracht kam, war er für das «Oder».

Und dieses hiess: Niederwerfung der Feinde zur rechten Zeit, so dass nicht alle zugleich bestehenbleiben. Er ist für Präventivkriege und der Überzeugung, dass es in Österreichs Macht liege, je nach der Gestaltung der grossen Politik, zwei, drei Kriege nacheinander führen zu können. Als unbedingten Feind sieht er Italien an, das er denn auch bei jeder passenden Gelegenheit angreifen und schlagen will. Der zweitnächste Krieg soll Serbien gelten. Es ist wohl kaum notwendig, zu sagen, wo der Denkfehler dieser soldatischen Politik steckt. Conrad sieht Österreich-Ungarn zweidimensional; er rechnet auf dem Papier mit Grössen, die in der österreichischen Wirklichkeit ganz anders aussehen. Er ist unpsychologisch und überschätzt das Vermögen Österreichs in jeder Beziehung. Vom Militärischen ganz abgesehen, den Sieg als sicher vorausgesetzt, ist das Konzept aber auch aus einem anderen Grunde falsch: Conrad weiss nicht, dass man aufstrebende, wachsende Völker auch durch Besiegung nicht «erledigen» kann. Selbst ein österreichischer Napoleon müsste fürchten, nach dieser Kette von Präventivkriegen bei einem gigantischen Waterloo zu enden. Gleicht das Österreich von 1910 dem Frankreich von 1795? Ist Conrad ein Napoleon?

Im Juni 1911 gab Italien seine Absicht bekannt, Tripolis zu besetzen; im September richtete es ein Ultimatum an die Türkei; am 5. Oktober wurde die Stadt Tripolis von den Italienern erobert. Die Vorbereitungen zu der kriegerischen Aktion waren rasch getroffen worden. Unter dem Eindruck der italienischen Rüstungen, zu denen auch Sicherungen an der österreichischen Grenze gehörten, hatte Conrad erhöhte Summen für den Ausbau der Wehrmacht und besondere Kredite für Fortifikationen gefordert. In unzähligen Eingaben und Denkschriften hatte er den Kaiser und Aehrenthal zu überzeugen versucht, dass Italien kriegerische Absichten gegen Österreich hege und spätestens 1912 mit seinen Rüstungen so weit sein werde, um die Monarchie angreifen zu können. Weder der Kaiser noch Aehrenthal zeigten sich geneigt, Conrads Wünsche zu unterstützen. Es wäre auch aussichtslos gewesen, von den beiden Parlamenten Militärkredite in jener Höhe zu erlangen, wie sie Conrad beehrte; die Parteien und die Presse hatten wenig Lust, sich für die Pläne des Generalstabes einzusetzen. Conrad klagte die Regierungen, Aehrenthal und den Kriegsminister Schönauich an, die Österreich drohende Gefahr zu verkennen und das Reich ohne den notwendigen Schutz zu lassen. Er drohte mit seinem Abschied und bat den Kaiser, ihn des Dienstes zu entheben. Franz Joseph empfand es schwer, dass der Chef des Generalstabes sich nicht damit begnügte, den Weisungen des Auswärt-

tigen Amtes zu folgen, vielmehr unter ständiger Kritik Aehrenthals, seine politischen Meinungen durchzusetzen versuchte. Dennoch bewog er Conrad, im Amte zu bleiben. Als der Krieg in Libyen ausbrach, verschärfte sich jedoch der Konflikt zwischen Conrad und Aehrenthal zum unversöhnlichen Gegensatz. Dem Generalstabschef schien es, dass nun der Augenblick gekommen sei, den Schlag gegen Italien zu führen; «diese Chance des Schicksals ungenützt zu lassen, glich dem Selbstmord.» Aehrenthal bewahrt bei alledem grosse Geduld, in seinen Antworten auf Conrads Briefe und Eingaben weist er darauf hin, dass Österreich mit Italien bis 1914 im Bunde sei und aus hundert andern Gründen nicht daran denken könne, einen Krieg vom Zaum zu brechen. Er beklagt es als Conrads Schuld, dass Italien misstrauisch geworden sei, und will alles vermieden wissen, was Italien Anlass zu weiteren Befürchtungen geben könnte. Darüber nun kommt es zum Bruch. Als sich der k. u. k. Botschafter in Rom, Herr von Mérey, über die Spionagetätigkeit der österreichischen Generalstabsoffiziere in Italien beschwert, antwortet Conrad in erregtem Ton und ruft in einer langen Denkschrift die Entscheidung des Kaisers an. Aehrenthal, gereizt, bricht den Verkehr mit Conrad ab. In seiner Gegenschrift an den Kaiser sagt er, «es wäre hoch an der Zeit, dass für die Führung der auswärtigen Politik der hierzu ernannte Minister kompetent und verantwortlich bleibe; dem Chef des Generalstabes könne nur die Pflicht obliegen, die für die verschiedenen Kriegsmöglichkeiten erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, ohne das Recht zu besitzen, auf den Eintritt der einen oder andern Kriegsmöglichkeit einen Einfluss auszuüben». An dem Streit beteiligt sich auch Franz Ferdinand. Er ist zwar nicht für die kriegerischen Pläne Conrads eingenommen, aber er sieht in der Opposition gegen den Generalstabschef einen Affront gegen seine Person. Überdies ist er nun Aehrenthals erbitterter Gegner, dem er «Nachgiebigkeiten, Blamagen und Einmischungen in die militärischen Dinge» vorwirft. Bei den Manövern in Dalmatien, im August 1911, «befiehlt» er Conrad, vor der «Clique Schönauich-Aehrenthal» nicht zu weichen. Er kann die Entlassung des Generalstabschef dennoch nicht aufhalten. Am 15. November ist Conrad in Schönbrunn.

Der Kaiser (sehr erregt): «Ich sage gleich: die fortwährenden Angriffe auf Aehrenthal, diese Nadelstiche verbiete ich!»

Conrad: «Euer Majestät bitte ich, zu gestatten, dass ich meine Ansichten sage, wie ich sie eben habe; Euer Majestät entscheiden dann.»

Der Kaiser: «Diese fortwährenden Angriffe, besonders die Vorwürfe

wegen Italien und des Balkans, die sich immer wiederholen, die richten sich gegen mich, die Politik mache ich, das ist meine Politik!»

Conrad: «Ich kann nur wiederholen, dass ich meine Ansichten so niederschrieb, wie ich sie mir ableite. Euer Majestät können zu jeder Ansicht hinsetzen: falsch. Das ist in der Macht Euer Majestät!»

Der Kaiser: «Meine Politik ist eine Politik des Friedens. Dieser Politik müssen sich alle anbequemen. In diesem Sinne führt mein Minister des Äussern meine Politik. Es ist ja möglich, dass es zu diesem Kriege kommt. Er wird aber erst geführt werden, wenn Italien uns angreift. Solange Italien uns nicht angreift, wird dieser Krieg nicht geführt. Überhaupt war bis jetzt bei uns keine Kriegspartei.»

Franz Joseph macht dann eine Bemerkung zu dem Berliner Vorfall, bei welchem der deutsche Kronprinz im Reichstag ein paar kriegerische Akzente beklatscht hatte, und sagt: «Das wird bei uns nicht vorkommen, aber Ansätze dazu sind da.»

Die letzte Bemerkung richtete sich gegen Franz Ferdinand. Conrad war gefallen.

## **DAS LETZTE FRIEDENSJAHR**

«EIN TRIUMPH DER GEWÖHNLICHKEIT» – SCHRIEB beim Rücktritt Conrads ein Wiener Blatt, das die Meinungen des Aktivismus wiedergab. Die Ironie war schlecht gewählt; der simple Verstand hatte vor dem heroischen Wagnis recht, aber er reichte nicht aus, die inneren Sorgen des Reiches zu bannen. Hier versagte er wie die Weisheit des Aktivismus. Aehrenthal hatte den Freiherrn von Beck gestürzt, und es war vorzüglich sein Plan, den Enkel Schmerlings, Freiherrn von Bienerth, «den schwächsten Ministerpräsidenten, den Österreich je gehabt hat», in einer Zeit an die Spitze des Kabinetts zu stellen, in welcher der Staat den stärksten gebraucht hätte. Es war Franz Josephs letzte politische Tat die Demokratisierung des Wahrechts gefördert und verwirklicht zu haben. Weiter aber vermochte er nicht zu gehen. Erlahmte nun die Phantasie, oder nahm das Nachspiel der Annexion alle Kräfte in Anspruch – er erkannte es nicht, dass das allgemeine Wahlrecht nur die Voraussetzung war zur Schaffung des Nationalitätenstaates; er sah in ihm nicht den Anfang, sondern den Endpunkt des Bemühens um den Frieden der Völker. Er vermochte sich dabei nicht von



der lehrhaften Meinung zu trennen, dass es nach der Gewährung des allgemeinen Stimmrechts allein im Belieben der Volksvertretung liege, nun ihrerseits den guten Willen zu zeigen und den Frieden herzustellen. Wie der Kaiser, dachte auch seine Umgebung und der grösste Teil der bürgerlichen Intelligenz. Es war eine kleine Minorität, die erkannte, dass ohne ein Nationalitätenprogramm und ohne unermüdliche Initiative, die wichtigste Frage des Reiches ungelöst bleiben werde. Den Freiherrn von Bienerth fehlte so ziemlich alles zu dieser produktiven Erkenntnis. Ein Beamter mittelmässigen Formats, in der Gedankenwelt des alten Zentralismus aufgewachsen, liess er sich von dem wenig erspriesslichen Streben leiten, die Verwaltung vor dem Parlamentarismus zu schützen. Von der Kunst Becks in der Behandlung des Abgeordnetenhauses war nichts geblieben; Bienerth sah in den Parteien die organisierte Renitenz, die man am besten dadurch strafte, dass man das Parlament schloss und den Abgeordneten die Diäten entzog. Was während seiner Amtstätigkeit an Gutem geschah, so der nationale Ausgleich in der Bukowina und die deutsch-tschechischen Verhandlungen in Prag, vollzog sich in den Landtagen, hinter dem Rücken der Regierung. In Prag war es der Adel, der unter der Führung des Grafen Franz Thun die Verständigung der beiden Nationen zu erreichen hoffte. Die Arbeit schien aussichtslos zu sein, dennoch kamen Deutsche und Tschechen einander so nahe, dass der Jungtschechenführer Dr. Josef Kaizl sagen konnte, nur eine «papierdünne Wand» trenne die Parteien. Zur Beseitigung dieses letzten Hindernisses hätte es eines Staatsmannes bedurft, der Freiherr von Bienerth nicht war. Er hatte im Frühjahr 1911 das Abgeordnetenhaus aufgelöst; mit den neugewählten Volksboten sich auseinanderzusetzen fiel dem Freiherrn von Gautsch zu, der zum drittenmal als Lückenbüsser die Regierung übernahm. Es waren peinliche Angelegenheiten, die er auf seinem Tische fand. In Galizien hatten die Gendarmen als Wahlwächter des Polenklubs sechsundzwanzig Menschen erschossen, die Staatskassen waren nach den militärischen Anstrengungen leer, ganz Österreich litt unter der Teuerung. In Serbien waren Lebensmittel in Hülle und Fülle; als jedoch die Sozialdemokraten die Aufhebung jenes Vertrags heischten, der die Einfuhr fremden Fleisches an drosselnde Bestimmungen band, wurde gegen die demonstrierende Menge in Wien Militär gerufen. Der polnische Grossgrundbesitz liess die Gendarmerie schiessen; die Interessen der ungarischen Agrarier standen unter dem Schutze der k. u. k. Bajonette.

Der nationale Radikalismus der bürgerlichen Parteien musste seinem

ganzen Wesen nach destruktiv bleiben, solange es niemand unternahm, die Grundlagen einer völkischen Autonomie zu schaffen. Die deutschen Parteien schlossen sich wohl zusammen und rückten als parlamentarischer Verband im Abgeordnetenhaus an die erste Stelle, doch die Addition ergab keinen Gedanken. Die Sozialdemokratie, von der viele die Erneuerung Österreichs erwarteten, fiel wie der Liberalismus dem Prozess der nationalen Radikalisierung anheim; die Tschechen trennten sich von der alten Gemeinschaft und etablierten sich als selbständige Partei. Die Christlichsozialen blieben unproduktiv, sie hatten mit Lueger ihr Talent verloren. Es war Aehrenthal, der nach Gautschens Versagen den Grafen Karl Stürgkh als Nachfolger empfohlen hatte. Baernreither nennt Stürgkh eine Erfindung Aehrenthals. Das Wort enthält nicht die ganze Wahrheit; Aehrenthal hat die Karriere Stürgkhs vollendet, indem er den steiermärkischen Grafen, vom Sessel des Unterrichtsministers auf den Stuhl des Ministerpräsidenten hob. Erfunden hat ihn ein Journalist: Emanuel Singer. Es fehlte etwas an dem Bilde des politischen Wiens, wenn man dieses Detail verschwiege. Emanuel Singer war der jüngste der drei Brüder, die anfangs der Siebziger Jahre aus einem kleinen mährischen Markt nach Wien gekommen und hier die Herren der «Steयरermühl», des grossen Zeitungskonzerns, geworden waren, den man nach ihnen das «Dreibrüderlhaus» benannte. Wilhelm Singer, mehrere Jahre Pariser Korrespondent der «Neuen Freien Presse», wurde Chefredakteur des «Neuen Wiener Tagblatts», der Schöpfung jenes Moriz Szeps, der als begabter Journalist und Freund des Kronprinzen Rudolf in der Reichshauptstadt eine grosse Rolle gespielt hat. Der zweite Bruder, Julius Singer, war ein kaufmännisches Talent; ihm fiel die geschäftliche Leitung des Unternehmens zu. Emanuel verpflanzte die Figur des jüdischen Dorfweisen in den Wiener Journalismus. Er schrieb nicht, er sprach. Seine Originalität bestand darin, dass er weder im Gehaben noch in der Rede an dem Typus, der in den mährisch-ungarischen Dorfgemeinden heimisch war, etwas änderte. Er blieb in der Säulenhalle, in den Couloirs des Wiener Parlaments der Dorfweise. Und auch darin dem Vorbilde treu, dass er nicht sachliche Weisheit feilbot, sondern aus dem reichen Schatz seiner Anekdoten Gleichnisse holte. So unterhielt er jahrelang Minister und Abgeordnete, Pairs und Gemeine. Mit dem Grafen Stürgkh verband ihn von alters her intimere Freundschaft. Stürgkh, aus verarmtem Adelshause, war bis zum Hofrat im Unterrichtsministerium avanciert, dann aus dem Staatsdienst

ausgetreten, um sich ganz der Politik zu widmen. Die Finanzierung der politischen Laufbahn hat Mendel Singer besorgt. Als Stürgkh in Amt und Würden kam, war die Schuld auf Heller und Pfennig bezahlt, aber der Arrivierte vergass nicht die Hilfe, die ihm Mendel Singer geleistet hatte. Er dankte dem Freunde auf besondere Art, indem er Franz Joseph bewog, Singer zu adeln. Der Kaiser hat für die Presse wenig Sympathien übriggehabt. Sein Bedürfnis nach Lektüre war sehr gering, er genoss ausser dem «Fremdenblatt», das einst Heinrich Heines Bruder gegründet hat, Zeitungen nur in homöopathischen Dosen. Von den Wiener Journalisten besass er kaum ein annähernd richtiges Bild; darin hatte sich seit August Zangs Zeiten nichts geändert. Emanuel Ritter von Singer war einer der wenigen Journalisten, die Franz Joseph sprach und empfing. Es ist keine Erfindung, wenn man sagt, dass Stürgkh die Ratschläge Singers ernster nahm, als sie sonst aufgenommen wurden. Wien wunderte sich über die Standhaftigkeit der Stürgkhschen Regierung; sie hatte ihren Grund: «Zwei Dinge sind es, die ihn halten: nach oben, dass er rücksichtslos daran festhält, den Kaiser zu schonen, ihm alles nur im günstigsten Licht erscheinen zu lassen, alle Schwierigkeiten zu bagatellisieren, um den Monarchen darüber hinwegzutäuschen, allen Lösungen auszuweichen, um dem Kaiser schwere Entschlüsse zu ersparen. Es ist das eine Art hygienischen Regierungssystems, das vom Leibarzt Kerzl und dem Obersthofmeister Montenuovo verordnet, und von Stürgkh befolgt wird. Es ist sehr klug auf die Psyche des Kaisers berechnet.» Der hygienischen Methode hat sich Stürgkh meisterhaft unterworfen. Seit der Erkrankung des Kaisers im Jahre 1908 war es die tägliche Predigt Montenuovos und Kerzls, den Kaiser zu schonen. Daher des Obersthofmeisters Hass gegen den Aktivismus, gegen die «Aufgeregten», gegen Franz Ferdinand, der Franz Josephs Ordnung störte. Stürgkh wusste sich mit Montenuovo zu verhalten, er ahmte darin Taaffes Methode nach, dass er der bequeme Minister wurde. Seine Kunst ging aber über den Ehrgeiz Taaffes weit hinaus. Er wusste sich nicht nur die Gunst des Kaisers und die Sympathie der Männer zu sichern, die über Franz Josephs Ruhe wachten, er hielt es mit jedem Mächtigen, auch mit Franz Ferdinand und Tisza. Ernst Plener, Stürgkh in Freundschaft zugetan, dessen «grosse Bildung, den Fleiss, die verbindlichen Umgangsformen» rühmend, macht den Vetter des Ministerpräsidenten, den Graf en Latour, «einen eigenwilligen Konservativen», für die Wandlung Stürgkhs vom liberalen Parteimann zum Diener und willigen Ohr aller Mächtigen verantwortlich. Der Verdacht ge-

reicht Ernst von Plener zur Ehre, aber der gute Latour war unschuldig. Bei Stürgkh handelte es sich nicht um einen Wandel der politischen Gesinnung, der schlimmstenfalls auf eine Nuance hinausgelaufen wäre, sondern um die Preisgabe des Charakters überhaupt. «Stürgkh passt sich allen Situationen und Menschen an, mit denen er rechnen muss; er hat kein politisches Ziel, keinen Plan, keine Idee; seine Kunst heisst: diene allen Wünschen und Strömungen von Schönbrunn, vom Belvedere, vom Ballhausplatz und von Budapest zugleich.» Der steiermärkische Edelmann hatte diese Kunst in der Schule seines Ratgebers gelernt; es war die Lebensweisheit der kleinen Händler in den mährischungarischen Städtchen, wo zwei, drei Nationen aufeinanderstossen und Gutsbesitzer wie Amtsleute als Herren residierten. Seine erste Sorge war denn auch, das neue Wehrgesetz und das Kriegseistungsgesetz unter Dach und Fach zu bringen. Die Zahl der jährlich auszuhebenden Rekruten wurde von 103.100 auf 159.500 Mann erhöht, 80 Millionen Kronen wurden für Rüstungen, und als fortlaufende Post 71 Millionen für die verstärkte Armee bewilligt. Damit hat Stürgkh Schönbrunn und das Belvedere, den Kaiser, den Thronfolger, Kriegsminister und Generalstabschef für sich gewonnen.

Um dieselbe Zeit – Aehrenthal war am 17. Februar 1912 gestorben – wird Leopold Graf Berchtold Minister des Äussern. Auch bei dieser Berufung folgt Franz Joseph Aehrenthals hinterlassenem Rat. Berchtold, bis 1911 Botschafter in Petersburg, hat seit dem Zerwürfnis mit Iswolsky auf seinen Gütern gelebt. Nun zieht er in das Ballhaus ein. Er ist von Aehrenthal geschult, ihm im Wesen aber wenig verwandt. Bei seinem Debut in den Delegationen im April 1912 warnt er vor Illusionen, weil das «System der neuen Bündnisse ein Element der Unruhe in die Aussenpolitik gebracht» und «neben Berührungspunkten auch Reibungsflächen» erzeugt habe. Als Berchtold so sprach, wussten weder er noch die Welt, dass Ende Februar 1912, in tiefstem Geheimnis, zwischen Serbien und Bulgarien ein Abkommen geschlossen worden war «zum Schutz der gemeinsamen Interessen auf dem Balkan für den Fall, dass der Status quo geändert oder der Angriff einer dritten Macht auf eine der vertragschliessenden Parteien erfolgen sollte». Die Geschichte des Balkanbundes reicht in den Winter 1911 zurück; die Anregung gab Milovanovic, der serbische Minister, den zu empfangen man in Wien sich geweigert hat. Der Bund, dem bald Montenegro und Griechenland beitraten, war, wie Sasonoff eingesteht, «wenn auch nicht auf Veranlassung der russischen Regierung, so doch mit ihrem Wis-

sen und Einverständnis» gegründet worden. Der Text des Vertrags blieb selbst Frankreich verborgen. Poincaré lernte ihn erst im Sommer 1912 bei seinem Besuch in Petersburg kennen. Er schrieb darüber an den französischen Botschafter in London, Paul Cambon: «Als ich im Zimmer des Herrn Sasonoff von dem Abkommen Kenntnis genommen hatte, konnte ich mich nicht enthalten auszurufen: Das ist ein Kriegsvertrag!... Warum haben Sie uns den Vertrag als friedlich hingestellt und uns gebeten, ihn durch die Zulassung einer bulgarischen Anleihe auf dem französischen Markt zu sanktionieren?» Poincares berechtigtes Misstrauen wurde nur zu bald bestätigt: Am 8. Oktober 1912 erklärte Montenegro der Türkei den Krieg, wenige Wochen danach war der Balkan ein Schlachtfeld. Auch der Ursprung dieses Krieges trug die Merkmale der Kabinettsdiplomatie: Die Initiative Einzelner, nicht die Masse führt ihn herbei, geheime Verträge weisen ihm den Weg. Die Aktion der Kabinette von Petersburg, Belgrad und Sofia aber wird getragen von dem Streben der Balkanvölker nach Selbständigkeit und Freiheit. Jene Reihe von Befreiungsakten der Nationen, die mit Napoleon begann, scheint sich zu vollenden. Österreich ist nicht unmittelbar bedroht, der gemeinsame Feind der kriegführenden Völker ist die Türkei; allein, es steht abseits, während der Balkan geteilt wird.

Die raschen Erfolge der Balkanverbündeten, vor allem Serbiens Schlagfertigkeit, riefen in ganz Europa die grösste Überraschung hervor. Am meisten überrascht war Wien. Franz Joseph und den Ratgebern seiner Generation drängte sich die Erinnerung an das Jahr 1866 auf; wie damals die Preussen, so hatte man jetzt die Serben unterschätzt. Trotz der regelmässigen Berichte der Militärattaches, trotz der Nachbarschaft und steter Beobachtung war auch Conrads Urteil über Serbiens Kriegsbereitschaft falsch. Er war auch jetzt nach den Siegen der Serben nicht gewillt, aus den Ereignissen andere Schlüsse zu ziehen. Seine neue Stellung als Armeeinspektor gab ihm eigentlich nicht das Recht, seine politischmilitärischen Denkschriften an den Kaiser zu richten; er fand aber einen Weg, es dennoch zu tun. Er sandte sie dem Generaladjutanten Bolfras als «Essays eines Abseitsstehenden, der den epochalen Ereignissen nicht teilnahmslos gegenüberzustehen vermag», zugleich auch dem Thronfolger und dem neuen Minister des Auswärtigen, Grafen Berchtold, den er kurz zuvor bei einem Diner des Barons Chlumecky kennengelernt hat. In dem ersten dieser Essays erinnert er daran, dass er 1909 «zur sofortigen Besitznahme Serbiens geraten», bei seinem «hochmütigen Gegner Aehrenthal» aber kein Verständnis gefunden

haben. Nun, meint er, könne nur eine «Politik der grossen Gesichtspunkte» verfolgt werden. Österreich müsse dem Balkanbund beitreten und die Rolle der Vormacht übernehmen, während sich die kleinen Balkanstaaten, wie die Bundesstaaten im Deutschen Reich, einzuordnen hätten; «erstrebenswert wäre es, den Kaiser von Österreich als Bundesherrn durchzusetzen». Es ist die alte Idee Habsburgs aus dem Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, nur mit dem Unterschied, dass Österreich damals den beachtenswerten Anhang Sachsens, Hannovers und der süddeutschen Staaten hatte, während es auf dem Balkan allein steht. Die ihm zugedachte Rolle der Vormacht ist ein Phantom. Das hindert Conrad nicht, auf diesem Plane weiterzubauen: «Ist die Monarchie der Balkanstaaten sicher, so kann sie es auf einen Krieg mit Russland oder Italien ankommen lassen und ihren Willen diesen Staaten gegenüber durchsetzen.» Eine Woche danach – die Serben siegen weiter und fordern die albanesische Küste als das langersehnte Meeresufer – sieht Conrad ein, dass sein Plan aussichtslos ist; nun propagiert er auf demselben Wege den Gedanken, sich mit Russland zu verständigen, um «den Doppelkrieg gegen Italien und den Balkanbund riskieren zu können». Niemals dürfe Österreich die Festsetzung Serbiens in Albanien zugeben. «Eines», so sagt er, «sei unter allen Umständen geltend zu machen, die Tatsache nämlich, dass die Monarchie zur Wahrung ihrer unerlässlichen Forderung bereit ist, zu den Waffen zu greifen, wenn man ihr diese Forderung versagt. Schliesslich möchte ich», so schliesst Conrad die Betrachtung, «die schwebende Angelegenheit noch von dem Standpunkt einer Politik ins Auge fassen, welche darauf abzielt, Russland niederzuwerfen, es auf Asien zurückzudrängen und damit freie Hand zu bekommen, um auf dem Balkan machtvoll die eigenen Interessen verfolgen zu können.» Es ist ein bisschen viel auf einmal, was Conrad Österreich zumutet. Am 19. November schiebt er jede friedliche Lösungsart beiseite; nun schlägt er vor, sofort gegen Serbien mobil zu machen, die Kriegsbereitschaft auch gegen Russland vorzukehren und nach vollendeter Rüstung die Mächte in einem Rundschreiben zu verständigen, dass Österreich bereit sei, seinen Willen mit dem Schwerte geltend zu machen. «Wenn die Monarchie bisher mit überlegener Ruhe zugewartet hat, so geschah dies, weil sie sich bewusst ist, dass ihr kriegerisches Vorgehen gegen Serbien Verwicklungen zur Folge hätte, die ganz Europa mitreisssen würden. Die Monarchie ist sich klar darüber, dass sie mit dem Beginn der kriegerischen Aktion nicht nur für sich, sondern für ganz Europa entscheidet.» Diese Sätze schlägt Conrad als Text

für das Rundschreiben an die Mächte vor. Und dazu schreibt er Berchtold: «Ich glaube soweit gekannt zu sein, dass sie mir Fanfaronaden, Wolken-schiebereien und Bramarbassaden nicht zumuten. Für mich gilt nur die Tat, nicht das Wort, diese aber überlege ich sehr... Ich bin überzeugt, dass der Monarchie, wenn die Dinge so weitergehen, nichts übrigbleibt, als alles auf eine Karte zu setzen.» Aus alledem klingt eine Aggressivität der Verzweiflung, die man nur verstehen könnte, wenn Österreich-Ungarn wie die Türkei bedroht wäre. In Wahrheit litt es unter den Folgen seiner Politik. Es hatte sein Verhalten auf die Annahme gegründet, Serbien niederdrücken zu können; die Annahme erwies sich als falsch. Es litt aber auch unter der Zwiespältigkeit seines Willens. Die stete Betonung der «Interessen auf dem Balkan», Franz Ferdinands Aktivismus und Conrads Drohungen mussten den Eindruck erwecken, dass Österreich an der Aufteilung der europäischen Türkei beteiligt zu werden wünsche. Mit dieser Befürchtung rechnet Russland, sie kehrt in den Besprechungen Iswolskys mit Poincaré wieder, sie bildet den Kern in dem heimlichen Verträge, den Russland mit Italien geschlossen hat. Tatsächlich jedoch hat auch die österreichische Kriegspartei keine solchen realpolitischen Absichten. Was Aehrenthal Conrad vorhielt, dass ein Krieg gegen Serbien ein zweckloser Ein- und Ausmarsch wäre, weil Österreich an keine Eroberung denke – das war die Wahrheit. Selbst bei Conrad entspringt die Idee der «Einverleibung Serbiens» nicht dem Wunsche nach Eroberungen; er meint mit diesem Mittel, dem Abfall der eigenen Südslawen am sichersten vorbeugen zu können. Graf Berchtold konnte der Formel «der Balkan den Balkanvölkern» zustimmen; er stritt nicht für Landerwerb, sondern für die Geltung Österreichs, für dessen Mitbestimmungsrecht auf dem Balkan. Es ist die alte Tragik Österreichs in neuer Form, das Motiv von 1859 und 1866 in veränderter Fassung. Die Forderung Österreichs, Serbien nicht an die Küste des Adriatischen Meeres zu lassen, führt 1912 fast zum allgemeinen Kriege. Serbien ist auf dem Landwege von Österreich abhängig, jetzt vertritt ihm Österreich auch den Weg zur See. Eine Welle des Hasses schäumt in Serbien auf, die von der leidenschaftlich geschriebenen Belgrader Presse in Bewegung gehalten wird. Doch auch ein Teil der Wiener Presse trägt zu der Erregung der Gemüter bei. Seit Aehrenthal ist das sogenannte literarische Bureau des Wiener Auswärtigen Amtes, die alte Pressekanzlei, aktiv geworden; wie der Friedjung-Prozess gezeigt hat, nicht zum Vorteil Österreichs. Unter Berchtold scheut der Leiter des Bureaus, Herr von Kenia, selbst vor dema-

gogischen Methoden nicht zurück. Ihm ist es zuzuschreiben, dass die belanglose Affäre des österreichischen Konsuls Prochaska in Prizren zu einem Schauermärchen schlimmster Art aufgebauscht wird. Trotz der gegenseitigen Vergiftung der Atmosphäre ist es auch jetzt noch möglich, ein friedliches Verhältnis zwischen Österreich und Serbien herzustellen. Ein Zoll- und Handelsbündnis, das Serbien gerecht wird, Adriabahn und Hafen, Beteiligung des Wiener Finanzkapitals an diesen Projekten – ein zivilisatorischer Anschluss würde von Serbien akzeptiert werden. Die Fürsprecher dieser klugen friedlichen Politik werden nicht gehört.

Im November 1912 kommen Delegierte der Belgrader Handelskammer nach Wien, das Terrain zu erforschen. Deutschland und Italien werben um den serbischen Markt, aber Österreich ist näher, seine Waren sind in Serbien eingeführt; wenn Österreich sein feindliches Verhalten aufgeben, die Fleischkontingentierung fallen liesse, einen günstigen Handelsvertrag und die Adriabahn zugestände, wäre der Weg offen zur Verständigung und Freundschaft. Die Belgrader Abgesandten werden in Wien nicht einmal empfangen; man nimmt sich nicht die Mühe, sie anzuhören. Der Aktivismus, das Schlagwort von der notwendigen Erneuerung Österreichs durch einen siegreichen Krieg, der Glaube, dass Österreichs Sorgen nur durch das Schwert beseitigt werden können – diese leichtfertige, nebelhafte Vorstellung hat bereits von vielen Köpfen Besitz ergriffen. Eine für das alte Wien charakteristische Erscheinung hilft dem Aktivismus. Unter den Männern der Industrie und der Bankwelt, unter Journalisten und Politikern gibt es genug Urteilsfähigkeit, die Gefahren der kriegerischen Schlagworte zu ermessen. Gerade die ältere Generation weiss aus früherer Erfahrung nur zu gut, wie wenig Tatsachengeist in der kriegerischen Musik enthalten ist. Allein, der Aktivismus ist die Wiener Mode von 1912 geworden, ihm nach dem Munde zu reden ist eine Sache der Gesellschaft. Die Apostel Franz Ferdinands, die Schwarzenberg, Czernin, Nostitz, Clam Martinitz und Latour predigen die neue Litanei bei den Dinern und im Jockey-Club; bei Sacher und im Hotel Bristol werden die Redensarten des Aktivismus von den Grössen der Industrie, von den Schoeller, Urban und Kestranek übernommen, und es fehlt nun auch nicht an jenen Ehrgeizlingen zwischen Salon und Redaktion, die wie Baron Chlumecky der Jüngere, Tinte in Blut verwandeln. Graf Berchtold ist nicht der Mann, der in dieser Umgebung eine selbständige Meinung hätte. «Ich will mir nicht den Vorwurf machen lassen, den Aehrenthal 1908 zu hören bekam,»



sagt er im Dezember 1912, «verhindert zu haben, dass mit Serbien abgerechnet werde.» Man hört aus dem Satze Conrad heraus.

Was erfährt der Kaiser von diesen Stimmungen, wieweit ist er von der Kriegspartei beeinflusst? Franz Ferdinand erwirkt es noch im Dezember 1912, dass Conrad wieder an die Spitze des Generalstabes gestellt wird. Die Art und Weise, wie Conrad zurückgerufen wird, ist für das Verhältnis des Kaisers zum Thronfolger wie für den Geist dieses letzten Friedensjahres bezeichnend. Franz Ferdinand hatte beim Kaiser die Entfernung des ihm verhassten Kriegsministers Schönaich und die Berufung Auffenbergs zum Kriegsminister durchgesetzt. Dafür musste er die Beseitigung Conrads vom Posten des Generalstabschefs hinnehmen. Auffenberg missfiel dem Kaiser. Es war ein Unrecht, gerade diesen General abzulehnen, der zu den fähigen Köpfen der k. u. k. Armee gehörte, indes, diese Antipathie Franz Josephs war unbesiegbar. Möglich, dass dabei Äusserlichkeiten mitgespielt haben, die der Kaiser überschätzte: Auffenberg hatte wenig Militärisches an sich, überdies das Malheur, dass ihm einmal bei einer Parade vor dem Kaiser der Säbel aus der Hand glitt, ein andermal das Toupet im Generalshut steckenblieb, so dass er glatzköpfig vor Franz Joseph stand. Wie dem auch sei, Franz Ferdinand weiss von dieser tiefen Abneigung des Kaisers, und nun, da es ihm notwendig scheint, die Armee neuerlich unter Conrads Obhut zu stellen, zeigt er sich der Absetzung Auffenbergs geneigt um den Preis, dass Conrad seine alte Stelle wieder erhalte. Der Kaiser geht darauf ein, doch will er Auffenberg ganz entfernt wissen. Es bedarf einer eindringlichen Fürsprache Conrads, um Auffenberg vor der Pensionierung zu retten. Als er dem Kaiser sehr empfiehlt, Auffenberg zum Armeeinspektor zu ernennen, fragt Franz Joseph zweifelnd: «Glauben Sie, dass er sich dazu eignet?»

Das Handschreiben des Kaisers, womit Conrad neuerlich zum Generalstabschef berufen wird, ist vom 12. Dezember 1912 datiert. Zwei Tage später setzt Conrad dem Thronfolger in einer langen Denkschrift auseinander, dass der letzte Augenblick für ein Losschlagen gekommen sei. «Will die Monarchie die ihr ans Leben gehende Frage lösen, dann erscheint es am zweckmässigsten, den Krieg gegen Serbien trotz aller Bedenken jetzt zu führen.» Am 16. Dezember ist Conrad beim Kaiser in Audienz, danach bei Berchtold. Mit seiner ausserordentlichen Beharrlichkeit trägt er ein und dasselbe Thema vor: Krieg, Krieg, Krieg! Conrad hat die Gewohnheit, wichtige Unterredungen nachträglich im Briefe festzulegen. In dem Schreiben vom 23. Dezember 1912 an Berchtold, das die Besprechung vom 16.

Dezember resümiert, heisst es: «Einziges Mittel zur Lösung: Kriegerische Niederwerfung Serbiens ohne Scheu vor den möglichen Konsequenzen... Haben die Ententemächte nebst Serbien auch die Machtmittel der gemeinsamen Bedrohung der Monarchie, so haben wir doch auch Machtmittel, diese Staaten vor die Wahl eines allgemeinen Krieges zu stellen, den die hauptsächlichsten dieser Staaten eigentlich fürchten.» Conrad ist sich der Folgen eines Krieges gegen Serbien bewusst, aber der diplomatische Sieg Aehrenthals von 1908 hat den Glauben zurückgelassen, dass man in Petersburg, Paris und London auch diesmal vor dem allgemeinen Kriege zurückschrecken würde. Und wie Conrad sprechen jetzt auch Krobotin, der neue Kriegsminister und selbst Generale, die, wie Potiorek, noch zur alten Garde Becks gehören. Potiorek schreibt am 21. Dezember an Conrad: «...Um Gottes willen nur keinen faulen Frieden! Einem solchen ist selbst eine Niederlage auf dem Schlachtfeld im Kampf mit einer Grossmacht vorzuziehen!» Auch diese Meinung kehrt nachher öfter wieder, ohne dass einer ihrer Anwälte zu sagen vermöchte, warum «selbst eine Niederlage» besser wäre als der Friede.

Noch bevor das Jahr 1912 zu Ende geht, muss die Türkei um einen Waffenstillstand bitten. Auf Sasonoffs Vorschlag treten die Londoner Botschafter der Mächte zu einer ständigen Konferenz zusammen. Dem ersten Versuch, eine Erklärung der grossen Staaten zu erlangen, dass sie keine territorialen Erwerbungen auf dem Balkan anstreben, weicht Berchtold aus. Sein positives Verlangen ist auf die Errichtung eines selbständigen Albaniens gerichtet, womit Serbien der Zugang zum Adriatischen Meere versperrt werden soll. Dieses Begehren wird auch von Italien unterstützt. Da der eine nicht will, dass der andere sich festsetze, soll es keiner von den beiden. Bei der Protegierung Albaniens spielen katholische Wünsche mit. Die grosse Öffentlichkeit Österreichs nimmt die albanesischen Pläne sehr skeptisch auf. Die Kenner dieses fernen Landes wissen, dass Berchtolds Begehren auf eine Täuschung hinausläuft. Im Ernst ist an die Bildung eines Staates nicht zu denken. Ein erfundenes Fürstentum mit Durazzo als Residenz wird ein Operettenreich oder ein Intrigenest politischer Hochstapler werden. Es fehlt nicht an Warnungen, an Protesten. Die «Neue Freie Presse» bekämpft die Unsachlichkeit, Unaufrichtigkeit eines Planes, für den man die ganze Macht einzusetzen sich anschickt. Schon aber ist eine Reklame am Werke, die den Kampf um Albanien als die wichtigste Aufgabe Österreichs preist. Ein Albanienkomitee, halb Prellerei, halb politischer Snobismus, rührt die Werbetrommel, und ein missglückter Wiener Bildhauer sammelt eine seltsame

Gesellschaft von Abenteurern, Entgleisten und Vagabunden um sich, zu einem Zuge in das neue gelobte Land.

Conrad müht sich, Kaiser und Thronfolger zum Kriege zu überreden. Am 30. Dezember beteuert er in einem langen Brief an Franz Ferdinand, «Macht und Ansehen der Dynastie» seien nur durch den Krieg zu heben. «Die Situation ist zu einer Kraftprobe zwischen der Monarchie und Serbien geworden. Die Kraftprobe muss ausgetragen werden. Alles andre, auch Albanien, Hafenfrage, Konsulfrage usw. sind Nebensachen... Die Krise drängt zur entscheidenden Tat... Serbien muss durch einen Krieg niedergeworfen werden...» Er muss jedoch betrübt gestehen, dass der Thronfolger sich von dieser Logik nicht überzeugen lässt. «Bei den wiederholten Gelegenheiten, die ich hatte, mit Erzherzog Franz Ferdinand die Notwendigkeit entschiedenen Vorgehens gegen Serbien zu besprechen, vermochte ich mir nie klar zu werden, ob der Erzherzog in seinem Innern zu einem kriegerischen Schritt entschlossen war. Er besprach wohl die konkreten Kriegsvorbereitungen mit dem Interesse, als ob er deren Ausführung im Auge hätte, schien mir aber andererseits im Herzen nicht recht dazu geneigt. Ich hatte den Eindruck, dass er unter Einflüssen stehe, die mir von deutscher Seite zu kommen schienen. Ich erinnere mich eines vom Erzherzog mir zur Kenntnis gebrachten Briefes Kaiser Wilhelms, in dem es hieß, dass es jetzt in Europa eines Mannes bedürfe, der für die friedliche Beilegung des Konfliktes eintrete.» Conrad, der Fanatiker des Krieges um jeden Preis, verstand seinen Herrn nicht mehr. In Franz Ferdinand war insofern eine Wandlung vor sich gegangen, als er jetzt jeden Gedanken an einen Krieg von sich wies. Er schätzte noch Conrads Wissen und Energie, aber das, worauf es dem Generalstabschef vor allem ankam, den Kaiser und den Thronfolger zu überzeugen, dass die letzte Stunde zur Niederwerfung Serbiens gekommen sei – diese militärisch-politische Meinung nahm Franz Ferdinand nicht mehr zur Kenntnis. Conrad war am 20. Januar beim Kaiser gewesen, um zum soundsovielten Male zu versuchen, ihn für den Krieg zu gewinnen. Der «Kern des Übels», so sagt Conrad, sei Russland, mit der Besiegung Russlands wäre alles erreicht. Allein, Deutschland ist für den Krieg nicht zu haben. «Wenn Deutschland nur etwas in die Zukunft blicken wollte!» ruft Conrad aus, dann müsste es einsehen, dass sich die Kraftprobe zwischen Dreibund und Tripleentente nicht länger aufschieben lasse; da es zürückscheue, bleibe Österreich nur die «kleinere Lösung» übrig, die «Zertrümmerung Serbiens... Der Krieg wäre in diesem Frühjahr auszutragen». Deutschland will wirklich nicht.

In London, auf der Botschafterkonferenz, hilft Prinz Lichnowsky die Gegensätze mildern; Herr von Eckardt, Deutschlands Gesandter in Cetinje, hat die ebenso schwierige Aufgabe, Österreich beizustehen, ohne auf alle Wünsche des k. u. k. Gesandten, Feldmarschalleutnants Baron Giesl, einzugehen. «Die prononcierten Sympathien Herrn von Eckardts für die Gesandten der Balkanstaaten, insbesondere für Montenegro, sind offenkundig», schreibt Conrad an Berchtold. Und er setzt erläuternd hinzu: «Königin Milena ist die Taufpatin des jüngsten Sohnes Eckardts!» Nun, es gibt schliesslich auch andere Gründe als den kleinen Eckardt, einen allgemeinen Krieg nicht zu riskieren.

Am 30. Januar, dem Todestage des Kronprinzen Rudolf, ist Kaiser Wilhelm, wie alljährlich, bei dem k. u. k. Botschafter zu Besuch. Graf Szögyenyi berichtet darüber sehr ausführlich an Berchtold, unter anderem auch, dass Wilhelm II. nach wie vor entschlossen sei, im Falle eines Krieges Österreich zur Seite zu stehen, aber doch alles betreibe, den Frieden zu erhalten. «Der Kaiser meinte, es wäre sehr schwer, dem deutschen Volke die Notwendigkeit eines solchen Krieges begreiflich zu machen; wegen ein paar albanesischen Städten sollte man es nicht zum äussersten treiben.» Ungefähr dasselbe meint auch der Chef des deutschen Generalstabes, Graf Moltke, in seinem an Conrad gerichteten Briefe vom 10. Februar 1913: «Ein Krieg, in dem es sich um die Existenz des Staates handelt, bedarf der Zustimmung und Begeisterung des Volkes. Das Gefühl der Bundestreue ist in Deutschland stark und lebendig... es würde aber schwierig sein, eine Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke ein Verständnis nicht vorhanden ist»... Conrad freilich ist nicht zu überzeugen. «Sehen wir,» schreibt er an Moltke zurück, «wie Serbien sich entfaltet und zum kräftigen Verbündeten Russlands, wie es zum Attraktionspunkt unsrer Südslawen wird, dann entsteht die Gefahr, die schliesslich auch Deutschland an das Mark greift; auch Deutschland muss sich klar werden, in welchem Moment es dieser Gefahr begegnen will.»

Die Situation in diesen Tagen, Januar und Februar 1913, ist sehr merkwürdig: Der entschiedenste Gegner des Krieges ist nun Franz Ferdinand. Er gebraucht Wilhelms Argument in derberen Worten, wenn er sagt, man könne wegen «der elenden Ziegenweiden in Albanien» nicht Krieg führen. Als Conrad – es ist in der Audienz am 21. Januar – die Ursache der Wandlung berühren will und sagt, das Zögern Kaiser Wilhelms sei sehr zu bedau-

ern, schneidet Franz Ferdinand das Thema mit den Worten ab: «Die waschen ihre eigene Wäsche.» Es sind jedoch nicht taktisch-politische Erwägungen allein, die ihn zum Kriegsgegner gemacht haben. Er beginnt misstrauisch zu werden vor der Siegesgewissheit Conrads. Der Generalstabschef hatte gefordert, dass man Schleppschiffe für die schwere Artillerie, die an der Donau liegen, nach der Save bringe; Berchtold verweigert seine Zustimmung. Darüber beklagt sich Conrad. Der Thronfolger erwidert fast böse: «Welche Politik soll denn Berchtold machen, wenn ihm Schemua und Auffenberg sagen, die Armee sei nicht kriegsbereit, sie stehe schlechter da als im Jahre 1866!» General Schemua war ein Jahr lang Conrads Nachfolger, Chef des Generalstabes. Berlins Zurückhaltung und das beginnende Misstrauen bestimmen die Meinung des Thronfolgers. In dem kleinen Kreise der Regierenden und Mitbestimmenden streiten drei verschiedene Meinungen miteinander. Der Kaiser gibt seine Zustimmung zu einer Politik, die das «Prestige» wahren will, ohne den grossen Krieg herauszufordern; so handelt Berchtold. Conrad will den Krieg; wenn Deutschland dafür zu gewinnen wäre, auch den grossen, weil jetzt, wie er meint, dieser Krieg für die Mittelmächte noch erfolgreich zu führen wäre. Franz Ferdinand will weder den Krieg noch eine Prestigepolitik, die Österreich mit Russland in Konflikt brächte, weil ihm die Erhaltung der Monarchie, ihre Solidarität wichtiger scheint als ein Wettstreit auf dem Balkan, der sie entzweien und gefährden muss. In zwei Audienzen im Februar 1913 spricht er sehr klar darüber. Zuletzt am 27. Februar.

Der Erzherzog: «In aller Zukunft werde ich mit Russland gehen, am besten, wenn Deutschland einverstanden wäre.»

Conrad: «Aber unser Prestige in Albanien, unsere Interessen auf dem Balkan?»

Der Erzherzog: «Tut nichts. Ich weiss, dass Sie nicht mit mir übereinstimmen. Seien Sie versichert, später, wenn unsre innerpolitischen Verhältnisse besser sein werden, dann ja. Jetzt nicht... Der Krieg gegen Russland muss vermieden werden, weil er von Frankreich geschürt wird, von den französischen Freimaurern und Antimonarchisten, die einen Umsturz herbeiführen wollen, um die Monarchen vom Throne zu stossen.» Er zeigt einen Brief des Deutschen Kaisers, der derselben Ansicht ist. Daher: kein Krieg.

Wenn es eine Logik des dynastisch-konservativen Egoismus gibt, dann urteilt Franz Ferdinand richtig. Er kann es begrifflich nicht fassen, er spürt es aber, dass die Bewegung auf dem Balkan noch etwas mehr ist als ein

Streit um Gebietzuwachs. Er ahnt auch etwas davon, dass ein allgemeiner Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts den Thronen gefährlich werden müsse; dabei bleibt er freilich im Denken seiner italienischen Vorfahren befangen: die historische Entwicklung ist eine Verschwörung der Freimaurer gegen die Monarchen. Immerhin, er weiss, was er will. Conrads Draufgängertum ist daneben ahnungslos. Die Geschichte als Kriegsspiel und Aufgabe für den Generalstab: Wer mehr Divisionen hat, bestimmt die historische Entwicklung. Zwischen diesen zwei Gegensätzen pendelt die offizielle Politik, die der Kaiser bestimmt und die Berchtold befolgt. Sie hat keinen realen Inhalt, sie kämpft um den Machtschein, um das Prestige. Sie fürchtet den Krieg und spielt mit ihm; sie greift in die Entwicklung ein und will den Stillstand diktieren; sie ist gefährlich, ohne sich der Gefahren, die sie ununterbrochen heraufbeschwört, bewusst zu sein. Man muss neben den Dialog Franz Ferdinand-Conrad die Unterredung vom 9. Januar 1913 setzen:

Conrad zu Berchtold: «Exzellenz müssen sich schlüssig werden. Es ist höchste Zeit.»

Berchtold: «Wer weiss, ob Deutschland mithält? ...»

Conrad: «Wir werden den Krieg riskieren müssen!»

Berchtold: «Und haben dann nichts als das Prestige.»

Conrad: «Aber Serbien haben wir...»

Berchtold: «Da hätten wir Deutschland, Frankreich, Russland, alle gegen uns!»

Welches waren die Angelegenheiten, derentwegen Österreich die Welt in Atem hielt? Nach dem Wiederaufleben des Krieges am 3. Februar 1913 waren die Serben und die Montenegriener in Albanien einmarschiert; die Serben wollten an die Küste, die Montenegriener Skutari nehmen. Auch heute noch, fünfzehn Jahre nach diesem Konflikt, zehn Jahre nach dem Untergang Österreichs, hat sich an der Melancholie dieser einst vielumstrittenen Landschaft nichts geändert. Sie ist 1928 tatsächlich so bedeutungslos, wie sie es 1913 gewesen. Der Forderung Österreichs, den Serben die albanesische Küste, den Montenegrienern Skutari zu verwehren, wurde durch Einberufung der Reserven Nachdruck gegeben. Conrad hatte es durchgesetzt, sechs Korps auf erhöhten Stand zu bringen. Die Folge war, dass auch Russland die Vorbereitungen zum Kriege fortsetzte, die Korps an der Westgrenze verstärkte. Werden die Botschafter in London den Frieden retten? Da der Krieg mit Russland plötzlich in greifbare Nähe rückt, entschliesst sich Franz Joseph, dem Zaren zu schreiben. Der Oberstleutnant im Generalstab Gottfried Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst, ehemals Militärattaché

in Petersburg, überbringt den Brief. «Mein teurer Freund,» schreibt Franz Joseph, «ich halte es für meine Herzenspflicht, mich in dieser kritischen Zeit unmittelbar an Dich zu wenden, um in Russland die Missverständnisse zu beseitigen, die, wie es scheint, im Entstehen begriffen sind, und den Fabeln ein Ende zu bereiten, welche den guten Beziehungen, die zum Glück unsrer Länder bestehen, schaden könnten.» Der Kaiser versichert, dass er sich vom Geiste der Versöhnlichkeit leiten lasse und will hoffen, «dass Du das Mass meiner Anstrengungen würdigen und die grossen Vorteile eines europäischen Friedens in guter Harmonie zwischen unsern Völkern ausnützen wirst. Ich bitte Dich zu glauben an die Gefühle wahrer Freundschaft Deines Bruders und Freundes Franz Joseph».

Wie in Wien sind auch in Petersburg zwei Parteien. Bei aller Sympathie für Serbien will es Sasonoff «wegen eines serbischen Hafens an der Adria nicht zum Kriege kommen lassen». Er selber gesteht aber, dass Hartwig, der Gesandte in Belgrad, «die russische Politik auf seine Weise erläutert» und dadurch Sasonoffs Aufgabe «aufs Äusserste erschwert». In diesem Augenblick kommt es jedoch mehr auf die militärischen Vorbereitungen als auf die Agitation in Belgrad an; einigten sich Österreich und Russland, die Reservemänner wieder heimzusenden, so spräche dies deutlicher als Hartwigs Propaganda. Am 22. Februar erscheint Oberst Dr. Bardolff, der Vorstand der Militärkanzlei Franz Ferdinands, bei Conrad: «Der Thronfolger hat auf der ganzen Linie abgeblasen, er will unter keinen Umständen den Krieg gegen Russland. Er wird ihn nicht zugeben. Er will von Serbien nicht einen Zwetschkenbaum, nicht ein Schaf, es fällt ihm nicht ein. Er fordert die Entlassung der einberufenen Jahrgänge!» Der Brief des Kaisers an den Zaren und die Willenskundgebung des Thronfolgers bleiben nicht ohne Wirkung auf die Minister; auch Berchtold bläst ab. Doch Conrads Widerstand ist nicht so leicht zu besiegen. Unter normalen Verhältnissen fiele sein politisches Urteil weniger ins Gewicht, es ist jedoch durch Berchtolds entgegenkommende Haltung zur Übung geworden, dass der Generalstabschef ununterbrochen in die Führung der Politik eingreift, fast täglich einen Brief, eine Mahnung, eine Denkschrift dem Auswärtigen Amt sendet, überdies auch im persönlichen Verkehr mit Berchtold und dem Sektionschef Grafen Szápáry das ganze Haus zu beeinflussen sucht. Aehrenthal hatte ihn abgeschüttelt; unter Berchtold spielt er die Rolle Moritz Esterházy's bei Mensdorff. Auf Franz Ferdinands Wunsch, die Reserven zu entlassen, der einem Befehl gleichkommt, will Conrad zunächst mit der Demission ant-

worten. Er beruhigt sich dann bei dem Gedanken, «dass jetzt die Ereignisse sprechen. Es ist nicht abzusehen, was sie bringen werden, daher verzichte ich darauf, meinen Posten zu verlassen». Gleich danach eilt er zu Berchtold, in der Hoffnung, hier eine Stütze gegen den Wunsch des Thronfolgers zu finden. Er erkennt den Freund nicht mehr. Graf Berchtold antwortet: «Ich würde meinen Namen für einen Krieg mit Russland nicht hergeben; Erzherzog Franz Ferdinand ist absolut gegen den Krieg.» Conrad lässt sich nicht bekehren, auch dann nicht, als ihm der Finanzminister Zaleski auf die Frage nach der finanziellen Kriegsbereitschaft die nicht sehr aufmunternde Auskunft gibt: «Österreich kann überhaupt nur zwei Monate Krieg führen. Dann sind wir fertig. Die einzige Hoffnung wäre, dass England uns unterstützt.» Wie der Finanzminister auf die Idee verfällt, von England Geld zur Entfesselung eines allgemeinen Krieges zu erwarten, gehört zu den Dunkelheiten der österreichischen Gedankengänge von 1913. Die Bemerkung grenzt bedenklich an die politischen Gespräche, mit denen die kleinen Bürger der Wiener Gasthäuser in diesen Tagen ihr Mahl zu würzen suchten.

Conrads tägliche Proteste gegen den Friedenswillen sind unbequem; sie brauchten nicht störend zu sein, wenn sonst nur die Meinung des Kaisers, die Absichten des Thronfolgers unbehindert blieben. Franz Joseph muss die Reservemänner der verstärkten Korps heimsenden; der Brief an den Zaren kann nicht ein blosses Versprechen bleiben. Auch der Thronfolger besteht auf der Abrüstung. Berchtold fordert die Vollstreckung des kaiserlichen Willens. Gerade in diesem entscheidenden Punkte setzt Conrads Widerstand ein. «Ich erklärte,» berichtet er, «dass nicht ein Mann weg dürfe, ehe nicht der Ersatz eingetroffen sei.» Er will die seit Monaten unter Waffen stehenden alten Leute des Heeres austauschen, die Stärke der Verbände nicht reduzieren: «Die Serben haben uns zu viele Beweise gegeben, dass sie unsere Freundschaft nicht wollen.»

Die Terminologie Conrads, auch die Sprache Berchtolds sind nicht exakt. Beide operieren mit Bildern: «Man will unsre Freundschaft nicht»; «alles kann man sich nicht gefallen lassen»; «man muss zeigen, dass man auch da ist». Solange die Politik des österreichischen Aktivismus bei der Meinung bleibt, dass Serbiens Entwicklung die Monarchie gefährde und darum aufgehalten werden müsse, wird Serbien sich dagegen wehren und bei Russland Schutz suchen. Allein, es hat sich bemüht, das Wiener Auswärtige Amt zu einer andern Ansicht zu bekehren. Von weniger offiziellen Schritten abgesehen, war es der serbische Ministerpräsident Pasic, der mitten im Balkankrieg,



Dezember 1912, die Initiative zu einer Aussprache ergriff und eine Zusammenkunft mit Berchtold wünschte. Moriz Benedikt, der Herausgeber der «Neuen Freien Presse», hatte Professor Masaryk die Anregung gegeben, sich in Belgrad mit den leitenden Personen in Verbindung zu setzen. Im Dezember 1912 war Masaryk zum zweiten Male in Belgrad. Als er heimfahren wollte, liess ihn Pasic noch einmal kommen und entwickelte einen ausführlichen Plan, den Berchtold mitzuteilen er Masaryk mit den Worten anheimstellte: «Bitte, gehen Sie zu dem Grafen Berchtold und teilen Sie ihm mit, was ich Ihnen jetzt sage.» Nach Masaryks Aufzeichnungen erklärte Pasic: Serbien muss politisch und ökonomisch unabhängig bleiben, aber wir können mit Österreich die besten, freundschaftlichen Beziehungen eingehen; wir wollten Albanien auf teilen, wir akkommodieren uns Österreichs Wunsch nach einem autonomen Albanien; wir verlangen von Österreich einen Hafen und ein Territorium als Korridor zum Hafen; wir sind bereit, alle möglichen Garantien zu geben, und verpflichten uns, diesen Hafen nie zu befestigen, ihn keiner andern Macht zur Verfügung zu stellen; wir wollen alle möglichen wirtschaftlichen Konzessionen machen und Österreich an erster Stelle berücksichtigen, im Jahre 1917 einen Handelsvertrag schliessen, bei allen Anlehen Österreich den Vorzug geben; kommt dies nicht zustande, so werden wir uns korrekt benehmen, keinen Krieg wegen des Hafens führen, aber einen Ausweg in Saloniki suchen, uns an den Balkanbund auch wirtschaftlich anschliessen und von Österreich nichts kaufen. Auch dem Prestige Österreichs wolle er, so schloss Pasic, Rechnung tragen; er sei bereit, nach Wien zu kommen und seine Wünsche persönlich vorzubringen.

Was ist gegen dieses Anerbieten Pasic's zu sagen? Dass es aufrichtig gemeint war, ist unanzweifelbar; Pasic hätte sich gehütet so zu sprechen, wenn ihm die Rolle eines russischen Vasallen wichtiger gewesen wäre als der Friede mit Österreich, den er aus praktischen Gründen als notwendig und wünschenswert erachtete. War Serbiens Begehren unerfüllbar? Doch nur, wenn man seine Entwicklung und seinen Aufstieg überhaupt nicht wollte. Mit den Propositionen Pasic's kam Masaryk am 12. Dezember 1912 in das Auswärtige Amt. Berchtold verhielt sich sehr zurückhaltend; auf die entscheidende Frage, ob Pasic nach Wien kommen solle, antwortete er mit «Nein!» Was immer die panslawistische Propaganda und die Belgrader Presse verbrochen haben mögen – es war das Tun und Gehaben unverant-

wortlicher Stellen, das in dem Masse zu zügeln, wie es Wien gewünscht hätte, bei einem vollkommen demokratischen Volke nicht in der Macht der serbischen Regierung lag. Hier aber, aus Pasic's Angebot, sprach die Meinung und der Wille der verantwortlichen Leitung des Landes; hier war Rhodus, hier war zu tanzen! «Masaryk wusste sich keinen Rat.» Er fuhr abermals nach Belgrad, um den serbischen Ministerpräsidenten von dem Misserfolg seiner Intervention in Kenntnis zu setzen. Pasic war sehr enttäuscht. Berchtold hat sein ablehnendes Verhalten niemals begründet.

Woher kam dieses Widerstreben gegen den friedlichen Ausgleich mit Serbien? Von dem Angebot Pasic's hat weder der Kaiser noch der Thronfolger jemals etwas erfahren. War Conrads Suggestion auf Berchtold grösser als der Wille des Hofes? Am 15. März 1913 kommt der Vertraute Franz Ferdinands Oberst Dr. Bardolff zu Conrad mit dem Auftrag, der Generalstabschef möge sich jeder Beeinflussung Berchtolds enthalten und es nicht wieder versuchen, den Minister zu einer Aktion zu drängen. Conrad antwortet: «Ich kann nicht darauf verzichten, mit dem Minister des Äusseren zu sprechen... Seine Kaiserliche Hoheit sollte sich nicht so sehr vom Deutschen Kaiser beeinflussen lassen; man hat uns 1909 zurückgehalten und fällt uns jetzt wieder in den Arm. Ich habe die Überzeugung, dass den Deutschen unsere Interessen gleichgültig sind.» Und wieder die Drohung mit der Demission: «Im Dezember wurde ich unter Modalitäten zum Chef des Generalstabes gewählt, die eine kriegerische Aktion voraussehen liessen. Seine Kaiserliche Hoheit kann mich jeden Moment wieder weghaben; ich finde über die Stiege ebenso hinunter, wie ich heraufgefunden habe.» Conrad übersieht etwas: Man hat ihn zum Chef des Generalstabes, nicht zum Leiter der auswärtigen Politik gewählt. In der Audienz bei Franz Joseph am 17. März redet der Kaiser dem eigenwilligen Generalstabschef fast gütig zu: «Auch in der Politik muss man immer anständig sein» – Conrads Wille zum Kriege bleibt weiter darauf gerichtet, den Konflikt auf die Spitze zu treiben.

Einen Anlass dazu gab der Fall des ungarischen Handelsdampfers «Skodra», der vor Medua von den Serben gezwungen worden war, sich an der Bergung serbischer Soldaten zu beteiligen. Der türkische Kreuzer «Hamidie» hatte eine Landung serbischer Truppen zu hindern versucht und bei der Beschiessung einige Transportschiffe mit Serben in Brand gesetzt. Die Angelegenheit war noch keineswegs geklärt, als Conrad am 18. März alles in Bewegung setzte, die «schärfsten Massregeln» gegen Serbien zu fordern.

Er fährt abends mit Berchtold nach Schönbrunn. Der aus dem ersten Schlafe geweckte Kaiser stimmt zu, dass eine Schiffsdivision nach Cattaro gesendet werde. Conrad eilt zur Marinesektion des Generalstabs und setzt selber den Befehl an den Flottenkommandanten Admiral Haus auf. Nächsten Morgen um halb sechs Uhr geht die Division in See. Franz Ferdinand ist in Miramare. Er gerät in die «grösste Aufregung» und fordert von Conrad telephonisch eine Erklärung. Zur «Skodra»-Affäre gesellt sich die unkontrollierte Nachricht, dass die Katholiken in Albanien von den Serben gezwungen würden, den orthodoxen Glauben anzunehmen. Jetzt werden auch die sonst retardierenden Herren des Auswärtigen Amtes böse. Auf die Frage, was zu geschehen habe, antwortet Conrad: «Nur keine kleinlichen Massnahmen, keine Spielereien mit Besetzungen und dergleichen.» Und Graf Hoyos, der Sektionschef, meint: «Ja, es wäre am besten, man marschiert gleich ein!» Der Kaiser verweigert die Zustimmung. «Das ist ja dann der Krieg; den will ich nicht!» Was nun? Der Kriegsrat bei Berchtold schlägt vor, den Lovcen zu stürmen, Montenegro einzukreisen, es auszuhungern. Conrad ist dagegen: «Verwässertes Zeug.» Es gibt, meint er, nur eines: «Mobilisierung für den B.-Fall», den Krieg gegen Serbien und Montenegro. So vergehen drei Tage, während welcher der Generalstabschef die «Nowendigkeit des Handelns im grossen Stil» in drei Denkschriften, dem Kaiser, Berchtold und dem Thronfolger auseinandersetzt.

Am 24. März, um zehn Uhr abends, wird Conrad aus dem «Grünen Anker», einem kleinen Stadrestaurant, zu Berchtold geholt. Ministerrat. Conrad bemerkt zu seinem grossen Missfallen, dass auch des Kaisers Obersthofmeister, Fürst Montenuovo, an der Beratung der «streng beruflichen Funktionäre» teilnimmt. Montenuovos Gegenwart ist verfassungsmässig unstatthaft und eigentlich ein Misstrauensvotum des Kaisers gegen seine verantwortlichen Minister und Generale; doch ein Mittel, dem kriegerischen Ungestüm im Ballhaus einen Dämpfer aufzusetzen. Conrad spricht dafür, sofort die B.-Mobilisierung anzuordnen.

Montenuovo: «Wozu gleich die B.-Mobilisierung?...»

Conrad: «Schliesslich wird doch der Moment kommen, da wir es werden tun müssen. Wir werden die Serben aus Albanien hinausdrücken und die Räumung Skutaris erzwingen müssen...»

Graf Szápáry: «Wenn wir die B.-Mobilisierung durchführen, kommt es unbedingt zur Aktion gegen Serbien. Gegen dieses ausgepumpte kleine Volk kann man doch nicht einen solchen Aufwand treiben!»

Conrad: «Sie sind nicht ausgepumpt, es sind aguerrierte Leute...»

Graf Berchtold beschliesst, dem Kaiser die Blockade und die teilweise Mobilisierung vorzuschlagen. Conrads Forderung, sofort sieben Korps mobil zu machen, ist zwei Tage später mit allen Details in Petersburg bekannt; der russische Spionagedienst arbeitet ganz verlässlich. Sasonoff lässt nach Wien sagen, er sehe, dass Österreich den eben noch kundgegebenen Willen zur Versöhnlichkeit offenbar wieder abgestellt habe; auch er werde die begonnene Entlassung der Reservemänner inhibieren. «Dieser Schreckschuss», bemerkt Conrad ironisch, «genügte, sofort alle beschlossenen Massnahmen zu widerrufen; nur ich und der Kriegsminister verblieben auf unserm Standpunkte.»

Während in Wien die Sorge um die Erhaltung des Friedens sich täglich erneuert, setzt die Londoner Botschafterkonferenz ihr schwieriges Werk fort. Sowohl Russland als England lassen Serbien und Montenegro wissen, dass es der Entschluss der Mächte sei, die Grenzen Albanien zu bestimmen; ein Kollektivschritt in Cetinje fordert Montenegro auf, den Kampf um Skutari einzustellen. Auch bei dieser Gelegenheit ist Österreichs Militärattache in Cetinje, Hauptmann Hubka, mit Deutschland sehr unzufrieden: «Herr Eckardt brachte seine Parteinahme für Montenegro recht augenfällig zum Ausdruck, indem er abseits auf einem Fauteuil Platz nahm und tat, als stünde er völlig ausserhalb der Demarche.» Am 1. April wird dem diplomatischen Druck der Mächte auf Montenegro durch eine internationale Flottdemonstration von Antivari nachgeholfen. Der Thronfolger, fern von Wien, hat ein vernünftiges Urteil. Er schreibt vom 4. April aus Miramare: Die Balkanangelegenheit ist zur gemeinsamen Sorge der Mächte geworden, also habe jede selbständige Aktion der Monarchie zu entfallen. Sollte die Londoner Konferenz uneins werden, wofür kein Anzeichen vorliege, so müsse Österreich im engsten Einvernehmen mit Deutschland und Italien handeln. Er spricht in den Wind. Am nächsten Abend, dem 5. April, halten Berchtold, Conrad und Krobatin wieder Kriegsrat.

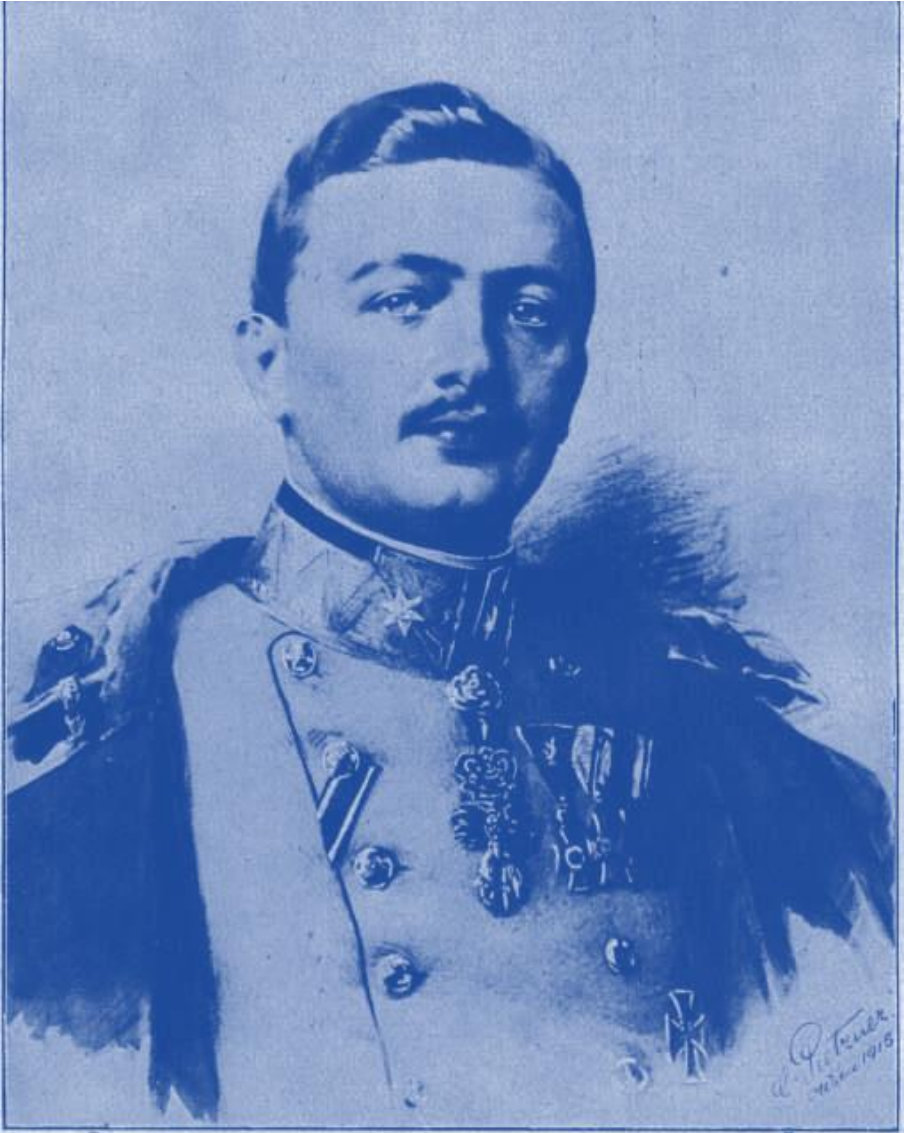
Conrad: «Einen Krieg gleichzeitig gegen Italien, Russland und am Balkan können wir nicht führen...»

Berchtold: «Äusserstenfalls müsste man Italien gegen Griechenland engagieren, ja selbst nach Albanien lassen.»

Conrad: «Ja, unter der Voraussetzung, dass man die Italiener später wieder hinausbringt.»



Kaiser Franz Joseph in seinem Arbeitszimmer  
Nach einem Bilde von Matsch



Carl I.  
Kaiser von Österreich und König Von Ungarn

Berchtold: «Könnte jetzt Belgrad als Faustpfand besetzt werden?»

Conrad: «Dazu gehört die B.-Mobilisierung.»

«Schliesslich wurde», so bemerkt Conrad, «mehr akademisch die Idee erwogen, sich mit Russland und den Balkanstaaten zu verständigen, um freie Hand gegen Italien zu bekommen.» Mit anderen Worten: Um den Preis, den Krieg gegen Italien führen zu können, wäre er bereit, sich mit Russland und den Balkanstaaten zu verständigen. Die Erhaltung des Friedens scheint dem Kriegsrat dies Opfer nicht wert. Dieser Ansicht entspricht, was Conrad am 15. April an Potiorek schreibt: «Ich habe heute bei Seiner Majestät erneuert die Überzeugung vertreten, dass ein gedeihlicher Ausgang der Balkankrise nur dann noch möglich ist, wenn sich die Monarchie entschliesst, das Konzert der Mächte zu verlassen und ihre Interessen mit den Waffen zu vertreten.» Der Kaiser sagt dazu: «Das will sehr überlegt sein.» Franz Joseph hat recht, dem Drängen des Generalstabschefs zum so- undsovielten Male mit Ruhe zu begegnen; schon am 11. April beschliesst Serbien, den Krieg gegen die Türkei einzustellen, womit auch Skutari frei wird. Der Streit unter den Siegern zwingt zu diesem Entschluss. Österreichs Wunsch geht in Erfüllung. Lässt Conrads Aktivismus eine Ruhepause? Schon am nächsten Tag, dem 12. April, schreibt er an Berchtold, «dass die Monarchie noch immer damit rechnen muss, ihre Interessen geltend zu machen, was Serbien und Montenegro gegenüber nur mit Waffengewalt möglich ist». Und anschliessend daran macht er Deutschland dafür verantwortlich, dass der Konflikt ohne Krieg sich zu lösen beginnt. «Es ist nicht zu leugnen, dass an unsrer zurückhaltenden Politik zum grossen Teil die retardierende und ein offenes Friedensbedürfnis voranstellende Haltung Deutschlands Schuld trägt – daran ändert jetzt nachträglich Bethmanns Rede nichts mehr –, aber für die Zukunft müssten wir ein einhelliges Vorgehen Deutschlands verlangen und darauf bestehen, dass sich Deutschland unsern Anschauungen und unsern Bedürfnissen anschliesst. Will Deutschland das nicht, dann wird es erleben, dass die Monarchie ein slawischer Staat wird, den es in Zukunft an der Seite Russlands und Frankreichs sehen dürfte.» Trotz der bevorstehenden Räumung Albaniens legt er dem Kaiser am 15. April nahe, Österreich möge die Londoner Botschafterkonferenz verlassen und eine selbständige Aktion gegen Serbien und Montenegro unternehmen.

Der Kaiser: «Aber ich bitte Sie, jetzt, wo wir mit allen Mächten gehen, sollen wir ausspringen!»

Conrad: «Deutschland treibt serbische und griechische Politik, man muss ihm sagen, dass dies nicht geht!»

Der Kaiser, sehr nachdenklich, meint nach einer Pause: «Aber man muss sich die Sache sehr gut überlegen.» Und das geht nun Tag für Tag: Ist's Conrad nicht möglich, den Kaiser zu einem Aussspringen Österreichs aus der Konferenz der Mächte zu bewegen, so versucht er es bei Berchtold. Conrad ist die bewegende Kraft, er fühlt sich als der eigentliche Lenker der österreichischen Politik. Am 24. April ist der deutsche Militärattache Graf Kageneck bei ihm. Conrad herrscht ihn an: «Ja, jetzt kommen die Deutschen, früher haben sie sich sehr passiv verhalten!» Graf Kageneck, mutig genug, sucht den ewig Aufgeregten zu überzeugen: «Exzellenz, es ist sehr schwer, dem deutschen Bürger verständlich zu machen, dass man Albanien wegen mit Frankreich Krieg führen soll.» Worauf Conrad: «Nein, nein! Nicht am deutschen Bürger liegt es, der Deutsche Kaiser hat das Wort von den albanischen Ziegenweiden gebraucht!» Conrad, der alle diese Gespräche in der Absicht verewigt hat, vor der Geschichte eine Rechtfertigung zu finden, ahnt nicht, dass er Kaiser Wilhelm II. ein Denkmal gesetzt hat.

Die Räumung Skutaris, die zweite Forderung Österreichs, ist eine Frage von Tagen. Die Montenegriner wissen zu dieser Zeit, dass Skutari für sie verloren ist, aber sie wollen die moralische Genugtuung nicht missen, die Stadt erobert zu haben. Die Botschafterkonferenz schlägt vor, «de reserrer le blocus», die Blockade enger zu ziehen. Conrad und Berchtold fahren jedoch am 24. April nach Schönbrunn, den Kaiser zu bitten, «mit einem Gewaltakt einzugreifen und die Mobilisierung anzuordnen». Conrad weiss, dass Skutari morgen geräumt sein kann; es ist der letzte Augenblick für die kriegerische Lösung.

Der Kaiser: «Es wäre doch besser, zu warten.»

Berchtold: «Man kann es nicht angehen lassen, dass Montenegro sich in Skutari häuslich einrichtet!»

Der Kaiser: «Ja, aber es muss alles sehr reiflich überlegt werden!»

Conrad instruiert den Befehlshaber in Bosnien, Feldzeugmeister Potiorek, es sei Aussicht, den Krieg zu führen, es müsse bloss gewartet werden, bis sich Serbien gegen Bulgarien engagiere.

«Allerdings», setzt er hinzu, «bleibt noch die Frage offen, wie sich Russland verhalten wird. Ich erwarte daher, dass auch mit dem Kriege gegen Russland gerechnet werden muss.» Am 27. April bespricht Conrad diese Möglichkeit mit dem deutschen Militärattaché, Grafen Kageneck. «Graf



Kageneck sagt, dass Kaiser Wilhelm nicht für den Krieg sei, ebenso seien breite Kreise da- gegen...» Am 4. Mai ist die Nachricht in Wien, König Nikita habe beschlossen, Skutari bedingungslos zu räumen. Er selber bittet kurz darauf, die geplante Aktion um achtundvierzig Stunden aufzuschieben. Nun ist allen Wünschen Österreichs Genüge getan, auch der letzte Grund zu kriegerischem Einschreiten geschwunden. Der österreichische Gesandte in Cetinje, General Freiherr von Giesl, schlägt dennoch vor, sofort ein Ultimatum an Serbien zu richten, «damit Montenegro offenkundig gezwungen werde, sich dem Willen der Monarchie zu beugen». Wenige Tage zuvor hat Franz Joseph zu Conrad gesagt: «Auch in der Politik muss man anständig sein.»

Die Kriegspartei gibt ihre Hoffnungen nicht auf. Vielleicht lässt sich in den letzten Minuten die Wendung zum Frieden in das Gegenteil verkehren. Berchtold beruft sogleich nach Nikitas Kapitulation einen Ministerrat ein. Ausser ihm, Conrad und Krobotin, sind auch Baron Georgi, der Landesverteidigungsminister, Stürgkh und Bilinski geladen. Conrad befürwortet Giesls Vorschlag, trotz Nikitas Beschluss ein Ultimatum nach Cetinje zu senden. Berchtold ist dagegen; Nikita habe nachgegeben, zumindest müsse man warten. Im Grafen Stürgkh jedoch ist der Heroismus erwacht; er meint, «diese Rücksicht sei ein zu zartes Empfinden, Gefühlspolitik sei jetzt nicht am Platze». Berchtold schlägt vor, Valona den Italienern zu überlassen und mit ihnen gemeinsam Albanien zu okkupieren. Conrad widerspricht; der hohe Preis wäre nur gerechtfertigt, wenn Italien sich zur Neutralität verpflichtete und Österreich endlich den Krieg gegen Serbien und Montenegro führen könnte.

Graf Berchtold: Etwas müssen wir tun. Albanien einen Fürsten geben, Gendarmerieorgane, dann eine bewaffnete Macht.

Mit diesem Programm und dem Vorschlag, an Nikita ein Ultimatum zu senden, fährt Berchtold nach Schönbrunn. Auch jetzt ist der dreiundachtzig jährige Kaiser verständiger als seine Minister. Er lehnt Berchtolds Ansinnen ab. Die Geschichte dieser Tage bliebe unvollständig, wenn man nicht hinzufügte, was der ehemalige Handelsminister, Herrenhausmitglied Barenreither, am 6. Mai in sein Tagebuch notiert: «Nikita hat uns, wie es scheint, grossartig geblufft. Alles war tagelang entrüstet über seine Herausforderung. Vorgestern hat die Börse schon gewusst, dass Nikita nachgeben werde. Er hat seine Nachgiebigkeit durch seinen Wiener Bankier Reitzes

und seinen Pariser Bankier Rosenberg mit grossem Profit eskomptieren lassen. Übrigens ist Spitzmüller der Überzeugung, dass ausser dem König der Hellenen, alle Balkanpotentaten auf der Börse gespielt haben.»

Der Friede von Bukarest, am 10. August, beendete den Krieg des Bundes gegen Bulgarien; am 29. September machte Bulgarien seinen Frieden mit der Türkei. Die Auseinandersetzung auf dem Balkan blieb eine Angelegenheit der Balkanvölker. Von den Mächten war nur Österreich engagiert; es hatte die Errichtung eines unabhängigen Albaniens zu seiner Sache gemacht. Die Erfindung dieses Staates war Österreichs Wunsch entsprungen, Serbien in Schach zu halten und dessen Drang nach dem Adriatischen Meere einen Damm entgegenzusetzen. So leicht sich Albanien erfinden liess, so schwer war die Aufgabe, der Idee eine reale Gestalt zu geben. Die Londoner Konferenz hatte Österreichs Begehren entsprochen, ein Aufstand der Albanesen erschwerte die Etablierung des neuen Staats, denn nun zögerte Serbien, das Gebiet des Aufruhrs zu verlassen. Was Österreich wollte, erfährt man ungefähr aus der Rede, die Berchtold im Ministerrat vom 3. Oktober 1913 gehalten hat. Österreich besteht auf der Erfüllung der Londoner Beschlüsse. Man könne Serbien, meint der Minister, nicht das Recht streitig machen, auf dem ihm zugesprochenen Gebiet nach Gutdünken zu schalten, sollte es aber die von der Londoner Konferenz gezogenen Grenzen und die Albanien zugesicherte Neutralität nicht respektieren, dann müsse Österreich mit einem Ultimatum an Serbien die Räumung albanesischen Gebiets erzwingen. Die Minister stimmen Berchtold im Allgemeinen zu, nur Graf Stürgkh tut noch ein Übriges, indem er verlangt, dass man sogleich über die Entschlossenheit Österreichs auch nicht den geringsten Zweifel lasse.

Stendhal macht in seinem Buch über Napoleon die Bemerkung, man werde in Zukunft nicht mehr um den Besitz einer Provinz streiten, der für das Glück der Gesamtheit eine ziemlich unwichtige Tatsache ist. Österreich hat achtzig Jahre nach dieser Erkenntnis das Glück der Gesamtheit einer Provinz zuliebe in Frage gestellt, die nicht nur ziemlich unwichtig, sondern ganz und gar wertlos war für das Gedeihen und die Zukunft der Völker. Überdies aber ist diese Provinz vorerst eine Erfindung. Berchtold will sie verwirklichen, Conrad sie als Tor zum Kriege benützen. Er ist nach dem Ministerrat beim Kaiser, dem er sagt, «der Aufstand in Albanien sei der geeignete Anlass, gegen Serbien vorzugehen und den Krieg bis zur äussersten Konsequenz zu führen». «Mein Eindruck nach diesen Worten war,»

muss er allerdings gestehen, «dass sich der Kaiser nicht dazu aufraffen werde.» Zwischen Conrad und Berchtold besteht ein prinzipieller Gegensatz: der Generalstabschef ist in seiner Art logischer als der Minister des Äussern, ihm liegt nichts oder nur wenig an Albanien, er will, da Albanien ohnedies nur als Schutz gegen Serbien gedacht ist, Serbien direkt niederwerfen; Berchtold will eine Politik der Gewalt, ohne die Mittel der Gewalt. Mit diesem Gegensatz im Leibe kommen die regierenden Männer zu keinem rechten Entschluss. Charakteristisch dafür ist der Ministerrat am 13. Oktober. Graf Stephan Tisza, nach Lukács' Rücktritt Ungarns Ministerpräsident, will Serbien schlagen, aber nicht aufteilen; er ist für eine Politik der «Züchtigung und Demütigung». Graf Stürgkh fordert, Serbien zu verkleinern und die regierende Dynastie durch eine «verlässliche Familie» zu ersetzen. Er hat leider nicht gesagt, wie er sich das vorstellt; der Wunsch nach einer verlässlichen Familie mag dem Denken des verfassungstreuen Grossgrundbesitzers entsprechen, nicht aber einem demokratischen Bauernvolk wie den Serben. Herr von Bilinski, ein Schlaukopf wenn auch kein Charakter, meint, es habe nicht allzuviel Sinn, vom Kriege zu reden, da die entscheidenden Personen den Krieg nicht zulassen würden; «es sei daher das klügste, nichts zu machen». Baron Burian spricht dafür, «Serbien einmal den Herrn zu zeigen». Berchtold erklärt, «man könne sich nicht alles gefallen lassen», der Krieg sei unausweichlich – aber, so setzt er hinzu, die letzte Frage bleibe doch Russland. Schliesslich ist es wieder der Kaiser, der in der Audienz nach dem Ministerrat, dem Heroismus der Tisza, Stürgkh und Conrad Halt gebietet. Berchtold wählt einen Mittelweg: er lässt am 18. Oktober in Belgrad die serbische Regierung auf fordern, innerhalb der Frist von acht Tagen die Zustimmung zur Räumung Albaniens zu geben. Serbien war dazu bereit, ihm lag, wie es versichert, nur an gewissen Grenzberichtigungen; am 20. Oktober gab es die offizielle Erklärung ab, dem Wunsche Österreichs zu entsprechen.

Es war Berchtolds Politik, das selbständige Albanien, womöglich mit einem deutschen Fürsten, als unumgängliche Notwendigkeit mit allen Mitteln anzustreben. Da der erfundene Staat Wirklichkeit geworden und der Fürst von Wied bereit ist, die Wahl zum «Mbret von Albanien» anzunehmen, steht man erst recht vor einer Verlegenheit. Der deutsche Fürst, ein korrekter, aber ahnungsloser Mann, weiss von Albanien so wenig wie Shakespeare von Böhmen, das er ans Meer verlegt. Fürst Wied will auf dem Schiff residieren. In Wien ist man mit diesem Plan nicht einverstan-

den; der Mbret soll «pompös zuerst in Skutari, dann in den andern Städten einziehen».

Berchtold: «Es ist zu hoffen, dass sich alles fügt. Aber was machen wir, wenn es nicht geschieht?»

Conrad: «Gar nichts!»

Berchtold: «Und wenn der Fürst ermordet wird?»

Conrad: «Auch dann können wir nichts machen. Es kommt eben ein anderer Kandidat. Uns kann jeder recht sein, der keinen fremden Einfluss dort gestattet.»

Berchtold: «Ein Prinz Napoleon, der eine österreichische Erzherzogin heiratet?»

Conrad: «Das wäre eine gute Kombination!»

Der Fürst Wied hat seinen Thron noch nicht gesehen, in Wien aber wird schon von seiner Ermordung und vom Nachfolger gesprochen.

Das Ergebnis der österreichischen Balkanpolitik ist traurig. Österreich hatte erklärt, auf dem Balkan nichts zu suchen, hielt aber zwei Jahre lang die Faust am Schwert, etwas suchend. Es hat den Sandschak Novibazar aufgegeben, nachher aber für die fragwürdige Erschaffung eines Phantasiestaats seine ganze Macht aufgeboten. Es hat sich mit Serbien hoffnungslos verfeindet, ohne Bulgarien geholfen zu haben. Es hat selbst die nichtslawischen Balkanländer, Rumänien und Griechenland gegen sich, die sich Deutschland für die Förderung des Friedens von Bukarest verpflichtet fühlen. Deutschland, ausserstande der unverständlichen Politik Berchtolds zu folgen, ist seine eigenen Wege gegangen; Italien ist seit Conrads Kriegsplänen misstrauischer als zuvor. «Das österreichisch-rumänische Bündnis», so schreibt der Gesandte in Bukarest, Graf Ottokar Czernin, am 11. März 1914 an Berchtold, «ist ein wertloser Fetzen Papier; Rumänien wird bei einem kriegerischen Konflikt nicht auf der Seite der Monarchie stehen...» Im Mai 1914 ist auch Albanien, das als Schutzwall gegen Serbien gedacht war, erledigt; der Fürst Wied verlässt das Land.

Am 4. Juni 1914 ist Franz Ferdinand beim Kaiser. Er selber hatte für diesen Monat Manöver in Bosnien und Dalmatien angeordnet, und Feldzeugmeister Potiorek, nicht Conrad, mit der Leitung betraut. Nun zögert er, seiner schwankenden Gesundheit die Strapazen der Reise und des Aufenthalts in Bosnien zuzumuten. Der Kaiser stellt es dem Thronfolger anheim, die Entscheidung zu treffen. Fürst Montenuovo hört das Wort: «Mache es, wie Du willst.» Er ist auch einverstanden, dass die Herzogin ihren Gatten begleite. Von Wien fährt der Erzherzog nach Konopischt, seinem Schloss

bei Beneschau in Böhmen. Für den 12. Juni ist der Besuch Kaiser Wilhelms verabredet. Der Deutsche Kaiser hatte im März dieses Jahres auf der Fahrt nach Korfu wenige Stunden in Miramare bei Franz Ferdinand verbracht; diesmal bleibt er zwei Tage. Es gibt vieles zu besprechen. Österreichs Weg und Deutschlands Weg in der Balkanpolitik laufen nicht parallel. Franz Ferdinand stimmte in entscheidenden Punkten mit dem Kaiser überein. Hatte er nicht Wilhelms Wort von den «elenden albanesischen Ziegenweiden» übernommen? Liess Conrad nicht den steten Vorwurf hören, aus des Thronfolgers entschlossener Abneigung gegen den Krieg sei Wilhelms Meinung zu vernehmen? Auch Berchtold und Czernin führen den Widerstand Franz Ferdinands gegen eine gewaltsame Lösung der südslawischen Frage auf Wilhelm zurück. Conrad, in seiner ungenierten Art, hat es am 8. September bei den deutschen Manövern Kaiser Wilhelm gesagt: «Wir haben gegen Serbien nicht losgeschlagen, ich wurde mit meinem Antrag im Stiche gelassen; auch in diesem Jahre hätten wir noch Gelegenheit gehabt, gegen Serbien vorzugehen!» Wilhelm erschrak damals vor so heftigem Vorwurf: «Ich habe Ihre Soldaten nicht zurückgehalten!» Allein, der Gegensatz zwischen Wien und Berlin drückt sich nicht in dieser Frage aus – war doch auch Franz Joseph nicht für Conrads Politik zu haben –; er beruht auf der verschiedenen Schätzung Serbiens und Bulgariens; er kam am deutlichsten zum Vorschein nach dem Frieden von Bukarest, beim Depeschenwechsel Wilhelms II. mit König Karol. Österreichs diplomatische Niederlage war nicht unverschuldet; Deutschland hatte den bessern politischen Instinkt, eine klügere Taktik bewiesen. Österreichs Fehler häufen sich. Deutschland war bemüht, trotz Conrad, Italien dem Bunde zu erhalten. Nun kommt als neue, grosse Sorge Rumänien hinzu. Soll man diesen schwankenden Genossen gänzlich verlieren? Kaiser Wilhelm verkennt Österreichs Schwierigkeiten, er sieht nicht, dass der Weg zur Versöhnung mit Rumänien über Ungarn führt, ahnt nicht, wie machtlos auch Franz Joseph vor Ungarns Unnachgiebigkeit ist. Und Franz Ferdinand? Welche Macht besitzt er, die Politik der Monarchie zu beeinflussen? Er muss sein Wollen verträsten; sein Aktivismus ist ein Zukunftsprogramm. Schon darum negiert er den Aktivismus von heute. Das Losschlagen, nur um sich Luft zu machen, ist nicht nach seinen Absichten. Er will erst Ordnung machen, die Voraussetzungen schaffen für eine aktive Politik; auch in Ungarn. Der unerwünschte, aber mögliche Krieg mit Russland muss vorbereitet sein: «Ich habe mit dem Deutschen Kaiser gesprochen; die Deutschen müssen im Os-

ten ihre Festungen ausbauen.» Er stimmt auch darin mit Wilhelm überein, Rumänien und Griechenland dem Dreibund zu erhalten. Es ist ein Programm von übermorgen. Noch lebt Franz Joseph.

Am 25. Juni kommt Franz Ferdinand in dem Bad Ilidze bei Sarajewo an. Am 27. Juni fährt der Kaiser nach Ischl. Der Tag darauf, ein sonniger Sonntag. Franz Joseph genießt die Vormittagsstunden im Park seiner Sommervilla. Nachmittag, einige Minuten nach ein Uhr, kommt eine Nachricht des bosnischen Landeschefs, Feldzeugmeisters Potiorek, aus Sarajewo: Bei der Rundfahrt des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin ist auf dem Appel-Kai, nicht weit vom Rathaus, ein Attentat verübt worden. Die geschleuderte Bombe traf das Automobil des Erzherzogs, sprang auf das Pflaster ab und explodierte unter den Rädern des nachfolgenden Wagens. Von den Insassen dieses Wagens wurden Potioreks Adjutant, Oberstleutnant von Merizii stark, Graf Boos-Waldeck leicht verletzt. Der Erzherzog, der wie seine Gemahlin unversehrt geblieben war, setzte nach einer kurzen Unterbrechung die Fahrt zum Rathaus fort. Das Programm des Erzherzogs wird etwas gekürzt. Zum Bürgermeister von Sarajewo spricht Franz Ferdinand: «Mit Bomben wird man bei Euch empfangen?!» – ein Wort, das Potioreks Bericht verschweigt. An Potiorek richtet der Erzherzog die Frage, ob «das mit den Bomben so fortgehen werde?» Potiorek ist überzeugt, dass keine Gefahr mehr drohe. Franz Ferdinand will vorerst den verwundeten Oberstleutnant Merizii, dann das Museum besuchen. Es wird beschlossen, mit Umgehung der Stadt den Kai zu passieren. Der Chauffeur des vorausfahrenden Bürgermeisters, den eingelernten Weg im Kopf, biegt trotz des neuen Befehls in die Franz-Joseph-Strasse ein. Der Wagen des Erzherzogs, auf dessen Trittbrett links der Fahrtrichtung Graf Harrach schützend steht, muss warten, bis das Auto des Bürgermeisters wendet. Da fallen von rechts zwei Revolverschüsse. Die Herzogin sinkt leblos in den Schoss ihres Gatten; der Erzherzog versucht sie zu heben. Der erste Eindruck ist, dass dem Thronfolger nichts geschehen sei. Erst vor dem Konak strömt Blut aus seinem Munde. Bei der Ankunft der Ärzte, elf Uhr Vormittag, ist er tief bewusstlos, nach zehn Minuten tot. Ein rasch herbeigeholter Priester versucht die letzte Ölung zu geben. Nach ihm erscheint Erzbischof Stadler mit der grossen Assistenz, die Totengebete zu verrichten. Die Attentäter, die jungen Bosnier Nedeljko Cabrinovic und Gavrilo Princip, beide österreichische Staatsangehörige, sind in Gewahrsam.

Franz Joseph kehrt im nächsten Tage, Montag, dem 29. Juni 1914, sechs Uhr morgens, nach Wien zurück.

## DIE ENTSCHIEDENDEN TAGE

DER SONNTAG VON SARAJEWO LEBT IM GEDÄCHTNIS des Geschlechts von 1914. Europa erzitterte. War es eine Ahnung, war es Angst? Stand Europa unter einem unabwendbaren Schicksal? Mochte auch die Überlegung auf das Unheimliche dieses Tages die Antwort finden, dass die Menschen die Herren ihres gemeinsamen Schicksals sind, dass sie selber die Geschichte machen – nie zuvor war die übermenschliche Gewalt eines Gespenstes deutlicher geworden, des Gespenstes: Krieg! Der Schrecken fiel wie ein Riesenschatten auf die friedliche Welt der Kleinen. Wien war an diesem Tage leer; die Wiener bevölkerten den nahen Wald, sie lagen an den Ufern der Donau, im Grase der Waldwiesen und liessen sich von der Junisonne bescheinen. Das grosse, lärmende Berlin feierte an den Seen der nächsten Umgebung; Bahnhöfe, Schiffsstationen, Rennplätze, Massenwirtschaften überfüllend. In Paris der Frühsommersonntag mit glücklichen Menschen. Alle Hauptstädte Europas durchzuckte ein banges Gefühl: Abschied von der Friedenswelt? Die rasch reagierenden Nerven der Grossstädte spürten das Erdbeben, das die Vernunft verneinte. Ein Fürstenmord, hässlich, abscheulich in den Einzelheiten, am Rande der europäischen Kultur – sollte es möglich sein, dass die Schüsse von Sarajewo Europa gefährlich werden könnten? War das Mittelalter noch lebendig? Sind Wirtschaft, der grosse Kapitalismus, der Sozialismus nicht stärker als die Gegensätze der Mächte? Die Wissenden hatten dennoch Angst. Sie sahen in diesem Augenblick jene Taster auf den Tischen der Generalstäbe, die ganze Völker zu den Waffen rufen konnten; sie sahen diesen ungeheuren Apparat des kriegerischen Aufgebots, der seine eigenen Gesetze hat. Sie sahen die Verschlingung von Verträgen und kriegerischer Macht, die Frucht einer jahrhundertelangen Geschichte. Der Druck auf einen dieser gefährlichen Taster setzt Armeen in Bewegung. Der erste Militärzug, der ins Rollen gerät, wird über Europas Schicksal entscheiden.

Am Abend des 28. Juni 1914 hatte Europa einen unruhigen Schlaf. Die Toten von Sarajewo trug der Dreadnought «Viribus unitis» nach Triest. Donnerstag, den 2. Juli, zehn Uhr nachts, kamen sie auf dem Südbahnhof

in Wien an. Die Gruft unter der Kirche der Kapuziner, wo hundertsieben- unddreissig Familienglieder der Habsburger ruhen, war ihnen verschlossen. Über den Särgen der Gemordeten zuckten die Blitze einer Gefahr, die Millionen Menschen mit dem Verderben drohte; die Holztür der kleinen Kirche, an deren Mauer Obstfrauen um Heller feilschen, gehorchte Gesetzen, die nicht von dieser Welt waren. Vor ihr stand Fürst Montenuovo, der Hüter des höfischen Zeremoniells. Die Hausordnung habsburgischer Majestät, auf Spaniens Boden gewachsen, verwehrte der Unebenbürtigen den Einlass in die Kaisergruft. Mit dieser unerbittlichen Konsequenz hat sich das spanische Zeremoniell selber verabschiedet; es war seine letzte Kundgebung grossen Stils. Dem toten Erzherzogpaar gewährte es ein Begräbnis dritter Klasse. Zu der Untergangsstimmung des letzten Aktes im habsburgischen Drama gehört auch jene Demonstration beim nächtlichen Kondukt, womit der österreichische Adel gegen das Zeremoniell und den Hof protestierte: Ein Shakespeare-Drama im Kleide der *Entreprise de pompes funèbres*. Der Zug der Adligen begleitete den Sarg wagen vom Burgring zum Westbahnhof. Auf der Fahrt nach Amstetten, als die Särge die Donau übersetzten, entlud sich ein schweres Gewitter. Die auf gepeitschten Wellen drohten den Lastkahn mit den Särgen zu versenken. Unter Blitz und Donner wurden Franz Ferdinand und seine Frau bestattet.

Was wird nun geschehen? Der Kaiser hat Montag, nach seiner Ankunft in Schönbrunn, zu Berchtold gesagt, man müsse das Ergebnis der Untersuchung abwarten; er wiederholt diese Meinung Mittwoch, den 1. Juli. Berchtold ist noch zu keinem Entschluss gekommen, er hat allerlei Bedenken, als Conrad auf eine rasche Entscheidung drängt.

Berchtold: «Glauben Sie nicht, dass eine Revolution ausbricht?»

Conrad: «Wo denn?»

Berchtold: «In Böhmen.»

Conrad: «Aber lassen Sie sich doch nicht so etwas einreden!» Am 5. Juli ist Conrad beim Kaiser. Er sagt ihm, der Krieg gegen Serbien sei unvermeidlich.

Franz Joseph: «Ja, das ist ganz richtig, aber wie wollen Sie Krieg führen, wenn dann alle über uns herfallen, besonders Russland?»

Conrad: «Wir haben doch die Rückendeckung durch Deutschland?»

Franz Joseph (blickt Conrad fragend an): «Sind Sie Deutschlands sicher?»



Der Deutsche Kaiser sei in Konopischt der Frage ausgewichen.

Franz Joseph: «Gestern Abend ist eine Note nach Deutschland abgegangen, in der wir klare Antwort verlangen.»

Conrad: «Wenn Deutschland auf unsrer Seite steht – führen wir dann den Krieg gegen Serbien?»

Franz Joseph: «Dann ja... Wenn Deutschland uns diese Antwort aber nicht gibt, was dann?... Der Deutsche Kaiser ist auf der Nordlandsreise, jedenfalls müssen wir die Antwort abwarten.»

Franz Joseph verabschiedet sich, er fährt Dienstag, den 7. Juli, wieder nach Ischl. Nach der Audienz trifft Conrad im Zimmer der Flügeladjutanten, den Prinzen Gottfried Hohenlohe. Er sagt zu ihm: «.. .Wenn Deutschland so unverlässlich ist, muss man sich fragen, ob man noch länger im Bündnis bleiben soll. Politisch hat man nichts davon, und kommerziell hat uns Deutschland ohnedies überflügelt...» Nächsten Tag bei Berchtold. Conrad berichtet von der Audienz bei Franz Joseph:

Berchtold: «...Der Deutsche Kaiser hat ‚Ja‘ gesagt, er müsse aber noch mit Bethmann sprechen. Wie wird Seine Majestät das auffassen?»

Conrad: «Wenn Deutschland zustimmt, wird Seine Majestät für den Krieg gegen Serbien sein.»

Graf Forgách, der bei dem Gespräch zugegen ist: «Es soll ja nur eine Extratour sein?!»

Berchtold: «Tisza ist gegen den Krieg, er hat Angst vor einem rumänischen Einmarsch in Siebenbürgen. Was geschieht mit Galizien, wenn wir gegen Serbien mobilisieren?»

Conrad: «In Galizien ist vorläufig nicht zu mobilisieren. Wenn die Russen aber drohen, dann müssen die drei Korps in Galizien mobilisieren.»

Am 7. Juli entscheidet sich das Schicksal Franz Josephs, Habsburgs, Österreichs und – Europas. Der Ministerrat beschliesst, in allem einig, aber gegen die Meinung Tizas, an Serbien «so weitgehende Forderungen zu stellen, die eine Ablehnung voraussehen und nur die radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens» übriglassen. Die fünf Männer, die diese Entscheidung fällen, sind: der Minister des Äussern Graf Berchtold, der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh, der gemeinsame Finanzminister Ritter von Bilinski, der Kriegsminister Ritter von Krobotin und der Generalstabschef Freiherr von Conrad. Berchtold sagt, es gäbe verschiedene Mittel, den krisenhaften Zuständen in Bosnien ein Ende zu bereiten, vorher aber müsse man sich klar werden, ob jetzt nicht der Moment gekommen

men sei, «Serbien durch eine Kraftäusserung für immer unschädlich zu machen». Deutschlands sei man nun sicher. Russland treibe eine Politik, die darauf ziele, die Balkanstaaten samt Rumänien dermaleinst gegen die Monarchie auszuspielen. Eine «rechtzeitige Abrechnung mit Serbien» könne diesen Prozess aufhalten; später werde das nicht mehr möglich sein. Tisza erklärt, er werde einem Angriff auf Serbien ohne vorhergegangene diplomatische Aktion niemals zustimmen; die Forderungen an Serbien mögen hart, aber sie dürfen nicht unerfüllbar sein. Es sei nicht Sache Deutschlands, zu beurteilen, ob Österreich-Ungarn gegen Serbien losschlagen solle oder nicht; er meint, dass ein Krieg in diesem Augenblick nicht unbedingt geführt werden müsse. Graf Stürgkh bezweifelt, dass die «von Serbien ausgehende schismatische Tätigkeit» anders als durch «eine kriegerische Auseinandersetzung» aufgehalten werden könne. Dazu sei jetzt die «psychologische Situation» geschaffen; jetzt sei man Deutschlands sicher. Wie der Konflikt begonnen werden solle, sei eine Detailfrage; Hauptsache, dass es «unbedingt zu der kriegerischen Aktion kommen müsse». Stürgkh bringt noch den schon bei einer früheren Gelegenheit geäußerten Wunsch vor, die Dynastie Karageorgievic zu entfernen und das verkleinerte Serbien einer verlässlichen Familie anzuvertrauen. Auch Bilinski vertraut nur der Gewalt; nur ihr sei der Serbe zugänglich, ein diplomatischer Erfolg würde in Bosnien gar keinen Eindruck machen. Der Kriegsminister spricht als Soldat: es wäre besser, den Krieg sogleich als später zu beginnen. Tisza erhebt sich nochmals und gibt zu bedenken, dass eine erfolgreiche Balkanpolitik durch den Anschluss Bulgariens an den Dreibund möglich wäre; ein europäischer Krieg sei «eine furchtbare Kalamität». Nach einer längeren Debatte über den Krieg, fasst Berchtold das Ergebnis des Ministerrates zusammen: alle, mit Ausnahme Tiszas, stimmen der Absicht zu, an Serbien unannehmbare Forderungen zu stellen, so dass es zum Kriege kommen müsse. Conrad erinnert daran, dass er in den Jahren nach der Annexion «zum Losschlagen» geraten habe; jetzt sei die Situation ungünstiger. Im Übrigen beschränkt er sich darauf, die Vorkehrungen des Generalstabes zu erklären. Das Protokoll dieses entscheidenden Ministerrates vom 7. Juli 1914 trägt den Vermerk: «Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen. Wien, am 16. August 1914. Franz Joseph.» Hat Franz Joseph das wichtigste Dokument des Weltkrieges, die Urkunde der Geburt des Krieges, erst einundvierzig Tage nach dem Ministerrat zu Gesicht bekommen?

Franz Joseph, seit dem Tage dieses Ministerrates wieder in Ischl, erwartet seinen Minister des Äussern. Tisza hat den Grafen Berchtold gebeten, dem Kaiser ein Schriftstück zu geben, das nochmals sehr eindringlich vor dem Kriege warnt. An der Spitze dieses historisch denkwürdigen Schreibens steht der Satz: «Allernädigster Herr! Die allerdings sehr erfreulichen Nachrichten aus Berlin, verbunden mit der sehr gerechten Entrüstung über die Vorkommnisse in Serbien, haben bei allen Teilnehmern der gestrigen gemeinsamen Ministerkonferenz die Absicht gereift, einen Krieg mit Serbien zu provozieren und mit diesem Erzfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen.» Tisza sagt nun dem Kaiser, dass er diesem Plane nicht zustimmen könne. Er sieht die Dinge ganz klar: «Nach jeder menschlichen Voraussicht» werde ein derartiger Angriff auf Serbien die Intervention Russlands und damit den Weltkrieg heraufbeschwören. Rumänien werde auf der Seite der Gegner sein. Wolle man einen Krieg mit solchen Chancen provozieren? «Wenn ich», schreibt Tisza, «zu den politischen Gesichtspunkten noch die Lage der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft in Betracht ziehe, welche die Kriegführung kolossal erschweren und die mit dem Kriege verbundenen Opfer und Leiden beinahe unerträglich für die Gesellschaft machen würden, so kann ich nach peinlich gewissenhafter Überlegung die Verantwortung für die in Vorschlag gebrachte militärische Aggression gegen Serbien nicht mittragen.» Er sagt in der Folge, er sei keineswegs dafür, die Provokation der Serben einzustecken, er wolle alle Konsequenzen eines Krieges tragen, der durch die Zurückweisung gerechter Forderungen entstehe, aber es müsse in diesem Falle vor aller Welt klar sein, dass sich Österreich-Ungarn auf dem Boden gerechter Notwehr befinde. Und noch einmal: «... ich muss, einstweilen nur im eigenen Namen, die Erklärung abgeben, dass ich, trotz meiner Hingebung an den Dienst Eurer Majestät oder, besser gesagt, gerade infolge derselben, die Verantwortung für die ausschliesslich und aggressiv kriegerische Lösung nicht mittragen könnte.»

Die Zweifel Berchtolds sind anderer Art.

Berchtold (8. Juli, sechs Uhr abends): «Was geschieht, wenn es Serbien bis zur Mobilisierung kommen lässt und dann auf der ganzen Linie nachgibt?»

Conrad: «Dann marschiert man ein.»

Berchtold: «Ja, aber wenn Serbien gar nichts macht?»

Conrad: «Dann bleibt Serbien so lange okkupiert, bis die Kriegskosten gezahlt sind... Wann soll das Ultimatum abgehen?»

Berchtold: «In vierzehn Tagen. Am 22. Juli. Es wäre gut, wenn Sie und

der Kriegsminister einige Zeit auf Urlaub fahren würden, um den Schein zu wahren, dass nichts vorgehe.»

An demselben Tag, dem 8. Juli, ist der k. u. k. Gesandte in Belgrad, General Baron Wladimir Giesl, bei Conrad. Er war am Tage von Sarajewo in Vichy; die Nachricht von der Ermordung des Thronfolgers hat ihn nach Wien gejagt. In seinen Erinnerungen verzeichnet er, Berchtold habe ihm in der Unterredung am 6. Juli jeden Kriegswillen in Abrede gestellt. Conrad, darin verlässlich, dass er auch nach der Katastrophe nichts retuschiert, vermerkt zu dem Besuch Giesls: «Am 8. Juli war der k. u. k. Gesandte in Belgrad, Baron Giesl, bei mir. Er äusserte, jetzt sei ein ganz anderer Ton im Ministerium des Äussern als ehemals. Er habe mit Berchtold und mit Macchio gesprochen. Serbien werde die gestellten Forderungen nicht annehmen, es werde zum Kriege kommen; der Moment dazu sei ‚glänzend‘. – Ich (Conrad): ‚Na – gar so glänzend ist er nicht! Aber nur nicht Forderungen stellen und dann etwa nachgeben!‘ – Baron Giesl: ‚Der Deutsche Kaiser bürgt für Rumänien.‘ – Ich: ‚Wir dürften den Russen, wenn mit ihrem Eingreifen gerechnet werden müsste, keine Zeit zur Vorbereitung lassen.‘ Nachdem Giesl mich verlassen hatte», setzt Conrad hinzu, «äusserte ich im engen Kreise, es sei charakteristisch, dass das ganze Unternehmen nicht einen leitenden Gedanken habe.»

Giesl verlässt noch am selben Tage Wien und ist am 10. Juli in Belgrad. Gleich nach seiner Ankunft erbittet Hartwig, der Gesandte Russlands, eine Unterredung. «Ich bitte Sie», sagt er nach Giesls Aufzeichnungen, «in aufrichtiger Freundschaft zu antworten, soweit Sie es können: Was wird Österreich-Ungarn mit Serbien machen, und was wurde in Wien beschlossen?» Giesl antwortet, die österreichisch-ungarische Regierung wolle die volle Aufklärung des Verbrechens verlangen; zeige es sich, dass Serbien an dem Morde unbeteiligt sei, so werde es «niemandem einfallen, Serbien oder dessen Regierung zur Verantwortung zu ziehen». Werde es bewiesen, dass der Thronfolger das Opfer einer bestimmten Organisation geworden sei, dann werde Serbien die Schuldigen zu bestrafen haben und helfen müssen, diese Organisation zu vernichten. «Ich kann Sie versichern,» schloss Giesl, «dass die Souveränität Serbiens nicht angetastet werden und dass bei einigem guten Willen Serbiens die Krise eine beide Teile befriedigende Lösung finden wird». Spricht er die Wahrheit? Hartwig antwortet: «Vielen Dank, ich fühle mich erleichtert. Nun aber noch etwas, aber auch das in aller Freundschaft...» Im selben Augenblick verstummt er, sinkt zurück und gleitet zu

Boden. Der Bewusstlose wird auf das Sofa gebettet, der rasch herbeigeholte Arzt stellt den Tod fest. «Es folgt eine», schreibt Giesl, «erschütternde und peinliche Szene. Die Tochter des Gesandten, von dem russischen Legationssekretär begleitet, zeigt durch ihr argwöhnisches Gebaren, dass sie meine Wohnung mit einem sinnlosen Verdacht betreten hat. Sie riecht an dem Fläschchen Eau de Cologne, während sich ihr Begleiter mit den Zigarettenresten zu schaffen macht und mich fragt, ob der Gesandte sonst noch etwas zu sich genommen habe...»

Am 9. Juli ist Berchtold beim Kaiser in Ischl. Er hat Tizas Brief mitgenommen. Nach Wien zurückgekehrt, erzählt er, der Kaiser sei «sehr entschlossen und ruhig», er scheine mit der Aktion gegen Serbien einverstanden zu sein, habe aber Besorgnisse, ob nicht in Ungarn Unruhen ausbrechen würden. Baron Burian sei in Budapest, auf Tizza einzuwirken. Am 10. Juli ist der Sektionsrat des Auswärtigen Amts, von Wiesner, nach Sarajewo abgereist, die Ursachen des Attentats, vor allem aber festzustellen, ob die serbische Regierung eine Schuld treffe. Er sendet am 13. Juli an Berchtold ein längeres Telegramm, in dem über das Wesentliche wörtlich gesagt wird: «Mitwisserschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.» Weiter heisst es: «Ursprung Bomben aus serbischem Armeemuseum Kragujevac objektiv einwandfrei erwiesen, doch keine Anhaltspunkte dafür, dass erst jetzt Magazine entnommen, da Bomben aus Vorräten der Komitadschis vom Kriege stammen können.» Es ist später mehr und Genaueres über die Organisierung des Attentats bekannt geworden; zur Zeit, da Wiesner die Resultate der Untersuchung zusammenfasste, hatte die Anklage gegen Serbien keine andere Rechtsbasis. Wiesners Feststellung, die im Einzelnen berichtet, im entscheidenden Punkte jedoch nicht umgestossen wurde, vermochte die Absichten des Ministerrats nicht zu ändern. Am 19. Juli wird der endgültige Text der an Serbien zu richtenden Note stilisiert. Es sind dieselben Männer vom 7. Juli, die jetzt entscheiden – nur mit einem grossen Unterschied: der Beschluss, die als unannehmbar angesehene Note an Serbien, Mittwoch, den 23. Juli, um 5 Uhr nachmittags, in Belgrad überweisen zu lassen, wird einstimmig gefasst. Alle, Minister und Generale, sind dafür. Mit Berchtold, Stürgkh, Bilinski, Kroatina und Conrad stimmt auch – Tizza.

Was war geschehen, dass Tizza seinen Widerstand gegen den kriegerischen Plan aufgab? Eben noch hatte er den Kaiser mit einer Eindringlichkeit gewarnt,

deren Pathos getragen schien von einer Unerschütterbaren sittlichen Überzeugung; «nach peinlich gewissenhafter Überzeugung», sagte Tisza, «habe er sich entschlossen, die Verantwortung für die militärische Aggression gegen Serbien» abzulehnen. Nur wenn Österreich-Ungarn darzutun vermöchte, dass es «in gerechter Notwehr» das Schwert ziehe, könnte er sein Gewissen beruhigen. Auch dann noch aber müsste er den Kaisern» vor den «Opfern und Leiden» eines Krieges warnen. Tisza selber hat seine Wandlung vom bewussten überzeugten Gegner der Aktion Conrad-Berchtold zum mitstimmenden Partner des Kriegsrats nicht erklärt. Die hinterlassenen Briefe zeigen bereits den gewandelten Tisza. Er hätte später vielleicht gesprochen; der Mörder, der ihn 1919 niederschoss, hat Tiszas Mund für immer geschlossen. So muss man denn die Gründe für Tiszas Wandlung in den offenliegenden Tatsachen suchen. Er hat im Ministerrat vom 19. Juli seine Zustimmung zu den kriegerischen Absichten erst gegeben, nachdem er, gegen Berchtolds Einwand, den Beschluss erzwang, dass «mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne verknüpft seien, kein serbisches Gebiet annektiert werden solle». Dies allein freilich vermag die Preisgabe einer prinzipiellen Überzeugung nicht zu erklären, von der man annehmen musste, dass sie in der sittlichen Vorstellung des Calviners Tisza verwurzelt sei. Tisza war in seiner Art ein Charakter, in der Welt der Höflinge und Kompromissgläubigen vielleicht der einzige. Er war aber auch ein praktischer Politiker und ungarischer Patriot. Die Situation nach dem 7. Juli zeigte ihm, dass Österreichs Entschluss zum Kriege gegen Serbien unabänderlich war; wenn sein Brief den Kaiser nicht umzustimmen vermochte, dann war jede andere Mühe vergebens. Er musste sich entscheiden, ob es klüger und nützlicher sei, bei der eigenen Überzeugung zu beharren, oder der unaufhaltbaren Aktion seine Tatkraft zu leihen und das Wohl Ungarns zu schützen. Eine weniger aktive, auf den Nachruhm bedachte Natur hätte den ersten Weg gewählt, ihr intellektuelles Gewissen rein erhalten und sich mit Marc Aurels Worten die Beachtung späterer Zeiten gesichert: Unheil, nimm deinen Lauf! Tisza vermochte nicht abseits zu stehen; es ist, mag er sich gesagt haben, ein Fehler, was ihr jetzt beginnt, es ist unklug, unsicher, gefahrvoll, aber ich will tun, was in meinen Kräften liegt.

Bestärkt wurde Tisza durch Deutschlands Haltung. Es ist der germanisch-tragische Wendepunkt in der Geschichte des Bündnisses. Seit 1908 hatte Deutschland sein Verhalten zu Österreich sozusagen unter die Kontrolle der praktischen Vernunft gestellt.

Es wich nicht von Österreich, als Aehrenthal die Annexion vollzog; es führte den diplomatischen Sieg über Russland herbei. In der Folge aber war es mit Österreichs Balkanpolitik nicht einverstanden. Der kluge, meinungsstarke Kiderlen hätte es nicht zugelassen, Glück und Verderben des Deutschen Reiches von der Wiener Politik abhängig zu machen; er war nicht nur dieser Art Prestigepolitik abhold, er stimmte auch mit Österreichs Zielen nicht überein: Serbien zu drosseln und Bulgarien zu protegieren. Deutschlands Zurückhaltung und andre Meinung von den Balkandingen wurde in Wien als Schwäche, Unsicherheit und Unzuverlässigkeit gedeutet. Seit 1912 muss es solche Vorwürfe hören. Dem Deutschen Kaiser sagt es Conrad zweimal: bei den Manövern und vor dem Völkerschlacht-Denkmal 1913. Wilhelm II. ist in den entscheidenden Tagen von 1914 allein, Bethmann kein Diplomat; Jagow, seit Kiderlens Tod Leiter des Auswärtigen Amts, ist auf der Hochzeitsreise. Er kehrt erst am 6. Juli nach Berlin zurück. Tschirschky, Deutschlands Botschafter in Wien, war, ohne neue Weisung, nach dem Attentat der Meinung, den alten Kurs befolgen zu müssen: «Ich benütze», schreibt er nach Berlin, «jeden Anlass, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.» Er weiss nicht, dass in Berlin die kühle Vernunft der praktischen Politik, einer unpraktischen Politik des Gefühls gewichen ist. Unter Tschirschkys Bericht schreibt der Kaiser die impulsiven Worte: «Das ist sehr dumm! Wer hat ihn dazu ermächtigt? Geht ihn doch gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es zu tun gedenkt. Nachher heisst es dann, wenn's schief geht: Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen!» Es liegt kaum noch ein Geheimnis über den Vorgängen, die sich zwischen dem 30. Juni und dem 7. Juli 1914 in Berlin abgespielt haben; die entscheidende Wendung ist in Kaiser Wilhelms Randbemerkung ausgedrückt: Es soll nicht wieder heissen, Deutschland habe nicht gewollt! Wilhelms Willensäusserung ist dem Gefühl entsprossen, aber sie ist klar, bestimmt, und wird auch so nach Wien gegeben. Darauf aber hatte Wien gewartet: Franz Joseph, Berchtold, Conrad. Wer in Wien noch unbestimmt war in seiner Haltung, klammert sich jetzt an Berlins Bestimmtheit. Franz Joseph dankt überschwänglich, er hat den Mut gefunden zum grossen Wagnis; zu Conrad sagt er, nun könne man «schon mit Rücksicht auf den Deutschen Kaiser» nicht anders handeln. Wilhelm, den Vorwurf fürchtend, wieder schwach gewesen zu sein, hatte sich zum Ja-Wort entschlossen; Franz Joseph, unsicher und zaudernd, richtet sich an diesem Worte auf.

## DER KRIEG

DONNERSTAG, DEN 23. JULI, NACHMITTAGS 6 UHR, überreicht der k. u. k. Gesandte in Belgrad, Baron Giesl, Österreichs Note an Serbien. Die Note ist sehr hart. Sie setzt die Schuld Serbiens an der Mordtat von Sarajewo als erwiesen voraus. Sie fordert von der serbischen Regierung eine Erklärung, worin die verbrecherische Tat bedauert und jede gegen Österreich gerichtete Propaganda mit schwerer Strafe bedroht wird. Diese Erklärung muss, so verlangt es die Note, auf der ersten Seite des Belgrader Regierungsorgans veröffentlicht und in einem Tagesbefehl des Königs der serbischen Armee kundgemacht werden.

Die Note verpflichtet ferner die serbische Regierung, den grossen nationalen Verein «Narodna Obrana» aufzulösen, alle Lehrer und Offiziere zu massregeln, die gegen Österreich aufgereizt haben, sowie die Schulbücher von allen antiösterreichischen Tendenzen zu reinigen. Endlich besteht Österreich darauf, dass die Untersuchung des Verbrechens und die Unterdrückung der grossserbischen Propaganda von österreichischen Polizeiorganen überwacht werde. Achtundvierzig Stunden sind der serbischen Regierung zur Überlegung gewährt; die Note lässt keine Wahl: entweder bedingungslose Annahme, oder Abbruch der Beziehungen. Berchtold hatte die Note drei Tage zurückgehalten. Am 19. Juli war sie vom Ministerrat endgültig gutgeheissen, tags darauf vom Kaiser Franz Joseph genehmigt worden. Jetzt erst erhielt auch der deutsche Botschafter, Herr von Tschirschky, ein Exemplar. Donnerstag, den 23. Juli, stachen Poincaré und der französische Aussenminister Viviani von Kronstadt in See. Am selben Tag, zugleich mit der Überreichung der Note in Belgrad, werden Österreich-Ungarns Botschafter in den Hauptstädten Europas angewiesen, die Note den Mächten zur Kenntnis zu bringen. Hat Berchtold gefürchtet, in Berlin Bedenken zu wecken, als er den Text der Note vor Tschirschky verbarg? Oder lag ihm daran, Deutschland nicht mit dem Schein zu belasten, dass es für die Note mitverantwortlich sei? Und die Bedachtnahme auf Poincares Abschied von Petersburg? Jedenfalls, zu Diskussionen bleibt keine Zeit. Die Entscheidung ist auf wenig Stunden zusammengedrängt.

Sonnabend, den 25. Juli, 5 Uhr 55 Minuten, betritt der serbische Ministerpräsident Pasic die k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad. Er überbringt Serbiens Antwort und sagt zum österreichischen Gesandten, Freiherrn von Giesl: «Einen Teil Ihrer Forderungen haben wir angenommen; bei dem



Rest hoffen wir auf Ihre Loyalität und Ritterlichkeit.» Giesl überfliegt die Antwort; die Note ist nicht bedingungslos angenommen, ein paar Punkte bleiben strittig. Fünf Minuten nach sechs Uhr ist die Unterredung beendet, um halb sieben Uhr verlässt Giesl Belgrad. Der Bahnhof ist von Truppen abgesperrt, alles vollzieht sich in grösster Eile. Als sich der Zug mit Giesl und dem österreichischen Gesandtschaftspersonal in Bewegung setzt, senden ihm serbische Offiziere den Gruss nach: «Au revoir à Budapest!» Auf dem Bahnhof in Semlin, der österreichischen Grenzstation, wird Giesl zum Telephon gerufen. Tisza ist am Apparat: «Musste es denn sein?»

Um 9 Uhr 23 Minuten hat der Generalstab Franz Josephs Befehl zur Mobilmachung gegen Serbien und Montenegro in Händen. Acht Korps – die halbe k. u. k. Armee – sind aufgerufen. Serbien macht die ganze Armee mobil. Österreich zieht in den Krieg. Seit 1866 hat es das Wort in seiner kategorischen Bedeutung nicht gehört. Die waffenfähige Generation kennt den Krieg nur aus Büchern. Soweit sie eine Vorstellung mit dem Worte verbindet, tauchen alte Namen und Bilder romantischer Schlachten auf. Selbst Königgrätz, das grösste Ereignis der österreichischen Geschichte, war in sechs Stunden entschieden. Ist's noch so, wie damals? Stürmende Bataillone mit entrollten Fahnen, Kavallerieattacken, Schlachtenmusik und Pulverdampf? In Wien wird die habsburgische Soldatenromantik lebendig. Unter den Klängen des Prinz-Eugen-Liedes ziehen Scharen zum Standbild des Erstürmers der Stadt und Festung Belgrad. Beim Radetzky-Denkmal wiederholen sich die Ovationen. Budapest hisst die ungarischen Farben. Prag ist still. Ein von patriotischem Gesang begleiteter Umzug verrät sich durch die sichtbaren Arrangeure der Prager politischen Polizei.

Das zu den Waffen gerufene Österreich weiss von den Dingen, die sich nun begeben, so gut wie nichts. Graf Stürgkh hält das Parlament geschlossen. Mit der Mobilmachung der halben Armee ist auch den Zeitungen Schweigepflicht auferlegt. Sie stehen seit dem Abend des 25. Juli unter strenger Kriegszensur. Die amtlichen Nachrichten verschweigen den Umschwung der öffentlichen Meinung in London und Paris. War nach dem Mord von Sarajewo ein gewisses Verständnis für Österreichs Bedrängnis zu hören, so hat sich jetzt alles geändert. In London gibt Sir Grey den Ton an mit dem Wort, er habe eine Note wie jene Österreichs noch nicht erlebt. Frankreich und Russland fordern von England ein klares Bekenntnis: wenn London keinen Zweifel lasse, werde Deutschland zurückweichen. Grey be-

sorgt, dass eine solche Erklärung als Drohung wirken müsse. Er sucht zu vermitteln. Dem deutschen Botschafter, Fürsten Lichnowsky, schlägt er eine Aktion zu vieren vor; dem italienischen sagt er, er glaube Österreich jede mögliche Genugtuung verschaffen zu können; Serbien werde mit Zustimmung Russlands genötigt sein, sich zu fügen. Bethmann, nach London horchend, rät Berchtold, die englische Vermittlung anzunehmen. Kaiser Wilhelm sagt zu Serbiens Antwort: «Darauf hätte ich keinesfalls mobilisiert, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben können.» Die Meinung ist vortrefflich, aber wertlos, nachdem Wilhelm durch seine frühere Entschlossenheit, Franz Joseph und Berchtold zum Kriege entschlossen gemacht hat. Nach der Kriegserklärung an Serbien, die Franz Joseph am 27. Juli unterzeichnet, gibt es kein Zurück mehr. Deutschland hat sich mit der Handlungsfreiheit, die es Österreich ausdrücklich gewährte, zum Gefangenen der Wiener Entschlüsse gemacht. Am 29. Juli bringt die «Wiener Zeitung» Franz Josephs Aufruf «An meine Völker». Die Proklamation ist die letzte Schönschreibübung des Wiener Auswärtigen Amts. «Ich habe alles geprüft und erwogen; mit ruhigem Gewissen betrete Ich den Weg, den die Pflicht mir weist.» Argumente und Stil sind Ancien régime, aber Gentz hat es besser gemacht. Am selben Tag stellt Berchtold an Conrad die Frage: «Was glauben Sie, werden wir es finanziell aushalten? Stürgkh meint, wenn es auch noch zum Krieg mit Russland komme, könnten wir es nicht leisten!?» Conrad sagt darauf, zu solchen Betrachtungen sei es jetzt zu spät.

War's zu spät? Russland mobilisiert, wenn auch im Geheimen. Bethmann, die Gefahr ahnend, die von England droht, hatte es Berchtold abgelehnt, die Kriegserklärung Österreichs an Serbien durch den deutschen Geschäftsträger in Belgrad überreichen zu lassen. Berchtold musste sie als offenes Telegramm über Bukarest senden, da die Verbindung zwischen Wien und Belgrad bereits zerschnitten war. Der letzte Versuch Bethmanns, durch den deutschen Botschafter in Wien, dem Grafen Berchtold «dringendst und nachdrücklichst» die Annahme der englischen Vermittlung zu empfehlen, bleibt erfolglos. Berchtold, Krobatin und Conrad überbringen diesen fast drohenden Rat am 30. Juli dem Kaiser, der mittags in Schönbrunn aus Ischl angekommen war. Franz Joseph denkt nach und fragt, was man in diesem Falle von Serbien fordern müsste.

Berchtold: Annahme des Ultimatums, Wort für Wort; Entschädigung aller Kosten, die durch die Mobilisierung erwachsen sind.

Conrad: Man muss auch Gebietsabtretungen verlangen, die unsere militärische Position sichern würden: Schabatz mit anschliessendem Terrain für Befestigungen, deren Kosten Serbien zu tragen hätte.

Franz Joseph: Auf das werden sie ja nicht eingehen!

Berchtold: Tisza wird's nicht zugeben.

Conrad: Man kann die Feindseligkeiten nicht mehr einstellen; das muss man Deutschland sagen. Mobilisiert Russland, dann müssen auch wir mobilisieren!

Berchtold: Das kostet Millionen!

Conrad: Die Monarchie steht auf dem Spiel!

Es ist der allerletzte Augenblick des Besinnens. Franz Joseph entscheidet, der Krieg gegen Serbien sei fortzusetzen. Conrad bemerkt zu dieser Audienz: «Während Kaiser Franz Joseph in der wohl schwersten Stunde seines Lebens mit tiefem Ernst und ruhiger Entschlossenheit den Schritt unternahm, dessen Folgen ihm ebenso klar waren wie die Unvermeidlichkeit, schien es, als ob Kaiser Wilhelm an den Rückzug dächte und die Stimmung in Berlin wegen des Auspringens Italiens umgeschlagen habe.» «Rückzug» ist ein soldatisches Wort; es ist in diesem Moment schlecht angewandt. Deutschland sah jetzt erst, dass Österreichs Krieg gegen Serbien den grossen Krieg unvermeidlich mache, den Weltkrieg mit England an der Seite Frankreichs und Russlands. Und es sah, dass Italien und Rumänien im Begriff waren, Deutschland und Österreich den Rücken zu kehren.

Gleichzeitig mit dem dringenden Rat an Wien, die englische Vermittlung anzunehmen, hatte Bethmann an Russland eine neuerliche Warnung, jetzt in bestimmter Form, gerichtet: stelle es die Vorbereitungen zur Mobilmachung nicht ein, dann mobilisiere Deutschland. Mit der Berufung auf diese Drohung wurde Nikolaus II. am 29. Juli bewogen, die allgemeine Mobilmachung für das ganze russische Reich anzuordnen. In der Nacht, da die Telegraphisten den Mobilmachungssukas zu klopfen beginnen, kommt Kaiser Wilhelms Telegramm an den Zaren: der Deutsche Kaiser appelliert an die Friedensliebe seines Freundes. Nikolaus II. gebietet den Apparaten, die das grosse Reich zu alarmieren hatten, Halt. Sasonoff erwirkt am nächsten Morgen, dass die Mobilmachung gegen Österreich unwiderruflich bleibt. Am 30. Juli, nach acht Uhr abends, erhält Franz Joseph ein Telegramm Kaiser Wilhelms, der mitteilt, er habe «die persönliche Bitte des Kaisers von Russland, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen, nicht ablehnen zu können geglaubt.» Ein paar Stunden danach, Freitag, den 31.

Juli, acht Uhr morgens, depeschiert aber Moltke nach Wien: «Russische Mobilisierung durchhalten, gleich gegen Russland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren.» Berchtold versteht den Widerspruch der zwei Nachrichten nicht. «Das ist gelungen,» ruft er aus, «wer regiert eigentlich in Berlin: Moltke oder Bethmann?» Tatsächlich war in Berlin die Frage so gestellt. Bei der Beratung in Potsdam, am 29. Juli, hatte der Deutsche Kaiser für Bethmann, gegen den deutschen Generalstab entschieden. Bethmann will alles vermieden wissen, was Deutschland als den angreifenden Teil erscheinen lassen könnte. Die Kette von Entschlüssen und Gegenentschlüssen lässt sich indes nicht lösen, solange das erste Glied dieser Kette unverändert bleibt: Österreichs Krieg gegen Serbien. Der Zar versuchte in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli das äusserste, was in seiner Macht lag, den Frieden zu retten. Er dachte in diesem hoffnungslosen Augenblick noch daran, den Fall vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. Er ist in dem ehrenvollen Kampf gegen den Generalstab, gegen Sasonoff, gegen den Grossfürsten Nikolajewitsch unterlegen. Die Mobilmachung gegen Österreich bleibt aufrecht. Es ist das zweite Glied der Kette, die den grossen Krieg herbeizieht. Es nützt Bethmann nichts, den Schein des Angriffs vermeiden zu wollen. Der deutsche Generalstab sieht schärfer. Bethmanns Bemühen, in der Verteidigung und Notwehr zu bleiben, kann den Aufmarschplan, den einzigen, den Deutschland hat, in Frage stellen. Der Plan des deutschen Generalstabs für den Krieg gegen zwei Fronten beruht darauf, dass der Gegner im Westen besiegt wird, bevor Russlands ganze Kraft sich entfalten kann. Er ist auf Tage und Stunden voraus bestimmt. Nun mobilisiert Russland tatsächlich seit soundsoviel Tagen. Selbst wenn es wahr wäre, was schwer vorzustellen ist, dass Russlands Mobilmachung nur Österreich gilt, auch dann muss Deutschland mobilisieren: der Bündnisvertrag verpflichtet es dazu. Die Befürchtung des deutschen Generalstabs ist vollkommen begreiflich, er denkt logischer als Bethmann. Nichts hat sich in diesen Stunden an der Unvermeidbarkeit des Kriegs geändert: Österreich setzt den Feldzug gegen Serbien fort; die Einnahme Belgrads ohne Krieg gegen Serbien ist, wie Conrad sagt, unmöglich. Also bleibt auch Russlands Mobilisierung bestehen. Wilhelms Vermittlung ist wertlos. Damit ist aber Deutschlands Pflicht zur Mobilmachung gegeben. Um nun im Sinne Bethmanns zu handeln, jeden Schein des Angriffs zu vermeiden, muss der deutsche Generalstab warten, bis Österreich erklärt, dass es von Russland angegriffen werde. Dieser Zustand tritt ein, wenn Öster-

reich die russische Mobilmachung mit der Gegenmobilisierung beantwortet. Solange Österreich nicht gegen Russland mobilisiert, kann auch Deutschland nicht mobilmachen. Versteht man die grosse Sorge des deutschen Generalstabs? Er sieht, dass der Krieg unabwendbar ist und muss, während Russlands Militärzüge rollen, mit gebundenen Händen zuwarten. Darum hat Moltke nach Wien telegraphiert: Mobilisiert gegen Russland! Berchtold versteht den Widerspruch zwischen Bethmann und Moltke nicht. Er entnimmt nur Moltkes Drängen, dass an Deutschlands Bündnispflicht nicht zu zweifeln ist. Hat er gezweifelt? Am 31. Juli, nachdem ihm Franz Joseph das Telegramm Wilhelms gegeben, lässt er Conrad rufen und sagt: «Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, dass Deutschland zurückweicht.» Da inzwischen Moltkes Telegramm gekommen, setzt er hinzu: «Nun habe ich von massgebendster militärischer Seite beruhigendste Erklärung.» Berchtold geht zum Kaiser, die Anordnung der allgemeinen Mobilisierung zu erbitten. Conrad aber versteht Moltke noch immer nicht. Er hatte nach Berlin sagen lassen, dass Österreich den Krieg mit Russland nicht beginnen, den Angriff abwarten werde. Moltke, vor den Kopf gestossen, despeschiert am 31. Juli zurück: «Will Österreich Deutschland im Stiche lassen?» Nein, das wollte es nicht. Inzwischen hatte Berchtold den Befehl zur Mobilisierung gegen Russland vom Kaiser geholt; eben an dem Tag, da Moltke die bange Frage nach Wien richtet, Freitag dem 31. Juli, mittags 12 Uhr 23 Minuten, hat das k. u. k. Kriegsministerium den Befehl des Kaisers zur allgemeinen Mobilisierung in Händen und gibt ihn unverzüglich aus. Conrads Zögern und Missverstehen entsprang dem grundlegenden Fehler seines Denkens, der zum Verhängnis Österreichs wird: der Annahme, dass der Krieg gegen Serbien ohne den Krieg gegen Russland zu haben sei.

Zur selben Zeit, da in Wien dieser Irrtum offenbar wird, hat sich auch in Berlin die Korrektur falscher Voraussetzungen vollzogen. Als Kaiser Wilhelm die Niederlage des Zaren erfährt und Greys unzweideutige Warnung vor sich hat, braust er auf. Er deutet beides als bewusste Täuschungen Deutschlands; er fühlt sich umzingelt und verraten. Nichts von Vermittlung mehr, nichts mehr von Bethmanns ängstlichem Bemühen um den Schein. Jetzt bekommt der Generalstab das Rad der Entscheidungen in die Hand. Dem Kaiser Franz Joseph telegraphiert Wilhelm II., am 31. Juli nachmittags: «Der heute von mir angeordneten einleitenden Mobilmachung meines gesamten Heeres und meiner Marine wird die definitive Mobilmachung in

kürzester Frist folgen... In diesem schweren Kampfe ist es von grösster Bedeutung, dass Österreich seine Hauptkräfte gegen Russland einsetzt und sich nicht durch eine Offensive gegen Serbien zersplittert...» Nach Petersburg geht ein Ultimatum, das den Widerruf der russischen Mobilmachung fordert. Die am 1. August, nachmittags, an den Deutschen Kaiser gesandte Antwort Franz Josephs beginnt mit den Worten: «Ich danke Dir, teurer Freund, für Deine herzerfreuende Mitteilung, und bin ich in dieser ernstesten Stunde mit Dir vereint und bete zu Gott, dass er unsern verbündeten Armeen in ihrem Kampfe um die gerechte Sache den Sieg verleihe.» Eine Stunde später trifft in Wien Moltkes Telegramm ein: «Seine Majestät haben soeben die Mobilmachung gegen Russland befohlen.» Das diplomatische Vorspiel zum grössten Krieg, den die Geschichte kennt, ist noch nicht beendet. Deutschland, an seinen Aufmarschplan gebunden, muss den Krieg an Russland in aller Form erklären, um den Durchmarsch durch Belgien motivieren zu können; es kommt der Endkampf Englands und Frankreichs um die öffentliche Meinung, um den Schein. In Wahrheit war der grosse Krieg mit der ersten Mobilmachung unabwendbar geworden.

Conrad tritt in seinen Aufzeichnungen sehr kategorisch der Ansicht entgegen, als sei Kaiser Franz Joseph in den Tagen der Kriegsentscheidungen eine «Schattenfigur, ein willenloser Greis» gewesen, der sich «in den Entschluss zum Kriege habe unbedacht hineinziehen lassen»; nichts davon sei wahr. Conrad hat recht. Der Gedanke und Plan, den Konflikt mit Serbien kriegerisch zu lösen, war, wie die geschichtliche Nachforschung zeigt, zwar nicht Franz Josephs Plan, doch hat er, trotz vieler Stunden des Zweifels und Bedenkens, schliesslich der kriegerischen Lösung zugestimmt und während der Zeit vom Ministerratsbeschluss am 7. Juli bis zum letzten Augenblick an seinem Entschluss festgehalten. In der Zeit, da der kriegerische Plan geboren wurde, erscheint Franz Joseph im Kreise seiner Ratgeber als der kühlfeste Beurteiler des Wagnisses – ein Zug seines Wesens hat sich jedoch auch in diesen späten Jahren nicht geändert: er betrachtet nicht nur das grosse Reich als seine Hausmacht, den Staat als Domäne Habsburgs, er urteilt innerhalb dieser Begrenzung nach Empfindungen der privaten Moral. Nur wer den objektiven Tatsachen des staatlichen Daseins so subjektiv gegenübersteht, kann ein Wort prägen wie dieses, womit sich Franz Joseph von Österreich verabschiedet: «Wenn die Monarchie schon zugrunde gehen soll, dann soll sie wenigstens anständig zugrunde gehen.» So mag ein Edelmann empfinden, der das eigene Leben verloren sieht. Das Wort wider-

spricht allem Denken der Zeit, es widerspricht auch der staatsmännischen Klugheit, womit die grössern Vorfahren Franz Josephps, Ferdinand II., Karl VI., Maria Theresia und der von Metternich gelenkte Grossvater, böse Jahre überstanden haben.

Sie war keine blossе Geste diese Untergangsstimmung Franz Josephps. Nach wie vor versieht er auch jetzt sein Tagewerk mit der Genauigkeit der Uhr. Der Krieg vermehrt die Akten, die seiner Entscheidung harren. Der vierundachtzigjährige Kaiser geht in dieser Arbeit auf. Als Conrad ins Feld rückt, sagt der Kaiser zu ihm: «Gott gebe, dass alles gut geht, aber auch wenn es schief gehen sollte, werde ich durchhalten.» So spricht er als Soldat. Mit sich allein und vor den alten Dienern ist er weniger stark. Daran vermögen auch Deutschlands Siege nichts zu ändern. Die Aufgabe, vor die der Krieg Österreichs Heer gestellt hat, ist zu schwer. Der Plan gegen Serbien war darauf angelegt, rasch zu handeln und die kriegerische Lösung unwiderruflich zu machen. Dem Ultimatum musste, so wollte es der Plan, die Mobilisierung folgen. Da Russlands Entscheidung zu dieser Zeit noch nicht getroffen war, hatte Conrad die Teilmobilisierung gegen Serbien und Montenegro angeordnet. Daraus erwachsen jetzt Schwierigkeiten: die Umleitung der kleinen Mobilisierung in den Aufmarsch gegen Russland. Im Sinne des grossen Planes wäre es gelegen, sich gegen Serbien vorerst defensiv zu verhalten. Conrad hatte jedoch eine Offensive gebilligt. Ein Sieg in Serbien würde, so erwartete man, Rumäniens und Italiens Haltung bestimmen. Der Kommandant des Feldzugs gegen Serbien, Feldzeugmeister Potiorek, verfügte über zwei Armeen: die 5. und die 6. Die 2. Armee, gleichfalls im Südosten, hatte nach Galizien abzugehen. Potioreks Offensive misslang. Er forderte auch die 2. Armee. Conrad musste sie ihm verweigern. In dem Streit sind der Kaiser und Berchtold auf Potioreks Seite. Conrad erzwingt zwar den Abtransport der 2. Armee, aber der Kaiser macht Potiorek zum selbständigen, von Conrad unabhängigen Oberkommandanten der Balkankräfte. «Diese Entscheidung», sagt Conrad am 21. August, «traf mich wie ein Keulenschlag!» Sie erweist sich in der Folge als ein Fehler: Potiorek wird von den Serben neuerlich geschlagen. In diesen Tagen schreibt Tisza an den Kaiser: «Ich würde die Überschätzung dieser allerdings sehr unglücklichen Ereignisse für unangebracht halten, es sind aber Fehler geschehen, deren Wiederholung katastrophale Folgen nach sich ziehen könnte.» Nun zählt Tisza die Fehler der Kriegführung im Einzelnen auf. «In den lebenden Kräften der Armee und der Bevölkerung», so

schliesst er, «haben wir alle Elemente des Siegs. Mit diesen Kräften jedoch sind durch fehlerhafte Führung schon edle Schätze nutzlos vergeudet, und es kann alles verlorengehen, wenn ein Machtwort des Allerhöchsten Kriegsherrn nicht bessere Ordnung schafft.» Solche Mahnungen, die nicht allein von Tisza kamen, verscheuchten die ohnehin geringen Hoffnungen im Schönbrunner Schloss. Ein Niederschlag dieser Stimmung ist in den Briefen enthalten, die der Vorstand der Militärkanzlei Franz Josephs, Freiherr von Bolfras, von Zeit zu Zeit an Conrad richtet. Vor Franz Joseph steigen Bilder von 1859 und 1866 auf. Am 11. September 1914 ist auch der Feldzug in Galizien zuungunsten der österreichischen Waffen entschieden. Die ganze Armee muss hinter den San geführt und wiederaufgerichtet werden. Zwei Tage vorher war der Rückzugsbefehl in der Marneschlacht ergangen.

Der Pessimismus von Schönbrunn ahnt nicht die gigantischen Schwierigkeiten des Drei-Fronten-Kriegs. Er wird auch nicht den Leistungen des eigenen Heeres ganz gerecht. Conrad war gezwungen, Armeekommandanten, Divisionäre und Korpschefs, die nicht entsprochen hatten, ihrer Stellen zu entheben. Auf des Kaisers Tisch setzen sich diese Einzelheiten zu einem erschreckend düstern Bild zusammen. Bolfras schreibt an Conrad: «Gestatte, dass ich mir erlaube, Deinen Blick ein wenig hierher zu lenken, wo so viel Schweres auf uns einstürmt!» Er bittet, das Armee-Oberkommando möge «die Bevölkerung, die sich über alles Erwarten loyal und opferfreudig gezeigt hat, nicht unnützlich schikanieren, was vielfach in geradezu lächerlicher Weise geschieht... Während die Öffentlichkeit die deutschen Siege anstaunt und bejubelt, grämt sie sich angesichts der magern Nachrichten über unsere sogenannten Erfolge... Die beklagenswerten Ereignisse bei der 5. Armee haben diesem Schauplatz eine hohe moralische Wichtigkeit gegeben, die man nur voll ermassen kann, wenn man, wie ich, authentisch weiss, dass über die ganze 21. Landwehrdivision das Standrecht verhängt ist... Berchtold sieht nun jede Chance verloren, die Balkanstaaten für uns zu gewinnen... Alle Eindrücke, die man gewinnt, verdichten sich zu der Überzeugung, dass wir jede Aktion operativ und taktisch überhastet. Kein stetig vorschreitendes Feuergefecht, sondern heroisches, vielfach dummes Draufgehen, daher unsere enormen, so schwer ersetzbaren Verluste. Wo bleibt der Effekt jahrelanger Ausbildung?...» Solche Vorwürfe müssen Conrads Selbstbewusstsein schwer getroffen haben, doch sie bargen insofern einen Kern berechtigter Kritik in sich, als Conrad über den strategischen Plänen die Sorge um die eigentliche Kampfhandlung missachtet hat.



Indes, welche der kämpfenden Armeen hatte 1914 nicht mit solchen Erfahrungen zu tun! Schlimmer für den Generalstabschef, der seit 1909 den Krieg gewünscht hatte, ist jetzt, dass vor seinen Aufgaben alle Kriegskunst zu versagen scheint. Er muss sich rechtfertigen, muss die radikale Verabschiedung so vieler Heerführer begründen. «Was die vielen Kommandoenhebungen anlangt,» schreibt er an Bolfras, «so ist dies wohl das traurigste Kapitel. Es treten Erscheinungen zutage, die ich in dieser Masse nie für möglich gehalten hätte... Folgendes als Beispiel: Als die unglückliche 3. Armee nach ihrem Echee bei Przemyslany sich bei Lemberg wieder festsetzen wollte, war zum Schutze des nördlichen Flügels, die 23. Division bei Kulikow eingesetzt. In der Nacht entsteht durch ein paar Schüsse Panik, und die ganze Division geht in hellen Haufen nach Lemberg zurück, wo sie am Janower Exerzierplatz gesammelt werden muss. Der Divisionär und beide Brigadiere verlassen ihre Abteilungen, gehen in ein Hotel in Lemberg und sind kaum mehr aus den Betten zu bringen. Unter solchen Umständen einen halbwegs sichern Kalkül zu machen, ist natürlich unmöglich. Man muss es selber durchmachen, um zu wissen, was es heisst, mit einem Instrument zu arbeiten, das einem unter der Hand zerbricht.» Das schreibt der Generalstabschef an die Militärkanzlei des Kaisers. Es ist ein Vorwurf des Schlachtenlenkers, der sich über das ihm anvertraute Heer, über sein «Instrument», beklagt. Gegen wen ist dieser Vorwurf gerichtet? Gehörte es nicht in Conrads Pflichtenkreis, die Armee, mit der er Kriege führen wollte, genau zu kennen? Conrad ist mit solchen Vorwürfen schnell bei der Hand, er spricht oft wie eine verwöhnte Primadonna, die nach dem Misserfolg die Schuld bei andern sucht. Er ist nicht gerecht vor den Siegen der Deutschen, er sucht den Grund in der geringen Widerstandskraft der Franzosen, während er selber «Russen vor sich hat». Die Art, wie er das Versagen einzelner Führer in diesem Brief an Bolfras, also an den Kaiser, als einen Defekt des ganzen Instruments darstellt, ist auch eine Ungerechtigkeit gegen das eigene Heer, das trotz der schlechten Führung, an dem grössten Teil der Fronten, Wunder an Widerstandsfähigkeit vollbringt. Es scheint, als habe Conrad mit dieser Klage den Enttäuschungen begegnen wollen, die sich nur zu bald im Schönbrunner Schloss, bei Berchtold und bei Tisza einstellen. Tisza sucht den sinkenden Mut zu heben; «es soll niemand», schreibt er an Berchtold, «auch nicht den geringsten Schein von Zaudern oder Bangewerden merken, vor allem unsre deutschen Freunde nicht» – doch im Innern

bedauert er die Stunde seiner Schwachheit. Im November 1914 ist es so weit, dass Berchtold sich mit der Frage beschäftigt, Conrad durch einen andern General zu ersetzen. Denkt nur Berchtold daran? Tiszt sagt, er sehe sich, um seine Meinung befragt, vor «ein schweres Dilemma» gestellt. «Unsere Lage würde gegen den Oberbefehl auch dann die übelwollende Kritik hervorrufen, wenn die Person des Oberbefehlshabers weniger provokant wäre, als es Conrad ist. Wer die Divisions- und Korpskommandanten zu Dutzenden weggagt, der darf sich nicht wundern, dass alle, die mit dem bisherigen Ergebnis des Krieges unzufrieden sind, seine Entfernung fordern... Was die Tatsachen betrifft, so beging Conrad einen verhängnisvollen Fehler: die August-Offensive gegen Serbien. Davon abgesehen, weiss ich aber von keinem andern groben Fehler... Zweifellos ist, dass seine Art eines ‚mauvais coucheur‘ der Sache nicht nützt...» Conrad spürt die zunehmende Verstimmung. «Sollte man für den bedauerlichen Gang der Dinge auch mich verantwortlich machen,» schreibt er an Bolfras, «so sehe ich selbstverständlich jedweder Entscheidung mit vollster Resignation entgegen...» Conrads Verteidigung, die deutsche Heerführung für die Misserfolge in Galizien verantwortlich zu machen, gibt Tizzas Urteil recht. Sie trägt nicht dazu bei, das Einvernehmen der Alliierten zu bessern. «Durch die das grosse Ziel gänzlich ignorierende Kriegführung der Deutschen», schreibt Conrad, «ist es gekommen, dass unsern 526 Bataillonen, 752 Bataillone der Russen gegenüberstehen – Deutschland muss sich endlich entscheiden, ob es sofort bei uns eingreifen oder uns verbluten lassen will.» Und Bolfras antwortet: «Mit welchen Gefühlen ich die Siegesdepeschen Kaiser Wilhelms an unsern Allerhöchsten Herrn begleite, magst du mir nachempfinden...! Wann wird man sich bei uns entschliessen, mit den p. t. Verbündeten auch Deutsch zu reden?!» Am 15. September 1914 kann Franz Joseph dem Deutschen Kaiser schreiben: «Mein Armeeoberkommando meldet mir Deinen Entschluss, neun Deiner Divisionen nach Galizien abgehen zu lassen. Ich gebe Meiner Freude hierüber Ausdruck...»

Die Geschichte jedes Koalitionskriegs weiss von Gegensätzen, Eifersüchteleien und Hass unter den Verbündeten zu berichten. Das Menschlich-Allzumenschliche hinter der Fassade der Feldherren hat ein anderes Gesicht als die Bilder der Kriegsmuseen; 1914 unterscheidet sich darin nicht von 1813. Allein, auch innerhalb Österreichs, zwischen dem militärischen Kommando und der diplomatischen Leitung, brach ein Konflikt aus. Berchtold mochte sich nicht dem Gedanken unterordnen, dass in dem grossen Krieg

der Balkan ein Nebenschauplatz bleiben müsse. Er braucht einen Waffen-erfolg in Serbien, um die feindlichen Nachbarn zu beeinflussen; seine eigenwillige Meinung entfernt ihn von dem Mann, mit dem er bisher Schritt für Schritt bis zu dem entscheidenden Augenblick zurückgelegt hatte: von Conrad. Es ist nicht allein die Sorge Berchtolds als Minister des kaiserlichen Hauses, wenn er am 22. September 1914 an Conrad die Frage richtet, wann «mit dem Vordringen der Russen nach Wien und Budapest gerechnet werden müsse»; aus dieser in aller Form erhobenen Besorgnis spricht auch die Enttäuschung über einen Heerführer, von dem man das Grösste erwartet hatte. Es wären, lässt Berchtold dem Generalstabschef sagen, ungefähr vierzehn Tage erforderlich, um «die nötigen Dislokationen und Transporte rechtzeitig abwickeln zu können; es käme hierbei vor allem die Verlegung des Allerhöchsten Hof lagers in Betracht.» Hat man in Schönbrunn an eine Übersiedlung gedacht? Dann wäre nur der Weg nach Deutschland offen gewesen, denn Innsbruck, die alte Zufluchtsstätte des Hofes, war von Süden genau so gefährdet wie Wien oder Budapest von Osten. So weit kam es nicht. Im kritischen Zeitpunkt des Kriegs, nach dem Herbstfeldzug in Galizien 1914, hält das zweite und dritte Aufgebot dem Ansturm der Russen an den Karpathen stand. Diesen traurigsten, aber heldenmütigsten Abwehrkampf des alten Österreichs hat keine Geschichte beschrieben. Die täglichen Generalstabsberichte sprachen von Brigaden und Regimentern, ohne zu sagen, dass diese militärischen Einheiten die alten Landsturmmänner Österreichs waren. Die nationale Sehnsucht vieler Regimenter lag hinter der Front des Feindes; dennoch hat in diesem Winterfeldzug eine Generation alter Männer ihr Blut für das Reich geopfert. Die Berichte von der Front enthüllten auch in der Hofburg das Antlitz des Krieges von heute. «Mars ist sehr gefräßig geworden», schreibt Bolfras an Conrad; «war der Krieg einst ein ritterlicher Zweikampf, so ist er jetzt eine meuchelmörderische Schlächterei.» Der alte General Franz Josephs lebt in den Vorstellungen des romantischen Kriegs von 1866.

Die Folgen des Entschlusses vom 7. Juli 1914 lassen sich nicht aufheben. Der Gedankengang, dem der Krieg entsprossen, läuft weiter; trotz der Sorgen im Norden, wird der Krieg gegen Serbien offensiv fortgesetzt. Die Rücksicht auf das Prestige und der Wunsch, dem Kaiser zum Jahrestag seines Regierungsantritts Belgrad als eroberte Festung geben zu können, verleiten den Kommandanten der Balkanarmee, General Potiorek, zu einer übereilten Offensive. Belgrad wird zwar erobert, muss aber nach wenigen

Tagen wieder geräumt werden. Der Rückzug über die Donau vollzieht sich unter allen Merkmalen der Flucht. Tisza schreibt dem Kaiser: «Die Räumung Belgrads macht es mir zur gebieterischen Pflicht, auf den vollen Ernst der Situation alleruntertänigst hinzuweisen. Waren wir gezwungen, Schatz und Belgrad zu räumen, so scheint es zweifelhaft, ob wir einem weiteren serbischen Angriff Widerstand leisten können... Ein neuerliches siegreiches Vordringen des Feindes in das Innere der Monarchie wäre schon aus Rücksicht auf das lauernde Rumänien eine Katastrophe...» Und an Berchtold: «Die Räumung ist wieder eines jener Ereignisse, bei welchen es uns verantwortlichen Leuten nicht leicht wird, unsere Pflicht zu erfüllen... Was mit den Schuldigen geschehen soll? Ich halte die Theorie, dass nach jedem verfehlten Feldzug der Kommandant abgesetzt werden sollte, für verfehlt. Ein Wechsel im Kommando, zumal wenn ein ganz neuer Mann an die Stelle kommen soll, der weder die eigenen Truppen, noch den Feind und das Terrain kennt, hat seine grossen Nachteile...» Potiorek bleibt noch, doch die Tage jenes verantwortlichen Mannes, an den Tisza diese Zeilen richtet, die Tage des Grafen Berchtold, sind gezählt. Und es ist Tisza, augenblicklich der mächtigste Ratgeber Franz Josephs, der den Minister des Äusseren stürzt. Den Anlass dazu gibt der Kampf um die Neutralität Italiens.

Deutschland dringt darauf, nicht ohne Kenntnis der Stimmungen und Absichten in Italien, die Fürst Bülow wahrheitsgemäss übermittelt, dass Österreich mit Italien verhandle und den schwankenden Bundesgenossen von einst, durch die Abtretung des italienischen Teils Südtirols, von dem Abschwenken zum Feinde abhalte. Berchtold ist angesichts der Gefahr, einen neuen Gegner zu bekommen, unsicher geworden. Tisza rät dem Kaiser, vorläufig jeder Verhandlung auszuweichen. Dem Grafen Berchtold schreibt er: «Die am 4. Januar 1915 gemachten Mitteilungen Herrn von Tschirschkys reissen den Schleier von den Machenschaften des Fürsten Bülow; es werden die Italiener im schlechtesten Moment aufgewiegelt, mit dem Trentino hervorzutreten. Ich bitte dringendst, ein ernstes Wort mit den Deutschen zu reden. Die feierliche Erklärung unseres Allerhöchsten Herrn, nichts aus dem eigenen Leibe freiwillig herauszugeben, wurde auch von Kaiser Wilhelm zur Kenntnis genommen...» Für den 11. Januar hat sich Italiens Botschafter in Wien, der Herzog von Avarna, bei Berchtold angesagt, um eine Aussprache zu beginnen. «Tags vorher», so berichtet Tisza, «frühstückte ich mit Tschirschky bei Berchtold, um den deutschen Bot-

schafter zu bearbeiten und ihn von der Irrigkeit und Gefährlichkeit der Bülow'schen Taktik zu überzeugen. Nach dem Frühstück hatten wir eine lange Unterredung zu dreien, in der Tschirschky in sehr unangenehmem, präpotentem Ton begann und erst nach ein paar kräftigen Bemerkungen etwas massvoller wurde. Der König (Franz Joseph) erwartete mich, so dass ich eben nur noch so viel Zeit hatte, Berchtold in das andere Zimmer zu rufen und ihm mitzuteilen, ich würde trotz aller Sympathie für ihn gezwungen sein, dem König zu sagen, dass in den heutigen Zeiten ein entschlossener, seiner Politik konsequent und energisch vertretender Mann an den Platz des Ministers des Äussern gehöre. In seiner gewohnten Art eines guten Kindes,» so erzählt Tisza weiter, «erwiderte Berchtold lachend: ‚Ich bin Dir sehr dankbar, wenn Du das sagst, ich sag es ihm (dem Kaiser) ja immerwährend, mir glaubt er's nicht. Dir wird er's glauben'. Sr. Majestät teilte ich mit..., dass Berchtold bei all seinen ehrenwerten und anziehenden Eigenschaften nicht der Spieler sei, der jetzt benötigt wird. Ich betonte, was für eine unangenehme Pflicht es sei, dies zu sagen, doch schliesslich könne ich es ohne schwere Versäumnis nicht weiter verschieben... Den König überraschte die Sache nicht. ‚Ich hab es mir auch schon gedacht – sagte er – ich habe aber nur einen, der dazu fähig ist, weiss jedoch nicht, ob er von Budapest wegkommen kann'. Darauf erwiderte ich, nach meiner Anschauung müsse ich in Budapest bleiben, doch gäbe es jemanden, der vollkommen geeignet sei für diesen Posten. ‚Wer denn?' fragte der König. Er schien nicht ganz überzeugt, als ich Burian nannte...» Einen Tag darauf ist Tisza wieder bei Franz Joseph. «Bleiben Sie dabei, dass Sie von Budapest nicht wegkommen können?» Auf die bejahende Antwort Tiszas sagt der Kaiser zu, Baron Buriän zum Minister des Äussern zu ernennen. Am 13. Januar 1915 verabschiedet sich Graf Berchtold von seinem Amt. Baron Burian, der Freund Tiszas, wird auf dem Ballhausplatz dessen Vollzugsorgan.

Es gehört zu der eigenen Logik dieses letzten Kapitels der Geschichte Franz Josephs, dass Berchtold von Tisza entfernt wird. Vor der letzten Entscheidung zum Kriege im Juni 1914, war Tisza der mahnende Zauderer, Berchtold der Kouragierte; jetzt schreckt Berchtold vor weiterem Mut zurück, und Tisza, der Entschlossene, fegt ihn hinweg. Zunächst jedoch hat dieser Wechsel im Ministerium des Äussern nicht den von Tisza gewünschten Effekt. Deutschland liess sich nicht so leicht von Tiszas Argumenten überzeugen. Es sandte den Fürsten Wedel nach Wien, der im Verein mit dem bayerischen Unterhändler, dem Grafen Podewils, Tiszas Unnachgie-

bigkeit besiegen sollte. Deutschland sah, dass Italien nur durch ein Opfer vom Kriege zurückzuhalten sei; es befürchtete von einem Einbruch der italienischen Kriegsmacht in Tirol, auch eine Gefährdung Bayerns und Münchens. Am 18. Januar ist Fürst Wedel bei Kaiser Franz Joseph. Der Kaiser hatte vorher die Meinung des Kriegsministers eingeholt, ob Österreich einen Einbruch in Tirol abzuwehren imstande wäre; General Krobotin gab die Antwort, es fehle nicht an Menschen, wohl aber an Waffen. Franz Joseph lehnte dennoch jeden Vermittlungsvorschlag ab. Ihn bestärkten darin Burian und Stürgkh. Im März jedoch, da auch die Nachrichten der österreichischen Botschaft in Rom keinen Zweifel mehr darüber lassen, dass Italien zum Kriege entschlossen sei, gibt Burian dem italienischen Botschafter in Wien bekannt, über die Kompensationsfrage verhandeln zu wollen. Burian bietet Südtirol mit einer ziemlich weit hinaufreichenden Grenze. Italien verlangt die Grenzen von 1810, Görz, Gradisca und die Errichtung eines autonomen Staates Triest, sowie mehrere Dalmatinische Inseln. Burian sucht den Italienern entgegenzukommen, nur Triest soll nicht völlig von Österreich getrennt werden. Sein Anerbieten kommt zu spät. Am 25. April 1915 hat Italien den Vertrag mit England und Frankreich geschlossen; am 4. Mai erklärt es das Bündnis mit Österreich-Ungarn als null und nichtig. Franz Joseph hat an die Möglichkeit dieses dritten Kriegs an den Grenzen seines Reiches nicht recht geglaubt, obwohl ihm im Herbst 1914 aus Rom eine Nachricht überbracht worden war, die Italiens Abkehr in sichere Aussicht stellte. Der Fürsterzbischof von Wien, Kardinal Piffl, hatte im Vatikan erfahren, der König von Italien sehe sich vor den Zwang gestellt, den Dreibund verlassen zu müssen, andernfalls die Revolution im Lande ausbräche; der König habe erklärt, eingestehen zu müssen, dass er der erste Prinz aus dem Hause Savoyen sei, der sein Wort nicht gehalten habe, er könne aber nicht anders handeln. Das Manifest vom 23. Mai 1915, womit Franz Joseph Italiens Kriegserklärung beantwortet, spricht im Pathos: «Ein Treubruch, dessen gleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreich Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden. Nach einem Bündnis von mehr als dreissig Jahren Dauer hat uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen...» Zur Zeit der diplomatischen Niederlage, der Vereinsamung der beiden Mittelmächte, vollzieht sich auf dem Kriegsschauplatz im Osten die grosse Wendung: Die Schlacht bei Gorlice durchbricht den Ring der russischen Armee. Es ist die Frucht des Zusammenwirkens des deutschen

Ostheeres mit den Österreichern, der erste Stoss, der die militärische Macht des Zarenreiches erschüttert und dessen Untergang vorbereitet. Die kriegerischen Erfolge erobern den Mittelmächten zwei Verbündete: die Türkei und Bulgarien. Der deutsche Generalstab übernimmt auch im Südosten die Führung; deutsche, österreichisch-ungarische und bulgarische Truppen werfen Serbien nieder; nach der Erstürmung des Lovëen sind Serbien, Montenegro, Albanien in der Gewalt der Verbündeten. Am 28. November ist Kaiser Wilhelm in Wien. Das Jahr 1915, von düsteren Ereignissen eingeleitet, zeigt am Ende ein Bild kriegerischer Machtentfaltung, wie es Europa selbst zu Zeiten Napoleons nicht gesehen hat. Der grosse Umschwung auf den Kriegsschauplätzen gebiert auch im Innern Österreichs eine kriegerische Stimmung. Das Armee-Oberkommando, bisher auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkt, wird nun der Kurator des Reiches. War es mit dem Grafen Stürgkh zufrieden, weil er das Parlament geschlossen hielt und nicht daran dachte, den Völkern den Mund zu öffnen, so fiel er in Ungnade, seitdem man Grund zu haben meinte, mit dem Verhalten der Tschechen unzufrieden zu sein. Die Unvertrautheit mit den wahren Problemen des Reiches führte zu Fehlschlüssen. Das strengere Regiment, das nun einsetzt, Überwachungen und Verhaftungen, treffen nicht den Sitz der drohenden Gefahr. Noch weiss die grosse Mehrheit der Tschechen nichts von einer Zukunft ausserhalb Österreichs. Graf Stürgkh ist besser unterrichtet als die politische Abteilung des Armee-Oberkommandos; er vertraut Dr. Kramar, er kennt die Gedankengänge dieses Tschechenführers, die zwar nicht mit den Meinungen Wiens und der Deutschen zusammenlaufen, aber ihr Ziel innerhalb Österreichs haben. Ein einziger Mann, von seinem eigenen Volke verkannt, als weltfremder Idealist gewertet, hat ein anderes Programm. In diesem Kopf lebt die Idee als sittliche Pflicht, den Untergang des Habsburgerreichs anzustreben. Der einsame Revolutionär ist der Professor der Prager tschechischen Universität, T.G. Masaryk. Er hat im Dezember 1914 unbemerkt Österreich verlassen. Es ist eines der merkwürdigsten Schauspiele innerhalb des grossen Dramas der kriegerischen Auseinandersetzung einer ganzen Welt: der Weg, den dieser Einsame geht. Die Mittelmächte haben 1915 halb Europa erobert; deutsche Truppen stehen in Asien, im Orient, auf dem Balkan – die blossе Macht vermag keinen Gedanken zu gebären. Weder die Diplomatie, noch die Parteien, weder die verantwortlichen noch die freien Geister wissen von den Waffenerfolgen zu einer schöpferischen Tat die Brücke zu schlagen. Dort aber

zieht ein Einzelner aus, der nichts mit sich führt als das Vertrauen zu einer Idee. Die machthabenden Feinde des Habsburgerreichs denken selbst für den Fall des grössten Sieges nicht daran, dem sechshundertjährigen Reich ein Ende zu bereiten. Die Monarchie Franz Josephs lebt in der Vorstellung des englischen, des französischen Denkens als Notwendigkeit. In London und in Paris ist man sehr zurückhaltend vor den Korrektoren der europäischen Karte. Es bedarf der seltsam zähen Arbeit dieses Einzelnen, das konservative Denken von der realen Vorstellung zur Utopie zu führen.

Während dieser stille, daheim kaum geahnte Krieg gegen Habsburg einsetzt, lebt in Wien, unter der Wirkung der Siege, neues Hoffen auf. Aus den Kreisen des Herrenhauses kommt der Plan, sofort mit Reformen zu beginnen. Die gekräftigte Zentralgewalt soll in Böhmen Ordnung schaffen. Goluchowski und Baernreither, beide Feinde Stürgkhs, empfehlen den Grafen Silva Tarouca als den geeigneten Mann für ein Programm der Erneuerung Österreichs. Der Kaiser nimmt das Memorandum der reformfreudigen Peers entgegen, aber er legt es zu den toten Akten. Der Vorstoss gegen Stürgkh ist missglückt; mit ihm bleibt auch jene Mauer aufrecht, die vom Kaiser alle Sorgen Österreichs fernhält. Am 21. Oktober 1916 fallen im Speisesaal des Hotels «Meisl und Schadn» in Wien drei Schüsse, die den Grafen Stürgkh niederstrecken. Der Attentäter, Dr. Friedrich Adler, ist der Sohn des Führers der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler. Der Widerhall dieser Schüsse übertönt den Schlachtenlärm. Erzherzog Friedrich, der Armee-Oberkommandant und seine Partei, fordern und erwarten eine Erhöhung der militärischen Gewalt auch im Innern des Reichs. Franz Joseph entscheidet anders. Die Schüsse Dr. Adlers haben das erste Loch in die Mauer geschlagen, die dem Kaiser die Wirklichkeit verbarg. Wien und weite Teile des Reiches hungern. Die Blockade und das Unvermögen der Verwaltung, die Vorräte Österreichs allgemein zu verteilen, scheiden Österreich in zwei Klassen: die Hungrigen und die Satten. Die Hungernden zählen nach Millionen. Ihren Protest, der bis in die Nähe des Schönbrunner Schlosses drang, hat man vor dem Kaiser verheimlicht. Die Empfehlungen der Militärpartei, einen General an die Spitze der Verwaltung zu stellen, bleiben wirkungslos vor dem Bilde, das der Kaiser jetzt von Österreich empfängt. Er ruft aus der Reihe der noch lebenden Ratgeber jenen Mann, der von allen am weitesten links gestanden, der populär war bei den Hungernden und nicht beliebt bei den Satten: Ernest von Koerber. Seit dem Februar 1915 war Koerber das gemeinsame Finanzministerium und die Ver-



waltung Bosniens anvertraut; jetzt soll er zum zweitenmal das höchste Amt im Staate übernehmen. Er hat, vor sechzehn Jahren, als ihm der Kaiser die Regierung in die Hand gab, ein erneuerungsfähiges Österreich vor sich gesehen. Seine Energie, seine Gabe, sich zur höchsten Leistung zu zwingen, sind ihm noch eigen wie ehemals, aber er ist dennoch ein anderer. Ihm fehlt der Glaube. Während der letzten Jahre hat sich vor Österreichs werdender Geschichte seine Skepsis in einen tiefen Pessimismus gewandelt. Als er am 26. Oktober 1916 nach Schönbrunn kommt, ist der Kaiser krank. Das alte Leiden, die Bronchitis, quält den Sechsunachtzigjährigen. Der Kaiser hat Fieber, Koerber muss den Vortrag abbrechen.

## DER TOD

AM ABEND DES 11. NOVEMBER 1916 MELDET EINE amtliche Mitteilung, des Kaisers Gesundheit sei durch katarrhalische Erscheinungen beeinträchtigt, seine Tageseinteilung werde aber dadurch keinerlei Veränderung erfahren. Franz Joseph hält seine gewohnte Lebensweise aufrecht. Montag, den 13. November, empfängt er den Erzherzog Karl, den Thronfolger, der sich für die Ernennung zum Generalobersten bedankt, am 15. November ausser den täglich zum Vortrag erscheinenden Ministern, den Generalobersten Freiherrn von Hazai, und die Enkelin, Fürstin Elisabeth Windischgrätz. Tags darauf ist Freiherr von Conrad anderthalb Stunden in Audienz. Sonnabend, den 18. November, wird der Husten heftiger, der Kaiser isst fast nichts, trinkt ein Glas Tokayer und zwei kleine Gläser Champagner. Er arbeitet den ganzen Tag, unterhält sich mit seinem Enkelkind, der Gräfin Waldburg-Zeill, und hört eine Stunde den Minister des Äusseren Baron Burian. Sonntag ist Koerber längere Zeit bei ihm. Nächsten Tag hat der Kaiser starkes Fieber. Er ist wohl ausser Bett, liest Aktenstücke, die Müdigkeit lässt ihn aber zu keiner Arbeit kommen. Auf Verlangen des Leibarztes Dr. Kerzl wird der Wiener Universitätsprofessor Dr. Ortner nach Schönbrunn gerufen. Ortner stellt einen Entzündungsherd in der Lunge des Kaisers fest. Franz Joseph bleibt dennoch auf und empfängt den Armee-Oberkommandanten Erzherzog Friedrich. Die Gräfin Waldburg, die vom letzten Besuch keinen guten Eindruck mitnahm, verständigte ihre Mutter, die Erzherzogin Marie Valerie. Die jüngere Tochter des Kaisers trifft Montag in Schönbrunn ein; Erzherzog Karl Franz Joseph, der verreisen wollte, bleibt in der Nähe, in Reichenau.

Dienstag, den 21. November, steht der Kaiser zur gewohnten Stunde auf, um halb fünf Uhr morgens, lässt sich die fünf Aktentaschen geben und empfängt in den ersten Stunden des Vormittags den Obersthofmeister Fürsten Montenuovo, den Kabinettsdirektor Schiessl, den Freiherrn von Bolfras. Der Chef der Militärkanzlei überbringt die Generalstabsberichte: Die verbündeten Truppen der Generale Falkenhayn und Arz haben den Hauptort der westlichen Walachei Crajova erobert. Aus dem Auswärtigen Amt kommt die Nachricht: Staatssekretär von Jagow ist zurückgetreten, Unterstaatssekretär Zimmermann wird sein Nachfolger. Um zehn Uhr wird die Erzherzogin Marie Valerie gemeldet. Die Tochter des Kaisers hatte den Ärzten nichts davon gesagt, dass sie ihren Vater überraschen wolle; sie bringt ihm die Nachricht, der Papst habe dem Kaiser telegraphisch den Segen erteilt und die päpstliche Nuntiatur in Wien beauftragt, den Segen zu übermitteln. Der Kaiser bittet, den Burgpfarrer Bischof Dr. Seydl holen zu lassen. Er beichtet, kommuniziert und empfängt den Segen des Papstes. Kurz danach erscheinen Karl Franz Joseph und Erzherzogin Zita. Mittags lässt der Hofwirtschaftsdirektor Freiherr von Prileszky dem Kaiser eine Suppe von vier Hühnern reichen. Der Kaiser hat keinen Appetit, das Fieber ist gestiegen. Die Ärzte versuchen, den Kaiser zu bestimmen, dass er zu Bett gehe. Auf dem Wege vom Schreibtisch in das angrenzende Schlafzimmer muss er gestützt werden. Im Bett liegend gibt der Kaiser seinem Leibkammerdiener Ketterl den Auftrag: «Bitte mich morgen um halb vier Uhr zu wecken; ich bin mit meiner Arbeit nicht fertig geworden!» Kurz danach schläft er ein. Der Schlaf, vom Hustenreiz ein paarmal unterbrochen, währt von halb sechs Uhr bis ein Viertel nach acht Uhr abends. Professor Ortner, der mit dem Freiherrn von Prileszky und Ketterl im Kabinett des Leibkammerdieners wacht, macht die Bemerkung, der Schlaf sei so gut, dass der Kaiser die Krankheit vielleicht überwinden werde. Ein heftiger Hustenanfall weckt den Kaiser. Ketterl versucht seinen Herrn im Bette aufzurichten, er reicht ihm Tee. Der Husten bricht wieder hervor, geht in ein Röcheln über. Der Kranke sinkt in die Kissen zurück. Um neun Uhr zwanzig Minuten hat Kaiser Franz Joseph ausgerufen.

Als er starb, war ausser Professor Ortner, Wirtschaftsdirektor Prileszky und Ketterl niemand bei ihm. Jetzt wurden Erzherzog Karl, der neue Kaiser, Erzherzogin Marie Valerie und die nächsten Verwandten gerufen. Es war der Wunsch Franz Josephs gewesen, Frau Schrott während der Tage der

Krankheit nicht nach Schönbrunn zu bitten; er wollte ihr, wie er sagte, «den Anblick des Kranken ersparen». Nun wurde auch sie verständigt. Kaiser Karl führt sie zum Sterbebett Franz Josephs.

Die kleine Gemeinde, die an dem Eisenbett des Toten kniet, der junge Kaiser, die Tochter, die Freundin, die alten Diener – sie ahnt, weil sie dem Kaiser nahestand, in diesem Augenblick nicht die Bedeutung seines Todes. Franz Joseph hatte die Worte wahr zu machen gesucht, die Grillparzer, der Dichter des Erzhauses, den Ahnherrn sprechen lässt: «Was sterblich war, ich hab' es ausgezogen und bin der Kaiser nur, der niemals stirbt.» Als Erbe jenes habsburgischen Gedankens, der sechs Jahrhunderte lebendig, vierhundert Jahre lang eine der grossen Mächte war, hat Kaiser Franz Joseph achtundsechzig Jahre den Willen der Hausmacht aufrechterhalten. Sein Regierungsbeginn fällt zusammen mit dem Augenblick, da die Entwicklung Europas dem Gedanken der habsburgischen Hausmacht das Todesurteil zu sprechen scheint. Alle wichtigen Ereignisse während dieses langen Lebens waren Entscheidungen gegen Habsburg: 1848; 1859; 1866; 1871; 1912. 1848: die Mündigkeitserklärung der Völker; 1859: die Emanzipation Italiens von der Herrschaft Habsburgs; 1866: der Abschied der deutschen Nation von Habsburg; 1871: die Herabminderung der habsburgischen Kaisermacht in der europäischen Geltung; 1912: die Verdrängung Habsburgs vom Balkan. Franz Josephs Walten war ein Regieren gegen die Ansprüche der Zeit. Seine Kunst: dass er gegen die objektiven Gewalten, die sein Reich bedrohten, die Schöpfung seines Hauses zusammenhielt. Zwei Generationen kannten nur ihn als den Monarchen, anerkannten ihn als den persönlichen Mittelpunkt des Reiches, als den «Kaiser, der niemals stirbt». Der Krieg hat den Gang der Geschichte beschleunigt und in überstürzendem Lauf vollendet, was die Entwicklung der Nationen forderte.

Zu Hegels Satz, dass alle grossen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich zweimal ereignen, hat Karl Marx die Bemerkung hinzugefügt: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. In den zwei Jahren von Franz Josephs Tod bis zum endgültigen Untergang des Habsburgerreichs, zieht rasenden Schritts, entstellt und verkürzt, die Karikatur des Geschehens seit 1848 an uns vorüber: Kaiser Karl beginnt selbstherrlich, er lässt sich bekehren, er schwankt zwischen Deutschland und der Sehnsucht nach dem Westen, er ruft den Geist zu Hilfe, Österreich zu retten. Es ist nur ein kurzes Nachspiel.

Habsburgs Reich war am 21. November 1916 gestorben.

## INHALT

|  | Seite |
|--|-------|
| Der 2. Dezember 1848 . . . . .                     | 9     |
| Erziehung und Jugend . . . . .                     | 14    |
| Die Mutter . . . . .                               | 17    |
| Kremsier und Frankfurt . . . . .                   | 22    |
| Von Russlands Gnaden . . . . .                     | 29    |
| Der Schneiderssohn aus Iglau . . . . .             | 32    |
| Die italienische Reise . . . . .                   | 41    |
| Solferino . . . . .                                | 51    |
| Der Staatsstreich des Adels . . . . .              | 66    |
| Schmerling . . . . .                               | 79    |
| Die Leiden der jungen Elisabeth . . . . .          | 89    |
| Der Frankfurter Fürstentag . . . . .               | 98    |
| Franz Joseph und Bismarck . . . . .                | 103   |
| Die Vertreibung aus Deutschland . . . . .          | 120   |
| Franz Josephs Ausgleich mit Ungarn . . . . .       | 136   |
| Die Schule des Liberalismus . . . . .              | 149   |
| Zwischen Kriegsgefahr und Krönungsplänen . . . . . | 167   |
| Das Bündnis mit Deutschland . . . . .              | 190   |
| Der Kaiserminister . . . . .                       | 219   |
| Der Sohn . . . . .                                 | 232   |
| Franz Joseph und die Nationen . . . . .            | 251   |
| Die Empörung der Kleinbürger . . . . .             | 271   |
| Der Tod Elisabeths . . . . .                       | 285   |
| Koerber . . . . .                                  | 291   |
| Frau Katharina Schratt . . . . .                   | 299   |
| Die Nebenregierung . . . . .                       | 302   |
| Aehrenthals Sieg . . . . .                         | 318   |
| Ballhaus und Generalstab . . . . .                 | 338   |
| Das letzte Friedensjahr . . . . .                  | 348   |
| Die entscheidenden Tage . . . . .                  | 377   |
| Der Krieg . . . . .                                | 386   |
| Der Tod . . . . .                                  | 403   |

